

STUDIA HISTORICA JYVÄSKYLÄENSIA 32

SISKO HAIKALA

”BRITISCHE FREIHEIT” UND DAS ENGLANDBILD
IN DER ÖFFENTLICHEN DEUTSCHEN DISKUSSION
IM AUSGEHENDEN 18. JAHRHUNDERT



JYVÄSKYLÄN YLIOPISTO, JYVÄSKYLÄ 1985

STUDIA HISTORICA JYVÄSKYLÄENSIA 32

SISKO HAIKALA

**”BRITISCHE FREIHEIT” UND DAS ENGLANDBILD
IN DER ÖFFENTLICHEN DEUTSCHEN DISKUSSION
IM AUSGEHENDEN 18. JAHRHUNDERT**

wird mit der Genehmigung der Humanistischen Fakultät der
Universität Jyväskylä am 4. November 1985 um 12 Uhr im
Auditorium S 212 zur öffentlichen Verteidigung vorgelegt.

UNIVERSITÄT JYVÄSKYLÄ, JYVÄSKYLÄ 1985

**"BRITISCHE FREIHEIT" UND DAS ENGLANDBILD
IN DER ÖFFENTLICHEN DEUTSCHEN DISKUSSION
IM AUSGEHENDEN 18. JAHRHUNDERT**

STUDIA HISTORICA JYVÄSKYLÄENSIA 32

SISKO HAIKALA

**”BRITISCHE FREIHEIT” UND DAS
ENGLANDBILD IN DER
ÖFFENTLICHEN DEUTSCHEN
DISKUSSION IM AUSGEHENDEN
18. JAHRHUNDERT**

JYVÄSKYLÄN YLIOPISTO, JYVÄSKYLÄ 1985

URN:ISBN:978-951-39-7946-1
ISBN 978-951-39-7946-1 (PDF)
ISSN 0081-6523

ABSTRACT

Haikala, Sisko

"Britische Freiheit" und das Englandbild in der öffentlichen deutschen Diskussion im ausgehenden 18. Jahrhundert/Sisko Haikala. – Jyväskylä: Jyväskylän yliopisto, 1985. – 346 S. – (Studia Historica Jyväskyläensia, ISSN 0081-6523;32). ISBN 951-679-451-3

"British freedom" and the image of England in public discussion in Germany at the end of the 18th century. Diss.

This thesis deals with the propagandist significance of the anglophilia and anglophobia of the German intelligentsia in public life at the end of the 18th century. The source material consists of the most important media for political discussion of the period: journals, pamphlets and travelogues. The thesis demonstrates that for people of the time Great Britain represented a model of one social and political system and that discussion of this model, "British freedom", was implicitly or explicitly concerned with the suitability of this model for Germany. The political images of England were also governed by particular and national interests as well as the attitude to the legitimate justification of antirevolutionary feeling. The anglophilia of the 1780s, the admiration of the British constitution, society and national character contained criticism of the shortcomings of German class hierarchy and absolutism as well as demands for reform which supported the emancipation of the bourgeoisie. In the 1790s "British freedom" lost some of its emancipatory significance in the consciousness of people of the time for the reason that it came into comparison with the modern models of the French revolution. Basing themselves on Burke, anglophile conservatives developed British freedom into an anti-revolutionary slogan and argument for a method of gradual reform. The propagation of foreign models for a future utopia for Germany aroused anglophobic protests even in the conservatives' own circles. The principal critics of anglophilia, however, were German Jacobins. The attitude of liberals to England was ambivalent in the sense that on one hand they propagated British-style social and even constitutional reforms in order to avert the threat of revolution in Germany, but on the other hand they sharply condemned the reactionary policy of Pitt's government which many conservatives for their part recommended as a model to the German princes. As a result of liberal and Jacobin promulgation, aggressive criticism of "Pitt's system" and these about the destruction of British freedom and the decay of the national character attained considerable proportions in Germany. The influence of the British opposition press is visible in this criticism but at its root the dominance of anglophobia in public is explained by the revolutionary wars which were defeats for the empire and the role of Great Britain as a fashioner and financier of coalitions. Debate about the war shows that criticism of Great Britain was also a channel for bitterness towards the German princes and that under the pressure of censorship this criticism became one method of demanding that German governments should abandon the war.

civil rights – forms of government
enlightenment – revolutionary era
german-british relations
national stereotypes
political ideas
press
public opinion

ISSN 0081-6523

ISBN 951-679-451-3

Painatus: Jyväskylän yliopiston monistuskeskus
Jyväskylä 1985

VORWORT

Diese Arbeit ist aus Interesse an der deutschen Aufklärung und an der Geschichte der öffentlichen Meinung entstanden. In den letzten zwanzig Jahren hat die an der Sozialgeschichte orientierte ideen- und begriffsgeschichtliche Forschung zahlreiche imponierende Arbeiten hervorgebracht, die die Entstehung der "bürgerlichen Gesellschaft" in Deutschland und die Bewußtseinsgeschichte der bürgerlichen Emanzipationsbewegung erhellen. In der vorliegenden Arbeit wird der Versuch unternommen, diesen inspirierenden Themenkreis durch eine Untersuchung der Bedeutungen des Englandbildes und des Verständnisses der britischen Freiheit in der deutschen Öffentlichkeit im ausgehenden 18. Jh. aufzuarbeiten. Die Themenwahl ist vor allem durch die Auffassung motiviert worden, daß die Anglophilie und die Anglophobie der Deutschen und die Verwendung der Verhältnisse in Großbritannien als Propagandamittel in der modernen Forschung zu sehr hinter der Erforschung der Revolutionsrezeption der Deutschen haben zurückstehen müssen.

Für diese Arbeit habe ich Anregungen, Hinweise und Unterstützung von vielen Seiten erhalten. Den größten Dank schulde ich meiner Lehrerin Frau Prof. Dr. Aira Kemiläinen, unter deren Leitung sich die Erforschung der deutschen Ideengeschichte der Aufklärung und der Revolutionsepoche zu einem Forschungsschwerpunkt der allgemeinen Geschichte an der Universität Jyväskylä entwickelt hat. Sie hat das ganze Entstehen dieser Arbeit mit wertvoller Anleitung unterstützt, zuletzt hinsichtlich des Manuskripts der Arbeit. Für die vielseitigen Ratschläge, Hilfen und kritischen Anmerkungen danke ich auch Herrn Prof. Dr. Jorma Tiainen, dem Gutachter meiner Lizentiatenarbeit und zweiten Gutachter dieser Arbeit. Dank für wertvolle Hinweise schulde ich auch Herrn Prof. Dr. Seppo Rytönen von der Universität Joensuu als drittem Gutachter der Arbeit. Herrn Prof. Dr. Erkki Lehtinen gebührt Dank für seine wichtigen Bemerkungen zu meiner Lizentiatenarbeit.

Diese Arbeit wurde, mit Ausnahme der Anmerkungen, ins Deutsche übersetzt von Universitätslektor i.V. Veijo Kruth, dem ich für die geduldige Zusammenarbeit danken möchte. Mein Dank für die Durchsicht der Übersetzung gilt Frau Gisela Dressler (SE) und Herrn Ferno Dressler (SE).

Die bedeutendste materielle Förderung habe ich von der Akademie Finnlands erhalten, als deren Forschungsassistentin ich mich mehrere Jahre auf die Forschungsarbeit konzentrieren konnte. Der Deutsche Akademische Austauschdienst hat mit Stipendien meine Forschungsreisen nach Göttingen und München unterstützt. Ein Stipendium hat mir auch die Ellen-und-Artturi-Nyyssönen-Stiftung gewährt. Die Universität Jyväskylä hat die Arbeit in ihre Schriftenreihe aufgenommen. Frau Oberbibliothekarin Oili Kokkonen, Vorsitzende des Herausgeberkollegiums, und Herr Prof. Dr. Mauno Jokipii, Herausgeber der Historica-Reihe, haben sich bei den praktischen Fragen des Veröffentlichens der Arbeit stets hilfsbereit gezeigt. Die Mühe der Reinschrift hat Frau Marja-Liisa Heli-mäki auf sich genommen.

Nicht zuletzt möchte ich meinem Mann Markku und meinem Sohn Mikko danken, die mir immer mit gutgelaunter Ermutigung zur Seite gestanden haben, sowie allen meinen Dank aussprechen, die mich in diesen Jahren mit Rat und Tat, mit Freundschaft und Verständnis begleitet haben.

In Pupuhuhta, 17.9.1985

Sisko Haikala

INHALT

I.	FRAGESTELLUNG, QUELLEN UND METHODE	11
II.	DIE POLITISCHE DISKUSSION IN DEUTSCHLAND IM AUSGEHENDEN 18. JAHRHUNDERT	21
	1. Die bürgerliche Öffentlichkeit und ihre Träger.....	21
	2. Hintergründe der Englandkenntnis	31
III.	DIE ANGLOPHILEN STRÖMUNGEN IN DEUTSCHLAND AM VORABEND DER FRANZÖSISCHEN REVOLUTION	39
IV.	GEGENÜBERSTELLUNG DER BRITISCHEN UND FRAN- ZÖSISCHEN FREIHEIT IN DER FRÜHREVOLUTIONÄREN PHASE	59
V.	DIE BRITISCHE VERFASSUNG ALS ANTIREVOLUTIONÄRES SYMBOL IM ANGLOPHILEN KONSERVATIVISMUS	67
	1. Die Aktualisierung der Verteidigung der britischen politischen Institutionen im Zusammenhang mit der Burkerezepktion	67
	2. Die Hannoveraner als Fürsprecher der britischen Verfassung	71
	3. Friedrich Gentz	88
	3.1. Gentz als Interpret von Burkes Englandbild	88
	3.2. Der spätere Beitrag von Gentz zur Diskussion um die englische Verfassung.....	97
VI.	KONSERVATIVE GEGENREAKTIONEN AUF DIE IDEALISIERUNG DER BRITISCHEN KONSTITUTIONELLEN MONARCHIE.....	108
VII.	DIE RADIKALDEMOKRATISCHE KRITIK AN DER BEWUNDERUNG DER BRITISCHEN VERFASSUNG	119

VIII.	KONSTITUTIONELLE MONARCHIE UND BÜRGERLICHE FREIHEIT NACH BRITISCHEM MUSTER - ZIEL DER GEMÄSSIGT- LIBERALEN KRÄFTE IN DEUTSCHLAND?	133
IX.	DIE DISKUSSION IN DEUTSCHLAND ÜBER DIE BRITISCHE FREIHEIT UND DIE REAKTIONÄRE POLITIK IN ENGLAND	151
	1. Der Radikalismus und die Repressionspolitik in Großbritannien	151
	2. Die positiven Reaktionen der deutschen Konservativen auf die Entwicklung in England	154
	3. England im Urteil der Liberalen und Radikal- demokraten	164
	3.1. Der Einfluß der Reaktion auf die britische Freiheit	164
	3.2. Der britische Volkscharakter	183
X.	DIE ANGLOPHOBIE UND DIE DEBATTE UM DIE REVOLUTIONS- KRIEGE	196
	1. Die Bedeutung der Revolutionskriege für Deutschland.....	196
	2. Wachsendes Mißtrauen gegen die britischen Kriegsziele seit dem Beginn des ersten Koalitionskrieges.....	199
	3. Die Subsidien, die wirtschaftlichen Mittel und die Kriegsschuld Großbritanniens als Streitfragen.....	210
	4. Großbritanniens Gleichgewichtspolitik und "Seedespotismus" aus deutscher Sicht (1798-1801)	218
	5. Die Enttäuschung von Amiens	227
XI.	RÜCKBLICK: DAS ENGLANDBILD UND SEINE POLITISCHEN BEDEUTUNGEN IN DER BÜRGERLICHEN ÖFFENTLICHKEIT DEUTSCHLANDS (ca. 1780-1802).....	231
	ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	244
	ANMERKUNGEN	244
	KAPITEL I	244
	KAPITEL II	246

KAPITEL III	252
KAPITEL IV.....	258
KAPITEL V.....	260
KAPITEL VI	268
KAPITEL VII.....	271
KAPITEL VIII	275
KAPITEL IX.....	279
KAPITEL X.....	296
QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS	310
I. QUELLEN	310
1. Periodica	310
2. Einzelschriften und Werksausgaben einzelner Autoren	315
3. Quellensammlungen	322
II. HILFSMITTEL UND DARSTELLUNGEN	323
1. Hilfsmittel	323
2. Darstellungen	324
PERSONENREGISTER	339

I. FRAGESTELLUNG, QUELLEN UND METHODE

Großbritannien war im 18. Jh. aus dem Blickwinkel Kontinentaleuropas eine wichtige Realität. Das Inselreich wurde im Jahrhundert der Aufklärung zur weltgrößten Handels- und Kolonialmacht, zum führenden Land der Industriellen Revolution und zum aktiven Gegner Frankreichs, der kontinentalen Großmacht, zu dessen Macht es ein Pendant darstellte. Die Aufklärung und die anderen kulturellen Einflüsse der Briten vermochten damals schon zu einem gewissen Grade die Dominanz der französischen Kultur in Europa einzuschränken. Für Deutschland war England auch deshalb von Bedeutung, daß es ein wichtiger Handelspartner Norddeutschlands war, und es wegen der Personalunion von 1714 zwischen Großbritannien und Hannover ein bleibendes Interesse an den Angelegenheiten des Heiligen Römischen Reiches hatte und Einfluß auf sie ausüben konnte.

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit den Englandbildern der deutschen politischen Publizistik im späten 18. Jh. und in den ersten Jahren des 19. Jh.s. In den Geschichts- und Sozialwissenschaften ist viel "Bildforschung" betrieben worden, und so stehen für den Begriff 'Bild von einem fremden Land' zahlreiche Definitionen zur Verfügung. Hier wird 'Bild' als Abstraktion von der Wirklichkeit, die Informationen und Einstellungen zusammenfaßt, verstanden. Die Entstehung eines Bildes läßt sich nicht auf bloße Informationen von den jeweiligen Verhältnissen oder von der aktuellen Entwicklung eines Landes zurückführen. Wesentliche Elemente sind auch Stereotypen, d.h. antizipierende Vorstellungskomplexe von den Verhältnissen des fremden Landes und von den Charakterzügen seines Volkes. Obwohl solche stereotype Auffassungen recht zufällig als Verallgemeinerungen mangelhafter Kenntnisse und eingeschränkter Erfahrungen entstehen, haben sie die Tendenz, ihre Stellung als Vorwissen, an dem die Wirklichkeit des anderen Landes gemessen wird und das sich deshalb als äusserst resistent gegenüber neuen, abweichenden Informationen und Erfahrungen erweist, zu stabilisieren. Dauerhaftigkeit ist deshalb ein Charakteristikum für das "Image" eines fremden Landes. Grundlegende Veränderungen setzen für gewöhnlich Krisenzeiten oder dramatische Geschehnisse voraus. Die Bilder sind auch immer insofern subjektiv, als sich in ihnen die Sympathien und

Antipathien, die Hoffnungen und Befürchtungen der Betrachter sowie überhaupt der Einfluß der Weltanschauungen und die Wirkung sowohl nationaler als auch spezifischerer Interessen zeigen. Die sozial- und individualpsychologischen Mechanismen, die in der Vergangenheit auf die Entstehung und Verbreitung der Bilder von fremden Kulturen Einfluß geübt haben, lassen sich mit den schriftlichen Quellen des Historikers kaum klären, aber die Geschichtsschreibung kann die Inhalte, Zwecke und den Wandel der Bilder analysieren und geschichtliche Erklärungen für diese Phänomene suchen.¹

Für die Fragestellung dieser Arbeit ist von grundlegender Bedeutung die Erkenntnis der Bildforschung, daß sich die politische und soziale Situation eines fremden Landes im Bewußtsein der Betrachter oft zu einem Symbol und zu einer Manifestation von Werten und Unwerten reduziert.² Eine von der Frage nach den symbolischen Bedeutungen ausgehende Erforschung des Englandbildes ist vor allem durch die große Bewunderung der "britischen Freiheit" in der europäischen Aufklärung begründet. Dieses als "Anglophilie" bezeichnete Denken, dessen Verbreitung vielleicht am meisten durch die positiven Interpretationen Montesquieus vom "Geist" der englischen Gesetze und der konstitutionellen Gleichgewichts- und Gewaltenteilungsmechanismen des Landes gefördert wurde, erhob Großbritannien zum Modellfall der eingeschränkten Monarchie und des Rechtsstaats, und dies ist gewöhnlich als ein Anzeichen für das Schwinden der Überzeugungskraft des Absolutismus auf dem Kontinent gesehen worden.³

Das Englandbild der deutschen Publizistik im 18. Jh. ist noch nicht ausführlich untersucht worden, aber aufgrund der vorliegenden Forschungsarbeiten läßt sich sagen, daß das Interesse des deutschen Bildungsbürgertums an England und seine mittelbaren und unmittelbaren Kontakte mit dem Land und seiner Kultur im Laufe des 18. Jh.s zunahm (s. Kap. II.2.) und daß sich die Bewunderung der britischen Konstitution und Gesellschaft und des Volkscharakters der Engländer auch in der deutschen Literatur zeigte. Die eigentlichen Forschungsarbeiten zum Englandbild der Deutschen sind schon älteren Datums, hauptsächlich aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg, und sind inhaltlich Monographien zu den Großbritannieneinstellungen in Reiseschilderungen, in der Belletristik und in staatswissenschaftlichen Werken.⁴ Die Beschreibung des Inhalts der Englandbilder steht bei ihnen im Mittel-

punkt, aber in einigen, vor allem in den Arbeiten von ELSASSER, MAYER und CHRISTERN, finden sich heuristische Hypothesen darüber, daß das Motiv für die Englandbewunderung in der Bestrebung gelegen habe, konkrete Modelle für die Reformierung der deutschen Verhältnisse, ja sogar der Regierungsformen, aufzuzeigen.⁵ Die ältere Forschung zur Reiseliteratur enthält auch klare Hinweise darauf, daß in der Öffentlichkeit erst in den letzten Jahren des 18. Jh.s im eigentlichen Sinne kritische und feindselige Englandbilder auftauchten und daß dieses Phänomen im Zusammenhang mit der durch die Französische Revolution entstandenen Situation steht.⁶

Das Bestreben, die symbolischen und politischen Bedeutungen des Englandbildes in der deutschen Publizistik zu verstehen, stellt eine enge Verbindung der Problematik dieser Arbeit mit der Problematik der politischen Diskussion und des politischen Denkens jener Zeit her. Die Publizistik hatte am Ende des 18. Jh.s eine wesentlich größere Bedeutung als heute. Das Forum selbst, die "bürgerliche Öffentlichkeit", entstand eigentlich erst im letzten Drittel des 18. Jh.s, und sie ist mit Recht als wichtiger Indikator des sozialen Wandels und als fast einzige Möglichkeit der politischen Einflußnahme des deutschen Bildungsbürgertums angesehen worden. (s. Kap. II.1.) In der modernen Forschung zu den Politisierungsprozessen der Aufklärung ist festgehalten worden, daß für die politische Diskussion in Deutschland überhaupt die Orientierung an den Modellen der fortschrittlichen Länder des Westens typisch war. Dieses Phänomen erklärt sich zum einen durch die Rückständigkeit in Deutschland und den Umstand, daß in Deutschland - trotz der Reformprogramme einiger aufgeklärter absolutistischer Herrscher noch nicht die grundlegenden Erneuerungen durchgeführt worden waren, die das Bildungsbürgertum erwartete. Zum anderen muß die Erklärung in den Behinderungen der öffentlichen Diskussion, in der geringen Diskussionsbereitschaft und in der Angst vor der Zensur gesucht werden: das Operieren mit den Modellen fremder Länder gehörte offensichtlich zu den Instrumenten der verdeckten Gesellschaftskritik und der Propaganda.⁷

Die Forschung zur Revolutionsrezeption der Deutschen hat deutlich gemacht, welche wichtige Bedeutung die Entwicklung eines fremden Landes - Frankreichs - nach dem Jahre 1789 in der deutschen Öffentlichkeit als Auslöser politischer Bewußtseinsprozesse und als Förderer der ideologischen "Lagerbildung" hatte.⁸ Die entsprechende Bedeutung Groß-

britanniens ist in der Forschung zum Frühkonservativismus in Deutschland aufgegriffen worden. Klaus EPSTEIN und Ursula VOGEL haben überzeugend nachgewiesen, daß die Modelle der britischen Freiheit zumindest im Konservativismus der sog. Schule von Hannover als Mittel der ideologischen Argumentation erstrangige Bedeutung hatten.⁹ Die konkurrierenden "Ideologien" des Frühliberalismus und des an der Revolution orientierten Radikalismus sind in dieser Hinsicht nicht gründlich erforscht worden, aber es gibt Thesen, daß schon die Liberalen der Spätaufklärung, wie auch viele Liberale der ersten Hälfte des 19. Jh.s, die politischen Institutionen der Briten zu ihren Vorbildern machten. Fritz VALJAVEC, der Pionier der Erforschung der politischen Richtungen, ist der Auffassung, "daß die Liberalen seit dem Revolutionszeitalter in ihrer Gesamtheit geistig den Anschluß an England gewannen und damit feste Anhaltspunkte für ein umfassendes, klarer empfundenes politisches Programm erhielten, das sie vorher nicht besessen hatten".¹⁰ Für den Jakobinerforscher Walter GRAB ist die Einstellung zu England wiederum "ein nahezu unumstößlicher Gradmesser für die politischen Auffassungen", da die deutschen Liberalen nach seiner Meinung in Großbritannien Modelle suchten, während die Radikalen alle britischen Vorbilder strikt ablehnten.¹¹

Die politischen und sozialen Inhalte und Funktionen des Englandbildes werden in dieser Arbeit mit Fragestellungen aus der Begriffsgeschichte, der Theoriegeschichte und der politischen Ideengeschichte und mit Hilfe der historisch-kritischen Methode untersucht. Das Ziel besteht darin, die verschiedenen Bedeutungen des Begriffes "britische Freiheit" in verschiedenen Zusammenhängen in der öffentlichen Diskussion zu untersuchen, die bedeutendsten unter den Theorien und Theoriefragmenten, die von den Vertretern der verschiedenen politischen "Richtungen" über das politische System und die Gesellschaft Englands aufgestellt wurden, zu analysieren und Ideen und Einstellungen, die mit dem Phänomen England verbunden waren, auch im Kontext der politischen Ereignisgeschichte zu erforschen.

Es ist angebracht, die Untersuchung des Englandbildes der Deutschen bei den Grundzügen der vorrevolutionären Anglophilie anzusetzen, denn auf dieser Anglophilie fußen im wesentlichen die späteren Debatten über England. Zeitlich liegt dabei der Schwerpunkt der Betrachtung auf der Phase nach dem Freiheitskrieg der Vereinigten Staa-

ten, denn nach diesem Krieg, der in Deutschland großes Aufsehen und starke Antipathien gegen die Briten weckte und nach dem sowohl international als auch in Großbritannien und in Deutschland politisch eine relativ ruhige Entwicklung vor sich ging, richtete sich das Interesse der Deutschen wieder konzentriert auf die politischen und sozialen Strukturen Englands, und die Bewunderung der britischen Freiheit stand in der Öffentlichkeit wieder im Vordergrund (Kap. III.). Den zentralen Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit bilden jedoch die spätere Entwicklung und die Differenzierung der anglophilen Tradition sowie die kritischen und "anglophoben" Englandbilder in den neunziger Jahren in der dynamischen Situation nach dem Ausbruch der Französischen Revolution, in der die politische Diskussion intensiver geführt wurde als je zuvor und in der sie trotz der verschärften Zensur freier war, als später unter der Napoleonischen Herrschaft. Im Hintergrund der Veränderungen des Englandbildes und seiner Zwecke muß gesehen werden, daß die britische Freiheit nach dem Jahr 1789 im Bewußtsein der Zeitgenossen mit den Modellen der "französischen Freiheit" verglichen wurde. In diesem Zusammenhang wurde in Deutschland zum ersten Mal eine bedeutende öffentliche Diskussion über die Theorie der britischen Konstitution und die Legitimation der Anglophilie geführt (Kap. IV-VIII). Die Veränderungen und neuen Gewichtungen im Englandbild lassen sich jedoch nicht allein aus der Konkurrenzsituation zwischen den Freiheitsmodellen Großbritanniens und Frankreichs und aus der Revolutionsrezeption der Deutschen erklären, sondern in die Fragestellung ist auch die konkrete politische Situation miteinzubeziehen. In Großbritannien wie auch in Deutschland antworteten die Machthaber auf den Revolutionsenthusiasmus und die tatsächliche oder eingebildete Revolutionsgefahr mit einer reaktionären Innenpolitik. In England führte dies u.a. zur Einschränkung der Pressefreiheit und des Rechtsschutzes. Die deutschen Stellungnahmen zur Berechtigung der reaktionären Politik und zu ihrer Wirkung auf die britische Freiheit sind also ein Faktor, der bei der Erforschung des Englandbildes berücksichtigt werden muß (Kap. IX). Den konkreten politischen Berührungspunkt zwischen den Welten Deutschlands und Großbritanniens stellte der Revolutionskrieg, an dem England seit Anfang 1793 teilnahm, dar. Für das Reich bedeuteten der 1792 begonnene Krieg und die Beteiligung an den unter der Führung Großbritanniens gebildeten Koalitionen gegen Frankreich schwere Ver-

luste und eine Beschleunigung des faktischen Zerfalls des Reichs. Auf dieser Grundlage muß die Frage nach dem Anteil und dem Gewicht der rein deutsch-nationalen Interessen und Blickwinkel im Englandbild der bürgerlichen Öffentlichkeit gestellt werden (Kap. X).

Der zeitliche Schwerpunkt der Arbeit liegt also beim "eigentlichen" Jahrzehnt der Französischen Revolution, in dem die Englanddiskussion in Deutschland in vielfältiger Weise mit der durch die Revolution aktualisierten Debatte über die Freiheit, über die einzusetzenden politischen Mittel des gesellschaftlichen Fortschrittes, über die antirevolutionäre Politik und über den ideologischen Krieg verknüpft war. Die Bedeutung des letzten Jahrzehnts des 18. Jh.s als Forschungsobjekt wird auch dadurch unterstrichen, daß dies die einzige Zeit war, in der auch die Stimme der deutschen "Jakobiner" wirklich an die Öffentlichkeit drang. Da das Englanbild in dieser Arbeit jedoch auch mittels einer Analyse der Hauptthemen der Diskussion über die britische Kriegspolitik untersucht wird, schließt die Arbeit zeitlich mit dem Frieden von Amiens (1802) ab. Erst zu jenem Zeitpunkt nämlich, als zum ersten Mal seit 1793 für einen Moment ein allgemeiner Friede eintrat, war es möglich, die Wirkung der zeitweilig scharf kritisierten britischen Kriegsführung auf die Situation Deutschlands einzuschätzen.

Das Quellenmaterial der Arbeit besteht aus an die Öffentlichkeit gerichteten, gedruckten Texten. In erster Linie wurden als Quellen ausgewertet politische Zeitschriften, aber auch andere ihrem Wesen nach politische Veröffentlichungen wie Reisebeschreibungen, Annalen, Almanache, Pamphlete, Flugblätter, Studien und aus dem Englischen übersetzte politische Literatur. Eine solche die Gattungsgrenzen überschreitende Quellenauswahl ist oft schon in der traditionellen Ideengeschichte eingesetzt worden, um die erforschten Phänomene in ihren wesentlichen Aspekten zu erfassen, aber besonders hat sie Verwendung gefunden in der neueren begriffsgeschichtlichen Forschung, zu deren methodologischen Ausgangspunkten schon die Auffassung gehört, daß Voraussetzung für die solide Erforschung der Bedeutung, der Verwendung und der Entwicklungslinien von Begriffen ihre Interpretation in zahlreichen und möglichst verschiedenen Kontexten und sowohl in Texten bekannter als auch weniger bekannter Autoren ist.¹² Die Gründe dafür, daß auch in dieser Arbeit auf diese Weise vorgegangen wird, liegen vor allem in dem Begriff der "öffentlichen Diskussion" und in dem einfachen Umstand,

daß sich die hinsichtlich des Englandbildes relevante Diskussion keineswegs auf nur ein Medium der politischen Diskussion beschränkte. Eine logische Folge dieser Art der Quellenauswahl ist es, daß die Vollständigkeit schon von vorneherein ausgeschlossen ist und daß statistische Maßstäbe sich trotz der umfangreichen Quellen nicht eignen, um über die Repräsentativität des Materials zu entscheiden. In der vorliegenden Arbeit wurde die Repräsentativität hinsichtlich des Forschungsgegenstandes außer durch die intensive Verwendung von wissenschaftlicher und anderer Sekundärliteratur zur fraglichen Epoche vor allem dadurch sicherzustellen gesucht, daß das Forschungsmaterial im wesentlichen aus politischen Zeitschriften besteht. Die Orientierung auf die politischen Zeitschriften ließe sich schon damit begründen, daß sie bisher - anders als Reiseberichte - nicht systematisch zur Erforschung des Englandbildes verwendet worden sind. Ein viel wichtigerer Grund ist jedoch die in der modernen Forschung weithin akzeptierte Auffassung, daß die Zeitschriften in der zweiten Hälfte des 18. Jh.s das wichtigste Mittel der politischen Diskussion waren.¹³ Weil die politischen Zeitschriften darauf spezialisiert waren, die politische und politisch-ideologische Entwicklung ihrer Zeit zu besprechen, und in ihnen u.a. mit Hilfe von Zitaten und Rezensionen oft Stellung zur aktuellen politischen und politisch-theoretischen Literatur bezogen wurde, geben sie einen Überblick über das ganze Spektrum der politischen Diskussion und auch wichtige Literaturhinweise, mit deren Hilfe sich das Quellenmaterial auch über die Zeitschriftenpresse hinaus ausdehnen läßt - was in dieser Arbeit auch geschehen ist. Aufgrund des vielseitigen Inhalts, der Quantität und der Periodizität geht aus den Zeitschriften deutlich - womöglich deutlicher als aus irgendeiner anderen politischen Literatur jener Zeit - die ideologische Differenzierung der bürgerlichen Öffentlichkeit in der Epoche der Französischen Revolution hervor. Der Begriff "politische Zeitschrift" hatte im 18. Jh. keine scharf umrissenen Grenzen. Viele Zeitschriften, die von ihren Herausgebern z.B. als literarisch, unterhaltend oder historisch-geographisch charakterisiert wurden, können im Hinblick auf ihren Inhalt als politisch eingestuft werden. Aber darüber besteht in der Forschung weitgehend Einigkeit, daß die von den Zeitgenossen "historisch-politisch" genannten Publikumszeitschriften den zentralen Teil der politischen Zeitschriftenpresse im späten 18. Jh. bildeten.¹⁴ Die Zeitschriftenauswahl dieser Arbeit umfaßt gerade hauptsächlich diese Zeit-

schriften und es wurde danach gestrebt, die als am wichtigsten angesehenen in die Quellen aufzunehmen.¹⁵ Die Wahl der Zeitschriften und der ergänzenden Quellen war auch auf ihre regionale und politisch-ideologische Vielseitigkeit ausgerichtet.

Das einzige bedeutende Mittel der öffentlichen Diskussion, das gänzlich aus den Quellen dieser Arbeit ausgeklammert worden ist, stellt die ausgedehnte Zeitungspressen des ausgehenden 18. Jh.s dar. Außer auf arbeitsökonomischen Gründen beruht diese Entscheidung auf der Tatsache, daß die deutschen Zeitungen jener Zeit im allgemeinen keine sehr ergiebige Quelle für die Erforschung von politischen Ideen und Einstellungen sind. Die Zeitungen konzentrierten sich fast ausschließlich auf die Vermittlung von politischen und wirtschaftlichen Nachrichten und sie waren oft gezwungen, in ihren politischen Stellungnahmen große Zurückhaltung zu üben, da die Behörden diese Veröffentlichungen, die auch in den unteren Bevölkerungsschichten gelesen wurden, wesentlich stärker kontrollierten als die Zeitschriften der Intelligenz.¹⁶

Die Quellen stammen hauptsächlich aus den deutschen Kerngebieten des Heiligen Römischen Reichs, obwohl es dazu einige Ausnahmen gibt, denn die Grenzen der politischen Diskussion verliefen im 18. Jh. eher entlang den Sprach- als den Staatsgrenzen. Das wichtigste Druckzentrum außerhalb des Reiches war das zu Dänemark gehörende Schleswig-Holstein, wo eine relativ großzügige Druckfreiheit herrschte, und von wo aus viele Radikale und auch Liberale sich an der politischen Debatte im Reich beteiligten. Zahlenmäßig stammen die meisten Quellen aus Nord- und Mitteldeutschland, weil sich gerade auf diese Gebiete die politische Diskussion jener Zeit konzentrierte - dieses Bild ergibt sich unabhängig davon, ob man als Maßstab jetzt die Veröffentlichungsfrequenz der Druckerzeugnisse oder die Zahl der Verlage, Buchhandlungen oder Lesegesellschaften nimmt.¹⁷

Unter den Verfassern befinden sich sowohl angesehene Publizisten, Schriftsteller und Denker als auch geringere Autoren und einige anonym gebliebene Personen. Gemeinsam ist allen Verfassern, deren Personalien zur Verfügung standen, daß sie aus der bürgerlichen oder adligen Intelligenz kamen. Die Frage nach dem Einfluß der sozialen Situation der Verfasser auf ihre Äußerungen zu England kann nicht übergangen werden, obgleich die soziale Stellung und der persönliche Hintergrund des Individuums sein Denken natürlich nicht mechanistisch determinieren.

Davon geht diese Arbeit jedoch aus, daß zwischen der sozialen Wirklichkeit einerseits und den Bewußtseinsinhalten und ihrem sprachlichen Ausdruck andererseits komplizierte, durch Reflektionsprozesse entstandene Beziehungen bestehen und daß es möglich ist, diese Beziehungen mit Hilfe ideengeschichtlicher Forschung zu erfassen. Eine zentrale Frage, auf die in dieser Arbeit in verschiedenen Zusammenhängen eine Antwort gesucht wird, ist, inwieweit das Englandbild kommunikative Intentionen und politische Ziele beinhaltet, die sich aus der sozialen Situation der Intelligenz, besonders des Bildungsbürgertums, erklären. Dieses Forschungsvorhaben läßt es angebracht erscheinen, die Grundzüge und die wesentliche Problematik der sozialen Situation der deutschen Intelligenz und ihres Forums, der bürgerlichen Öffentlichkeit, getrennt zu charakterisieren (Kap. II.1.).

Die Englandbilder der politischen Öffentlichkeit stellen Vorstellungskomplexe einer relativ schmalen, schreibenden Schicht der Intelligenz über Großbritannien dar. In welchem Maß die publizistischen Englandbilder der deutschen "Gelehrtenrepublik" dem Bild weiterer Bevölkerungskreise entsprechen und welchen Einfluß sie auf die Meinungsbildung des lesenden Publikums hatten, sind problematische Fragen und sie fallen weitgehend mit den Problemen der Beziehung von Massenmedien und der sog. öffentlichen Meinung zusammen. In der älteren pressegeschichtlichen Forschung wurde eine einfache Identität von Publizistik und öffentlicher Meinung angenommen. Auch heute wird natürlich noch die Auffassung gutgeheißen, daß die Presse oder andere entsprechende Schriftprodukte die öffentliche Meinung vermitteln oder sie formen können, aber andererseits ist man gezwungen gewesen zuzugeben, daß die in den Medien der öffentlichen Diskussion am häufigsten vorgebrachten Meinungen nicht unbedingt der öffentlichen Meinung entsprechen müssen, sondern, daß bei Gemeinschaften neben den Massenmedien auch viele geschichtliche, religiöse und ethnische Faktoren mitspielen und daß die Meinungsbildung von Individuen mehr durch die Bezugsgruppe beeinflusst wird als durch die Massenmedien.¹⁸ Da sich die quantitativen Methoden der modernen Kommunikationsforschung auch sonst nicht - u.a. wegen der heterogenen und lückenhaften Quellen - für die Erforschung der "öffentlichen Meinung" des 18. Jh.s und ihrer Wirkungen eignen, ist es am realistischsten, die "Wirkung" der politischen Publizistik auf die Zeitgenossen im 18. Jh. nur als internes Phänomen der öffentlichen

Diskussion zu behandeln, m.a.W. ausgehend von den Schwerpunkten der Debatte und von den Reaktionen, die einzelne Artikel und Schriften in der Öffentlichkeit auslösten. Mit dieser Eingrenzung der Aufgabe soll natürlich nicht der potentielle oder faktische Einfluß der politischen Publizistik auf die Leserschaft an sich bestritten werden. Gerade in der zu untersuchenden Zeit, als es fast keine anderen Massenmedien gab, muß der meinungsbildende Einfluß der politischen Publizistik beträchtlich gewesen sein - besonders in den Angelegenheiten, die über den unmittelbaren Erfahrungsbereich der Leserschaft hinausgingen, wie gerade bei den Auffassungen bezüglich eines fremden Landes, Großbritanniens.¹⁹

II. DIE POLITISCHE DISKUSSION IN DEUTSCHLAND IM AUSGEHENDEN 18. JAHRHUNDERT

1. Die bürgerliche Öffentlichkeit und ihre Träger

In Deutschland, wie auch in den anderen Ländern Mitteleuropas, entwickelte sich im 18. Jh. nach und nach eine neue Form der politischen Öffentlichkeit.¹ Nach der Terminologie von Jürgen HABERMAS entstand im Jahrhundert der Aufklärung die "bürgerliche Öffentlichkeit" der privaten Staatsbürger, die in Opposition zu der alten "repräsentativen Öffentlichkeit" des Fürsten, des Hofes und der Beamten stand.² Die Entstehung eines solchen neuen Kommunikationsbereiches, eines potentiellen Diskussionsforums, setzte natürlich voraus, daß es an gemeinsamen politischen Gegenständen interessierte Menschengruppen gab. Das neue Publikum des 18. Jh.s bestand in erster Linie aus der bürgerlichen Mittelklasse und die Entstehung der bürgerlichen Öffentlichkeit muß als Ausdruck der sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen der Zeit gesehen werden. Ihre Stellung festigte die bürgerliche Öffentlichkeit rasch. Das zeigt u.a. das Hinzukommen des Neologismus "öffentliche Meinung" in vielen Sprachen, so auch im Deutschen in der zweiten Jahrhunderthälfte.³

Die Entstehung der bürgerlichen Öffentlichkeit und das Anlaufen der politischen Diskussion seit den sechziger und siebziger Jahren des 18. Jh.s an wiesen in Deutschland gegenüber der entsprechenden Entwicklung in England und Frankreich kaum eine Verzögerung auf, aber von ihrer Intensität und kritischen Einstellung her erreichte die politische Diskussion in Deutschland nicht das Niveau der Diskussion in den westlichen Staaten. Die Gründe für diese Schwäche lassen sich aus der politischen und wirtschaftlichen Zersplittertheit Deutschlands ableiten. Die geistige Atmosphäre in den meisten Ländern des in über 300 Territorien geteilten Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation war traditionsgebunden, bevormundet und oft durch eine strenge Zensur beeinträchtigt. Die moderne kapitalistisch-industrielle Entwicklung war in verschiedenen Teilen Deutschlands schon im Gange, aber sie war dermaßen in ihrem Anfangsstadium, daß die eigentliche Unternehmerschaft im Lande, einige Reichsstädte ausgenommen, noch ein äußert unselb-

ständiges Bürgertum war, das von den vom Staat und Hof geschaffenen Märkten lebte. Die sozialgeschichtliche Erforschung der verschiedenen Schichten und der wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnisse des deutschen Bürgertums steht freilich noch in mancher Beziehung aus. Lange bekannt ist aber schon, daß die in der Öffentlichkeit aufgetretenen Bürger nicht die alten Handels- und Handwerksberufe ausübten, d.h. nicht zum Bürgertum in seiner traditionellen Bedeutung gehörten und auch keine Vertreter der modernen wirtschaftlichen Interessengruppen waren.⁴

Die Sachverwalter des Bürgertums in der Öffentlichkeit waren vorrangig Gelehrte und stammten meistens auch aus der Intelligenz, wenn auch die Ausbildung der Kinder der unteren Klassen unter dem Druck des durch die Zünfte und den Merkantilismus erstarrten Wirtschaftslebens zugenommen hatte. Das mit der Modernisierung der Staatswesen verbundene Wachsen des Beamtentums garantierte den gebildeten Bürgern für gewöhnlich ein Auskommen. Die bürgerlichen Gelehrten wollten sich bewußt vom gemeinen Volk, zu dem der Großteil der Agrarbevölkerung, die Arbeiter und Dienstleute der Städte, ein Teil der Krämer und Handwerker sowie die Soldaten gezählt wurden, abheben; statt dessen betrachteten sie sich als einen dem Adel und dem Klerus gleichwertigen Teil der gebildeten Stände. Problematisch für die Bürgerlichen war jedoch, daß die Adligen, die oft Vorrechte auf höhere Ämter hatten, vielmals ein Karrierehindernis bedeuteten. Aus den alleruntersten Schichten stammende Akademiker kamen keineswegs immer im Beamtenapparat unter, sondern mußten sich auf andere Weise ernähren, z.B. in den wenig geschätzten Stellungen als Hauslehrer und Hofmeister bei Adelsfamilien. Die Zahl der selbständigen Schriftsteller, Journalisten, Juristen oder Ärzte, die in Frankreich eine große Bedeutung als Fürsprecher des dritten Standes hatten, war in Deutschland noch klein. Die Schwäche des Bürgertums, die Abhängigkeit der Beamten und Amtsanwärter von der Staatsgewalt und offensichtlich auch die Tatsache, daß ein bedeutender Teil der Träger der bürgerlichen Öffentlichkeit aus protestantischen Pfarrhäusern stammte, in deren Atmosphäre die Achtung der Autorität des Herrschers zur Tradition gehörte, nahmen der Kritik ihre Schärfe und erzeugten in der politischen Diskussion Vorsicht, Kompromißbereitschaft und indirekte Kritikformen.⁵

Dem deutschen Bürgertum fehlten nahezu völlig die Möglichkeiten der

politischen Einflußnahme, ausgenommen in einigen wichtigen Ämtern vielleicht; deshalb wurde das gedruckte Wort zu einem wichtigen Kanal der sozialen Unzufriedenheit und der politischen Einwirkungsversuche. Nach Rolf ENGELSING ereignete sich in Deutschland am Ende des 18. Jh.s geradezu eine "Leserevolution".⁶ Diese Erscheinung in einem Staat, der keine einheitliche politische Macht bildete, keine große nationale Hauptstadt und keine überseeischen Besitzungen hatte, aber seit den Tagen Gutenbergs in der Bücherproduktion zu den führenden Europas gehörte, hat er als Ereignis charakterisiert, das sich mit der "Revolutionierung" des Außenhandels und der Industrie in Großbritannien und der politischen Revolution in Frankreich vergleichen läßt, m.a.W. als Ausdruck der wachsenden Spontaneität und Mobilität der Mittelklasse.⁷ Die Strömungen, die die "absolutistisch-feudalen" Verhältnisse der Gesellschaft kritisierten und den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Aufstieg des Bürgertums verteidigten, errangen im letzten Drittel des 18. Jh.s in der deutschen Literatur eine so dominierende Stellung, daß es auch berechtigt ist, von einer "bürgerlichen Emanzipationsbewegung" zu sprechen.⁸

Trotz seiner gesellschaftlichen Unzufriedenheit war das deutsche Bürgertum weder faktisch noch im zeitgenössischen Bewußtsein eine eng umgrenzte Klasse, und die wirtschaftliche und politische Zersplittertheit Deutschlands konnte auch gar keine Voraussetzungen für eine solche Vereinheitlichungsentwicklung des "dritten Standes" schaffen, wie es sie im 18. Jh. in England und Frankreich bereits gab. Schon das Wort "Bürger" war für die Deutschen mehrdeutig. Damit konnte außer dem Angehörigen eines bestimmten Standes auch allgemein ein Staatsbürger oder eine Person bezeichnet werden, die hinsichtlich ihrer Aufgeklärtheit und Charaktereigenschaften die Anforderungen an einen guten Bürger erfüllte.⁹ Auch der "Mittelstand", die "Mittelklasse", zu der sich die bürgerliche Intelligenz gerne zählte, wurde in Deutschland sogar noch am Anfang des 19. Jh.s nur als Gruppe verstanden, die aufgrund ihrer hinreichenden Aufgeklärtheit in der Lage war, statt partikularer Interessen das Gemeinwohl voranzutreiben.¹⁰ Eine solche Verknüpfung moralischer Aspekte mit den Begriffen der Bürgerlichkeit erklärt nicht nur die Tatsache, daß für die Emanzipation des Bürgertums, die sich u.a. recht heftig den Standesprivilegien des Adels widersetzte, auch reichlich Vertreter der adeligen Intelligenz eintraten, sondern auch die Meinung

der Elite der Emanzipation, daß sie für alle Nichtprivilegierten als "Advokat" der Nation auftreten könne.¹¹ Als das Bildungsbürgertum die Leibeigenschaft, die wirtschaftlichen Begrenzungen und die ungleiche Besteuerung kritisierte und die Erweiterung der staatsbürgerlichen Rechte forderte, verfolgte es tatsächlich über die Interessen seiner eigenen Klasse hinausgehende Ziele.¹² Diese harmonische Konstellation konnte jedoch nur so lange bestehenbleiben, wie die bürgerlichen Avantgardisten nur die privilegierten Stände als ihre Konkurrenten erlebten. In den neunziger Jahren des 18. Jh.s, als die Bedrohung der aus dem Volk kommenden Revolution auch Deutschland zu berühren schien, zeigten sich die bürgerlichen "Klasseninteressen" darin, daß die Mehrheit der bürgerlichen Emanzipatoren in der Öffentlichkeit schroff gegen die soziale und politische Gleichstellung der niederen Stände reagierte.¹³

Deutschland entwickelte sich im 18. Jh. zu einem bedeutenden Land der literarischen Produktion und des literarischen Verbrauchs. Auf Messekatalogen basierende Berechnungen zeigen, daß die Buchproduktion nach Titeln sich in den Jahren 1763-1805 im Vergleich zu der entsprechenden Produktion von 1721-1763 verzehnfachte.¹⁴ Die Zunahme der Zeitschriften, die von einem Wachsen des Interesses an aktuellen Fragen zeugt, war besonders eindrucksvoll. Neue Zeitschriften wurden in Deutschland von 1750-60 331, von 1760-70 411, von 1770-80 718, von 1780-90 1225 und von 1790-1800, trotz der Zeit der Revolutionskriege und der sich verschärfenden Zensur, sogar noch 750 gegründet.¹⁵ Von den qualitativen Veränderungen wird als bedeutendste die Abnahme der religiös-erbaulichen Literatur zugunsten der Literatur politischer Natur erachtet.¹⁶ Die als Reaktion auf die Französische Revolution erfolgte Politisierung der Atmosphäre fand z.B. in der Zunahme der historisch-politischen Zeitschriften einen deutlichen Niederschlag. In den Jahren 1781-1790 wurden im deutschen Sprachraum 19 neue historisch-politische Zeitschriften gegründet, aber von 1791 bis 1800 waren es schon 80 und während des nächsten Jahrzehnts noch 65.¹⁷

Die Träger der bürgerlichen Öffentlichkeit hatten nicht nur eine schmale soziale Herkunftsbasis, sondern waren auch im Vergleich zur fast fünfundzwanzig Millionen zählenden Bevölkerung des Reichs eine kleine Gruppe. Berechnungen von Zeitgenossen über die Zahl der deutschen Schriftsteller zu Ende des 18. Jh.s belaufen sich auf ca. 10 000 Personen. Diese Zahlen umfaßten wahrscheinlich auch alle Ge-

legenheitsliteraten. Nach der Auffassung HAFERKORNs ist es realistischer, die Zahl der deutschen Schriftsteller, Herausgeber und Mitarbeiter von Zeitschriften und Almanachen gegen Ende des 18. Jh.s auf 2000-3000 Personen zu schätzen.¹⁸ Die Informationen über die Zahl und die soziale Zusammensetzung der Leserschaft sind noch lückenhafter. Die Auflagezahlen der größten politischen Zeitschriften - 2000-5000 Exemplare - wirken aus heutiger Sicht nicht groß, aber es gilt zu beachten, daß die Zeitschriften, wie andere Literatur auch, ebenfalls über Leihbibliotheken, in den Lesegesellschaften und -kabinetten sowie in Kaffeehäusern gelesen wurden. In der zweiten Hälfte des 18. Jh.s wurden in Deutschland ung. 270 Lesegesellschaften und ung. 200 Leihbibliotheken gegründet.¹⁹ Während der Aufklärung war zwar in verschiedenen Teilen Deutschlands mit dem Ausbau der Volksbildung begonnen worden, aber nach der in der diesbezüglichen Literatur vorherrschenden Meinung konnte noch zu Anfang des 19. Jh.s vielleicht nur die Hälfte der Bevölkerung lesen und natürlich noch viel kleiner war die Zahl derjenigen, die genügende Vorkenntnisse, z.B. in der Geschichte und Geographie, hatten, um die politischen Schriften zu verstehen.²⁰ Der Schriftsteller und Verleger Friedrich Nicolai kritisierte in den siebziger Jahren des 18. Jh.s die Isolation der Schriftsteller vom Volk und behauptete, das "Völkchen" der Schriftsteller und ihrer Leser umfaße in Deutschland nur ca. 20 000 Personen.²¹ Nicolais Kritik ist zwar insofern berechtigt, als die Schriftsteller der bürgerlichen Öffentlichkeit ihre Botschaft hauptsächlich nur an die Mittel- und Oberschichten richteten. Nach dem Ausbruch der Revolution in Frankreich wurde jedoch in manchen Zusammenhängen festgestellt, daß die Leselust stark zugenommen und sich auf alle Stände ausgebreitet habe.²² Die Aussagen der Zeitgenossen müssen zwar mit gewissen Vorbehalten aufgenommen werden, da sie vor allem von Seiten der Antirevolutionäre implizite politische Ziele, wie die Verschärfung der Zensur, beinhalten. Trotzdem sprechen sie dafür, daß um die Wende des 18. und 19. Jh.s eine Entwicklung im Gange war, die in einem gewissen Maße auch die unteren Volksschichten in die Leserschaft miteinbezog.²³

Die deutschen Schriftsteller waren selbst ganz und gar davon überzeugt, daß die von ihnen vertretene "Öffentlichkeit" und die "öffentliche Meinung" die Kraft hatten, die Meinungen zu beeinflussen, ja sogar die politische Entwicklung zu steuern. Als Aufgabe der Publikationstätigkeit wurden Information und Erziehung verstanden, mit der Zeit aber auch

die politische Einflußnahme. Diese politische Einflußnahme versuchte freilich noch, Konfrontationen zu vermeiden. Nur eine relativ kleine radikale Autorenschaft strebte danach, ihre Leserschaft zu aktiver politischer Tätigkeit zu "mobilisieren" sowie die Machthaber im Auge zu behalten und sie gegebenenfalls zu kritisieren.²⁴ Die meisten Schriftsteller waren aber der Meinung, daß sie ihren Lesern im Geiste der Unparteilichkeit und Wahrheit politische Aufklärung vermittelten, und sie versuchten vorsichtig mit den Beschlußfassern zu kommunizieren, d.h. die Mißstände und Reformwünsche in das Bewußtsein der Herrschenden zu bringen.²⁵

Konkrete Beispiele dafür, daß die Regierungen der Stimme der bürgerlichen Öffentlichkeit in wichtigen politischen Fragen Gehör geschenkt hätten, können kaum nachgewiesen werden. Es steht aber fest, daß die Höfe und Regierungen die politische Publizistik verfolgten und ihre Bedeutung eher übertrieben als unterschätzten. Nach der Französischen Revolution versuchten die Regierungen sogar, die öffentliche Diskussion zu steuern, indem sie gewissen, für gewöhnlich konservativen, Autoren mit Material versorgten und sie finanziell unterstützten.²⁶ Sichtbarer war jedoch die Behinderung der Diskussion, d.h. die Beschränkung der Pressefreiheit.

Die Zensurgesetzgebung und ihre Praxis waren in Deutschland weitgehend eine innere Angelegenheit der Territorien, wenn auch in Regensburg von Zeit zu Zeit Beschlüsse gefaßt wurden, die das ganze Reich betrafen. In Frankfurt am Main fungierte die sog. Bücherkommission als gemeinsame Oberzensurbehörde für die Kontrolle über solche Bücher, denen es gelungen war, die Zensoren der Länder zu umgehen. Traditionell wurde die Pressefreiheit am schärfsten in den zahlreichen geistlichen und weltlichen Kleinfürstentümern Deutschlands eingeschränkt und am wenigsten in den Reichs- und Universitätsstädten. Länder der relativ milden Zensur waren im 18. Jh. auch Hessen, Mecklenburg, Braunschweig und Baden. Die besten Möglichkeiten für mutige schriftstellerische Tätigkeit gab es im zu Dänemark gehörenden Schleswig-Holstein, wo in den Jahren 1770-1799 eine recht weitgehende Druckfreiheit herrschte. Die Ausdehnung der Redefreiheit wurde in Deutschland seit dem Anfang der achtziger Jahre des 18. Jh.s lautstark gefordert, aber die Französische Revolution bedeutete einen schweren Rückschlag für diese Bestrebungen. In Bayern wurden schon 1789 die

das Geschehen in Frankreich betreffenden Veröffentlichungen verboten, und ein entsprechender Erlaß trat in Sachsen 1790 in Kraft. Gegen die Verbreitung der revolutionären Stimmung gerichtet war auch das von Kaiser Leopold II. an das ganze Reich gerichtete Pressereskript, mit dem - unter Androhung von strengen Strafen - der Druck und die Verbreitung von Schriften verboten wurden, die den allgemeinen Frieden störten und auf den Sturz der herrschenden Regierungsformen zielten. Neu im Vergleich zur früheren Praxis war in den neunziger Jahren die Verfolgung kleinerer Druckerzeugnisse. Hinter diesem Vorgehen stand nach SCHNEIDER die psychologische Einsicht, daß die Menschen der niederen Stände, deren Radikalisierung in den neunziger Jahren besonders gefürchtet wurde, oft keine Bücher lesen mochten, sondern am liebsten zu den prägnanteren politischen Zeitschriften oder Flugblättern griffen.²⁷ In Württemberg, wo schon in den siebziger Jahren mit harter Hand in die journalistische Arbeit eingegriffen wurde, wurden 1791 Sonderbestimmungen über die Presse in die Zensurerlässe aufgenommen, 1792 in Hannover und dann 1799 in Bayern. Im allgemeinen verschärfte sich die Zensur während der Revolutionskriege und der Zeit Napoleons. In Österreich wurden die Möglichkeiten der freien schriftstellerischen Tätigkeit schrittweise bis fast auf den Nullpunkt eingeschränkt, als nach 1790 die von Josef II. bewirkten Linderungen der Zensur rasch rückgängig gemacht wurden, die Druckerzeugnisse mit dem Erlaß von 1795 einer zweifachen Vorzensur unterstellt wurden und 1798 die Lesekabinette und das Auslegen von Presseerzeugnissen in den Kaffeehäusern verboten wurden. 1801 wurde die Zensur schließlich der Polizei übergeben und es wurden Bücherindexe verfaßt, mit denen in ein paar Jahren ca. 2500 Druckerzeugnisse verboten wurden. In Preußen, der zweiten Großmacht in Deutschland, war das 1788 erlassene, strenge Wöllner Zensuredikt bis 1797 in Kraft. Danach eignete sich der neue König Friedrich Wilhelm III. - in der Praxis allerdings nur für ein paar Jahre - in seiner Zensurpolitik eine freiere Richtung an. Eine Ausnahme von der allgemeinen Richtung bildete in den Jahren 1799-1803 auch Bayern mit seiner verhältnismäßig liberalen Zensur.²⁸

Wegen der Unterschiede auf der deutschen Zensurkarte und der politischen Zersplittertheit Deutschlands waren das Umgehen der Zensurbestimmungen und die illegale Verbreitung von Druckerzeugnissen nicht ausgeschlossen. Ein üblicher Weg war die Wahl eines Druckortes in einem

Territorium mit freierer Zensur oder einem Gebiet außerhalb der Reichsgrenzen.²⁹ Während der Epoche der Revolutionskriege wurde u.a. die politische Diskussion Preußens teilweise außerhalb der Landesgrenzen geführt. Das Fortführen einer verbotenen Zeitschrift unter neuem Namen, das Sichzurückziehen des Herausgebers in den Schutz der Anonymität oder Pseudonymität sowie das Verfälschen des Druckortes waren Mittel, die besonders von radikalen Schriftstellern bevorzugt wurden. Aufgrund des Druckes der Zensur entlud sich ein Teil der politischen Diskussion in Flugschriften. Meistens boten die anonymen Flugschriften, die oft auch von bekannten politischen Schriftstellern und Journalisten verfaßt wurden, im Vergleich zu den periodischen Veröffentlichungen eine bessere Möglichkeit, zu allgemeinen tagespolitischen Fragen Stellung zu nehmen und mutig politische Gegner sowie die deutschen Regierungen zu kritisieren.³⁰ Das Problem der Pamphletisten bestand allerdings darin, daß sie ihr Publikum immer wieder aufs neue für sich gewinnen mußten. Den Erfolg und meinungsbildenden Einfluß der Pamphlete schwächte auf lange Sicht die Tatsache, daß sie begrenzte aktuelle Themen behandelten und oft auch politische Prophezeiungen enthielten, was dazu führte, daß sie rasch zu Sensationen von gestern wurden oder ihre Voraussagen sich als falsch erwiesen.³¹ Ein unter seinem eigenen Namen auftretender Journalist oder Schriftsteller mußte seine Sache verdeckter sagen. Politische Stellungnahmen wurden oft ohne Verweis auf die Situation in Deutschland vorgebracht, indem man theoretisierte oder solche Stellungnahmen in Rezensionen, fernen Zukunftsutopien, Satiren oder in den zu dieser Zeit so geschätzten Dialogen unterbrachte. Das Zitieren, u.a. eine scheinbar neutrale, faktisch aber selektive Veröffentlichung von Dokumenten oder ausländischem politischen Material, war in der Literatur eine deutlich sichtbare Form der politischen Kommunikation.³²

Die bürgerliche Öffentlichkeit und Emanzipationsbewegung Deutschlands waren spontan entstanden und ihnen fehlten feste politische Organisationen. Die Freimaurer- und Illuminatenorden, die Konversationszirkel und Leseorganisationen konnten für die Politisierung freilich nicht bedeutungslos sein, da die vielen Regierungen Deutschlands ihre Tätigkeit zu behindern suchten und sie in den reaktionären Veröffentlichungen wiederholt angegriffen wurden. Die im Rheinland während der französischen Besatzung entstandenen Jakobinerklubs können für eine Art beginnender Parteiformierung gehalten werden, aber im allgemeinen war

man in Deutschland von einer bewußten Organisation zur Durchsetzung politischer Ziele noch weit entfernt.³³ Die Politik war nach dem auf das Denken der Antike zurückgehenden Verständnis der meisten Zeitgenossen immer noch eine Tätigkeit, die in das Gebiet der Moral gehörte und auf das Gemeinwohl zielte. Indem man sich auf die Lehren der Geschichte und später auf die Radikalisierung der Französischen Revolution bezog, gab man Begriffen wie "Partei", "Fraktion" oder "Ideologie" Konnotationen des partikularistischen Egoismus, des Fanatismus oder der Weltfremdheit.³⁴ Sowohl die bürgerliche Emanzipationsbewegung als auch die zu ihr in Opposition stehenden Richtungen blieben charakteristischerweise literarische Strömungen. Bezeichnend ist es denn auch, daß die Forderung nach Vereinigungsfreiheit in der deutschen Öffentlichkeit äußerst selten erhoben wurde, während die Bestrebungen um die Pressefreiheit sogar politisch sehr verschieden orientierte Bürger vereinigten.³⁵

Trotz der Unorganisiertheit war die politische bürgerliche Öffentlichkeit ideologisch geteilt. Während der letzten Jahrzehnte sind die Kennzeichen und ideellen Inhalte dieser frühen politisch-ideologischen Richtungen in der deutschen Historiographie rege diskutiert worden. Die Initiative für die Diskussion ging eigentlich von der Jakobinerforschung aus, die Hedwig VOEGT in der Mitte der fünfziger Jahre in der DDR begann.³⁶ Die mit der Analyse der Revolutionsrezeption der Deutschen verknüpfte Jakobinerforschung hat unbestreitbar erwiesen, daß das radikale demokratische oder "jakobinisch-demokratische" Gedankengut, dessen Existenz in der sich an die Forschungstradition des 19. Jh.s anlehnenden Geschichtsschreibung vielleicht sogar absichtlich vergessen worden war oder dessen Vertreter als undeutsche Erscheinungen abgestempelt worden waren, in den neunziger Jahren des 18. Jh.s in Deutschland die Basis für eine bedeutende politische Richtung bildete. Gleichzeitig ist auch die alte Forschungsmythe von der unerschütterlichen Loyalität des deutschen Bildungsbürgertums zur Obrigkeit und den Autoritäten erloschen.³⁷ Die heutige Forschung ist in vielem dem Werk *Politische Strömungen* von Fritz VALJAVEC verpflichtet. Nach ihm entstanden die ideologischen Grundströmungen in Deutschland schon vor 1789 und kristallisierten sich in signifikanter Weise nach dem Ausbruch der Französischen Revolution heraus. Die grundlegende Ansicht von VALJAVEC, daß sich am Ende des 18. Jh.s in Deutschland in der bunten

Meinungslandschaft drei ideologische Hauptströmungen unterscheiden lassen, nämlich ein gemäßigter "Liberalismus", ein entschiedenerer "Radikalismus" und ein zu diesen in Opposition stehender "Konservativismus", ist durch die spätere Forschung bestätigt und präzisiert worden.³⁸ Die Bezeichnungen gehen freilich nicht aus den Quellen hervor, was ihnen auch Kritik eingebracht hat.³⁹ Die Verwendung dieser Begriffe und die Beschreibung des politischen Denkens in drei Hauptströmungen lassen sich aber begründen. Erstens vergrößert die Bestrebung, die politische Diskussion jener Zeit nur als ein Ganzes wechselnder Meinungen, als völlig unstrukturierte "politische Aufklärung" oder als "bürgerliche Emanzipationsbewegung" zu sehen, unser Verständnis der ideellen Hauptkontroversen und der Funktionen der politischen Schriften jener Zeit nicht sonderlich.⁴⁰ Obwohl sich die Zeitgenossen nicht gerne selber als Vertreter irgendwelcher Ideenrichtungen sahen, war andererseits das Abstempeln der Andersdenkenden recht verbreitet, und das Auftreten politisch-ideologischer Polarisierung wurde auch eingestanden. In Deutschland wurde schon in den achtziger Jahren des 18. Jh.s von der Existenz einer kleinen, soziale und politische Gleichberechtigung fordernden, extremen Gruppe gesprochen⁴¹, aber als ideelle Grundkontroverse wollten die Fortschrittlichen damals die ideologische Auseinandersetzung zwischen den "Aufklärern" und den "Obskuranten" verstanden wissen.⁴² In der Situation nach dem Ausbruch der Französischen Revolution war nach Meinung der Zeitgenossen ein ideologischer Kampf zwischen der das alte System verteidigenden "aristokratischen" und der für die Revolution eintretenden "jakobinisch-demokratischen" Richtung im Gange.⁴³ Es ist jedoch beachtenswert, daß die meisten Vertreter der bürgerlichen Öffentlichkeit sich in Hinsicht auf diese beiden Extremfronten als Außenstehende betrachteten, die sich auf die Autonomie ihrer Vernunft verließen, oder - um mit Wieland zu sprechen - als "Moderierte".⁴⁴ Also stand auch in den Vorstellungen der Zeitgenossen der Gedanke von einer das Feld der Ideen beherrschenden Dreiteiligkeit im Vordergrund. Allerdings waren weder die politischen Frontlinien - und schon gar nicht das Gruppenbewußtsein - immer klar im Bewußtsein der Zeitgenossen ausgeprägt noch wurde empfunden, daß sie irgendwelche Verpflichtungen auferlegten. Die persönlichen Freundschaftsbeziehungen gingen über die weltanschaulichen Grenzen hinweg und während der dramatischen politischen Entwicklung der neunziger

Jahre schwankten viele politische Schriftsteller in ihren Positionen sogar erheblich. Seit VALJAVEC haben die Historiker denn auch betonen müssen, daß, obwohl die damaligen Grundpositionen der politischen Richtungen in Deutschland erkennbar sind, ihre ideellen Inhalte in den Einzelheiten noch keine scharfen Konturen hatten. Die Probleme der Klassifizierung sind deshalb groß.⁴⁵ Die Analyse der deutschen Ideenrichtungen um die Wende des 18. und 19. Jh.s gewinnt in der Praxis durch die Klärung ihrer sozialen Standorte an Schärfe, d.h. durch die Klärung der Fragen, wessen Interessen die politischen Theorien oder ideellen Stellungnahmen vertraten und gegen wen sie gerichtet waren.⁴⁶

2. Hintergründe der Englandkenntnis

Die bürgerliche Öffentlichkeit Deutschlands orientierte sich am Ende des 18. und auch noch am Anfang des 19. Jh.s in politischen Fragen stark an den westlichen Ländern, besonders an Frankreich und England. Die Themen der politischen Schriften waren weitgehend internationalen Ursprungs und die politische Diskussion stand unter dem Einfluß der Literatur der Nachbarländer. Der Anschluß der deutschen Öffentlichkeit an die gesamteuropäische Diskussionsgemeinschaft wurde den Zeitgenossen spätestens in den neunziger Jahren des 18. Jh.s deutlich bewußt. Dieser Zustand wurde auch oft aus verschiedenen Gründen bedauert. "Diese politische Bücherwuth zieht schon von Land zu Land und von einer Classe der Gesellschaft zur andern fort", beklagte der Antirevolutionär Friedrich Gentz 1794 und war der Meinung, daß der von Frankreich ausgegangene, sich mittels der Literatur verbreitende Radikalismus überall in Europa "das Gleichgewicht unter den politischen Ideen" zerstört hatte.⁴⁷ Georg Forster, ein Sympathisant der Revolution, sah 1793 im mangelnden Gemeingeist der Deutschen den Grund dafür, daß die politisch wirksame "öffentliche Meinung" immer noch aus England und Frankreich importiert werden mußte.⁴⁸

Gewiß hatten die französischsprachigen politischen Schriften einen großen Einfluß auf die deutsche Diskussion, denn das Französische beherrschte die deutsche Intelligenz im allgemeinen und die Dominanz der französischen Kultur war seit dem 17. Jh. auch in Deutschland eine Tatsache gewesen. Es gilt aber zu beachten, daß gerade für die Entstehung der bürgerlichen Öffentlichkeit England das führende Land in

Europa war. Schon 1695 hatte das Unterhaus die Erneuerung des sog. Licensing-Act verweigert, was die Abschaffung der Vorzensur sowie einiger anderer, die Pressefreiheit einschränkender Hindernisse bedeutete. Obgleich die Pressefreiheit im England des 18. Jh.s nach modernen Maßstäben bei weitem nicht vollständig war, so war sie im Vergleich zum Kontinent doch groß. Die Pressefreiheit, die öffentlichen Gerichtsverfahren, die Tätigkeit der parlamentarischen Opposition und, seit den siebziger Jahren des 18. Jh.s, auch die Veröffentlichung der Parlamentsdebatten in der Presse schufen Voraussetzungen für die Expansion der politischen Presse und des politisch stellungnehmenden Publikums und sogar für die Entstehung von außerparlamentarischen politischen Organisationen.⁴⁹ Des Englischen war man in Deutschland wesentlich weniger mächtig als des Französischen, aber seit dem Beginn des 18. Jh.s begannen Zeichen eines wachsenden Interesses sowohl am englischen Staat selbst als auch an seiner Sprache sichtbar zu werden.

Die Untersuchung von Konrad SCHRÖDER über die Entwicklung des Englischen zum Unterrichtsfach an den deutschen Universitäten, die auch die Zunahme der Vorlesungsveranstaltungen über die Literatur und Geschichte Großbritanniens behandelt, gibt Hinweise über das Wachsen des Interesses an England sowie seiner regionalen Schwerpunkte und Ausrichtungen. Vor dem 18. Jh. sprach das deutsche Bildungsbürgertum, die Gegend um Hamburg ausgenommen, kaum Englisch und an keiner Universität des Kaiserreichs war Englisch Unterrichtsfach, aber 1789 wurde Englisch schon an vierundzwanzig der dreiundvierzig deutschsprachigen Hochschulen des Landes gelehrt. In diesem Durchbruch, der sich in einer Generation vollzog, unterscheidet SCHRÖDER drei Hauptphasen. Anfang des Jahrhunderts kam der Englischunterricht an die Hochschulen Norddeutschlands, wobei die Universitäten von Göttingen und Helmstedt sowie das Collegium Carolinum in Braunschweig seine ersten Heimstätten waren. In der zweiten Phase, ung. von 1750 bis 1780, begann der Unterricht an den meisten protestantischen Universitäten in Mittel- und Süddeutschland - sehr oft durch das Betreiben von ehemaligen Schülern und Dozenten der Göttinger und Helmstedter Universitäten. Erst in den achtziger Jahren faßte das Englische an den katholischen Universitäten Süddeutschlands Fuß.⁵⁰

SCHRÖDERs Ergebnisse stützen die alte Auffassung, daß sich die Großbritannienkenntnis und das Interesse am Staat im 18. Jh. auf das

protestantische Nord- und Mitteldeutschland konzentrierten.⁵¹ Der hannoverische Beamte Ernst Brandes behauptete noch 1786, daß der südliche Teil Deutschlands immer noch nicht wisse, "was er mit und über England machen und denken soll".⁵² Im katholischen Deutschland, wo die öffentliche politische Diskussion im allgemeinen und speziell die, die über lokale Fragen hinausging, weniger ausgeprägt war als im nördlicheren Deutschland, orientierte man sich traditionell nach Südeuropa.⁵³ Konfessionelle Dinge waren auch im Jahrhundert der Aufklärung nicht bedeutungslos für die deutsch-englischen Beziehungen. Zum Beispiel wurden im Siebenjährigen Krieg sowohl in Preußen als auch in England konfessionelle Argumente als Begründung für die Allianz der beiden Länder angeführt.⁵⁴ In den Habsburgischen Erblanden wieder wurde noch im Jahr 1778 der Englischunterricht an den Hochschulen verboten, weil Maria Theresia fürchtete, daß die Kenntnis der englischen Sprache Prinzipien ins Land brächte, die die Religion und die Sitten verdürben.⁵⁵

Eine Erklärung für die Ausrichtung des protestantischen Deutschland nach Großbritannien liegt neben den religiösen auch in den verkehrstechnischen, kommerziellen und politischen Verbindungen. Die bedeutenden Hafenstädte, Königsberg eingeschlossen, waren wegen des Handels in regelmäßigem Kontakt mit England und waren natürlicherweise nicht nur Orte der Waren- sondern auch des Passagierverkehrs sowie der Informationsvermittlung. In dieser Hinsicht hatte die wichtigste Position Hamburg, der Haupthafen des Englandhandels, wo vom 17. Jh. an auch eine kleine Kolonie von britischen Kaufleuten wirkte. Entsprechend wohnten in London unter dem Schutz von Sonderprivilegien Kaufleute aus Hamburg, Lübeck und Bremen.⁵⁶ Hamburg ist neben Leipzig als wichtigster Verbreiter der britischen Aufklärung im Lande angesehen worden. Die Bedeutung Hamburgs als Vermittler von geistigen Einflüssen wird auch durch die Tatsache bezeichnet, daß gerade dort ein großer Teil der ältesten Übersetzungen englischer Werke gedruckt worden war. In dieser Reichsstadt wurde auch zuerst mit der Veröffentlichung von Übersetzungen und Nachahmungen von englischen moralischen Wochen-schriften begonnen.⁵⁷

In den Jahrzehnten, die auf die Entstehung der Personalunion zwischen Hannover und Großbritannien (1714) folgten, wurde Hannover zu dem Gebiet in Deutschland, das sich am intensivsten nach England ausrichtete. In Göttingen wurde 1737 die Georg-August-Universität

gegründet, die sich als erste auf die "modernen" Wissenschaften wie Staatslehre und Geschichte konzentrierte. Dort wirkten viele zu aktuellen Streitfragen Stellung nehmende Lehrer, sog. politische Professoren, und die Universität wurde zu einem geistigen Zentrum, von dem Impulse der britischen schönen Literatur und wirtschaftliche und politische Doktrinen in die anderen Teile Deutschlands ausgingen. Wilhelm TREUE hat gezeigt, daß Adam Smiths Ideen des wirtschaftlichen Liberalismus zuerst gerade in Göttingen bekannt wurden und sich seit den neunziger Jahren des 18. Jh.s von dort aus durch ehemalige Lehrer und Schüler der Georgia Augusta in die Umgebung ausbreiteten, vor allem nach Preußen.⁵⁸ Für die politische Diskussion und die Politik überhaupt war wahrscheinlich nicht ohne Bedeutung, daß viele führende Staatsmänner der Jahrhundertwende wie vom Stein, von Hardenberg, die Gebrüder von Humboldt sowie viele Schriftsteller und Journalisten der bürgerlichen Öffentlichkeit in ihrer Jugend in Göttingen studiert hatten - in der Stadt, in der die eifrigsten Englandfreunde des ausgehenden 18. Jh.s das "Klein-London" des Kontinents sehen wollten.⁵⁹ Aus den Berechnungen von Horst DIPPEL geht u.a. hervor, daß fast die Hälfte der Schriftsteller, die sich in dem Unabhängigkeitskrieg der Vereinigten Staaten entstandenen Streit auf die Seite Englands gestellt hatten, in Göttingen studiert hatte.⁶⁰

Die starke Zunahme der Auswanderung von Deutschland nach England aufgrund des wirtschaftlichen und religiösen Drucks im 18. Jh. ist ein bekanntes Faktum, wenn auch keine genauen Zahlen über die Auswanderer zur Verfügung stehen. Die Emigration aus der Pfalz, aus Württemberg und aus Baden nach England nahm zu Anfang des Jahrhunderts geradezu Züge einer Massenauswanderung an. Die Umsiedlung aus Südwestdeutschland nach England oder über England in die Vereinigten Staaten setzte sich noch weit ins 19. Jh. fort, und trotz der Gegenmaßnahmen der Regierungen konnte sie im 18. Jh. auch in Norddeutschland nicht verhindert werden.⁶¹ Da die meisten Auswanderer aus den untersten Sozialgruppen der Land- und Stadtbevölkerung stammten, muß angenommen werden, daß die Informationen und Meinungen, die sie oder ihre zu Hause gebliebenen Verwandten über England hatten, einen geringen direkten Einfluß auf die deutsche bürgerliche Öffentlichkeit hatten. Auf einen indirekten Einfluß der Auswanderung mag jedoch zurückzuführen sein, daß die wenigen politisch behebenden Zeitschriften

Süddeutschlands am Ende des Jahrhunderts das Geschehen in England regelmäßig verfolgten; so z.B. die Zeitschriften von C.F.D. Schubart und E.L. Posselt sowie die etwas nördlichere, in Neuwied gegründete Zeitschrift *Politische Gespräche der Todten* von M. Trenck v. Tonder.⁶²

In London wohnten am Ende des 18. Jh.s zahlreiche Deutsche - nach einer von P.A. Nemnich im Jahre 1800 übermittelten Schätzung umg. 30. 000 Personen.⁶³ In der Stadt gab es damals nach Angaben von Zeitgenossen sechs deutsche protestantische Kirchen und den "Deutschen Klub" der Emigranten. Unter den Deutschen, die ständig in London wohnten oder sich wegen einer beruflichen Ausbildung dort längere Zeit aufhielten, waren viele Angehörige der Mittelklasse, Kaufleute, Gelehrte und Künstler.⁶⁴ Sie hatten eine deutliche Wirkung auf die Auffassungen der deutschen Intelligenz von Großbritannien. Außer daß sie, wie um die Jahrhundertwende beklagt wurde, bis zur Erschöpfung als Führer und Gastgeber ihrer Landsleute in London fungieren mußten,⁶⁵ boten sie in Deutschland ihre Sprach- und Sachkenntnisse als Übersetzer von Literatur, als Pressekorrespondenten und freie Schriftsteller an. Die anerkannteste Autorität unter ihnen war Pastor G.F.A. Wendeborn. Bekannt war auch der Schriftsteller J.C. Hüttner, der um die Jahrhundertwende als Korrespondent vieler deutscher Zeitschriften tätig war und von 1800-1807 von London aus die unterhaltende Zeitschrift *Englische Miscellen* herausgab. Aufgrund der Arbeit von Hüttner, Gottlieb Horstig und einigen anderen, anonym gebliebenen Korrespondenten nahm die historisch-politische Zeitschrift *London und Paris* (1798-1810) von F.J. Bertuch um die Jahrhundertwende den Charakter eines Sprachrohrs der Emigranten an.⁶⁶

Englandkenntnis wurde nach Deutschland zweifellos auch über verschiedene Organisationen, wie z.B. wissenschaftliche und gemeinnützige Vereine, sowie auch durch die britischen Kontakte religiöser Sekten vermittelt.⁶⁷ Die beim Bildungsbürgertum beliebten Freimaurerorganisationen waren in Deutschland oft nach englischem Vorbild aufgebaut, und sie hielten manchmal auch Kontakt zu den englischen Großlogen. Die Freimaurerorganisationen konzentrierten sich zwar bewußt nur auf die Verbreitung der moralischen Ziele der Aufklärung, aber ihre politische Bedeutung als Gestalter des gegen den Staat und das herrschende politisch-soziale System gerichteten Arcanum-Raums des einzelnen Bürgers hat besonders Reinhart KOSELLECK betont.⁶⁸

Die direkten Kontakte, in erster Linie die Reisen nach Großbritannien also, dürften für die Vermittlung der Englandkenntnis eine viel größere Bedeutung gehabt haben als die Organisationen. Die Grand-Tour-Praxis, ursprünglich ein Brauch der wohlhabenden adeligen Jünglinge, mit dem sie ihre Studien vervollständigten, setzte sich im 18. Jh. auch in den Kreisen der bürgerlichen Gelehrten durch. Von Deutschland aus richteten sich die Reisen gewöhnlich nach Frankreich, Italien und anderen Teilen Südeuropas, aber in der zweiten Jahrhunderthälfte war das Reiseziel auch immer öfter Großbritannien, wovon auch die große Zahl der Reiseführer und Reiseliteratur aus jener Zeit zeugt.⁶⁹ Die Motive der Reisen waren sowohl kultureller und wirtschaftlicher als auch politischer Natur. Der bekannteste Kulturreisende war unbestreitbar der Dichter und Naturwissenschaftler C.G. Lichtenberg, der durch seine Theaterbriefe in den Augen seiner Zeitgenossen zum Anglomanen wurde.⁷⁰ Aufgrund seiner zahlreichen wichtigen Kontakte scheint seine Residenz in Göttingen für Reisende eine Art inoffizielles Konsulat für die Vermittlung von deutsch-englischen Beziehungen geworden zu sein.⁷¹ Die wirtschaftlichen Bildungsreisen, die oft von Landesherrn und Unternehmern gesponsert wurden, begannen nach KROKER schon um die Jahrhundertmitte, obgleich in der Reiseliteratur erst von den achtziger und neunziger Jahren an Zeichen für ein Interesse an der Industriellen Revolution in England auftraten. Das Bestreben der Deutschen, selbst die metallurgischen Methoden der Briten sowie ihre Landwirtschaft, ihre Kanalsysteme, ihre Textilindustrie und die neue Dampfmaschine kennenzulernen sowie englische Fachkräfte nach Deutschland anzuheuern, begann sich in den neunziger Jahren schon einer "technologischen Spionage" zu nähern, und dagegen wollte sich die britische Regierung wehren.⁷² Nach der Jahrhundertmitte hatten sich auch die Besuche in England vermehrt, die ELSASSER "politische Bildungsreisen" genannt hat. Die durch diese Reisen entstandenen Reiseschilderungen behandelten vor allem die Regierungsform, die gesellschaftlichen Beziehungen und den sog. Volkscharakter Großbritanniens.⁷³ Die Wirkung dieser Literatur auf die öffentliche politische Diskussion in Deutschland sollte in keiner Weise unterschätzt werden. Die Reiseliteratur war überhaupt eine der beliebtesten Literaturgattungen des 18. Jh.s, was u.a. durch die erhaltenen Informationen über die Bücheranschaffungen der Lesegesellschaften belegt wird.⁷⁴ Die politische Reiseliteratur war nicht nur ein

Vermittler von Information über die Zustände des fremden Landes, sondern auch ein Medium der Sozialkritik. Wie SEGEBERG betont hat, lag der besondere Beitrag der Reiseschilderungen darin, daß sie einen Ausbruch aus dem Zirkel der politischen Diskussion Deutschlands eigenen Theorien und Fiktionen und eine Konzentration auf "die empirische Faktizität konkreter Gesellschaftsformationen" bedeuteten.⁷⁵

Das Interesse des breiten Leserpublikums an Großbritannien wurde durch die Zeitschriften aufrecht erhalten. Die Kenntnis der britischen Lebensform - besonders ihrer Kuriositäten - hatten seit dem Anfang des Jahrhunderts unterhaltende und belehrende Zeitschriften gefördert, deren unerschöpfliche Materialquelle die englische Presse war.⁷⁶ Während des letzten Drittels des Jahrhunderts - nach Brandes seit dem amerikanischen Unabhängigkeitskrieg - wurde auch in den politischen Zeitschriften die parlamentarische Entwicklung Englands verfolgt.⁷⁷ Als Informationsquellen der politischen Presse dienten hauptsächlich die englische Presse, Korrespondenten und die dokumentarischen Parlamentsveröffentlichungen. Aus der britischen Presse kopiertes politisches Material benutzten die deutschen Herausgeber in ihren Zeitungen oft als direkte Übersetzungen.⁷⁸ Der Schriftsteller Johann Wilhelm von Archenholtz, ehemaliger Hauptmann der preußischen Armee, bot dem Publikum in seiner in Hamburg gedruckten Zeitschrift *The British Mercury* (1787-1790) solches Material sogar in englischer Sprache. Die Zeitschrift hatte allerdings anscheinend keine ausreichende Leserschaft, aber Archenholtz' zweiter Versuch, das ebenfalls in großem Maße auf Informationen der britischen Presse und Parlamentsveröffentlichungen basierende Fortsetzungswerk *Annalen der Britischen Geschichte* (1788-1796), fand dagegen eine weit bessere Aufnahme.⁷⁹ Die wichtigsten historisch-politischen Zeitschriften wie G.B. von Schirachs *Politisches Journal* (1781-1840), *Der Genius der Zeit* (1794-1800) von August Hennings und Posselts *Europäische Annalen* (1795-1820) hatten um die Jahrhundertwende ihre festen Ressorts für Großbritannien. In den Zeitschriften wurde auch eifrig britische politische Literatur rezensiert. Für einen Beweis des Interesses der deutschen Öffentlichkeit an der in England geführten politischen Diskussion muß auch gehalten werden, daß die wichtigsten Pamphlete der Burke-Paine-Debatte in Deutschland in den neunziger Jahren des 18. Jh.s als Übersetzungen veröffentlicht wurden.⁸⁰ Der eigenständige Beitrag der deutschen Journalisten und Schriftsteller zum Schrifttum über

Großbritannien war auch nicht gering. Einer von den Zeitgenossen, die das große Gefallen der deutschen Gelehrten an Großbritannien kritisierten, war der unter dem Namen Professor Karl Lange aufgetretene jüdische Schriftsteller Alexander Davison. Den Status eines Schriftstellers zu erringen, war nach seiner ironischen Ansicht (1796) in Deutschland nicht schwer. Neben Nekrologen waren Schriften über England eine wichtige Etappe für einen Schriftsteller: "Man mag nun im Lande gewesen seyn oder nicht; man mag die Sprache verstehen oder nicht; so sind doch die Engländer, ihre Verfassung, Sprache, Sitten, Finanzen u.s.w. für einen in der Carriere begriffenen Schriftsteller, sehr wichtige und empfehlenswürdige Gegenstände."⁸¹

III. DIE ANGLOPHILEN STRÖMUNGEN IN DEUTSCHLAND AM VORABEND DER FRANZÖSISCHEN REVOLUTION

In der deutschen Öffentlichkeit war das Interesse an England im 18. Jh. eng mit den gesamteuropäischen anglophilen Strömungen verbunden. Als Ereignishorizont für die Entstehung der Anglophilie - "Anglomanie" nach den Kritikern - muß der Machtkampf gesehen werden, der im 17. Jh. zwischen den englischen Parlamenten und den Stuarts stattfand und in der Revolution von 1688-89 kulminierte. Der Sieg der Parlamente über die Alleinherrschaft und die Lehren der britischen Theoretiker, vor allem diejenigen John Lockes von den natürlichen und unveräußerlichen Rechten des Menschen, der Gewaltenteilung und der Souveränität des Volkes erregten schon um die Wende des 17. und 18. Jh.s Aufmerksamkeit auf dem Kontinent, besonders in Frankreich, wo die kritische Einstellung zum Absolutismus zur gleichen Zeit stark zugenommen hatte. Die Gegenüberstellung Großbritanniens - Frankreich war von Anfang an ein herausragender Zug der Anglophilie. Diese Konstellation beherrschte die Reisebriefe des Schweizers B.L. von Muralt (1725), die die später auch in Deutschland sehr beliebte Reiseliteratur einleiteten, welche sich mit der Wechselwirkung zwischen dem Volkscharakter der Briten und ihren politischen, sozialen und kulturellen Institutionen beschäftigte.¹ Die Kritik am politischen System Frankreichs war das Zentrale für die nach der Aufhebung des Ediktes von Nantes (1685) aus Frankreich emigrierten Hugenottenschriftsteller, die die Beispielhaftigkeit der englischen Regierungsform auf dem Kontinent verbreiteten. Die Werke von Rapin Thoyras (1661-1725), dem namhaftesten dieser Schriftsteller, manifestierten am Anfang des 18. Jh.s die Auffassung, nach der die Briten das freieste Volk in Europa waren und die Regierungsform Englands eine in der Weltgeschichte einzigartige "gemischte" Staatsform darstellte, in der es alle Vorteile der "einfachen" (absoluten) Monarchie, der Oligarchie (Aristokratie) und der Republik (Demokratie) zu vereinigen gelungen war.² Montesquieu gab den Auffassungen, die das politische System Englands bewunderten, eine einheitliche Formel. Sein *De l'esprit des lois* (1748) wurde zum wichtigsten Werk der politischen Anglophilie im Europa des 18. Jh.s.³

Montesquieus Denken über die Staatsformen ging von der Hypothese

über die Natur der Macht aus, nach der "tout homme qui a du pouvoir est porté à en abuser".⁴ Deshalb sichere die Freiheit der Bürger und verhindere die Tyrannei am besten eine Regierungsmaschinerie, in der die Gewalt geteilt war und die Nachteile der unausweichlichen Bestrebungen der Machthabenden, ihre Macht auszudehnen, durch eine gegenseitige Kontrolle der machtausübenden Organe untereinander eliminiert sind. Ein solches aus egoistischen Interessen mechanisch Harmonie erzeugendes Gleichgewichtssystem war nach ihm die Basis der britischen Konstitution und zweifellos hätte er auch gerne gesehen, daß es sich in Frankreich verwirklichte. Außer daß in England Legislative, Exekutive und Judikative voneinander getrennt waren, sei dort die Legislative so geteilt, daß der Adel, d.h. das Oberhaus, im Machtkampf zwischen Herrscher und Volk - repräsentiert im Unterhaus - das Gleichgewicht aufrechterhalte.⁵

Montesquieus Interpretationen der britischen Regierungsform und seine Auffassung von den Briten als einzigem Volk der Welt, dessen Konstitution als unmittelbares Ziel die politische Freiheit hat, schufen in Frankreich eine starke anglophile Stimmung. Ungeachtet dessen, daß die "Anglomanie" von den Verteidigern des alten Absolutismus, den für eine aufgeklärte Alleinherrschaft eintretenden Physiokraten und den an Rousseau orientierten Sympathisanten der Republik, kritisiert wurde, beherrschte die Bewunderung für die englische Regierungsform die politische Diskussion in Frankreich fast ohne Unterbrechung bis zum Unabhängigkeitskrieg der Vereinigten Staaten. Anglophile Nachwirkung war noch Ende der achtziger Jahre des 18. Jh.s in einigen der Schriften, die auf die Einberufung der Generalstände folgten, und im Bericht des ersten Verfassungsausschusses der Nationalversammlung zu spüren.⁶ Viele bedeutende Staatstheoretiker nach Montesquieu, z.B. die Briten David Hume und William Blackstone sowie der Schweizer Jean Louis De Lolme, bestätigten in ihren Werken die Grundthesen des *De l'esprit des lois* über das Wesen der britischen Regierungsform, obgleich diese das faktische Funktionieren des politischen Systems der Briten dort, wo die Gewaltenteilung beschrieben wird, letztendlich schlecht wiedergeben.⁷

In Deutschland hatte man schon zu Anfang des Jahrhunderts in der Literatur begonnen, den kulturellen und politischen Institutionen der Briten bewundernde Beachtung zu schenken. Die Orientierung nach England scheint als erstes in der schönen Literatur einen Durchbruch

errungen zu haben. Der Schriftsteller Klopstock forderte die Deutschen schon um die Jahrhundertmitte auf, ihre Literatur sowohl von den Fesseln Frankreichs als auch denen "Albions" zu befreien.⁸ Die Nachahmung der britischen Literatur war nicht nur eine ästhetische Mode, sondern sie war auch von sozialen und kulturpatriotischen Motiven getragen. Die außerordentliche Beliebtheit des englischen bürgerlichen Romans unmittelbar nach der Jahrhundertwende zeugt von einem bedeutenden gesellschaftlichen Prozeß, von der Entstehung einer neuen Theater-, Literatur- und Konzertpublikums der Mittelschichten. Dieses bürgerliche, zumeist schon die deutsche Sprache verwendende Publikum empfand Abneigung gegen die Französischsprachigkeit der heimischen Oberklasse und gegen die ganze französische Hofkultur.⁹ In der zweiten Jahrhunderthälfte entwickelte der deutsche Patriotismus die Auffassung von den Deutschen als Kulturgemeinschaft, und damit verbanden sich Forderungen nach einer Würdigung der eigenen Sprache und Kultur und nach einer Abkehr von fremden Vorbildern. Die Orientierung nach England scheint auch in den Augen der Zeitgenossen ein Mittel zur Überwindung der Imitation des Französischen, die ein Jahrhundert lang vorgeherrschte hatte, gewesen zu sein und damit also eine Zwischenphase der kulturellen Selbstständigkeitsbestrebungen.¹⁰ Die Anglomanie in der schönen Literatur fanden die Deutschen zum Teil deshalb erträglicher als die "Gallomanie", weil sie schon an ihre eigene Konkurrenzfähigkeit glaubten und annahmen, daß sowohl die französische als auch die englische Kultur ihre Blütezeit schon hinter sich habe.¹¹ Auch die Rassenverwandtschaft der Deutschen und Briten erklärt die Zuneigung zur englischen Kultur. Herder, für den das Deutsche und das Germanische gleichbedeutend waren, betonte 1773, daß das deutsche Denken die Kultur der Briten geprägt habe und 1797 erklärte er, daß die Anglophilie der deutschen Schriftsteller auf dem Bewußtsein beruhe, daß es in Deutschland ebenso gut Größen wie Bacon, Shakespeare und Milton hätte geben können, denn "sie [= die Briten] sind die auf eine Insel verpflanzten Deutschen".¹²

Aufgrund der weiten Verbreitung des Französischen war es für das deutsche Bildungsbürgertum leicht, sich mit den französischsprachigen Werken, die die Gesellschaft und das politische System der Briten idealisierten, vertraut zu machen. Zudem waren die wichtigsten anglophilen Werke in Deutschland auch als Übersetzungen im Umlauf.¹³ Montesquieus

De l'esprit des lois wurde in Deutschland bald zu einem hochgeschätzten und viel diskutierten Klassiker. Über die tiefgreifende Wirkung des Werks auf das politische Denken der Deutschen ist man sich in der Geschichtswissenschaft einig gewesen, aber die moderne Forschung hat betont, daß die Beliebtheit Montesquieus in Deutschland keineswegs nur für die Fortschrittlichkeit der damaligen Zeit steht; in dem Werk fanden auch die Verteidiger des Absolutismus und die Anhänger der Ständege-
 walt Bekräftigung für ihre Auffassungen, insbesondere in den Stellen über den "Geist" der Völker, über die Notwendigkeit von Zwischenge-
 walten und in den Ansichten, nach denen die Gesetze eines Landes - die
 Verfassung im weiteren Sinne - in Harmonie mit den jeweiligen, durch
 die physische Umwelt, die Traditionen und die Sitten bestimmten be-
 sonderen Verhältnissen des Staates zu sein hatten. Über den fortschritt-
 lichsten Teil des Werks - die Theorien über die englische Verfassung -,
 der sich scharf gegen den Absolutismus richtete, entstand in Deutsch-
 land keine so rege staatstheoretische Diskussion wie in Frankreich.¹⁴ Die
 knappen Äußerungen der deutschen Staatsgelehrten über den Mechanis-
 mus der britischen Konstitution vor 1790 waren entweder neutral oder
 gaben eher dem Zweifel am Erhalt des Gleichgewichts in England Aus-
 druck als der Bewunderung für das System.¹⁵ Die Enthaltbarkeit in der
 öffentlichen Diskussion des Deutschland der sechziger und siebziger
 Jahre in Bezug auf das System des Gleichgewichts und der Gewaltenteil-
 lung der Briten geht in erster Linie wahrscheinlich darauf zurück, daß
 die Verfassungsdiskussion in Deutschland erst vorsichtig dabei war, die
 Idee der beschränkten Monarchie gleichrangig neben den Absolutismus zu
 stellen. Als Beschränkung der Herrschermacht hätten die Meisten schon
 akzeptiert, daß die Alleinherrscher gerechte Gesetze erlassen, die Stände
 unparteiisch behandelt oder die den 'Volkswillen' äußernde Publikations-
 tätigkeit toleriert und angehört hätten. Bei dem damaligen Stand der
 Diskussion hatte der Mechanismus des englischen Regierungssystems, wie
 VIERHAUS betont hat, keinen richtigen Berührungspunkt mit der poli-
 tischen Realität der Deutschen.¹⁶

Die Auffassung, daß die Anglophilie im politischen Denken der
 deutschen Intelligenz von den fünfziger bis mindestens zu den siebziger
 Jahren des 18. Jh.s bedeutend war, beruht denn auch darauf, daß der
 Bewunderung der englischen "Freiheit" in der Belletristik und Reise-
 literatur offen Ausdruck verliehen wurde; sogar in wissenschaftlichen

Werken wurde dem "britischen Geist der Freiheit" und den positiven Erscheinungsformen dieser vagen Eigenschaft in England Lob gespendet.¹⁷ Der norddeutsche Staatsgelehrte E. Toze, der zwar wohl Zweifel hegte, die Regierungsform Englands könne wegen der Unbestimmtheit der Machtbefugnisse von Herrscher und Parlament in einen Absolutismus oder in eine anarchistische "Demokratie" abgleiten, schloß sich an ganz und gar anglophile Gedankegänge an, als er, die lobenswerten Wirkungen der britischen Freiheit festhaltend, 1779 feststellte: "Die Freyheit ist die Ursache, daß die Großen weniger von dem Hofe, und die Geringeren weniger von den Großen abhängen; wodurch der Unterschied zwischen dem hohen und niedrigen nicht so merklich wird als in anderen Ländern. Die Liebe zur Freyheit und der mit ihrer Freyheit verbundene Wohlstand zeugen bey ihnen auch die Liebe des Vaterlandes und den Eifer für das allgemeine Beste ... Das Wohlleben ist bey ihnen in allen Ständen allgemein ...".¹⁸ Eine solche Bewunderung der britischen Freiheit hatte durchaus Berührungspunkte mit und politische Funktionen in der Realität der Deutschen. Bekanntlich äußerte sich das Ingangkommen des Politisierungsprozesses in der deutschen Öffentlichkeit im "Krisenbewußtsein" über die Notwendigkeit von Reformen und in der Erwartung dieser sowie andererseits in einem enthusiastischen, aber in Hinsicht auf seine Gegenstände vagen Freiheitspathos.¹⁹ Großbritannien war ein häufig gebrauchtes, aber nicht das einzige Beispiel eines freien Landes in den Schriften, die die Freiheit propagierten. Neben den Republiken der Antike und der Schweiz verbanden die Deutschen die Freiheit gerne mit den Germanen, denn die seit dem Humanismus existierende Auffassung von der Freiheit der urgermanischen Gesellschaft erlebte um die Jahre 1770-80 eine Art Renaissance - nicht zuletzt deswegen, weil Montesquieu die Entstehung der Idee der britischen Freiheit unter Berufung auf Tacitus in die Wälder Germaniens plazierte.²⁰ Als wichtigster Grund für die zentrale Bedeutung Großbritanniens in der frühen Freiheitsdiskussion und seine Konkurrenzfähigkeit neben den anderen Symbolen der Freiheit muß angesehen werden, daß England die einzige Großmacht war, in der nach dem Verständnis der Zeitgenossen eine auf der Freiheit basierende Verfassung verwirklicht war und deren Verhältnisse ein Studium der Auswirkungen der Freiheit in der Praxis zuließen.

Der amerikanische Unabhängigkeitskrieg ist als arger Rückschlag für die anglophilen Strömungen in ganz Europa gewertet worden.²¹ Auch in

Deutschland begeisterte sich die bürgerliche Öffentlichkeit so stark für die Sache der amerikanischen Freiheit, daß nur im Einflußgebiet der britischen Krone, in Hannover, Braunschweig und der Gegend Oldenburgs, eine leichte Dominanz der proenglischen Stimmung zu beobachten war. Die Abneigung gegen England und besonders gegen diejenigen deutschen Fürsten, die Untertanen als Söldner an Großbritannien verkauften, war in Deutschland beträchtlich, wenn auch die Kritik an den deutschen Fürsten verdeckt geäußert werden mußte.²² England zu kritisieren war leichter, aber es muß beachtet werden, daß sich das Ressentiment der Deutschen nicht im wesentlichen gegen die politischen Institutionen der Briten richtete, sondern gegen die praktische Politik der Regierung. Völlig unberührt blieb das idealisierte Bild von England natürlich nicht; in den achtziger Jahren scheinen die Anglophilen in Deutschland sowohl gegenüber den Anhängern des Absolutismus als auch gegenüber den von Rousseau begeisterten - in der Öffentlichkeit freilich noch relativ selten aufgetretenen - Radikalen auf die Verteidigerseite geraten zu sein.²³ Unhaltbar ist jedoch die von Horst DIPPEL kürzlich vorgebrachte These, daß die bürgerliche Öffentlichkeit Deutschlands die fernen Vereinigten Staaten nach 1783 zu ihrem einzigen Modell der Freiheit erhoben und Großbritannien für so lange Zeit verworfen hätte, daß erst wieder die Liberalen des Vormärz und der Paulskirche das politische System der Briten als Vorbild für ihre eigenen politischen Ziele akzeptiert hätten.²⁴ Zweifellos behielten die Vereinigten Staaten, deren Unabhängigkeit die Entstehung eines neuen begeisternden Freiheitssymbols bedeutete, auch in den späteren Jahren in den Augen der Deutschen den Rang - um einen Ausdruck von DIPPEL zu verwenden - eines bürgerlichen "Utopias" und möglicherweise wurden sie für die Radikalen auch zu einem empirischen Argument für den Erfolg der sozialen Gleichheit und der Republik in einem Großstaat.²⁵ Trotzdem war die neue Republik bezüglich ihrer Entfernung und vor allem ihrer Verfassung, ihres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems - man denke nur an das Fehlen des Adels, des offiziellen Ständetums und der herrschenden Kirche und an die weit entwickelte Erwerbsfreiheit - zu weit weg von den deutschen Verhältnissen, als daß sie Englands instrumentalen Wert für die deutsche politische Diskussion hätte überholen können. Hierfür spricht auch, daß das aktive Interesse der Deutschen an den Vereinigten Staaten, das Bestreben, sich Informationen über ihre politische und

verfassungsgeschichtliche Entwicklung zu beschaffen, schon in den achtziger Jahren deutlich nachließ und während des nächsten Jahrzehnts fast völlig verschwand, wie DIPPEL selbst festgestellt hat.²⁶ Dagegen wurde die Diskussion um England gerade in den achtziger Jahren aktuell und die Hochkonjunktur der "anglomanen" Reiseliteratur setzte sich verstärkt fort.²⁷

Die Deutschen jener Zeit waren sich durchaus im klaren darüber, daß die vermehrten Reisen nach England und die Schriften über das Land nach dem Freiheitskrieg der Vereinigten Staaten eher Interesse am durch den Staat repräsentierten politisch-gesellschaftlichen Modell als am Land selbst bedeutete. Ernst Brandes kritisierte 1786, daß Großbritannien, das im Brennpunkt des Interesse der Zeit stand, nicht aufgrund einer wirklichen Kenntnis des Landes eingeschätzt wurde, sondern nach den Ideen, die in der Heimat des Beobachters jeweils die Oberhand hatten.²⁸ Pastor Wendeborn aus London beklagte 1785 wiederum: "Nur sehr wenige Fremde kommen als Reisende nach dieser Insel, ohne für die Herrlichkeit derselben und die Vorzüge ihrer Einwohner, oft bis zum Lächerlichen, eingenommen zu seyn". Seltsam fand Wendeborn auch, daß er bei den Reisenden kein Nachlassen der Anglomanie aufgrund der unausweichlichen Enttäuschungen sah.²⁹

Die deutsche Reiseliteratur der achtziger Jahre über England war ihrem Wesen nach recht einförmig anglophil und zeigte, daß die Reisenden immer noch nach England kamen, um dort das von Montesquieu, De Lolme und den anderen berühmten Bewunderern des britischen Systems beschriebene Land zu suchen. In denjenigen Schilderungen, die persönliche Reiseerlebnisse festhielten, erfuhr die Bewunderung der britischen Freiheit manchen besonders enthusiastischen Ausdruck. So erzählte z.B. der Berliner Lehrer Karl Philipp Moritz 1783, er habe die Parlamentswahlen im vorangehenden Jahr mit den Bildern von Caesar und Antonius in seiner Seele verfolgt und er glaubte fest, daß sich sogar der Engländer der niedrigsten Herkunft mit seinem König und den Ministern gleichberechtigt fühlt.³⁰ Die Schriftstellerin Sophie von La Roche beschrieb ihrerseits ihren Lesern ihre Gerührtheit vor der Magna Charta, dem Dokument, das eine Freiheit repräsentierte, die ihr zu ihrem Kummer nie zuteil werden würde.³¹ Die Kritik Wendeborns hätte zweifellos auch auf die anglomanste systematische Beschreibung der britischen

Verfassung in dieser Epoche zugetroffen, auf Johann Wilhelm von Archenholtz' Werk *England und Italien* (1785, 2. erweiterte Auflage 1787), das in Deutschland großes Aufsehen erregte und als Übersetzung auch auf die französische Diskussion über die politischen Institutionen der Briten wirkte.³²

Die Reiseschilderung von Archenholtz enthielt viele für die kontinentaleuropäische Anglophilie vor der Französischen Revolution typische Elemente, denn er hatte es sich bewußt zum Ziel gemacht, die Theorien von Rapin, Montesquieu und den anderen, das britische System bewundernden Denker mit praktischen Beispielen zu illustrieren. Andererseits beruhte seine Sachkenntnis über das Inselreich auf einem Aufenthalt im Land von 1769-1779.³³ Aus dem Kapitel des *De l'esprit des lois* über die Konstitution Englands wird die Grundkonstellation der Reiseschilderung, die Gegenüberstellung von Großbritannien und Italien, stammen. Bei Archenholtz war damit die Auffassung impliziert, daß Italien, das er zum Verdruß der Klassiker als Land der Primitivität und mittelalterlichen Barbarei charakterisierte, das Erbe der Antike vernachlässigt hatte, während aus England der einzige Bewahrer der Freiheitstradition der einstigen Republiken Griechenlands und Roms geworden war.³⁴

Das Verständnis von Archenholtz vom Funktionsmechanismus der britischen Verfassung und seine Auffassung von England als Rechtsstaat, als Land, in dem "die Gesetze doch mehr herrschen als die Menschen", basierte in erster Linie auf Montesquieus Lehren.³⁵ In einer für die Anglophilien typischen Art wollte er England trotz seiner Monarchie als Freistaat, m.a.W. als Republik, charakterisieren.³⁶ Seine Einstellung zu der "rein" republikanischen Verfassung der Vereinigten Staaten war sowohl wegen seiner Sympathien für die Briten als auch aus prinzipiellen Gründen negativ.³⁷ Die englische Konstitution war von seinem Standpunkt aus eine für einen größeren Staat gerade passende und zeitgemäße Modifikation der Republik. Trotzdem hielt er das Argument der Anhänger des Absolutismus, daß die Stellung des englischen Herrschers bedauerenswert nichtig sei, nicht für richtig. Der König werde in Großbritannien respektiert und seine Prärogative seien beträchtlich, hinsichtlich des Auflösungsrechts des Parlaments sogar zu groß.³⁸ Die Bewunderung, die Archenholtz verspürte, galt in großem Maße den als republikanisch geltenden Zügen der britischen Konstitution, dem Unterhaus und der Arbeit der Opposition. Seine politischen Sympathien waren klar auf der

Seite der Whigs. Mit diesen hielt er die Beschränktheit des Wahlrechts bei der Wahl des Unterhauses und die Wahlkorruption für Schwächen des britischen Systems.³⁹ Der britische Regierungsapparat sichere trotz seiner kleinen Schwächen ausdrücklich die Freiheit des Volkes und des einzelnen Bürgers. Zu den Grundpfeilern der Freiheit der Bürger zählte Archenholtz in der für die Zeit üblichen Weise Englands Pressefreiheit, die öffentlichen Prozesse, die Jurys und die parlamentarische Vertretung sowie das Recht der Bürger, den Gesetzgebern direkte Petitionen und Adressen zuzustellen.⁴⁰ Die liberale wirtschaftliche Gesetzgebung erkläre den Unternehmergeist der Briten und ihr wirtschaftliches Gedeihen.⁴¹ Die Verfassung hielt Archenholtz mit Nachdruck für den Ursprung der Vortrefflichkeit der Sitten und des Volkscharakters der Briten.⁴² Von den kontinentalen Untertanen des Absolutismus, besonders von den Franzosen, unterschieden sich die Briten für Archenholtz zu ihrem Vorteil durch ihre den Ständeunterschieden gegenüber gleichgültige Haltung, ihren Patriotismus und ihren sog. public spirit, unter dem er die seiner Meinung nach in allen Bevölkerungskreisen übliche Bestrebung, das Gemeinwohl zu fördern, verstand.⁴³ Der Nationalstolz der Briten, der im Ausland Mißmut erregt hatte und als ein Ausdruck der Verachtung anderer Völker verstanden wurde, war für ihn zu verteidigen, weil er auf dem Stolz auf die einzigartige Konstitution des Landes beruhe.⁴⁴

Neben Archenholtz war die wichtigste deutsche Autorität in den Fragen des politisch-gesellschaftlichen Systems von England der in Großbritannien lebende Wendeborn, wenn seine kritische Anglophilie auch erst seit den neunziger Jahren des 18. Jh.s bei der deutschen Leserschaft auf größeres Echo stieß.⁴⁵ Wendeborn kritisierte vor allem die Gleichgewichtsthesen Montesquieus. Die Geschichte Englands zeigte seiner Meinung nach unausweichlich, daß eine Kombination aus den drei unvollkommenen Systemen der Monarchie, Republik und Aristokratie nichts als Streit, Unordnung und Revolutionen hervorbringe. Offensichtlich hatten die Bestrebungen von Georg III., das Land in den sechziger und siebenziger Jahren des 18. Jh.s ohne das Parlament zu regieren, und die begründete Kritik der Opposition am übergroßen Einfluß der Krone bei der Gesetzgebung Wendeborn davon überzeugt, daß die Machtbefugnisse des Herrschers und der auf der Korruption beruhende Zugriff der Krone auf das Parlament gefährliche Ausmaße hatten und daß das Oberhaus

keineswegs als Bewahrer des Gleichgewichts, sondern als Verbündeter der Krone fungierte. Seine Sachkenntnis bewies Wendeborn auch darin, daß er das Unterhaus nicht als Vertreter des Volkes, sondern als Repräsentant seines reichsten Teils begriff.⁴⁶ Wie Archenholtz empfand er Sympathie für die Whigs, aber trotzdem sah er beide Parteien in erster Linie als Vertreter ihrer eigenen egoistischen Interessen.⁴⁷ Auch hatte er eine realistischere Auffassung von der britischen Gesellschaft als die Anglophilien des Kontinents, denn er betonte die Armut der untersten Klassen und die Größe der Einkommensunterschiede im Land. Für den besten Teil des Volks hielt er die Mittelklasse und die Bauern, aber auch der britische Adel fand seine Anerkennung, weil er keine große Ständevorurteile kannte.⁴⁸ Im britischen Wirtschaftsleben richteten noch in den achtziger Jahren die meisten deutschen Schriftsteller ihre hauptsächliche Aufmerksamkeit auf den blühenden Handel und die florierende Landwirtschaft, aber Wendeborn wandte seinen Blick auch auf die beginnende Industrielle Revolution und glaubte, daß sie binnen kurzem den allgemeinen Wohlstand im Land heben würde.⁴⁹ Mit seiner essentiellen Kritik an der Verfassung und Gesellschaft der Briten wollte Wendeborn nicht an und für sich den Wert der Freiheit und noch nicht einmal den der Konstitution Großbritanniens im Vergleich mit den absolutistischen Staaten des Kontinents bestreiten, sondern nur die Illusionen seiner Landsleute über England berichtigen, die ihre übermäßige Anglomanie mit sich gebracht habe. Aber auch für ihn war Großbritannien trotz allem "das Land der Freiheit", in dem die Magna Charta, das Habeas Corpus, die Geschworenen und die Verfassung die persönliche Freiheit der Bürger garantierten, und die Briten charakterlich die erste Nation auf Erden.⁵⁰

In der deutschen Literatur über Großbritannien war die strikt negative Kritik am Land und seiner Freiheit vor der Französischen Revolution ziemlich selten. Von den deutschen Reiseschilderern der achtziger Jahre des 18. Jh.s kritisierte die britische Freiheit am schärfsten vielleicht Johann Kaspar Riesbeck, als er die die preußische Alleinherrschaft tadelnden Engländer angriff, "die ein Volk für Sklaven erklären, weil es keine indischen Nabobs, keine Lords, keine bestochenen Schwätzer im Parlament und keinen König hat, den jeder Bube unter der Maske des Patriotismus mit Kot bewerfen darf".⁵¹ Trotzdem vermochte auch er sich nicht völlig von den anglophilen Gedankengängen zu befreien, denn als er Beweise für die Erscheinungsformen der Freiheit und des Wohlstandes

des preußischen aufgeklärten Absolutismus in Berlin darbrachte, behauptete er, man habe dort das Gefühl, "man wäre nach London versetzt worden".⁵²

Der in der *Berlinischen Monatsschrift* 1786 veröffentlichte ausführliche Artikel von Ernst Brandes "Über den politischen Geist Englands", der aus seiner Großbritannienreise von 1784-85 resultierte, spricht allerdings dafür, daß es in Deutschland an den beiden Extremen, nämlich gerade bei den Verteidigern des Absolutismus einerseits und bei den Radikalen andererseits sogar in größerem Umfange "anglophobe" Stimmungen gab. Nach Brandes hatte die Abneigung gegen alles Republikanische und die grobe Sprache der englischen Diskussion bewirkt, daß ein Teil des "an die Freiheit nicht gewohnten" deutschen Publikums der Auffassung war, die britische Bevölkerung widersetze sich in ihrer Gesamtheit dem Königtum, und das Parlament für eine Art Versammlung von Rebellen halte.⁵³ Brandes ernannte De Lolme zu seiner wichtigsten Autorität, aber faktisch verstand er die Grundlagen des politischen Systems der Briten teilweise besser als dieser.⁵⁴ Als erster in Deutschland, und vielleicht in ganz Kontinentaleuropa, brachte er eine positive Theorie über das britische Parteiwesen vor. Brandes stellte sich gegen die Auffassung, die britischen Parteien würden nur blindlings ihre egoistischen Interessen verfolgen. Die Parteien und die Opposition waren nach ihm für die Überwachung der Exekutive unerlässlich. Er sah deutlich, daß ein Minister das Vertrauen der Mehrheit des Parlaments genießen mußte, um an der Macht zu bleiben.⁵⁵ Diese bedeutende Beobachtung führte ihn jedoch nicht dazu, die eingebürgerten Interpretationen über die Natur der Gewaltenteilung und des Gleichgewichts in Großbritannien anzuzweifeln. Wie De Lolme behauptete er z.B., daß die Exekutive in England trotz allem völlig in den Händen des Herrschers liege.⁵⁶ Brandes gab zwar zu, daß das Gleichgewicht in England - oft zugunsten der Krone - von Zeit zu Zeit ins Schwanken geraten war, aber seiner Meinung nach bewies u.a. die im Parlament um das Jahr 1780 aufgekommene heftige Kritik an der gewachsenen Macht der Krone, daß das britische System immer über kurz oder lang in der Lage war, das Verhältnis zwischen Legislative und Exekutive wiederherzustellen.⁵⁷

Am schärfsten griff Brandes jedoch diejenigen deutschen Radikalen an, die in Anlehnung an Rousseaus Staatstheorien das politisch-gesellschaftliche System Englands ablehnten. In dieser Kritik zeigten sich bei

Brandes schon einige Gedankengänge, die für die sog. konservative Schule von Hannover im Zeitalter der Französischen Revolution kennzeichnend waren. Er verteidigte das Ständetum und die der deutschen naturrechtlichen Tradition eigene Ansicht, daß die völlige Gleichheit der Menschen in einer geordneten Gesellschaft eine Unmöglichkeit sei. Seiner Meinung nach konnte keine Konstitution die physische Verschiedenheit der Menschen und keine Regierungsform die Tatsache, daß der größte Teil der Menschheit nur zu schwerer körperlicher Arbeit fähig sei, beseitigen. Die britische Gesellschaft beruhe auf den Ständen und nicht auf der Gleichheit. In England sei die Ständeeinteilung deshalb bewundernswert, weil die Vorrechte nicht willkürlich, sondern aufgrund von Verdiensten oder bestimmten allgemeinen Prinzipien gewährt wurden. Die Gleichheit sei im Inselreich u.a. durch die geringen Ständevorurteile, die Besteuerung aller Klassen, die vielen Nobilitierungen und die anderen Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs vertreten.⁵⁸ Der aus dem Bürgertum stammende Brandes, für dessen Karriere in Hannover die Adelsprivilegien hinderlich waren und der sich selbst nicht der Kritik am Stolz und an der Gewinnsucht des deutschen Adels enthielt, verurteilte trotz alledem die Kritik der deutschen bürgerlichen Öffentlichkeit am englischen Oberhaus und ihre Adelsfeindlichkeit. Die politischen Rechte des Erb- adels vermochte er freilich nicht sehr überzeugend zu begründen, sondern griff zu der schon von Montesquieu vertrauten These des Gleichgewichts, nach der dort, wo die Macht des Monarchen nicht durch den Adel eingeschränkt wurde, die Despotie herrschte.⁵⁹ Den Vorwurf der Korruption und der "rotten boroughs" hielt er teilweise für übertrieben, teilweise für unbegründet. Er war derselben Meinung wie die Verteidiger der englischen Regierungsform, für die eine kleine "Überredung" der Wähler durch Bestechung zum Wesen der gemischten Regierungsform gehörte.⁶⁰ Das deutsche Echo auf die Forderung nach einer Parlamentsreform bezeichnete er als Folge von unrealistischen Spekulationen und davon, daß auch in Deutschland der "Queen Mob" zur Herrin der Stimmungen geworden war. Die Bewahrung der Ordnung, der erste Zweck aller Regierungsformen, sprach für das eingeschränkte Wahlrecht.⁶¹ Mit seinem Artikel zeichnete Brandes deutlich ein Bild von England als einem Land, in dem in der Praxis ein funktionierender Bund zwischen einer gerechten sozialen Hierarchie und einem angemessen freien politischen System verwirklicht war.

Untrennbar mit der Diskussion über die politischen Institutionen Englands waren im 18. Jh. Überlegungen verbunden, ob die britische Freiheit und der von ihr erzeugte materielle und geistige Wohlstand von Dauer waren. Montesquieu hatte 1748 bemerkt, daß er die Freiheit der Briten nur so beschrieb, wie sie im "Geist der Gesetze" des Staates zum Ausdruck kam, aber nicht seine Auffassung darüber äußerte, ob sich die Briten auch in Wirklichkeit der Freiheit erfreuten. Er prophezeite auch, daß die Freiheit Englands das gleiche Schicksal erwartete wie Rom, Sparta und Karthago, d.h. die Vernichtung. Der Moment der Vernichtung würde dann da sein, wenn die Bestechlichkeit des Parlaments die Korruption der Krone übertrifft.⁶² Da Aufstieg und Verfall auch sonst zu den Normen der Geschichtsphilosophie und des gesellschaftlichen Denkens jener Zeit gehörten, ist es verständlich, daß die "Untergangsthese" einer Autorität wie Montesquieu sowohl in England als auch im Ausland unter den Anglophilen ernst genommen wurde.⁶³ In der deutschen Literatur wurde auf potentielle Zeichen des Untergangs hingewiesen, die sowohl in der von Montesquieu angezeigten Richtung des Verfalls der Sitten als auch in der politischen Entwicklung Großbritanniens gesehen wurden. Es wurde gemutmaßt, daß die mit dem Wohlstand zusammenhängende Verweichlichung, die an den Handel gekoppelte Gewinnsucht, der Mißbrauch der Freiheit oder die verderbliche Wirkung der in Indien zu Reichtum gekommenen Nabobs auf das politische Leben, die Moral der Nation brechen könnten.⁶⁴ Der Zusammenbruch der britischen Großmachtstellung wurde besonders während des Unabhängigkeitskrieges der Vereinigten Staaten antizipiert, aber es wurde auch befürchtet, daß die aufgrund des Krieges stark gewachsene Staatsschuld zum gleichen Resultat führen würde.⁶⁵ Der in Lob und Tadel extreme Archenholtz prophezeite 1787, daß der gerade von Premierminister Pitt gemäß den Bedingungen des Versailler Vertrages geschlossene Handelsvertrag zwischen England und Frankreich Großbritannien binnen weniger Jahre zum völligen Untergang führen würde, da der Vertrag im Widerspruch zur traditionellen Gleichgewichtspolitik Englands stünde.⁶⁶ Wendeborn brachte wiederum eine interessante "Verelendungsthese" vor. Er vermutete, daß die harte Besteuerung entweder zur Massenauswanderung der unteren Gesellschaftsklassen in die Vereinigten Staaten führen würde oder aber zu einer Situation, in der es in England nur noch zweierlei Menschen, nämlich Reiche und Arme oder m.a.W. Herren und Sklaven,

gäbe.⁶⁷ Bei den deutschen Anglophilen enthielten diese Untergangsprophezeiungen jedoch meistens Auffassungen, nach denen die Vernichtung nicht unvermeidlich war, d.h. mit Hilfe einer guten Politik könnten die Gefahren abgewendet werden, oder der unausweichliche Verfall nicht in der nahen Zukunft zu erwarten war.⁶⁸ Andererseits implizierte diese Fragestellung bei ihnen auch eine Idealisierung Großbritanniens, d.h. die Vorstellung von England als einem Land mit einem solchen Reifegrad, daß eine Weiterentwicklung geradezu unwahrscheinlich erschien.

Man könnte annehmen, daß die Deutschen in ihrer Bewunderung der britischen Freiheit der Germanenthese von Montesquieu und der Tatsache, daß die Whigs am Ende des 17. Jh.s die Machtbefugnisse des Parlaments als ein Erbe aus urgermanischen Zeiten propagiert hatten - und diese demnach mindestens gleichen Alters wie die Vorrechte des Herrschers wären - starke Beachtung geschenkt hätten.⁶⁹ Eine mit diesen Fragen zusammenhängende Argumentation kommt in der deutschen Reiseliteratur überhaupt nicht vor, obwohl die Behauptung Montesquiους vom urgermanischen Ursprung der britischen Freiheit nahezu regelmäßig wiederholt wird.⁷⁰ Die Enthaltensamkeit der Anglophilen in dieser Beziehung kann auch Vorsicht gewesen sein, denn die ausdrückliche Betrachtung der britischen Freiheit als Manifestation der urgermanischen Freiheit hätte leicht als zu deutliche Kritik an den deutschen Verhältnissen und als Legitimierungsversuch der deutschen Freiheitsforderungen interpretiert werden können.⁷¹ Andererseits entsprach das Rückwärtswenden des Blickes in die ferne Vergangenheit auch nicht dem gesellschaftskritischen Hauptziel der Reiseliteratur jener Zeit, dem Bestreben, die theoretischen Erwägungen über die Vor- und Nachteile der bestehenden Gesellschaftsformationen durch "empirische", aus ihrer Praxis heraus erfolgende, Nachweise zu ersetzen.

Die politisch-sozialen Ziele der deutschen Anglophilie gehen aus der Literatur für gewöhnlich nur indirekt hervor, denn mit Empfehlungen, die Briten nachzuahmen, wurde recht sparsam umgegangen. Besonders schweigsam war man in den Fragen der politischen Macht. Die Behauptung von Archenholtz, daß die Regierungsform nach britischem Muster womöglich das einzige passende Regierungssystem für aufgeklärte Nationen war⁷² oder die Auffassung von Brandes aus dem Jahr 1771 von der Konstitution Englands als "Staatsverfassung aller nordischen Völ-

ker"⁷³ gehörten vielleicht zu den mutigsten Verallgemeinerungen in dieser Angelegenheit. Alle Anglophilen erkannten zwar die Prinzipien der eingeschränkten Monarchie Englands an und die meisten bewunderten auch das System der Gewaltenteilung und des Gleichgewichts der Briten, aber es wäre trotzdem zu gewagt, die Anglophilie - zumindest in ihrer Gesamtheit - als getarnte Manifestation einer konstitutionellen Bewegung in Deutschland zu interpretieren. Eher diene die Bewunderung der englischen Konstitution der für die Zeit typischen Kritik am Absolutismus. Vor dem generellen Hintergrund der Diskussion in Deutschland betrachtet, hängen die Argumentationen über das britische Regierungssystem jedoch mit der neuen, auf die liberale politische Theorie weisenden Richtung der Freiheitsdiskussion zusammen, in der im Gegensatz zum älteren naturrechtlichen Denken die Auffassung herrschte, daß die Freiheit und ihre Erhaltung nicht nur mit der Moral und dem Wohlwollen des Herrschers begründet sein können, sondern an strukturellen Faktoren und an der Gesetzgebung festgemacht werden müssen. Zu dieser Diskussion gehörten untrennbar die Überlegungen über den Vorrang der Regierungsformen untereinander und die Grundrechte, die die Freiheit des einzelnen Bürgers sichern.⁷⁴

Zur Anglophilie gehörte nicht unbedingt der Lobpreis der englischen Verfassung, wie schon die Kritik Wendeborns beweist. Die Untersuchung *Philosophische und statistische Geschichte des Ursprungs und des Fortgangs der Freyheit in Engeland* (1783) des Deutschen August von Hennings beleuchtet eine bedeutende soziale Funktion der Anglophilie in der deutschen öffentlichen Diskussion vor der Französischen Revolution. Hennings, Beamter der absolutistischen Monarchie Dänemark, war bereit zuzugeben, daß die Verfassung der Briten womöglich "das größte Muster menschlicher Weisheit einer von Unterthanen so gut als vorgeschriebenen Regierungsform" sei, aber er war auch davon überzeugt, daß das englische Parlament in der Praxis nichts anderes als das Werkzeug der Regierung sei, sobald die Regierung die Mehrheit der Parlamentsabgeordneten auf ihre Seite bekäme.⁷⁵ Die Frage, wie der Mechanismus der britischen Regierungsform in der Praxis oder Theorie funktionierte, hatte jedoch keine zentrale Stellung in seinem Werk. Es ging vor allem darum, ob die Freiheit des englischen Volkes ein Produkt der Regierungsform war, wie die meisten Anglophilen behaupteten. Unter Bezug auf die Geschichte der Briten beantwortete Hennings seine Frage neg-

tiv. In der englischen Verfassungsgeschichte ließen sich viele despotische Phasen zeigen, in denen die Freiheit des Volkes zugenommen habe. Während der Despotie war die Freiheit der Briten nach Hennings "im Genuße der bürgerlichen Vorrechte und der bürgerlichen Unabhängigkeit, welche den Fortgang und die Vermehrung der Gewerbe, die Ausbreitung der Nahrungswege und die Sicherheit des Eigenthums begünstigen" und daraus zog er die allgemeine Schlußfolgerung: "Wo diese Vorrechte sind, da ist Freyheit, und die erhält sich in Engeland, wenn gleich Bestechungen im Unterhause, die oft nothwendig sind, um den unruhigen Geist der Oppositions-Fraktionen zu dämpfen, den Einfluß des Volkes in Regierungsgeschäften aufzuheben scheinen. Wo solche Vorrechte nicht sind, da ist das Volk sklavisch, die Regierungsform mag demokratisch oder despotisch seyn".⁷⁶ Im Mittelalter sei die politisch-gesellschaftliche Situation Englands ungefähr die gleiche gewesen wie in den meisten Ländern des Kontinents. Als Grund dafür, daß die Entwicklung in England später in die Richtung einer freien Gesellschaft ging, führte er in ähnlicher Weise wie z.B. De Lolme an, daß der Feudalismus und die Leibeigenschaft in England nicht so tiefe Wurzeln wie auf dem Kontinent schlagen konnten.⁷⁷ Hennings' Botschaft forderte unbestreitbar zur Nachahmung der Briten auf. Er sprach in verschiedenen Zusammenhängen mit Nachdruck von der Notwendigkeit gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Reformen als Bedingung des Wohlstands, forderte die Beschränkung von Ständevorrechten und versuchte zu beteuern, daß die Gesellschaft nicht durch die Reformen gefährdet sei, sondern durch den Verzicht auf sie. Der Wohlstand der Briten, der auf dem Kontinent Neid erregt hatte, und die Zufriedenheit der Bürger waren nach ihm auch in absolutistischen Staaten mit Hilfe einer aufgeklärten Gesetzgebung durchaus erreichbar. Wer Wohlstand will, muß Freiheit schaffen, war die Hauptthese von Hennings für die Herrscher des Kontinents.⁷⁸

Die Fragestellung von Hennings dürfte zwei Dinge widerspiegeln: eine unter dem Druck der Verhältnisse entstandene Kompromißbereitschaft und eine in der Emanzipationsbewegung des Bürgertums in den achtziger Jahren des 18. Jh.s hervortretende Abstufung der Ziele, die am klarsten in der Trennung der Begriffe "bürgerliche Freiheit" und "politische Freiheit" zum Ausdruck kam. Die politische Freiheit, in erster Linie das Recht zur Beteiligung an der Gesetzgebung, scheint eine Art

Fernziel geworden zu sein; wenige glaubten an seine Verwirklichung in ihren Tagen. Dagegen erschien die Verwirklichung der staatsbürgerlichen Freiheit realistischer, unter der vor allem der Rechtsschutz, die Redefreiheit und der freie wirtschaftliche und soziale Wettbewerb, d.h. eine Art "Chancengleichheit", verstanden wurden; sie schien kein Eingreifen in die Fundamente der politischen Macht zu verlangen.⁷⁹ Gerade in Bezug auf die Sicherung der staatsbürgerlichen Rechte wurde die Überlegenheit des britischen Systems weithin anerkannt. Hierin stimmten z.B. auch die Physiokraten zu, die sonst der Meinung waren, daß die Regierungsform Englands wegen ihrer "Künstlichkeit", d.h. ihrer gemischten Struktur, in der Effektivität nicht mit der "natürlichen" absolutistischen Monarchie konkurrieren könne.⁸⁰ Die Betonung der allgemeinen Vorteile des Legalitätsprinzips, der Redefreiheit und der wirtschaftlichen Freiheit stand in der Bewunderung Englands an einem hervorgehobenen Platze, aber auch die fehlenden Ständevorurteile des britischen Adels sowie die Primogenitur-Praxis, d.h. die Vererbung des Titels nur auf den ältesten Sohn, und das Eintreten der nachgeborenen Söhne in einen bürgerlichen Beruf wurden als nachahmenswert angesehen. Justus Möser hatte schon 1780 gefragt: "Warum bildet sich der deutsche Adel nicht nach dem englischen?"⁸¹ Auf den gleichen Standpunkt stellte sich offen auch Wendeborn.⁸²

Das Bild, das die deutschen Anglophilen von Großbritannien entworfen hatten, entsprach trotz allem Streben nach Empirie nicht sonderlich der Wirklichkeit. Einerseits war dies eine Folge der Unfähigkeit oder fehlenden Bereitschaft, sich von den Interpretationen von Montesquieu und seinen Nachfolgern zu lösen, deren zentraler Blickpunkt die Beschreibung des Gleichgewichts und der Gewaltenteilung der britischen Konstitution von der Gesetzgebung her war. Und so wurde die volle Bedeutung eines Kabinetts und von Parteien, welche die britische Gesetzgebung nicht kannte, nicht verstanden. Faktisch war der König in England auf dem Gebiet der Exekutive kein Alleinherrscher mehr, sondern er mußte bei der Wahl der Minister schon die Meinungen der führenden Gruppierungen des Parlaments berücksichtigen. Während der ersten Regierungsperiode von Pitt jr. (1783-1801) begann sich auch die Idee der Kabinettsregierung mit betonter Stellung des Premierministers stark zu entwickeln, was auch wieder den aktiven Anteil des Herrschers als Leiter der Exekutive schwächte. Viele der umstrittenen Prärogative

der Krone waren in der Praxis bedeutungslos, aber dagegen waren die traditionelle Loyalität der Parlamentsmitglieder zum Herrscher und der sog. Einfluß der Krone auf die Kammern Öl im Räderwerk des Regierungsapparates. Im Oberhaus beruhte der Einfluß des Königs in erster Linie auf seinem Recht, als Haupt der Kirche die Erzbischöfe und Bischöfe, die im Oberhaus den Klerus vertraten, zu ernennen, auf dem Recht, nach Belieben neue Personen in den Rang eines Pairs zu erheben, sowie darauf, daß die Möglichkeiten der Vertreter des Oberhauses, hohe Ämter zu erlangen oder ihr soziales Prestige immer weiter zu verbessern, vom Wohlwollen der Krone abhingen. Auf das Unterhaus übte die Krone Einfluß aus, indem sie sowohl bei den Parlamentswahlen als auch bei den einzelnen Abstimmungen im Unterhaus durch Angebote von barem Geld oder auch von anderen Vorzügen, wie z.B. von Ämtern, Pensionen oder Lieferungsverträgen, "mitsprach". Die Vertretung der Beamten der Krone, der sog. placemen, und anderer wegen materieller Interessen an die Krone gebundenen Personen im Unterhaus war zwar zu Ende des 18. Jh.s langsam im Schrumpfen begriffen, aber bedeutungslos war sie nicht - wie auch nicht die Tatsache, daß das Unterhaus im 18. Jh. der Ort war, von dem aus die nachgeborenen Söhne des Adels und die Vertreter der Gentry ihre Karriere aufzubauen suchten. Besser als irgendeine gesetzliche Bestimmung erhielt in England das Gleichgewicht zwischen den beiden Kammern die Tatsache aufrecht, daß die Mitglieder des Unterhauses nicht aus dem gewöhnlichen Volk kamen, sondern ungefähr der gleichen sozialen Schicht wie die Vertreter des Oberhauses entstammten.⁸³

Der Widerspruch zwischen der Theorie der Regierungsform und der politischen Praxis konnte auch deshalb von den deutschen Anglophilien nicht unbemerkt bleiben, weil sich die Opposition in England fortwährend dem Einfluß der Krone widersetzt hatte und dieser Einfluß auch in der kontinentaleuropäischen Literatur kritische Beachtung gefunden hatte,⁸⁴ aber man ließ sich durch diese Widersprüche in der Grundansicht von Großbritannien als Land der Freiheit nicht nennenswert stören, genauso wenig wurde der Glauben an die Stichhaltigkeit der Aussagen der anglophilien Staatstheoretiker durch sie erschüttert. Für die Bewunderer der englischen Verfassung war das Erklären des britischen Regierungssystems als ein primäres Produkt der Gesetzgebung oder des "Geistes der Gesetze" natürlich dann besonders zweckmäßig, wenn man bestrebt

war, die Konstitution des Inselreiches als allgemeines, m.a.W. als im Prinzip in jedem beliebigen Land durch Gesetzgebungsarbeit realisierbares, Modell aufzufassen.

Die unrealistischen Auffassungen der meisten deutschen Anglophilen von der britischen Gesellschaft erklären sich dadurch, daß das Hauptaugenmerk einseitig auf der Mittelklasse und der für die deutschen Bürgertumsemanzipatoren heiklen Beziehung zwischen Adel und Bürgertum lag. Die Stellung des Bürgertums in England, die unbestreitbar besser als die in Deutschland war, sowie der im Vergleich mit dem vom Ständedünkel behafteten deutschen Adel liberale britische Adel trugen dazu bei, daß bei den Anglophilen Auffassungen vom Inselreich als Land der weitgehenden oder angemessenen Gleichheit entstanden. Die Armut und Unterdrückung der sozialen Schichten unterhalb des Bürgertums wurden meistens völlig ignoriert. Die idealisierenden Beschreibungen des Volkscharakters spiegelten die für die Aufklärung typische Auffassung wieder, daß die Freiheit Tugenden hervorbringt.⁸⁵ Mit dem Bezeigen der Tugendhaftigkeit der britischen Mittelklasse verband sich zweifellos auch eine allgemeine Propaganda der bürgerlichen Emanzipationsbewegung von der Mittelklasse als der moralisch am höchsten stehenden gesellschaftlichen Klasse und der wirklichen Kerngruppe der Nation. Schriftsteller Karl Friedrich Bahrdt, der 1791 in seiner Autobiographie Reiseerlebnisse während eines Englandbesuches im Jahre 1777 schilderte, pries bei den Briten, der "vollkommensten Nation", ihr Freiheits- und Tugendempfinden, ihren Edelmut, ihre Treue, ihre Unfähigkeit zu Niederträchtigkeiten, ihre kargen Lebensgewohnheiten und ihre wahre Freundschaft, die rasch hinter der Scheu vor Ausländern zum Vorschein komme, aber er war der Meinung, daß diese Eigenschaften nur auf die Mittelklasse zutrafen: "Man muß unter der Nation den Mittelstand sich denken. Denn der Bürger, der Kaufmann und allenfalls der Gelehrte machen eigentlich die Nation aus."⁸⁶

Faktisch enthielten die Bestrebungen der Anglophilen, die Erscheinungsformen der britischen Freiheit im Lichte der in der Praxis gegebenen Fakten zu beschreiben, nicht einmal das Ziel der völligen Objektivität. Vorrangiges Ziel war es, Beweise für die allgemeinen positiven Wirkungen der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Freiheit anzuführen - oder anders gesagt: die Verhältnisse in Großbritannien sollten als Symbol mit instrumentellem Charakter, als ein Umgehen der Gesell-

schaftskritik und als Ausdruck der eigenen gesellschaftlichen und/oder politischen Bestrebungen der Deutschen dienen. Aus diesem Grunde verbanden die eifrigsten Anglophilen mit England gerne alle positiven Werte des Rechtsstaates und verstanden das Inselreich als eine Art europäisches Eldorado des Bürgertums. Die offene Kritik an der Heimat war bei den Anglophilen gering, denn wer über die Mißstände in Deutschland geschrieben hätte, wäre, wie Archenholtz sich ausdrückte, ein "Feind seiner Ruhe" gewesen.⁸⁷ Implizit enthielten natürlich schon die bloßen Lobpreisungen Großbritanniens negative Vergleiche mit der politischen und sozialen Situation Deutschlands. Ein Staat, mit dem man in Deutschland relativ frei allgemeine Unwerte wie Intoleranz, Willkür, schroffen Absolutismus oder Ständetrennung zu verbinden wagte, war das Frankreich des Ancien régime. Die Kritik am Frankreich der Bourbonen hatte in der deutschen bürgerlichen Öffentlichkeit am Ende des 18. Jh.s genauso instrumentellen Charakter wie die Bewunderung Englands. In der DDR-Forschung ist die "Gallophobie" jener Zeit als Klassenkampfinstrument des Bürgertums gesehen worden.⁸⁸ Den Zeitgenossen war völlig klar, daß die Kritik an Frankreich Kritik an einem Staat war, den die absolutistischen Höfe Deutschlands für ihr Vorbild hielten.⁸⁹

IV. GEGENÜBERSTELLUNG DER BRITISCHEN UND FRANZÖSISCHEN FREIHEIT IN DER FRÜHREVOLUTIONÄREN PHASE

Den Kontrastierungen von Großbritannien als Rechtsstaat und Frankreich als Symbol der Willkür wurde automatisch die Basis entzogen, als Frankreich 1789 begann, das "Joch der Despotie" abzuschütteln. Obwohl die Französische Revolution rasch als in Europa einzigartige, in der Geschichte der Menschheit epochemachende Erfahrung begriffen wurde, konnte ihre Bedeutung schließlich nur erfaßt werden, indem man das Ereignis mit früheren Revolutionen und schon existierenden "freien" Systemen verglich. Vor dem Hintergrund der großmachtpolitischen Konstellation Europas und der anglophilen Tradition war es nur natürlich, daß sich ein Vergleichsobjekt im politischen Hauptgegner Frankreichs, dem in Ruf eines Freistaates stehenden Großbritannien fand. Die Revolutionsbegeisterung, die den Großteil des deutschen Bildungsbürgertums ergriffen hatte,¹ regte in der Öffentlichkeit anfänglich keine kritischen Vergleiche zwischen dem Freiheitsgrad dieser Länder an, sondern vorherrschend waren eher die Auffassungen von den Franzosen als Nachahmer des Vorbildes der Briten. In Frankreich war in der Tat vor dem Zusammenkommen der Generalstände in der Presse und in Pamphleten heftig über die Vor- und Nachteile der englischen Konstitution diskutiert worden, und der von der Nationalversammlung im Juli eingesetzte Verfassungsausschuß schlug vor, daß ein Zweikammersystem nach britischer Art und ein absolutes Veto des Herrschers in der Gesetzgebung in die zukünftige Verfassung aufgenommen würden. Beide Vorschläge wurden in der verfassungsgebenden Nationalversammlung am 10./11.9. mit vernichtender Stimmenmehrheit abgelehnt.² Schon aufgrund dieser Beschlüsse und der Erklärung der Menschenrechte hätte auch außenstehenden Beobachtern klar werden müssen, daß die Mehrheit der Revolutionäre in Frankreich nach einer so radikalen Vernichtung des Ständesystems und nach so radikalen Beschränkungen der Macht des Herrschers strebte - über die Verwirklichung der Ziele konnte man sich im voraus natürlich nicht im klaren sein -, daß eine gelungene Revolution aus Frankreich einen wesentlich "freieren" Staat gemacht hätte, als England es war.

Als Erklärung dafür, daß der Revolutionsenthusiasmus in Deutsch-

land nicht unmittelbar zu einem Widerspruch mit den anglophilen Gefühlen zu führen brauchte, muß schon die Tatsache gesehen werden, daß die Begeisterung für die Revolution ihre Kraft nicht unbedingt aus den Details des Programms oder der Errungenschaften der Französischen Revolution schöpfte, sondern vielmehr aus dem Jubel darüber, daß das Prinzip der Freiheit wieder einen konkreten Sieg davongetragen hatte, und dazu noch überraschenderweise im Herzen Europas, in der Heimstätte des Absolutismus.³ Die Ereignisse in Frankreich wurden auch als Beweis dafür angesehen, daß jeder beliebige Staat mittels der bloßen Kraft der Vernunft "organisiert", d.h. reformiert werden konnte.⁴ Die reichliche und pathetische Freiheitslyrik bringt vielleicht am besten die Hoffnungen zum Ausdruck, die die Revolution in den Deutschen hinsichtlich des Verschwindens der Mißstände der "Despotie" und des Ständesystems auch aus ihrem Land weckte. England und Frankreich finden sich aber dort nur unter einer Reihe von Ländern, in denen der unausweichliche Siegesmarsch der Freiheit schon zu Resultaten geführt hatte. Ein typischer - und durchaus nicht zufällig auf die ehemalige Freiheit Deutschlands und Frankreichs verweisender - Gedankengang findet sich in den Strophen an die Göttin der Freiheit in Schubarts *Chronik*: "Einst walltest du so gern in Deutschlands Heinen ... Dann flogst du zu den Schweizern, zu den Briten ... Auch bautest du ein leichtes Zelt/ Dir in Columbus neuer Welt./ Und endlich - allen Völker zum Erstaunen,/ als hätt' auch eine Göttin ihre Launen,/ Hast du dein Angesicht verklärt/ Zum neuen Gallien gekehrt."⁵

Der Unabhängigkeitskrieg der Vereinigten Staaten als naheliegendstes ideelles Vorbild der Französischen Revolution ist auch in der Geschichtsschreibung eine gängige Vorstellung. Auf diesen Krieg verwiesen freilich auch viele Deutsche, die nach den Ursachen für die Revolution suchten⁶, aber auch die britische Freiheit und die politische Anglomanie der Franzosen wurden als Gründe für die Revolution angeführt. Dies war auch deswegen nur natürlich, weil man in Frankreich während der sog. liberalen Phase der Revolution (1789-92) eine Monarchie, keine Republik, wollte. Die vielleicht anglophilste Form gab diesem Gedanken Archenholtz, der Bewunderer Englands und der Revolution. Nach ihm waren die Franzosen gerade während des Unabhängigkeitskrieges der Vereinigten Staaten in konkrete Berührung mit der britischen Freiheit gekommen, "denn was die Britten den Colonien für Vorrechte übrig gelassen hatten,

war ein solches Uebermaaß von Freiheit, dessen Existenz man auf den Gallischen Boden wohl nie erwarten konnte".⁷ In einem revolutionskritischen Artikel in Schlözers *Statsanzeigen* wird dem aus den Texten von De Lolme geschöpften "Anstaunen der englischen Constitution" und den ehrgeizigen Mitgliedern der Nationalversammlung, "die sich alle zu Pitten, Foxen und Walpolen zu plaudern hoffen, allenfalls doch ihren gräulichen Aufwand auf die Hoffnung bestochen zu werden gründen"⁸, eine Teilverantwortung für die revolutionäre Entwicklung in Frankreich auferlegt.

Den Gedanken von den Franzosen als Nachahmer des britischen Vorbildes spiegelte seit dem Jahr 1789 auch die Nebeneinanderstellung der Geschichte von Frankreich und England wider. Besonders die Glorious Revolution von 1689 und die Ereignisse in Frankreich ein Jahrhundert später ähnelten sich in den Augen der Zeitgenossen sehr. Die beiden Großmächte Europas hatten in diesen Revolutionen den Absolutismus bezwungen, d.h. sie hatten - wie der preußische Staatsmann Hertzberg die Angelegenheit ausdrückte - "den Hang zur republikanischen Verfassung" verwirklicht.⁹ Die Analogien zwischen diesen beiden Revolutionen wurden in der herrschenden Klasse Großbritanniens bald als alarmierende Legitimationsversuche für Reformen, ja möglicherweise für eine neue englische Revolution, aufgefaßt, was die 1790 von Edmund Burke begonnene vehemente Kritik an diesen Gleichsetzungen manifestiert.¹⁰ In der deutschen Öffentlichkeit hielten die Vergleiche zwischen den beiden Revolutionen zumindest anfänglich lediglich Analogien zwischen zwei bedeutenden Ereignisfolgen fest, dagegen enthielten die Parallelen zwischen der früheren englischen Geschichte und der Entwicklung in Frankreich fast immer offene oder verdeckte politische Tendenzen. Eine außergewöhnliche und zugleich die Vorurteile der katholischen Süddeutschen gegen die Engländer beleuchtende Gleichsetzung fand sich in einem 1791 in Augsburg gedruckten Flugblatt mit dem Namen *Der von der sogenannten Nationalversammlung der französischen Geistlichkeit vorgeschriebene Eid nach seinen innern und äußerlichen Gründen betrachtet von einem Freund der Wahrheit*. Der anonyme Verfasser, vermutlich ein katholischer Geistlicher, war davon überzeugt, daß "die ganze Verfassung der Nationalversammlung ein Werk des Satans sey" und versuchte zu beweisen, daß in Frankreich genau dieselbe Entwicklung in Gang gekommen sei, die in England zur Loslösung vom Papst und der

einigen "wahren Religion" geführt hatte und als deren Folge aus der ehemaligen Insel der Heiligen das die Katholiken verfolgende Land der Testakte und ein "Raub- und Hauptsitz aller Secten" geworden sei.¹¹ Üblicher war es natürlich, tendenziöse Parallelen zwischen der Französischen Revolution und der Entstehung und den Folgen der Großen Revolution von England (1645) zu ziehen. Die Flut dieser Gleichsetzungen im "historia vitae magistra"-Geiste begann eigentlich erst nach der Entstehung der Republik und der Hinrichtung von Ludwig XVI., aber schon ganz zu Beginn der liberalen Phase der Revolution bezogen sich besonders die der Revolution kritisch gegenüberstehenden Deutschen dann und wann auf die Epoche von Cromwell, um die Franzosen vor einer zu großen Radikalisierung und Beschränkung der Herrschermacht zu warnen.¹² Andererseits was es bis zum Jahr 1793 möglich, an das Schicksal von Karl I. zu denken und die Französische Revolution wegen ihres unblutigen Verlaufs zu loben - so wie es der Berliner Dichter und protestantische Prediger Daniel Jenisch mit seinen Worten über die neue Freiheit der Franzosen tat: "... keines todten Königs Haupt/ schwingt deine Freyheit hoch im Wimpel ihrer Fahne."¹³

Die in Großbritannien ausgebrochene Bewunderung für die Revolution, die allerdings von Anfang an - auch in Deutschland auf Echo gestoßene - Vorstellungen von den Briten als Lehrmeistern der Franzosen enthielt,¹⁴ scheint unter den deutschen Staatsmännern besorgte Spekulationen darüber ausgelöst zu haben, daß sich Großbritannien und Frankreich aufgrund ihrer konstitutionellen Monarchien einander nähern und vielleicht ein politisches Bündnisverhältnis eingehen könnten, was eine ernste Bedrohung für die absolutistischen Monarchien Deutschlands und das ganze traditionelle europäische Gleichgewichtssystem bedeutete hätte.¹⁵ Auf der Seite der Anglophilen vertiefte die Revolutionsbegeisterung der Engländer nur die Englandbewunderung. Archenholtz, nach dessen Meinung die Briten jedes Land mit einem freien System für ihr Vaterland hielten, rühmte noch 1790 die Philantropie der Briten, denn "sie nahmen den innigsten Antheil an dieser Revolution bey einem rivalirenden Volk, obgleich dessen wachsende Macht Britannien spät oder früh der Untergang drohet".¹⁶

Die Radikalisierung der Revolutionsziele sowie die von Zeit zu Zeit in Frankreich verschiedenerorts aufgekommenen Unruhen begannen schon um ab 1790, die Reihen der Revolutionsbewunderer in der deutschen

Intelligenz zu lichten und den Boden für die Ausbreitung kritischer und auch reaktionärer Meinungen zu bereiten. Als in Frankreich während der Ausarbeitung der neuen Verfassung harte Kritik an der englischen Regierungsform geübt wurde, und auf der anderen Seite des Kanals wiederum schon 1790 die Gegenreaktion, eine Verteidigung des britischen Systems mit deutlich antirevolutionären Formulierungen, begann, wurden auch in der deutschen Öffentlichkeit diejenigen Erörterungen aktuell, die die Vorzüge der britischen und französischen Freiheit gegeneinander abwägten. Die Kritik an der Revolution nahm oft die Form von Vorstellungen an, nach denen Großbritannien immer noch das beste Beispiel, ja "beinahe ein vollkommenes Muster"¹⁷, einer eingeschränkten Monarchie war, oder es handelte sich um Gegenüberstellungen, in denen die "Anarchie" und Gewaltsamkeiten in Frankreich beklagt und die unerschütterliche Freiheit und der beständige Wohlstand Englands hervorgehoben wurden.¹⁸ In späteren Schilderungen bezeichneten einige Deutsche diejenigen Ereignisse in Frankreich, die die entscheidende Loslösung der Französischen Revolution von den Vorbildern der englischen Verfassung und Gesellschaftsordnung bedeuteten, als den Wendepunkt für die Revolution und auch für ihre eigenen Einstellungen. Der Göttinger Universitätsprofessor C. Meiners faßte seine Auffassung von der allgemeinen Entwicklung der Meinungen über die Revolution 1794 in der Behauptung zusammen:

"So lange die Häupter der anfangenden Revolution sich damit begnügten oder zu begnügen schienen, daß sie unerträgliche Mißbräuche abschafften, und dem Reich eine bessere d e r E n g l i s c h e n ä h n l i c h e V e r f a s s u n g gaben; so lange nahm ganz Europa den lebhaftesten Antheil an allem, was in Frankreich geschah, und manche glaubten, daß nun die goldenen Zeiten wiederkehren, der Despotismus aus Europa vertrieben, die schädlichen Vorrechte der höheren Stände abgeschafft und das natürliche Verhältniß der Stände und ihrer Lasten allenthalben werde hergestellt werden."¹⁹

Die Ansicht von Meiners ging jedoch zu weit. Der Revolutionsenthusiasmus hielt in Deutschland noch bis zum Entstehen der Republik Frankreich im Herbst 1792 an. Die französische Verfassung von 1791 galt in weiten Kreisen als Sieg der reinen Vernunft und Aufklärung.²⁰ Dieser Ausgangspunkt führte zu einer kritischen Einstellung zum britischen

Regierungssystem. Der bekannte deutsche Freund der Revolution J.H. Campe hatte schon 1790 angenommen, die Französische Revolution wäre in der Lage, eine Verfassung hervorzubringen, die als Modell für die ganze Menschheit Gültigkeit hätte und "die alle Vollkommenheiten der englischen in sich fassen und alle Mängel und Unvollkommenheiten derselben ausschließen wird".²¹ Sogar eingeschworene Englandbewunderer korrigierten ihre Auffassungen. Der Blickpunktwechsel von Archenholtz, der sich 1791 den nach Paris fahrenden deutschen "Pilgern" angeschlossen hatte, stand in einer klaren Kausalbeziehung zu seiner Revolutionsbewunderung und Verärgerung über die antirevolutionären Stimmungen, die sich in Großbritannien breit machten. 1791 veröffentlichte er in seinen *Annalen der Britischen Geschichte* eine Liste über für England nachteilige Parallelen:

"Man wird hier [= in England] mit adeligen Titeln sehr freygiebig, zu der Zeit, da man sie in Frankreich alle abschaffte.

In England wurde die Test-Acte bestätigt; in Frankreich eine allgemeine Toleranz gegründet.

In England bekümmerte man sich um das große Elend der niederen Clerisey nicht ... in Frankreich wurde unter allen Geistlichen eine Art von Gleichheit eingeführt ...

In England hat man unter der jetzigen Administration das schädliche System der Tax-Verpachtung eingeführt; in Frankreich hat man es abgeschafft ...

England sah im Frieden seine National-Schuld vermehrt ... Frankreich hingegen hat nahe Hoffnung die seinige ganz zu tilgen.

In England hat man die Proceß-Art durch Geschworne ... der Accise aufgeopfert; in Frankreich aber diese Proceß-Art ohne alle Einschränkungen festgesetzt.

In England sitzen eine Menge Kron-Beamten, die die Majorität nach dem Willen der Minister bestimmen; in Frankreich sind die Kron-Beamten, ja selbst die Minister, aus dem Senat ausgeschlossen.

In England hat nur ein kleiner Theil der Bürger Repräsentanten, und zwey Drittheil der Wahlstimmen sind in den Händen der Aristokraten ... in Frankreich hingegen werden die Glieder des Senats von der ganzen Nation erwählt.

In England bemühte man sich aus allen Kräften, die Gewalt des Machthabenden auszudehnen; in Frankreich aber sie einzuschränken."²²

Die meisten der von Archenholtz aufgezählten Mißstände waren schon seit langem allgemein bekannt, aber nach der Fertigstellung der neuen französischen Verfassung wurden sie von den Sympathisanten der Revolution verständlicherweise in einem noch kritischeren Licht gesehen. Die 1791 bestätigte Verfassung Frankreichs beruhte auf einer äußerst strikten Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive, auf dem Einkammersystem und auf einem, mit England verglichen, recht ausgedehnten Wahlrecht, und sie beschränkte den Anteil des Herrschers an der Gesetzgebung auf ein aufschiebendes Vetorecht.²³ Zu Anfang der neunziger Jahre des 18. Jh.s wurden auch in der deutschen Öffentlichkeit die Fragen über die Stellung des Herrschers, den Nutzen des Oberhauses und das britische Parlament als Ausdruck des Volkswillens aktuell.

Für Archenholtz war die Regierungsform in England deshalb in Verfall geraten, weil dort zu sehr an der Regel festgehalten wurde, daß die Verfassung nicht verändert werden solle.²⁴ Die Traditionsgebundenheit des britischen Regierungssystems wurde mit scharfen Worten auch von dem unter dem Pseudonym Bernhard Roll aufgetretenen deutschen Revolutionsanhänger Christian August Fischer in einer Campe gewidmeten Flugschrift *Die Constitutionen, oder Frankreich und England in Parallele* kritisiert. Die Anfang 1792 erschienene Schrift gibt eine Übersicht über die Entstehungsgeschichte der britischen Freiheit. Die Darstellung beschränkt sich absichtlich auf das Mittelalter, die Ereignisse um die Entstehung und Konsolidierung der Magna Charta also, die für den Verfasser eine mit der Revolution gleichzusetzende Entwicklung bedeuteten. Gemeinsamkeiten in den Gründen für die mittelalterliche Revolution und die in Frankreich sieht er in den schwachen Herrschern, der Unterdrückung des Volkes sowie in der Macht der Günstlinge und Minister. In beiden Revolutionen sei die Führung von doppelsinnigen Adligen ergriffen worden, die im Namen des Volkswohls ihre eigenen egoistischen Interessen verfolgten. In den Ergebnissen der Revolutionen will der Verfasser keine Ähnlichkeiten sehen. Die Engländer hätten sich damit begnügt, die alte sächsische Konstitution wiedereinzuführen, und die Gewaltenteilung sei auf halbem Wege stehengeblieben. Die britische Freiheit leide unter dem Geist des Feudalismus, des Aberglaubens und der Hierarchie. Die Französische Revolution sei hingegen das Erzeugnis des Jahrhunderts der Philosophie, das die Reste des Feudalwesens und

Aberglaubens wegfege, die künstliche Ungleichheit der Menschen beseitige und Platz für wirkliche, auf Verdiensten und Tugenden beruhende Unterschiede zwischen den Menschen schaffe.²⁵

Die Französische Revolution und die Entstehung der "neufränkischen Freiheit" führten in den Jahren vor der Republik Frankreich, d.h. in einer Zeit, in der die Bewunderung für die Revolution in der deutschen Öffentlichkeit noch groß war, schnell zu einer kritischen Einstellung zur Anglophilie und zur politisch-gesellschaftlichen Ordnung Großbritanniens. Für die Bewunderer der Revolution war Großbritannien hinsichtlich der Freiheit schon klar von Frankreich erreicht und überholt worden. Die Auffassung von der britischen Konstitution als dem Geist der Zeit nicht mehr entsprechend, als ein "ein Denkmal gothischen Aberglaubens" - eine Behauptung, mit der Sieyes in seinem Pamphlet "Was ist der dritte Stand" das Oberhaus charakterisiert hatte -²⁶ scheint bei den deutschen Revolutionsfreunden in verschiedenem Maße auf Echo gestoßen zu sein, am meisten natürlich bei den Radikalen. "Es ist nicht anders, als der böse Geist des alten Feudalsystems, der auch in der jetzigen englischen Konstitution noch lebt und webt, der verderbliche Geist des Krieges und der Herrschsucht", behauptete 1792 ein auf die egoistische Handelspolitik und Kolonialherrschaft der Briten hinweisender Mitarbeiter des *Schleswigschen Journals*.²⁷ Um die Behauptungen der Gegenseite, nach denen man in Frankreich zu weit gegangen war und nach denen das britische System eine der Entwicklungsstufe des Volkes entsprechende Stufe der Freiheit war, zu entkräften, stempelte derselbe Verfasser die Freiheit der Briten als eine Scheinfreiheit, eine Augenwischerei der Parlamentsrhetoriker ab. Die Macht habe in England in Wirklichkeit der Hof. Die Geschichte der englischen Freiheit seit dem Jahre 1689 war für diesen klar republikanischen Revolutionsfreund ein der Menschheit gegebenes Beispiel dafür, daß die Völker unter den monarchischen Systemen nie zur wirklichen Freiheit reifen könnten.²⁸

V. DIE BRITISCHE VERFASSUNG ALS ANTIREVOLUTIONÄRES SYMBOL IM ANGLOPHILEN KONSERVATIVISMUS

1. Die Aktualisierung der Verteidigung der britischen politischen Institutionen im Zusammenhang mit der Burkerezeption

Die Geringschätzung der britischen Verfassung, die manche Bewunderer der Revolution zeigten, führte in Deutschland zu einer Gegenreaktion. Die Verteidigung der britischen Freiheit scheint kein Selbstzweck und auch keine inhaltlich - geschweige denn funktionell - direkte Fortsetzung der anglophilen Tradition gewesen zu sein, sondern ein Teil der antirevolutionären Propaganda, an der zu Anfang der neunziger Jahre des 18. Jh.s aus dem Blickwinkel der den Status quo verteidigenden Schriftsteller ein großer Bedarf bestand.

Die Französische Revolution war natürlich eine Sache der Franzosen und viele Zeitgenossen waren sich völlig im klaren darüber, daß es in Deutschland keine konkreten Voraussetzungen für den Ausbruch einer Revolution gab.¹ Schon die Verschiedenheit der geschichtlichen Situation in Deutschland und Frankreich entzieht einer solchen Interpretation des deutschen Revolutionsenthusiasmus den Boden, nach der die fortschrittlichen Deutschen die Ideen von 1789, die Verfassung von 1791, oder spätere politische Programme der Girondisten oder Jakobiner als solche zu Zielen ihrer eigenen politischen Tätigkeit gemacht hätten. Das positive Interesse an der Französischen Revolution stand zu einem großen Teil für Gedankenprozesse, die lediglich durch die Entwicklung im Nachbarlande ausgelöst worden waren. Aber schon das bloße begeisterte Argumentieren, das im Grunde eine Verteidigung allgemeiner vernunftrechtlicher Prinzipien war, ließ sich leicht als Mittel der Gesellschaftskritik begreifen und faktisch vertiefte es das vorrevolutionäre "Krisenbewußtsein" und die alten Reformervorstellungen - sogar bis hin zur "Revolutionsbereitschaft" - in der bürgerlichen Öffentlichkeit; weiter trug es dazu bei, daß sich die Linien der politischen Strömungen schärfer herauskristallisierten.² Die Regierungen in Deutschland antworteten ung. seit dem Jahre 1790 mit einer verschärften Zensur und anderer reaktionärer Politik auf den Revolutionsenthusiasmus, in einigen Territorien aber auch durch Ermutigung zu antirevolutionärer Publizistik. Der Ausbruch des Revolutionskrieges im Frühjahr 1792 und das siegreiche Vorrücken der

Franzosen zum Rhein, das u.a. zur Gründung der Republik Mainz und zur Entstehung der Jakobinerpresse und -klubs in den französisch besetzten Gebieten führte und zahlreichen örtlichen Unruhen bis hinauf nach Norddeutschland Nahrung geliefert zu haben scheint, ließen die Französische Revolution zu einem Teil der konkreten Realität der Deutschen werden. Da die bürgerliche Intelligenz zudem in der Öffentlichkeit noch recht wenig Begeisterung für einen Krieg gegen Frankreich zeigte, wurde diese Entwicklung als gefährlich empfunden.³ Ein Gegengewicht, eine "mächtige Oppositions-Parthey" in der Literatur wäre nach Ernst Brandes 1792 dringend notwendig gewesen, denn "wenn es einmal Ton geworden ist, über gothische Staats-Verfassungen, große zu zerstörende Überbleibsel aus den barbarischen finstern Zeiten zu schreyen, dann werden so manche zurückgehalten ihre Meinung zu äußern, aus Furcht den Namen von aufgeklärten Männern zu verlieren".⁴ Die anti-revolutionäre Einflußnahme auf die Meinungsbildung konnte, um effektiv zu sein, nicht nur bei Negationen stehenbleiben. Bezeichnend für die große Abhängigkeit der deutschen Öffentlichkeit von der Diskussion in den westlicheren Ländern ist, daß man sich wieder dem Ausland zuwandte, als die Erarbeitung einer Gegentheorie zur revolutionären Ideologie als notwendig erachtet wurde. Die wichtigste Autorität für die deutschen Antirevolutionäre war zu Anfang der neunziger Jahre der Brite Edmund Burke.

Eines der wichtigsten Ereignisse für die englische Meinungsbildung der beginnenden neunziger Jahre fand statt, als sich Edmund Burke, einer der führenden Whigs, am 9.2.1790 im Parlament und im November desselben Jahres in seinem Pamphlet *Reflections on the Revolution in France* gegen die französische Revolution und ihre Bewunderer unter seinen Landsleuten wandte. Burke begnügte sich nicht nur damit, die Berechtigung und Praxis der Französischen Revolution zu verurteilen, sondern er versuchte den britischen Status quo im Namen der Achtung vor Religion und Tradition zu idealisieren. Sein Werk *Reflections* enthielt eine ausgedehnte Verteidigung der englischen Konstitution und eine reaktionäre Neuinterpretation der Verfassungsgeschichte. Vor allem widersetzte sich Burke den Gleichsetzungen der Revolutionen von 1689 und 1789. Die Glorious Revolution wich nach ihm von der Entwicklung in Frankreich insoweit ab, als sie keinen gesetzlosen Zustand und auch nichts Neues schuf, sondern nur die uralten Freiheitsprinzipien und

-privilegien wiedereinführte, die schon in der Magna Charta ihre erste Bestätigung erfahren hatten. Nach der Auffassung von Burke versuchten die britischen Radikalen, d.h. in erster Linie die Verteidiger der Parlamentsreform und die Gegner der Testakte, eine Revolution nach französischem Modell nach England hereinzuschmuggeln, indem sie die Auffassung verbreiteten, daß die Revolution von 1689 das Widerstandsrecht, das Wahlkönigtum und das Recht des Volkes, die Regierungsform nach Bedarf zu ändern, legalisiert habe. Die *Reflections*, die in zahlreichen Auflagen und Übersetzungen Verbreitung fanden, erzeugten in Großbritannien eine Reihe von Gegenschriften. Darunter war von der Argumentation her am geschicktesten das *Vindiciae Gallicae*-Pamphlet des jungen Schotten Dr. James Mackintosh, der gekonnt die Vorzüge der neuen französischen Verfassung gegenüber der englischen Konstitution begründete. Vom Standpunkt der Regierung waren jedoch am gefährlichsten die Pamphlete von Thomas Paine, besonders das zweiteilige *Rights of Man* (1791-1792). Die Schriften von Paine, in denen die Volkssouveränität, die Republik und die Beiseitigung der sozialen Ungleichheiten gefordert wurden, fanden, zum Teil unter Mitwirkung der radikalen Vereine, eine derartige Verbreitung, daß der Republikanismus in den Jahren 1791-1792 zu einem beängstigenden politischen Machfaktor zu werden schien. Aus diesem Grunde strengte die britische Regierung 1792 ein Gerichtsverfahren gegen Paine an und griff zu scharfen Maßnahmen, um die "rebellische" Publizistik im Lande zum Verstummen zu bringen.⁵

Nach Deutschland kam die Diskussion aus Großbritannien zum Teil durch Rezensionen, zum Teil durch Übersetzungen. In der Jenaer *Allgemeinen Literaturzeitung*, dem beliebtesten überregionalen Rezensionsorgan seiner Zeit in Deutschland, wurden 1791-1793 Besprechungen der englischen pamphletischen Auseinandersetzung des Burke-Anhängers August Wilhelm Rehberg veröffentlicht.⁶ Auszüge aus Burkes Schrift *Appeal from the New to the Old Whigs* (1791) erschienen in Wielands Zeitschrift *Neuer Teutscher Merkur* in einer Übersetzung von Rehberg unter der Überschrift "Das Recht der Völker, ihre Staatsverfassung willkürlich abzuändern".⁷ Eine ausgedehnte kommentierende Übersicht über die britische Diskussion war sowohl Rehbergs antirevolutionärem Pamphlet *Untersuchungen über die Französische Revolution* von 1793 als auch der Übersetzung der *Reflections* von Burke durch Friedrich Gentz aus dem Jahre 1793 beigelegt.⁸ Die Popularität der Burkeschen Gedanken zeigte

sich darin, daß eine zweite Auflage der Übersetzung schon 1794 erschien; einige Nachdrucke erschienen zudem in Süddeutschland.⁹ Aber auch Schriften der Gegenseite, z.B. solche von Mackintosh und Paine, wurden dem deutschen Publikum als Übersetzungen angeboten. Das Werk *Die Rechte des Menschen* von Paine erschien 1792-1793 mit einem Vorwort von Georg Forster und 1793 gab es auch davon eine zweite Auflage. Paines Werke scheinen zumindest bei den norddeutschen Radikalen beachtlichen Anklang gefunden zu haben. Seine Gedanken zu befürworten war freilich gewagt, weshalb sich die Übersetzer und Verleger auch normalerweise in den Schutz der Anonymität zuzückzogen.¹⁰ Nicht nur wegen der revolutionären Ideen war Paine bei den deutschen Regierungen in Ungnade, sondern auch weil er die Personalunion von Großbritannien und Hannover kritisiert und Deutschland allgemein und Hannover und Preußen ganz besonders als Urtypen der Despotie charakterisiert hatte.¹¹

Inhaltlich waren Burkes *Reflections* in vieler Beziehung eher geschickte Rhetorik eines Parlamentsredners als ein geschlossenes theoretisches Ganzes, aber sie eröffneten einer vielschichtigen Entwicklung konservativer Gedankenkonstruktionen neue Aspekte. In Deutschland bezogen sich auf Burke sowohl die "Empiristen" als auch die "Konspirationstheoretiker", d.h. die, die behaupteten, kleine Geheimbünde würden in der ganzen Welt Umstürze nach der Art der Französischen Revolution vorbereiten, wie auch später die Vertreter der historisch-organischen Staatsauffassung der Romantik.¹² Am deutlichsten war der Einfluß der Gedanken von Burke bei Friedrich Gentz und den Konservativen der sog. Schule von Hannover zu sehen, d.h. bei Personen, die gerade unter Berufung auf die "Empirie", die geschichtliche Erfahrung, und mit den Waffen der sachlichen Argumentation den Ideen der Revolution Widerstand zu leisten suchten. Zwischen den Gedanken dieser Verfasser und denen von Burke lassen sich sowohl zahlreiche Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede feststellen. Aus diesem Grund sind in der Forschung divergierende Ansichten darüber geäußert worden, inwiefern Burke als der Lehrmeister von Gentz und den Hannoveranern angesehen werden darf.¹³ Aus dem Blickwinkel dieser Arbeit ist jedoch am wesentlichsten, daß in der deutschen Öffentlichkeit unter dem Einfluß von Burke mit der Propagierung eines neuen, antirevolutionären Zwecken dienenden Bildes der britischen Freiheit begonnen wurde. Zu den di-

rekten Einwirkungen Burkes und der englischen Diskussion von 1790-1792 muß auch die Tatsache gezählt werden, daß in Deutschland noch zu einer Zeit, als Frankreich schon eine Republik geworden war, darüber gestritten wurde, ob die englische Konstitution oder die französische Verfassung von 1791 die besseren Qualitäten aufweist. Allerdings war dieses Nachhinein propagandistisch vielleicht sinnvoll, denn gerade die Errungenschaften der liberalen Phase der Revolution hatten im deutschen Bildungsbürgertum ihre begeistertsten Bewunderer gefunden.

2. Die Hannoveraner als Fürsprecher der britischen Verfassung

Im mit der Revolution sympathisierenden *Schleswigschen Journal* von August Hennings wurde 1792 sowohl den Hannoveranern als auch den Briten die Befähigung zur unparteiischen Einschätzung der französischen Verfassung von 1791 abgesprochen. Die "in Freyheit ergrauten" Briten würden sich aus Neid weigern, den Rang der neuen französischen Konstitution im Vergleich mit der ihren zu sehen und die Hannoveraner würden glauben, daß die Ruhmessonne der britischen Regierungsform auch ihnen Glanz verleihe; außerdem seien sie politisch gesehen Torys.¹⁴ Diese Behauptung war nicht völlig unbegründet, denn gerade in Hannover fanden sich in den neunziger Jahren des 18. Jh.s eifrige Verteidiger der britischen politischen Institutionen. Es ist natürlich klar, daß die Behörden in Hannover aus Loyalität zum Kurfürsten auch keine sehr strenge Kritik an den englischen Verhältnissen gebilligt hätten. Anfang der neunziger Jahre äußerte sich dies u.a. auch konkret in dem Druck, dem der der Sympathien mit den Paineschen Gedanken beschuldigte Freiherr Adolph von Knigge in Hannover ausgesetzt wurde.¹⁵ Überhaupt war die Atmosphäre in Hannover deutlich anglophiler Natur. "Wir sind ja hier so gern Halb-Engländer und gewiß nicht bloß in Kleidung, Sitte und Mode, sondern auch im Charakter", sprach Ludwig Timotheus Spittler, Professor der Göttinger Universität.¹⁶ In der Anfangsphase der Französischen Revolution begeisterten sich die Hannoveraner besonders für die Gedanken zur Wiederbelebung der Ständemacht in Frankreich und die späteren Reformpläne von Mounier, Lally-Tollendahl und der anderen Mitglieder der "anglophilen" Gruppierung.¹⁷

Mit dem Fortschreiten der Revolution scheinen die Träger der bürgerlichen Öffentlichkeit in Hannover das Bedürfnis empfunden zu haben,

unter Verwendung der englischen Regierungsform als Maßstab klar Stellung gegen die Revolution zu beziehen. Dieser Zug zeigte sich schon beim Göttinger Professor Ludwig August Schlözer, einem sowohl von deutschen Frühkonservativen als auch Frühliberalen geschätzten Aufklärer, der seine Auffassungen vom Regierungssystem der Briten früher recht knapp und undeutlich zum Ausdruck gebracht hatte.¹⁸ In seinen *Statsanzeigen* - der einflußreichsten historisch-politischen Zeitschrift der achtziger Jahre des 18. Jh.s - hatte er verschiedene Formen der Despotie, republikanische und oligarchische Regierungsformen kritisiert sowie den aufgeklärten Alleinherrschern Lob gespendet.¹⁹ Im Lichte der "ochlokratischen" Entwicklung in Frankreich zeigte sich Schlözer schon 1790 davon überzeugt, daß die Briten im Vergleich zu den Franzosen wirkliche Freiheit und wirkliches Glück genossen.²⁰ In seinem Werk *Statsrecht* (1793) gab er zwar dem deutschen Verfassungszustand in praktischer Hinsicht seinen Segen, aber auf der theoretischen Ebene zeigte er die grundlegenden Schwächen des Absolutismus, wie die völlige Abhängigkeit der Freiheit und des Wohlstandes des Volkes von der zufälligen Güte oder Verworfenheit der Person des Herrschers, in recht eindrücklicher Weise auf. Da er seine früheren Vorurteile gegen den Adel zu überwinden haben schien, erklärte er denn auch die in England realisierte eingeschränkte Zweikammermonarchie zum "Ideal einer vorzüglich glücklichen Regierungsform". Eine konservative, die Bedeutung der geschichtlichen Entwicklung betonende Note enthielt jedoch seine Bemerkung, daß dieses Ideal einer Regierungsform oder seine praktische Verwirklichung nicht aus den Gedankenkonstruktionen von Philosophen oder einzelnen Staatsmännern entstanden sei, sondern durch Zufall, "geleitet durch Bonsens, begünstigt durch Conjunctionen".²¹

Die Sympathie der Hannoveraner mit der englischen Regierungsform erklärt sich nicht nur durch die von der Personalunion angeregte Anglophilie, sondern auch dadurch, daß sie eine Verwandtschaft zwischen der englischen Konstitution und der Ständemacht in Hannover sahen. In Hannover war es den Ständen gelungen, die absolutistischen Bestrebungen der Kurfürsten zu vereiteln, wenn auch der Preis dafür in der Entstehung einer Adelsoligarchie im Landtag und an der Spitze des Beamtentums bestand. Die führenden politischen Schriftsteller von Hannover waren sichtlich stolz auf den Erhalt der politischen Macht der Stände und standen dem Absolutismus, den sie für einen französischen

Importartikel im Heiligen Römischen Reich hielten, ablehnend gegenüber.²² Trotz ihrer wachsenden Ablehnung der Revolution wurden sie auch nie zu Verteidigern des Ancien régime in Frankreich. Die Auffassungen von der Verwandtschaft der Systeme von Hannover und England basierten auf den Thesen von der urgermanischen Freiheit und der Ähnlichkeit der mittelalterlichen Gesellschaftsformierungen auf dem Kontinent und den Britischen Inseln. Explizit bezogen sich die politischen Schriftsteller von Hannover ebenso selten auf die Rassenverwandtschaft der Briten und Deutschen als Rechtfertigung für ihre Englandbewunderung wie die frühen anglophilen Reiseschilderer, was nach 1789 vielleicht insofern verständlich war, als die Bewunderer der Revolution eifrig mit dem Begriff "neufränkische Freiheit" operierten und den Verlust der urgermanischen Freiheitstradition in Deutschland beklagten. Am deutlichsten wurde das echt deutsch-germanische Wesen der Briten von Spittler mit seinem Urteil über die Bedeutung der Ankunft von Angeln und Sachsen auf den Britischen Inseln verteidigt: "Doch liegt in den Deutschen Sitten und gesellschaftlichen Verhältnissen, die die erobernden Horden mit hinüber brachten, und die sich erhielten, der erste, schon sehr entwickelte Keim der englischen Nationalfreiheit, und die Zerstörung aller vorher bestehenden, Römischen Cultur wurde zuletzt das wahre Glück des Landes. Der neue Zustand der Einwohner des Landes, so roh er auch war, war doch keine Mischung; die Rohheit verlor sich mit dem Fortgang der Zeiten, und das Germanische blieb."²³ Beim Historiker Spittler, der zwar kein gebürtiger Hannoveraner war, aber aus einem anderen Ständeterritorium, Württemberg, stammte, war auch die Auffassung von der Konstitution Englands und der Verfassung Deutschlands als prinzipiell "zwei Töchter e i n e r Mutter" besonders scharf umrissen. Dies gilt ebenso für seine Bestrebungen, die Bedingungen zu untersuchen, unter denen die Entwicklung Englands seit dem Mittelalter zur Zunahme der politischen Mitwirkung der Stände, insbesondere des dritten Standes, und zur Entstehung der beschränkten Monarchie geführt hatte.²⁴

Von den zwei führenden Gestalten der sog. konservativen Schule von Hannover, Ernst Brandes und August Wilhelm Rehberg, betrachtete besonders der letztere das englische politische System in seinen Schriften vom Anfang der neunziger Jahre des 18. Jh.s aus einem deutlich antirevolutionär-konservativen und von seinem Heimatterritorium beein-

flußten Blickwinkel.²⁵ Der Einfluß von Burke auf die Entwicklung von Rehbergs Englandbild läßt sich klar an seinen Rezensionen für die *Allgemeine Literaturzeitung* ablesen, aber ganz besonders kann die während der Anfangsphase des Revolutionskrieges entstandene, stark antirevolutionäre Broschüre *Untersuchungen über die Französische Revolution* von Rehberg (1793) als die deutsche Version von Burkes *Reflections* gesehen werden. Dies war offensichtlich auch Rehbergs Ziel gewesen, denn er hatte schon 1791 vom deutschen Bedarf an einer antirevolutionären Schrift von der Art der *Reflections* gesprochen und über die speziellen Fragen nachgedacht, die ein deutscher "Burke" zu berücksichtigen hätte.²⁶ In einer an die Strategie von Burke erinnernden Weise versuchte Rehberg in dieser Schrift vor allem zu beweisen, daß die Ideen von 1789 und die französische Verfassung von 1791 in der Praxis unmögliche Spekulationen waren; als Gegenpol zu den Revolutionsideen diente dabei die erlebte und als praktikabel erfahrene "Freiheit" des britischen Regierungssystems. Hierzu zählte auch seine Tendenz, auch für die kleinsten Details der Konstitution und politischen Praxis der Briten Verteidigungen oder logische Erklärungen zu suchen.

Rehberg versuchte sich von jener anglophilen Tradition zu lösen, in der das Verständnis der englischen Regierungsform immer noch mit der Montesquieuschen Interpretation harmonisierte und die in der deutschen Literatur nach dem Ausbruch der Revolution mehr oder weniger deutlich z.B. durch Schlözers *Staatsrecht* oder die 1790 in Göttingen erschienene 7. Auflage des angesehenen *Staatsverfassung*-Werkes von Achenwall vertreten war.²⁷ In treffender Weise kritisierte Rehberg Montesquieus Modell wegen seines mechanistischen Charakters und der Punkte, die nicht dem wirklichen Wesen der britischen Konstitution entsprachen.²⁸ Die kritische Haltung zu Montesquieu war zweifellos eine Folge der engen Vertrautheit Rehbergs mit den politischen Verhältnissen in England²⁹, aber sie hatte in seinem Denken auch ihre eigene antirevolutionäre Relevanz. Obgleich er die Berechtigung der zeitgenössischen Philosophen zu theoretischen Ideenkonstruktionen nicht direkt bestritt, so hatte sich doch durch die Französische Revolution sein Mißtrauen gegen Popularisierungen und konkrete Realisierungsversuche von rationalistischen Verfassungsmodellen und Menschenrechtsauffassungen vertieft. 1793 verstand Rehberg, wie Burke, die Gesellschaft als Organismus, der sich aus vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Generationen zusam-

mensetzt. So forderte er für die Einschätzung der Verfassungen eine geschichtliche Betrachtungsweise:

"Jede Staatsverfassung, auch die vollkommenste, besteht also auf der allmählichen Entwicklung der zum Theile durch die Natur, und zum Theile durch menschlichen Verstand und Willkühr bestimmten Verhältnisse und Einrichtungen. Jede Generation legt den Grund zu dem, was die folgende thun wird, und die spätere kann nur auf das bauen, was die vorgehenden gethan haben. Hieraus ergibt sich die Unmöglichkeit eines Entwurfes der besten Staatsverfassung, welche für alle Völker passen sollte."³⁰

Wie sein Freund und Gesinnungsgenosse Ernst Brandes machte auch Rehberg De Lolme, der die englische Verfassung als Produkt einer im Feudalismus und in der Zeit der Ständegewalt beginnenden Entwicklung betrachtete und ihr Funktionieren aus der politischen Praxis der Briten heraus beschrieben hatte, zu einem über Montesquieu stehenden Englandkenner.³¹ Die Tatsache, daß De Lolmes "Empirie" recht selektiv gewesen war und auf den Nachweis der Richtigkeit der Thesen von Montesquieu zielte, wurde Rehberg nicht bewußt, da auch er sich nicht in hinreichender Weise von der seine Zeit beherrschenden Denkweise zu lösen vermochte, in der sich der Funktionsmechanismus des britischen politischen Systems einseitig aus der Konstitution und der Organisation der gesetzgebenden Gewalt heraus erklärte. Die Reflektion der Funktionen von Parteien und Kabinett interessierte Rehberg nicht. Montesquieu wurde von ihm, sogar zum Teil ungerechterweise, der Forderung nach einer strengen Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive beschuldigt. Der Vorwurf rührte daher, daß Rehberg die in der Verfassung von 1791 verwirklichte strenge Gewaltenteilung, deren Theorie freilich erst die Juristengenerationen nach Montesquieu entwickelt hatten, als von diesem inspiriert verstand.³² Die geschichtliche Erfahrung und die Überführung der Exekutive in die Hände der Gesetzgeber in Frankreich, m.a.W. die Entstehung der Republik, zeigten nach Rehberg unwiderlegbar, daß sich die völlige Gewaltenteilung in keiner staatlichen Organisation erfolgreich verwirklichen ließ. Nach ihm lag der große Verdienst von De Lolme denn auch darin, daß dieser die Verbindungen betonte, die die Träger der Souveränität in Großbritannien aneinanderkoppelte. Rehberg verteidigte somit de facto eine starke Stellung des

Herrschers und einen Einfluß der Krone, der die Grenzen der monarchischen Exekutive fühlbar überschritt, aber propagandistisch geschickt und völlig wahrheitsgemäß argumentierte er vor allem damit, daß sich das Parlament in Großbritannien nicht nur mit der gesetzgeberischen Arbeit zufriedengab, sondern den größten Teil seiner Zeit auf das Kontrollieren der Regierung verwandte, d.h. sich in die Anwendung der Exekutivgewalt einmischte.³³

In seiner Verteidigung der englischen Regierungsform konzentrierte sich Rehberg auf die Züge, die er als systemstabilisierend empfand, vor allem auf den Nachweis der Legitimation für das britische Zweikammernparlament. In Anlehnung an die anglophile Tradition charakterisierte er die allgemeine Bedeutung des Oberhauses in England als die einer stabilisierenden Schutzmauer gegen eine Despotie des Herrschers einerseits und eine demokratische Anarchie andererseits. Im Licht der Erfahrungen der Französischen Revolution hielt er allerdings die letztere Aufgabe für die entschieden wichtigere und akzeptierte unter einem positiven Vorzeichen die Feststellung der Kritiker, daß das Oberhaus in den meisten Fällen nur eine Waffe des Herrschers gegen das "Volk", d.h. das Unterhaus, war. Unkritisch hatte er sich die alte Auffassung angeeignet, daß das englische Unterhaus zufällige Leidenschaften, eine nach jähren Veränderungen strebende Kraft, repräsentierte, und daß nur die Interessen des Herrschers und des Oberhauses von Natur aus, als Gesellschafts- und Herrschaftsverhältnisse bewahrende Kräfte, in die gleiche Richtung streben. Offenbar war es das Schicksal von Ludwig XVI., das Rehberg zu Gedankengängen führte, nach denen das Oberhaus in England im Gesetzgebungsprozeß auf ähnliche Weise das britische "Der König kann nichts Böses tun"-Prinzip stützte, wie es die Ministerverantwortlichkeit auf der Seite der Exekutivgewalt tat. Er sah einen großen Vorteil darin, daß ein zu radikaler Vorschlag des Unterhauses vom Oberhaus - und nicht durch das Veto des Herrschers - abgewiesen wurde. Hierdurch lenkte sich die Wut und das Ressentiment des Volkes auf die zweite Kammer und die Autorität des Herrschers blieb unangetastet. Er war überzeugt, daß die Entwicklung der Französischen Revolution friedlicher verlaufen wäre, wenn Frankreich mit der ersten Verfassung ein Zweikammernsystem erhalten hätte. Die Bedingung für das Gelingen wäre jedoch gewesen, daß man nicht wesentlich vom britischen Vorbild abgewichen wäre, was in Frankreich nach der Abschaffung des Adels un-

möglich geworden war. Auf das Zweikammernsystem der Vereinigten Staaten durfte man sich nach Rehbergs Meinung in Europa nicht berufen, da es auf der anderen Seite des Atlantiks nie einen Adel oder einen anwesenden Monarchen gegeben hatte. Die Rekrutierung der britischen Oberhausmitglieder diente allseits der Arbeit der Legislative. Das kritisierte Prärogativ des Herrschers, verdienstvolle Personen nach Belieben in den Stand eines Pairs zu erheben, ein Recht, das z.B. 1712 von Königin Anne verwendet worden war, als sie zur Durchsetzung des Utrechter Friedensvertrages an einem Tag zwölf neue, ihrer Politik wohlgesonnene Pairs in das Oberhaus ernannte, war nach Rehberg deswegen völlig begründbar, weil aus dem Oberhaus kein Organ werden dürfe, das fortwährend gegen den Herrscher wirkt. Als direkten Einfluß von Burke auf Rehberg hat VOGEL nachgewiesen, daß dieser 1793 in Abweichung zu seiner früheren, die politische Macht der Kirche von England kritisierenden Auffassung, die Vertretung der Erzbischöfe und Bischöfe im Oberhaus als Faktor darstellte, der die Traditionsfreundlichkeit und das Prestige der Kammer stärke.³⁴ Der Kern des Oberhauses hatte nach Rehberg jedoch immer in der vererbten Vertretung der alten Adelsgeschlechter zu liegen, da die Kammer ihre Unabhängigkeit vom Hofe nur auf diese Weise bewahren könne.³⁵

Besonders dort, wo es um eine Begründung für die Legitimation der erblichen Pairsmacht ging, wurden Rehbergs Äußerungen zu einem Teil einer generellen Verteidigung des Erbadels, an der er sich, wie auch Brandes, in zahlreichen Schriften aus der Revolutionsepoche beteiligte. Die Französische Revolution hatte verursacht, daß Rehberg und Brandes vor dem Ausbruch des Revolutionskrieges vorsichtige Kritik am deutschen Absolutismus übten, aber eine solche Reaktionsweise hatte in der deutschen Revolutionsrezeption für gewöhnlich keine zentrale Stellung. Eher hatte die Revolution die alte Bürgertum-Adel -Dichotomie der deutschen Öffentlichkeit vertieft, scharfe Angriffe gegen die Privilegien des Adels entzündet sowie Forderungen erweckt, nach denen die persönlichen Fähigkeiten zum Bewertungsmaßstab des Individuums gemacht werden sollten. Auch in Hannover wurde in den Jahren 1792-93 lautstark gefordert, daß die Steuerprivilegien und Ämtermonopole des Adels verringert und die Beziehungen der Stände untereinander auf eine gerechtere Basis gestellt werden sollten. Die Tatsache, daß sich die zur bürgerlichen Beamtenelite gehörenden Rehberg und Brandes auf die Seite

des Erbadels und seiner Rechte stellten, kann natürlich teils als Folge ihrer beruflichen Abhängigkeit von der adelsoligarchischen Staatsmacht gesehen werden, aber eine wesentlichere Rolle spielte doch die konkrete Umgebung, in der ihr eigenes Bild von der Gesellschaft entstanden war. In Hannover waren die Zeichen für die moderne, das Ständesystem von innen zersetzende Entwicklung noch gering an Zahl, und in dieser agrarischen Gesellschaft bildete das Ständesystem immer noch den Rahmen, in den hinein man geboren wurde und der weitgehend die Zukunft, das Gewerbe und die Verhaltensnormen des Individuums bestimmte. Für die traditionsorientierten Hannoveraner war die Abstufung der Gesellschaft in Stände mit verschiedenen Interessen und Aufgaben eine "natürliche" Ordnung, die ihre Legitimation sowohl von der Natur, d.h. den miteinander im Streit liegenden sozialen und egoistischen Zügen in der menschlichen Natur als auch von der Geschichte her erfuhr. Die radikalsten naturrechtlichen Forderungen nach politischer und sozialer Gleichheit konnten sie hingegen für nichts anderes als unrealistische, die Basis einer geordneten Gesellschaft zerstörende Spekulation halten.³⁶

Die Verteidigung des Ständesystems mit dem Verweis auf die englische Gesellschaft war deswegen recht sinnvoll, weil die Mißstände der Adelsmacht in Deutschland jedem bekannt waren, aber der britische Adel in der anglophilen Tradition als ein moderner, aufgrund des Primogenitur-Systems von Vorurteilen gegen das Bürgertum freier und wegen der zahlreichen Nobilitierungen auch ständig mit neuen Talenten aufgefüllter Stand verstanden wurde. Die Konservativen von Hannover hatten auch eine Weiterentwicklung der deutschen Adelsordnung in eine irgendwie dem britischen Vorbild entsprechende Richtung im Sinn. Ernst Brandes, der der Meinung war, daß schon der Zeitgeist vom deutschen Adel die Aufgabe einiger Vorrechte verlangte, "um andere zu behaupten", dachte schon 1792 über die Anwendbarkeit der Primogenitur-Praxis in einem zukünftigen Deutschland nach.³⁷ Rehberg nahm in dieser Frage 1803 eine ablehnende Haltung ein, denn nach ihm hätte eine Primogenitur-Praxis in Deutschland eine Ungerechtigkeit und eine Verletzung der Tradition der Adelsstruktur bedeutet. Dagegen hegte er die Hoffnung, daß sich in Deutschland unterhalb des eigentlichen Adels ein der britischen Gentry ähnlicher Stand bilden würde, in dem auch seine eigene Bezugsgruppe, die oberste Schicht des bürgerlichen Beamtenstandes, aufgehen könnte.³⁸ 1793 empfand er jedoch die Verteidigung

des britischen Erbadels als wichtigere Aufgabe. Er hielt es für notwendig, dem deutschen Publikum gegenüber zu betonen, daß es entgegen der allgemeinen Auffassung auch in England eine Entsprechung für den deutschen Adelsstolz gab, d.h. daß der alte Adel in Großbritannien als gesellschaftliche Klasse ein größeres Ansehen genoß als die Frischgeadelten. Der Nachweis für die Legitimität der politischen Macht des Erbadels lag für ihn in der Tradition, der materiellen und moralischen Überlegenheit dieses Standes im Vergleich zu den anderen. Nach seiner Auffassung waren es gerade die erblichen Pairs, die in England die Interessen des eigentlichen Eigentums vertraten.³⁹

Die Auffassung von der Notwendigkeit eines Bündnisses von Besitz und Rechten entsprach der Zeit; ihre praktische Verwirklichung fand sie u.a. in der französischen Verfassung von 1791 mit deren Einteilung in Aktiv- und Passivbürger. Auch für die Fortschrittlichen war erst durch eine gewisse materielle Unabhängigkeit die Voraussetzung für eine selbständige politische Willensäußerung gegeben, den Besitzenden war zudem wegen ihrer eigenen Interessen mehr an der Erhaltung der Gesellschaft gelegen als den Besitzlosen.⁴⁰ Schon die ablehnende Haltung Rehbergs zu den in Frankreich nach der Abschaffung des Adels gemachten Vorschlägen, nach denen durch die Schaffung einer zweiten Kammer die Vertretung der ganz allgemein wohlhabenden Bevölkerungsteile in der Gesetzgebung betont werden sollte, zeigte, daß er nicht für die Sache irgendeines beliebigen Besitzes eintrat.⁴¹ Wie VOGEL betont hat, hatten die Konservativen von Hannover zum "bürgerlich-kapitalistischen" mobilen Eigentum an und für sich eine mißtrauische Einstellung. Sie sahen den wirtschaftlich-sozialen Aufbau, aber auch die traditionelle Lebensform in der Unverletzbarkeit des vererbten Landbesitzes verankert und verstanden das britische Oberhaus - eher aus dem Blickwinkel von Hannover als aus dem der englischen Realität - als eine Garantie für die Wahrnehmung der materiellen und geistigen, d.h. die traditionellen Lebensformen schützenden Interessen des "festen" Besitzes in der politischen Beschlußfassung. Rehberg sah in den neunziger Jahren noch nicht, daß sich der britische Landadel stark an der kapitalistischen Entwicklung beteiligt und sich so dem Bürgertum genähert hatte, weshalb er die Interessen des "beweglichen" Kapitals in großem Maße als die seinigen empfand.⁴²

Man könnte annehmen, daß den Verteidigern des Ständesystems das

Erklären des Widerspruchs zwischen den Adelsprivilegien und der individuellen Begabung inmitten der Revolutionsideen schwergefallen wäre. Rehberg mußte natürlich zugeben, daß im britischen Oberhaus wegen der vererbten Vorrechte auch solche Pairs saßen, deren persönliche Talente gering waren. Dies war jedoch kein Problem für ihn, geschweige denn ein Argument gegen die Adelsprivilegien, denn genausowenig wie für die anderen Vertreter der Ständetheorien war ihm das einzelne Individuum im eigentlichen Sinne ein "vertrags- und politikkompetenter Bürger"⁴³, sondern an erster Stelle Mitglied eines Standes, der als Korporation immer in der Lage war, als gesellschaftlicher Akteur aufzutreten. In den Rehbergschen Vorstellungen hatte sich der Adelstand in England, wie auch anderswo, durch eine jahrhundertlange Tradition und Erziehung ein materielles und geistiges Ansehen und eine Autorität verschafft, die jedem Standesmitglied ohne Ansehen seiner eigenen geistigen Kapazitäten zuteil wurde. Zudem war er davon überzeugt, daß die meisten Adligen auch als Individuen zu einem größeren gemeinschaftlichen Verantwortungsgefühl gekommen waren als die Vertreter der anderen Stände, die in der Praxis mehr an die Wahrnehmung partikularer Interessen gewöhnt waren. Die Geschichte der Briten bewies für Rehberg, daß gerade die Adelsleute als Führer in den Parteien gewirkt hatten, die sich auf den Vorteil der gesamten Bevölkerung, das "Gemeinwohl", konzentrierten. Solche Parteien konnte es nach seiner Behauptung in Demokratien überhaupt nicht geben, und deshalb übertraf das britische Regierungssystem seiner Meinung nach sogar die idealisierten Republiken der Antike.⁴⁴

Das beschränkte Wahlrecht war einer der stärksten Trümpfe der Kritiker des britischen Systems gegen die eingebürgerte anglophile Auffassung, daß der britische Regierungsmechanismus die Stimme des Volkes vertrete und auf die Verwirklichung des Volkswohls hinwirke. Diese wesentliche Frage konnte Rehberg bei seiner Verteidigung der britischen Freiheit nicht umgehen. In diesem Zusammenhang mußte er Rousseaus Gedanken über die Volkssouveränität abweisen. Allerdings verfiel er nicht in eine aggressive Verächtlichmachung Rousseaus, wie sie in Burkes *Reflections* vorkam. Nach seiner Interpretation hatten die Revolutionäre den *Contrat Social* falsch verstanden, da sie unter Berufung auf diesen erklärten, die Souveränität gehöre unveräußerlich dem Volke und die unmittelbare Abhängigkeit der Gesetzgebung von der Entwicklung der Meinungen des Volkes forderten. Ein großes Volk könne sich nicht selbst

regieren und es könne keinerlei gemeinsamen Willen haben, sondern nur widersprüchliche Bestrebungen, zwischen denen der Gesetzgeber seine Entscheidungen fällen müsse. Die Thesen der Revolutionäre vom angeborenen Recht der Menschen auf eine gesetzgebende Macht sowie die Forderungen nach einem allgemeinen Wahlrecht und imperativen Mandaten waren für ihn in der Praxis unmöglich zu erfüllen.⁴⁵ Die politischen Rechte kämen nur denen zu, die genügend materielle und geistige Bereitschaft, Besinnung und Selbstbeherrschung besäßen, um das gemeinsame Wohl in einer verantwortungsvollen und den Erhalt der Gesellschaft nicht gefährdenden Weise zu verwalten. Auch als Zukunftstypologie war für Rehberg der Gedanke einer Ausdehnung des politischen Mitwirkungsrechts auf alle Bevölkerungsgruppen undenkbar. Die unteren Klassen blieben "durch die Natur der Dinge" für immer von ihm ausgeschlossen.⁴⁶ Die britischen Forderer einer Parlamentsreform, deren Mehrheit faktisch noch eine recht bescheidene Ausweitung des Wahlrechts verlangte, klassifizierte er als spekulative Köpfe, Schmeichler des Pöbels oder sogar als revolutionäre Gleichsteller.⁴⁷ Trotzdem konnte er nicht abstreiten, daß das Wahlverfahren der Unterhausabgeordneten äußerst verworren war und sich besonders im Zusammenhang mit den "rotten boroughs" nur schwer durch ein allgemeines Prinzip verteidigen ließ. Aber Rehberg akzeptierte hier auch keine Theorien als Ausgangspunkt der Lageeinschätzung: "Gründet sich aber die Verfassung jedes einzelnen Staates auf besondere, den Umständen angemessene, aus der Geschichte allein erklärbare und zu rechtfertigende willkürliche Veranstaltungen, so muß die Verfassung des Unterhauses des englischen Parlaments ganz anders beurteilt werden."⁴⁸ Außerdem versuchte Rehberg den herrschenden Zustand mit Hinweisen auf die Praxis zu begründen, wie z.B. damit, daß aus den "rotten boroughs" große Staatsmänner wie Burke und Pitt in das Parlament eingezogen waren. Die Forderungen zur Kürzung der siebenjährigen Sitzungsperiode des Parlaments waren seiner Meinung nach ein unkluger Zug der Oppositionspolitik, denn die Reform würde nur zu einer Zunahme des Einflusses von Hof und Ministerpartei führen, weil diese größere Möglichkeiten zur Bestechung hätten als die Opposition - das Vorhandensein der Bestechung gab Rehberg zu, ordnete ihr aber als Mißstand keinen dominierenden Rang im britischen politischen System zu.⁴⁹

Rehberg versuchte im Grunde genommen gar nicht zu bestreiten, daß

das englische Parlament im konkreten Sinne nicht das ganze Volk vertrat. Er "rettete" die Verwirklichung des Volkswillens im englischen Regierungssystem außer durch die Berufung auf die Fähigkeiten der Parlamentarier, zum Vorteil des Ganzen zu wirken, auch dadurch, daß er die Öffentlichkeit zu einem untrennbaren, die Konstitution ergänzenden Teil des britischen politischen Systems erklärte. Zu den Institutionen der Öffentlichkeit zählte er die Publizität der Parlamentssitzungen, das Petitionsrecht der Bürger und überhaupt den "politischen Geist" der Presse und Bevölkerung, d.h. das allgemeine Interesse an der Politik.⁵⁰ Den Gedanken von der Öffentlichkeit in England als "zensierende Gewalt", die den Volkswillen zum Ausdruck bringe und die Machthaber kontrolliere, hatte schon De Lolme mit Nachdruck vorgebracht, und zu dieser Idee griffen die meisten Anglophilen von Hannover. Schlözer charakterisierte das britische Publikum, das die Presse und das Petitionsrecht benutzte, als "freiwillige Stände", die ihre Bürgerpflichten auf bewundernswerte Weise erfüllten, ohne für sich selbst Entscheidungsgewalt zu fordern.⁵¹

Die Forderung nach Öffentlichkeit und das Begreifen der Pressefreiheit als Ersatz für fehlende politische Rechte waren normale Erscheinungen in der deutschen Öffentlichkeit um die Wende des 18. und des 19. Jahrhunderts. Leicht verständlich ist es, daß die britische Öffentlichkeit in Hannover bewundert wurde, denn die Untertanen in Hannover wußten wirklich nicht, was ihre "Vertreter" trieben. Die Sitzungen des Landtags fanden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt und nach dem Revolutionsausbruch wurde die Zensur verschärft.⁵² Gerade an den Vorbildern der Briten hatte sich auch Ernst Brandes orientiert, als er 1790 in der *Berlinischen Monatsschrift* die politische Geheimnistuerei der Deutschen und die bei ihnen eng begrenzte Redefreiheit kritisierte sowie diese Mißstände als Gründe dafür charakterisierte, daß die Modernisierung des deutschen Ständesystems verhindert worden war. Wenn die Sitzungen der deutschen Landtage öffentlich gewesen wären und die Pressefreiheit wirklich existiert hätte, hätte sich auch in Deutschland trotz aller Mißstände des Vertretungssystems eine "Volksstimme, die den Repräsentanten, dem Fürsten ehrwürdig geworden wäre", entwickeln können. Dies sei in Deutschland nicht geschehen, sondern an die Macht sei in den meisten Ländern des Absolutismus und ein an ihn gebundener Militarismus gekommen, die die Energie der Bürger gelähmt hätten und

besonders in den allerreaktionärsten Gebieten dazu geführt hätten, daß die politische Wirksamkeit ihren Weg in gefährliche Geheimbünde gefunden habe.⁵³

Die Öffentlichkeit wurde von Brandes als eine die staatsbürgerliche Moral hebende Kraft charakterisiert, und er bewunderte sowohl England als auch die Vereinigten Staaten deswegen, weil man dort verstanden hatte, daß die bei der Gesetzgebung praktizierte Öffentlichkeit der einzige Schutz von der politischen Gleichgültigkeit der Bürger war. Mit der Öffentlichkeit verband Brandes deutlich die Entstehung einer Bürgermeinung, die das politische System verteidigte und dem umstürzlerischen Gedankengut entgegenwirkte. Die Achtung vor den Gesetzen sei in England trotz der entgegengesetzten Behauptungen der Verteidiger des Absolutismus viel größer als in Deutschland, wo auch alle guten Reformen durch Befehle von oben entstünden.⁵⁴ Für eine völlig unbeschränkte Pressefreiheit waren die Hannoveraner natürlich nicht, auch scheinen sie für die deutschen Verhältnisse eine so weitgehende Redefreiheit wie in England als unrealistisch betrachtet zu haben. Auch der Hannoveraner Meiners, der zwar mit den antirevolutionären Ideen von Burke und Arthur Young sympathisierte, aber liberaler als Brandes und Rehberg war, erklärte eine völlige Nachahmung der britischen Pressefreiheit in Deutschland aus dem Grund für unmöglich, weil die Meinungsfreiheit, um keine Unordnung zu erzeugen, nicht um viele Grade größer sein dürfe als die anderen herrschenden politischen und bürgerlichen Freiheiten.⁵⁵

Es ist fragwürdig, ob diese vorsichtigen Reformwünsche der Hannoveraner und überhaupt ihr Eintreten für die britische Verfassung von den deutschen Höfen als ungefährlich und als den gesellschaftlich-politischen Status quo erhaltend betrachtet wurden. Rehberg und Brandes waren sich auch selbst dieser Möglichkeit des Falsch-Verstanden-Werdens bewußt. Rehberg hatte den französischen Revolutionären in seinen früheren Rezensionen mehr oder weniger deutlich britische Vorbilder zur Nachahmung empfohlen, und noch 1793 wägte er in seinen *Untersuchungen* - wenn auch in einem bedeutend skeptischeren Ton - die vergangenen Möglichkeiten der Franzosen ab, das britische Gesetzgebungsmodell nachzuahmen, aber auf die prinzipielle Frage, ob sich die Regierungsform Englands überhaupt auf einen anderen Staat übertragen ließe, antwortete er strikt verneinend. Seine Argumente waren wieder die

historische Staatsauffassung, in der die Regierungsform als ein organisch an die Geschichte der Nation, die besonderen Bedingungen und den Volkscharakter gebundenes Phänomen begriffen wurde, sowie die Forderung nach der Achtung der Tradition - was allerdings nicht ein Stehenbleiben bei den Traditionen, sondern eine graduelle Entwicklung bedeutete:

"Und wenn man nur die Eigenthümlichkeiten des englischen Parlaments erwägt ... so wird man schon finden, daß es ganz unmöglich sey, so schlechthin die englische Verfassung in einem anderen Lande einzuführen; daß besondere Modificationen, in England sowohl als in jedem Lande, durch Zufall und durch allmähliche Entwicklung entstanden sind, und daß sich diese nicht wegdenken lassen ... Einem Volke die englische Staatsverfassung zu wünschen, heißt im Grunde so viel als begehren, daß nicht allein die ganze Beschaffenheit des Volkes, sondern auch die Geschichte desselben, der englischen ähnlich sey."⁵⁶

Die Staatsauffassung von Rehberg war sowohl verwandt mit den unter dem Einfluß von Montesquieu entstandenen Gedanken, die die Unterschiede im "Volksgeist" der Nationen betonten und die schon vor 1789 in Deutschland oft auf die Verteidigung des Status quo abzielende Tendenzen enthalten hatten, als auch mit ähnlichen Thesen von Burke. Rehberg war allerdings die nationalistisch betonte "Heiligung" des eigenen politischen Systems von Burke fremd, da sein Blickwinkel in der Einschätzung der gemeindeutschen Landständetradition vorherrschend partikularistisch, vom hannoverischen Lokalpatriotismus beeinflusst war.⁵⁷

Es scheint, als ob die Individualitätslehre und historische Betrachtungsweise, die sich Rehberg in Bezug auf den Staat angeeignet hatte, ins Extrem geführt fast allen politischen Institutionen der Briten ihre Allgemeingültigkeit entziehen würden und seine Verteidigung der englischen Verfassung zu einem an das deutsche Publikum gerichteten Paradoxon machten. Welchen Sinn hatte es für einen deutschen Schriftsteller, die Situation eines fremden Staates in der Öffentlichkeit zu preisen, wenn er sie für einmalig und anderswo unnachahmbar hielt und er 1793 behauptete, daß die Regierungsformdebatte in der Literatur bei den Bürgern schon eine gefährliche Unzufriedenheit mit den Verhältnissen in Deutschland verursachte?⁵⁸ Teilweise verteidigte Rehberg mit

der Berufung auf Großbritannien auch nur die Allgemeingültigkeit bestimmter politischer Methoden, nämlich die der graduellen Entwicklung der Gesellschaft und die des Vertrauens auf die Erfahrung, gegen die revolutionären und rationalistischen Lösungswege. Der reformistische Charakter des Konservativismus der Hannoveraner und ihr Bewußtsein der Mißstände in Deutschland machten die Versuche, die eben genannten Methoden mit Hilfe der "Empirie" der deutschen Länder zu propagieren, von ihrem Standpunkt aus zu hoffnungslosen Unterfangen. Das alte anglophile Verständnis von England als einem Freistaat, der irreversiblen Fortschritt erreicht hatte, und die Burkeschen Interpretationen der britischen Verfassungsgeschichte - die Glorious Revolution miteinbegriffen - als eine Ereignisfolge, die lediglich die Tradition bekräftigte und formte, boten ihren kommunikativen Zielen bedeutend überzeugendere Ausgangspunkte. 1791 sagte Rehberg denn auch, daß er Burke um seine Stellung beneide, da dieser nichts anderes zu tun brauche, als "die Vortrefflichkeit der Verfassung seines Landes der unordentlichen Begierde nach Neuerung" entgegenzustellen. In Deutschland, wo die Verfassungen verbesserungsbedürftig seien, konnte seiner Meinung nach nicht auf die gleiche Weise vorgegangen werden, ohne gleichzeitig die "Verewigung der Mißbräuche" zu verteidigen. In seiner ersten Burke-Rezension von 1791 sah er denn auch die Pflicht des deutschen Schriftstellers nicht in dem Apologieren des Status quo, sondern in den Bestrebungen, die Stände "aus ihrem Todtenschlafe" zu erwecken und sie zum Verständnis zu bewegen, daß man in Deutschland mit Reformen von oben herab beginnen müße, um Revolutionen aus dem Volke zu verhindern.⁵⁹ Zu Anfang des Revolutionskrieges scheint er die Vermittlung von anti-revolutionären Gedanken an seine Leser als wichtiger empfunden zu haben als das Vorbringen von Reformwünschen, aber immer noch konnte er die Verhältnisse in irgendeinem der deutschen Länder nicht für ein hinreichend konkurrenzfähiges Gegenstück zu den revolutionären Modellen halten, sondern stützte sich auf England.

Faktisch übernahm Rehberg das Individualitätsprinzip nicht völlig. Für ihn war es klar, daß es für jede Monarchie bestimmte allgemeine Qualitätskriterien gab und, daß gewisse wesentliche Züge der englischen Konstitution dem Ideal einer guten Regierungsform entsprachen. Als er betonte, daß diese guten Züge "noch keine durchaus bestimmte Verfassung" ausmachten, meinte er damit vor allem, daß genauso wenig wie

man rational begründete Regierungsformmodelle zu absoluten, überall anwendbaren Vorbildern machen dürfe, dies auch nicht bei Konstitutionen, die unter den besonderen Bedingungen eines fremden Landes empirisch für gut funktionierend und frei befunden worden waren, gestattet sei.⁶⁰ Aber schon die Tatsache, daß er im Zusammenhang mit England von einer idealen Regierungsform spricht, zeigt, daß er in seinen Gedanken mit einem abstrakten Regierungsformmodell operierte, das es anzustreben gälte. Rehberg gehörte also trotz seiner historischen Betrachtungsweise auch noch zu der anglophilen Tradition des Kontinents, in der das britische System durch bewertende Vergleiche der Regierungsformen zu der ersten unter den Konstitutionen gemacht worden war, zum Symbol einer guten und freien Regierungsform. Für ihn, wie auch für Brandes, bedeutete das englische Modell jedoch nur eine potentielle Richtung, die für die Entwicklung der Monarchien möglich und auch erstrebenswert war. Die Vorstellungen vom gemeindeutschen Ursprung der englischen Konstitution und der deutschen Ständeversammlungen sowie die Art von Burke, die britische Freiheit als "geerbte Freiheiten" darzustellen, d.h. als Ständeprivilegien, die teilweise schon zu allgemeinen Bürgerfreiheiten geworden waren, berechtigten nach Meinung der Hannoveraner zu einem Denken, nach dem es möglich war, die Ständeversammlung Hannovers und diejenigen des restlichen Deutschland in die Richtung des englischen Vorbildes zu entwickeln, ohne die deutsche Tradition zu verletzen.⁶¹ Beiden war es jedoch klar, daß die Zeit der konstitutionellen Königtümer nach britischem Muster für Deutschland weit in der Zukunft lag. Die sozio-ökonomische Struktur Deutschlands, besonders die Unentwickeltheit der Mittelklasse, war für beide der Faktor, der in Deutschland die Hoffnungen auf eine rasche Veränderung des politischen Systems zunichte machte. "So wie der dritte Stand in den deutschen Fürstenthümern bis itzt constituirt ist, dürfen wir an nichts, was dem Britischen Unterhause ähnlich seyn könnte, denken", sagte Brandes 1792.⁶² Nach Rehberg erforderte die Reifung des Mittelstandes zur politischen Macht einen langwierigen Entwicklungsprozeß, "einen Zusammenfluß von günstigen Umständen" und "allmählich entstandenen Einrichtungen und Gewohnheiten".⁶³

Die bei Brandes schon Mitte der achtziger Jahre akzentuierte Auffassung vom englischen politischen System als fortschrittliche Modifikation der Ständegewalt bekam in der hannoverschen Atmosphäre nach

dem Ausbruch der Französischen Revolution neue Tragweite und neue polemische Bedeutungen. Unter Berufung auf die Verhältnisse in England wurden sowohl die Errungenschaften als auch die Methoden der Revolution angegriffen, aber durch die Idealisierung der politisch-gesellschaftlichen Situation des Inselreichs wollte man auch den Nachweis für die historisch-empirische Legitimität und die Entwicklungsfähigkeit der deutschen Ständegesellschaft und der politischen Macht der Landstände erbringen. Die Gedanken der Konservativen von Hannover erregten auch außerhalb der Territorialgrenzen Aufmerksamkeit. Die Bewunderer der Revolution sahen in ihnen Hofschriftsteller, aber auch von den Antirevolutionären wurden ihre Gedanken nicht immer bedingungslos akzeptiert, denn die aktive Verteidigung der Landständegewalt war in der deutschen Diskussion deutlich schon eine vorübergehende Phase.⁶⁴ Die Vorstellung der Konservativen von Hannover, daß man einer Revolution in Deutschland am klügsten durch Korrekturen der schlimmsten Mißstände von oben entgegenwirke, wird den Machthabern kaum gefallen haben.⁶⁵ Die verschärfte Zensur in Hannover, die u.a. Schlözer zur Aufgabe der *Statsanzeigen* zwang sowie die Angst vor einer Revolution, ja sogar einer Besetzung, nachdem die französischen Truppen in Holland in die Nähe der hannoverschen Grenze vorgedrungen waren⁶⁶, dürften ihrerseits einen Einfluß darauf gehabt haben, daß Rehberg und Brandes die politische Schriftstellerei in den Anfangsjahren des Revolutionskrieges aufgaben. Mit ihrem Schweigen verschwanden aus der deutschen Öffentlichkeit diejenigen reformkonservativen Stimmen fast völlig, deren Anglophilie und Hoffnung auf eine schrittweise Entwicklung der politischen Verhältnisse in Deutschland in die Richtung der englischen Konstitution ihre Berechtigung im germanischen Hintergrund der britischen Freiheit suchten. Obwohl die Erwartung von politischen Reformen in dieser Beziehung abnahm, brachten viele Hannoveraner wohl neutralere anglophile Schriften in die deutsche öffentliche Diskussion der Jahrhundertwende, und ebenso fanden die Thesen von der britischen "wirklichen" Freiheit in Hannover weiterhin rege Verwendung als Angriffsmittel gegen die Französische Revolution. Zur Gegenparole der französischen "liberté et égalité" erhoben, kondensierte sich der Begriff "britische Freiheit" in der konservativen Propaganda zu den Schlagworten "Freiheit und Eigentum" und "segensvolle Ungleichheit".⁶⁷ Im in Göttingen erscheinenden *Revolutionsalmanach* vom Gothaer Bibliothekar

H.A.O.Reichard attackierte der hannoversche Lehrer Heinrich Ludwig Fischer 1795 in diesem Sinne und mit beißender Ironie die deutsche Revolutionsbewunderung:

"Edle Britten! wackere Schweizer! unter denen es dem biederen, freyen Mann so wohl ist, ihr seydt nicht frey - denn eure Freyheit und eure Verfassungen zählen schon Jahrhunderte, nicht Tage und Wochen! euer Handel existiert und euer Wohlstand florirt sichtlich, ohne daß man eure Scheuern und Schatullen kraft eines Decrets leert! ohne daß ihr ein Maximum kennt! ohne daß eure Erndten und Heerden in Requisition gesetzt sind! und man euch den Kopf abschlägt, sobald ihr scheel dazu seht! Ihr kennet Freyheit, Gleichheit, Menschenrecht in der Ausübung und nicht in schönen Phrasen! ... Ihr seydt Sklaven, denn selig sind nur die Völker, welche ihre Knie beugen vor der Neuerung des Sansculotismus."⁶⁸

3. Friedrich Gentz

3.1. Gentz als Interpret von Burkes Englandbild

Im Dezember 1792 wurde die *Reflections*-Übersetzung des Berliner Beamten Friedrich Gentz fertig. Noch im Erscheinungsjahr 1790 des Burkeschen Pamphlets hatte der junge Gentz - Schüler Kants, Bewunderer Rousseaus und Adam Smiths - die Französische Revolution als den "ersten praktischen Triumph der Philosophie, das erste Beispiel einer Regierungsform, die auf ein zusammenhängendes, konsequentes System gegründet wird" beschrieben.⁶⁹ In seiner Burke-Edition gab er, wie Burke und Rehberg es getan hatten, der Philosophie seiner Zeit die Verantwortung für den Ausbruch der Französischen Revolution und für die Ausbreitung einer Neuerungswut in ganz Europa, die die Revolutionsgefahr vergrößert habe.⁷⁰

Die "Bekehrung" von Gentz war natürlich die Folge der Radikalisierung der Französischen Revolution. Auf seine theoretischen Ansichten hatten vor Burke die Kontakte zu Wilhelm von Humboldt einen tiefgehenden Einfluß gehabt.⁷¹ Humboldt war schon 1791 davon überzeugt, daß Frankreichs neuer, völlig auf den Prinzipien der reinen Vernunft basierender Staatsaufbau in der politischen Wirklichkeit zugrunde gehen

würde, denn das menschliche Handeln - bei Völkern ebenso wie bei Individuen - wurde nicht nur von der Vernunft, sondern auch von individuellen, d.h. zufälligen Kräften determiniert. Um zu gelingen, mußte eine Veränderung des politischen und sozialen Systems nach ihm immer den inneren Bedingungen der Gegenwart gehorchen; bei einer Erneuerung konnte es sich nie um etwas anderes handeln als die Modifizierung der jeweils zum Ausdruck kommenden Kraft in der gewünschten Weise.⁷² Der Einfluß von Burke auf Gentz war in der 1793 erschienenen Übersetzung beträchtlich, aber er zeigt Burke gegenüber auch recht große Eigenständigkeit, größere als z.B. Rehberg. Das Werk *Betrachtungen über die Französische Revolution* war weitgehend Gentz' eigene Schöpfung, denn in seinen zahlreichen Fußnoten kritisiert er zum Teil Burke, z.T. berichtet er dessen Thesen seinem eigenen Weltbild gemäß. An den Schluß des Werkes fügte er noch eigene ausgedehnte Artikel über die politische Theorie, in denen er u.a. die Argumente von Mackintosh, einem Gegner Burkes, gegen die englische Konstitution kritisiert. Mit seiner Burke-Edition bekannte sich Gentz zu den anti-revolutionär-konservativen Anglophilien und blieb dieser Linie bis zum Anfang des 19. Jh.s weitgehend treu. Außer den Werken Burkes übersetzte er später auch Schriften einiger bekannter antirevolutionärer Anglophilien, wie Mallet du Pan und d'Ivernois. Die englische Verfassung verteidigte Gentz auch in seinen beiden politischen Zeitschriften *Neue Deutsche Monatsschrift* (1795) und *Historisches Journal* (1799-1800)⁷³.

Von den Konservativen von Hannover wich Gentz außer durch seinen brillanteren Schreibstil auch dadurch ab, daß sein Blickwinkel kosmopolitisch, die europäische Intelligenz ansprechend war und nicht partikularistisch oder an die Interessen der Ständegewalt gebunden. Gentz war als Antirevolutionär in der gleichen Hinsicht ein "Empirist" wie Rehberg, d.h. er war gegen abstrakte Prinzipien, forderte den Nachweis ihrer Richtigkeit in der Praxis und stellte die britische Regierungsform gerade unter Berufung auf die Erfahrung über die Verfassungen Frankreichs. In ihren Auffassungen bestand jedoch in der Hinsicht ein wichtiger Unterschied, daß Rehberg bereit war, in einem Konflikt zwischen Theorie und Praxis die Theorie beiseitezustellen, während nach Gentz die Praxis immer auf der Theorie gründen mußte. Deswegen attackierte Gentz die Revolution auch mit ihren eigenen Mitteln, d.h. er versuchte den Beweis zu erbringen, daß die in den Errungenschaften der Revolu-

tion enthaltenen Prinzipien unlogisch und rechtswidrig waren.⁷⁴ Der theoretische Aspekt hatte auch in seinem Verständnis der englischen Konstitution ein großes Gewicht. "Alles Raisonement über praktische Gegenstände aber ist nichts als Anwendung der Grundsätze", behauptete er in seiner Burke-Edition.⁷⁵

Um die in der englischen Verfassung implizit enthaltenen Prinzipien als gerecht zu beweisen, mußte Gentz - genauso wie Rehberg - den Gedanken von der "volonté général", der von dem von ihm bewunderten Rousseau stammte, aus dem Weg räumen, da es sonst mühsam gewesen wäre, das britische Zweikammersystem und das beschränkte Wahlrecht gegen die Argumentation der Revolutionsfreunde zu verteidigen. Rousseau selbst nachahmend begrenzte er die Möglichkeiten der "volonté général" auf kleine, unmittelbare Demokratien. Den Bedürfnissen eines großen Staates entspreche ein repräsentatives System, eine Schöpfung, die er 1795 als größte Erfindung der Staatskunst in seiner Zeit charakterisierte und die für ihn sogar die Errungenschaften der Antike übertraf.⁷⁶ In diesem System konnte die "volonté général" auch nach Gentz nichts anderes sein als ein Kompromiß zwischen den verschie­dengerichteten Willensäußerungen der Volksvertreter. Da die "volonté général" also nicht unteilbar war, konnte er, anders als die Revolutionäre, darin nichts Widersprüchliches sehen, daß der "Volkswille" von zwei Kammern vertreten wurde. Dies galt auch für die Tatsache, daß die zwei Kammern untereinander in Streit geraten konnten. Die sich an die alte anglophobe Auffassung der Verteidiger des Einkammersystems anleh­nende Behauptung, daß die Kammern in England in einem andauernden Kampf miteinander lagen und so dem König Gelegenheit boten, mittels seiner Prärogative seinen eigenen Willen zu verwirklichen, wies Gentz unter Berufung auf die geschichtliche Erfahrung ab. Er verwies darauf, daß Ober- und Unterhaus trotz allem relativ selten in eine unversöhnliche Konfliktsituation geraten waren und daß die Herrscher ihr Vetorecht seit hundert Jahren nicht mehr gebraucht hatten.⁷⁷ Die Verteidigung der politischen Adelsmacht baute bei Gentz nicht so nachdrücklich auf die Berechtigung durch Tradition wie bei Burke und Rehberg. Gentz hielt den Adel eher für eine gegebene Realität, der als Inhaber von beachtlichen Erbvermögen - nicht quantitativ, aber qualitativ - wichtige, gesellschaftserhaltende Interessen vertrat und in einer Weise, die an die Gedankengänge Montesquieus erinnert, zeigte Gentz, daß die eigentliche

Berechtigung der politischen Adelsmacht in der Funktion des Adels im Regierungsapparat lag, in der Aufrechterhaltung des Gleichgewichts also.⁷⁸

Das zentrale Prinzip, das Gentz in der britischen Konstitution verteidigte, war die gesicherte gleichgewichtige Vertretung verschiedenartiger Interessen in der Gesetzgebung. Das allgemeine Wahlrecht und die Mehrheitsbeschlüsse zerstörten für ihn gerade die Harmonie der Interessen, denn aufgrund ihrer großen Zahl konnten die Besitzlosen immer die Wirkung der gesellschaftserhaltenden Interessen der Besitzenden ersticken. Gentz bestritt nicht, daß die Bindung der politischen Rechte an den Besitz, "das erste Princip der Festigkeit", in der französischen Verfassung von 1791 mit der Einteilung in Aktiv- und Passivbürger berücksichtigt worden war, aber nach ihm war der Fehler damit begangen worden, daß das Eigentum nicht besonders geschützt worden war, wie dies im britischen Zweikammernsystem der Fall war.⁷⁹ Daß im Wahlsystem des Unterhauses ein Mangel lag, gab Gentz ohne Umschweife zu und nahm an, daß in England mit der Zeit ein regional gleichmäßigeres System verwirklicht würde. Die Verschiebung der Parlamentsreform auf die Zukunft war seiner Meinung nach sowohl prinzipiell als auch praktisch zu verteidigen. Auf eine etwas an Burke und Rehberg erinnernde Art verurteilte Gentz alle auf dem Naturrecht fußenden Forderungen nach einem politischen Mitwirkungsrecht. Da im Naturzustand per Definition noch keine öffentliche Gewalt vorkommen könne, sondern diese erst gleichzeitig mit der bürgerlichen Gesellschaft entstanden sei, hätten die Probleme mit der Delegation der öffentlichen Gewalt erst eine Lösung finden können, als die verschiedenen Gemeinschaften inhaltlich variierende Gesellschaftsverträge schlossen. Rechtlich habe der Einzelne keine Basis, eine Teilnahme an der Gesetzgebung zu fordern, wenn der gemeinschaftliche Wille ihm diese nicht zugestehen wollte. Die "Universalmedizin" der Anhänger der Parlamentsreform war nach Gentz als Neuerung prinzipiell noch nicht einmal besonders bedeutend, denn da die Reformierer nicht auf imperative Mandate zielten, würde das alte Prinzip, daß die Unterhausmitglieder das ganze Volk und nicht nur ihre Wähler vertraten, auch noch nach der Reform in Kraft bleiben.⁸⁰

Eine praktische Sache, auf die Gentz hinwies, nämlich die, daß die unruhige Zeit für Reformen ungeeignet war, fand sich natürlich oft in

der Verteidigung des Status quo in den neunziger Jahren des 18. Jh.s. Sogar Premierminister Pitt, der selber in den achtziger Jahren noch versucht hatte, im Parlament eine Ausweitung des Wahlrechts durchzusetzen, mußte nach der Revolution zu dieser Begründung greifen, um eine Parlamentsreform zu verhindern.⁸¹ Gentz vermutete, daß das einzige Resultat der Parlamentsreform und der Abschaffung der Sonderstellung für die "rotten boroughs" eine Einschränkung der Wahlkorruption in der Zukunft wäre, aber auch hierin betonte er nur den relativen Nutzen, denn auch nach seiner Meinung war die "Bestechbarkeit der Volksrepräsentanten ... eins der unheilbaren Gebrechen aller vermischten Staatsverfassungen". Völlig würde die Bestechung aus England und allen gemischten Systemen erst mit der Konzentrierung der Macht auf einen Punkt verschwinden!⁸²

Diese Methode, die Unwesentlichkeit oder Irrelevanz der Kritik nachzuweisen, versuchte Gentz auch bei anderen als Mißstände des britischen politischen Systems charakterisierten Einzelheiten anzuwenden. So seien die Entscheide ohne Geschworene in Prozessen über Vergehen gegen die Akzisegesetze, auf die Machkintosh und in Deutschland Archenholtz hingewiesen hatten, sowie die gegen die revolutionäre Publizistik gerichtete Einschränkung der Pressefreiheit von der Zweckmäßigkeit diktiert und von so geringer Bedeutung, daß sie die Freiheit der Bürger nicht wesentlich beeinträchtigten.⁸³ Die Staatsverschuldung hielt er hingegen für ein ernstes Problem, bemerkte aber sachlich richtig, daß die Staatsschuld kein Argument gegen die Verfassung Englands war, da sie als Frage der politischen Praxis zum Tätigkeitsgebiet der Regierung gehört.⁸⁴ Schwierig war es zweifellos, der deutschen Leserschaft die Legitimation für die Test- und Korporationsakten zu beweisen. Die Anglophilen des Kontinents hielten diese Gesetze, welche die Bürgerrechte der Katholiken und der Dissenters verengten, gewohnheitsmäßig für ungerechte Relikte, wenn auch nicht für einen bedeutenden Mißstand, da man wußte, daß die religiöse Toleranz in England viel weiter fortgeschritten war als in den meisten Staaten. Für die deutschen Burke-Interpreten war die Testakte aus dem Grunde sichtlich peinlich, weil dieser verkündet hatte, die überkommene Kirchenordnung sei "first, and last, and midst in our minds" und er den Bund von Staat und Kirche zum Stützpfiler für die Erhaltung der Verfassung und der britischen Freiheit machte.⁸⁵ Das religiöse Pathos Burkes ließ sowohl

Rehberg als auch Gentz kalt. Noch weniger als Rehberg wollte Gentz den politischen Vorrechten der anglikanischen Kirche eine zentrale Stellung in der britischen Konstitution geben. Die Testakte war nach seinen Ansichten eine geringfügige Ungerechtigkeit, deren Abschaffung zwar die Bürgerrechte der Andersgläubigen erweitert, aber keine bedeutenden Veränderungen im politischen System verursacht hätte. Die Gedanken Burkes benutzte er eher zur Erklärung der Testakte als zu deren Verteidigung. Da die Akte in England als Teil der Verfassung verstanden wurde, war es seiner Meinung nach natürlich, daß die Regelung in England nicht ohne weiteres abgeschafft würde. Gentz sympathisierte auch mit der Behauptung der britischen Reaktionäre, daß die protestantischen Sektenmitglieder nicht nur religiöse, sondern auch radikale politische Reformen forderten.⁸⁶ Die Behauptung von der revolutionären Gesinnung der Dissenters hatte Burke schon im März 1790 propagiert, als der Antrag der Opposition auf Abschaffung der Testakte im Parlament vorlag, und in den *Reflections* war sie Burkes Hauptmotiv für die Verteidigung der herrschenden Zustände.⁸⁷ Die These von dieser Gesinnung, zu der außer Gentz auch viele deutsche Ultrakonservative zur Propagierung ihres Gedankens von der weltweiten Revolutionsgefahr griffen, findet darin eine Teilerklärung, daß die Dissenters in England tatsächlich zum Vortrupp der bürgerlichen, die Modernisierung der Gesellschaft fordernden Emanzipationsbewegung gehörten.⁸⁸

In seiner Einstellung zur Tradition unterschied sich Gentz deutlich sowohl von Burke als auch den Konservativen in Hannover. In der Behandlung der britischen Freiheit operierte er mit dem Begriff der Volksfreiheit.⁸⁹ In seinem Denken fanden die Ansichten, daß es sich bei der britischen Freiheit um überkommene Ständefreiheiten und ihre Erweiterungen handelte, keine Betonung. Burkes Bewunderung für die Ritterzeit als Ausgangspunkt für die Freiheit des Volkes schwächte sich bei ihm dazu ab, daß man die Erfahrungen der Vergangenheit nicht verachten solle.⁹⁰ Den Wert der von den Anglophilen gepriesenen Magna Charta sah er ganz neutral darin, daß sie in einer Zeit entstanden war, die noch keine entsprechenden aufgeklärten Richtlinien kannte, und daß sie in England zu allen Zeiten respektiert worden war.⁹¹ Für Gentz war die Tradition nicht an und für sich heilig, sondern er schätzte die in ihr enthaltene empirische Vernünftigkeit. Er versuchte nicht, die Mißstände im Namen der Tradition zu verteidigen, wie es. z.B. Rehberg bei der

Suche nach einer Legitimität für das eingeschränkte Wahlrecht der Briten getan hatte.

Der grundlegende Ausgangspunkt von Gentz in Bezug auf Vergehen gegen das bestehende Rechtssystem war die Überzeugung, daß die allen Staaten zugrundeliegenden Gesellschaftsverträge respektiert werden müßten und es nicht gestattet sei, sie nach Belieben zu ändern, aber trotzdem verurteilte er die Revolutionen nicht völlig. Für ihn war das entscheidende Kriterium der Grad, in dem die Tradition verletzt wurde. Einen Unterschied machte er zwischen Total- und Teilrevolutionen. Zu den ersteren, den gefährlichen Revolutionen, zählte er die Revolutionen Frankreichs und der Vereinigten Staaten. Die Totalrevolution hielt Gentz, wenn sie auf die französische Weise verwirklicht wurde, so daß die bürgerliche Gesellschaft völlig vernichtet und an ihrer Stelle eine total neue Gesellschaft geschaffen wurde, für ein "Ur-Verbrechen".⁹² Die Revolution der Vereinigten Staaten, die er in seiner Jugend stark bewundert hatte und mit der er Zeit seines Lebens immer irgendwie sympathisierte, ließ sich für ihn auf zwei Arten verteidigen. Erstens hatte nach seiner Überzeugung die Mehrheit der Bevölkerung die Loslösung von Großbritannien unterstützt, und außerdem bedeutete diese Revolution keinen großen Sprung aus einem gesellschaftlichen Zustand in einen anderen. Anders als die meisten Zeitgenossen in Deutschland sah Gentz, daß die Revolution in den Vereinigten Staaten keine soziale Gleichheit schuf, sondern einer schon vorhandenen Gleichheit entsprang.⁹³ Die Glorious Revolution in England zählte Gentz zu den viel ungefährlicheren Teilrevolutionen, weil die Briten 1689 nicht die "Natur des Gehorsams" selbst in Frage gestellt hatten, sondern nur die Instanz, der es zu gehorchen galt.⁹⁴ Die scharf kritisierten Äußerungen Burkes darüber, daß die Briten 1689 bei der Festlegung der Freiheitsprinzipien der Nation und der Konstitution auch Beschlüsse gefaßt hatten, die kommende Generationen banden, verstand Gentz zweifellos richtig als er betonte, daß Burke nur gemeint hatte, daß das Widerstandsrecht, das Wahlkönigtum und die Volkssouveränität ohne Revolution nicht in das britische Rechtssystem hätten eingebracht werden können.⁹⁵

Seine Burkeübersetzung begründete Gentz der deutschen Leserschaft damit, daß er die Deutschen vor den Versprechungen der Neuerer über das eventuelle zukünftige Wohl warnen und die Zufriedenheit der Bürger mit den bestehenden Verhältnissen mehren wollte.⁹⁶ Burkes heftig anti-

revolutionäre Haltung und auch Gentz' eigene Bemühungen, die Verkündung der Menschenrechte und die übrige revolutionäre Ideologie als logisch und praktisch unhaltbar zu beweisen, dienten zweifellos diesem erklärten Ziel von Gentz, aber wie alle anderen anglophilen Konservativen auch, mußte er sich mit dem Problem auseinandersetzen, wie die Verteidigung des heimischen Status quo mit der Bewunderung einer fremden Verfassung zu vereinbaren war. Die Probleme von Gentz waren in dieser Beziehung eigentlich viel größer als die Rehbergs. Dieser hatte viel stärker als Gentz den historischen Gesichtspunkt, das Recht, die bestehenden Verhältnisse nur unter enger Berührung zur Tradition fortzuentwickeln, betont, und er war als Untertan eines Ständestaates in der Lage, seine Anglophilie mit der gemeindeutschen Tradition zu begründen und im englischen politischen System eine mögliche Richtung für die Zukunft Hannovers zu sehen. Die Hannoveraner konnten im Prinzip auch schlechter als Gentz beschuldigt werden, daß sie für die deutschen Staaten verdeckt Verfassungsreformen nach britischem Muster verlangt hätten, da sie die unbedingte Abhängigkeit des Funktionierens von britischer Regierungsform und Freiheit von der öffentlichen Meinung, der politischen Aufgeklärtheit des Volkes und der sonstigen geistigen und physischen Umgebung betonten, m.a.W. von Dingen, die in einem anderen Staat mit Hilfe der Gesetzgebung entweder überhaupt nicht oder auf jeden Fall nicht kurzfristig verwirklicht werden konnten.

Anders als die Hannoveraner war Gentz Beamter einer absolutistischen Monarchie und er betrachtete das politische System Englands vor allem als Konstitution. An die konservativen deutschen Varianten der Montesquieurezeption erinnernd stellte er zwar fest, daß die Verfassungsreformer in allen Staaten genau "den Charakter, die Sitten, die Leidenschaften, den Grad der Cultur, die äußeren Umstände, die Bedürfnisse, die bisherigen Schicksale des Volkes"⁹⁷ berücksichtigen müßten, aber gerade in seiner eigenen Art, das Wesen des britischen politischen Systems zu charakterisieren, blieben die Überlegungen zum Verhältnis von Verfassung und "Volksgeist" oder anderen gesetzgebungsexternen Faktoren völlig im Hintergrund. Der Grund hierfür lag einerseits in der von Gentz gewählten Methode, mit den Prinzipien der britischen Verfassung und Beweisen für ihre praktische Gültigkeit gegen die Prinzipien der Revolution zu kämpfen, aber andererseits waren ihm Gedanken vom allgemeinen Vorbildwert der britischen Konstitution kei-

neswegs fremd. Besonders überzeugend waren die Argumente nämlich nicht, mit denen er - offensichtlich um der Kritik vorzubeugen - versuchte, den Wert der englischen Verfassung zu relativieren und die Möglichkeiten für ihre Nachahmung in anderen Staaten in Frage zu stellen. Nach Gentz war die politische Freiheit kein absoluter Begriff, sondern von Verfassung zu Verfassung verschieden. Keine einzige Regierungsform könne - nicht einmal die britische - völlig frei sein, da die Bürger das Gesetz zu befolgen hätten. Er war der Ansicht, daß er auf dieser Grundlage scharfe Kritik an denjenigen Bewunderern der englischen Verfassung üben könne, die Großbritannien ein "freyes Land" nannten und an diese Benennung die Überzeugung knüpften, daß England eine völlige Ausnahme zu anderen Staaten bilde.⁹⁸ Diese Gentzschen Gedanken zielten natürlich indirekt auf die Verteidigung der deutschen Verhältnisse und die Verbreitung des Gedankens ab, daß es auch in absolutistischen Staaten politische Freiheit gab. Seine Bemerkungen über die Verfassung Englands waren insofern unwesentlich, als wohl kaum einer seiner deutschen Leser sich eingebilddet hatte, die Briten genössen völlige Freiheit, geschweige denn geglaubt hatte, daß diese in einer geordneten Gesellschaft möglich wäre. Mit ihnen wollte Gentz in erster Linie aber auch nur seine Behauptung bekräftigen, daß die Unterschiede zwischen den Verfassungen gradueller und nicht qualitativer Art seien. Trotz der Wertrelativierung der Verfassungen war er gerne bereit zuzugeben, daß die Freiheit und der Wohlstand der Bürger in verschiedenen politischen Systemen sehr verschieden sein konnten.⁹⁹ Etwas unausgereift blieb seine Verteidigung des Status quo auch dort, wo er seine Meinung über die englische Verfassung als Modell für andere Völker zum Ausdruck brachte:

"Das Problem, politische Freyheit zweckmäßig zu begränzen, mag in England b e s s e r aufgelöset seyn, als in irgend einem andern europäischen Staat. Deshalb ist Englands Staatsverfassung der Gegenstand einer gerechten Bewunderung, und eines heilsamen Studiums für alle, die mit großen Regierungsplänen beschäftigt sind, nie aber ein Muster einer unbedingten Nachahmung. Wer eine brittische Constitution in seinem Vaterlande wünscht, der muß erst strenge geprüft haben, ob sein Vaterland zu einer brittischen Constitution reif ist, und ob es Menschen genug in sich faßt, die der Führung einer solchen Constitution gewachsen sind."¹⁰⁰

Indem Gentz die Bewunderung der englischen Regierungsform als begründet nachwies und einen Unterschied zwischen genauem Kopieren und dem Lernen an einer Sache machte, stellte er sich zumindest im Prinzip auf den Standpunkt, daß es auch in Deutschland berechtigt wäre, von den Erfahrungen der Briten zu lernen und die Anwendung der Vorbilder aus der britischen Konstitution ohne die vollständige Vernichtung der bestehenden Gesellschaftssysteme zu versuchen. Die Ansicht, daß die politische Freiheit eine beträchtliche Aufgeklärtheit des Volkes voraussetze, wurde in den neunziger Jahren des 18. Jh.s aus dem Munde von vielen in ihren Revolutionserwartungen enttäuschten Deutschen wiederholt.¹⁰¹ Für die Konservativen und die Reaktionäre war es leicht, allen bedeutenden politischen und gesellschaftlichen Reformen unter Berufung auf die Unreife des Volkes entgegenzutreten. Es ist jedoch bemerkenswert, daß Gentz 1794 seine Auffassung darüber, ob er die Deutschen als reif für eine Konstitution nach britischem Muster erachtete, nicht äußerte. Diese Enthaltensamkeit konnte kaum etwas anderes bedeuten, als daß es nach der Meinung von Gentz zumindest in den fortschrittlichsten deutschen Ländern schon Voraussetzungen für die Entwicklung der Verfassungen in die Richtung der britischen Vorbilder gegeben habe. Für ihn war es klar, daß es sinnlos gewesen wäre, die englische Regierungsform den Türken anzubieten, aber die Franzosen, die er kaum für wesentlich aufgeklärter als die Deutschen halten konnte, betrachtete er schon als reif für die Nachahmung der Briten, denn eine "sanfte" Revolution hätte nach seiner Überzeugung in Frankreich gelingen können, wenn sich dort die Konstitutionspläne verwirklicht hätten, die die englischen Vorbilder nachzuahmen suchten.¹⁰²

3.2. Der spätere Beitrag von Gentz zur Diskussion um die englische Verfassung

In den Schriften über die englische Verfassung, die auf die Burke-Edition folgten, hatten bei Gentz die Untersuchungen zur britischen Gewaltenteilung eine zentrale Stellung. 1795, als er in Berlin die historisch-politische Zeitschrift *Neue Deutsche Monatsschrift* herausgab, hatte sich die Diskussion um die britische Verfassung teils wegen der französischen, teils wegen der englischen Entwicklung aktualisiert. Nach der Niederlage von Robespierre wurde in Frankreich unter der Führung von

Boissy d'Anglas eine neue Verfassung ausgearbeitet. In der Öffentlichkeit versuchten die Royalisten und teils auch die Gemäßigten die Thermidorianer zur Nachahmung der englischen Verfassung zu drängen. Als namhaftester Vertreter der Gegenseite kritisierte der Abt Sieyes wieder entschieden die britischen Vorbilder wie auch die Gewaltenteilungs- und Gleichgewichtsprinzipien Montesquieus. Der eigene Verfassungsentwurf von Sieyes, den er 1795 dem Konvent vorlegte, enthielt als Kerngedanken eine straffe Zentralisierung der Macht. Andererseits entzündeten die 1795 in Großbritannien erlassenen, die staatsbürgerlichen Freiheiten einschränkenden Gesetze eine stürmische Diskussion über den Zustand des britischen politischen Systems, denn die bürgerlichen Freiheiten wurden normalerweise als ein untrennbarer Teil des "Geistes" der Konstitution verstanden. So hatten die Opponenten der reaktionären Politik von Pitt Grund zur Behauptung, daß die britische Regierungsform in Zusammenbruch begriffen war.¹⁰³

Gentz beteiligte sich in seiner Zeitschrift an der in Europa entstandenen Diskussion, indem er u.a. Auszüge aus einem Pamphlet des aus der Schweiz nach London emigrierten d'Ivernois veröffentlichte¹⁰⁴, in dem der Verfasser den französischen Gesetzgebern gegenüber die Vorteile des englischen Systems betonte. Auch schrieb er einen eigenen Artikel "Darstellung und Vergleichung einiger politischen Constitutions-Systeme, die vom Grundsatz der Theilung der Macht ausgehen". Noch deutlicher als in der Burkeübersetzung konzentrierte sich Gentz hier darauf, die englische Konstitution in einer Weise zu betrachten, die die Bedeutung der Parteien, des Kabinetts und des über die Prärogative hinausgehenden Einflusses der Krone für den Regierungsmechanismus völlig außer Acht ließ. Diese Eingrenzung entsprach zwar der Tradition der anglophilen Staatslehre und erleichterte zweifellos das Vergleichen der englischen Konstitution mit den neuen Verfassungsplänen in Frankreich, aber gerade 1795 hatte sie auch einen polemischen zeitbezogenen Zweck. Gentz kritisierte auf beißende Weise die englandfeindlichen und die britische Verfassung herabsetzenden Stimmungen in der deutschen Öffentlichkeit. Nach seiner Ansicht hatten die deutschen Schriftsteller und Journalisten in Nachahmung der Franzosen um den Nachweis zu wetteifern begonnen, daß die englische Regierungsform eine Maske für den Despotismus und unfähig zum Schutze der Rechte der Bürger war. Diese neue "Mode", die nach Gentz genauso intensiv und verachtenswert

wie die Anbetung der britischen Verfassung vor der Revolution war, interpretierte er nicht als ein Zeichen für eine vertiefte Revolutions-sympathie in Deutschland, sondern einfach und offensichtlich zutreffend als eine Folge davon, daß die Verärgerung über die britische Kriegspolitik und die reaktionäre Innenpolitik in England auch in Thesen über die prinzipielle Schwäche des politischen System der Briten mündete.¹⁰⁵

Gentz, der 1795 selber noch nicht zu den bedingungslosen Anhängern der britischen Kriegspolitik zählte und die Einschränkung der staatsbürgerlichen Freiheiten in England für deutlich übertrieben hielt, forderte eine klare Trennung zwischen der Bewertung der praktischen Politik und der Einschätzung der Verfassung.¹⁰⁶ Diese Bedingung, die im Widerspruch zu seiner allgemeinen Forderung nach "Empirie" zu stehen scheint, brachte für ihn keine prinzipiellen Probleme, weil nach ihm alle Verfassungen der Exekutive eine gewisse Bewegungsfreiheit überließen, auf die sich die Kontrolle der gesetzgebenden Gewalt nicht erstreckte. Auch wenn die Verfassungen in England und anderswo noch so sehr reformiert würden, bliebe aus diesem Grunde immer noch die Möglichkeit der schlechten Regierungspolitik und der unmoralischen politischen Vorgehensweisen wie der Intrige und Bestechung. Der Wert und die Legitimität der Verfassung ließen sich nach seinem Verständnis auch nicht danach entscheiden, ob das politische System alle Mißbräuche der Macht und eine schlechte Politik zu eliminieren vermochte, sondern die Fragestellung mußte sich darauf richten, ob eine Verfassung in der Lage war, ihren Bürgern erheblich mehr Schutz zu bieten als andere bekannte Verfassungen. Deswegen müßten die prinzipielle Organisation der Verfassung und das, was die geschichtliche Erfahrung über die Existenzmöglichkeit der Verfassung aussagte, zum Untersuchungsgegenstand werden.¹⁰⁷ Von diesen Aspekten aus führt die Konstitutionsanalyse von Gentz 1795 zur Auffassung, daß die britische Verfassung eine gute, ja sogar die beste bekannte Verfassung sei.

Wie Rehberg oder De Lolme sieht auch Gentz nicht in der Gewaltenteilung den Grund für die Überlegenheit der Organisation der englischen Verfassung, sondern im Kontrollsystem der Gewaltenteilung, in der "Wechselwirkung", die die Teile der gesetzgebenden Gewalt untereinander und mit der gegenseitigen Kontrolle der Machtausübung verband. Sieyes hatte inhaltlich auf fast dieselbe Weise wie Machkintosh, wenn auch mit schärferen Formulierungen, die englische Konstitution wegen der Ver-

nachlässigung des Volkswillens und wegen der Tatsache kritisiert, daß eine und dieselbe Aufgabe, die Gesetzgebung, auf drei Organe aufgeteilt war und daß diese Organe noch mit Machtbefugnissen ausgestattet waren, mit denen sie gegenseitig ihre Arbeit zu verhindern vermochten. Die Konstitution ließ sich nach ihm mit einem Zweigespann vergleichen, dessen Pferde so eingespannt waren, daß sie in verschiedene Richtungen zogen; in Bewegung konnte sich das Gespann erst dann setzen, wenn der "königliche Kutscher" die Pferde mit seiner Peitsche zwang, in die gleiche Richtung zu laufen.¹⁰⁸ Gentz stempelte den von physischen Analogien inspirierten Vergleich von Sieyes zu einer reinen Kinderei ab. Die Bewegung, die Arbeit des Regierungsapparates käme im System des Gleichgewichts und der Gewaltenteilung natürlich nicht zum Stillstand, denn in der Praxis setze die Gegenkraft des machthabenden Organs gegen den anderen Machtfaktor erst dann ein, wenn etwas begangen würde, was die verfassungsmäßigen Rechte dieses Organs verletze oder nicht seinen Vorstellungen vom Allgemeinwohl entspreche.¹⁰⁹

Gentz berief sich auch darauf, daß die Organisation der Gesetzgebung in England eine Arbeitsteilung in der Form einer Trennung von Gesetzesplanung und Sanktionierung bedeutete. Der Schwerpunkt der gesetzgeberischen Arbeit liege im Parlament, denn dem Parlament war das Initialrecht überlassen worden.¹¹⁰ Mit dieser Bemerkung, die freilich die praktische Bedeutung der Minister und der Regierungspartei in der Lenkung des Parlaments ignorierte, traf Gentz ein recht wesentliches Vorrecht des britischen Parlaments. Schon für De Lolme war es eine Garantie für die Freiheit der britischen Verfassung gewesen, daß die Volksvertretung in England, anders als in vielen Ständemonarchien oder Ständerepubliken jener Zeit, nicht als bloßes Scheinorgan benutzt werden konnte, das nur das Recht hatte, Gesetzesvorschläge abzulehnen oder zu akzeptieren. In England durften die Kammern ihre eigenen Gesetzesinitiativen machen und inhaltliche Änderungen in den Gesetzentwürfen der Regierung fordern.¹¹¹ Unter Berufung auf das Initialrecht führte Gentz indirekt Beweise für die Auffassung an, daß das englische Gesetzgebungssystem vorwiegend den vom Parlament, und nicht den von der Krone, vertretenen "Willen des Volkes" zum Ausdruck brachte. Die These von Sieyes über den übergroßen und den Volkswillen verwischenden Minderheitenschutz für die "theokratisch-königliche Adelskammer" konnte Gentz nur abwehren, indem er Sieyes einer falschen Frages-

tellung beschuldigte und auf die Notwendigkeit für eine unparteiische Vertretung verschiedenartiger Begabungen und Interessen im politischen System hinwies.¹¹²

Wenn Gentz von der Gewaltenteilung sprach, meinte er in erster Linie nur die Teilung der gesetzgebenden Gewalt. 1799 sagte er denn auch, daß alle anderen Trennungen (Exekutive, Judikative, Militärgewalt etc.) die Essenz der Gewaltenteilung nicht berühren.¹¹³ Diese Auffassung von Gentz, die den Wert des Gewaltenteilungdenkens von Montesquieu und John Locke relativierte, läßt sich schon insofern vernünftig begründen, als die gesetzgebende Gewalt natürlich auch letztlich den Wirkungsbereich der anderen "Gewalten" bestimmt, aber die Schroffheit von Gentz muß auch als Gegenreaktion auf die Französische Revolution gesehen werden. Sowohl 1791 als auch 1795 wurde in Frankreich eine strenge Trennung zwischen Legislativ- und Exekutivgewalt verwirklicht. Gentz war, wie die meisten konservativ orientierten Anglophilien der neunziger Jahre des 18. Jh.s, der Meinung, daß der gesellschaftserhaltende Teil der britischen Verfassung untrennbar damit verbunden sei, daß der König das Recht hatte, Einfluß auf die Gesetzgebung auszuüben, d.h. ein Teil der Legislativgewalt zu sein. Vor dem Hintergrund des Jakobinererrors gesehen ist es gut möglich, daß die Behauptung von Gentz, die bloße Gewaltenteilung ohne Wechselwirkung zwischen Legislative und Exekutive führe in repräsentativen Systemen zur Anarchie oder zum Absolutismus, beim Publikum auf Echo stieß. Die Kombination von Gewaltenteilung und Wechselwirkung bringe dagegen eine Regierungsform hervor, deren Überlegenheit Gentz in den zwei folgenden Thesen komprimierte:

"Es giebt keine Constitution, welche zugleich die Freyheit und die Rechte der Bürger in so hohem Grade sicherte als die Constitution der Wechselwirkung.

Es giebt keine Constitution, in welcher ein so hoher Grad von Beständigkeit mit einem höheren Grade von Verbesserungsfähigkeit verbunden wäre als die Constitution der Wechselwirkung."¹¹⁴

Großbritannien war nach Gentz der Staat, in dem die Prinzipien des Wechselwirkungssystems mit, wenn auch nicht vollkommen harmonischen, so doch guten Ergebnissen in der Praxis verwirklicht wurden. Gentz

erwähnte zwar, daß er statt Großbritannien auch die Vereinigten Staaten, deren Verfassung er für eine republikanische Kopie des britischen Systems hielt, als Beispiel hätte benutzen können, aber zweifellos war seine Wahl des Beispiels gut durchdacht. Die Verteidigung einer republikanischen Verfassung in einem absolutistischen Land wäre in der Situation der neunziger Jahre wohl noch nicht einmal in theoretischer Form vernünftig gewesen. Möglicherweise erregte auch die Betonung der Vorzüglichkeit einer beschränkten Monarchie Ärger in Preußen, aber in einem gewissen Maße dürfte die auf die langsame geschichtliche Entwicklung Wert legende Bemerkung von Gentz darüber, daß die englische Staatsform nicht in kurzer Zeit oder planmäßig entstanden war, sondern sich im Laufe der Jahrhunderte und unter der Einwirkung günstiger Umstände gebildet hatte, das ihrige zur Dämpfung möglicher negativer Reaktionen beigetragen haben.¹¹⁵

Durch die Französische Revolution wurden auch fortwährend die in der Problematik des Volkswillens und der Verfassung enthaltenen Fragen über die Beziehung der englischen Verfassung zur Volkssouveränität und zum Widerstandsrecht aktualisiert. Die französischen Revolutionäre und die deutschen Radikaldemokraten verstanden die Volkssouveränität in erster Linie so, daß die politische Macht in ihrer Ganzheit, nicht nur teilweise, dem Volke gehörte.¹¹⁶ Die französische Verfassung von 1793 erkannte den Bürgern das Recht und die Pflicht zum Widerstand gegen die Unterdrückung zu.¹¹⁷ Wirklich klar nahm Gentz zu diesen Fragen erst 1799 Stellung, als er einen Rechtsstreit kommentierte, der die Abhaltung einer Volksabstimmung in Irland über die Unionspläne von Großbritannien und Irland betraf. Gentz stellte sich auf die Seite der Theorie von der Souveränität des Parlaments, die die britischen Autoritäten, wie z.B. Blackstone, in der Zeit von der amerikanischen Revolution entwickelt hatten und die zumindest an der Oberfläche in krassem Widerspruch zu John Lockes Lehre von der Volkssouveränität stand.¹¹⁸ Das Parlament, nicht das Volk, war auch nach Gentz in England "allmächtig". Als Verteidiger einer starken Herrschergewalt betonte er allerdings auch den Anteil des Monarchen am Beschlußrecht des Parlaments:

"Denn es liegt unstreitig im Begriff der souveränen Macht (die im vorliegenden Falle das Parlament nur unter der Mitwirkung des Monarchen ausüben kann), daß a l l e s , war sie beschließt, selbst das Böse,

selbst das Widerrechtliche, R e c h t (nicht j u s t u m aber j u s) d.h. rechtlich bindendes Gesetz sein muß. Entfernt man sich von diesem Grundsatz, so verfällt man gleich in die verderbliche Theorie, nach welcher ausser der w i r k - l i c h e n . Souveränität, noch eine sogenannte s c h l a f e n d e (a sovereignty in abeyance), nemlich die eingebildete Souveränität des Volkes, von der jene in kritischen Augenblicken Verhaltungs-Befehle einholen müßte, existiren soll, eine Theorie, die obgleich eine Lieblings-Lehre unserer Tage, gewiß unter die größten Verwirrungen des menschlichen Geistes gehört, ..."¹¹⁹

Es gilt jedoch zu beachten, daß sich die englische Verfassung für Gentz nicht auf die Volkssouveränität in der m o d e r n e n , von den Revolutionären gemeinten Bedeutung begründete. Er war der Auffassung, daß das Parlament und der Herrscher in England die Macht im Namen des Volkes ausübten; m.a.W.: er gab immerhin zu, daß die Legitimation zur Machtausübung ursprünglich beim Volk geholt worden war.¹²⁰

Die Einstellung von Gentz zum Widerstandsrecht war auch in diesem Zusammenhang ambivalent. Wie Burke vor ihm hatte er sich schon 1793 entschieden der Forderung entgegengestellt, daß das Widerstandsrecht in der Verfassung legalisiert werden sollte, weil positive Bestimmungen über Situationen, in denen die Ergreifung des Widerstandes legal wäre, nach seiner Meinung überhaupt nicht allgemeingültig definiert werden konnten und solche Bestimmungen leicht zu fortwährendem Rebellieren führen könnten.¹²¹ Trotzdem hatte er, wie Rehberg, 1793 eine vorsichtig kritische Haltung zu der von Kant vorgeschlagenen Verneinung des Widerstandsrecht eingenommen. Beide akzeptierten den Widerstand faktisch als eine Art von den Verhältnissen diktierte Notwendigkeit.¹²² Dies ging bei Gentz u.a. 1799 aus der Antwort auf die Frage hervor, ob das englische Parlament aufgrund seiner Souveränität z.B. über den Anschluß Großbritanniens als Provinz an Frankreich entscheiden könne. Obwohl ein solcher Beschluß unbestreitbar legal gewesen wäre, hätte er die moralischen Gefühle der Menschen und die politischen Realitäten so kraß verletzt, daß die berechtigte Folge ein Aufleben des Widerstandes und die Aufhebung der Legislativgewalt gewesen wäre.¹²³ Eine gewisse Sympathiebekundung für das Widerstandsrecht von Seiten der Konservativen wie Gentz und Rehberg kann paradox wirken. VOGEL hat aber

zweifelloch recht, wenn sie deren Logik darin sieht, daß die Versuche, die Pflichten der Bürger dem Herrscher gegenüber zu betonen und eine vernünftige Freiheit zu befürworten, jegliche Tragweite verloren hätten, wenn als ihr Ausgangspunkt die Überzeugung von der Pflicht der Bürger, auch eine völlige Tyrannei unter allen Verhältnissen zu akzeptieren, gedient hätte.¹²⁴

Im Vergleich von England und Frankreich betonte Gentz unermüdlich die Überlegenheit des britischen Systems. Als die Hannoveraner schwiegen, war er der bedeutendste Verteidiger der englischen Verfassung in der deutschen Öffentlichkeit. Für ihn, wie für die Konservativen von Hannover, war Großbritannien teilweise nur ein Instrument im Kampf gegen die Ideen der Revolution, z.B. die politische und soziale Gleichheit und die revolutionäre Reformierung der Gesellschaft. Aus diesem Grunde blieb seine Beschreibung der englischen Regierungsform trotz ihrer vielen Verdienste unvollständig. Statt eine scharfe Analyse des britischen politischen Systems zu liefern, hatte sie eher die Tendenz, zu einer Darstellung des gemäßigten Konservatismus des Autors zu werden. Obwohl das Verhältnis von Absolutismus und beschränkter Monarchie bei Gentz im Vergleich der französischen und englischen Konstitution völlig außerhalb der Betrachtung blieb, fand die Berechtigung des Absolutismus auf jeden Fall keine Stütze in seinen 1795 vorbehaltlos vorgebrachten Thesen, daß die englische Regierungsform als bloßes System der Gewaltenteilung die Freiheiten der Bürger, das Bestehen des Gesellschaftssystem und die Möglichkeiten des friedvollen Fortschritts garantiere.

Gentz' Artikel "Über die Natur und den Werth der gemischten Staatsverfassungen" im *Historischen Journal* aus dem Jahre 1799 steht in völligem Widerspruch zu seinen früheren Meinungen über die Bedeutung der Gewaltenteilung. Seine Ausgangsposition wich vom Früheren ab, da der Artikel gemischte und absolutistische Systeme verglich und sein Zweck darin bestand, die Behauptungen, daß Preußen wegen der fehlenden Gewaltenteilung überhaupt keine Verfassung habe und die gemischten Konstitutionen perfekt seien, als unbegründet zu erweisen. Nach dem Gedankengang von Gentz waren schließlich die einzigen Dinge, die sich ein Mensch in einer bürgerlichen Gesellschaft erhoffen konnte, gerechte Gesetze und das Bewußtsein, daß man sich anderen Zwängen nicht zu unterwerfen brauche. Eine solche Sicherheit konnte nach seiner

Behauptung keine einzige staatliche Organisation garantieren. Die "volonté général", die viele mit Rousseau für eine Sicherung der Gerechtigkeit der Gesetze hielten, war nach Gentz überall eine offene Frage, denn man konnte sie nicht als Summe aller Bürgerwillen betrachten, auch nicht als Willen der Mehrheit. Diese Bemerkung über das revolutionäre "volonté-général"-Denken enthielt indirekt die Behauptung, daß im Prinzip der bloße Herrscherwille die "volonté général" vertreten konnte. Die Auffassung von der Überlegenheit der gemischten Systeme im Vergleich mit dem Absolutismus beruhte nach Gentz nur auf Wahrscheinlichkeit und diese Wahrscheinlichkeit werde auch keineswegs immer durch die geschichtliche Empirie bestätigt. Auch jetzt war Gentz noch der Meinung, daß die Legislativgewalt in Großbritannien und den Vereinigten Staaten auf die einzig harmonische und zum Wesen des gemischten Systems gehörende Weise geteilt war, aber neu kam hinzu, daß er schließlich zu einer relativierenden Auffassung von der Kraft kam, die in der Organisation dieser Verfassungen lag. Seine frühere Ansicht, daß der vollständige Schutz gegen mögliche Mißbräuche der Exekutivgewalt auf legislativem Wege an keine Verfassung geknüpft werden konnte, spitzte sich 1799 zur Interpretation zu, daß der Erhalt des Gleichgewichts in einem System britischen Typs überhaupt nicht durch den Aufbau der Konstitution gesichert, sondern an die Gerechtigkeit der Exekutivgewalt, d.h. des Herrschers und der Minister, gebunden war. Wenn der Herrscher von Großbritannien entgegen aller eingebürgerten Praxis ein halbes Jahr lang sein Vetorecht benutzen würde und sich weigerte, ein einziges vom Parlament erlassenes Gesetz zu bestätigen, und das Parlament wiederum keiner Vorlage der Regierung zustimmen würde, käme der Regierungsapparat im Lande völlig zum Erliegen. Die Möglichkeit einer solchen Entwicklung war für Gentz die grundlegende Ursache für die Kritik, die man auch in Deutschland gegen die englische Verfassung vorzubringen begonnen hatte. Die Schlußfolgerungen, zu denen Gentz seine Leser führen wollte, waren für das preußische Regierungssystem sehr schmeichelhaft: Die Kritik an der Konstitution der Briten sei umgekehrt ein Lob auf die einfache Monarchie! Die auf der Gewaltenteilung fußenden gemischten, an und für sich "künstlichen" Systeme waren also nach Gentz im Grunde gar nicht besser als die absolutistischen Monarchien.¹²⁵

Der Sachzusammenhang, der propagandistische Zweck also, scheint

demnach bei Bedarf Gentz' Einstellung zur britischen Verfassung bestimmt zu haben. In den Kontexten, in denen er gegen Frankreich opponierte und den Koalitionskrieg verteidigte, setzte er 1799-1800 das britische Regierungssystem immer noch für positive Werte der Achtung der Religion und des Besitzes sowie des gesellschaftlichen Friedens. Auch glaubte er, daß vom Erhalt dieses Systems der Handel und damit der ganze Wohlstand Europas abhängig sei.¹²⁶ Die strikte Lossagung von der Bewunderung derselben Konstitution beim Abwägen zwischen dem Wert des deutschen Absolutismus und dem fremder gemischter Systeme war zweifellos ein Ausdruck des tiefer werdenden Konservativismus von Gentz. Um die Jahrhundertwende bekannte sich Gentz deutlicher als früher zur historisch-organischen Auffassung von der Gesellschaft. Mit dieser verband sich immer eine mehr oder weniger negative Einstellung zur Möglichkeit des Imports fremder Vorbilder, und in der Ausbreitung dieser Auffassung in Deutschland hat FENSKE einen Grund für die Ausweitung der Kritik an der Gewaltenteilung in der deutschen Öffentlichkeit des ausgehenden 18. Jh.s gesehen.¹²⁷ Eine bedingungslose Verteidigung des Status quo dürfte vom konservativen Standpunkt aus im Jahr 1799 auch wegen der militärischen Bedrohung durch Frankreich sinnvoll gewesen sein, besonders da in der deutschen Öffentlichkeit Forderungen nach Reformen der Verfassungen erhoben worden waren. Zum Beispiel hatte Wieland 1798 einen viel beachteten Appell an die deutschen Fürsten gerichtet, in dem er als Abwehrmittel gegen die Revolutionsgefahr die Gründung konstitutioneller Monarchien empfahl.¹²⁸ Andererseits kann das Auftreten von Gentz für den preußischen Absolutismus auch teilweise Taktik gewesen sein, eine versöhnliche Geste an die Regierung Preußens, die sich in hohem Maße über seine journalistische Tätigkeit ärgerte. Schon sein öffentlicher Appell zu Teilreformen an Friedrich Wilhelm III. von 1797 war gewagt gewesen, aber vielfach gefährlicher war aus der Sicht der Regierung, die eine französischfreundliche Neutralitätspolitik betrieb, die Tatsache, daß Gentz im *Historischen Journal* den Koalitionskrieg und die Außenpolitik Großbritanniens entschieden verteidigte.¹²⁹ Aus diesem Grunde wurde die Zeitschrift auch nur zwei Jahre lang in Berlin geduldet, und der in Ungnade gefallene Gentz mußte Preußen 1801 wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten verlassen. Nach einem kurzen und erfolgreichen Englandbesuch trat Gentz endgültig in den österreichischen Dienst und entwickelte sich dort

später zum Hauptideologen der Reaktion Metternichs, zu einem scharfen Gegner von Gewaltenteilungssystemen und einem Förderer der Einheit der Regierungsformen.¹³⁰

VI. KONSERVATIVE GEGENREAKTIONEN AUF DIE IDEALISIERUNG DER BRITISCHEN KONSTITUTIONELLEN MONARCHIE

Die dynamischen Ideen der Französischen Revolution waren in den neunziger Jahren der 18. Jh.s die Hauptzielscheibe der deutschen Verteidiger des Status quo, aber ein Teil von ihnen sah keinen großen Unterschied darin, aus welchem Land die "freidenkerischen" Lehren kamen. Burkes Revolutionskritik erweckte bei den Konservativen zwar Sympathie, aber ihre Folgeerscheinung, die Theorien der anglophilen Konservativen über die Vorteile der englischen Verfassung, fand genauso wenig bei allen Gefallen wie die anderen Zeichen für die Renaissance der "Anglomanie", die besonders in der norddeutschen Literatur als Nebenprodukt der Revolutionsenttäuschung zu beobachten waren. Da gerade "die Deutschen den großen Fehler besitzen, ihren eigenen Werth allzusehr zu verkennen, und mehr als andere Völker von Europa geneigt sind nach fremden Mustern sich zu bilden", war für die eingeschwoenensten Vorkämpfer des Status quo in Deutschland nicht nur der Bedarf an Gegenpropaganda gegen das "Sanskülotisieren", sondern auch gegen den "Anglicismus" groß.¹ Der stärkste Widerstand gegen die Bewunderung der politischen Institutionen Großbritanniens kam von Verteidigern des Absolutismus.

Die Unterstützung des Absolutismus war im Deutschland des 18. Jh.s vielgestaltig. Das alte Gottesgnadentum und die althergebrachten patriarchalischen Motivierungen der Alleinherrschaft hatten - das gemeine Volk vielleicht ausgenommen - schon an Terrain verloren, und die Entstehung des Absolutismus wurde auf den Gesellschaftsvertrag zurückgeführt. Die Rückständigkeit des deutschen gesellschaftlichen und politischen Lebens im Vergleich mit den westlichen Ländern zeigte sich darin, daß die fortschrittlichen Ideenströmungen jener Zeit im deutschen Denken die Tendenz hatten, sich dahinzugehend zu entwickeln, daß sie die Alleinherrschaft stützten oder zumindest duldeten. So war der Aufbau der Legitimität für den Absolutismus eine politische Funktion des älteren naturrechtlichen Denkens. Ziemlich große Kompromißbereitschaft mit der Alleinherrschaft zeigten auch die Frühliberalen des ausgehenden Jahrhunderts, was durch die Revolutionsangst und die Reaktion natürlich noch gefördert wurde. Die aktive Verteidigung des Absolutismus nach

1789 stützte sich in Deutschland sowohl auf den Traditionalismus als auch den Rationalismus. Besonders die Anhängerschaft des "aufgeklärten Absolutismus", deren Kern in vielen absolutistischen Territorien aus dem Beamtentum bestand, berief sich auf vernunftrechtliche und utilitaristische Argumente. Übliche Begründungen für die Alleinherrschaft waren die Effektivität der Verwaltung, die Möglichkeit zu ausgedehnten Teilreformen von oben, sowie die Auffassung vom Monarchen als einem über den Interessenkonflikten stehenden Vertreter des Gemeinwohls, des staatlichen "Glücks". Der aufgeklärte Absolutismus hatte in der Praxis zweifellos eine große Bedeutung für die allmähliche Modernisierung der Staatswesen, aber als Ideologie war er trotz seiner Reformbereitschaft in der Situation der Jahrhundertwende konservativ und widersetzte sich der Emanzipation des Bürgertums. Da die Untertanen nichts anderes tun konnten, als dem Herrscher die Verpflichtung aufzuerlegen, daß er gerecht und gesetzesfürchtig zu regieren habe, blieben die Fragen der bürgerlichen Freiheiten und ihrer Sicherung im Absolutismus ohne befriedigende Lösung und das "Glück" des Staates abhängig von einem höchst unsicheren Faktor, der Person des Königs. "Ein schlechter EinHerrscher zerstört das Gute, was 3 gute EinHerrscher vor ihm gebaut hatten", bemerkte auch der angesehene Schlözer², aber verständlicherweise schwiegen die Verteidiger des Absolutismus lieber über dieses Problem. Die unerschütterlichsten Festungen des Absolutismus befanden sich in den zwei Großmächten des Reichs, in Österreich und in Preußen.³

Die Anhänger des Absolutismus hegten dem "Republikanismus" der englischen eingeschränkten Monarchie, d.h. der politischen Mitwirkung des Volkes, gegenüber ein traditionelles Mißtrauen, weil er für sie die Gefahr eines ständigen inneren Kampfes im Staate bedeutete. Nach der Entstehung der französischen Republik gaben die gemäßigten Verteidiger des Absolutismus manchmal zu, daß in Großbritannien gerade das Königtum der systemrettende und vor der Anarchie schützende Faktor war,⁴ aber die reaktionärsten unter ihnen wollten nicht einmal dieses Zugeständnis an eine "monarchische Republik" britischen Typs machen. Das österreichische *Magazin der Kunst und Litteratur* (1793-1797), eine mindestens seit dem Jahre 1794 vom Exjesuiten F.F. Hofstätter redigierte historisch-politische Zeitschrift, in der schon die deutschen Anhänger der monarchischen Verfassung von Frankreich (1791) als Geheimjakobiner

klassifiziert wurden⁵, opponierte heftig gegen die Bewunderung der britischen Freiheit und die deutschen Reformwünsche, die sich an Großbritannien orientierten. Allein das Erheben der britischen Redefreiheit zum Vorbild für Deutschland wurde in diesem ultrakonservativen Organ als Bestreben verurteilt, das politisch umstürzlerisch und die Stellung der katholischen Kirche gefährdend sei.⁶ Im Erscheinungsjahr der Burkeübersetzung und völlig unabhängig davon, daß sich England gerade an der Seite Österreichs mit den Feinden Frankreichs zusammengetan hatte, veröffentlichte die Zeitschrift den Artikel "Die bürgerliche Freyheit", in dem versucht wurde nachzuweisen, daß die alten Thesen über die anarchische Natur der Republiken und die Unzulänglichkeit der republikanischen Staatsform für große Staaten sowohl auf Frankreich wie Großbritannien zuträfen. Daß es in Großbritannien nicht zur selben Katastrophe wie in Frankreich gekommen war und das Land wohlhabend war, resultierte nach dem Artikel nicht aus der Kraft der Verfassung oder der vernünftigen Freiheit, sondern aus der außergewöhnlichen geographischen Lage. Nur die Insularität habe die wirtschaftliche Macht entstehen lassen, und nur sie beschütze England vor den unglücklichen Folgen eines Grundübels der Republiken, der schwachen militärischen Kraft. Aber "man setze es mitten ins feste Land, sogleich werden andere Verhältnisse eintreten; nicht lange, so wird es entweder einen Theil seiner Freyheit abgeben, oder ein Spiel seiner Nachbarn werden müssen". Das politische Leben in England zeige, daß die Beschuldigungen hinsichtlich der anarchistischen Gefahr immer noch begründet seien, denn das Land sei "eine Mutter ewiger Factionen, unaufhörlicher Zwiste, die mit einer plötzlichen Umwälzung immer zu drohen bereit stehn".⁷

Ein tiefes Mißtrauen gegen Parteien, die Opposition und eine solche Pressefreiheit, die die offene Kritik an Herrscher und Regierung duldete, war bei den Anhängern des Absolutismus in spürbarem Maße vorhanden, und es bildete den Ausgangspunkt für die Ansichten, daß das Verständnis der Briten und ihrer Lobredner von der Freiheit fehlerhaft und gefährlich war. Auch das von Montesquieu und anderen Anglophilen zum Eckstein der Freiheit der Briten erhobene Recht des Volkes, sich selbst seine Gesetze zu geben und alles zu tun, was die Gesetze nicht untersagten, wurde von den anglophoben Verteidigern des Status quo einem kritischen Augenschein unterworfen. Das letztere Kriterium der Freiheit wurde wohl gerne eingestanden - einen anderen Inhalt

hätten viele Verteidiger des alten Systems der Freiheit der Bürger gar nicht geben wollen -, aber man war der Ansicht, daß die Untertanen diese Freiheit auch in absolutistischen Staaten genossen, denn die Gesetze wurden auch in den einfachen Monarchien als eine Beschränkung der Herrschermacht verstanden. Als verlogen wurde dagegen die Auffassung vom englischen Volk als Gesetzgeber hingestellt. Da von einem Achtmillionenvolk nur fünfhundert bis sechshundert Personen die Legislativgewalt ausübten, war es nach dem *Magazin der Kunst und Litteratur* evident, daß es sich nicht lohnte, von der Verwirklichung des Volkswillens in der englischen Konstitution zu reden.⁸ Um ihre Leser von dem bloßen Schein der politischen Freiheit der Briten zu überzeugen, zögerte die ultrakonservative Zeitschrift *Eudämonia* (1795-1798), die die Unterstützung einiger mitteldeutscher Regierungen genoß und deren anonyme Verfasser meistens hohe Beamte aus verschiedenen Teilen Deutschlands waren,⁹ nicht, als ihr Argument die Behauptung des Idols der Revolutionäre, Rousseau, zu benutzen, nach der die Briten durch das Fehlen der imperativen Mandate faktisch nur einmal in sieben Jahren - bei den Wahlen - frei und die restliche Zeit Sklaven waren. Die *Eudämonia* sprach auch dem Petitionsrecht der Briten, das Schlözer und Archenholtz für eine Art Institution der direkten Demokratie gehalten hatten, seinen Wert ab, indem sie sich auf die Tatsache berief, daß die Regierung und das Parlament die Petitionen der Bürger nicht zu beachten brauchten.¹⁰

Das Zusammengehen mit der Kritik der Fortschrittlichen an den Mängeln des britischen Volksvertretungssystems bedeutete bei den anglophoben Konservativen keine Stellungnahme für die Erweiterung des Wahlrechts; vielmehr wurden die Verteidiger der Parlamentsreform als Revolutionäre begriffen. Beabsichtigt war lediglich der Beweis, daß es zwischen den überkommenen Regierungssystemen von Deutschland und der britischen Konstitution im Freiheitsgrad keine wesentlichen Unterschiede gab. Man war der Meinung, daß der Wille des Volkes durch den Monarchen oder den Monarchen und die Stände zusammen genauso gut, sogar besser als durch das zerstrittene Unterhaus mit seiner mangelhaften Volksvertretung vertreten werden konnte.¹¹

Die Reaktionen der preußischen Öffentlichkeit gegen die Anglophilie spiegeln vielleicht am besten die Weise wider, in der die Anhänger des aufgeklärten Absolutismus gegen die Bewunderung der englischen Verfassung opponierten, denn nachdem das aufgeklärte Reformprogramm von

Josef II. endgültig an der Reaktion in der Zeit von Franz II. gescheitert war, war es in Österreich zweifellos schwieriger geworden, die Forderungen nach einer konstitutionellen Monarchie unter Berufung auf die große reformerische Leistungsfähigkeit des Absolutismus abzuweisen.¹² In Preußen war die große Wertschätzung des Absolutismus eine sehr natürliche Dimension des Lokalpatriotismus, der durch die rasche Entwicklung zur Großmacht und die schrittweise innere Modernisierung gestärkt worden war. Nach dem Ausbruch der Französischen Revolution zeigte sich in der politischen Öffentlichkeit Preußens eine sehr harmonische Einstellung zum Absolutismus, besonders weil ein Teil der politischen Schriftsteller es für besser erachtet hatte, in Deutschland in Gebiete der freieren Zensur zu ziehen. Klar ist natürlich sowohl, daß ein Teil der Sympathien für den Absolutismus bloßes Lippenbekenntnis war als auch die Tatsache, daß Friedrich Gentz nicht der einzige Anglophile in Preußen war. In einer politischen Zeitschrift des Berliner Lehrers Friedrich Leopold Brunn wurde 1792 angenommen, daß die Anglomanie die Stimmungen in jedem Stand der deutschen Großstädte dominierte, besonders in Berlin und Hamburg.¹³ Über die Gefährlichkeit dieses Phänomens konnte es nach dem Verfasser keine Zweifel geben:

"... so beunruhiget sie [= die übertriebene Bewunderung der Engländer] seit langer Zeit viele Gemüther ohne Noth, und macht sie mit der Staatsverfassung unzufrieden, in welcher sie leben, wenn diese gleich oft der Englischen vorzuziehen ist. Oder um mich deutlicher zu erklären, die Deutschen glauben nicht so glücklich zu seyn, als die Engländer; aber eben so glücklich werden zu müssen, so bald sie ihre Verfassung hätten, zu welcher alle Völker mit Neid und Begierde hinauf sahen ..."¹⁴

Trotz ihrer offensichtlichen Übertriebenheit zeigen diese Behauptungen, daß die Bewunderung des englischen politischen Systems in der preußischen Atmosphäre der neunziger Jahre des 18. Jh.s ein Problem darstellte.

Brunn, dem schon 1789 durch seine Schrift *Der preußische Staat, der Glücklichste unter allen Staaten Europas*¹⁵, in der er den Absolutismus und die reaktionäre Politik von Friedrich Wilhelm II. pries, Öffentlichkeit zuteil wurde, opponierte in seinen beiden politischen

Zeitschriften, *Magazin zur nähern Kenntniß des physischen und politischen Zustandes von Europa und dessen auswärtigen Kolonien* (1792-1793) und *Historisch-politische Monatsschrift zum Behuf der neuesten Zeitgeschichte* (1794), gegen die Bewunderung fremder Verfassungen und besonders der Konstitution der Briten.¹⁶ In das fälschliche Lobpreisen nicht-absolutistischer Verfassungen war man nach seiner Überzeugung aus einer falschen Achtung vor der Tradition geraten. Wegen der überhöhten Schätzung der Republiken der Antike glaube man, daß die wirkliche Freiheit immer republikanische Elemente in den Verfassungen voraussetze, und vergesse die Tatsache, daß das "Glück" der Staaten der Antike auf der Sklavenwirtschaft und der kriegerischen Unterwerfung der Nachbarvölker beruht habe. Die Fortsetzung derselben Sklaverei sah er in den Bausteinen für die Macht der Freistaaten seiner Zeit, der Negersklaverei der Vereinigten Staaten und für Großbritannien z.B. im Kolonialismus, in der irischen Unterdrückung, in der Matrosenpresse und dem Elend der Landleute. Über die Leibeigenschaft, deren Überreste auch in Preußen nicht unbekannt - aber auch wirtschaftlich nicht mehr sehr bedeutend - waren, schwieg Brunn in diesem Zusammenhang.¹⁷

Die Anglomanie wurde in Brunns Zeitschriften vor allem unter Berufung auf Reiseerfahrungen kritisiert. Diese Methode war sogar in zweierlei Hinsicht zweckmäßig. Einerseits gab sie die Möglichkeit, detaillierte Gegenstücke zu den anglophilen Reiseschilderungen, wie z.B. Archenholtz' *England und Italien*, zu bieten, also zu Quellen, aus denen das Publikum seine Anglophilie in erster Linie geschöpft hatte und die den Lesern in der preußischen Presse auch in den neunziger Jahren angeboten wurden.¹⁸ Andererseits diente die Argumentation mittels der Reiseerfahrungen auch gut der üblichen Methode der Verteidiger des Absolutismus, die Aufmerksamkeit von der "peinlichen" politischen Freiheit weg auf die bürgerliche Freiheit zu lenken, von der Machtstruktur der Verfassungen auf die Resultate der Administration, m.a.W. auf ein Gebiet, auf dem sie den aufgeklärten Absolutismus für völlig konkurrenzfähig hielten. Im Falle von England scheint hierbei immer die Überlegenheit der britischen Wirtschaft im Vergleich mit der der absolutistischen Staaten zu einem Problem geworden zu sein.

In Brunns *Magazin* wurde 1792-1793 eine mehrteilige Reiseschilderung namens "Bemerkungen über England, besonders über London, von einem Deutschen, der sich einige Zeit in England aufgehalten hat" veröffent-

licht. Darin wurde detailliert Opposition gegen die Auffassung geführt, die Verfassung sei Schöpfer der britischen Wirtschaftsmacht, wie auch gegen die Auffassung, das Fehlen einer entsprechenden materiellen Blüte in Preußen sei zu den Auswirkungen des Absolutismus zu zählen.¹⁹ Ein anonym, sich als Mittelmärker bezeichnender Reisender²⁰ schloß sich an diejenigen an, nach deren Meinung die Verfassung Großbritanniens veraltet, dem Geist der Zeit nicht entsprechend und auf deutschem Boden ohne Erfolgchancen sei.²¹ Auch diese Schrift beinhaltete Beweisführungen, nach denen es nicht zulässig sei, die Gründe für die Entstehung der englischen Wirtschaftsmacht auf etwas anderes zurückzuführen als auf die geographische Lage. Sie sei ein natürlicher Ausgangspunkt für die Seefahrt, den Handel und die Kolonialmacht gewesen, aber auch für das Erlassen der Navigationsakte und die sonstige traditionelle Politik der konsequenten Wahrnehmung der Handelsinteressen. Als Erwiderung auf die von den Anglophilen wiederholt geäußerte These, daß die politische Freiheit den Unternehmergeist zu einer britischen Nationaltugend habe werden lassen, gab der Verfasser als großen Ansporn der wirtschaftlichen Aktivität die allgemeine Geldgier an, eine Untugend, die zwar allen Völkern gemeinsam war, sich aber im britischen politischen und wirtschaftlichen System ungehindert entfalten konnte. Die positive und auch für die Deutschen nachahmenswerte mutige Risikobereitschaft, die bei den Briten anzutreffen sei, sei wiederum eine für alle Küstenbewohner typische, von der Konstitution unabhängige Neigung. Wie wenig die politische Freiheit mit dem wirtschaftlichen Erfolg des Inselreichs zu tun habe, zeigte sich nach Meinung des Verfassers auch darin, daß die britische Blüte auch durch die von der politischen Beschlußgewalt ausgeschlossenen Dissenters und die verachteten, oft in miserablen Verhältnissen lebenden Siedler sowie auch durch die Nachbarländer mit ihrer "Anglomanie", d.h. mit ihrer Bereitschaft, britische Handelsware zu kaufen, aufrechterhalten werde. Für den preußischen Reiseschilderer war es erwiesen, daß seine Heimat wegen der andersartigen physischen Basis keine Voraussetzungen hatte, zu einer mit Großbritannien ebenbürtigen Handels- und Industriemacht zu werden, aber auch dies war kein Grund die Engländer zu beneiden, denn Preußen genoß faktisch einen größeren und dauerhafteren Wohlstand als das Land jenseits des Kanals.²² Diese Ansicht, die schon Riesbeck ung. zehn Jahre früher energisch verteidigt hatte, beruhte auf der These, daß nur

ein Agrarstaat wie gerade Preußen die Voraussetzungen für wirklichen Reichtum haben konnte.²³ Da die Landwirtschaft und die anderen "produktiven" Erwerbszweige nach Auffassung des Mittelmärkers in Großbritannien schon unter der Überentwicklung von Handel und Industrie hatten leiden müssen, und da das Land aufgrund seines Gebiets und seiner Bevölkerungszahl nur ein Staat zweiter Klasse war, hielt er es für begründet zu behaupten, daß die Kontinuität der britischen Wirtschaftsmacht zu sehr auf unsicheren Faktoren beruhe, z.B. auf der Verfügung über die Kolonialbesitzungen, der Bewahrung des Kredits oder der fortsetzt schlechten Konkurrenzfähigkeit der Nachbarn. Auch die Kennzeichen eines modernen Wirtschaftssystems, wie der hohe Anteil der Kreditgelder bei den Zahlungsmitteln und die auf einer relativ hohen Besteuerung und Kreditaufnahme beruhenden Finanzen, die die Zeitgenossen auf dem Kontinent anscheinend fortwährend beschäftigt haben, schienen diesem eine teils traditionell merkantilistische, teils physiokratische Doktrin verteidigenden Verfasser den wirtschaftlichen Untergang vorauszusagen.²⁴

Die ungleiche Verteilung des Vermögens auf die erzeugenden und verbrauchenden Klassen war das zweite Hauptargument des Mittelmärkers gegen die Bewunderung der wirtschaftlichen Blüte Großbritanniens. Das Bewußtsein der sozialen Mißständen und der Tatsache, daß es dort keine wirkliche Freiheit geben könne, wo die Plackerei der Bauern, Handwerker und Fabrikarbeiter nur wenige bereichere, bringt ihn in die Nähe der radikaldemokratischen Anglophoben, wenn auch die Ziele seiner Kritik andere als die ihrigen waren. Obwohl er der Konstitution der Briten keinen positiven Wert hinsichtlich der Entstehung der englischen Wirtschaftsmacht zugestehen wollte, gab er ihr die Verantwortung für die gesellschaftliche Ungerechtigkeit. Die zu große Freiheit der Verfassung, d.h. das Erlauben eines relativ weitgehenden wirtschaftlichen und sozialen Wettbewerbs, fördere in der Praxis die "Ungleichheit des Vermögens" und mache die Freiheit zu ihrem Gegenteil:

"Der Grundsatz: laß jeden treiben und machen was er will, klingt nur menschenfreundlich, edel und frey. Durch Erfahrung und Menschenkenntniß interpretirt heißt er: M a c h e d i e A r m e n u n d G u t e n z u S k l a v e n d e r R e i c h e n u n d L i s t i g e n , d i e U n w i s s e n d e n z u S k l a v e n d e r

K l u g e n u n d Ü b e r m ü t h i g e n .
 Dafür aber leben wir in Staaten und tragen die
 Lasten der Staatsbürger, daß die Armen, die Gut-
 müthigen, die Unwissenden und die Unglücklichen, ja
 selbst Unordentliche und an Verstand²⁵ Schwache,
 nicht ganz unterdrückt werden können."

Mit der Kritik an der britischen Gesellschaft und den Grundsätzen des ökonomischen Liberalismus verteidigt der preußische Verfasser das in der Praxis der absolutistischen Staaten begründet liegende Prinzip, daß die Regierung wegen des staatlichen Nutzens und des allgemeinen "Glücks" der Bürger in das Erwerbsleben eingreifen muß und die "Freiheit" der einzelnen Berufsgruppen, auf Kosten anderer zu profitieren, zu behindern hat.

Ein Punkt der Englandkritik in der preußischen Öffentlichkeit betraf das Rechtswesen und die Gesetze. Neben der Schuldhafte und den Gesetzen, die Andersgläubige diskriminierten, - normale Vorwürfe in der Englandliteratur - wurde in Preußen auch der Unklarheit der englischen Gesetze, der Kompliziertheit der Ehescheidung oder der präjudizialen Praxis, die die Prozeßkosten in die Höhe trieb und Arm und Reich vor dem Gesetz faktisch ungleich machte, Beachtung geschenkt.²⁶ Im Hintergrund einer solchen Kritik taten ihre Wirkung zweifellos der Stolz auf eine eigene entsprechende Gesetzgebung und die während der Zeit von Friedrich II. in Gang gekommene Kodifizierung des Allgemeinen Landrechts, von der man sich einen Durchbruch rechtsstaatlicher Prinzipien und eine Einschränkung der Vorrechte des Adels, ja sogar der Macht des Absolutismus erhoffte. Obwohl das ALR in seiner endgültigen Form (1794) eher ein Kulminations- und Endpunkt des aufgeklärten Absolutismus als ein Dokument eines modernen Rechtsstaates war, bestätigte es u.a. die Religionsfreiheit und wurde in Preußen als ein Sieg der Aufklärung verstanden.²⁷ Andererseits scheint die kritische Einstellung zur Bewunderung des englischen Rechtswesens sowohl in Preußen als auch anderswo in Deutschland durch die Werke des britischen Polizeibeamten Patrick Colquhoun über die Londoner Polizei (1795, 1800) Auftrieb erhalten zu haben. In ihnen wurden die Schwächen der Rechtsordnung, die Ineffizienz der Polizei und besonders der Umfang und die Organisiertheit der Eigentumskriminalität in London aufgedeckt.²⁸

Verglichen mit dem Widerstand gegen die als direkte Bedrohung empfundenen Revolutionsideen blieb die Kritik an der Anglophilie in der

deutschen Literatur schwach. Sie bildete aber doch einen Teil des Kampfes gegen fremde Vorbilder - mit denen in der Praxis oft alle irgendwie bedeutenden Reformwünsche gleichgesetzt wurden - und sie zeigt, daß die Orientierung an den britischen politischen Institutionen und die Taktik der anglophilen Verteidiger des Status quo, durch Beweise für die Vernünftigkeit und die Beständigkeit der britischen Freiheit gegen die revolutionäre Bewegung zu kämpfen, nicht überall als ungefährlich gesehen wurden. Begründet wurde der Kampf gegen fremde Vorbilder oft mit einem pathetischen Nationalgefühl und einer Interpretation der Montesquieuschen Gedanken, nach der jedes Volk aufgrund der Unterschiede in der physischen Umgebung und geschichtlichen Entwicklung seine eigene Art von Freiheit hatte.²⁹ Nach der *Eudämonia* bedeutete die Nachahmung von fremden Vorbildern eine unmoralische und die herrschenden Verfassungen zum Einsturz bringende Bestrebung, den Volkscharakter von einer anderen Nation zu stehlen. Das Schwanken der Deutschen zwischen bald französischen, bald englischen Vorbildern setzte das Reich ihrem Urteil nach der Ausnutzung durch die Nachbarn aus und erschöpfte die Energie der Nation:

"Wir, teutsche Thoren ... staken von jeher zwischen beyden Völkern, ihren gegenseitigen Interessen, ihren Moden, Gebräuchen und Speculationen; ließen uns geduldig zwischen ihnen pressen, und gaben reichlich Saft zu ihrer Unterhaltung. Die Schraube wird immer fester zusammen³⁰ gezogen, wir werden trockene Treben zuletzt ..."

Zu Gegenkräften der fremden Vorbilder wurden bei den überzeugten Verteidigern des Status quo das "deutsche Volksglück", die "Nationalfreiheit" und entsprechende nationalistische Parolen. Die Deutschen wurden aufgefordert, auf das deutsche Kaisertum, die eigenen Fürsten und die überkommenen Verhältnisse stolz zu sein. Diese Propaganda wollte die veraltete deutsche Reichsverfassung mit ihrem Vertretungssystem als Manifestation der germanischen Freiheit und des deutschen Glücks verstehen.³¹ Aus dieser Perspektive war es möglich, ohne Kritik am Status quo Gedanken über die Deutschen als Lehrmeister der Regierungskunst zum Ausdruck zu bringen. "Aus dem fruchtbaren Schoße der deutschen Nation gieng der Geist einer vernünftigen Staatsverfassung über Europa", behauptete ein Pamphletist im Jahre 1800 und erinnerte

seine Landsleute auch daran, daß deutsches Blut im Verlaufe der Geschichte immer mit glücklichen Ergebnissen auf die europäischen Throne geholt worden war, wofür nach der Meinung des Verfassers das Aufblühen Großbritanniens nach der Thronbesteigung der Hannoveraner ein Beweis war.³² Die ultrakonservativen Organe unternahmen kaum den Versuch, die deutsche "Freiheit" oder das "vorzügliche Volksglück" mit Argumenten der Vernunft oder Erfahrung zu belegen, was HOCKS/SCHMIDT ironisch-treffend "durch akuten Materialmangel" verursacht glauben.³³ Ihre politische Funktion hatte solche Schriften in der Stärkung der gemeindeutschen öffentlichen Meinung der Kriegsjahre im Kampf gegen Frankreich, aber andererseits enthielten sie die Forderung nach der Akzeptierung des Status quo mit der einzigen - auch die Zeitgenossen wohl kaum befriedigenden - Begründung, daß der Status quo eine überkommene, echt deutsche, genau für die Deutschen und nur für sie passende Lebensform war.³⁴

In der gemäßigteren, sich an die Idealisierung des aufgeklärten Absolutismus bindenden Verteidigung des Status quo erfolgte die Reaktion gegen fremde Vorbilder nicht mit Forderungen hinsichtlich der Traditionsachtung oder einer historischen Betrachtungsweise, sondern mit Versuchen, sachliche Schwächen der fremden Modelle nachzuweisen, die den Glauben festigen sollten, daß der Absolutismus unter den Regierungsformen diejenige ist, die die "Glückseligkeit" der Bürger am besten fördert. Dieses Credo des Absolutismus fand sich in konzentrierter Form in der Überzeugung von Brunn, die aufgrund von verschiedenen Reisen, u.a. eines Englandbesuches, entstanden war. Für ihn war es klar, "daß nirgends mehr Sicherheit des Eigenthums und der Person, nirgends mehr öffentlicher Biedersinn herrscht, als in den p r e u ß i s c h e n S t a a t e n - die Ungleichheit des Vermögens und der Stände nirgends weniger drückend ist - daß die Gesetze nirgends zweckmäßiger, menschlicher und besser sind, und nirgends so gut verwaltet und angewendet werden als hier".³⁵

VII. DIE RADIKALDEMOKRATISCHE KRITIK AN DER BEWUNDERUNG DER BRITISCHEN VERFASSUNG

Nach dem Ausbruch des Revolutionskrieges von 1792 wuchs in Deutschland in beträchtlichem Maße der von den Kritikern in den neunziger Jahren als "jakobinisch" oder "demokratisch" bezeichnete radikale Flügel der bürgerlichen Emanzipationsbewegung.¹ Schon in den sechziger Jahren jenes Jahrhunderts war in der deutschen Öffentlichkeit ein Freiheitsbegriff propagiert worden, der sich an Rousseaus Lehren und an die Bewunderung der Republiken der Antike anlehnte und nach dem es die völlige politische Freiheit nur in einer Republik geben konnte. Später orientierten sich die Radikalen an den großen repräsentativen Republiken in den Vereinigten Staaten und in Frankreich. In den neunziger Jahren wirkten zweifellos bedeutende Impulse vom französischen Jakobinismus auf den deutschen Radikaldemokratismus, aber er war keine an die Interessen des Kleinbürgertums gebundene und von der schweigenden Masse unterstützte Bewegung.² Die deutschen "Jakobiner" und "Demokraten" waren fast ausnahmslos Vertreter des Gelehrtenstandes und standen nicht nur hinsichtlich ihres sozialen Hintergrunds, sondern auch ihrer Gedankenwelt den Liberalen nahe. In einzelnen Fällen ist das Ziehen einer exakten Grenze zwischen liberalem und radikaldemokratischem Denken wegen der Zusammenhanglosigkeit der ideellen Inhalte, der geringen politischen Wirkungsmöglichkeiten und dem Wandel in den Einstellungen einzelner Schriftsteller problematisch. Eine begründete Verteidigung für die summarische Unterscheidung dieser Richtungen ist jedoch darin gesehen worden, daß die Jakobiner im Gegensatz zu den Liberalen die Revolution sowohl in der Theorie als auch in der Praxis als Mittel zur Vernichtung des alten absolutistisch-feudalen Systems und zur Errichtung der Volkssouveränität und einer auf der politischen Mitwirkung breiter Bevölkerungskreise basierenden Republik akzeptierten. Gerade der revolutionäre Selbsthilfegedanke unterscheidet die deutschen Jakobiner auch von jenen deutschen Denkern, die sich in der Theorie und in fiktiven Kontexten zum Republikanismus bekannten. Eine "jakobinische Hetze" gab es in den neunziger Jahren in verschiedenen Teilen Deutschlands, aber als eigentliche Wirkungszentren der Jakobiner müssen das französisch besetzte Rheinland, wo revolutionäre Klubs und eine

revolutionäre Presse entstanden, und die Gegend von Hamburg-Altona - hier bestanden aufgrund der relativ großen Pressefreiheit bessere Möglichkeiten zur radikalen Publizistik als anderswo in Deutschland - gesehen werden.³

Unter dem Aspekt der Diskussion um die politischen Institutionen Großbritanniens ist der norddeutsche Radikaldemokratismus interessanter als die süddeutsche Revolutionsbewegung. In den besetzten Gebieten wurde über die britische Konstitution sehr wenig diskutiert, obwohl die Anglophobie z.B. im französischen Jakobinertum fortwährend aktuell war und Robespierre seine Gesinnungsgenossen 1794 besonders aufforderte, die Fehler der englischen Verfassung zu untersuchen. Im Rheinland hatten die Jakobiner eine wesentlich konkretere Aufgabe vor sich, nämlich das Ziel, in der Bevölkerung die Bande der Loyalität zu den alten Autoritäten, den deutschen Fürsten und dem Klerus, zu brechen und den Meinungsboden fruchtbar für die durch die Franzosen gebrachte neue republikanische Ordnung zu machen.⁴ In Norddeutschland, dem traditionellen Gebiet der Englandorientierung und Anglophilie, war dagegen die Opposition gegen die Idealisierung der britischen Konstitution eine deutliche Dimension des Radikaldemokratismus. Diese Tendenz scheint in der in Hamburg irgendwann Anfang 1792 gegründeten Freimaurerloge "Einigkeit und Toleranz", die der preußische Gesandte im März 1793 beim Hamburger Senat als umstürzlerisch denunzierte, stark gewesen zu sein. Sowohl der Logenmeister Friedrich Wilhelm von Schütz als auch das Mitglied Heinrich Christoph Albrecht nahmen in ihren Schriften deutlich gegen die Anglophilie Stellung.⁵

Schütz, der sich als freier Schriftsteller einen dürftigen Lebensunterhalt verdiente, begann in der deutschen Reiseliteratur über England eine neue Richtung, indem er 1792 die Schrift *Briefe über London. Ein Gegenstück zu des Herrn von Archenholz' England und Italien* veröffentlichte. Das Werk, das auf einem kurzen Londonbesuch des Verfassers im Jahre 1791 basierte, war politisch weniger interessant als seine späteren Jakobinerzeitschriften und von der Fragestellung her konventionell; es untersuchte die Beziehungen zwischen den politischen Institutionen, dem Volkscharakter und dem Wohlstand der Briten.⁶ Die Einstellung von Schütz zu England war nicht strikt negativ, denn er lobte u.a. die Pressefreiheit, die geringen Ständeunterschiede, die politische Aktivität der Bürger und die Erziehung der Frauen.⁷ Gegen

die unmäßige Idealisierung des britischen Volkscharakters wandte er sich u.a., indem er an den Nationalstolz appellierte oder auf die Unterdrückung Ostindiens und den Negersklavenhandel verwies, Dinge, die aufgrund des Prozesses von Hastings und der Tätigkeit von Wilberforce zu aktuellen Streitfragen der britischen Innenpolitik geworden waren.⁸ Am nachdrücklichsten kritisierte er das britische Rechtswesen, die Verworrenheit der Gesetze, die Verfassung und die sozialen Zustände. Der Kerngedanke seiner Konstitutionskritik war die These, daß die englische Verfassung nicht mehr dem bewundernswerten Modell von Montesquieu entsprach, sondern monarchisch-aristokratisch geworden war, weshalb auch die berühmte britische Freiheit eine Scheinfreiheit geworden sei.⁹ Für die radikaldemokratische Einstellung von Schütz sprach seine scharfe Kritik an den sozialen Ungerechtigkeiten, von denen nach ihm die Bettlerscharen und hungernden Arbeiter Londons unwiderlegbares Zeugnis ablegten.¹⁰ Die Opposition gegen die Anglomanie begründete Schütz in erster Linie mit patriotischen Gesichtspunkten, denn seines Erachtens war man in der Toleranz in Deutschland vielerorts weiter als in England. Besonders war für ihn seine Heimatstadt Hamburg England überlegen, weil nach seiner Meinung eine Republik durch ihre Natur ein freieres System als eine Monarchie war.¹¹ Trotz seiner Kritik an der Anglomanie war Schütz - anders als die meisten Radikaldemokraten - auch noch während der Revolutionskriege bereit, die gesellschaftliche Situation Großbritanniens in einem Punkt zu einem Modell für die Deutschen zu erheben. Dies geht aus dem Artikel "Über französischen und deutschen Adel" hervor, den Schütz 1796 in der *Schildwache* veröffentlichte, ohne seinen Redaktionskollegen Rebmann um Erlaubnis zu fragen. Der Artikel, der den deutschen Adel zum freiwilligen Verzicht auf die Privilegien, die das Bürgertum verletzten, aufforderte, charakterisierte das britische Bürgertum als einen mit seinem Adel zufriedenen Stand und beschrieb, wie England seinerzeit gerade deswegen dem Despotismus des Kontinents entgangen war, weil der Adel des Landes auf zu große Privilegien und übertriebenen Adelsstolz verzichtet hatte.¹²

Einen ideologisch viel interessanteren Beitrag zur Diskussion um den Vorbildwert der Verhältnisse in England lieferte mit seinen politischen Schriften Albrecht, ein Lehrer und freier Schriftsteller aus Hamburg. Albrecht, der in Göttingen studiert hatte und gut mit der englischen Sprache und Literatur vertraut war, hatte nach seinen eigenen Worten in

seiner Jugend zu den Bewunderern der englischen Verfassung gezählt.¹³ Nach dem Ausbruch des Koalitionskrieges verteidigte er explizit die Republik und die Verfassung der Vereinigten Staaten im Sinne Paines, dessen Schriften er als Übersetzungen herausgab.¹⁴ Die französische Republik war für ihn wegen des Jakobinererrors in einem desolaten Zustand, aber bezeichnend für seine Einstellung war es, daß er als Grund für die katastrophale Entwicklung die Anglomanie vor der Revolution angab.¹⁵ Seine negative Haltung zum britischen politisch-sozialen Modell trat besonders in seinen Werken *Versuch über den Patriotismus* (1793) und *Untersuchungen über die englische Staatsverfassung. Nach den neuesten Veranlassungen der Geschichte des Landes* (1794) hervor. Obwohl Albrecht nicht alle seine ideologischen Gegner direkt beim Namen nennen wollte, wurde doch besonders das letztere Werk inhaltlich weitgehend zu einem Gegenpol zu den Auffassungen von Burke und dessen deutschen Anhängern. Offen kritisierte Albrecht dagegen das Militärbündnis zwischen Großbritannien und Deutschland, denn er motivierte seine Untersuchung damit, daß die Frage der englischen Regierungsform nicht mehr nur Sache der deutschen Stubengelehrten, sondern auch der Soldaten sei, da, wie im Freiheitskrieg der Vereinigten Staaten, "jetzt wiederum deutsches Blut vergossen wird, um den Glauben an die englische Constitution in aller Welt zu verbreiten ...".¹⁶

Albrecht war gegen die historische Betrachtungsweise und die politische Methode der Konservativen, "was geschah, zum Muster dessen, was geschehen sollte" zu nehmen. Die Vertreter der organologischen Staatsauffassung waren nach ihm schon darin lächerlich, daß sie sich in ihren eigenen Vergleichen verhedderten, denn im Gegensatz zu natürlichen Organismen versprachen sie den Staatsorganismen ein ewiges Leben.¹⁷ Albrecht opponierte natürlich dort gegen die Forderungen der Unverletzbarkeit der Tradition, wo sie zur Abwehr von Neuerungen und zur Verteidigung von Mißständen verwendet wurden, aber wie Paine vermochte er die Lehren der Geschichte an taktisch passenden Stellen gegen die Verteidiger des Status quo zu wenden. Der Existenz des Adels entzog er z.B. die Legitimität, indem er sich auf die berühmte Parole der John Ball -Revolution bezieht: "Als Adam grub und Eva spann/Wer war da wohl der Edelmann?".¹⁸

Die Briten waren nach Albrecht eine Nation, die eine falsche Traditionsliebe auszeichnete. Damit meinte er nicht nur die Idealisierer des

Status quo vom Typ eines Burke, sondern die ganze naturrechtliche Whig-Tradition, die die Freiheiten des Parlaments und der Bürger auf vorgeschichtliche Ursprünge zurückführte. Auch unter den fortschrittlichen Briten herrschte nach ihm ein religiös gefärbter - und wegen der Reaktion der neunziger Jahre schon fast an einen Religionszwang erinnernder - "Glaube an eine r e i n e englische Constitution":

"Indem sie [= die politischen Reformatoren in England] bemüht sind, Fehler und Gebrechen abzustellen oder zu heilen, nehmen sie einen gewissen Zustand der Gesundheit an, welcher der jetzigen Krankheit des verfallenen Staatskörpers entgegengesetzt ist, aber durch wirksame Mittel und gehörige Wartung noch wieder zu erreichen steht. Sie glauben oder scheinen zu glauben, das Ganze bedürfe nicht sowohl einer Verbesserung, als vielmehr einer Wiederherstellung und einer Reinigung."¹⁹

Albrecht hielt es für seine Aufgabe zu zeigen, daß die Geschichte Englands keinen Beweis für die Existenz eines solchen gesunden Kerns lieferte. Er versuchte Punkt für Punkt die Argumente zu widerlegen, auf denen die Auffassung der Anglophilen vom jahrhundertlangen Siegesmarsch der Freiheit in England fußte. Der Gedanke von den deutschen Germanen - einer kriegerischen Piratenschar - als Bringer der Freiheitsprinzipien der bürgerlichen Gesellschaft, des Rechts, der Gleichheit, des Friedens und des Eigentumsschutzes war für Albrecht blanker Unsinn. Die Wittenagemote-Institution der Sachsen war nach ihm keine besondere Volksversammlung, die das Parlament vorwegnahm, sondern eine ähnliche Huldigungs- und Bewilligungsinstitution wie die Maifelder der Franken gewesen. Über Alfred den Großen, der als aufgeklärter und freiheitsliebender Herrscher bewundert wurde, sagte Albrecht lediglich, daß ein einzelner König niemals in der Lage, geschweige denn willens, gewesen sei, seinem Volk die Freiheit zu geben. Den Wert der berühmten Magna Charta als Dokument der Freiheit der Briten und als ihr erstes Grundgesetz bestritt er - wie auch viele englische Radikale und Paine - strikt. Das Dokument sichere die Vorrechte der Barone und Geistlichen. Seine Konservatoren hätten die Beschränkung der Herrschermacht nie ernstlich im Auge gehabt, denn dem König sei das gefährliche Recht geblieben, selbständig über den Krieg zu entscheiden, und das Volk bezahle dann die Kosten. Als überzeugter Pazifist war Albrecht der

Ansicht, daß die Feudal- und Verwaltungssysteme des Mittelalters, die auf die Erleichterung der Kriegsführung abzielten, unmöglich Regierungssysteme hervorbringen könnten, die auf den bürgerlichen Freiheiten basierten. Er sah keinen wesentlichen Unterschied zwischen der Entwicklung des Feudalsystems in England und in den Kontinentalstaaten, und wie viele andere revolutionäre Anglophobe war er der Meinung, daß die britische Regierungsform auch im 18. Jh. immer noch nur "eine gehemmte Feudalregierung" war.²⁰

Für die Haupteпоche der neueren Geschichte Englands hielt Albrecht die Zeit von Karl I.; zweifellos deswegen, weil er Parallelen zwischen der Entstehung der Republiken in Frankreich und England sehen wollte.²¹ Als die Revolutionsgegner nach der Entstehung der französischen Republik Frankreich unter Berufung auf die Diktatur Cromwells gerne eine traurige Zukunft voraussagten, wollten die deutschen Jakobiner und auch einige Liberale ihrerseits an die Hinrichtung von Karl I. erinnern, um den durch die Enthauptung von Ludwig XVI. entstandenen moralischen Pathos zu relativieren, mit dem in Großbritannien und auf dem Kontinent die Einmischung in Frankreichs innere Angelegenheiten verteidigt wurde.²² Als Gründe für die große englische Revolution zählte Albrecht u.a. die Unbestimmtheit der Regierung und ihrer Ziele, die verhinderte Aufklärung, die persönlichen Schwächen und die unmoralische Politik der Machthaber, die "Kunst des Einflusses" sowie die soziale Kluft zwischen den herrschenden Familien und der zum Gehorchen erniedrigten "nahmenlosen Menge" auf. Die meisten dieser Faktoren ließen sich leicht mit den Ursachen für die Französische Revolution in Verbindung bringen, aber Albrecht ging noch weiter. Mit seiner Feststellung, daß die gleiche Unbestimmtheit der Regierung auch noch im Großbritannien des Jahres 1794 eine Tatsache gewesen sei, schloß er sich denjenigen Englandkritikern an, die in den neunziger Jahren den Ausbruch der Revolution auch im Inselreich für möglich und berechtigt hielten.²³

Albrechts Darstellung der englischen Geschichte zielte auf die These, daß es in der Vergangenheit des Staates zahlreiche Situationen gegeben habe, in denen das Parlament für die Erweiterung der Freiheit des Volkes hätte eintreten können, aber alle Gelegenheiten absichtlich ausgeschlagen worden seien. Seit dem Mittelalter sei einer der zentralsten Stränge der britischen Verfassungsgeschichte wohl der Kampf zwischen

Exekutiv- und Legislativgewalt gewesen, aber der von den Anglophilen gehegte Gedanke, daß von diesem Kampf die außenstehende Mehrheit, das Volk, profitiert hätte, sei grundlegend falsch. Er benutzte die Auffassung Burkes und der Konservativen in Hannover von den überkommenen Freiheiten der Briten in negativer Absicht, als er behauptete, daß die Geschichte der britischen Freiheit immer - die mißglückte Republik des 17. Jh.s miteinbegriffen - ein bloßer Kampf der Machthaber um die "Freiheiten", d.h. die Privilegien gewesen sei. Albrecht, ein Anhänger der "volonté générale" von Rousseau, war der Auffassung, daß sich der gemeinsame Wille des Volkes in der englischen Geschichte kaum je verwirklicht hatte. Das britische Zweikammersystem fungiere wegen der Bestechlichkeit und Gewinnsucht seiner Mitglieder als Waffe des Herrschers gegen das Volk und sei nicht nur im zeremonialen Sprachgebrauch, sondern auch in Wirklichkeit das "My Parliament" des Königs. Die vernunftwidrige, aber trotzdem gelobte britische Maxime, daß der König nichts Falsches tun kann, war aus dem Blickwinkel Albrechts bedeutungslos verglichen mit der englischen Tatsache, daß "das Volk nichts tun kann". Auch wenn das Parlament nicht korrupt gewesen wäre, hätte es höchstens als Fürsprecher des Volkes dienen können, denn eine eigentliche Volksvertretung setzte nach den demokratischen Auffassungen Albrechts die Volkssouveränität und eine wirkliche politische Mitwirkung des Volkes bei der Wahl der Abgeordneten voraus.²⁴

Endgültig verwarf Albrecht die englische Regierungsform aus einem Grund, für den sie viele Anglophile lobten, nämlich der Legalisierung verschiedenartiger Interessen in der politischen Beschlußfassung. Seine eigene Idealgesellschaft beruhte auf den Ideen der Brüderlichkeit, der politischen und sozialen Solidarität und des Pazifismus.²⁵ Er verurteilte die politische Macht der Stände, der Zünfte, der Hierarchie, der stehenden Armeen und der Korporationen überhaupt, denn nach ihm konnte die Vertretung partikularistischer Interessen keine Harmonie, kein Gemeinwohl und keinen wirklichen Patriotismus hervorbringen.²⁶ Er akzeptierte gerne alle Kritik, die gegen das Oberhaus, den Einfluß der Krone oder die Begrenztheit des Wahlrechts vorgebracht worden war, aber diese Dinge waren für ihn doch unwesentlich, genauso wie die ganze staatstheoretische Diskussion, die im 18. Jh. über den Mechanismus und das Gleichgewicht der englischen Regierungsform sowie das Verhältnis ihrer machtausübenden Organe untereinander geführt worden

war. Die wichtigste und vergessene Frage war für ihn der Staatszweck. In dieser Beziehung sei ein gemischtes Modell nach britischem Vorbild sogar schlechter als der Absolutismus, weil "die fast unwiderstehliche und fast unmerkliche Einführung der anerkannten Herrschaft des Eigennutzes in die allgemeinen Angelegenheiten .. ein wesentlicher Fehler der gemischten Staatsverfassung" sei.²⁷ Die prinzipielle Basis der englischen Regierungsform sei falsch, deshalb konnten auch Teilreformen, wie die Parlamentsreform, auf die auch viele deutsche Englandfreunde ihre Hoffnung gesetzt hatte, nach Albrecht keine wirkliche Verbesserung bringen, d.h. die britische Konstitution so umgestalten, daß sie den Willen und die Freiheit des Volkes realisierte.²⁸

Die beste Erwiderung auf Burkes Gedanken lieferte Albrecht zweifellos, als er die Macht der anglikanischen Kirche angriff. Dieses Thema, dem Albrecht den ganzen ersten Teil seiner *Untersuchungen* widmete, war für die demokratische Anglophobie recht ergiebig. Im deutschen Radikaldemokratismus hatte sich zu Ende des 18. Jh.s schon die Auffassung von der Religion als Ideologie des Herrschens herauskristalliert.²⁹ Daß die Kritik am Bund von Altar und Thron jedoch auch weitere Kreise des aufgeklärten protestantischen Publikums hat ansprechen müssen, läßt sich daran ablesen, daß Gentz und Rehberg dieses Thema im Zusammenhang mit der Burkeschen Bewunderung der englischen Regierungsform stillschweigend übergangen hatten. Albrecht war durchaus derselben Meinung wie Burke - "vielleicht der ungeschickteste Verteidiger" der Monarchie und der gemischten Staatsverfassungen -, daß die Kirche ein organischer Teil der politischen Verfassung Englands war und ohne Grund in der anglophilen Diskussion ignoriert wurde.³⁰ Wie Paine, aber anders als Burke, hielt er die Stellung der Kirche in England natürlich für vernunftwidrig und für eine Grundursache der Schwächen der britischen Konstitution. Albrecht forderte in religiösen Angelegenheiten eine große Gewissensfreiheit und stand der positiven Religion kritisch gegenüber. Religiöse und moralische Wahrheiten seien nicht allgemeingültig, sondern abhängig von den verschiedenen Verhältnissen der Völker. "Einer Parthey von ascetischen Rabulisten" sei es auch in Deutschland gelungen, "die alte Finsternis" der Gleichsetzung von Religion und Kirche sogar teils unter Protestanten zu verbreiten, aber konkret manifestierte sie sich aus dem Blickwinkel von Albrecht im frei

gepriesenen Großbritannien.³¹

Albrecht verurteilte nicht nur die politische Macht der anglikanischen Kirche im Parlament, die Vertretung der Bischöfe - der "Creaturen der königlichen Gewalt" - im Oberhaus also oder die Kirchensteuer, sondern er versuchte auch mit Argumenten aus der europäischen und englischen Geschichte nachzuweisen, daß die Kirche als Institution eine fremde Macht im Staate war, die der Menschheit keinen konkreten - wirtschaftlichen, geschweige denn kulturellen - Nutzen brachte, die Beschäftigung mit toten Sprachen ausgenommen. Zur Universalmacht der katholischen Kirche hatte er eine ablehnende Haltung und vertrat die im Protestantismus übliche Ansicht von der Reformation als großem Sieg der allgemeinen Freiheitsprinzipien in der europäischen Geschichte. Die Liebe zur religiösen wie auch politischen Freiheit sei lebendig in den Vereinigten Staaten, wo eine herrschende Kirche völlig fehlte, aber nach seiner Meinung gab es sie auch noch in den protestantischen Gebieten Deutschlands. In England sei die Reformation dagegen in dieser Beziehung auf halbem Wege stehengeblieben, weil die Machtstellung der katholischen Kirche durch eine neue Herrschaft der episkopalischen Kirche ersetzt worden sei. Die Ansichten, daß die Kirche für die Moralität der Briten verantwortlich sei, die allgemein für die Voraussetzung einer wirklichen Freiheit gehalten wurde, widerlegte Albrecht durch Berufung auf seiner Meinung nach allgemein bekannte Tatsachen, nämlich darauf, daß die Zahl der Meineidigen und Kriminellen nirgends in Europa so groß sei wie in Großbritannien. Vom Mangel an Moral zeugten seiner Meinung nach schon das sich in der Regierungsform manifestierende Mißtrauen der Menschen untereinander und das legalisierte Unrecht des Menschenhandels mit Schwarzen und Söldnern.³²

Die ausgedehnte Behandlung, die dem Fall des Unitariers Priestley zuteil wurde, dient dem Albrechtschen Ziel zu beweisen, daß die Kirche Englands auch in den neunziger Jahren aktiv als Waffe der Reaktion gegen die Freiheit des Volkes wirkte. Doktor Joseph Priestley, ein Befürworter des religiösen, politischen und wirtschaftlichen Laissez-faire und radikaler Bürgertumsemanzipator, wurde durch die Tumulte von Birmingham (1791), wo eine auf den Namen des Königs und der Kirche schwörende Volksmenge Priestleys Laboratorium verbrannte, zu einer europäischen Berühmtheit. Die Behauptung, daß Priestley und Doktor Richard Price britische Führer eines weltweiten Jakobinergeheimbundes

waren, stieß auch unter den Konservativen in Deutschland auf Echo und den Zwischenfall von Birmingham wollte man als einen berechtigten spontanen Ausdruck der antirevolutionären Gesinnung des Volkes sehen.³³ Von den Gemäßigteren verurteilte jedoch z.B. Gentz die Gewalttätigkeit gegen einen geachteten Wissenschaftler, obwohl auch er nicht anders konnte, als bewundernd über ein solches Zeugnis der Traditions-
 liebe im gemeinen Volk zu staunen - im gemeinen Volk, das die Intelligenz als Interessenvertreter einer verantwortungslosen Freiheit im Staate aufzufassen gewohnt war.³⁴ Albrecht charakterisierte die Verfolgung Priestleys seinerseits als ein Resultat der Hetze der Kirche und der Manufakturisten. Obwohl er sachgemäß zugab, daß viele Dissenters neben der Testakte auch gegen die aristokratische Konstitution opponierten und sie republikanisch gesinnt waren, versuchte er, Priestley und dessen Anhänger eher als Märtyrer der religiösen denn der politischen Freiheit zu charakterisieren und so eingebürgerte Auffassungen von Großbritannien als führendem Land der Toleranz und Aufklärung zu erschüttern. Nicht einmal im erzkatholischen Bayern hätte nach ihm solches Unrecht passieren können, das Priestley in England vor seiner Emigration in die Vereinigten Staaten erfahren mußte.³⁵

Als Gegenpol zu den Gedankenkonstruktionen der Anglophilen über die politische Freiheit der Briten als Ursache für den materiellen Wohlstand und die weitgehende Gleichberechtigung vertrat Albrecht die Auffassung, daß sich der Egoismus, der in der englischen Verfassung zum Ausdruck kam, in den sozialen Beziehungen des Landes wiederholte. Er selbst war ein Emanzipator des Bürgertums, und auch in seiner Propaganda für eine auf dem Prinzip der Volkssouveränität beruhende repräsentative Republik meinte er faktisch nur ein von der Mittelklasse geführtes Staatswesen³⁶, aber sein sozialer Gerechtigkeitssinn erweiterte seinen Blickwinkel über seine eigene gesellschaftliche Klasse und die übliche Betrachtung des Adel-Bürgertum -Beziehung hinaus. Der Reichtum Großbritanniens im Vergleich mit anderen Staaten war auch nach ihm unbestreitbar, aber er widersetzte sich Schlußfolgerungen über den Zustand des Volkes, die auf Außenhandelsstatistiken beruhten.³⁷

Schon in seinem Werk *Patriotismus* hatte Albrecht erklärt, daß der Reichtum Großbritanniens einen für den Staat wirtschaftlich schädlichen und die menschliche Natur demoralisierenden Wohlstand für wenige Müßiggänger und ein trostloses Elend für die arbeitende Mehrheit bedeu-

te.³⁸ 1794 gab er eine in der deutschen Literatur bis dahin einmalige Darstellung von der Situation der englischen Industriearbeiterschaft. Sie hatte Ähnlichkeit mit dem Pessimismus der späteren klassischen Wirtschaftslehre, ja sogar mit sozialistischen Ansichten über die Folgen der industriellen Revolution. Die Auffassung von der Arbeit als Erzeuger des Produktwerts und die Idee der materiellen und geistigen Ausbeutung hatten bei Albrecht schon recht weitgehende Gestalt angenommen:

"Ein Ort, welcher voll von Fabriken ist, enthält wenige reiche, einige wohlhabende, aber eine Menge dürftiger Einwohner. Diese letzten können, solange ihre abhängige Lage dauert, ebensowenig aufgeklärt und gesittet werden als frei. Ihre Beschäftigung ist im Grunde eine Art von Leibeigenschaft unter einer veränderten Gestalt. E i g e n t ü m e r zu erwerben, ist ihnen in der Tat unmöglich, denn es gibt nur eine Art der Anwendung ihrer Kräfte, wodurch sie Unterhalt gewinnen können, und diese hängt von der Disposition des Mannes ab, welcher von ihrer aller Tätigkeit den meisten Vorteil hat. Um je in dessen Stelle treten und Genuß und Erwerb mit ihm teilen zu können, müßten sie sein Vermögen oder sein Glück und eine Geschicklichkeit haben, die jeder sich, wie klein sie auch sein mag, doch nie erwerben kann, weil er nie zu dem g a n z e n Geschäft gebraucht wird, sondern immer nur e i - n e n T e i l dessen verrichtet, wovon der Unternehmer den Zusammenhang und Ordnung übersieht ... Von einem anderen wird ihm [= dem Arbeiter] für die meiste Arbeit der geringste Lohn geboten; und, weil allenthalben, wo Fabriken gedeihen, viele arme Leute sind, muß er nur froh sein, wenn ihn einer anstellt, und er wenigstens Sättigung, notdürftige Kleider und Wohnung gewinnen kann. Von seiner Zeit läßt ihm der Unternehmer, welchen Konkurrenz und Eigennutz zwingen, nicht mehr übrig, als die körperliche Erholung unerläßlich fordert ... Daher sehen wir auch, daß die Armen, welche mit der sauren Arbeit von hundert vereinigten Händen einen bereichern ... dumm genug sind, zu glauben, der Mann, den ihre Plackerei in genußvoller Muße ernährt, gebe ihnen Brot."³⁹

Die betonte Feindseligkeit Albrechts gegen bürgerliche Unternehmer - zumindest, wenn sie als merkantilistische Monopolisten, d.h. nur eine privilegierte Gruppe, verstanden wurden - oder ein Mißtrauen gegen das Neue der industriellen Produktionsform überhaupt war in der deutschen,

vom Bildungsbürgertum angeführten bürgerlichen Emanzipationsbewegung keine Seltenheit.⁴⁰ Für einen Frühsozialisten kann man Albrecht vielleicht nicht halten, da seine Denkkategorien genau genommen nicht wirtschaftliche, sondern moralische waren und er keine klare Lösung für die Mißstände der sich modernisierenden bürgerlichen Gesellschaft Englands zeigen konnte.⁴¹ Darin wich Albrecht jedoch von den meisten radikaldemokratischen Zeitgenossen ab, daß er die Kehrseite des wirtschaftlich-sozialen Systems von Großbritannien in drastischer Weise aufzeigte, des Landes, das als gelobtes Land des Bürgertums idealisiert wurde. Ebenso vermochte er zu begreifen, daß die Bürgerlichen genauso zur Unterdrückung der unteren Schichten in der Lage waren wie die oberen Stände des Ancien régime. Hierin schien er in Opposition zu der unter den bürgerlichen Emanzipatoren noch zu Anfang des 19. Jh.s sehr häufigen Auffassung von der Mittelklasse als der moralischsten Gruppe der Gesellschaft zu stehen, genauso wie auch zu dem Optimismus, nach dem die Chancengleichheit, die sich durch die Abschaffung der Ständeunterschiede und anderer Beschränkungen eröffnen würde, einen selbstregulativen Gesellschaftsfrieden, einen den allgemeinen Wohlstand schaffenden Mechanismus und eine die Ständegrenzen zumindest aufbrechende Wirkung mit sich bringen würde.⁴² Aus der Darstellung Albrechts geht jedoch nicht ganz widerspruchsfrei hervor, ob er die Erhaltung und Zuspitzung der Klassengegensätze für eine Erscheinung hielt, die allgemein mit der kapitalistisch-industriellen Entwicklung verknüpft war, oder für einen nur für England - nach seinem Verständnis auch sonst ein egoistisches politisch-soziales System - charakteristischen Zug.

Die Ansichten Albrechts vom Vasallengeist und den undemokratischen Zügen der britischen Verfassung decken sich teilweise mit den Gedanken Paines.⁴³ Der strengen Monarchiekritik Paines enthielt sich Albrecht aber. Auch beendete er die Betrachtung der englischen Geschichte mit der Restauration des 17. Jh.s. So konnte er die Streitfragen um das Verhältnis der Revolution von 1689 zur Volkssouveränität und zum Prinzip des Wahlkönigtums umgehen und auch eine offene Kritik der hannoverschen Dynastie vermeiden, die für einen unter seinem eigenen Namen auftretenden, in der Nähe Hannovers wirkenden Schriftsteller womöglich zu gewagt gewesen wäre und von der sich in der norddeutschen Jakobinerliteratur auch sonst nicht viele Beispiele finden.⁴⁴

Albrechts Untersuchung über die Mängel der britischen Konstitution

war der bedeutendste Versuch der radikaldemokratischen Richtung, Opposition gegen die durch Burke und seine deutschen Anhänger nach Deutschland gekommene Lobpreisung der "jahrhundertlangen" und "vernünftigen" Freiheit Englands sowie gegen die Grundlagen der fortschrittlichen Anglophilie zu führen. Indem er den gesunden Kern des britischen Regierungssystems bestritt, kritisierte er sowohl die allgemeinen konservativen Forderungen nach Traditionsachtung als auch die Auffassung der gemäßigten Fortschrittlichen, daß sich die Harmonie der alten Monarchien leicht "wiederherstellen" ließe. Die Konzeption vom Verborgensein der "ursprünglichen" Gesellschaften in den existierenden, durch die geschichtlichen Prozesse entstellten staatlichen Organisationen - die vom Naturrecht und von den Lehren Rousseaus Impulse erhalten hatte - und der Glaube daran, daß die Beseitigung des historischen Ballasts die Gesellschaften wieder "natürlich" werden ließe, waren auch den deutschen Frühliberalen und Radikaldemokraten um die Wende des 18. und 19. Jh.s nicht fremd.⁴⁵ Wie aus der Kritik Albrechts zu schließen ist, scheinen diese unter den Liberalen in den neunziger Jahren des 18. Jh.s revolutionskritische Inhalte bekommen zu haben.

Mit seiner Behauptung, daß die Geschichte Großbritanniens keine Geschichte der Freiheit des Volkes war, ging Albrecht weiter als die meisten anderen deutschen Radikaldemokraten, die immerhin der Meinung waren, daß die konstitutionelle Monarchie Englands seinerzeit einen Fortschritt in der Geschichte der Freiheit der Völker bedeutet habe, aber verglichen mit den Verfassungsmodellen, die das ausgehende 18. Jh. hervorgebracht hatte, schon veraltet oder hinsichtlich ihres früheren Zustandes verkommen sei.⁴⁶ Obwohl das theoretische Interesse der deutschen Jakobiner und Demokraten an der britischen Konstitution im allgemeinen nicht intensiv war, kam in der radikaldemokratischen politischen Tagesliteratur ein klarer Konsensus darüber zum Ausdruck, daß das britische politische System ungerecht und als allgemeines Modell unbrauchbar war.⁴⁷ Die Verknüpfung der politischen Rechte mit dem Realeigentum und das Mißverhältnis zwischen dem beschränkten Wahlrecht und der allgemeinen Steuerpflicht in Großbritannien wurden von einem anonymen *Luzifer*-Pamphlet (1797), das der bekannte, nach Frankreich emigrierte Revolutionär, Konrad Engelbert Oelsner, geschrieben hatte, scharf kritisiert. Oelsner bestritt den Modellwert der britischen Verfassung für andere Völker unter Berufung auf die auch von den Konser-

vativen verbreitete These, daß die englische Konstitution wegen der Individualität des Volksgeistes nur in ihrer eigenen Umgebung gedeihen könne.⁴⁸ Oelsner, für den die Briten "Geldmäcker, Juden, Handelsleute" waren, war der Auffassung, daß sowohl der Kaufmannsgeist als auch die an die Ständeprivilegien erinnernden "Reichtumsvorrechte" das politische Leben im Lande zum Schaden der besitzlosen Klasse regulierten.⁴⁹ Endgültig wurden die englische konstitutionelle Monarchie und der aufgeklärte Absolutismus - das andere um die Gunst der Antirevolutionäre konkurrierende Regierungsmodell - in dem Pamphlet verworfen, weil sich mit ihnen ein angeblich fehlerhaftes Menschenbild verband, das das Bildungsbürgertum aber immer noch aufrechtzuerhalten bereit sei. Es sei gegen die Vernunft und Erfahrung, anzunehmen, daß die Tugenden, Fähigkeiten und der Patriotismus sich nur auf die besitzenden Klassen konzentriert hätten, und daß die Privilegierten fortwährend zur Selbstlosigkeit imstande wären, m.a.W. fähig wären, Gesetze zu erlassen, die auch den von der politischen Mitwirkung ausgeschlossenen Bevölkerungsschichten gerecht würden.⁵⁰

VIII. KONSTITUTIONELLE MONARCHIE UND BÜRGERLICHE FREIHEIT NACH BRITISCHEM MUSTER - ZIEL DER GEMÄSSIGT-LIBERALEN KRÄFTE IN DEUTSCHLAND?

Zwischen der konservativen und der jakobinisch-demokratischen Richtung lag in der deutschen bürgerlichen Öffentlichkeit um die Wende des 18. und 19. Jh.s ein weitläufiger, aber auch sehr heterogener "liberaler" Sektor. Im frühliberalen Denken gab es in Deutschland sowohl eine gemäßigtere als auch eine radikalere Fortschrittlichkeit sowie eine durch die lokalen Verfassungs- und Zensurverhältnisse bedingte Mannigfaltigkeit. Als ein allgemeines liberales Kennzeichen dürfte eine Kombination aus Anhängerschaft der Monarchie und Verteidigung der Emanzipation des Bürgertums gelten. Die erste Phase der Französischen Revolution, die meisten in der Verkündung der Menschenrechte kundgetanen Prinzipien und die konstitutionelle Monarchie hatten bei den Liberalen für gewöhnlich einen großen Enthusiasmus erweckt, obgleich die Unruhen und die Entschiedenheit der radikalen Revolutionäre gleich seit dem Anfang der Revolution bei einigen Liberalen Zweifel am Gelingen der Revolution geweckt hatten. Von den Bewunderern der Revolution lösten sich die Liberalen nach und nach, spätestens jedoch während der Jakobinerherrschaft. In der Epoche der Revolutionskriege sagten sich viele von der Republik nach französischem Muster los und bekundeten, oft in scharfen Formulierungen, eine Abneigung gegen die politische Macht und soziale Gleichstellung der Bevölkerungsschichten unterhalb des aufgeklärten Bürgertums. Die "Verirrung" der Französischen Revolution machte sie jedoch nie zu Apologeten des Ancien régime. Ein Teil von ihnen verteidigte auch während der Jakobinerherrschaft das Recht der Franzosen auf ihre eigene Revolution, wenn sie auch den Deutschen hierbei immer die entsprechende Berechtigung zu einer Revolution mit der Begründung absprachen, daß die Mißstände auf deutschem Boden nach ihrer Meinung nicht so groß seien, wie sie es im Frankreich der Bourbonen gewesen seien. Andererseits versuchten sich die Liberalen von den deutschen Verteidigern des Status quo abzugrenzen - und ganz besonders von der Reaktion, die mit der Übertreibung der Revolutionsgefahr alle Neuerungsforderungen und jegliche öffentliche Diskussion über diese ersticken wollte.¹

Die liberale Kommunikationstaktik versuchte nicht, die Bevölkerung zu mobilisieren, sondern appellierte an die Fürsten und Regierungen, damit diese in ihren Ländern gemäßigte, aber essentielle Reformen ergriffen. Die Französische Revolution scheint keine drastischen Veränderungen in den Forderungen der Liberalen bewirkt zu haben. Zumeist empfahlen die Liberalen in der Öffentlichkeit die Erweiterung der bürgerlichen Freiheiten, wie der Unternehmens- und Redefreiheit, die Abschaffung der größten Adelsprivilegien usw.. Der Unterschied zwischen den "Programmen" der Liberalen und reformistischen Konservativen zur Modernisierung der Gesellschaft war keineswegs immer klar. Die Einstellung der Liberalen zu den bestehenden Verfassungen wurde jedoch nur durch Toleranz und die Hoffnung charakterisiert, daß unter der Führung der Fürsten oder im Rahmen der alten Ständemacht bedeutende Reformen zustande gebracht werden könnten, während die Verteidiger des Status quo wiederum bestrebt waren, mittels direkter oder indirekter Methoden, die Notwendigkeit der bestehenden politischen Systeme oder ihre Überlegenheit im Vergleich mit anderen Alternativen zu beweisen. Das Ideal der Liberalen war ein Rechtsstaat, in dem die Interessen und der Einfluß des gebildeten Bürgertums gesichert waren und die Macht des Herrschers auf die eine oder andere Weise beschränkt wurde. Wie schon in früheren Jahrzehnten hatten die politischen Forderungen der Liberalen auch in den neunziger Jahren des 18. Jh.s in der Öffentlichkeit die Tendenz, zu verschiedenen Surrogaten der Gewaltenteilung und Konstitution zusammenzuschumpfen, wie z.B. zu Forderungen nach Legalität, gerechten Gesetzen und nach der Freiheit der politischen Presse.² Daß die Anhängerschaft der beschränkten Monarchie und der politischen Rechte des oberen Bürgertums im liberalen Denken aber schon eine Bedeutung hatten, zeigt die Art vieler Liberaler, die Entwicklung der Französischen Revolution dadurch zu "kanonisieren", daß die konstitutionelle Monarchie und die Girondistenherrschaft als eine akzeptable und sogar bewundernswerte Phase der Revolution dargestellt wurden.³ Gerade kurz vor der Jahrhundertwende wurden in der deutschen Öffentlichkeit diejenigen - allerdings immer noch in der Minderheit bleibenden - Stimmen lauter, die ein tiefes Mißtrauen gegenüber den Entwicklungsmöglichkeiten der Gesellschaft ohne eine Teilung der politischen Gewalt zum Ausdruck brachten.⁴

Die radikale Entwicklung der Französischen Revolution hatte zu einem

gewissen Grade Stellungnahmen der Liberalen hervorgebracht, nach denen die Verfassung Großbritanniens in der Praxis trotz ihrer geringen Mängel vielleicht doch das sicherste und beste Modell einer beschränkten Monarchie war. Die Frage, ob unter den Liberalen wegen der Revolutionsextremismus die Anglophilie, die Bewunderung der britischen Konstitution also, zunahm, wie einige Feststellungen aus jener Zeit glauben lassen würden, und ob aus der Einstellung zu den politischen Institutionen Englands ein Kriterium der Unterscheidung zwischen den deutschen Liberalen und Radikaldemokraten wurde, wie GRAB vermutet hat, läßt sich wegen der allgemeinen Zurückhaltung, die die liberalen politischen Schriftsteller bei der Beurteilung der verschiedenartigen monarchischen Systeme an den Tag legten, nicht leicht klären.⁵ An der von den konservativen Anglophilen aktualisierten theoretischen Diskussion darüber, ob die englische Konstitution oder die französische Verfassung von 1791 die überlegene war, beteiligten sich die Liberalen nicht intensiv. Selten waren in der liberalen politischen Literatur der Jahrhundertwende auch offene Erörterungen über den allgemeinen Vorbildwert der britischen Konstitution, ganz zu schweigen von Empfehlungen zur Nachahmung einer Konstitution nach britischem Muster in Deutschland. Die Zeit war allem Anschein nach nicht günstig für eine Verteidigung der Verfassungsreformen. In der Atmosphäre der Reaktion war die Gefahr, zu einem Umstürzler abgestempelt zu werden, groß, und viele Liberale zogen den Status quo mit seinen Mißständen zweifellos dem Risiko des Abtreibens in eine demokratische Republik vor. Auch waren die konkreten Situationen, in denen man für Verfassungsreformen hätte eintreten können, sehr gering.

Völlig zum Stillstand gekommen waren auch während der Revolutionskriege die Bestrebungen nicht, die die Grundlagen der politischen Macht zu verändern trachteten, wenn sie auch ohne konkrete Ergebnisse blieben. In einigen Gebieten Deutschlands, in denen den Ständen die Erhaltung ihres Einflusses wenigstens zu einem gewissen Grade gelungen war, gab es um die Jahrhundertwende konkrete Versuche zur Verbesserung der Verfassungsverhältnisse in die Richtung einer konstitutionellen Monarchie.⁶ Diese Tendenzen wurden in der politischen Öffentlichkeit gewöhnlich energisch unterstützt, besonders in anonymen Flugschriften. Eine vorher nie gesehene politische schriftstellerische Tätigkeit zur Verwirklichung politischer Reformen entstand im Zusammenhang mit dem

Reformlandtag in Württemberg (1797-1799). Entsprechende Reformvorlagen enthielt auch die Flugschriftenflut von 1799-1802 in Bayern, die die Einberufung des Landtags forderte. In beiden Ländern wurden auch revolutionäre Stimmen laut, die die Republik propagierten. Dieser Aufschwung des Radikalismus dürfte in erster Linie durch die aufgrund der Kriegsstrapazen entstandene Unzufriedenheit und das Eindringen der französischen Truppen in Süddeutschland genährt worden sein.⁷ Ein Ansporn für die "republikanische Bewegung" Bayerns dürfte auch das Gefühl der von der Dynastie unabhängigen Staatssouveränität gewesen sein, das als Gegenreaktion zu den Plänen der Wittelsbacher und Habsburger, Bayern gegen Belgien einzutauschen, entstanden war.⁸ Wie die Untersuchungen von ZIMMERMANN und SCHEEL zeigen, akzeptierte die Mehrheit der fortschrittlichsten Pamphletisten jedoch die alte Fürstentmacht, forderte aber wesentliche Veränderungen des bestehenden Systems. Die Ausweitung der Landtagsvertretung, die Nivellierung der Rechte und Pflichten der verschiedenen Stände, das regelmäßige Zusammentreten des Landtags und die Vergrößerung seines Einflusses in der politischen Beschlußfassung sowie die geschriebene Verfassung hatten eine zentrale Stellung unter den Forderungen der Gemäßigten, und gerade sie offenbarten die Anhängerschaft der konstitutionellen Richtung. Die Legitimität der Reformen begründeten die Pamphletisten für gewöhnlich mit der eigenen Geschichte und praktischen Aspekten, selten mit positiven Erfahrungen mit den Regierungssystemen anderer Staaten. Die Verfassungen der Französischen Revolution fungierten in diesen Schriften allerdings oft als negative instrumentelle Symbole. Sogar in Bayern, wo die Anglomanie ein Element der Verfassungsdebatte gewesen sein soll⁹, scheinen die Empfehlungen zur Nachahmung der britischen politischen Institutionen bescheiden geblieben zu sein. Wenn man in den Forderungen nach gewissen Teilreformen, nach einem ausgedehnten Petitionsrecht u.a. nicht ausdrücklich eine implizite Anhängerschaft des britischen Vorbildes sehen will, reduzieren sich die Hinweise auf die Verfassung Großbritanniens auf recht allgemeine Bemerkungen über die Vorteile konstitutioneller Systeme wie: "Leset die Geschichte ... Ihr werdet finden, welche Staaten glücklicher sind und waren, diejenigen in welchen P a r l a m e n t e , Reichs- und Landtagsversammlungen u.s.w. gehalten werden, oder diejenigen, worin dieses nicht geschieht ... Verwerft also eure unbegründeten Vermuthungen und widersetzt

euch nicht ferner dem großen constitutionellen Mittel zur Verbesserung des gemeinen Landeswohls".¹⁰

Der bekannteste Fürsprecher einer eingeschränkten Monarchie nach britischem Vorbild in Deutschland war in den neunziger Jahren des 18. Jh.s zweifellos der Schriftsteller und Journalist Christoph Martin Wieland aus Weimar. Seine Sympathie für die britischen Konstitution offenbarte sich schon in der Entwicklung seiner Ansichten über die Revolution. Die Hauptziele der Französischen Revolution hieß Wieland mit Begeisterung willkommen, aber schon seit dem Herbst 1789 ließ sich in seiner Einstellung ein Schwanken zwischen Hoffnung und Skepsis ablesen.¹¹ Die Verfassung von 1791 war für Wieland eine Enttäuschung, weil sie die Prinzipien der beschränkten Monarchie englischen Typs nicht befolgt hatte, sondern zu "demokratisch" war. Er war sowohl für eine starke Herrschergewalt als auch für ein Zweikammernsystem. Obwohl er die Emanzipation des Bürgertums verteidigte und den Adel nicht als für den Staat unbedingt erforderlich erachtete, scheint er der Meinung gewesen zu sein, daß die Situation seiner Zeit - sowohl um der Gerechtigkeit als auch um der Festigkeit des Regierungssystems willen - eine Sicherung der politischen Rechte des Erbadeles mit Hilfe von einer Institution, wie sie England im Oberhaus hatte, erforderte.¹²

Seinen politischen Standort lokalisierte Wieland unter den deutschen "Moderierten", d.h. im von den "Aristokraten" und "Demokraten" unabhängigen Zentrum.¹³ Den Zeitgenossen scheint sein weltanschauliches Profil etwas unklar geblieben zu sein, weil er "zwischen einer radikalen bürgerlichen Kritik am Absolutismus und Furcht vor einer bürgerlichen Revolution" schwankte.¹⁴ Besonders während der Jahre 1791-1793, als er die Entwicklung der Revolution heftig attackierte und in seiner Zeitschrift *Neuer Teutscher Merkur* auch einige deutlich konservative Artikel - allerdings oft mit kritischen Bemerkungen versehen - veröffentlichte¹⁵, mußte er in der Öffentlichkeit wiederholt Vorwürfe zurückweisen, die ihn des Aristokratismus beschuldigten.¹⁶ Später traten in der politischen Linie seiner eigenen Schriften sowie auch der seiner ganzen Zeitschrift eine Richtung, die für die bürgerliche Emanzipation und gegen die ultrakonservative Publizistik und den Koalitionskrieg eintrat, zeitweise sogar stark in den Vordergrund.¹⁷ Deswegen wurde er auch von den extremen Konservativen kritisiert.¹⁸ Von den Konservativen von Hannover, denen Wieland sich in seiner Bewunderung der Verfassung Großbri-

tanniens und teilweise auch in der Revolutionskritik näherte, wich er jedoch darin wesentlich ab, daß die historische Betrachtungsweise in seinem Denken keinen Platz hatte. Zu den Liberalen muß Wieland vor allem deshalb gezählt werden, weil die beste Methode zur Abwehr der Revolutionsgefahr in Deutschland seiner Meinung nach die Verwirklichung von unverzüglichen politischen und gesellschaftlichen Reformen von oben war.

Für Wieland waren nicht nur die Franzosen, sondern auch die Deutschen und die anderen Völker Europas reif für eine konstitutionelle Monarchie nach britischem Muster. Diesen Gedanken verbreitete Wieland in der Öffentlichkeit mit seinen dialogischen Schriften. Die Methode, zu Glaubensstreitigkeiten oder politischen Streitfragen in Schriften Stellung zu nehmen, die auf einem Meinungsaustausch zwischen Vertretern verschiedener Richtungen aufbauten, war schon in der Antike benutzt worden und seit den Entstehungszeiten der Presse allgemein bekannt. Als Form der politischen Kommunikation fand sie häufig Verwendung in den Zeitungen, Zeitschriften und Pamphleten der Wende des 18. und 19. Jh.s.¹⁹ Ihr Vorteil lag in der Gelegenheit zur Widerlegung der Auffassungen der Gegenseite in einer interessanten Form, aber die fiktive Form konnte dem Verfasser bei Bedarf auch einen Schutz gegen die Zensoren bieten.

In dem im Dezember 1790 im *Neuen Teutschen Merkur* erschienenen Artikel "Der Olympische Weiberrath" brachte Wieland zum ersten Mal in der Revolutionsepoche seine Ansicht vom Vorbildwert der britischen Konstitution für andere Völker vor. Die spielerische Konstellation bestand aus einer Versammlung auf dem Olymp unter der Leitung Junos, die Wege zur Rettung der europäischen Monarchien vor der Revolution erörterte. In dem Disput ging es vor allem darum, ob die Gekrönten zu Gewaltmitteln greifen sollten, um ihren Thron zu festigen oder sich auf Aspasias Beobachtung verlassen sollen, "daß ein Volk desto leichter zu regieren ist, je liberaler es regiert wird".²⁰ Das gemeinsam gutgeheißen Resultat der Diskussion war schließlich der von Englands Elisabeth I. vertretene Standpunkt, der kaum etwas anderes ausgedrückt haben dürfte als das eigene Krisenbewußtsein und Reformprogramm des Verfassers. Nach der Überzeugung der Königin boten die Gewaltmittel in der durch die Französische Revolution entstandenen Situation genau-sowenig Hilfe wie irgendwelche Scheinfreiheiten für die Völker, da sich

tiefgehende Veränderungen auf jeden Fall anbahnten. Es ging lediglich darum, ob die auf den Geschmack der Alleinherrschaft gekommenen Herrscher es verstehen würden, freiwillig zu Reformen zu schreiten, bevor man sie mit fatalen Folgen dazu zwingen würde.²¹ Den einzigen Weg sah Elisabeth in der Reformierung der Verfassungen in der Weise, die ihr Volk hundert Jahre früher verwirklicht hatte:

"... die Überzeugung ist nun allgemein, daß nichts als eine C o n s t i t u t i o n , worin die Rechte aller Classen der Staatsbürger klar und bestimmt ausgedrückt und durch gehörige Veranstaltungen gegen alle willkürlichen Eingriffe verwahrt sind, jeden anderen Staat vor ähnlichen Auftritten sicher stellen könne. ... Eine Constitution von wenigen, auf die allgemeinen Vernunft und auf die Natur der bürgerlichen Gesellschaft gegründeten Artikeln, ist das unfehlbare, leichte und einzige Mittel, allen heilbaren Uebeln der politischen Gesellschaft abzuhelfen, die möglichste Harmonie zwischen dem Regenten und den Unterthanen herzustellen, und den Wohlstand der Staaten auf einer unerschütterlichen Grundlage zu befestigen."²²

In den *Gesprächen unter vier Augen* (1798), die ein großes, wenn auch nicht vorbehaltlos positives Echo hervorriefen, versuchte Wieland erneut und in einem ernsteren Ton als früher, zu den deutschen Fürsten über die Notwendigkeit von politischen und sozialen Reformen zu sprechen. Der Ansporn zur Entstehung der Dialoge scheint vorrangig in Wielands Furcht gelegen zu haben, den Franzosen könnte aufgrund ihrer militärischen Übermacht und der Unzufriedenheit in der Bevölkerung ihrer Nachbarländer die Errichtung einer "Universaldemokratie" auf dem europäischen Kontinent gelingen.²³ Diese Gefahr war nach Wieland nur durch eine Politik des Friedens und der Neuerungen abweisbar. Durch den Mund seiner Diskussionsteilnehmer wagte Wieland auch Kritik am Absolutismus, der er sich in sachlicheren, Deutschland betreffenden Zusammenhängen enthielt. Wie Schlözer sprach er dem Vers "for forms of government let fools contest, what'er is best administered is best" des britischen Poeten Pope, der auch oft von den deutschen Verteidigern des aufgeklärten Absolutismus verwendet wurde, seine Legitimität ab. Auch die beste Verwaltung könne unter einer mangelhaften Verfassung die krassesten Mißstände nur mildern, sie aber nicht beseitigen.²⁴ Mit dem Beitrag des Monarchisten Ottobert betonte Wieland die Tatsache, daß die

besten Voraussetzungen für die Kraft nach Außen, den gesellschaftlichen Frieden, den allgemeinen Wohlstand und eine hohe "Lebenserwartung" des Staates keineswegs im Absolutismus gegeben seien, sondern in einem Staat "worin persönliche Freyheit des Bürgers und die Sicherheit seiner Person und seines Eigenthums mit der unverletzlichen und unbestrittenen Autorität der Regierung durch ein unzertrennliches Band verknüpft, durch weise Grundgesetze hinlänglich bestimmt und durch eine wohl-berechnete Vertheilung der höchsten Gewalt garantiert sind".²⁵ In der Wortmeldung Gismunds, die die Vorteile des konstitutionellen Königtums beteuerte, äußerte Wieland den Wunsch, daß ein weiser deutscher Fürst - mit aller Wahrscheinlichkeit war der gerade auf den Thron Preußens gekommene Friedrich Wilhelm III. gemeint - seinem Land eine Verfassung nach diesem Ideal geben würde.²⁶ Als praktischen Maßstab, aber nicht vorbehaltlos positives Modell, empfahl er die beschränkte Monarchie Großbritanniens:

"Denn wie viele Ursache auch die Britten haben mögen, in dieser Hinsicht auf die ihrige stolz zu seyn, so zeigt doch ihr gegenwärtiges augenscheinliches Sinken, daß sie wesentliche Fehler in ihrer Anlage haben müsse, welche der verbessernden Hand der weisesten Klugheit bedürfen. Indessen könnte sie immer, da sie doch die einzige in dieser Art ist, einem künftigen Lykurg zum Muster dienen, sowohl dessen was nachzuahmen,²⁷ als was zu vermeiden oder besser zu machen wäre."

Als Mangel der britischen Konstitution nannte Wieland mit vielen seiner Zeitgenossen die übergroße Macht der Krone und die Schwächen des Repräsentationssystems. Sie ließen sich seiner Meinung nach jedoch leicht beheben, indem man das Wahlrecht erweiterte, die Wahlperiode verkürzte, die Wahlaufsicht zur Verhinderung der Bestechung ausbaute und die Vorrechte der Krone einschränkte, u.a. dadurch, daß der König und die Minister die Anzahl der Pairs nicht nach Belieben vergrößern dürften. Beachtenswert ist es, daß Wieland auch das Recht der Krone kritisierte, selbständig über die Außenpolitik zu entscheiden. Dieses Detail, auf das auch Immanuel Kant bei seiner Kritik des englischen Regierungssystems hinwies (1798), war zweifellos sehr zeitgebunden, entstanden aus der Bitterkeit über die Kriegsbereitschaft und die Koalitionspläne, die die Regierung Großbritanniens genauso wie die Höfe in

Deutschland hegten. Von den Gesprächspartnern Wielands war es gerade der Vertreter der deutschen Nation, der darin ein Abweichen vom britischen Modell forderte, daß das Recht der Fürsten, Bündnisse mit fremden Mächten zu schließen, einzuschränken ist, da unter ihren eventuellen unglücklichen Folgen immer das unschuldige Volk zu leiden habe.²⁸

Explizit die britischen Modelle in Deutschland zur Nachahmung zu empfehlen, dürfte in der angespannten Situation der Revolutionskriege gewagt gewesen sein. Eine der verschleierte Methoden scheint die bloße Beschreibung der britischen Verfassung im richtigen Moment gewesen zu sein, d.h. dann, wenn Pläne zur Erneuerung der Verfassung aktuell waren. Hierzu muß wahrscheinlich eine Beschreibung der englischen Konstitution gezählt werden, die 1796 in den *Europäischen Annalen* - einer der bedeutendsten historisch-politischen Zeitschriften jener Zeit, die sogar in Großbritannien verfolgt wurde - veröffentlicht wurde. Der Herausgeber dieser Württemberger Zeitschrift, der Badener freie Schriftsteller Ernst Ludwig Posselt, läßt die politische Linie seiner Zeitschrift im allgemeinen durch knappe Kommentare und eine dafür umso parteiischere Selektion des Materials zum Ausdruck kommen, was angesichts der Württemberger Zensurverhältnisse und der heiklen Lage des Landes im Kriegsgebiet auch sehr verständlich ist. Die zähe Kriegsopposition und die sehr einseitige Veröffentlichung von französischem politischen Material gaben der Zeitschrift zeitweise eine französisch gesinnte Note, weshalb Posselt auch der revolutionären Gesinnung verdächtigt wurde.²⁹ Aber schon aufgrund seines Staatsformverständnisses erweist sich Posselt als Frühliberaler und dürfte ein Sympathisant des individuellen Württemberger "Konstitutionalismus" gewesen sein, der sich dem Erhalt der bürgerlich-oligarchischen Ständemacht, des mit einem "Parlament" gleichgesetzten Landtagwesens verpflichtete.³⁰

Als im Frühjahr 1796 die Kriegspolitik des Landesherzogs, der sich die Stände über ihre ständigen Ausschüsse konsequent widersetzt hatten, in eine unhaltbare Lage geraten war und Württemberg sich den Waffenstillstand von Frankreich durch die Verpflichtung zur Zahlung von beträchtlichen Kontributionen "erkaufen" mußte, drängten die Stände Ludwig Eugen um der Steuerbewilligung willen zur Einberufung des Landtages, der das letzte Mal vor einem Vierteljahrhundert zusammengekommen war.³¹ Die dem sog. Reformlandtag vorausgegangene Pam-

phetendebatte über die Ausglei chung der Lasten für die Stände und die Reformierung des Landtags war auf ihrem Höhepunkt, als Posselt im Oktober 1796 seine Schrift über die Konstitution der Briten veröffentlichte. Von dem Grad ihrer Anglophilie zeugt z.B. die Behauptung, daß Englands staatliche und wirtschaftliche Macht "ganz das Werk seiner gl ü c k l i c h e n C o n s t i t u t i o n " sei oder die Ansicht, daß das durch Erfahrungen glaubwürdig gewordene britische Regierungssystem "sich jenem I d e a l e i n e r g l ü c k l i c h e n S t a a t s f o r m nähert, das schon die Weisen des Alterthums sich dachten".³² Kein einziges Wort der Schrift bezieht sich auf Württemberg. Als Begründungen für die Schrift führt Posselt eine Anzahl allgemeiner Gründe an, wie den, daß in England vor kurzem eine Parlamentswahl abgehalten worden war und fortwährend ein Disput über das Wesen der Verfassung geführt wurde oder den, daß in der europäischen Öffentlichkeit die Vergleiche zwischen den Verfassungen Großbritanniens und Frankreichs seit Jahren aktuell gewesen waren, schließlich noch, daß auch in Deutschland immer noch eine fälschliche Auffassung über die Republiken am Leben sei.³³ Für symptomatisch kann schon das Bedürfnis gelten, das der Verfasser zur Erläuterung seiner Motive und zum Ausschließen von Faktoren, die mit der Verfassung Württembergs zusammenhängen, verspürte. Dafür, daß der Artikel in Wirklichkeit eine positive Stellungnahme zu der im Land entstandenen Reformbewegung war und auch als solche verstanden wurde, spräche auch der Umstand, daß der Artikel nicht abgeschlossen wurde und in der Zeitschrift auch kein Grund angegeben wurde, warum die versprochene Fortsetzung nicht veröffentlicht wurde.

Inhaltlich gibt es in Posselts Darstellung der englischen Konstitution und ihrer Geschichte Akzente, die - ungeachtet dessen, daß der Artikel fest auf den Autoritäten Montesquieu, Spittler und Schlözer ruhte - die Vermutung stützen, daß Posselt der Diskussion um die Reformierung der Verfassung Württembergs die britische Verfassung als Instrument, vielleicht sogar als direktes Vorbild für die Reform anbot. Schon die Auffassung Posselts von der englischen Reformation als Meilenstein der Verfassungsgeschichte, als Wendepunkt der Meinungen gegen den Absolutismus von Gottes Gnaden kann bedeutet haben, daß er eine Analogie zwischen England und Württemberg sah, denn auch die Geschichte Württembergs war von einem konfessionellen Streit zwischen den Ständen und

den Fürsten beherrscht worden; die Protestanten hatten sowohl gegen Bestrebungen der Fürsten zur Alleinherrschaft als auch gegen die versuchte Begünstigung der Katholiken kämpfen müssen.³⁴ Im britischen Regierungssystem interessierte sich Posselt vor allem für das Kräfteverhältnis zwischen Herrscher und Unterhaus. Die für die Anglophilen gewöhnlich typische Betonung der stabilisierenden, Kontinuität schaffenden Rolle des Oberhauses fehlt bei Posselt, was vielleicht darin seine Erklärung findet, daß der Adel im Württemberger Landtag überhaupt nicht vertreten war. Er sah in dem Recht zur Steuerbewilligung die real wichtigste Machtbefugnis des Unterhauses - in dem gleichen Recht, das sich in Württemberg und anderswo in Deutschland als unbedingte Voraussetzung für den Erhalt einer starken Ständemacht erwiesen hatte, und über dessen Funktion als Beschränkung der Herrschermacht in Württemberg gerade diskutiert wurde.³⁵ Deutlicher als die meisten deutschen Schilderer der englischen Verfassung begriff Posselt, daß das Steuerbewilligungsmonopol des Unterhauses die Krone von der unüberlegten Anwendung ihrer Prerogative zurückhielt. Besonders die britische Praxis, dem Herrscher nur jeweils für ein Jahr Mittel für die Armee und die Marine zu bewilligen, schränkte nach seiner Meinung die außenpolitische Selbständigkeit der Regierung in wirkungsvoller Weise ein. Andererseits betonte Posselt, daß der König Großbritanniens ein wirklicher Herrscher war; er hatte die Verfügungsgewalt über einen Drittel der Souveränität. Das Beste am britischen System war nach Posselt die Bewegungsfreiheit, die dem König gelassen worden war. In einem positiven Sinne verliehe sie der Behauptung, daß der englische König genauso viel Macht wie Verstand habe, ihre Berechtigung. In der Posseltschen Interpretation bedeutete dies, daß die Wirkungsmöglichkeiten eines Königs, der das Vertrauen des Volkes genoß, in Großbritannien nahezu unbegrenzt waren, während ein zum Despotismus neigender Monarch immer die volle Kraft des Widerstandes durch den "Volks-Geist" erfahren mußte.³⁶ Ob mit der Betonung der starken Herrschermacht von Posselt auch eine Beschwichtigung des Württemberger Hofes beabsichtigt war, ist schwer zu sagen, aber sie zeugte auf jeden Fall von einer Distanzierung von der französischen Verfassung von 1791. Als ein entsprechender Loslösungsakt von französischen Modellen muß auch die Betonung der Tatsache, daß das Unterhaus der Briten "keine Versammlung von Jan Hagel" sei und die Koppelung der Wählbarkeit an ein beträchtliches Ver-

mögen "eine treffliche Einrichtung" im Inselreich sei, interpretiert werden.³⁷ Den Bund von Eigentum und politischen Rechten verteidigte er mit den für die Zeit üblichen Auffassungen, daß der gesellschaftliche Frieden am besten durch diejenigen bewahrt wird, die bei seinem Schwanken etwas zu verlieren hatten, und daß eigenes Vermögen eine gewisse Unabhängigkeit vom Herrscher schuf, d.h. den Bedarf der Vertreter, Bestechungsgelder entgegenzunehmen, verringerte.³⁸

Posselts Verständnis der englischen Verfassung beruhte hauptsächlich auf der Konzeption Montesquieus. Die umstrittenen Mißstände der britischen politischen Praxis behandelte er nur nebenbei oder relativierte sie. Er gab zwar zu, daß das Gleichgewicht in England deutlich zugunsten der Minister verschoben war, aber diese Entwicklung hielt er für eine vorübergehende Erscheinung, die durch die Revolutionsgefahr hervorgerufen worden sei. Da die Übertragung des Besitzes der Reichen auf die Armen nach seiner Meinung das Ziel einer Revolution nach französischem Muster war, hielt er es nicht für verwunderlich, daß die reichen Parlamentsmitglieder den Ministern 1795 die Befugnis zur Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten gegeben und so zur Schmälerung des "freien Geistes" der Verfassung beigetragen hatten.³⁹ Da Posselt die gleichen antirevolutionären Bills früher heftig kritisiert hatte und sogar behauptet hatte, die Entwicklung von 1795 zeige, wie leicht sich die britische Verfassung auf das Feld der Despotie führen ließe,⁴⁰ und da sich in seiner Zeitschrift auch später die Angriffe gegen die parlamentarische Entwicklung wiederholten⁴¹, vertieft sich der Eindruck noch weiter, daß Posselts Darstellung der britischen Konstitution vom Oktober 1796 ein an den Württemberger Gesetzgeber gerichteter Beitrag war, der für eine beschränkte Fürstengewalt und gemäßigte Gewaltenteilung bezog.

Die Empfehlungen zur Reformierung der deutschen Verfassungen nach dem englischen Modell waren in der deutschen Publizistik also sehr selten,⁴² aber es ist immerhin sichtlich, daß es in Deutschland schon um die Jahrhundertwende einige Frühliberale gab, nach deren Meinung die konstitutionelle Monarchie der Briten nachahmbar und eine funktionierende Alternative für die deutschen Länder und auch die anderen Staaten des Kontinents war.

Die Bemühungen der gemäßigten Bürgertumsemanzipatoren konzentrierten sich aber in erster Linie auf die Ziele der sozialen und wirtschaftlichen Chancengleichheit, auf die Schaffung einer Privatsphäre, die vor dem Eingreifen der Staatsgewalt geschützt war. Aufgrund seiner wirtschaftlichen Führungsstellung war Großbritannien das Land, auf das oft verwiesen wurde, wenn von wirtschaftlicher Freiheit und Entwicklung die Rede war. In Deutschland, wo die Bauernbefreiung und die Effektivierung der Landwirtschaft fortwährend aktuell waren, versuchte man von der landwirtschaftlichen Sachkenntnis der Briten zu lernen.⁴³ Besonders im agrarischen Hannover hoffte man, daß die Personalunion eine detaillierte Nachahmung des englischen Modells ermöglichen würde. Im Namen der Effektivität, sozialer Aspekte und sogar der Abwehr der Revolutionsgefahr forderte der hannoverische Kanzleisekretär F.A. Klockenbring 1793 die Anwendung der Lehren Arthur Youngs und der britischen Gesetzgebung in den deutschen Ländern von Georg III. zur Förderung der Neurodung, ungeachtet dessen, daß die Reform das Grundbesitzrecht der Privilegierten schmälern würde.⁴⁴ Bekanntlich nahmen in der Anfangsphase der industriellen Entwicklung in Deutschland auch die Anhänger der Doktrinen Adam Smiths und die Versuche zur Nachahmung der britischen wirtschaftlichen und technologischen Vorbilder zu. Um die Jahrhundertwende wurde in Deutschland in verschiedenen Zusammenhängen über die Gründe für den Wohlstand Großbritanniens diskutiert. Teils betraf diese Diskussion das Verhältnis von wirtschaftlichem Liberalismus und Merkantilismus zueinander, m.a.W. Überlegungen darüber, in welchem Maße die wirtschaftlich Führungsstellung Englands eine Folge der im Vergleich mit dem Kontinent größeren wirtschaftlichen Freiheit, inwiefern eine Folge der Navigationsakte und sonstiger merkantilistischer Schutzmaßnahmen oder anderer traditioneller, die Handelsinteressen verfolgender außenpolitischer Maßnahmen des Staates war. Das sich an Großbritannien orientierende wirtschaftliche Denken offenbart zwar ein Bewußtsein für die Notwendigkeit von wirtschaftlichen Reformen in Deutschland, aber es kann keineswegs restlos mit der bürgerlichen Emanzipationsbewegung oder dem politischen Frühliberalismus gleichgesetzt werden. Anhänger des wirtschaftlichen Liberalismus gab es auch unter den Konservativen, und für die britischen wirtschaftlichen Vorbilder interessierten sich Fürsten und Beamte in ganz Deutschland.⁴⁵ Am deutlichsten war die Bewunderung des britischen

wirtschaftlichen Lebens dort mit der bürgerlichen Emanzipation verknüpft, wo ihr nicht nur die Forderung nach dem Ausbau der Effektivität und wirtschaftlichen Kraft des Staates zugrunde lag, sondern in erster Linie das Verlangen der Entwicklung der Rechte und der Betätigungsfreiheit des einzelnen Bürgers.

In der deutschen Öffentlichkeit wurde besonders in den liberalen Zeitschriften von August von Hennings die Vorbildhaftigkeit der britischen "bürgerlichen Freiheit" in einer Weise betont, die dem Emanzipationsziel des deutschen Bürgertums und der von Hennings schon in den achtziger Jahren des 18. Jh.s angenommenen Linie, die bürgerliche Freiheit energisch zu propagieren und scharfe Gesellschaftskritik zu üben, die überkommenen politischen Verfassungen aber in Ruhe zu lassen, widerspruchsfrei zur Seite stand.⁴⁶ In seiner ersten Zeitschrift *Schleswigsches Journal* (1792-1793), die noch deutlich vom Geiste der Revolutionssympathien durchzogen war und bald in Holstein verboten wurde, war das Material über die Konstitution und die politischen Parteien Großbritanniens in überwiegendem Maße kritischer Natur.⁴⁷ Trotzdem wurde auch in ihr die Überlegenheit des britischen Systems über "Hofstaaten" vom Typ des französischen Ancien régime eingestanden und vor allem die Abschaffung der Leibeigenschaft im mittelalterlichen England als Beispiel dafür dargestellt, wie mit klugen Reformen auch unter einer Despotie eine Entwicklung in Gang gebracht werden könne, die Freiheit erzeugt.⁴⁸

Im *Genius der Zeit* (1794-1800) hatte sich Hennings' Enttäuschung über die Revolution vertieft und scheint bei ihm als eine Art Gegenreaktion eine Neuausrichtung auf die bürgerliche Freiheit in Großbritannien bewirkt zu haben. Durch die Radikalisierung der Französischen Revolution wurde auch für ihn Großbritannien das einzige Land der Welt, bei dem man das Gefühl hatte, daß dort die positiven und beständigen Resultate der freien Aufklärung genossen wurden.⁴⁹ Der britische materielle Wohlstand war für ihn zusammen mit dem gesellschaftlichen Frieden die Grundlage der Anglophilie: "England, England, wie gerne gehe ich in einer Gedankenreise unter deinen Pächtern in Norfolk herum; wie gerne besuche ich deine blühenden Handels- und Manufakturstädte. Wie weise scheint mir hier die Regierung, wie groß deine Nation, wie glücklich dein Volk, wie sicher die öffentliche Ruhe, die jenes Bild schuf und erhielt!"⁵⁰ Der Artikel "Einige Züge aus der Charakteristik der Eng-

länder" (1794) war inhaltlich eine Rückkehr zu der "Anglomanie", die in der Zeit vor der Revolution geblüht hatte und in der sich die Hervorhebung der Gleichheit in der britischen Gesellschaft, der bewundernswerten Stellung des Bürgertums, des allgemeinen Wohlstands und der Vorzüglichkeit des Volkscharakters wiederholte. Die Englandbewunderung des anonymen Verfassers nahm recht unkritische Züge an, denn den Bildungsstand des Volkes glaubte er so hoch, daß das Antreffen eines Homer im Original lesenden Hufschmiedes nach seiner Überzeugung kein verblüffendes Ereignis gewesen wäre. Die Lohnarbeit 4-5-jähriger Kinder war für ihn lediglich ein Faktor, der den Lebensstandard der Arbeiterfamilien hob. Den Fox Libel Act (1792), mit dem die Entscheidungsgewalt der Jurys u.a. in den Klagen wegen Pressevergehen vergrößert wurde,⁵¹ stellte der Artikel als einen Beweis für den ständig zunehmenden Trend der britischen Freiheit dar.⁵²

Die Verwendung der britischen Freiheit als Mittel zur Verteidigung der Legitimität der bürgerlichen Emanzipation ging deutlich aus der letzten anglophilen Schrift in der Zeitschrift von Hennings, dem Artikel "Schilderung von Irland, Bruchstücke aus dem Tagebuch eines Reisenden. Im Herbst 1794" des Hamburger Freiherrn und Kaufmannes Caspar Voght hervor. Voght, der ein Bewunderer Englands war und zu den liberalen Revolutionsfreunden des Kreises von Sieveking zählte, besuchte Großbritannien 1793-1794 und erlangte während dieser Reise auch dort eine Autoritätsstellung in Fragen der Organisation des Armenwesens. In diesem Artikel, der im *Genius der Zeit* 1796 veröffentlicht wurde, erörterte er die Frage, warum England der Staat "der Wunder der Industrie" und Irland "das Land des Elends und der Trägheit" sei.⁵³ Der wirtschaftlichen Ausbeutung in Irland und der Unterdrückung der Katholiken war er sich durchaus bewußt und er sah in den Mißständen einen Grund für die Heruntergekommenheit des Volkscharakters und die Trunksucht, Faulheit und Unehrllichkeit im Lande. In der Verurteilung der englischen Landbesitzer oder irischen Protestanten lag jedoch nicht der Kern seiner Ausführungen, sondern in der Verwendung Englands und Irlands als konkrete Beispiele dafür, welche Folgen die Freiheit oder ihr Fehlen für den Wohlstand, das "Glück", der Völker haben kann.⁵⁴ Die irischen Mißstände erinnerten nach ihm an die Situation der französischen Provinzen vor der Revolution, aber die tiefsten Ursachen für die Armut des Landes wirkten auch anderswo auf dem

Kontinent: "So geht es fast allen Staaten auf dem festen Land, weil höchste c i v i l e Freiheit und Gleichheit a l l e i n Industrie hervorbringen kann und sie nach einer gewissen Zeit u n f e h l b a r hervorbringt."⁵⁵

Das Beispielpaar Voghts war zweifellos geschickt gewählt, denn mit ihm versuchte er indirekt zu beweisen, daß die Kritik der Konservativen an den Nachahmungsbestrebungen des englischen Vorbildes unbegründet sei; in ganz besonderem Maße sei es unbegründet zu behaupten, der Wohlstand Großbritanniens basiere nicht auf der Freiheit, sondern auf der geographischen Lage oder der Wirkung der physischen Umgebung auf das Erwerbsleben oder den Charakter des Volkes. Er war bestrebt, im einzelnen den Nachweis zu führen, daß Irland aufgrund seiner geographischen Lage, natürlichen Häfen und Binnenwasserrouten genauso große und in Hinsicht auf das bebaubare Land sogar noch bessere Chancen als England zum Aufstieg zur Wirtschaftsmacht gehabt hätte. Genauso wenig reiche die große Bevölkerungszahl, die viele für die wirkliche Grundlage des Reichtums von Staaten hielten, aus, den Wohlstand zu verbürgern, denn dann hätte ja gerade Irland, und nicht England, reich sein müssen. Mit dem Hinweis auf die mißglückten Wiederbelebungsmaßnahmen der irischen Wirtschaft kritisierte er faktisch auch das Vertrauen der Anhänger des Absolutismus in die Möglichkeit, wirtschaftliches Wachstum durch Eingriffe des Staates, wirtschaftliche Gesetze und Erlässe oder durch die Gründung von wirtschaftlichen Einrichtungen zu bewirken.⁵⁶ Der "Sinn der Nation" war nach Voght der Schlüssel zum Wohlstand, aber diese Eigenschaft des Volkscharakters war nicht an und für sich gegeben, sondern ließ sich entwickeln - und würde sich auch in Deutschland von selbst entwickeln, "wenn nur die Hindernisse unserer verkehrten gesellschaftlichen Ordnung aus dem Wege geräumt sind."⁵⁷ Voght forderte die Abschaffung der Feudalprivilegien, und der Monopole sowie die Verwirklichung der Prinzipien des wirtschaftlichen Liberalismus. Obwohl er dem Staat schon deswegen, weil es seiner - offensichtlich von der Revolutionsenttäuschung gefärbten - Überzeugung nach für die Regierung nichts Gefährlicheres gab als den armen und unwissenden Untertanen, die soziale Verpflichtung auferlegte, sich für den ärmsten Bevölkerungsteil einzusetzen, sah er in Übereinstimmung mit dem naturrechtlich-liberalen Gedankengut seiner Zeit die hauptsächliche Aufgabe des Staates darin, daß er nur als sog. Sicher-

heitsanstalt fungierte, als Sicherer des Eigentums und des Lebens der Bürger und der allgemeinen Legalität überhaupt.⁵⁸ Erst die Schaffung eines Zustandes, der an die bürgerliche Freiheit in England erinnerte, würde in Deutschland "die freie Entwicklung der Kräfte" ermöglichen und auch in Deutschland jene glücklichen "Zufälle" - geniale Individuen - hervorbringen, mit deren Auftreten man den wirtschaftlichen Fortschritt der Briten irrtümlicherweise auch zu erklären versucht habe:

"Man mache die Millionen in Deutschland so sicher des Genusses aller Vortheile des Lebens, und die folgende Generation wird die Watte, Arkwrights, Wedwoods hervorrufen, bereichern, benutzen, die jetzt unter uns waste their sweetness in the desert air."⁵⁹

Nach der Radikalisierung der Französischen Revolution gab es im frühliberalen deutschen Gedankengut eine Orientierung auf den Konstitutionalismus und die Bürgerrechte in Großbritannien, und vor allem gab es Sympathien für die Widerstandskraft des britischen Systems gegen die Demokratie und Anarchie. In den Zeitschriften, Pamphleten oder politischen Werken der Liberalen war die Idealisierung des britischen Modells jedoch kein inhaltlich dominierender oder regelmäßiger Zug. Allerdings geben die Umwege, zu denen die Liberalen greifen mußten, um den Deutschen die englischen Vorbilder zu empfehlen, Anlaß zur Vermutung, daß man es wegen der Zensur und des reaktionären Mißtrauens gegen alles Ausländische nur beschränkt wagen konnte, die Anhängerschaft der britischen Modelle in der Öffentlichkeit kundzutun. Trotz der Hindernisse, die sich der Entfaltung der Diskussion in den Weg stellten, scheint es nicht begründet zu behaupten, daß aus der Revolutionsenttäuschung eine hinsichtlich der Intensität oder des Volumens bedeutende Renaissance der Anglophilie hervorgegangen wäre, oder daß aus der positiven Einstellung zu den englischen Institutionen ein klares Kriterium für die liberale Haltung geworden sei. Die These des Jakobinerforschers GRAB über die Orientierung an den Modellen Großbritanniens als Trennlinie zwischen dem liberalen und radikaldemokratischen Gedankengut kann nur unter Vorbehalten akzeptiert werden und auch dann nur, wenn man sie so interpretiert, daß den deutschen Radikaldemokraten eine fast uneingeschränkt negative Einstellung zu den Prinzipien des britischen politischen und sozialen Systems gemeinsam

war. In der Einstellung der Liberalen zur britischen Freiheit war neben der Nachahmungstendenz Widersprüchlichkeit, ja sogar Abneigung festzustellen.

Es ist klar, daß Großbritannien nach der Französischen Revolution auch bei den gemäßigten bürgerlichen Emanzipatoren nicht mehr die gleiche Bedeutung als Beispiel der Freiheit haben konnte wie früher im 18 Jh.. Trotz ihres Scheiterns hatte die liberale Phase der Revolution, deren Prinzipien ein Teil der Liberalen auch später noch als vernünftig und berechtigt in Schutz nahm, Vergleichsmaterial produziert, das sich nachteilig auf die Einschätzungen des von der Tradition "geplagten" britischen Systems auswirken mußte. Verwirrend war für die Liberalen zweifellos auch die Tatsache, daß die anglophilen Konservativen ihre eigene, den Status quo stützende Interpretation von der britischen Freiheit gebildet hatten. Gewöhnlich wurde die prinzipielle Basis des englischen Systems, die immer noch im Rahmen der Montesquieuschen Interpretation verstanden wurde, nicht ernstlich in Frage gestellt, wenn auch in liberalen Zeitschriften in gewissem Maße Kritik ausländischer Autoritäten wie Filangieri⁶⁰, Mirabeau⁶¹ oder Helvetius⁶² an der "Anglomanie" Montesquieus veröffentlicht wurde. Der namhafteste der liberal gesinnten deutschen Kritiker, Immanuel Kant, sprach der britischen Verfassung ihren Wert als Modell der eingeschränkten Monarchie gänzlich ab, denn nach seiner Meinung war sie wegen des legalen und verborgenen Einflusses der Krone bloß eine Maske für den Absolutismus.⁶³ Schon die Bemerkungen der Anglophilen über das "Sinken" der Briten und die Schmälerung des "freien Geistes" der Konstitution aufgrund des Einflusses der Französischen Revolution weisen darauf hin, daß es gerade die parlamentarische und politische Entwicklung Englands in den neunziger Jahren war, die begonnen hatte, die Sympathien der Liberalen für die politischen Institutionen der Briten zu verringern.

IX. DIE DISKUSSION IN DEUTSCHLAND ÜBER DIE BRITISCHE FREIHEIT UND DIE REAKTIONÄRE POLITIK IN ENGLAND

1. Der Radikalismus und die Repressionspolitik in Großbritannien

Die alte Auffassung von Großbritannien als einem Land des friedlichen Fortschrittes in der zweiten Hälfte des 18. Jh.s ist in der Geschichtsschreibung schon vor langem widerlegt worden. Der Revolutionsenthusiasmus erhöhte die politische Aktivität der Briten in großem Maße und verschärfte die Reformforderungen sowohl der alten als auch der neuen politischen Gesellschaften. Außenpolitisch alarmierend waren vom Standpunkt der Regierung aus gesehen die öffentlichen Schreiben einiger politischer Gesellschaften am Anfang der neunziger Jahre des 18. Jh.s an die französische Nationalversammlung und an französische Klubs, in denen nicht nur Sympathie für die Revolution bekundet, sondern auch mit drohendem Unterton der Widerstand des englischen "Volkes" gegen eine eventuelle französischfeindliche Politik der britischen Regierung zum Ausdruck gebracht wurde.¹ Für innenpolitisch gefährlich hielten die Machthabenden die Tatsache, daß einige Gesellschaften versuchten, Schriften von Paine und eigene radikale Reformforderungen in die breite Öffentlichkeit zu bringen. Die öffentlichen Forderungen der Gesellschaften betrafen vorrangig die Verwirklichung der Parlamentsreform - in Dissenter-Gesellschaften auch die Abschaffung der Test- und Korporationsakten -, aber in der Tätigkeit der radikalen Gesellschaften fanden sich auch Elemente der jakobinischen Agitation, und auch revolutionäre Republikaner hatten ihren Platz unter den Erneuerern.² Die Mitglieder der Gesellschaften waren in der Hauptsache bürgerliche Emanzipatoren aus der Mittelklasse, aber die Strapazen des seit 1793 geführten Krieges, besonders die Lebensmittelknappheit und die Preissteigerung, trugen dazu bei, daß auch in den unteren Schichten der Städte Unruhen auftraten. Ab Mitte der neunziger Jahre versuchten sowohl die parlamentarische Opposition als auch zahlreiche Staatsbürgeradressen, die Regierung lautstark zum Friedensschluß mit Frankreich zu drängen.³ Ein fortwährendes Problem für die Regierung war außerdem das rebellierende Irland. Es war bekannt, daß die irischen Rebellen zu Frankreich Kontakte suchten, und die Franzosen versuchten auch, auf diesen Revolu-

tionswillen in Irland zählend, einige Male auf der Insel zu landen, allerdings ohne Erfolg.⁴

Die Frage, wie real die Gefahr eines Revolutionsausbruches in Großbritannien in den neunziger Jahren des 18. Jh.s war, ist nach wie vor umstritten, aber darüber, daß die Gegenmaßnahmen des Kabinetts von Pitt übertrieben waren, sind sich die Historiker weitgehend einig.⁵ Um den Radikalismus zu unterdrücken, wurde ein Spitzelsystem aufgebaut, wurden Dokumente der politischen Gesellschaften beschlagnahmt und Gerichtsverfahren gegen ihre Führer angestrebt, bei denen unter Verwendung zweifelhaften Beweismaterials harte Urteile wegen hochverräterischer Tätigkeit gefällt wurden. Auch die staatsbürgerlichen Rechte wurden auf legislativem Wege eingeschränkt. Die Habeaskorpusakte, die als ein Eckpfeiler des britischen Rechtsschutzes verstanden worden war, wurde 1794-1801 suspendiert.⁶ Die "Copenhagen House"-Versammlung im Freien, die am 26.10.1795 von der angeblich jakobinischen London Corresponding Society veranstaltet wurde und an der 150 000 Menschen teilgenommen haben sollen, sowie ein Zwischenfall auf der Straße am Eröffnungstag des Parlaments (29.10.), bei dem es sich wahrscheinlich um nichts weiter als einen aus der Menschenmenge gegen den Wagen des Königs geschleuderten Stein handelte, von der Regierung aber als ein Attentatsversuch interpretiert wurde, gaben dem Kabinett die Gelegenheit, im Parlament den "Treasonable and Seditious Practices Act", mit dem unter Androhung der Vertreibung aus dem Lande die Schmähung der Majestät, der Regierung und der Konstitution verboten wurde, sowie den "Seditious Meetings Act", der Volksversammlungen von über 50 Personen der Aufsicht durch die Behörden unterwarf, durchzusetzen.⁷ Der "Newspaper Publication Act" von 1798 schränkte das Recht der Presse zur freien Meinungsäußerung ein, und der "Act against Unlawful Combinations and Confederacies" von 1799 erstickte die ohnehin schon schwächer gewordene Aktivität der politischen Gesellschaften der Mittelklasse und die wenigen Versuche der Arbeiterschaft, sich zu organisieren.⁸

Die Opposition der Foxisten war zahlenmäßig zu klein, um den Sieg der reaktionären Politik in England zu verhindern, obgleich sie einige der heftigsten Parlamentsdebatten jenes Jahrhunderts gegen die Einschränkung der bürgerlichen Rechte zustandebrachte und obgleich sie in der bürgerlichen Öffentlichkeit reichlich Sympathie für ihre Versuche

gewann.⁹ Nach der Kriegserklärung von Frankreich (1.2.1793) verlor die Parlamentsopposition beträchtlich an Kraft, als Vertreter vom rechten Flügel der von Herzog Portland angeführten Whiggruppierung begannen, einzeln auf die Seite des Kabinetts überzugehen und als sich die Gruppe in ihrer Gesamtheit 1794 mit Pitt verbündete und sich danach auch an der Regierungsverantwortung beteiligte.¹⁰ Nach der Machtübernahme der Jakobiner in Paris unterstützte auch ein Teil der öffentlichen Meinung energisch die antirevolutionäre Regierungspolitik. Die Furcht, das Eigentum zu verlieren, die sich besonders unter den wohlhabenden Bevölkerungsschichten verbreitet hatte, vergrößerte die Popularität der Regierung. Gleich nach den Septembermorden begann im Oktober 1792 mit der Unterstützung der Regierung eine bedeutende Bürgervereinigung gegen den einheimischen Radikalismus ihre Tätigkeit, die "Association for the preservation of liberty and property against republicans and levellers", der sich binnen kurzer Zeit zahlreiche Bewohner der Hauptstadt anschlossen, und von der im ganzen Land zahlreiche Unterabteilungen gegründet wurden.¹¹ Obwohl die Tätigkeit der radikalen Gesellschaften mit den Akten von 1795 schon fast vollständig gelähmt worden war, behaupteten die Reaktionäre in der Öffentlichkeit, die revolutionäre Aktivität halte im Untergrund intensiv an. Die Revolutionsangst schürten um die Jahrhundertwende auch die geheimen Komitees des Parlaments mit ihren "Enthüllungen" über die Verschwörungen der Revolutionäre in Großbritannien.¹²

Die Entwicklung in England wurde auch in der deutschen bürgerlichen Öffentlichkeit zur Notiz genommen. Der Erfolg der reaktionären Politik in einem Land, dessen Bewohner von der anglophilen Tradition als eine ihre Freiheit unerschütterlich verteidigende Nation beschrieben worden waren, rief Erstaunen hervor. Die Einstellung zu den Geschehnissen ging jeweils davon aus, als wie revolutionär die deutschen Beobachter den britischen Radikalismus einschätzten und für wie berechtigt sie Reformforderungen und mögliche Revolutionsbestrebungen hielten. Da die Fragen der tatsächlichen Gegebenheit der Revolutionsgefahr und der Legitimität der reaktionären Politik auch in der deutschen Wirklichkeit aktuell waren, war es kaum möglich, die politische Entwicklung in England zu kommentieren, ohne auf die eine oder andere Weise zur Berechtigung der reaktionären Politik in Deutschland Stellung zu nehmen.

2. Die positiven Reaktionen der deutschen Konservativen auf die Entwicklung in England

Für die extremen Konservativen war die Revolutionsgefahr international gegeben, in Großbritannien genauso wie im eigenen Land. Gleich nach dem Ausbruch der Französischen Revolution griffen sie wiederholt in ihren Veröffentlichungen die Gerüchte über einen in Frankreich gegründeten Propagandaklub auf, von dem es hieß, daß er Emissäre angeheuert habe, die im Ausland umstürzlerische Ideen verbreiten und für die eingeschränkte Monarchie werben sollten.¹³ Während der liberalen Phase der Revolution glaubte man, daß vor allem Deutschland und die anderen Staaten des Kontinents bedroht waren. Aber schon im Juli 1790 gab Joseph Sartoris *Deutsche Ministerialzeitung*, eine der österreichischen Regierung freundlich gesinnte Veröffentlichung, die 1790-91 in Nürnberg erschien, bekannt, daß sich auch das konstitutionelle England nicht als immun gegen das revolutionäre Gut erwiesen hatte; auch seine Nation sei im Begriff, sich dem gemeineuropäischen "Volks-Consert" anzuschließen, dessen Schlachtruf "Gleichheit aller Stände" heiße. Auch in England wurde nach den Informationen dieser Zeitschrift die Einkammervolksvertretung und die Abschaffung des königlichen Beschlußrechts über Krieg und Frieden gefordert.¹⁴ Mit den ersten Konstatierungen über die Ausbreitung des "Jakobinismus" auf das Inselreich vermischte sich mitunter auch Schadenfreude, denn die Tatsache, daß sich die britische Regierung von den antirevolutionären Aktionen der Monarchen auf dem Kontinent bis 1793 zurückhielt, weckte bei den Antirevolutionären Verärgerung und machte sie sogar für die Behauptungen der französischen Emigranten empfänglich, nach denen Großbritannien nicht nur gerne zusah, wie sein bedeutendster Konkurrent in die Anarchie versank, sondern den Revolutionären auch noch Hilfe leistete, um an Frankreich Rache für die Niederlagen im Krieg in den Vereinigten Staaten zu üben und um seine eigene Handelsmacht zu stärken.¹⁵ In der *Olla Potrida* von H.A.O. Reichard erinnerte man sich noch 1794 nachtragend: "England glaubte durch die französische Revolution ungeheure Vorteile zu erhalten; und jetzt ist diese Revolution den Engländern am ersten zur Last, weil sie ihre innerliche Ruhe gänzlich gestört, ihren Handel zerrüttet und ihre Insel mit Emigranten überschwemmt hat."¹⁶

Die Erklärungen von Burke über die Gefährlichkeit der radikalen

Gesellschaften und über die Revolution als ein internationaler und das Eigentumsrecht gefährdender Risikofaktor und die Zeichen, daß der Revolutionsenthusiasmus in England allgemein im Verschwinden begriffen war, hielten die Konservativen mit Befriedigung fest.¹⁷ Wiederholt wurde in den reaktionären Organen unter Berufung auf Korrespondenten oder mehr oder weniger authentische Informationen aus antirevolutionären britischen Veröffentlichungen betont, wie akut die Revolutionsgefahr in England sei. Die dem Erlassen der Akten von 1795 vorangegangene Situation mit ihren Volksversammlungen und "Attentatsversuchen" verstanden auch die deutschen Antirevolutionäre als eine äußerst kritische Phase in der Geschichte Großbritanniens. Für die meisten von ihnen galt es als erwiesen, daß die Einschränkungen der staatsbürgerlichen Freiheiten eine notwendige Gegenmaßnahme zu den aktiven Revolutionsunterfangen gewesen waren.¹⁸

Mit dem britischen Radikalismus beschäftigten sich in Deutschland auch solche konservative Publizisten, die sich sonst nicht für England interessiert zu haben scheinen.¹⁹ Das Motiv dieser Autoren war auch nicht primär die Besorgnis um die Situation Großbritanniens, sondern der Umstand, daß sich die Zeichen des Revolutionseifers in England als Beweismittel für das Hauptthema der ultrakonservativen Propaganda verwenden ließen, die Verschwörungstheorie. - Nach dieser am Ende des 18. Jh.s in verschiedenen Ländern umstrittenen Theorie hatten Geheimbünde überall in der zivilisierten Welt schon lange vor der Französischen Revolution eine Tätigkeit begonnen, die auf den Umsturz des Christentums, der Monarchien und der Gesellschaftsordnungen abzielte. Im Vergleich mit konkurrierenden Erklärungsmodellen für die Revolution, welche die die Gemüter verwirrende Entwicklung in Frankreich als die Summe vieler Mißstände und unglücklicher Zufälle darstellten, war die Verschwörungstheorie psychologisch befriedigender und für wenig gebildete Bürger genauso leicht zu akzeptieren wie für den Privilegierten, der um den Verlust seines Eigentums und seiner Stellung fürchtete, weil sie anstatt eines diffusen "Sachzwanges" nur einen einzigen Grund für die Revolution aufzeigte, das intentionell böswillige Handeln des Menschen. Da das Wesen der These zudem die Behauptung miteinschloß, es sei aufgrund des geheimen und globalen Charakters des Bundes nie möglich, ihn restlos auszuheben, war es möglich, die geringsten Unruhen und den kleinsten Ausdruck der Unzufriedenheit immer und immer wieder

als Beweis für die ununterbrochene Vitalität der Konspiration zu interpretieren. Die Tatsache, daß das 18. Jh. eine Blütezeit der Freimaurerei und anderer Geheimbünde der Intelligenz war, vermehrte zweifellos noch den Erfolg der These.²⁰ In Deutschland waren die Komplottheorien schon in den achtziger Jahren des 18. Jh.s in der Öffentlichkeit aufgetaucht, als in Bayern der von Adam Weishaupt gegründete Illuminatenorden aufgelöst wurde, der die radikale Aufklärung vertreten hatte und zu dessen Plänen u.a. die Besetzung wichtiger Ämter in Bayern mit Mitgliedern des Ordens gehört hatte.²¹ Während der Revolutionsepoche war es für die Verschwörungstheoretiker eine Selbstverständlichkeit, daß die Tätigkeit der Illuminaten andauere und mit dem Jakobinismus gleichzusetzen sei. Nach den extremsten Behauptungen war die ganze Französische Revolution durch die deutschen "Aufklärer" und Illuminaten herbeigeführt worden.²² Mit Begriffen aus der Verschwörungstheorie wurde auch ein anderes schon in den achtziger Jahren gescheitertes Unterfangen geschildert, nämlich der Versuch des radikalen Theologen K.F. Bahrdt, eine überregionale und überstaatliche "Deutsche Union" der Schriftsteller und Leser zu gründen, die die Aufklärung verbreiten und die fortschrittlichen Schriftsteller aus ihrer Abhängigkeit von den konservativen Verlegern und Buchhändlern befreien sollte.²³ Dort, wo die Freiheit des Wortes knapp bemessen war und einseitig die reaktionäre Kommunikation förderte, war der Boden offenkundig günstig für die Ausbreitung der Verschwörungshysterie. Ein solches Land war im Reich u.a. Österreich, wo die Gemüter zudem noch durch die von der Regierung 1794 aufgedeckten "Jakobinergeheimbünde" erregt wurden.²⁴ Die österreichischen Blätter, *Wiener Zeitschrift* von L.A. Hoffmann und *Magazin der Kunst und Litteratur* waren denn auch in den neunziger Jahren des 18. Jh.s neben der *Eudämonia* die heftigsten Verfechter der Verschwörungstheese.²⁵ In Norddeutschland, wo auch die kritischen Stimmen der Liberalen und Radikaldemokraten an die Öffentlichkeit gelangten, trugen Anhänger der Komplottheorie, z.B. Schirach, der Herausgeber des *Hamburger Politischen Journals*, und die anonymen Herausgeber der *Fliegenden Blätter* in Hannover, ihre Thesen am liebsten mittels Autoritäten vor, u.a. indem sie Informationen aus britischen Quellen über die mutmaßliche Tätigkeit der Geheimbünde veröffentlichten.²⁶

Die radikalen Gesellschaften und die Parlamentsreformbewegung in England boten den deutschen Reaktionären zusätzliches Material für die

Propagierung der Geheimbundthese. Sogar in Norddeutschland wurden dem Publikum übertriebene - aber im allgemeinen eine echte britische Herkunft besitzende - Nachrichten, nach denen die ganze Parlamentsopposition und auch der mit den Foxisten im Verkehr stehende Kronprinz zum "Jakobinerbund" gehörten, angeboten.²⁷ Es wurde behauptet, die Opposition nähme finanzielle Unterstützung vom französischen Nationalkonvent entgegen und sei an der Finanzierung der rebellischen Klubs und der Tumulte des Pöbels beteiligt. Nach der Mitte der neunziger Jahre wurden der Geheimbundarbeit z.B. Dinge zugeschrieben wie die Lebensmittelknappheit in der Hauptstadt, die lautstarke Friedensforderungen hervorrief, die Rebellion der Matrosen in der Kanalflotte von 1797 mit dem Beinamen "eine schwimmende Republik" und die Liquiditätskrise der Bank von London, die durch die Gerüchte über eine bevorstehende Landung der Franzosen im Februar 1797 entstanden war.²⁸

Der Tendenz der deutschen Reaktionäre, aus der Luft gegriffene Vorstellungen von der britischen Opposition als Jakobinerclique zu verbreiten, wohnte insofern eine eigene Logik inne, als viele deutsche Liberale und Radikale bestrebt waren, in der Öffentlichkeit gegen den Koalitionskrieg zu opponieren, indem sie Schriften und Parlamentsreden von angesehenen englischen Oppositionsführern veröffentlichten, die den Frieden verteidigten.²⁹ Eine bedeutende Entwicklung in der Propaganda der Ultrakonservativen beinhalteten denn auch die nach der Mitte der neunziger Jahre zunehmenden Behauptungen, nach denen als Kriterium für den Grad der Geheimbundtätigkeit in England nicht mehr die Forderung nach der Parlamentsreform gelten konnte, sondern diese Rolle jetzt - und in erster Linie - der Kriegsgegnerschaft zufiel. Das Schlagwort "Freiheit" war durch die Parole "Friede" ersetzt worden, behauptete Hofstätters Zeitschrift 1795 in Wien und wußte auch zu erzählen, daß die Verschwörer mit Hilfe der Finanzierung durch die Franzosen gerade in dem Moment im Parlament heftige Debatten für den Frieden in Gang gebracht hatten, als die deutsche vereinigte kaiserliche Armee Siege zu erringen begonnen hatte, und Frankreich vor dem Zusammenbruch stand.³⁰ Die Gleichsetzung von Friedensforderungen und Jakobinismus wurde auch zu einer zentralen Propagandathese gegen die deutschen Andersdenkenden. Eine Anspielung auf eine Verschwörung beinhaltete schon die Art, in der die deutschen Reaktionäre betonten, daß die Argumentation der Kriegsgegner in England und Deutschland dem

gleichen Schema folgte, d.h. die Bestrebung beinhaltete, die Legitimität des ideologischen Krieges zu bestreiten, die Universalität der Revolutionsgefahr zu leugnen und eine Niederlagenstimmung zu verbreiten.³¹ In einem Artikel im *Magazin der Kunst und Litteratur* von 1796 wurde die britische Opposition als Lehrmeister der deutschen Illuminaten und Jakobiner in der vehementen Propaganda gegen den Krieg und die Gesellschaft dargestellt. Nach dem Magazin ließ sich kein anderer Unterschied feststellen, als daß man es in Deutschland nicht wagte, den Herrscher und die Regierung in derselben Schärfe wie in England zu schmähen, sondern sich die Mönche und Gelehrten zum Hauptziel der Angriffe machte.³²

Dem scharfen Vorgehen der Regierung von Pitt zur Erstickung des Radikalismus wurde in den konservativen Schriften nicht nur Sympathie zuteil, sondern es wurde geradezu in eine Autoritätsstellung erhoben. Besonders in den Forderungen nach der Vernichtung der "Pressefrechheit", die eines der zentralsten Ziele der Reaktionäre war, wurde oft auf Großbritannien hingewiesen, das allgemein als Land der großen Gedankenfreiheit galt. Die "Jakobiner", die für Deutschland eine britische Freiheit des Worts forderten, wurden gerne daran erinnert, daß in England gegen die Religion und den Staat gerichtete Schriften sowohl für den Schreiber als auch für den Drucker eine Strafe nach sich zogen.³³ Dies wurde auch den Regierungen gegenüber betont, deren Maßnahmen gegen die Gefahr der Revolution alle erkonservativen Publizisten für unzureichend hielten. "Indeß man diesen = revolutionären Geist in dem freyen England aufs schärfste bestrafet, indeß man wegen jeder Äußerung mit einer für kümmerliche deutsche Gelehrte schrecklichen Geldsumme büßen, und für einige Jahre in ein Gefängniß wandern muß, ..., scheinen unsere deutschen Fürsten und Regierungen auf ihre Gleichgültigkeit gegen das deutsche Jakobinerwesen stolz zu seyn, und Illuminaten geben dieser Gleichgültigkeit, dieser Apathie, dieser politischen Schlafsucht die schönen Namen von K a l t b l ü t i g k e i t , M ä s s i g u n g , B i l l i g k e i t , V e r n u n f t u n d W ü r d e !" kritisierte der entschiedene Eudämonist L.A.C von Grolmann 1794.³⁴ Unter Berufung auf die britische Gesetzgebung forderte in Hannover der Leibarzt des englischen Königs und Gesinnungsgenosse der Eudämonisten, J.G. Zimmermann, von der Regierung, daß sie den Freiherrn Knigge wegen der Verbreitung der Ideen von Paine und wegen

Volksaufwiegelung bestrafe.³⁵ Die Suspendierung des Habeas Corpus, die Prozesse gegen die Radikalen und die Mobilmachung der Landmiliz zur Aufdeckung von Rebellionsvorhaben beschrieben die *Fliegenden Blätter* 1794 als "ein schönes Beispiel für Deutschland" dafür, wie gegen innere Feinde zu verfahren sei, denn - wie es in der Zeitschrift an anderer Stelle hieß - "überall wo anjetzt Indolenz oder Mangel an Muth die Regierung irgend eines Landes lähmt, ..., da nahet sich alles der schrecklichsten Anarchie und dem unvermeidlichsten Untergange".³⁶ Sogar der im Umgang mit Worten vorsichtige Schirach erklärte die Geschichte der Regierung von Pitt 1798 zu einem glänzenden Beispiel dafür, daß keine Regierung ihre Macht wegen einer inneren Rebellion im Staat verliere, wenn die Mitglieder der Regierung unerschütterlich sind; die Revolution könne nur dort gelingen, wo sie von einer fremden Militärmacht ins Land gebracht werde, oder wenn die Herrschenden selber rebellisch, verblendet, schwachköpfig oder dermaßen schlaff seien, wie es Ludwig XVI. gewesen war.³⁷

In der konservativen schriftstellerischen Tätigkeit über die Situation Großbritanniens lassen sich auch einige reformkonservative Züge nachweisen. Nicht alle Antirevolutionäre glaubten, daß Kraftmittel der Regierung alleine genügten, um eine Zunahme der Revolutionsanhängerschaft in Deutschland zu verhindern. Daß der Radikalismus in England nicht an die Macht gekommen war, folgte für sie zumindest teilweise aus den bürgerlichen Freiheiten. Nach dem Göttinger Publizisten Christoph Girtanner konnte die gewaltsame Revolution in Großbritannien trotz der Ausbreitung des "Neuerungsgeistes" nicht ausbrechen, da die Pressefreiheit des Landes es gestattete, daß die der Meinung der Volksmehrheit entsprechende Gegenpropaganda an die Öffentlichkeit gelangte. Die Druckfreiheit erklärte Girtanner 1793 zum zuverlässigsten Mittel gegen Revolutionen. Die Vernünftigkeit ihrer Durchsetzung in Deutschland versuchte er außer mit dem britischen Beispiel auch mit den Erfahrungen im Mainz der strengen Zensur einerseits und mit jenen in Frankfurt am Main, das die Redefreiheit gestattete, andererseits zu veranschaulichen: die Bewohner von Frankfurt hätten keine "Nationalkokarde" getragen, in Mainz sei hingegen sofort nach dem Einmarsch der französischen Truppen ein Jakobinerklub entstanden.³⁸ In antirevolutionärer Absicht wagten es einige Konservative unter Berufung auf das Vorbild Englands sogar, für Deutschland eine Vereinsfreiheit vorzuschlagen, eine Reform, die noch

nicht einmal die deutschen Liberalen oder Radikaldemokraten zu jener Zeit in der Öffentlichkeit propagierten. In einem 1793 in Wien gedruckten Pamphlet empfahl Professor Joseph von Sonnenfels unter dem Schutz der Anonymität allen Regierenden die Staatsweisheit, die Pitt seiner Meinung nach ihm von Rousseau übernommen hatte: Sollte die öffentliche Verwaltung mit ihren Maßnahmen gegen die revolutionären Klubs scheitern, sei deren Gefährlichkeit dadurch zu eliminieren, daß man die Entstehung von Gegenvereinigungen "ehrenwerter" Bürger förderte.³⁹ In Hannover, wo von antirevolutionären Offizieren schon 1792 die von den Konservativen gerühmte "Militair-Association gegen die Aufklärer und Volksaufwiegler in Deutschland"⁴⁰ gegründet worden war, machten die *Fliegenden Blätter* 1794 Propaganda für die gleiche Sache. Das Gestatten von Bürgervereinigungen nach der Art des britischen Freiheit-und-Eigentum-Vereins wäre auch in Deutschland sehr "heilsam", denn nach der von der Geheimbundhysterie geplagten Zeitschrift war es schon verbindlich bewiesen, daß auch in Deutschland Vereinigungen tätig waren, "die im Dunkel zu wichtigen und gefährlichen Zwecken arbeiten".⁴¹

Die Hauptfunktion der konservativen Publizistik war es, die Regierung zu effektiven Maßnahmen zur Abwehr der Revolutionsgefahr zu drängen, und der reaktionären Politik in der Öffentlichkeit Legitimität zu verschaffen. Obwohl einige Regierungen in Deutschland an der Finanzierung der antirevolutionären schriftstellerischen Tätigkeit mitbeteiligt waren, stützte sich die offizielle Reaktion nicht in allzu großem Maße auf die antirevolutionäre Bürgeraktivität, sondern griff hauptsächlich zu verschiedenen Zwangsmaßnahmen wie der strengen Zensur, dem Verbot der Freimaurerorden und der Überwachung der Lesezirkel und der Professoren und Studenten an den Universitäten.⁴²

In der von den deutschen Gebildeten aufrechterhaltenen bürgerlichen Öffentlichkeit vermochte die Geheimbundhysterie nicht zu dominieren. Die Versuche der Komplottheoretiker, die Regierungen mit der Revolutionsgefahr einzuschüchtern und auch die gemäßigten Reformisten als der Revolutionssympathien verdächtig hinzustellen, provozierten bei der Gegenseite zornige Proteste und Spott. Der Radikaldemokrat Rebmann, einer der extremsten Opponenten der erkonservativen Geheimbundhysterie, bezeichnete es als lächerlich, daß in Deutschland der Illuminatismus auch als Erklärung für die reaktionäre Politik von Pitt angeboten wurde, aber im Ganzen scheinen die Englandthesen der einheimischen Komplott-

theoretiker bei den Liberalen und Radikaldemokraten keine große Beachtung gefunden zu haben.⁴³ Besorgter war man in der deutschen Öffentlichkeit hingegen über die Tatsache, daß die Schriften der deutschen Erzkonservativen ab 1797 in den reaktionären Kreisen Großbritanniens Echo und Unterstützung fanden. Von dieser Entwicklung berichtete der deutsche Korrespondent des *Neuen Teutschen Merkur* in einem auf den 12.10.1797 datierten Brief aus London:

"Sie können sich kaum vorstellen, mit welcher Begierde man die vor kurzem erschienene Übersetzung von T i s s o t s Denkmal auf seinen Freund Z i m m e r m a n n in den oberen Zirkeln hier liest, und wie gierig man die alten Weibermärchen von der heillosen Illuminatenrotte, die sich der leichtgläubige Tissot von seinem hypochondrischen Freunde aufschwätzen ließ, und nun auch B a r - r u e l mit seiner Lärmtrompete ausbläst, als ächte Wahrheit verschlingt. Wird denn kein Teutscher, der mit dem Hergang der ganzen Sache genau bekannt ist, diesem thörichten, aber gefährlichen Geschwätz durch unvorderlegbare Tatsachen auf einmal ein Ende machen?"⁴⁴

Derselbe Brief erwähnt noch die Behauptung Robisons - "ein wüthender Ministerialschriftsteller" -, nach der einige englische und schottische Freimaurerlogen angeblich im Briefwechsel mit den Illuminaten in Bayern stünden.⁴⁵ Von den erwähnten Autoritäten fanden gerade die *Memoires pour servir à l'histoire du Jacobinisme* (1797-98) des Emigranten Abbé Barruel und die *Proofs of a Conspiracy against all the Religions and Governments of Europe* (1797) des schottischen Gelehrten John Robison in zahlreichen Auflagen und Übersetzungen, auch in deutschen Fassungen, Verbreitung und erregten in Europa und in den Vereinigten Staaten großes Aufsehen. Beide Werke stützten sich bei der Betonung des Andauerns der Illuminatenstätigkeit, der revolutionären Absichten und der Kontakte mit den Umstürzern anderer Länder auf alte in Bayern zwangspublizierte Papiere der Illuminaten und Schriften der deutschen Komplottheoretiker.⁴⁶ Das Organ der Ministerpartei, der *St. James's Chronicle*, brachte in einem Artikel vom Februar des Jahres 1799 die ganze deutsche bürgerliche Öffentlichkeit mit der Konspirationsthese in Verbindung. In dem Artikel wurde behauptet, die deutschen Publizisten seien fast ausnahmslos Atheisten und mehr oder weniger Anhänger

der Französischen Republik. Als Schleier für die Revolution wurde, typischerweise, die Anhängerschaft des Friedens charakterisiert, worüber sich die "Vergifter" der öffentlichen Meinung überall in Deutschland einig gewesen sein sollen. Für die Unterstützung der "Konspiration" gegen die Religion, die Gesellschaftsordnung und die legalen Regierungen wurden auch die Regierungen Deutschlands verantwortlich gemacht, weil sie die Verbreitung der umstürzlerischen Schriften aus Angst vor Frankreich nicht verhinderten.⁴⁷

Noch gewichtigere Unterstützung für ihre Propaganda erhielten die deutschen Komplottheoretiker aus dem am 15.3.1799 veröffentlichten Rapport des geheimen Komitees des Unterhauses, der die Reaktionäre Politik der Regierung stützendes "Beweismaterial" über geheime britische revolutionäre Tätigkeit enthielt. Der Rapport, dessen zentralen Inhalt Schirach sich schon im Mai in Hamburg zu veröffentlichen beeilte, wußte zu erzählen, daß die United-Irishmen-Gesellschaft in Hamburg eine Unterabteilung gegründet habe, deren Aufgabe es gewesen sei, Kontakt mit der französischen Republik zu halten. Nach der gleichen Quelle soll in Hamburg und Altona eine noch gefährlichere Gesellschaft, die "Philanthropische Gesellschaft" gewirkt haben, an deren Spitze eine etwa zwanzigköpfige Gruppe von deutschen, französischen, englischen und holländischen Revolutionären gestanden haben soll. Das erste Ziel der Gesellschaft sei die Organisierung der Revolution in Norddeutschland gewesen, aber das endgültige Ziel sei die Umwandlung aller Monarchien in Republiken gewesen.⁴⁸ Wegen der Spärlichkeit der Quellen ist es den Historikern nicht gelungen, die Ausbreitung und die Ziele der revolutionären Aktivität in der Gegend von Hamburg während der Jahre 1798-99 eingehend zu klären. Sicher ist jedoch, daß der britische Rapport den Knäuel aus Informationen und Gerüchten, die zu jener Zeit in Hamburg im Umlauf waren, wiedergibt. Die Philanthropische Gesellschaft war im April 1797 von dem deutschen Radikaldemokraten Georg Kerner gegründet worden, der der Privatsekretär des bevollmächtigten Ministers von Frankreich für die Hansestädte, K.F. Reinhard, war. Während der intensivsten Phase in der Tätigkeit der Gesellschaft, als sich der Handelsagent der französischen Regierung, Leonhard Bourdon, 1798 an ihr beteiligte, befanden sich unter den Mitgliedern tatsächlich etwa zwanzig deutsche und französische Radikale. Da auch die Behörden in Hamburg diesen Klub verdächtigten, einen Umsturz vorzubereiten, wurde er auf

einen kaiserlichen Befehl hin schon am Ende des Jahres 1798 verboten. Soviel man weiß, bestanden auch hiernach Kontakte zwischen den Franzosen und deutschen Radikaldemokraten.⁴⁹ Andererseits waren Ende 1798 einige Führer der United-Irishmen-Gesellschaft in Hamburg gefangen genommen worden. Diese Iren, die nach dem Mißglücken der Rebellion von 1798 aus Irland geflohen waren, suchten zweifellos Kontakt mit französischen Agenten und Spionen, die sich zahlreich in Hamburg, das wegen des Krieges zum Haupthafen im Handel zwischen England und dem Kontinent geworden war, aufhielten. Für Großbritannien scheint die Veröffentlichung des Rapports denn auch in erster Linie ein taktischer Zug im sog. Napper-Tandy-Streit gewesen zu sein, bei dem es sich um einen Konflikt handelte, der 1799 über die Auslieferung der erwähnten irischen Rebellen zwischen dem Hamburger Senat und Frankreich einerseits und England andererseits entstanden war. Nach dem russischen Embargo gegen die Hamburger Schiffe lieferte der Senat die Gefangenen trotz seiner Furcht vor Frankreich an das Inselreich aus. Unanfechtbare Beweise dafür, daß die Zusammenarbeit der deutschen und ausländischen Radikalen wirklich auf die Revolutionierung Norddeutschlands abzielte, konnten nicht geliefert werden, aber die Konservativen waren bereit, an die Existenz von konspirativen Unternehmungen zu glauben.⁵⁰ So erklärte auch Schirach den Rapport zu einem auf authentischen Informationen fußenden Dokument und forderte im *Politisches Journal* von den Regierungen Hamburgs und Dänemarks Wachsamkeit.⁵¹

Als beleidigend und gefährlich scheinen die Anspielungen auf Deutschland in der britischen Verschwörungspropaganda besonders von den Liberalen empfunden worden zu sein. Ihre Reaktion ist durchaus verständlich, denn sie wollten in keiner Weise mit den Jakobinern in Zusammenhang gebracht werden, obwohl viele von ihnen Freimaurer und offene Friedensanhänger waren, d.h. die Bedingungen erfüllten, die nach der Komplottheorie für die Feinde der Gesellschaft kennzeichnend waren. Unter den liberalen Journalisten war es besonders Hennings, der - in seinen in Altona erscheinenden Zeitschriften - das Mißtrauen gegen die Deutschen in der britischen Öffentlichkeit und die Enthüllungen des "Marionettenkomitees des Kabinetts" kritisierte.⁵² Ähnliche kritische Einschätzungen gaben Archenholtz' *Minerva*, Hüttners *Englische Miscellen* und in Weimar die liberalen Zeitschriften, *Neuer Teutscher Merkur* und *London und Paris*.⁵³ Die Verärgerung dieser Weimarer Veröffentlichungen

erklärte sich zum Teil daraus, daß die Herausgeber in der britischen Konspirationsdebatte in ein unsachgemäßes Licht geraten zu sein glaubten. Die Namen von Böttiger und Bertuch waren wegen der Briefe, die Bahrdt ihnen geschickt hatte, mit der Deutschen Union in Verbindung gebracht worden, und die Prophezeiung Wielands über die Zukunft Frankreichs in der Diktatur hatten in England die Annahme entstehen lassen, daß er insgeheim schon im Voraus von dem Staatsstreich vom Brumaire hätte wissen müssen, m.a.W. er wurde verdächtigt, ein ehemaliger Illuminat zu sein. An der Wiederherstellung von Wielands Ruf beteiligte sich auch der nach Weimar gezogene J.J. Mounier, der Präsident der ersten französischen Nationalversammlung, in seinem international beachteten Werk *Über den vorgeblichen Einfluß der Philosophen, Freymaurer und Illuminaten auf die Französische Revolution* (1801), dessen Hauptabsicht es war, zu zeigen, daß die Beschuldigungen von Barruel und Robison hinsichtlich des Anteils der Freimaurer am Ausbruch der Französischen Revolution unbegründet seien.⁵⁴ Persönliche Motive waren natürlich nicht der einzige Grund für die Kritik der Liberalen, sondern sie waren sich auch völlig im klaren darüber, daß die Unterstützung, die die Geheimbundpropagandisten im eigenen Land aus Großbritannien erhielten, in den deutschen Regierungen die Angst vor der Revolution und ihre Bereitschaft, die Reaktion zu verschärfen, nährte.⁵⁵

3. England im Urteil der Liberalen und Radikaldemokraten

3.1. Der Einfluß der Reaktion auf die britische Freiheit

Die Entwicklung, die in England zur Dominanz der reaktionären Politik führte, wurde von den deutschen bürgerlichen Emanzipatoren mit großem Interesse verfolgt. Vor allem waren es die langlebigen liberalen Veröffentlichungen, die ihre Stellung in der Öffentlichkeit gefestigt hatten, wie der *Genius der Zeit*, die *Europäischen Annalen*, die *Minerva* und der *Neue Teutsche Merkur* sowie die *Annalen der Britischen Geschichte* von Archenholtz, die dem Publikum regelmäßig eingehende, auf Parlamentsdebatten, Stellungnahmen der politischen Gesellschaften, Gerichtsprotokollen, Briefen und Informationen aus der britischen Presse basierende Schilderungen der Entwicklung in England vermittelten.⁵⁶

Aber auch die jakobinische Publizistik nahm, besonders in Norddeutschland, wiederholt nachdrücklich Stellung zur politischen Entwicklung in Großbritannien. Der wichtigste Druckort der jakobinischen Literatur im Norden war Altona, das zur dänischen Krone gehörte und wo somit die milde Zensur Dänemarks herrschte. Dort gründete 1794 der in vielen deutschen Territorien verfolgte Jurist und Schriftsteller Georg Friedrich Rebmann zusammen mit dem Buchhändler und Verleger Gottfried Leberecht Vollmer und dem Buchführungsgesellen Friedrich Bechtold eine Verlagsgesellschaft. In der Altonaer Verlagsgesellschaft wurden neben Rebmanns eigenen Zeitschriften, die in zahlreichen Neuauflagen überall in Deutschland Verbreitung fanden, auch Zeitschriften und Pamphlete anderer Radikaldemokraten gedruckt, die im Kaiserreich in Schwierigkeiten geraten waren.⁵⁷ In den Methoden und Zielen der liberalen und jakobinischen Berichterstattung lassen sich beträchtliche Unterschiede feststellen, aber gemeinsam war den Vertretern der beiden politischen Richtungen die scharfe Kritik an der reaktionären Entwicklung im Inselreich und die intensive Verbreitung eines Englandbildes in der Öffentlichkeit, das stark von jenem abwich, welches die vorrevolutionäre anglophile Tradition entworfen hatte.

Die gewachsene Empfänglichkeit für die Revolutionsideen, mit der die Regierung in England die reaktionäre Politik begründete, bestritten weder die Liberalen noch die Jakobiner in Deutschland, aber ihre politische Bedeutung schätzten sie auf unterschiedliche Weise ein. Die Welle des Radikalismus von 1792-94 in Großbritannien scheint bei den deutschen Jakobinern die Erwartung eines Revolutionsausbruches jenseits des Kanals gestärkt zu haben. Auch nährte sie bei ihnen bis zum Februar 1793 die Hoffnung, daß es die britische Regierung aus Angst vor einer Volkserhebung nicht wagen würde, sich mit den Feinden Frankreichs zu verbünden. Diesbezügliche Nachrichten erschienen in der deutschen revolutionären Presse noch um die Jahreswende 1792/93. Der Mainzer Professor Georg Wedekind veröffentlichte im *Patriot* kurz vor dem Kriegsausbruch zwischen Frankreich und Großbritannien mit optimistischen Begleitworten versehene Auszüge aus einer "Glückwunschadresse der Glieder der Revolutionsgesellschaft zu Norwiele [= Norwich] und Manchester in England an den Nationalkonvent", in denen bedauert wurde, daß England "bei einem Ringen der Freiheit mit Despotismus" neutral geblieben war, und versprochen wurde, daß das britische Volk

dafür sorgt, daß Georg III. als König von Großbritannien nicht mehr den gleichen Fehler begeht wie als Kurfürst von Hannover, als er seine Truppen gegen Frankreich ziehen ließ.⁵⁸ Die Beteiligung Englands am Krieg weckte bei den Jakobinern Aggressionen gegen die Briten, aber sie erzeugte auch heftige Aufrufe an die britische Bevölkerung zum Widerstand gegen die Regierung und ließ neue Revolutionsspekulationen entstehen.⁵⁹ In Straßburg und in jenen Gebieten Süddeutschlands, die wegen des Krieges keine zuverlässigen Nachrichtenverbindungen mit England mehr besaßen, verbreiteten sich 1794 zähe Gerüchte aus Paris, nach denen der Kopf von Pitt schon auf den Straßen von London herumgetragen wurde.⁶⁰ Im jakobinischen Gedankengut war die Bereitschaft der Mehrheit des britischen Volkes und der anderen Völker zu einer Revolution nach französischem Vorbild eine Selbstverständlichkeit. Während der neunziger Jahre des 18. Jh.s scheinen die Radikaldemokraten jedoch zur Auffassung gelangt zu sein, daß die Wahrscheinlichkeit für ein Ingangkommen der Revolution ohne konkrete Unterstützung der Franzosen genauso klein sei wie in Deutschland. Das Vertrauen in die Kontinuität der Revolutionsbereitschaft der Briten spiegelte sich am Ende der neunziger Jahre in den Behauptungen der Jakobiner wider, nach denen die französischen Invasionsarmeen die Unterstützung der Bevölkerung in Großbritannien finden würden - obgleich solche Erklärungen auch ihren propagandistischen Zweck in den Bestrebungen hatten, das Vertrauen in den Sieg der Franzosen und in die Berechtigung ihres Kampfes zu stärken und die Bewohner des besetzten Rheinlandes in Geldsammlungen zur Verfügungstellung von Mitteln für die Invasion zu bewegen.⁶¹

Die Liberalen in Deutschland hatten die Tendenz, die Verbreitung des Jakobinismus in England zu verharmlosen, besonders nachdem der erste Schock durch die Radikalisierung der Französischen Revolution abgenommen hatte. Diese Einstellung war zweifellos mit dem Bewußtsein verbunden, daß das Schüren der Revolutionsangst in den mit Frankreich im Krieg stehenden Ländern nur den Zielen der Reaktionäre dienen könne. Die liberalen Publizisten stellten gerne diejenigen Informationen aus England in ihren Dienst, nach denen dort die Regierung und deren Anhänger versuchten, alle Kritik an der Innen- und Kriegspolitik als "Jakobinismus" zu interpretieren⁶² und nach denen die Mehrheit der politischen Gesellschaften lediglich mit ihren traditionellen Aufgaben, der

Sicherung der Regierungsform, beschäftigt sei.⁶³ Aus diesem Blickwinkel waren die als revolutionär verschrienen Unruhen in England übertrieben worden oder sie waren durch das Verhalten der Regierung und der Beamten provoziert worden, womöglich sogar von den Reaktionären selbst künstlich organisiert worden.⁶⁴ Eine durch jakobinische Ideen hervorgerufene Revolution hielten die Liberalen für unwahrscheinlich, aber als unmöglich erachteten sie es nicht, daß in England als Protest gegen die reaktionäre Politik eine Rebellion ausbrechen würde.⁶⁵

Eine zentrale Stellung in der Kritik an der Situation in England hatten unter den Liberalen und Radikaldemokraten die überspitzten Thesen, daß die britische bürgerliche und politische Freiheit durch die Reaktion an den Rand des Abgrundes gebracht worden war. Besonders die Repressionsgesetzgebung des Jahres 1795 wurde als ein dramatischer Wendepunkt in der Geschichte der britischen Freiheit verstanden, und sie rief heftige Einsprüche hervor. Die extremste Form des Protestes der Jakobiner vertritt in Köln F.T. Biergans im *Brutus*. Sein Artikel "Ist es erlaubt, einen Tyrannen zu morden?" beinhaltet die Behauptung, die Ermordung von Pitt wäre eine berechtigte Tat, da dessen Regierung den Gesellschaftsvertrag dadurch gebrochen habe, daß sie den Briten schon zwei Drittel ihrer legalen Rechte entrissen habe.⁶⁶ Aber auch den Kommentatoren der Liberalen fehlt es nicht an Aggressivität. Mit dem Motto "Eat you pudding, slave, and hold your tongue" versieht Hennings einen ausführlichen Bericht im *Genius der Zeit* über die Behandlung der "zwei Akten" im Parlament.⁶⁷ Unter der Überschrift "Todeskampf der Freyheit in England" wird dieselbe Angelegenheit von Archenholtz, dem Herausgeber der *Minerva*, behandelt. Archenholtz hatte sich in den neunziger Jahren zum bedeutendsten liberalen Kritiker der Entwicklung in England entwickelt, und er glaubte, daß der in den zwei Akten kulminierende Prozeß, der die Freiheit "gebrochen" hatte, seinen Platz in der Weltgeschichte als eine mit der Französischen Revolution gleichzusetzende Entwicklung finden würde.⁶⁸ Daß das Schicksal der britischen Freiheit wirklich als durch die Seditious Meetings- und Treasonable Practices-Akten auf dem Spiel stehend verstanden wurde, geht auch daraus hervor, daß eine Reihe von bedeutenden Publizisten, u.a. Hennings, Possett, Archenholtz, Ludwig Ferdinand Huber und Christian August Wichmann nach dem Erlassen der Akten begannen, mit der Möglichkeit einer Revolution in Großbritannien zu spekulieren.⁶⁹ Später wiederholten sich

bis zur Niederlage von Pitt (1801) immer wieder die zugespitzten Ansichten vieler deutscher bürgerlicher Emanzipatoren darüber, daß man von der britischen bürgerlichen Freiheit, die Überreste der Druckfreiheit vielleicht ausgenommen, nur noch in der Vergangenheitsform sprechen könne. Behauptungen wie die, daß die Briten in der "Sklaverei", im "Justizinterdikt", im "Staatsgefängnis" oder unter den "Inquisitoren" leben, finden sich außer bei den Jakobinern auch in den Schriften der Liberalen.⁷⁰

Einen mit der Entwicklung der Bürgerfreiheiten analogen Prozeß sahen die deutschen bürgerlichen Emanzipatoren bei den politischen Freiheiten. Die große Anhängerschaft der Regierung von Pitt im Parlament und die entsprechende außergewöhnliche Schwäche der parlamentarischen Opposition brachten um die Jahrhundertwende den Widerspruch zwischen der anglophilen Gleichgewichts- und Gewaltenteilungstheorien und der politischen Praxis klar zum Vorschein: die Tatsache, daß das britische System nicht hauptsächlich auf der Polarisierung von Legislative und Exekutive beruhte, sondern auf deren Zusammenarbeit und teilweisen Verschmelzung. Dieser Umstand wie auch die Stärkung der Stellung des Premierministers wurden in Deutschland wohl genau wahrgenommen, aber die Dominanz der traditionellen anglophilen politischen Theorie im Denken der Zeitgenossen zeigt sich darin, daß die Kritiker diese Erscheinungen als eine gefährliche Entfremdung von dem eigentlichen Wesen der britischen eingeschränkten Monarchie verstanden. Die schärfste Kritik - die in Deutschland besonders am Ende der ersten Premierschaft von Pitt geäußert wurde - behauptete, daß die britische Konstitution nahezu völlig vernichtet worden war. Auch diese extremste Kritik scheint nicht ganz frei vom Einfluß der anglophilen Tradition gewesen zu sein, denn in den Äußerungen der Zeitgenossen offenbart sich mehr oder weniger direkt der Glaube oder der Verdacht, daß sich im Inselreich die Prophezeiung Montesquieus über den Tod der britischen Freiheit, der dann eintreten würde, wenn die Bestechlichkeit der Legislative die Korruption der Exekutive übersteigt, oder die Vermutungen Humes und Filagieris, daß sich England nach dem endgültigen Zusammenbruch des Gleichgewichtssystems wahrscheinlicher zu einer absoluten Monarchie als zu einer demokratischen Republik entwickeln würde, verwirklicht hätten.⁷¹ Da zudem noch die zentrale Figur der Opposition, Fox, in den Jahren 1797-99 demonstrativ den Sitzungen des Parlaments

fernegeblieben war, nahmen in der deutschen Öffentlichkeit die Behauptungen über den faktischen Zusammenbruch der politischen Freiheit, der Opposition und des ganzen Volksvertretungssystems und die verächtlichen Titulierungen der Parlamentarier als vor der Regierung kriechende "Ja-Herren" zu.⁷² Es wurde behauptet, das britische Regierungssystem sei "monarchistisch" geworden oder hätte den Charakter eines Hofstaates angenommen, aber damit war nicht gemeint, daß der Herrscher im engen Sinne des Wortes ein Alleinherrscher geworden wäre, sondern vielmehr, daß die Minister der Exekutive die Macht entrissen hätten und nun im Namen des Herrschers selbst die absolute Macht ausüben. Beliebte Termini, mit denen die Fortschrittlichen den neuen Zustand in England beschrieben, waren "Ministerialsystem", "Ministerdespotismus" oder einfach "Pitts System".⁷³ Man glaubte, daß nicht nur das Parlament, sondern auch der Herrscher, zu dessen Gunsten die Machtverschiebung nach der Meinung der Betrachter nominell geschehen war, zu sehr in Abhängigkeit vom Willen der Minister geraten war. Dies wurde schon aufgrund der formalen Umstände für möglich gehalten, daß in England nach eingebürgerter Sitte die politische Programmrede des Herrschers bei der Eröffnung des Parlaments in Wirklichkeit vom Kabinett verfaßt wurde und, daß die Meinung der Minister aus der Sicht des Herrschers den Willen des Volkes vertrat.⁷⁴ Die mutigsten Kritiker wagten es sogar, auf das persönliche Problem von Georg III. hinzuweisen, auf seinen schwankenden Geisteszustand.⁷⁵

Für die Radikaldemokraten, die die norddeutsche Leserschaft zu erreichen versuchten, war eine zentrale Aufgabe der Kritik an der Entwicklung in England die Lächerlichmachung der Anglophilie, der britischen Freiheit und sogar der ganzen Idee, daß es ein Nebeneinander von Freiheit und Monarchie geben könne. Schadenfreude darüber, daß Pitt in England die Rolle des "Despoten" bekommen hatte, zeigte sich z.B. in den Schriften des aus Preußen und aus Sachsen vertriebenen Radikaldemokraten Andreas Riem.⁷⁶ Riem, für den auch die deutschen Liberalen trotz ihrer kritischen Einstellung zu England noch nicht genügend von ihrer auch außenpolitisch gefährlichen Anglomanie geheilt waren, wollte seinen Lesern mit der Reiseschilderung *Reise durch England* (1799) die Bewunderung der britischen Freiheit austreiben.⁷⁷ Die typischste erzieherische Methode der Jakobiner gegen die Anglophilie waren jedoch nicht Reiseschilderungen, sondern verschiedenartige Sati-

ren, Allegorien und Spottverse. Mit ihrer Hilfe war es natürlich leicht, England und seine Bewunderer zu verspotten, aber offensichtlich wurden sie vorrangig gebraucht, weil die Jakobiner versuchten, auf die wenig gebildeten klein- und unterbürgerlichen Schichten zu wirken und ihre Kommunikation an Formen anzupassen, die in der "plebejischen" Kultur vertraut waren.⁷⁸ Der große Kenner dieser Methoden war Rebmann, der bedeutendste Radikaldemokrat in Deutschland. Sein Streben nach Volkstümlichkeit und die Verknüpfung mit der alten radikalen literarischen Tradition der Satire und der Decknamen geht schon aus den Namen seiner Veröffentlichungen hervor (z.B. *Das neue graue Ungeheuer, Kameleon, Geißel, Schildwache, Obscurantenalmanach, Der politische Thierkreis*).⁷⁹ Die antimonarchische Einstellung der Jakobiner entlud sich vor allem in der Tendenz, die Stellung des englischen Monarchen in ein völlig lächerliches Licht zu bringen. Den Herrscher von Großbritannien bedachte die jakobinische Propaganda ohne jede Scham mit Spottnamen wie "eine gekrönte Puppe", "Georg die Null" oder "Esel in der Löwenhaut".⁸⁰ In einer Satire Rebmanns tritt "Tschartsch die Null" als bloße Marionette auf, die vom Sachverwalter des Teufels, "Guilliam Tipp", nach Belieben bewegt wird.⁸¹ Die Rolle des Herrschers als Befehlsempfänger seiner Ratgeber, die für die Jakobiner auch in absolutistischen Systemen eine typische Erscheinung war, wurde natürlich nicht nur als ein tragikomisches Phänomen dargestellt, sondern auch als ein äußerst gefährliches. Im Fall von England sah man den angeblich kriegslüsternden Minister frei über die außenpolitische Beschlußgewalt des Herrschers verfügen.⁸²

Die radikaldemokratische Publizistik in Deutschland zielte bewußt auf die Charakterisierung Englands als Karikatur aller Freiheit und Aufklärung, als eine in die Barbarei versunkene Kultur. Neben dem Zerfall der politischen und bürgerlichen Freiheit bezogen sich die Jakobiner dabei auf bekannte Mißstände wie den Negersklavenhandel, die Andersgläubige diskriminierende Gesetzgebung und die harte Irlandpolitik der britischen Regierung, die in der deutschen Öffentlichkeit auch in weiteren Kreisen während der Rebellion von 1798 und anlässlich der Gründung der Union zwischen Großbritannien und Irland im Jahre 1801 kritisches Aufsehen erregt hatte,⁸³ sowie auf das Phänomen, daß sich auch in England mit der politischen Reaktion eine Renaissance der religiösen Werte verband. Rebmann legte ironisch dar, daß sich überzeugendere

Beispiele für den Rückschritt in Großbritannien nicht vorbringen ließen als die Verkümmern der Parlamentsdebatten zu Auseinandersetzungen über die Sonntagsheiligung oder darüber, wie viele Kubikfuß Luft für einen Negersklaven im Lastraum des Schiffes zur Verfügung stehen müssen.⁸⁴ Aberglaube, Ungebildetheit und Intoleranz waren zentrale Termini in der Darstellung Riems - eines ehemaligen reformierten Predigers - über den religiösen Zustand in Großbritannien und die Monopolstellung der anglikanischen Kirche.⁸⁵ Mit dem Thema des "gläubig gewordenen Albion"⁸⁶ war die lästerndste Satire Rebmanns über das englische Regierungssystem verbunden, die er in der *Geißel* als Protest gegen die im Winter 1797-98 in England zu Ehren der Siege auf See abgehaltenen Buß- und Bettage veröffentlichte. In dieser liturgisch gehaltenen Schrift verspottet Rebmann die untertänige Ergebenheit des Parlaments gegenüber dem Herrscher ohne Macht. Der Ton der Satire spiegelt sich z.B. in einem Gesang des Unterhauses wider, der nach dem Verfasser zur Melodie von "Jesus, Jesus, nichts als Jesus" gesungen werden soll:

J ü r g e n ! J ü r g e n ! Nichts als J ü r g e n
 Soll mein Wunsch seyn, und mein Z i e l .
 Jetzund [immer] will ich mich verbürgen,
 S t e t s zu spielen J ü r g e n s Spiel.
 Denn mein Wunsch, durch P i t t erfüllt,
 Saget stets: H e r r ! W i e d u w i l l t !⁸⁷

Auch in den Reaktionen der Liberalen zeigte sich eine gewisse Distanzierung von der anglophilen Tradition. Der bemerkenswerteste symbolische Protest und zugleich ein Versuch, die eigene anglophile Vergangenheit zu relativieren, war die Bekanntmachung von Archenholtz aus dem Jahre 1799, die Weiterführung der mittlerweile neunzehn Bände umfassenden *Annalen der Britischen Geschichte* aufzugeben. Seinen Beschluß begründete er damit, daß es für ihn, den ehemaligen Bewunderer Englands, zu widerwärtig war, den fortwährenden Rückschritt der Briten zu beschreiben. Er hielt es für notwendig, sein Publikum daran zu erinnern, daß sein *England und Italien* (1785), gegen dessen Anglomanie auch Riem in seiner eigenen Reiseschilderung scharf opponiert hatte, gar kein Geschichtswerk mit Anspruch auf genaue Objektivität war, sondern nur eine Reiseschilderung, in der der Verfasser das Recht hatte, die Licht- und Schattenseiten ein wenig krass zu zeichnen.⁸⁸ Als eine Art Gegenreaktion veröffentlichte auch Posselt im Jahre 1801 in den

Europäischen Annalen unter der Überschrift "Gemälde der Englischen Constitution, nicht wie sie sein sollte" einen Auszug aus dem Pamphlet *L'Angleterre en 1800* des Franzosen C.Saladin, der durch seine niederschmetternde Kritik an der britischen politischen Praxis in völligem Gegensatz zu der 1796 in derselben Zeitschrift veröffentlichten, auf der anglophilen Staatstheorie basierenden Darstellung derselben Verfassung stand.⁸⁹ Es muß jedoch betont werden, daß aus der Kritik der Liberalen im allgemeinen keine prinzipielle Kritik an der Struktur der britischen eingeschränkten Monarchie wurde und, daß die Reaktionen gegen die anglophile politische Theorie nur Randerscheinungen waren. In der Hauptsache konzentrierten sich die liberalen Erklärungsmodelle für den Verfall der britischen Freiheit auf die Person und Politik Pitts, seine Skrupellosigkeit, mit der er das veraltete Vertretungssystem des Parlaments und die Bestechung in den durch die Revolutionskriege und die antirevolutionäre Atmosphäre geschaffenen außergewöhnlichen Umständen für sich ausnützte.⁹⁰ Die verbitterteste Kritik behauptete sogar, daß Pitt den Krieg absichtlich und gegen den Willen des Volkes in die Länge zog, um seine eigene Machtstellung zu festigen.⁹¹

Die liberale und jakobinische Publizistik führte dazu, daß die Kritik an der Person und Politik Pitts in Deutschland ein großes Ausmaß erreichte und einen aggressiven Ton annahm. Gegen Pitt gerichtete Agitation kam auch dadurch in die Öffentlichkeit, daß in Deutschland Übersetzungen englischer Pamphlete und auch regelrechter Schmähchriften veröffentlicht wurden. Eine der boshaftesten Veröffentlichungen war die von 1795-97 erschienene Reihe *Wilhelm Pitts des jüngeren verkehrte Ministerstreichs*, die der geborene Schweizer und in Leipzig lebende Publizist Christian August Wichmann unter dem Schutz der Anonymität und eines falschen Druckortes veröffentlichte.⁹² In der aggressiven Kritik, die in der deutschen Öffentlichkeit vorgebracht wurde, erschien Pitt als der Schänder des Erbes seines Vaters, des als Verteidiger der Volksfreiheit verehrten Lord Chatham⁹³, als ein Meister der Bestechung, der in dieser Kunst sogar Walpole übertraf⁹⁴, als ein mit Robespierre gleichwertiger Tyrann⁹⁵ und sogar als Feind der Menschenrechte und der ganzen Menschheit schlechthin.⁹⁶ Die in diesen Anschuldigungen enthaltenen Auffassungen, nach denen Pitt die Verkörperung des reaktionären Gedankenguts und der Primus Motor des gegen Frankreich gerichteten "Kreuzzuges" war, sind an und für sich übertrieben, wenn

auch im Lichte der Politik der Regierung Pitts begreiflich. Nach der heutigen Auffassung war die Zähigkeit, mit der Pitt den Krieg gegen Frankreich führte und den einheimischen Radikalismus zu ersticken versuchte, vorrangig durch realpolitische Situationsanalysen bedingt; viel stärker als durch Pitt waren antirevolutionäre Intentionen in der britischen Regierung durch die Georg III. und Burke ideologisch nahestehenden Whigs von Portland vertreten, aber völlig immun gegen die antirevolutionäre "Hysterie" blieb auch Pitt nicht. Die Unterstützung der englischen Truppen für die Royalisten in Toulon im Jahre 1793 kann schon als ein Eindringen ideologischer Elemente in die Kriegsziele der britischen Regierung interpretiert werden.⁹⁷ Eine realistischere Basis hatten jedoch die in Deutschland und England wiederholt vorgebrachten Beschuldigungen, die Pitt der Doppelzüngigkeit bezichtigten. Den Anlaß gaben einige unbestreitbare Veränderungen in Pitts politischen Einstellungen. Mit der Repressionspolitik wurde in England in den neunziger Jahren des 18. Jh.s die Anhängerschaft der Parlamentsreform de facto kriminalisiert, obwohl es sich um eine Erneuerung handelte, die der Premierminister selbst im vorangegangenen Jahrzehnt mit Hilfe zweier Initiativen durchzusetzen versucht hatte. Völlig unbegründet waren auch nicht die Behauptungen, daß die Unterstützung Pitts für die Gegner des Negersklavenhandels im Parlament nur vorgeblich war, denn trotz seiner Sympathie für ihre Unterfangen ließ er es nicht zu, daß diese Streitfrage zu einer Auflösung des Kabinetts führte. Unmoralisch und widersprüchlich muß es auch in den Augen der Zeitgenossen ausgesehen haben, daß es Pitt einigen seiner Minister gestattete, öffentlich den Krieg gegen Frankreich im Namen der Wiederherstellung der Rechte der katholischen Kirche zu verteidigen, während die Regierung in Irland versuchte, die Forderungen der katholischen Emanzipation mit Gewaltmitteln zu unterdrücken.⁹⁸

In der Propaganda der deutschen Jakobiner gegen Pitt zeigten sich auch Zeichen des Einflusses der revolutionären Konspirationstheorie: die reaktionären Kräfte der Welt hätten sich vereinigt, um die Freiheitsbestrebungen der Völker zu zerschmettern. Hiermit hing letzten Endes die Titulierung Pitts als "Feind des menschlichen Geschlechtes", als das "personifizierte böse Prinzip" usw. zusammen, denn in diesen Benennungen offenbart sich das für alle - sowohl konservativen als auch revolutionären - Verschwörungstheorien typische dualistische Denken vom

bitteren Kampf zwischen Gut und Böse, Licht und Dunkel in der Welt.⁹⁹ Die Konspirationspropaganda der deutschen Jakobiner lehnte sich weitgehend an französische Vorbilder an und eine Schlüsselposition hatte in ihr oft der Ausdruck "Pitts Gold".¹⁰⁰ Darauf verwiesen manche linksrheinische deutsche Jakobiner bei ihren Versuchen, die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den französischen Besatzungstruppen und den schweren Kriegssteuern zu beherrschen. "Pitts höllischer Plan" und "Pitts Guineen" galten in ihren öffentlichen Reden und Schriften als Erklärung für mannigfaltige innere und äußere Schwierigkeiten Frankreichs und des Rheinlandes, wie das Fortdauern des Krieges, die Kriegsniederlagen, die antirevolutionären Bewegungen, die Hungersnot, der Zerfall des Werts der Assignaten, unfähige Beamte usw..¹⁰¹ Nach der Niederlage Robespierres wurden die Thesen über die geheime Tätigkeit Pitts zur Zerstörung Frankreichs als Mittel zur Wiederherstellung des Rufs der Revolution verwendet, denn, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, verurteilten die deutschen Radikaldemokraten die Schreckensherrschaft.¹⁰² In einigen Schriften z.B., die der 1796 nach Frankreich geflohene Rebmann von Paris aus in seinen Zeitschriften veröffentlichte, war Pitt eine recht einflußreiche Rolle in der "geheimen" Geschichte der Französischen Revolution zugeteilt worden. Nach den Quellen Rebmanns war die ganze Jakobinerherrschaft faktisch nur eine "britische Söldlingstyrannie" gewesen und Pitt verantwortlich für die Vernichtung der Girondisten. Es hieß sogar, daß "der Arm, welcher das Mordbeil über dem Haupte eines unglücklichen Fürsten Ludwig XVI hielt, zu London war".¹⁰³ Reichard, ein Journalist der Gegenseite, hatte schon 1795 diesen in Frankreich und Deutschland existierenden Glauben an die Allmacht Pitts mit den folgenden Worten ironisiert: "Will ein Pferd in den Nationalställen nicht fressen, so ist's von Pitt bestochen; trägt ein Acker nicht, so hat Pitt ihn unfruchtbar gemacht..."¹⁰⁴

Ähnlich wie für die konservativen Konspirationspropagandisten war der Geheimbund auch für die Radikaldemokraten international und bedrohte alle Länder. Als Beweis für die Existenz des Bundes ließ sich schon leicht der Krieg gegen Frankreich und die reaktionäre Innenpolitik in den verschiedenen Ländern aufzeigen. Tom Paines Thesen über die "Verschwörung der gekrönten Räuber" gegen die Freiheit aller Völker und über die geheime Mitgliedschaft Englands in diesem Bund wurden in den deutschen Jakobinerzeitschriften schon 1792 zitiert.¹⁰⁵ Bald nachdem

Großbritannien zum Hauptgegner Frankreichs im Krieg geworden war, begannen die Radikaldemokraten, ein Bild vom Inselreich als ideologischem Hauptland des antirevolutionären Ideenguts und als einem aktiv die Reaktion verbreitenden Staat zu propagieren, was an sich schon die Auffassung von der englischen Regierung als einem Hauptpfeiler des reaktionären Geheimbundes bekräftigte.

In den Zeitschriften von Rebmann und in den in Altona gedruckten *Satirischen Blättern*, die der Leipziger Autodidakt Johann Christoph Gretschel unter dem Pseudonym Janus Eremita verfaßte, wurde das Geheimbundenken mit den antirevolutionären Vertretern der deutschen politischen Öffentlichkeit in Zusammenhang gebracht.¹⁰⁶ Im Jahre 1798 erklärte Rebmann Pitt und Burke zu den Führern eines internationalen Geheimbundes der Obskuranten und zählte namhafte deutsche Konservative wie Rehberg, Schirach, Girtanner und Gentz zu seinen Mitgliedern. Zu den Erfolgen dieses Bundes zählte er die Resignation, die in der deutschen politischen Öffentlichkeit in einem gewissen Grade Fuß gefaßt hatte, und die den Status quo bekräftigenden Tendenzen, die Freiheitsdiskussion aus der Politik auf den Bereich der Religion und der Moral zu übertragen. Für Rebmann war nämlich gerade die Behauptung, daß die Regierungen den Völkern die Freiheit erst dann gewähren könnten, wenn die Menschen moralisch frei geworden seien, ein Eckpfeiler in der Propaganda dieser "Dunkelmänner". Die Hohlheit der Behauptung demonstrierte er geschickt, indem er argumentierte, daß es genauso unlogisch sei zu sagen, die Menschen dürften nicht ins Wasser, bevor sie zu schwimmen gelernt haben.¹⁰⁷ In einer Satire, die Hoffmann und Grolmann verspottete, hatte der "Große Minister" aus London von ihm die Rolle eines potentiellen Geldgebers für den 'genialen' Plan des Obskurantenordens, die Forderungen der bürgerlichen Emanzipatoren nach politischer und sozialer Gleichberechtigung durch die Adelung aller Mittelstände in der Welt zu eliminieren, bekommen.¹⁰⁸ In der Spottschrift "Mr. Pitts Litaney" ließ Rebmann den Premierminister in der Hölle den Segen des Teufels u.a. für alle "Eudämonisten" und "Schirachisten", "die Knechte des Verfinstererbundes" herabbeten.¹⁰⁹ Die Spitze solcher satirischen Äußerungen war wahrscheinlich oft nur auf die Verspottung der konservativen Geheimbundhysterie gerichtet, aber andererseits wirkte im radikaldemokratischen Denken auch eine echte Angst mit, daß der eventuelle Sieg der Koalitionen über Frankreich den Sieg der Reaktion über

die Freiheitsbestrebungen besiegeln könnte und, daß die Modelle der britischen Reaktionspolitik die deutschen Fürsten zur Nachahmung anregen könnten.¹¹⁰ Hannover, von dem einige Jakobiner zu behaupten wagten, es sei wegen der Personalunion genauso zum Opfer des Despotismus von Pitt geworden wie Großbritannien, wurde als ein Kanal gesehen, durch den die negativen britischen Vorbilder Deutschland bedrohten. In einer Tierkreissatire der *Satirischen Blätter* wurde "Pitt mit der hannoverischen Constitution" als "Fuchs mit der Gans" dargestellt.¹¹¹ Der Artikel "Es soll nicht freimüthig gesprochen werden" in der Zeitschrift *Das neue graue Ungeheuer* (1797), der die aufgrund eines Befehls des britischen Oberbefehlshabers erfolgte Entlassung einiger unter dem Verdacht der Umsturzbestrebungen stehender hannoverischer Offiziere behandelte, betonte in außergewöhnlich deutlichen Worten die Rolle Hannovers als Vermittler der britischen reaktionären Vorbilder und verurteilte streng die in der Öffentlichkeit vorgebrachten Verteidigungen der Geschehnisse:

"Das tyrannische System, welches jetzt zum Ruin der bürgerlichen Freiheit in England statt findet, für deutsche Regenten und Feldherren als nachahmungswürdiges Beispiel vorzustellen, das ist doch gar zu abscheulich. So sollen auch Deutsche, die im Rausche unvorsichtige Reden ausstossen, ihren Familien entrissen und unter einen entfernten Himmelsstrich transportirt, so sollen auch deutsche Offiziere, ohne einmal die Ursache ihrer Bestrafung zu erfahren, verabschiedet werden? Schrecklich genug, daß in mehrern deutschen Staaten ähnliche Ungechtigkeiten begangen sind..."¹¹²

Die Kritik der Radikaldemokraten und Liberalen führte also dazu, daß in der deutschen politischen Öffentlichkeit ein sehr negatives Bild von England als einem Staat, der großen Rückschritt erlitten und seine Freiheit verloren hatte, dominierte. Die kategorisch negative Einstellung der deutschen Jakobiner zu Großbritannien läßt sich schon leicht von ihren ideologischen Ausgangspunkten aus verstehen. Natürlich ist es auch, daß die Liberalen der Reaktionspolitik ablehnend gegenüberstanden, aber ohne Zweifel stand die selbst auferlegte Neutralitätsbestrebung der liberalen Publizisten mit der Übertreibung und Aggressivität in Widerspruch, mit der sie ihre Ansichten vom Verfall des britischen Regierungssystems und der Tyrannei Pitts wiederholten. Dasselbe gilt

auch für die Einseitigkeit ihrer Kritik am Zustand Englands, die den Eindruck entstehen ließ, daß das Inselreich der einzige Staat war, der - ernsthaft - unter der postrevolutionären Reaktion litt. Es scheint denn auch, daß der Sieg der Reaktion in England viel entscheidender für das Verschwinden der Bewunderung der britischen Freiheit aus dem liberalen Denken war als die Errungenschaften und Prinzipien der liberalen Phase der Französischen Revolution. Beschränkt sich die Betrachtung nur auf das Material, das als Kommentar auf die aktuelle politische Entwicklung in Großbritannien z.B. in den führenden politischen Zeitschriften der Liberalen wie in der *Minerva*, den *Europäischen Annalen*, dem *Genius der Zeit* oder in dem *Neuen Teutschen Merkur* veröffentlicht wurde, kann man sicherlich behaupten, daß die anglophile Einstellung nach dem Erlassen der "zwei Akten" aus der liberalen Publizistik verschwand. Dieses Bild wird einzig dadurch getrübt, daß in denselben Zeitschriften, deren politische Artikel zur aktuellen Entwicklung in England den Zustand im Lande recht systematisch kritisierten, noch nach 1795 einige Artikel veröffentlicht wurden, die mit ihrer Idealisierung der britischen politischen oder bürgerlichen Freiheit oder der Bewunderung des britischen Volkscharakters die vorrevolutionäre anglophile Tradition fortsetzten.¹¹³ Sie hatten jedoch eine untergeordnete Bedeutung im Vergleich mit jener am Ende geradezu anglophoben Kritik, die gegen England in den letzten Jahren der neunziger Jahre vorgebracht wurde und die schließlich Proteste einiger Liberaler hervorrief.

Teilweise waren die kategorischen Auffassungen der Liberalen vom Verfall der britischen Konstitution und der Bürgerfreiheiten eine Folge der Informationsquellen, mit deren Hilfe sie sich ein Bild vom Zustand in Großbritannien formten. Die große Abhängigkeit der Liberalen von der britischen oppositionellen und regierungsfeindlichen Publizistik, wurde schon von jener zeitgenössischen Kritik klar erkannt, die gegen die Verbreitung der Englandfeindlichkeit in Deutschland zu protestieren begann. Der mit den Verhältnissen Großbritanniens vertraute Schriftsteller Karl Gottlob Küttner behauptete schon 1796, daß die Thesen von der Degeneration des politischen Systems, der Vernichtung der Konstitution und der allgemeinen Rebellionsgefahr in England ihre Ursachen in der unbegreiflich großen Popularität der britischen Opposition auf dem Kontinent sowie in der Tatsache hatten, daß die deutschen Englandkritiker ihr Wissen nur aus dem *Morning Chronicle* schöpften - wobei der

Morning Chronicle nach Küttner nicht nur die kritischste Oppositionszeitung war, sondern überhaupt die radikalste je in England gedruckte Zeitung.¹¹⁴ Zu einem Organ ähnlich gearteter Kritik wurde um die Jahrhundertwende die von Bertuch und Böttiger herausgegebene *London und Paris*, eine nach der politischen Grundstimmung am ehesten liberale Zeitschrift, in der die deutschen Emigranten in London ihr Staunen und ihre Verärgerung über die anglophobe Wendung ausließen, die sich in der Einstellungen der deutschen Publizistik und der über den Kanal gereisten Deutschen vollzogen hatte.¹¹⁵ Die Leichtgläubigkeit der deutschen Gelehrten gegenüber der Propaganda der Opposition kritisierte z.B. im Jahre 1799 ein Korrespondent der Zeitschrift, der gerade aus Deutschland zurückgekehrt war und die deutsche Reaktion kennengelernt hatte, indem er die deutschen Journalisten, "die Englands Untergang bis auf das Datum voraussagen, auf das Ansehen der *Morning Chronicle* oder des *Couriers* hin, nachschreiben und nachschreyen, daß jetzt in London eine politische Inquisition sey, daß man kein Wörtchen wider das Ministerium sagen dürfe, daß die Fremden außer Land gesandt würden, daß Pitt rase, daß die Bank gebrochen sey, daß jeder eine Änderung wünsche usw.", verspottete.¹¹⁶

Diese Kritik war nicht unbegründet, denn beide erwähnten liberalen Zeitungen wurden in deutschen liberalen Zeitschriften zitiert und besonders der *Morning Chronicle*, das radikale Organ der Foxisten, dessen Herausgeber und Drucker im Jahre 1798 wegen der politischen Gewaltigkeit der Zeitung eine kurze Gefängnisstrafe verbüßen mussten, genoß bei den deutschen Liberalen, und auch Jakobinern, Ansehen. Für Hennings z.B., der den Lesern seine Quellen außergewöhnlich akkurat mitteilte, war diese Zeitung um die Jahrhundertwende die wichtigste Quelle in Sachen England.¹¹⁷ Der in Leipzig wohnende Brite Herbert Marsh entrüstete sich darüber, daß es in Deutschland seit einiger Zeit "eine zahllose Menge Schriftsteller" für berechtigt halte, England "in dem gehässigsten Lichte" darzustellen und, daß dem Publikum den Premierminister entwürdigende Schriften in der Art der *Verkehrten Ministerstreich*e angeboten würden, und er warf den deutschen Gelehrten in den Jahren 1798 und 1799 scharfsichtig Schwarzweißdenken, Idealisierung der politischen Ziele von Fox und übermäßige Kritik an den Motiven Pitts vor.¹¹⁸ Es ist bemerkenswert, daß Marsh seinen ersten Protest in einer angesehenen liberalen Zeitschrift an die Öffentlichkeit bringen konnte, in

Wielands *Neuem Teutschem Merkur*, der Pitt früher sehr kritisch gegenüber gestanden hatte.¹¹⁹ Böttiger, der damals faktisch als Redakteur der Zeitschrift fungierte, wollte sich in keiner Weise zur Verteidigung der britischen Mißstände bekennen, aber er stellte Marsh die Seiten der Zeitschrift deshalb zur Verfügung, weil nach seiner Meinung die Englandfeindlichkeit namhafter deutscher Journalisten, wie Archenholtz, schon außenpolitisch gefährlich geworden sei und den französischen Interessen diene.¹²⁰ Die Schriften von Marsh, die an sich Plädoyers für die Kriegspolitik Pitts waren, stießen wohl auf ein freundliches Echo, aber nicht so sehr bei den Liberalen, sondern bei den anglophilen Konservativen.¹²¹ Archenholtz, der auch außerhalb Deutschlands als Bewunderer der britischen Opposition bekannt war,¹²² veröffentlichte dagegen in der *Minerva* eine giftige Gegendarstellung, in der er Marsh als "Parteiknecht" abstempelte und seine alten Auffassungen von Fox und seinen Anhängern als selbstlose Verteidiger der Freiheit des Volkes wiederholte.¹²³

Die Abhängigkeit der Deutschen von der regierungsfeindlichen Kritik der britischen Oppositionskreise ist offensichtlich, aber um eine Antwort auf die Frage zu erhalten, warum die deutschen Liberalen die Auffassungen der britischen Quellen vom Verfall der englischen Konstitution und der Freiheit des Volkes so intensiv und aggressiv wiedergaben, muß nach dem Sinn und nach der Bedeutung der liberalen Englandkritik unter dem Blickwinkel der Situation in Deutschland gefragt werden. Natürlich läßt sich die Aggressivität gegenüber der Entwicklung in England auf eine Kritik an dem Phänomen der Reaktion selbst zurückführen, und ganz besonders bei den Liberalen liegt die Vermutung nahe, daß in der Verurteilung der britischen Reaktion eine allgemeine Opposition gegen die Reaktion ihren Ausdruck fand, die man unter der eng begrenzten Freiheit des Worts nicht direkt an die Regierungen in Deutschland zu richten wagte. Völlig fremd scheint dem liberalen Denken auch nicht die Furcht gewesen zu sein, daß die Festigung der Reaktion in England die deutschen Regierungen zur Verschärfung ihrer eigenen Reaktionspolitik ermutigen könnte.¹²⁴ Als tiefster und aus den Äußerungen der Zeitgenossen leicht zu erschließender Grund für die Aggressivität, mit der die Liberalen den Zustand in England darstellten und die die anglophile Orientierung an den politischen Institutionen der Briten aus den liberalen Veröffentlichungen verdrängte, muß die konkrete

politische Situation des deutschen Kaiserreiches gesehen werden, die durch die Revolutionskriege verursachte Krise, und die damit verbundene Verlagerung des Schwerpunkts in den politischen Wirkungsbestrebungen der Liberalen mit ihren Veröffentlichungen. Noch in der ersten Hälfte der neunziger Jahre des 18. Jh.s war die bürgerliche Emanzipation das zentrale Ziel der Liberalen gewesen. Dieses Streben hatte anfangs von dem Vorbild der Französischen Revolution starke Impulse erhalten, und später fanden die mit der Ausbreitung der Revolutionsenttäuschung aufgetauchten Zeichen einer Renaissance der Anglophilie ihren Eingang. Der Sieg der Reaktion schwächte zweifellos die Überzeugungskraft der britischen Modelle. Über kurz oder lang hätten sich die Liberalen offensichtlich mit dem Verhältnis der anglophilen politischen Theorie zur politischen Entwicklung im England der neunziger Jahre des 18. Jh.s beschäftigen müssen, aber solche Fragestellungen waren bedeutungslos geworden, weil die Möglichkeiten, die bürgerliche Emanzipation voranzutreiben, durch die rauhe Wirklichkeit der Reaktion und der Revolutionskriege zunichte wurden. Dies galt gerade besonders für die Liberalen, die nicht bereit waren, in einen offenen Konflikt mit den Machthabern zu treten. Bekanntlich führte dies zu Resignation und zur Abschwächung der Freiheits- und Reformdiskussion,¹²⁵ aber es ist nicht angebracht, die Apolitisierung für das Kennzeichen der bürgerlichen Öffentlichkeit Deutschlands während der Revolutionskriege zu halten. Als solches kann vielmehr die Tatsache gelten, daß die Träger der bürgerlichen Öffentlichkeit ihre Aufmerksamkeit weg von den Fragen der politischen Theorie und der bürgerlichen Emanzipation und auf die akute politische Situation, nämlich die Fragen um Krieg und Frieden richteten. Wie HOKKANEN gezeigt hat, wurde in Deutschland spätestens seit dem Frieden von Basel heftig über den Revolutionskrieg debattiert. Die Kerntruppe der publizistischen Opposition für den Frieden waren Liberale und Jakobiner, die nach dem Ausscheiden Preußens aus dem Krieg der Fortsetzung des Reichskrieges negativ gegenüberstanden und die vor allem einen allgemeinen Frieden in Europa forderten.¹²⁶ Diese Präferenz der Friedensfrage wurde gerade bei den Liberalen, deren Haltungen sich, anders als die der Jakobiner, nicht mehr auf die Revolutionsbewunderung zurückführen läßt, zu dem Faktor, der sich entscheidend auf das Englandbild und die ganze Argumentation über den inneren Zustand und Freiheitsgrad des Inselreichs auswirkte.

Aus den Stellungnahmen aus der Zeit des Rastatter Kongresses und dem Vorabend des zweiten Koalitionskrieges geht unwiderlegbar hervor, daß der eigentliche Nährboden der Englandfeindlichkeit der Krieg war, genauer gesagt die Rolle Englands als Hauptgeldgeber der Koalitionen und als zäher Widersacher Frankreichs auch noch nach dem Ausscheiden seiner Verbündeten auf dem Kontinent - Österreich und das restliche Reich im Jahre 1797 mit einbegriffen - aufgrund ihrer Kriegsniederlagen. *London und Paris* hielt 1798 fest, daß der Krieg zu einem entscheidenden Wendepunkt für die Bewunderung Englands geworden war; seit Kriegsanfang kamen aus Deutschland Reisende über den Kanal, denen in England nichts mehr recht zu sein schien.¹²⁷ Den allgemeinen Haß auf England brachte Archenholtz 1798 damit in Verbindung, daß England den Krieg weiterführte und auch andere zum Krieg aufzuwiegeln versuchte.¹²⁸ Auf die Leiden, die die Kriegspolitik der englischen Regierung in Deutschland verursacht hatte, wies auch Hennings hin, als er 1799 die Gegenkritik zurückwies, die in der deutschen Öffentlichkeit aufgrund der Englandfeindlichkeit aufzukommen begann.¹²⁹ Aus den letztgenannten Beispielen geht schon die unter den deutschen Kriegsgegnern fast zum Axiom gewordene Auffassung hervor, daß die Hauptverantwortung für die Fortsetzung des Krieges, der für Deutschland schwere militärische, politische und wirtschaftliche Rückschläge bedeutet hatte, bei der Regierung Pitts und nicht beim Direktorium lag. Das wichtigste Bindeglied zwischen der Verbitterung auf die Außenpolitik Englands und den anzüglichen Thesen über den Verfall des britischen Regierungssystems und die Tyrannei Pitts bestand in dem Glauben, daß der schwerwiegendste Widerspruch zwischen dem Willen des Volkes und dem hinter Pitt stehenden Parlament gerade die Fortsetzung des Krieges mit Frankreich betraf.¹³⁰ Die sachliche Basis für die düsteren Bilder der Liberalen und Jakobiner, nach denen in Großbritannien einander die vom Krieg ausgezehrten, hungernden, zum Aufstand bereiten Massen und die willkürliche Regierung mit ihrer kleinen Anhängerschar gegenüberstanden, bildeten zweifellos die britischen lautstarken, aber nicht unbedingt der Mehrheit entsprechenden Friedensforderungen und die Kritik an "Pitts System" sowie die Nachrichten über die von Zeit zu Zeit vorgekommen Brotrevolten und anderen Unruhen.¹³¹ Die große Empfänglichkeit der Liberalen für die Ansichten der britischen Opposition gegen den Krieg läßt sich dadurch erklären, daß sie den Frieden in der Situa-

tion Deutschlands für notwendig hielten, und daß sie diese Ansichten in ihrer eigenen Kampagne gegen den Krieg effektiv einsetzen könnten.

Im Licht der geschichtlichen Fakten erweist sich die Auffassung der deutschen Kriegsgegner von der Situation in England und von der Politik Pitts als in vielem unrealistisch. Trotz der antijakobinischen Gesetzgebung blieb der Großteil der Briten der Regierung gegenüber loyal.¹³² Die Versuche der britischen Jakobiner, die Bevölkerung zum aktiven Vorgehen gegen die Regierung und ihre Kriegspolitik zu mobilisieren, scheiterten weitgehend daran, daß auch in den unteren Bevölkerungsschichten eine traditionelle französischfeindliche Mentalität herrschte.¹³³ Auch war das Direktorium nicht schuldlos an dem wiederholten Mißlingen der Friedensverhandlungen zwischen Frankreich und England.¹³⁴ In dieser Frage gab die spätere Entwicklung den Behauptungen der Englandkritiker über die Zusammengehörigkeit von Pitt und dem Krieg in den Augen der Zeitgenossen zweifellos recht, denn der Friede kam tatsächlich erst nach dem Abtritt Pitts im Jahre 1801 zustande. Wenig Aufmerksamkeit wurde in Deutschland auf die Tatsache gerichtet, daß der Grund für den Abtritt Pitts nicht in seiner Kriegspolitik lag, sondern in der Vertrauenskrise zwischen ihm und dem Herrscher anläßlich der Frage der katholischen Emanzipation, die Pitt im Zusammenhang mit der Union zwischen Irland und Großbritannien verwirklichen wollte. Der Abtritt Pitts erzeugte bei den Liberalen keine Neueinschätzung ihrer Auffassungen von dem Verhältnis zwischen der Machtstellung des Premierministers und der des Herrschers. Pitt galt auch später sowohl als Erschütterer der Konstitution und der Freiheiten der Briten als auch als der Verursacher der Leiden Deutschlands.¹³⁵ Als klarer Beweis für die Zusammengehörigkeit der Kritik am Krieg und am inneren Zustand Englands im Denken der Liberalen muß die Tatsache angesehen werden, daß die Thesen vom Zusammenbruch des britischen politischen Systems und der Freiheit des Volkes in der liberalen Publizistik unmittelbar nach dem Beginn der Friedensverhandlungen in den Hintergrund traten. Mit dem Frieden verlor diese Problematik und diese Propaganda ihren Berührungspunkt mit der deutschen Wirklichkeit und damit auch ihre Bedeutung als ein Teil der liberalen Diskussion. Auf die Frage, ob mit dem Frieden möglicherweise auch die Einstellungen der Radikaldemokraten zu Großbritannien versöhnlicher wurden, läßt sich keine exakte Antwort geben, da die jakobinische Publizistik zu Ende des Jahres 1799 schon

fast vollständig zum Schweigen gebracht worden war. Im Rheinland endeten die Wirkungsmöglichkeiten der Jakobiner mit dem Staatsstreich im Brumaire (9.11.1799) und in Altona mit dem neuen dänischen Pressegesetz, das am 1.11.1799 in Kraft trat und die Journale der Vorzensur unterwarf sowie alle Anonymität und jegliche Kritik an der monarchischen Regierungsgewalt und an fremden Potentaten untersagte.¹³⁶

3.2. Der britische Volkscharakter

Die Englandfeindlichkeit, die viele Liberale und Jakobiner während des 1. und 2. Koalitionskrieges in Deutschland zeigten, beschränkte sich nicht nur auf die Kriegs- und Reaktionspolitik der britischen Regierung, sondern sie hatte auch die Tendenz, sich auf die Briten als Volk auszuweiten. Der tiefste Grund hierfür lag in der Verärgerung darüber, daß weite Bevölkerungskreise in England trotz allem hinter der Regierung Pitts standen. Aufgrund dieses Umstandes erklärten die Kritiker Englands, am deutlichsten natürlich die Radikaldemokraten, den Haß auf die Briten für berechtigt, was z.B. aus den Worten Rebmanns im Jahre 1796 klar hervorgeht:

"Wenn es erlaubt seyn kann, eine Nation im Allgemeinen zu hassen; so muß man gestehen, daß England ganz Europa dazu berechtigt. Ein Geschichtschreiber ... vermag nicht, alle die Greuel zu schildern, deren dieses Volk sich gegen alle anderen schuldig gemacht hat. ... Umsonst erheben sich einige edle Männer gegen ihn [= Pitt] - er siegt und die Nation, die er unterjochte, zeigt sich ihres Joches vollkommen würdig."¹³⁷

Der Zorn auf die Briten verursachte bei den Kritikern eine spürbare Revision des Urteils über den britischen Volkscharakter, den die Anglophilen traditionell so zu bewundern gewohnt waren.

In der anglophilen Tradition waren Überlegungen zum Wesen des britischen Volkscharakters in der zweiten Hälfte des 18. Jh.s sehr beliebt gewesen, was wohl am ehesten darauf beruhte, daß schon für Montesquieu die Frage der Beziehung zwischen dem Charakter und dem "Gemeingeist" der Völker einerseits und dem Klima, den Gesetzen, den politischen und sozialen Institutionen, der Geschichte, den Sitten und dem Lebensstil andererseits ein zentrales Problem gewesen war.¹³⁸ Die These David Humes, nach der die Briten anders als die Völker des Kontinents aufgrund ihrer Regierungsform und ihrer Freiheit keinen

einheitlichen Volkscharakter entwickelt hatten, war in Deutschland wohl bekannt, aber das hinderte die Deutschen in keiner Weise daran, die Briten neben den Franzosen gerade als eine solche "Outgroup" zu erleben, deren Volkscharakter dem außenstehenden Betrachter als klar umrissen erschien.¹³⁹ Überhaupt war es im 18. Jh. normal anzunehmen, daß jedes Volk seinen eigenen Nationalcharakter, seine bestimmbareren Tugenden und Laster hatte, obwohl auch erkannt wurde, daß die vermehrten internationalen Kontakte und das gestiegene Bildungsniveau schon zu einer Vereinheitlichung unter den Völkern Europas geführt hatte.¹⁴⁰ Eine zu starke Verschmelzung der Volkscharaktere war nicht für alle eine wünschenswerte Entwicklungsrichtung, trotz der kosmopolitischen Atmosphäre der Aufklärung. In Deutschland vertrat vor allem Herder die Auffassung, daß die bewahrte Originalität der Volkscharaktere die Voraussetzung für die Kontinuität der Existenz und der Vitalität der Nationen war.¹⁴¹ Von den Anglophilen hatte schon 1788 Sophie von La Roche Überlegungen angestellt, ob das Prinzip der Briten, sich von den anderen Kulturen ihre besten Errungenschaften anzueignen, zu einer schädlichen Vermischung des britischen Volkscharakters mit fremden Elementen führen könnte.¹⁴² Dieses Leitmotiv nahm an und für sich auch der die Briten kritisierende Immanuel Kant auf, als er in seiner *Anthropologie in pragmatischer Hinsicht* (1798) - ganz offensichtlich durch die Thesen Humes provoziert - die Behauptung aufstellte, die Briten seien ein Volk ohne wirklichen Charakter und ohne wirkliche Originalität, wobei er sich darauf bezog, daß die Briten geschichtlich betrachtet ein Mischvolk aus keltischen, deutschen, und französischen Stämmen waren.¹⁴³

Von den Erklärungsmodellen für die Ursachen der Unterschiede in den Volkscharakteren erlangten zwei die größte Beliebtheit, und sie erregten noch um die Jahrhundertwende Meinungsverschiedenheiten. Erstens die von Montesquieu popularisierte Klimalehre, nach der der Volkscharakter also vorrangig durch die physische Umgebung bestimmt wurde, und zweitens das "Institutionsmodell", nach dem der Volkscharakter in der Hauptsache das politische und soziale System des Landes widerspiegelte. Bestandteile für die letztere Erklärung fanden sich schon im *L'esprit des lois*, aber die reinste Ausprägung fand dieses Denken bei Hume, dem Opponenten der Montesquieuschen Klimalehre.¹⁴⁴

Der Einfluß der Klimalehre auf das Bild vom britischen Volkscharakter zeigte sich gewöhnlich darin, daß man glaubte, das regnerische Klima

des Inselreiches habe in den Briten Melancholie und Neigung zu Eigentümlichkeiten bewirkt.¹⁴⁵ Mit diesen Zügen wurde oft u.a. die Auffassung von den Briten als selbstmordanfälliges Volk erklärt, die sich im 18. Jh. zäh behauptete und auch in Großbritannien Fuß gefaßt hatte. Die Entstehung dieser stereotypen Vorstellung ließ sich faktisch nicht auf die hohen Selbstmordraten in England zurückführen, sondern auf die freimütige Einstellung der Briten zu Selbstmorden, denn in England galten, anders als auf dem Kontinent, Selbstmorde nicht mehr als schändliche und geheimzuhaltende Verbrechen, sondern eher als bemitleidenswerte Ereignisse.¹⁴⁶ Obwohl Archenholtz schon in *England und Italien* diesen Unterschied in den Einstellungen betont hatte, erschien die Auffassung vom Selbstmord als "English Malady" in der deutschen Literatur auch später. Für Friedrich von Schütz lag der Grund in der schlechten religiösen Erziehung der Briten, während Friedrich von der Decken sie wiederum für eine Folge des Klimas und der allgemeinen Verbreitung des unsicheren Händlerberufes in England hielt.¹⁴⁷ In der Erklärung der positiven und der als für den Wohlstand des Landes förderlich angesehenen Eigenschaften des britischen Volkscharakters, wie die Freiheits- und Vaterlandsliebe, der Unternehmergeist, die Vorurteilslosigkeit, die Aufgeklärtheit und die Großmütigkeit, hatte die Klimalehre bei den Anglophilen keine zentrale Stellung, und diese hätte sie auch gar nicht haben können, denn sie hätte der Englandbewunderung ihre politische Bedeutung genommen, die in der Möglichkeit lag, die Gesetzgebung und die anderen Vorbilder der Briten in Deutschland als nachahmenswert zu propagieren. Beweisführungen dafür, daß die britischen Tugenden entweder überhaupt nicht vorhanden oder zumindest nur eine Folge der insulären Stellung und anderer nicht übertragbarer Faktoren waren, waren im 18. Jh. denn auch gerade typisch für jene, die sich der Idealisierung der politischen und sozialen Modelle der Briten widersetzen oder sie für gefährlich hielten, während die anglophilen Emanzipatoren des Bürgertums diese Züge immer als eine mehr oder weniger direkte Folge der britischen Konstitution und/oder Gesetzgebung, der britischen Freiheit also, interpretierten.¹⁴⁸

In der durch die Kriegs- und Reaktionspolitik Großbritanniens in Gang gekommenen Diskussion über den britischen Volkscharakter wiederholten sich viele traditionelle Denk- und Argumentationsmodelle. Für die Kritiker war es klar, daß der britische Volkscharakter verkommen war,

und die Volkslaster der Briten zugenommen hatten. Als ein Grund für diese Entwicklung wurde manchmal, wie es schon Hume getan hatte, die Veränderung des politischen Systems genannt, die Verfälschung des ursprünglichen Geistes der Konstitution, und auch eine im weiteren Sinne schlechte Politik. Archenholtz, für den die Regierungsform auch theoretisch der erste auf den Volkscharakter wirkende Faktor war, vertrat die Ansicht, daß es der Regierung mit ihren Maßnahmen gelungen war, die Nationaltugenden der Briten zu erschüttern.¹⁴⁹ "Die Nachwelt wird einstens den Unterschied bemerken, was die bisherigen Ministerchikanen, Freiheitskränkungen und andere Schlechtigkeiten aus dem englischen Volk machen können", vermutete ein anonymer Mitarbeiter in der *Neuesten Staatenkunde* des Liberalen Lange-Davison im Jahre 1798 und erinnerte die Leser im selben Zusammenhang an den alten Spitznamen des englischen Volkes: "Es ist freilich nur der wirkliche John Bull, der auch von seinem Minister als solcher nur behandelt wird."¹⁵⁰ Diese Argumentation, die die Verantwortung für die Veränderung des Volkscharakters dem Ministerium auferlegte und die Briten somit eher zu einer bemitleidenswerten als zu einer tadelnswerten Nation gemacht hätte, diente in der Kritik jedoch nur als eine sekundäre und ergänzende Erklärung. Die zentrale Fragestellung, die gleichzeitig die Verantwortung den Briten übertrug, betraf das Problem, worauf im Grunde die "Verblendung"¹⁵¹ oder "unbegreifliche Sorglosigkeit"¹⁵² der Briten, sich freiwillig der 'Tyrannei' Pitts zu unterwerfen, beruhte. Für gewöhnlich beinhalteten die Antworten auf die eine oder andere Weise die These vom *moralischen* Verfall des aufgeklärten und wohlhabenden Teils der Nation. Als Ursache für diesen Verfall wurden oft das leichte Leben und die Degeneration des hohen Wohlstandes zum Überfluß und allen damit verbundenen Lastern genannt. Der Gedanke war an sich nicht neu; es war schon ein Zug der vorrevolutionären Anglophilie gewesen, festzuhalten, daß die materielle Blüte der Briten zum Sittenverfall führen könnte. Hinter der These vom moralischen Verfall stand der Kontext der für jene Zeit typischen morphologischen Gedankenkonstruktionen über den Werdegang der Kulturen nach dem Entwicklungsgesetz der Entstehung, des Aufstieges und der Blüte sowie des darauffolgenden unausweichlichen Niedergangs und Zerfalls.¹⁵³

Die vehementeste Kritik an den Briten übten in der Öffentlichkeit Deutschlands die Radikaldemokraten. In ihren Schriften, die Lyrik

miteinbegriffen, fanden sich Behauptungen vom Sittenverfall, vom Verschwinden der Freiheitsliebe und vor allem Äußerungen über den "Kaufmannsgeist" als Hintergrundkräfte der reaktionären Entwicklung, der Kriegspolitik und des Kolonialismus Englands.¹⁵⁴ Rebmanns pejorative Wortschöpfungen "Pittbritten" und "Neubritten" offenbarten seine Überzeugung von der plötzlichen Degeneration der führenden Bevölkerungsschichten der Briten zu "Sklassen der Weichlichkeit, der Üppigkeit und des Gewinnstes".¹⁵⁵ Die vernichtendste und detaillierteste Kritik des britischen Volkscharakters lieferte jedoch Andreas Riem in seiner *Reise durch England* (1799). Seine ganze Reiseschilderung ist im Grunde ein Protest gegen die Anglomanie und die Politik Englands und mit ihren Prophezeiungen über den Zerfall Großbritanniens auch eine Warnung an die Deutschen, vom Krieg Abstand zu nehmen. Einerseits gehörte Riem zu den Anhängern der These des moralischen Verfalls, den für ihn bezeugten das politische "Nationalbenehmen" der Briten in den neunziger Jahren des 18. Jh.s und die krassen sozialen Mißstände des Landes unbestreitbar die Degeneration und die Charakterschwäche der wohlhabenden und gelehrten Schichten.¹⁵⁶ Andererseits behauptete er aber unter Bezug auf die Klimalehre, daß der britische Volkscharakter in Wirklichkeit nie so bewundernswert gewesen sei, wie die Anglophilen auf dem Kontinent geglaubt hatten. Riem stützte sich dabei auf die alte Auffassung vom Klima als Ursache für das melancholische Temperament der Briten. Eine solche Mentalität brachte in seiner Interpretation immer wenig Tugenden und zahlreiche Laster wie Selbstsucht, Geiz, Neid, Gallsucht, und Grausamkeit mit sich. Ebenso negativ wirkte sich nach seiner Auffassung ein anderer "klimabedingter" Faktor auf den Charakter der Briten aus, der Handel als Haupterwerbszweig der Bevölkerung. Damit der Volkscharakter überhaupt gut und redlich werden könne, müßte sich nach Riem wenigstens ein Drittel der Bevölkerung von der Landwirtschaft ernähren, denn der Handel konnte den Charakter jedes Volkes verderben, weil damit "alle Laster der Habsucht und des Eigennutzes" verbunden waren.¹⁵⁷ Strikt verurteilte er auch die deutschen Anglomanen, die nach ihm, ungeachtet dessen, daß die die Ausländer verachtenden Briten die Deutschen für "Hunde und Dummköpfe" hielten, nicht müde wurden, die Engländer als ein "Göttervolk" darzustellen, das gesitteter, aufgeklärter, toleranter, edler und großmütiger als die anderen Nationen war. Für ihn selbst war die Mehrheit der Briten nicht viel

mehr als "Burkes schweinischer Haufe".¹⁵⁸ Er behauptete, daß die von den Anglomanen in die Irre geführten Reisenden und Auswanderer jenseits des Kanals in Wirklichkeit eine Nation vorfinden, die er mit den folgenden Worten beschrieb:

"... ein ungeschliffenes, grobes, alle Fremden verachtendes, hochmüthiges, ausschweifendes, wollüstiges, bigottes Volk, das stärker an die Heiligkeit des Sonntages glaubt, als der Jude an jene des Sabbaths; das aus Habsucht mordet, zu Pferd und zu Fuß stiehlt und Straßenraub treibt; aus Religionswuth mordbrennt; Nationen vernichtet; Menschenrechte unterdrückt; seine vernünftigen Bürger deportirt; dem Menschenverstand Hohn spricht, und wenn es Niemandem mehr schaden kann, sich zuletzt selbst ermordet".¹⁵⁹

Auch diejenigen Liberalen, die England kritisch gegenüberstanden, waren bestrebt, dem britischen Volkscharakter eine Teilverantwortung für die politische Entwicklung in Großbritannien aufzuerlegen. Die Klimalehre scheint in ihrem Gedankengut keine nennenswerte Bedeutung gehabt zu haben, aber die Behauptungen vom moralischen Verfall der Briten tauchten in ihren Kommentaren spätestens im Zusammenhang mit dem Erlassen der "zwei Akten" auf. Anders als die Radikaldemokraten waren sie nicht ohne Verständnis dafür, daß die militärische und ideologische Bedrohung durch Frankreich weitgehend das politische Verhalten der Briten bestimmte. Da sie dies berücksichtigten, und die Kritik an den nationalen Eigenschaften der Briten in Deutschland schlußendlich in vielem nur ein Ausdruck der durch den Krieg verursachten Verbitterung war und der Opposition gegen die Politik Großbritanniens untergeordnet wurde, zeigten sich auch in den Einschätzungen des Volkscharakters der Briten Widersprüchlichkeiten. Archenholtz, der führende liberale Englandkritiker, kam in seinem Großwerk *Annalen der Britischen Geschichte* vom Anfang der neunziger Jahre des 18. Jh.s an wiederholt auf die Degeneration des britischen Volkscharakters zurück und wollte mit ihr das an der Macht Bleiben der Regierung Pitt erklären,¹⁶⁰ aber das hinderte ihn nicht daran, in der *Minerva* in kriegsgegnerischer Absicht Stellungnahmen zu veröffentlichen, die seiner Meinung entgegengesetzt waren. So veröffentlichte er z.B. 1798 Auszüge aus einer Flugschrift eines früheren Mitarbeiters der *Minerva*, des deutschjüdischen England-

kenners H.S. Pappenheimer, in denen der Verfasser die Unverdorbenheit und Festigkeit des britischen Volkscharakters besonders betonte. Es war Pappenheimers Absicht, die in Frankreich vorgebrachten Spekulationen als unbegründet zu erweisen, nach denen die in England gewachsene Kritik am Krieg und an der Regierung für Frankreich einen baldigen leichten Sieg über das Inselreich bedeute. Nach Pappenheimer stärkte gerade das Andauern des Krieges die traditionellen Nationaltugenden der Briten, die Vaterlandsliebe und den Gemeinschaftsgeist in einem solchen Maße, daß das Volk trotz seiner eigenen Friedenswünsche die unpopuläre Regierung unterstützte und die Einschränkungen seiner Freiheit duldete.¹⁶¹ Auch bestritten die Liberalen den Einfluß der Radikalisierung der Revolution und der Revolutionsangst auf die Unterstützung der Regierung Pitt nicht, aber wie schon aus den ironischen Kommentaren von Archenholtz aus dem Jahre 1799 ersichtlich wird, hatte die traditionelle Freiheitsliebe nach der Anschauung der Liberalen einem anderen traditionell zur englischen Lebensform gezählten Wert weichen müssen:

"Die reichste aller Nationen wird durch die vor Augen habenden Rasereyen der französischen Republikaner, und die Künste ihrer Regierer so fanatisirt, daß sie für ihr Eigenthum zittert. Der Britte opfert nach dem Sprüchwort zweyen Gottheiten: Liberty und Property. Die Freiheit nimmt hier aus Anständigkeit den ersten Platz ein, der aber in der Wirklichkeit dem Eigethum gebührt, wie auch, jetzt die Erfahrung unwidersprechlich bewiesen hat."¹⁶²

Archenholtz hielt die Änderung in den Einstellungen der Briten jedoch für kein plötzliches oder vorübergehendes Produkt der Revolutionszeit, sondern für einen Indikator der schon permanent gewordenen Degeneration der englischen Kultur. 1793 bezeichnete er die Jahrhundertmitte als den Höhepunkt der Größe der Briten und behauptete, daß die Tatkraft, der Patriotismus und die Schlichtheit der Sitten im britischen Volkscharakter während der Regierungszeit Georg III. nach und nach zurückgegangen seien. In Beziehung zum Koalitionskrieg muß wohl seine Bemerkung gesehen werden, daß neben einem hohen Lebensstandard die Ursache für den Sittenverfall oft in großen, weit von der Heimat geführten Kriegen liege, weil diese leicht zu ideologischen Gärungsprozessen und zu plötzlichen Schwankungen in den Vermögensverhältnissen der Bürger führen würden. In der Geschichte der Briten

nannte er als solche Wendepunkte den Siebenjährigen Krieg und den Unabhängigkeitskrieg der Vereinigten Staaten.¹⁶³ Ein anderer Journalist, der sich mit dem britischen Sittenverfall befaßte, war Hennings. Er veröffentlichte während des zweiten Koalitionskrieges Schriften, in denen sich mit den Klagen über die gestiegene Wertschätzung des Geldes und den gewachsenen Überfluß, über die gleichgültige Einstellung zur Politik, über das Verschwinden des Gemeingeistes und das geschwächte Rechtsempfinden des Volkes Thesen darüber verbanden, daß die unmoralische Kriegs- und Steuerpolitik der Machthabenden zusammen mit der Degeneration des Volkscharakters im Lande soziale Prozesse in Gang gebracht hatte, die den Zusammenbruch voraussagten: Zunahme der Kriminalität, Bereicherung der Großmonopolisten und Verelendung sowohl der Arbeiter als auch der bürgerlichen Gruppen.¹⁶⁴

Eine der politischen Funktionen der deutlich auf ein morphologisches Entwicklungsverständnis zurückgehenden Kritik an den Briten scheint die Erschütterung des Vertrauens der Deutschen in die politische und militärische Macht Großbritanniens gewesen zu sein. Eine solche Absicht ging explizit aus dem 1799 in Düsseldorf erschienenen Pamphlet *Das Wetterleuchten über Europa am Ende des Jahrhunderts gesehen im Jahr 1788* hervor, das zumindest teilweise auf den Texten des schon verstorbenen Dichters und Journalisten C.F.D. Schubart basierte. Die Schrift prophezeite eine Niederlage der Briten im Krieg und warnte die Deutschen nachdrücklich vor einem Bund mit England. Begründet wurde dies damit, daß die Macht Großbritanniens schon ihren Zenit überschritten habe und, daß sie nach einem allgemeingültigen Gesetz ihren baldigen Niedergang vor sich habe. Für den sichersten Beweis für die bevorstehenden Schicksalsstunden Englands hielt der Verfasser den Stolz der Briten, ihre Verachtung für andere Völker und ihre politische Machtgier, die sich auf alle Kontinente erstreckte. Auch scheint der Autor geglaubt zu haben, daß sich die Briten mit ihrer nationalen Hybris schon gegen den göttlichen Plan aufgelehnt hätten.¹⁶⁵ Kritik an den Deutschen und auch an den Regierungen Deutschlands verbarg sich in dem Artikel "Über die Anglomanie der Deutschen" (1801) in Hennings' *Genius*. Sein Verfasser - Lange-Davison -, der schon früher die Überbewertung der Briten und ihrer degenerierenden Kultur kritisiert hatte, behauptete, daß die Bewunderung der Briten und die Nachahmung ihrer Moden und Sitten und damit auch der englischen Nationallaster, des

Stolzes, der Weichlichkeit und der Verschwendung, eine solche Verbreitung gefunden hätte, daß der eigene Volkscharakter der Deutschen, die Sittlichkeit und das gesunde Selbstwertgefühl, im Schwinden sei.¹⁶⁶ Die Schrift war auf den Monat Februar datiert, in dem nach der Niederlage Deutschlands der Frieden von Lüneville geschlossen wurde, und ihre Essenz lag in der Ausweitung der Erscheinung der "Anglomanie" auf die Darstellung der außenpolitischen Entscheidungen der Regierungen Deutschlands, denn der Verfasser fragte mit Verweis auf die Geschichte der englisch-deutschen politischen Zusammenarbeit:

"Welche neue Verbrechen sollen nun die Deutschen noch begehen, welche Welttheile sollen nun die Deutschen noch bekriegen, berauben und plündern, welche unschuldige Völker sollen sie noch aus dem süßen Zustande eines ruhigen, friedlichen Lebens reitzen und zur niedrigsten und grausamsten Sklaverei verdammen, um die Thorheiten und Laster einer erschlafften gesunkenen Nation nachzuäffen?"¹⁶⁷

Die wichtigsten Punkte in der Kritik an den Briten, der übertriebene Nationalstolz und die unmäßige Wertschätzung des Geldes, waren Eigenschaften, die auch schon in der älteren Literatur als nationale Schwächen der Briten festgehalten worden waren.¹⁶⁸ In der Situation der Revolutionskriege scheinen diese alten Vorurteile im Bewußtsein der Deutschen wiederwacht zu sein und sie wurden in der politischen Propaganda verwendet. Negative Ansichten über das englische Volk äußerten nicht nur die liberalen und radikaldemokratischen Kriegsgegner; solche finden sich auch in den Schriften von Konservativen, die der Anglophilie und der Politik Großbritanniens kritisch gegenüberstanden, und in mehr oder weniger unpolitischen Zusammenhängen wie in der schönen Literatur, der Kunstkritik und in Sprichworten.¹⁶⁹

Gegen die offensichtlich weit verbreiteten Antipathien gegen die Briten ging seit ihrem ersten Erscheinungsjahr (1798) aktiv die Zeitschrift *London und Paris* vor, die den Standpunkt der Anglophilien und Auswanderer vertrat. Sympathie für die Briten versuchte sie durch wiederholtes Vorbringen der traditionellen anglophilen Auffassungen zu wecken, die die Briten als politisch aktive, vorurteilslose, wohlthätige und mit Unternehmergeist ausgestattete Bürger darstellten.¹⁷⁰ Zudem berief sie sich auf die Rassenverwandtschaft und den gemeinsamen germa-

nischen Hintergrund der Engländer und der Deutschen. Ein Londonbrief aus dem Jahre 1802 betonte, daß die Dänen und Angeln im Volkscharakter so tiefe Spuren hinterlassen hätten, daß man die Engländer nach wie vor halb für Deutsche halten müsse, und erinnerte auch daran, daß die viel bewunderte Geschworeneninstitution der Briten aus den Wäldern Germanias stamme.¹⁷¹ Wenn man von den Briefen aus London ausgeht, scheinen sich die Auswanderer am meisten über die mit dem moralischen Verfall der Briten zusammenhängenden Behauptungen geärgert zu haben, nach denen die britische Gesellschaft schon einen Teil ihres Charakters als gelobtes Land der Mittelklasse und der "Chancengleichheit" eingebüßt hätte. Im Jahre 1799 berichtete die Zeitschrift, daß im Londoner Deutschen Klub die Vergleiche zwischen der deutschen und britischen Gesellschaft und die Fragen um "das sittliche Verhältnis Englands zur Mutter Germania" zu den wichtigsten Diskussionsthemen geworden seien.¹⁷² Als Erwiderung auf die in Deutschland aufgekommene Kritik betonte die Zeitschrift in verschiedenen Zusammenhängen das Ansehen, das die bürgerlichen Gruppen genossen, und die Leichtigkeit des sozialen Aufstieges in Großbritannien und übte scharfe Kritik an den Ständeunterschieden, der Verachtung der Bürgerlichen und der Kriecherei vor den Adligen in Deutschland.¹⁷³ Ein am 14.3.1800 in London datierter Artikel "Vereinigung der Britten zu einem Mittelstande" begründete die Berechtigung der Anglophilie mit den dem frühliberalen Denken eigenen Auffassungen von der Bedeutung eines starken und geschätzten Bürgertums als der Ursprung einer guten Verwaltung, eines hohen Lebensstandards und der moralischen Kraft der Nation. Wie schon aus der Überschrift hervorgeht, war nach dieser Schrift in England die "klassenlose Gesellschaft" weitgehend verwirklicht - eine Utopie der zukünftigen Gesellschaft, in der mit dem Zunehmen der Aufklärung und des Wohlstandes und dem Verschwinden der Ständeprivilegien alle Stände zu einer 'goldenen' Mittelklasse verschmelzen würden, die auch später im liberalen deutschen Gedankengut vorkam¹⁷⁴. Der auf die Mißstände des deutschen Ständesystems hinweisende Korrespondent pries die Möglichkeiten der Bürgerlichen im Inselreich, in die höchsten Ämter und Ränge des Staates aufzusteigen, und behauptete, daß das Vermögen dort glücklicher verteilt war als anderswo, weil es wegen der großen Mittelschichten keinen großen Reichtum gab, der Arroganz und Unterdrückung erzeugt, es aber auch keine niedrige und wilde Laster hervor-

bringende Armut gab.¹⁷⁵ Bei der Darstellung der Mißstände der britischen Gesellschaft verhielt sich die Zeitschrift sehr zurückhaltend und die Analyse ihrer Ursachen kam über oberflächliche Bemerkungen über die Mängel der Volksbildung oder über die Ineffizienz der Polizei nicht hinaus.¹⁷⁶ Als so ziemlich einzige wahrheitsgemäße Anschuldigung gegen die Briten akzeptierten die Londoner Briefe die Geringschätzung der Ausländer, die auch das Leben der deutschen Siedler störte. Allerdings versuchten sie auch dieses Nationallaster etwas zu relativieren, indem sie betonten, daß die Deutschen im Inselreich als fleißige Arbeiter geschätzt würden und auf den schon seit dem Anfang des 18 Jh.s in Reisebüchern und -führern sowie in Charakterbeschreibungen der Briten erwähnten Umstand hinwiesen, daß der Ausländerhaß der Briten vor allem ein Haß gegen die Franzosen sei, deren Volkscharakter am stärksten von jenem der Briten abwich und die die Briten als schärfste Konkurrenten um die Stellung des führenden Staates in Europa ansahen.¹⁷⁷ Verständnis forderte die Zeitschrift für das in Deutschland kritisierte Phänomen, daß sich die Xenophobie der Engländer seit dem Beginn des Revolutionskrieges vertieft hatte und die Überwachung und die Ausweisungen der Ausländer, die leicht der Spionage verdächtigt wurden, zugenommen hatten, weil verdächtige Einwanderer und undankbares Gesindel aus allen Ländern des Kontinents versuchten, am Wohlstand der Briten teilzuhaben. Gerade diese Ausländer seien es, die für die Ausbreitung der Kritik am Volkscharakter, der Gesellschaft und der Verwaltung der Briten in Europa verantwortlich waren, und diese Kritik, so der Londoner Kommentator der Zeitschrift im Jahre 1802, sei unbestreitbar politisch motiviert und würde den Interessen Frankreichs dienen.¹⁷⁸

Eine Apologie der Briten war auch der *Versuch über den Englischen National-Character* (1802) des hannoverischen Stabsmajors Friedrich von der Decken, den *London und Paris* allen wirklichen Anglophilen wärmstens empfahl.¹⁷⁹ Das Werk ist ein typisches Produkt der anglophilen Tradition, das den britischen Volkscharakter überwiegend positiv sieht und die Beziehung zwischen Regierungsform und Volkscharakter betont. Die Bewunderung der britischen Konstitution hat eine besondere Stellung, wenn von der Decken auch ihre mögliche politische Bedenklichkeit in Deutschland in einem gewissen Grade mit der Bemerkung abzubauen sucht, daß sowohl die Regierungsform als auch die Erwerbszweige sowie auch der Volkscharakter alle in Grunde durch die geographische Lage

bedingt seien.¹⁸⁰ Die Besonderheit des Werks liegt darin, daß es sich bei einer näheren Betrachtung als Stellungnahme zum gerade beendeten Krieg und die durch ihn entstandene Kritik am britischen Volkscharakter erweist. Der hannoverische Schriftsteller übt vorsichtige Kritik daran, daß fremde Mächte (u.a. Österreich und Preußen) sich von Anfang an in die inneren Angelegenheiten Frankreichs einmischten und so aller Wahrscheinlichkeit nach zur Vernichtung der eingeschränkten Monarchie Frankreichs beigetragen hätten.¹⁸¹ Aber die späteren militärischen Anstrengungen Großbritanniens gegen Frankreich versuchte er als aufgrund des natürlichen Staatsinteresses des Landes und europäischen Machtgleichgewichtes begründet zu erklären.¹⁸² Außerdem zielte er auf die Verteidigung des Rufs der Briten als militärisch tapferes Volk ab, der in den Landkriegen schwer gelitten hatte.¹⁸³ In seinen Schlußfolgerungen wies von der Decken auch alle morphologischen Voraussagen über den baldigen Zusammenbruch der moralischen Kraft und der staatlichen Größe der Briten zurück: England werde zu seiner Zeit untergehen, aber davor würden alle anderen existierenden Staaten diesen Weg gegangen sein.¹⁸⁴

Das Werk von der Deckens und die Artikel in *London und Paris* waren Beispiele aktiver Versuche mit liberalen Schwerpunktsetzungen, den gegen die Briten gerichteten Antipathien in Deutschland entgegenzuwirken. Verständlicherweise opponierten gegen die Engländerfeindlichkeit auch diejenigen mehr oder weniger konservativen Schriftsteller, die die Fortsetzung des Koalitionskrieges und eine Zusammenarbeit mit England zur Bewahrung der Reichsverfassung und der Integrität des Reiches forderten. In ihren Bemerkungen zeigte sich der beanstandete Nationalismus der Briten als Nationaltugend, besonders dort, wo es die uneinheitliche und das Kaiserreich schwächende Frankreichpolitik der Reichsstände sowie den geringen Reichspatriotismus der Deutschen zu kritisieren galt. "Wäre der Gemeingeist in Teutschland so wie in England allgemeine Volkssitte, so würde unstreitig in unserer Verfassung mehr Eifer und Thätigkeit bestehn," behauptete der Mainzer Graf K.C.E. von Benzel-Sternau, der sich an der durch den Baseler Frieden entstandenen Debatte beteiligte, als er das Ausscheiden Preußens aus dem Reichskrieg verurteilte.¹⁸⁵ Das Erwachen des "Nachahmungstrieb" durch das Beispiel der Briten anstelle von Neid und Abneigung hätte bei ihren Landsleuten auch Emilie von Berlepsch lieber gesehen, die 1799 hoffte, daß die

deutschen Länder noch einmal ihre Kräfte gegen Frankreich vereinigen würden. Auf der extremsten Parteilichkeit für das eigene Land und die eigene Gesellschaftsordnung, und keineswegs auf den für die Deutschen üblichen Eigenschaften des Weltbürgersinns und der Manie nach politischen Rechten, beruhte nach dieser Schriftstellerin die Kraft, durch die die Briten fortwährend in "beynahe wunderbarer" Weise in der Lage seien, den "Untergang" Europas abzuwehren.¹⁸⁶

X. DIE ANGLOPHOBIE UND DIE DEBATTE UM DIE REVOLUTIONSKRIEGE

1. Die Bedeutung der Revolutionskriege für Deutschland

Im Zeitalter der Französischen Revolution war die Diskussion in Deutschland über die britische Freiheit und die innenpolitische Entwicklung Großbritanniens eng mit allgemeinen Fragen der Legitimation der antirevolutionären Politik und des antirevolutionären Krieges verbunden. Um die Jahrhundertwende zeigte sich besonders in der liberalen und radikaldemokratischen Publizistik eine betonte Anglophobie, die sich u.a. in einer aggressiven Kritik am inneren Zustand Großbritanniens und am britischen Volkscharakter manifestierte. Die wesentlichen Ursachen der Kritik scheinen darin zu liegen, daß Deutschland in den Kriegen Niederlagen erlitt und viele Zeitgenossen der Auffassung waren, daß Großbritannien mit seiner Kriegspolitik eine weitgehende Verantwortung für die Leiden der Deutschen trug.

Es kann wohl kein Zweifel darüber bestehen, daß die Kriege von 1792-1801 ein Unglück für das Heilige Römische Reich bedeuteten. Der Krieg, den Österreich und Preußen während ihres vorübergehenden Einverständnisses im Jahre 1792 faktisch gegen Frankreich provozierten und in den sie 1793 das ganze Reich mithineinzogen, war nicht nur einer der schwersten in der langen Reichsgeschichte, sondern er zerrüttete auch das Kaiserreich de facto. Die kleineren Reichsstände, die schon seit langem befürchteten, daß Österreich und Preußen das Reich unter sich aufteilen würden, standen den ideologischen Begründungen des Krieges von Anfang an skeptisch gegenüber. Der Beschluß des Regensburger Reichstages über den Reichskrieg (22.3.1793) kam nur zustande, weil Frankreich das Reichsgebiet in gefährlicher Weise bedrohte. Als auch die unter der Führung Großbritanniens 1793 entstandene große europäische Koalition kein Kriegsglück brachte, endete die ohnehin problematische Zusammenarbeit Österreichs und Preußens ganz. Ab dem Jahre 1794 war die Politik dieser beiden Großmächte vom Kampf um die Vorherrschaft im Reich und einem dem restlichen Deutschland gegenüber gleichgültigen Egoismus geprägt. Zum ersten Mal manifestierte sich der partikuläre Egoismus konkret in dem in der Öffentlichkeit heftig umstrittenen Baseler Sonderfrieden, den das finanziell angeschlagene Preußen am 5.4.1795 mit

Frankreich schloß. Das Vorgehen Preußens war nicht nur im Widerspruch mit der Reichsverfassung, sondern es bedeutete auch die Zerteilung des Reiches, denn im Friedensvertrag verpflichtete sich Preußen, auch die Neutralität von ganz Norddeutschland zu gewährleisten. Aufgrund des starken Druckes, den Österreich ausübte, wurde der Krieg im Süden Deutschlands noch fortgesetzt, und er fand erst einen Abschluß, als Österreich wegen seiner schweren Niederlagen gezwungen war, mit Frankreich am 10.10.1797 den Frieden von Campo Formio zu schließen. Auf dem Friedenskongreß von Rastatt (1797-1799), auf dem der Friede zwischen der französischen Republik und dem Reich ausgehandelt werden sollte, stellte sich gleich zu Anfang heraus, daß auch Österreich das Reich 'verraten' hatte, indem es Frankreich die linksrheinischen Gebiete des Reiches versprochen hatte.¹

Die harten Friedensbedingungen Frankreichs und die wachsende Einsicht, daß sich die Integrität des Reichsgebietes und der Verfassung in Rastatt nicht retten lassen würden, erklären die Tatsache, daß der Eintritt Österreichs in die zweite Koalition mit Großbritannien und Rußland, der am 1.3.1799 zur Kriegserklärung Frankreichs an Österreich führte, sowohl an Deutschlands Höfen als auch in der bürgerlichen Öffentlichkeit wesentlich günstiger aufgenommen wurde als der Kriegsausbruch von 1792. Am 16.9.1799 wurde der Reichskrieg erklärt, aber anders als erwartet beteiligte sich Preußen und mit ihm ganz Norddeutschland nicht am Krieg. Der zweite Koalitionskrieg war für Deutschland noch verhängnisvoller als der erste. Die durch die totale Niederlage von Hohenlinden in einen chaotischen Zustand gestürzte Regierung Österreichs hatte keine andere Wahl, als in ihrem eigenen Namen und im Namen des Reiches den von Frankreich diktierten Frieden von Lunéville (9.2.1801) zu akzeptieren. Darin wurde u.a. der Verlust des linken Rheinuferes bestätigt, und es kam zu tiefgreifenden Veränderungen in der Reichsverfassung und zu einer fühlbaren Einflußnahme Frankreichs im Reich. Die Ursachen für die Niederlagen Deutschlands lassen sich natürlich mit gutem Grund in der militärischen Überlegenheit Frankreichs, im fehlenden Zusammenhalt der Koalitionen und im Egoismus der großen Koalitionsmächte, Großbritanniens und Rußlands, suchen, aber die Tatsache bleibt bestehen, daß die Bedrängnis Deutschlands hauptsächlich auf innerdeutsche Gründe zurückzuführen ist, auf die Rivalität zwischen Österreich und Preußen, auf die innere Zersplittertheit und auf

eine unfähige, teils sogar verräterische Politik.²

Angesichts der Notsituation des Reiches ist es keineswegs überraschend, daß in der bürgerlichen Öffentlichkeit trotz der Hindernisse, die der Diskussion in den Weg gelegt wurden, eine heftige Diskussion über den Krieg geführt wurde und, daß in ihr die Stimmen überwogen, die den Frieden befürworteten. Die Einstellung zum Krieg war jeweils keineswegs ausschließlich durch den ideologisch-politischen Standpunkt des Betrachters bestimmt, sondern großen Einfluß hatten auch realpolitische Gesichtspunkte: der Kriegsverlauf und die Frage, welche Frankreichpolitik die Heimatteritorien der Diskussionsteilnehmer betrieben und wo das betreffende Territorium im Krieg stand. Klar ist aber auch, daß der Revolutionskrieg in der Öffentlichkeit am systematischsten von den Radikaldemokraten kritisiert wurde und, daß die intensivste Verteidigung aus dem Lager des konservativen Gedankenguts kam. Die Liberalen standen dem Krieg im allgemeinen kritisch gegenüber, aber eine Ausnahme bilden die Jahre 1798-99 vor den Niederlagen des zweiten Koalitionskrieges, als sich in den liberalen Veröffentlichungen widersprüchliche Stellungnahmen und sogar eine gewisse Kriegsbereitschaft fanden, die auf die Gefährdung der Reichsexistenz und die Furcht vor der wachsenden Macht Frankreichs zurückzuführen sind. Die wichtigsten Fragen der in Deutschland geführten Diskussion betrafen ohne Zweifel die Vernünftigkeit der Politik, die Österreich und die anderen kriegsführenden Höfe betrieben, und die Legitimation für die Neutralität Preußens und ganz Norddeutschlands. Obwohl die Uneinheitlichkeit in der Frankreichpolitik der verschiedenen Länder den politischen Schriftstellern eine gewisse Freiheit gewährte, handelte es sich bei diesen Fragen um heikle Themen, zu denen nur Radikaldemokraten auf der linken Rheinseite oder in Altona oder anonyme Schriftsteller eine scharfe Stellungnahme wagten.³

Dagegen scheint es in Deutschland eher möglich gewesen zu sein, die Kriegspolitik der Verbündeten, vor allem Großbritanniens, ziemlich frei zu kommentieren. Das große Interesse an der Kriegsführung Großbritanniens beruhte einerseits darauf, daß es die Koalitionen bildete und hauptsächlich finanzierte und andererseits darauf, daß es in der Lage war, den Krieg gegen Frankreich auch nach dem Zerfall der Koalition fortzusetzen. Die unbestrittene Stellung Großbritanniens als Koalitionführer wurde noch durch die Erfolge bestätigt, die es als starke See-

macht errang, und die es zumindest denkbar machten, daß es in den Friedensverhandlungen mit Frankreich positiv auf die Stellung der Verbündeten einwirken könnte, die Verluste hatten hinnehmen müssen. Andererseits muß England aber auch eine außergewöhnlich große Bedeutung für die Kommunikation gehabt haben, wenn man die Bedürfnisse bedenkt, die in der Öffentlichkeit Deutschlands nach Information und sowohl direkter als auch indirekter Meinungsbeeinflussung bestanden. Trotz aller reaktionärer Politik war die politische Diskussion in England freier als in irgendeinem anderen Land der Koalitionen: die Parlamentsopposition die außerparlamentarischen, liberalen "Friends of Peace", die Radikalen und auch viele andere wirtschaftliche oder politische Interessengruppierungen kritisierten den Krieg lautstark, und anders als in den Ländern Deutschlands mußte die britische Regierung ihre Kriegs- und Bündnispolitik wiederholt öffentlich verteidigen und erläutern.⁴ Eines der herausragenden Merkmale der deutschen Friedenspropaganda war die scharfe, ja geradezu anglophobe Englandkritik, und damit war natürlich implizit oder explizit eine Infragestellung der deutsch-britischen militärischen Zusammenarbeit verbunden.

2. Wachsendes Mißtrauen gegen die britischen Kriegsziele seit dem Beginn des ersten Koalitionskrieges

Bei der Englandkritik während der Revolutionskriege handelte es sich weitgehend um ein Wiederaufleben alter Vorurteile, denn das Bild der Deutschen von der Außenpolitik Großbritanniens war vor Beginn der Revolutionskriege keineswegs ausschließlich positiv gewesen. Was die vorrevolutionäre Anglophilie betrifft, die die britischen Institutionen zum Vorbild erhoben hatte, waren dort die Überlegungen zur Natur der britischen Außenpolitik immer in einem völlig untergeordneten Verhältnis zu den Fragen der britischen Freiheit. Diese Anglophilen waren nicht unbedingt Verteidiger der britischen Außenpolitik gewesen. Andererseits hatten es die Anglophilen seit Montesquieu als ein prinzipiell rein positives Phänomen aufgefaßt, daß England in seiner Außenpolitik seit der Zeit Elisabeth I. vorrangig handelspolitische Interessen vertrat, und so nach dieser Interpretation dem Wohlergehen der Bürger des eigenen Landes besser diene als durch die Vertretung rein politischer Interessen.⁵ Zumindest ist es theoretisch denkbar, daß dem Handelsstaat Eng-

land, dessen Regierungsform bis zur Französischen Revolution als eine teils republikanische verstanden wurde, Sympathien zuteil wurden durch die schon aus dem *Esprit de lois* vertrauten Ideen von der friedensstiftenden Wirkung des Handels und durch Montesquieus Prinzipienlehre der Verfassungen, nach der das Leitprinzip der Republik die Tugend und die damit verbundene Liebe zum Frieden war und nicht das Streben nach äußerlicher Glorie durch Kriege und Gebietserweiterungen wie in den "reinen" Monarchien.⁶ Die Erfahrungen mit der Großmachtpolitik des 18. Jh.s scheinen solche positive Interpretationen jedoch in ein neues Licht gerückt zu haben. In Deutschland hatte nicht nur der Freiheitskrieg der Vereinigten Staaten Antipathie hervorgerufen, sondern auch schon der Siebenjährige Krieg und sein Ende, der Sonderfrieden, den das Kabinett von Bute mit den Franzosen geschlossen hatte, und der von vielen als ein Verrat an Friedrich II. interpretiert wurde.⁷

Gerade am Vorabend der Revolutionskriege rief die unsichere Großmachtpolitik der Regierung von Pitt in den Jahren 1790-91 in Deutschland negative Reaktionen hervor. Die Gefühle wurden vor allem durch den Schlußakt des Türkenkrieges ins Wallen gebracht; es gelang Preußen aufgrund der Trippelallianz von 1788, seinen Verbündeten England mithineinzuziehen, um so Gebietserweiterungen Rußlands und Österreichs auf Kosten des Kriegsverlierers Türkei zu verhindern. Die Krise, die fast zu einem militärischen Konflikt zwischen Preußen und Österreich und durch die britische Beteiligung auch fast zu einem Großkrieg auf der Ostsee führte, endete mit einem Rückzug der Preußen und Briten, aber auch mit einer Demütigung der Österreicher, die sich mit einem Frieden mit der Pforte ohne Gebietserweiterungen zufriedengeben mußten.⁸ Die Kritik, die durch die Türkeifrage provoziert worden war, zeigte in deutlicher Weise die während der Revolutionskriege wiedererwachten, zentralen Vorurteile gegen die Briten, nämlich die Auffassungen, daß Großbritannien als Bündnispartner unzuverlässig sei und, daß sich hinter der traditionellen Gleichgewichtspolitik Großbritanniens das Streben nach einem Welthandelsmonopol verberge. Als Sprachrohr für solche Anschuldigungen dienten vor allem die antirevolutionären Veröffentlichungen *Deutsche Ministerialzeitung* von Joseph Sartori in Nürnberg und die anonyme *Politische Gespräche der Totden* von Moritz Flavius Trenck von Tonder in Neuwied, die beide für Österreich eintraten.⁹ Dazu gehörten aber auch die liberalen Zeitschriften von Schubart in

Stuttgart, die Preußen positiv gegenüberstanden. Gerade in den Kontext des Türkenkrieges und der britischen Außenpolitik gehört die bekannte Bemerkung Schubarts, des großen Bewunderers der britischen Freiheit: "O, möchten wir doch einmal von der enteihrenden Anglomanie genesen, und nicht mit blindem Staunen ein Volk angaffen und nachahmen, das uns bloß, für Soldknechte hält, die weiter nichts taugen als zum Raufen und Sacktragen."¹⁰

Der Eintritt Großbritanniens in den Krieg nach der Kriegserklärung Frankreichs (1.2.1793) und die darauffolgende Koalition riefen in Deutschland während der erfolgreichen Anfangsphase des Koalitionskrieges noch keine heftige Debatte für oder wider Großbritannien hervor. Diese harmonische und abwartende Stimmung in der Öffentlichkeit beruhte zweifellos darauf, daß ein schnelles Ende des Krieges erwartet wurde und die deutsche jakobinische Presse durch die Wende im Krieg für einige Jahre fast völlig zum Schweigen gebracht wurde.¹¹ Auch in der antirevolutionär-konservativen Publizistik entstand kein großer Enthusiasmus über die deutsch-britische Waffenbrüderschaft, denn das Zögern Großbritanniens mit dem Kriegseintritt ließ Zweifel an seinen antirevolutionären Intentionen aufkommen.¹² Außerdem bestand zu Kriegsbeginn Unklarheit darüber, ob sich England nur auf die Verteidigung der Niederlande beschränken würde und sich in seiner Allianzpolitik die Möglichkeit eines Sonderfriedens vorbehalten würde, um den Forderungen der britischen Parlamentsopposition zu entsprechen.¹³ Weit verbreitet war in Deutschland nämlich die Einsicht, daß es die Gleichgewichtspolitik gewesen war, die Pitt den Kriegseintritt aufgezwungen hatte, da die Franzosen in Belgien einmarschiert waren und von Holland die Öffnung der Scheldemündung für den freien internationalen Verkehr forderten.¹⁴ Bekannt war andererseits aber auch, daß sich jenseits des Kanals in der Regierung und in der Öffentlichkeit eine abrupte anti-revolutionäre Wende zugunsten des Krieges vollzogen hatte, aber hierfür hatten auch manche deutsche Liberalen Verständnis, denn sie hatten die Hinrichtung Ludvig XVI. und die Erklärungen des Konvents zu den Zielen Frankreichs, anderen Ländern durch Kriege zur Freiheit zu verhelfen, frisch im Gedächtnis, und bei den Liberalen war eine Distanzierung von der Anhängerschaft der Revolution im Gange.¹⁵

Eine kritische Diskussion über die Rolle Großbritanniens im Krieg

und die Fortsetzung des Koalitionskrieges begann in der deutschen Öffentlichkeit erst richtig mit den Niederlagen und besonders ab 1794, als die Kriegsmüdigkeit und der Wille, aus dem Krieg auszusteigen, sowohl unter der Bevölkerung als auch an den Höfen fühlbar wurde.¹⁶ In dieser Debatte wurde der Gegensatz zwischen der baldigen Friedensbereitschaft und den Kriegszielen der Briten scharf problematisiert. Als eine Linie der Englandkritik begannen sich schon damals die Anschuldigungen zur Verlängerung des Krieges mit unmoralischen und unrealistischen Zielen zu entwickeln, denn in den Erklärungen der britischen Regierung und in der Kriegsführung der Briten begannen sich Züge zu zeigen, die auf ein Bestreben nach einer Gegenrevolution hinwiesen. Dies gab den deutschen Konservativen Anlaß zu behaupten, daß die Briten als getreuer Partner der Kontinentalmächte einen ideologischen Krieg zur Rettung Europas vor der Gefahr der französischen Universaldemokratie und Weltrevolution führten.¹⁷ Schon während der ersten Kriegsjahre und ganz besonders nach der Niederlage Robespierres begannen die liberalen Zeitschriften explizit gegen die Legitimation des "Meinungskrieges" zu protestieren; auch wandten sie sich gegen die in Großbritannien aufgekommene Hetze zur ideologischen Untermauerung des Krieges und ganz besonders gegen die Argumentation, daß man mit "Königsmördern" nicht einmal über den Frieden verhandeln könne, geschweige sich auf die Fähigkeit der "illegalen" Machthaber in Frankreich zur Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zu den Nachbarstaaten verlassen könne - von ihrem Willen gar nicht zu reden.¹⁸ Wie in den vorhergehenden Kapiteln deutlich geworden ist, betonte die um das Jahr 1795 von neuem erstarkte radikaldemokratische Publizistik fortwährend die gegenrevolutionären Ziele und die auf die Vernichtung der Freiheit der Völker zielende Bestrebung Pitts als die Gründe für das Fortdauern des Krieges. In der deutschen Öffentlichkeit zeigte sich alles in allem in den Jahren 1793-1801 ein breites Spektrum an Ansichten darüber, inwiefern die gegenrevolutionären Intentionen der britischen Regierung wirklich ein Hindernis für einen allgemeinen Frieden bedeuteten. Die Unterschiedlichkeit in den Auffassungen erklärt sich teilweise durch die Ungenauigkeit und Widersprüchlichkeit in den Erklärungen der Regierung Pitts, die auch in England Ungewissheit und Gemütsregungen hervorriefen.¹⁹ Andererseits standen die Beschuldigungen zur Wiedereinführung des Ancien régime, die sich gegen jeden Feind Frankreichs vorbringen ließen, nicht

im Mittelpunkt der Kritik der Deutschen am Krieg Englands. Im Zentrum standen vielmehr die Anschuldigungen, die betonten, wie fremd sich die deutschen und britischen Kriegsziele untereinander seien.

Das Hauptthema bei der Einschätzung der britischen Kriegsziele war in Deutschland in den Jahren 1793-1802 die Frage, ob Großbritannien wirklich für die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts auf dem Kontinent kämpfte, m.a.W. für das einzige Ziel, das die Kritiker des Krieges zumindest irgendwie als Begründung für das Fortdauern des Krieges und als für die deutschen Interessen förderlich hätten akzeptieren können. Gleich zu Anfang des Krieges, als die aus britischen, hannoveranischen, hessischen und holländischen Truppen bestehende Armee des Herzogs von York noch in den Niederlanden und in Nordfrankreich operierte und man noch annahm, daß die Koalition trotz aller ihrer Rückschläge auf eine Invasion in Frankreich zielte, tauchte in der deutschen Öffentlichkeit für einen Moment - wegen der heiklen Natur der Sache allerdings am deutlichsten über britisches Material - ein Standpunkt auf, der den Widerspruch zwischen der Gleichgewichtspolitik Englands und den Zielen der reaktionären Höfe Deutschlands betonte. Die Anfang 1794 erschienenen *Briefe über das Fürstenbündniß zur Theilung von Pohlen und Frankreich von einem stillen Beobachter*, eine deutsche Übersetzung von Schriften des britischen Liberalen Benjamin Vaughan, die anfänglich in den Jahren 1792-93 im *Morning Chronicle* erschienen waren, enthielten in aller Schärfe ein Thema, das den Deutschen schon aus britischen Parlamentsreden bekannt war: eine mit der Gleichgewichtspolitik und moralischen Argumenten begründete Verurteilung der Tatsache, daß Pitt mit den deutschen Alleinherrschern zusammenarbeitete, die schon Polen geteilt hatten und auf die Teilung Frankreichs hofften, und daß England mit dieser Politik den Aufstieg Rußlands zur Großmacht auf dem Kontinent unterstützte.²⁰ Der anonyme liberale deutsche Übersetzer, der den Krieg zu einer Vernichtung gleich dem Dreißigjährigen Krieg ausarten sah, stimmte mit Vaughan besonders in dessen Ansichten über die Gefahr der russischen Machtexpansion überein, aber in seinen eigenen Kommentaren zeigte sich eine andere, aus deutscher Sicht wesentlichere Linie der Kritik: der Herausgeber behauptete nämlich, daß die Scheldenfrage und das europäische Gleichgewicht für die britische Regierung nur "ein Titel" sei, um an die Kolonien Frankreichs zu kommen.²¹

Die Thesen, daß Großbritannien den Krieg und die Koalitionsmächte als Mittel zur Erreichung seiner alten Ziele, der universalen Seeherrschaft und des Welthandelsmonopols, verwendete, wurden in der deutschen Öffentlichkeit zum Hauptthema der Kritik an Englands Kriegspolitik. Schon in der Debatte von 1794-95 wurde mit Argumenten dieses Typs in verschleierter oder direkter Form das Ausscheiden Deutschlands aus dem Krieg gefordert. Unter den Ersten war die *Minerva*, als sie Anfang 1794 eine "Prüfung verdienende" Warnung "eines amerikanischen Staatsbürgers" an die Koalitionsmächte des Kontinents veröffentlichte, in der geraten wurde, keine der beiden Parteien in einem Krieg zu unterstützen, der im Grunde das Gleichgewicht des Welthandels betraf und bedrohte und in dem der Sieg der einen oder anderen Seite die völlige wirtschaftliche Abhängigkeit der restlichen Welt von der Gewinnerseite bedeuten würde.²² Die Auffassung von der Reduktion des Krieges auf einen Kampf zwischen Frankreich und England um die Freiheit der Meere war auch in dem in Deutschland viel beachteten Pamphlet von Pseudo-Sieyes, das während des Verlaufs der Friedensverhandlungen von Basel erschien und in dem das Ausscheiden aus der Koalition gefordert wurde. Der wirkliche Verfasser, Freiherr Karl Friedrich von Knesebeck, ein Mitglied der "Friedenspartei" der preußischen Offiziere, führte die kraftlose Hilfe Englands an die Verbündeten auf dem Kontinent und an die französischen Gegenrevolutionäre als Beweis dafür an, daß einzig der Wille "Alleinherrscher auf dem Meere" zu werden den "finsternen" Pitt zur Fortsetzung des Krieges treibe.²³ Mit ähnlichen zutiefst anglophoben Auffassungen versuchte "der alte Weltbürger Syrach" - wahrscheinlich der Deutschpole K.G.G. Glave-Kobielski - im Jahre 1795 Österreich und Frankreich die Dringlichkeit des Friedens nahezubringen. Auf die in der deutschen Debatte von 1793-1802 aktuelle und fortwährend diskutierte Frage, ob die Universalmacht Frankreichs auf dem Kontinent oder diejenige Englands auf See die größere Gefahr darstelle, antwortete "Syrachs" Pamphlet, daß es bei einer Fortsetzung des Krieges bestimmt zu einer britischen Universalmonarchie komme und diese gefährlicher als die kontinentale Alternative sei, da sich für England auch nach Friedensschluß Möglichkeiten eröffnen würden, die Staaten des Kontinents mit seinem Handelsmonopol zu verarmen und mit seiner überlegenen Marine deren Seefahrt, ja sogar den Aufbau einer Marine, zu verhindern. Obwohl keines dieser beiden Pamphlete von einer ideologischen Bindung

an die Revolution zeugt, stützen sich die Verfasser auf die antibritische Propaganda der Franzosen. Für die Bereitschaft "Syrachs" hierzu spricht die Tatsache, daß er bereit ist, fast alle "Verbrechen" Englands gegen die Menschheit, die Boissy d'Anglas am 30.1.1795 im Konvent aufgezählt hatte, als tatsächlich gegeben zu bezeichnen, angefangen bei der berechnenden und betrügerischen Bündnispolitik über die Beihilfe zur Teilung Polens bis zur Versklavung der Kolonien und zu den unmenschlichen militärischen Praktiken.²⁴

Die Übereinstimmung der Interessen zwischen Frankreich und den anderen Kontinentalmächten gegen den "Seedespotismus" Englands war faktisch eines der Hauptthemen in der Propaganda, die Frankreich auf dem Kontinent verbreitete.²⁵ Die Anwesenheit dieses Themas in der deutschen Diskussion zeigte sich nicht nur in einigen anonymen Pamphleten oder in den in den radikaldemokratischen Schriften wiederholten Behauptungen, daß Frankreich für die Sache der Menschheit, die Freiheit der Meere und den Antikolonialismus gegen England kämpfe²⁶, sondern auch in den Zitaten der liberalen Zeitschriften, die z.B. den Schriften von Boissy d'Anglas, dem geborenen Preußen Théremine, von Arnould oder von d'Hauterive entnommen waren sowie auch in den Protesten der Konservativen gegen diese Autoritäten.²⁷ Es läßt sich auch nicht völlig bestreiten, daß in dem deutschen Friedensdenken zumindest bis zum Rastatter Kongreß eine gewisse Naivität mitschwang, was die Friedensbereitschaft und den Kompromißwillen Frankreichs betraf. Unsicher ist, inwiefern ein solcher Optimismus durch die ersten Erklärungen zu Anfang der Revolution genährt wurde, nach denen Frankreich nur Verteidigungskriege bestreiten würde, oder inwiefern dazu der von der Aufklärung bevorzugte Gedanke von der natürlichen Zusammengehörigkeit der Friedenspolitik und einer republikanischen, den Volkswillen verteidigenden Verfassung beitrug - eine Theorie, die zumindest Kant und der junge Radikaldemokrat Joseph Görres verteidigten²⁸ - denn es war ab 1794/95 unübersehbar, daß die französische Kriegsführung in einem Nationalkrieg resultierte, der auf natürliche Grenzen zielte.²⁹ Der Eindruck von der Aufrichtigkeit Frankreichs mag zum einen durch das unkonventionelle, aber propagandistisch geschickte Vorgehen des Direktoriums, Dokumente über den Verlauf der britisch-französischen Friedensverhandlungen zu veröffentlichen,³⁰ entstanden sein, zum anderen auch durch andere Informationen und Kommentare über die Friedensver-

handlungen aus französischen Quellen, die in der deutschen Presse veröffentlicht wurden.³¹

Auf jeden Fall verstand man in Deutschland nicht deutlich genug, daß die Fortsetzung des Krieges für die französische Regierung eine weit wichtigere Waffe zur Dämpfung der politischen Opposition und der sozialen Spannung war als für die Regierung von Pitt. Das gleiche gilt für den Umstand, daß der britischen Regierung bei den Friedensverhandlungen ein Partner gegenüberstand, der es nicht unbedingt für notwendig hielt, Tauschhandel mit Gebietseroberungen und Interessenkreisen nach den Spielregeln der konventionellen Gleichgewichtspolitik zu treiben.³² Ungeachtet dessen, daß Großbritannien bei den Friedensverhandlungen von 1796-97 faktisch der Initiator war und, daß auch ein Teil der deutschen Kriegsgegner von Zeit zu Zeit bereit war, öffentlich zuzugeben, daß die britische Regierung tatsächlich den Frieden suchte,³³ scheint die Überzeugung, daß das Hindernis zu einem allgemeuropäischen Frieden eher durch den Mangel an Aufrichtigkeit und Verantwortungsgefühl bei der Regierung von Pitt als durch das Expansionsstreben Frankreichs und seine harten Friedensbedingungen gegeben war, den Kernpunkt der Verbitterung zu bilden, die in den letzten Jahren des ersten Koalitionskrieges in der deutschen Öffentlichkeit zunahm.³⁴

Als die wichtigsten Faktoren, die den Erfolg der Kritik an Englands Egoismus und mangelnder Friedensbereitschaft in Deutschland erklären, müssen der Kriegsverlauf selber, die Siege der Franzosen auf deutschem Boden und die Strategie der Engländer angesehen werden. Zweifel scheinen vor allem sowohl dadurch entstanden zu sein, daß die Briten sich in Europa hauptsächlich damit begnügten, die militärischen Operationen zu finanzieren und von See aus einen Handelskrieg gegen Frankreich zu führen, als auch dadurch, daß die Briten gleich zu Anfang des Krieges damit begannen, überseeische Gebiete der Franzosen - und später auch ihrer Verbündeten - zu erobern. Wenn man die den Engländern zur Verfügung stehenden Mittel und die Rückschläge ihrer Verbündeten im Landkrieg bedenkt, war dies vielleicht der einzige, von unverhältnismäßigen Risiken freie Weg, den Gegner zu besiegen oder ihn zumindest zu einem Kompromißfrieden zu zwingen, aber zweifelsohne eröffnete er die Möglichkeit eines Ermattungskrieges, in dem die Stellung der Verbündeten wesentlich gefährdeter war als die Englands, das durch seine insuläre Lage und seine starke Marine geschützt war. Auf jeden Fall

brachte er ergiebige Möglichkeiten mit sich, die Briten zu beschuldigen, sie hätten die Verbündeten im Stich gelassen und würden Kriegsziele verfolgen, die der Koalition fremd waren.

Die Auffassung, nach der der Krieg sich in einen hoffnungslos langen Kampf verwandeln würde, in dem das Motiv Großbritanniens nicht mehr das Gleichgewicht Europas war, sondern die totale Vernichtung Frankreichs, spiegelte sich schon in den Vergleichen wider, die die Kriegsgegner zwischen diesem Krieg und dem Vernichtungskrieg zwischen Rom und Karthago zogen. Die Beliebtheit dieser schon aus historischen Gründen für die Briten unliebsamen Gleichsetzung war in Deutschland so groß, daß sie in den Jahren 1797-98 nicht nur zu Debatten über die Berechtigung, Großbritannien mit Karthago gleichzusetzen, führte, sondern auch zu Meinungsverschiedenheiten über die Objektivität der römischen Quellen zur Geschichte Karthagos.³⁵ Da der Handelskrieg der Briten gegen Frankreich den Krieg verlängerte und er auch allgemein schädlich war, stieß seine Theorie und Praxis in Deutschland auf Widerstand. Die tiefste Verachtung der Moral und Effektivität der britischen Kriegsführung lag in den Protesten gegen das sog. "Aushungerungsprojekt", die Maßnahme Großbritanniens, zu Anfang des Krieges auch für französische Häfen bestimmte Lebensmittel zu Konterbande zu erklären.³⁶ Auch die anglophilen Verteidiger des Krieges bestritten die Verletzung des Völkerrechts durch einen solchen Kampf gegen die Zivilbevölkerung nicht, wenn sie auch der Meinung waren, daß Frankreich mit seinen eigenen Erklärungen der Initiator und Provokateur des Handelskrieges gewesen war und, daß es nur an den fehlenden Mitteln lag, daß Frankreich sich nicht noch eines barbarischeren Vorgehens auf See schuldig machte als die Briten.³⁷

Die Überlegungen zu den Zielen der britischen Kolonialeroberungen hatten jedoch während des ersten Koalitionskrieges Vorrang vor den Problemen des Handelskrieges, denn mit diesen Kolonien waren eng verbunden die Möglichkeit eines baldigen Friedens und die Zukunft des Rheinlandes und der Österreichischen Niederlande, die vom Feind erobert worden waren. Ein Leitgedanke der Propaganda, die auf das Ausscheiden Deutschlands aus dem Krieg zielte, war die Infragestellung des realpolitischen Denkens, nach dem nur die Aufrechterhaltung des Bündnisses mit England das Kaiserreich und Österreich vor Gebietsverlusten retten könne und England rein aufgrund seines eigenen Staatsinteresses, des

europäischen Gleichgewichts, sofort zum Frieden und zur Rückgabe der Kolonien bereit sei, sobald Frankreich seine harten Forderungen auf dem Kontinent aufgeben würde.³⁸ Aus dem Blickwinkel der Kriegsgegner gab es hierfür keine Garantien, sondern die wirkliche Gefahr bei einer Fortsetzung des Krieges bestand darin, daß das von den Meeren ausgeschlossene Frankreich als Kompensation für seine kolonialen Verluste Gebiete in Deutschland für immer behalten oder aber vorübergehend besetzen würde, um England so zur Rückgabe seiner überseeischen Eroberungen zu zwingen. Schon während der Baseler Friedensverhandlungen scheinen sich in Deutschland die Befürchtungen aktualisiert zu haben, daß das Rheinland gerade aus diesem Grunde verloren gehen würde, und nicht wegen der eigenen Verluste oder der Forderungen der Franzosen nach natürlichen Grenzen. Befürchtet wurde auch, daß die britische Regierung in keiner Weise auf die Verluste der Deutschen reagieren würde, sondern - wie ein anonymes Pamphletist beklagte - "herzlich" bereit wäre, sogar ein Drittel des Kaiserreichs aufzugeben, um die kolonialen Eroberungen behalten zu können.³⁹ Holland, das zur britischen Interessensphäre gehörte und dessen Eroberung anstelle der Besetzung deutscher Gebiete den Franzosen in anonymen deutschen Pamphleten fast nahegelegt worden war, um die Briten zur Rückgabe der Kolonien und zum Frieden zu zwingen, wurde 1795 ein Satellitenstaat Frankreichs.⁴⁰ Als England aus diesem Grunde begann, auch Kolonien seines ehemaligen Verbündeten zu erobern, bekamen die Kriegsgegner neue Argumente dafür, daß der britische Egoismus und die Gefahr, daß die deutsche Kriegsbeteiligung nur den Briten und nicht dem Kaiserreich Nutzen bringen würde und daß der Erfolg der Briten auf See den Krieg nur verlängern würde, real gegeben seien.⁴¹

Die Entwicklung des Jahres 1797 brachte den Vorfrieden von Leoben, den Österreich als letzter Allianzpartner Englands auf dem Kontinent nach seinen schweren Verlusten mit Frankreich am 18.4.97 schließen mußte, schleppende britisch-französische Friedensverhandlungen in Lille und das Scheitern dieser Verhandlungen schon vor dem Frieden von Campo Formio, wodurch Österreich und das restliche Reich gezwungen waren, ohne den Druck von der Seite Englands mit dem Sieger über den Frieden zu verhandeln. Diese Entwicklungen lösten in der Öffentlichkeit eine Welle der Anglophobie aus, die auch diejenigen erfaßte, die hauptsächlich aufgrund realpolitischer Spekulationen als Verteidiger der bri-

tischen Kriegsführung aufgetreten waren. Sartori und Trenck waren die namhaftesten unter den Journalisten, die noch zu Jahresanfang die Kriegspolitik Englands in dem Glauben unterstützt hatten, daß England die Übernahme der Osterreichischen Niederlande durch Frankreich nicht zulassen würde. Schon vor dem endgültigen Friedensschluß zwischen Osterreich und Frankreich begannen sie aber dem Inselreich vorzuwerfen, es würde seine Bündnispartner hintergehen und Despotismus zur See betreiben.⁴²

Zu den extremsten Manifestationen der Anglophobie, die sich während der letzten Jahre des Koalitionskrieges zuspitzte, zählte die zeitgenössische Kritik die Erwartungen, ja sogar Hoffnungen, hinsichtlich der französischen Invasionsvorhaben in England, die nach Meinung der Kritiker in der deutschen Öffentlichkeit weit verbreitet waren.⁴³ Eine solche Sympathie für die französischen Bestrebungen beruhte vielleicht teilweise darauf, daß man, verbittert durch den Krieg, das von der Anwesenheit des Feindes verschonte England gedemütigt sehen wollte, wie die deutschen Kritiker der Anglophobie später behaupteten.⁴⁴ Die hauptsächliche Erklärung für die Invasionserwartungen scheint jedoch darin zu liegen, daß viele Deutsche hofften, die militärischen Operationen der Franzosen gegen Deutschland würden mit einem solchen Unterfangen aufhören und, daß man glaubte, daß es nicht zu einem allgemeinen Frieden in Europa kommen könne, bevor sich die Hauptparteien die entscheidenden Gefechte lieferten. Ein expliziteres Dokument dieser Denkweise läßt sich kaum finden als das anonym veröffentlichte Pamphlet *Franzosen! Packt in Deutschland ein, und geht nach London, oder werdet Spartaner!* vom Hildburghausener Beamten E.A.C. Strasser (1797). Aus dieser Schrift, die den Franzosen zur Invasion riet, sprach eine heftige Aggression gegen alle Parteien, die zur Not des Kaiserreichs beigetragen hatten. Der Verfasser war sich völlig im klaren darüber, daß der Verrat einzelner deutscher Länder am Reich ein wichtiger Grund für die Niederlagen war, aber die Hauptschuld gab er den Führungsmächten im Krieg, Frankreich wegen seiner Bestrebungen, England durch die Vernichtung deutscher Länder zu schlagen, und Großbritannien wegen der Ruinierung des deutschen Handels und der auf die Festigung der Seeherrschaft zielenden Politik, "die Mächte des festen Landes stets in Uneinigkeit und Kriegen zu erhalten".⁴⁵ In den Monaten unmittelbar nach dem Frieden von Campo Formio scheinen die Hoffnungen

auf eine französische Invasion durch Spekulationen genährt worden zu sein, nach denen Frankreich zur Sicherung seines Rückens zu einem Kompromißfrieden mit dem Kaiserreich bereit gewesen sein könnte.⁴⁶ Das Gleiche bewirkten um den Jahreswechsel 1797/98 entstandene, furchterregende Gerüchte, daß Frankreich als eine Alternative für die Invasion in England die Besetzung der Elbe- und Wesermündungen sah, weil durch ihre Eroberung Englands politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland unterbrochen worden wären.⁴⁷

3. Die Subsidien, die wirtschaftlichen Mittel und die Kriegsschuld Großbritanniens als Streitfragen

Die Anglophobie der Revolutionskriege in der deutschen Öffentlichkeit läßt sich nicht restlos auf eine Verbitterung gegen England reduzieren, sondern sie muß auch als eine Verbitterung und Kritik gegen die deutschen Höfe gesehen werden. Am deutlichsten trat dies dort hervor, wo Angriffe gegen Großbritanniens Rolle als Geldgeber für die Kriegsführung der Bündnispartner vorgebracht wurden. Schon während der Jahre 1795-97, als man auf einen allgemeinen Frieden wartete, und auch später während des zweiten Koalitionskrieges zeigten die Friedenspropagandisten die Tendenz, das Geld der Briten für den hauptsächlichsten, wenn nicht sogar einzigen Grund für das Fortdauern des verlustreichen Krieges auf deutschem Boden zu halten.

Die Kritik an den Subsidien, Kriegsanleihen und an der Truppenbesoldung gehörte zum mutigsten und emotionalsten, was in der deutschen Öffentlichkeit an Urteilen über die deutsch-britischen Allianzen geäußert wurde. Gerade in diesem Zusammenhang traten am deutlichsten die Auffassungen hervor, daß das deutsche Volk im Krieg zum Opfer und zum Vorkämpfer für britische Interessen geworden sei, die für es selbst schädlich waren.⁴⁸ Zu den Einzelheiten der ausgedehnten Kritik, die sich am schärfsten in anonymen Schriften und in der radikal-demokratischen Publizistik manifestierte, gehörten die nachtragenden Erinnerungen an den Söldnerverkauf während der amerikanischen Revolution,⁴⁹ die Gleichsetzung der Soldatenanwerbung mit dem Negersklavenhandel⁵⁰ und im Zusammenhang mit den Subsidien die Betonung des Umstandes, daß es sich nicht um Geschenke der Briten handle, sondern um die bescheidene Rückführung von Gewinnen, die in Deutschland

aufgrund des Handelsmonopols erzielt worden seien und jetzt im Kaiserreich britischen Interessen dienen sollten.⁵¹

Hinsichtlich des Englandbildes bedeuteten diese Anschuldigungen, daß Großbritannien die Rolle des Kriegsaufwieglers zugeteilt wurde, aber ihr Hauptziel lag letztendlich nicht jenseits des Kanals sondern in der Heimat. Die wichtigste propagandistische Bedeutung der Beschuldigungen lag darin, daß aus ihnen in jeder Beziehung eine Kritik an den deutschen Fürsten wurde, auch dort wo sie in der vorsichtigen Weise eines Archenholtz oder eines Posselt als eine nationale Selbstkritik vorgebracht wurden, die die Käuflichkeit der Deutschen als eine Schande für den Volkscharakter und die Geschichte der Deutschen charakterisierte.⁵² Posselt war auch bereit, den britischen Politikern Anerkennung dafür zu geben, daß sie wenigstens das Leben der eigenen Bürger respektierten und Menschen dort kauften, "wo man sie weniger achtet".⁵³ Die Angriffe gegen das britische "Blutgeld" und die Landesväter, die sich in ihrer Geldgier zu Untertanen Pitts gemacht hätten, gehörten zu den beliebtesten Themen der Radikaldemokraten, wenn es darum ging, im Volk eine kriegs- und fürstenfeindliche Stimmung zu verbreiten, und sie richteten sich völlig unverblümt gegen den Kaiser und jeden Fürsten, der Unterstützung aus England entgegengenommen hatte.⁵⁴

Das Vorgehen der Landesherrn, Untertanen als Söldner zu verkaufen, fand in der deutschen Öffentlichkeit kaum Verteidiger, wohl aber die Subsidien und Kriegsanleihen. Für die Gegenkritik waren die britischen Unterstützungen ein unumstößlicher Beweis dafür, daß England für die gemeinsamen Interessen der Deutschen und Briten kämpfte.⁵⁵ Die Beschuldigungen, daß die Fürsten sich durch die Entgegennahme von fremdem Geld schändlich benommen hätten, wiesen sie damit zurück, daß das Geld der Briten als Kompensation für den geringen Einsatz im Landkrieg und für die außergewöhnlichen Gewinne, die das Inselreich aufgrund des Krieges im Handel mit Deutschland erzielt hatte, zu verstehen sei.⁵⁶ In Wirklichkeit bestritten alle Kriegsgegner gar nicht unbedingt, daß wirtschaftliche Hilfe zwischen Partnern in einem militärischen Bündnis legitim sei, aber wie aus der Debatte über den Subsidienvertrag Bayerns (1800) deutlich hervorgeht, hielten sie die Entgegennahme von britischem Geld für eine unüberlegte und gefährliche Politik: es wurde behauptet, daß die britischen Subsidien das Vertrauen

der Bevölkerung in die Legitimation der Kriegspolitik der Fürsten gemindert hätte und die Kriegsmoral der Soldaten so beeinträchtigt hätte, daß es für Deutschland zu einer Niederlage im Krieg kam.⁵⁷

Eng mit den Subsidien verbunden war der Streit um den Zustand der britischen Volkswirtschaft. In der Diskussion um die Unterschiedlichkeit der deutschen und britischen Kriegsziele behaupteten die anglophoben Kriegsgegner, daß der Krieg England auf Kosten des Kontinents unermeßlichen Reichtum bringe. Seit dem Beginn des Krieges wurde in Deutschland aber auch über die Frage diskutiert, ob die wirtschaftlichen Mittel der Briten für den Krieg ausreichen würden. In diesem Zusammenhang erlangten in der Friedenspropaganda eine wichtige Stellung Behauptungen, nach denen die britische Regierung dabei sei, einen Eckpfeiler des britischen Wohlstandes zu zerstören, den Außenhandel, und damit das Land in den Bankrott treibe.

Der Umstand, daß die Bankrottoprophetieungen zum Gegenstand ernst genommener Debatten wurden, ist ein Beispiel für den Einfluß der britischen Oppositionspropaganda auf die deutsche Diskussion. An und für sich handelte es sich um ein altes Thema: die Parlamentsopposition hatte sich im 18. Jh. fast jeder Einmischung in die Konflikte des Kontinents mit der Begründung widersetzt, daß dadurch der nationale Bankrott drohe.⁵⁸ Als die Regierung von Pitt ab dem Jahre 1793 wegen des Krieges die Staatsschulden und die Steuern fühlbar erhöhen mußte, kam es in England zu einer erheblichen Ausdehnung der Propaganda, nach der der Krieg den Wohlstand der Bürger und die Wirtschaftsmacht des Landes zerstöre.⁵⁹ In den Bankrottoprophetieungen spiegelten sich sowohl in Deutschland als auch in England zweifelsohne die Verärgerung der Kriegsgegner darüber wider, daß das britische Staatsschuldsystem der Regierung fast unbegrenzte Möglichkeiten zur Finanzierung des Krieges zu geben schien. Gerade auf die zu leichte Möglichkeit, die Schulden als "Schatz zum Kriegsführen" zu benutzen, bezog sich Kant, der vielleicht prominenteste Prophet des englischen Staatsbankrotts, als er in seinem Entwurf *Zum ewigen Frieden* (1795) vorschlug, die staatliche Schuldenaufnahme zur Finanzierung außenpolitischer Tätigkeit zu verbieten.⁶⁰

Die besondere Funktion der Bankrotthese in der deutschen Propaganda gegen den Krieg war es, das Vertrauen der kriegsführenden Höfe in die Bereitschaft oder Fähigkeit Englands zu erschüttern, den Ermattungskrieg weiterzuführen oder die Bündnispartner weiterhin zu finan-

zieren. Die Aktualisierung des Themas in der deutschen Diskussion zur Zeit des Baseler Friedens - eines Friedens, dem das Scheitern der Subsidienverhandlungen zwischen England und Preußen vorangegangen war - zeigt sich schon darin, daß es der Englandkenner K.G.Küttner für notwendig hielt, Anfang 1796 eine von den Anglophilen gelobte Broschüre *Über den ökonomischen und politischen Zustand von Großbritannien* zu veröffentlichen, in der er mittels der geschichtlichen Erfahrung zu beweisen versuchte, daß die Bankrottprophezeiungen unbegründet seien. Außerdem kritisierte er scharf das von der britischen Opposition vermittelte Bild in der deutschen Öffentlichkeit, nach dem Großbritannien von einem innenpolitischen Chaos, innerer Unruhe und der Gefahr eines Volksaufstandes heimgesucht wurde.⁶¹

Letztendlich war es aber erst die Krise der Bank von England, des Geldgebers der Regierung und der letztinstanzlichen Quelle der Subsidien, im Februar 1797, die die Bankrottprophezeiungen in Deutschland zum Tagesthema machte. Die schon seit langem anhaltenden Schwierigkeiten der Bank, für ihre Verpflichtungen in barem Geld aufzukommen, spitzten sich im Februar zur Krise zu, als die Gerüchte von der bevorstehenden Invasion der Franzosen das Publikum veranlaßten, in die Banken zu stürmen, um die Noten in Metallgeld umzutauschen. Diese Krise, zu deren Überwindung die Regierung zu einem in der Geschichte der Bank noch nie dagewesenen Mittel griff, indem sie der Bank befahl, die Entrichtung in Metallgeld auf unbestimmte Zeit zu verschieben, sowie die anderen Krisen im Februar, die inflatorische Preisentwicklung der Lebensmittel, das Steigen des Zinssatzes und der Wertverfall der Stockschiene den Bankrottpropheten Recht zu geben und die Möglichkeiten Englands zur Fortsetzung des Krieges in ein fragwürdiges Licht zu rücken.⁶²

In Hannover wurde offensichtlich befürchtet, daß die Bankenkrise eine Panik erzeugen würde, die die außenpolitischen Probleme Englands und das Chaos des Geldmarktes vergrößern würde, da der Handelsminister des Landes, C.L.A. Patje, gleich im März ein Pamphlet veröffentlichte, das einerseits diejenigen seiner Landsleute beruhigen sollte, die Wertpapiere oder andere Guthaben in England hatten, und andererseits Spekulationen zum Ende des Krieges aufgrund des wirtschaftlichen Zusammenbruchs von England abwehren sollte. Die Begründungen Patjes waren typisch für diejenigen, die einen nationalen Konkurs in England in

der Praxis für unmöglich hielten, denn er berief sich auf die aktive Handelsbilanz des Landes, auf das große Nationalvermögen und darauf, daß die meisten Gläubiger der Staatsschuld Bürger des eigenen Landes waren, was zur Folge hatte, daß die Erledigung der Schulden keinen nennenswerten Kapitalfluß ins Ausland erfordern würde.⁶³ Er gab zwar zu, daß sich die in dem gerade geführten Krieg an den Kontinent bezahlten Subsidien größten Teils als Fehlinvestitionen erwiesen hatten, aber er betonte, daß England als Gegengewicht seine Handelsmacht mit seinen kolonialen Eroberungen in unschätzbare Weise gestärkt hatte.⁶⁴ Eine Gegendarstellung zu Patjes Schrift schrieb der angesehene Nationalökonom Johann Georg Büsch aus Hamburg. In seinem Pamphlet *John Bull der Jüngere* verteidigte er die Interpretation der britischen Opposition, daß England unweigerlich in einem Bankrott enden würde, falls es nicht bald Frieden schließen würde. Büsch richtete seine Warnung zwar auch an die deutschen Anleger, aber hauptsächlich wollte er Österreich ansprechen, dessen Mut zur Fortführung des Krieges "zum Unglück des schuldlosen Deutschlands" nach seiner Meinung durch das britische Geld aufrechterhalten wurde.⁶⁵

Schon deshalb waren die Zahlungsschwierigkeiten der Briten ein äußerst ergiebiges Argument, um das schwer angeschlagene Österreich zum Ausscheiden aus dem Krieg zu bewegen, weil die britische Opposition die Anleihen an den Kaiser öffentlich dafür verantwortlich gemacht hatte, daß sich die finanzielle Situation des Landes erschwert hatte.⁶⁶ Posselt hatte schon 1796, als Württemberg aus dem Krieg ausschied, begonnen, auf den katastrophalen Zustand der britischen Volkswirtschaft hinzuweisen, u.a. unter Berufung auf den führenden britischen Kritiker William Morgan und auf Paine. Er veröffentlichte während der ganzen sich hinziehenden und unsicheren Phase zwischen dem Vorfrieden von Leoben und dem Frieden von Campo Formio aggressiv gehaltene Artikel, nach denen in England ein innerlich und hinsichtlich der Fortsetzung des Krieges unhaltbarer Zustand herrsche, der entweder den Bankrott oder die Revolution in unmittelbare Nähe rückte.⁶⁷ Als ein Zeichen für ein Echo auf die Propaganda Posselts in Süddeutschland, wo der Friede sehnlichst erwartet wurde, muß anscheinend der Umstand gedeutet werden, daß seine Interpretation vom *Magazin der Europäischen Staatsverhältnisse*, Sartoris Zeitschrift in Nürnberg, zitiert wurde, die sich gegen die Fortführung des Krieges und die Kriegspolitik Großbritanniens

gewandt hatte.⁶⁸

Der Umstand, daß die Bankkrise in England schnell überwunden war und, daß das Land auch alleine in der Lage war, einen energischen Krieg gegen Frankreich zu führen, führte zu keiner nennenswerten Dämpfung der Bankrottprophезeiungen. Es wurde behauptet, daß der Kredit der Bank von England nur vorübergehend gerettet worden war durch das Eingreifen der Kapitalisten des eigenen Landes oder der Geldleute des Kontinents; nach Andreas Riem durch die Unterstützung der anglomanen Kaufleute und Senatoren Hamburgs.⁶⁹ Während der Entstehungs- und Anfangsphase des zweiten Koalitionskrieges wurde die Bankrothese besonders in der radikaldemokratischen Publizistik zu einem zentralen Argument gegen das Bündnis zwischen Großbritannien und dem Kaiserreich. Die Radikaldemokraten verkündeten, daß die britische Wirtschaft den Krieg nicht länger als zwei Jahre ertragen würde und es das berechnete Kriegsziel Frankreichs sei, den Krieg so lange fortzusetzen bis Großbritannien gezwungen war, den faktisch schon gegebenen Konkurs auch offiziell zuzugeben und der Subsidienfluß so zum Stillstand käme, was endlich Voraussetzungen für einen bleibenden Frieden in der Welt schaffen würde.⁷⁰ Die *Geißel* appellierte 1799 an das deutsche Publikum, es solle den nationalen Bankrott Englands durch einen Boykott britischer Produkte fördern.⁷¹

Eine sachkundige Gegenkritik gegen die Auffassungen von Riem, Morgan und Paine sowie auch die älteren Bankrottpropheten Hume, Adam Smith, Price und Blackstone brachte in dieser Phase Friedrich Gentz vor. Im *Historischen Journal* begann er 1799 einen großangelegten Versuch, dem deutschen Publikum die Grundlagen der britischen Volkswirtschaft darzulegen.⁷² Seine offensichtlich richtige Auffassung war, daß die Basis für die Bankrottprophезeiungen in dem modernen Charakter des britischen Wirtschaftssystems und in den veralteten Auffassungen der Zeitgenossen lag, die es nicht zuließen, daß die große Staatsschuld und der beträchtliche Anteil des Kredits in der Wirtschaft schon als Indikatoren eines schnellen Geldumlaufes und der Fortschrittlichkeit der wirtschaftlichen Tätigkeit gesehen wurden. Gentz opponierte auch scharf gegen die in der anglophoben Kritik wiederholte Behauptung, daß der Wohlstand Großbritanniens im Kredit und in der Aufrechterhaltung der Verbindungen im Fernhandel verankert sei, und deshalb einen leicht verletzlichen, "imaginären" Reichtum bilde. Der Nationalbankrott war

auch in den Ausführungen von Gentz eine Unmöglichkeit, denn auch wenn etwas so Unwahrscheinliches wie der Konkurs der Bank von England geschähe, würde dies noch nicht den Nationalbankrott bedeuten, denn das Nationalvermögen war ausreichend groß, um alle Staatsschulden zu decken. Der Krieg konnte auch nach der Auffassung von Gentz die Wirtschaft Englands nicht in entscheidender Weise bedrohen, denn die eingebürgerte Auffassung vom Kolonialhandel als Grund für den Reichtum Englands hielt er für falsch, sie lasse die zentrale Bedeutung der Manufaktur und Landwirtschaft für die Volkswirtschaft außer Acht.⁷³ Die Thesen von Gentz waren, was er auch selbst wußte, durchaus bahnbrechend: Auch in England vermochte man erst am Anfang des 19. Jh.s mit statistischem Material verbindlich nachzuweisen, daß die Bedeutung des Kolonialhandels bei weitem überschätzt worden war und, daß das wirtschaftliche Wachstum des Landes trotz des Krieges schnell gewesen war.⁷⁴

Die Diskussion in Deutschland über die Schuld Großbritanniens am Krieg beschränkte sich nicht nur auf die Subsidien und die Rolle der britischen Regierung als Aufwiegler und Fortsetzer des Krieges, sondern sie weitete sich auch zu einem Streit über den tatsächlichen Beginner des Krieges aus. Es handelt sich dabei an und für sich um eine heikle und für die Deutschen peinliche Frage, denn obwohl Frankreich 1792 die kriegserklärende Partei war, können die Zeitgenossen es nicht übersehen haben, daß Österreich und Preußen durch ihre drohenden und gegenrevolutionären Erklärungen von 1791 eine weitgehende Verantwortung für den Ausbruch des Revolutionskrieges trugen. Aus den Quellen ist schwierig zu erschließen, inwiefern es den durch den Krieg verbitterten Deutschen Befriedigung verschaffte, den Engländern einen Teil der Schuld am Ausbruch des Krieges im Jahre 1792 zu geben, aber völlig offensichtlich ist aufgrund des Inhalts der Debatte, daß in Deutschland die französische, konspirativ gefärbte Propaganda Wiederhall fand, nach der die Umtriebe der britischen Regierung schon am Ausbruch des Krieges zwischen Frankreich und Deutschlands Großmächten mitbeteiligt gewesen seien. Nach dieser nie verbindlich bewiesenen These hatte die Regierung von Pitt ihre Finger schon bei dem Rundschreiben von Pavia (6.7.1791) und bei der Erklärung von Pillnitz (27.8.1791) im Spiel sowie auch bei den Aufteilungsplänen des französischen Staatsgebietes, die man in den geheimen Teilen dieser Dokumente vermutete.⁷⁵

In der Öffentlichkeit wurden jedoch die, auch mit gewichtigeren Argumenten versehenen, Beschuldigungen ernster genommen, die behaupteten, daß das Verhalten der britischen Regierung während der Monate vor der Kriegserklärung Frankreichs (1.2.1793) bewußt auf die Abwehr der französischen Kompromißvorschläge und so auf den Krieg ziele. Die Aktualisierung dieses Themas in Deutschland um das Jahr 1797 stand im Zusammenhang mit der britischen Kritik am Krieg. In England hatten die Friedensanhänger kurz vor der patriotischen Reaktion des Jahres 1798, die eine Folge von Frankreichs Erklärungen nach dem Frieden von Campo Formio, seine Kräfte auf die Invasion in Großbritannien zu konzentrieren, war, die eigene Regierung lautstark beschuldigt, den Krieg begonnen zu haben. Dabei beriefen sie sich in erster Linie auf den diplomatischen Briefwechsel, den der französische Gesandte Marquis de Chauvelin und der Vertreter der englischen Regierung, Lord Grenville, vor dem Ausbruch des Krieges geführt hatten. Solche Beschuldigungen enthielt das in England sensationell erfolgreiche Pamphlet von Thomas Erskine *View of the Causes and the Consequences of the Present War with France* (1797), das sich sowohl Archenholtz als auch Posselt noch im selben Jahr als Übersetzung in ihren Zeitschriften zu veröffentlichen beeilten und das auch in Hennings' *Genius der Zeit* gelobt wurde.⁷⁶ Die *Minerva* machte ihren Lesern auch ein anderes bedeutendes Schriftprodukt aus diesem Themenkreis bekannt, *Utrum Horum* von Denis O'Bryan (1796). In dieser Schrift, die den Sturz der Regierung forderte, behauptete der irische Parlamentarier, die Regierung von Pitt habe Frankreich schon den Krieg erklärt, als sie im August 1792 ihren Gesandten aus Paris nach Hause holte. Später habe sie sich Frankreich gegenüber eines so lügnerischen Vorgehens schuldig gemacht, daß das Direktorium keinen Grund hatte, an die Aufrichtigkeit des Friedenswillens der britischen Regierung zu glauben und, daß somit die Bedingungen für einen dauerhaften Frieden nicht gegeben seien, bevor die Regierungsverantwortung an die Foxisten übergeht.⁷⁷ Ein Beitrag zur Übersetzungsliteratur über die Kriegsschuldfrage war im Jahre 1797 auch das mit dem Frieden fordernden Titel *Besser spät als gar nicht* versehene Werk eines anonymen deutschen Herausgebers, das auf anonymen britischen Pamphleten beruhte. Darin wurde Großbritannien zwar von der Beteiligung an der Entstehung der Erklärung von Pillnitz freigesprochen, aber genauso wie es Brissot im Konvent im Januar 1793

getan hatte, wurde hier erklärt, die britische Regierung habe die Feindseligkeiten gegen Frankreich mit der Einstellung der Getreidelieferungen eröffnet.⁷⁸ Aus deutscher Sicht waren während der Schlußphase und des Nachspiels des für das Kaiserreich äußerst verhängnisvollen Krieges von nicht unerheblicher Bedeutung die Thesen der britischen Kritik, nach denen die Regierung von Pitt den Krieg mit einer konsequenten Frankreichpolitik hätte entweder völlig verhindern oder in seinen Anfängen ersticken können, und nach denen sie später oftmals Gelegenheit gehabt hätte, einen für England und seine Verbündeten günstigen Frieden mit Frankreich zustande zu bringen.⁷⁹

Die Diskussion über den Anteil Großbritanniens am Ausbruch des Revolutionskrieges wurde auch noch in den folgenden Jahren in Deutschland rege weiter geführt. Aktuell blieb das Thema vor allem deshalb, weil im Jahre 1798 ein Wortgefecht zwischen dem britischen Theologen Marsh und Archenholtz begann. Es ging dabei um die Berechtigung der Feindseligkeit in Deutschland gegen die Regierung von Pitt, wobei die Kriegsschuldfrage eine wesentliche Rolle spielte, wie auch zu einem geringeren Grade der Wahrheitsgehalt des Pamphlets von Erskine.⁸⁰ Weiteren Diskussionsstoff gab eine von Marsh 1799 veröffentlichte Broschüre, in der er mit Hilfe von Dokumenten zu beweisen versuchte, daß die britische Regierung in der Zeit zwischen der Erklärung von Pillnitz und dem Februar 1793 nicht den Krieg suchte, und in der er auch die Unschuld Englands am Scheitern der späteren Friedensverhandlungen beteuerte.⁸¹

4. Großbritanniens Gleichgewichtspolitik und "Seedespotismus" aus deutscher Sicht (1798-1801)

Die einzige bedeutende Phase, während der die Kritik an der Kriegspolitik Großbritanniens nachließ und diese eine Neubewertung fand, lag in Deutschland in den Jahren 1798 und 1799 und sie ging einher mit der gewachsenen Furcht vor Frankreich und mit der allmählich steigenden Kriegsbereitschaft. Die Hoffnungen der Kriegsjahre auf die Zurückhaltung Frankreichs als Sieger wurden schon in Frage gestellt, als Frankreich Anfang 1798 während des Friedens "Revolutionen" in der Schweiz und in Italien organisierte, den Waffenstillstand in Deutschland verletzte und in Rastatt harte Friedensbedingungen stellte - dies betraf

vor allem den Anschluß des linken Rheinufer, den die deutsche Seite am 9. März 1798 prinzipiell akzeptieren mußte.⁸²

Die Neuorientierung zeigte sich als erstes in den Einschätzungen der französischen Invasionsvorhaben, denn noch vor der Nachricht, daß das Ziel der französischen Invasionsflotte nicht England sondern Ägypten war, begann die Öffentlichkeit Stimmen ernst zu nehmen, die den eventuellen Sieg Frankreichs über Großbritannien als Katastrophe für Deutschland charakterisierten. Böttiger protestierte gerade im März im *Neuen Teutschen Merkur*, der noch am Ende des Vorjahres Pitt der Kriegswut beschuldigt hatte, zum ersten Mal gegen die anglophoben "delenda est Carthago"-Stimmungen der Deutschen und gegen ihre Unfähigkeit zu begreifen, daß die "freien" Briten die einzige Schutzmauer der Welt vor der Expansion des militärischen Despotismus der Franzosen seien.⁸³ Aber auch die Herausgeber der *Minerva* und des *Genius der Zeit*, die zwar nie aufhörten, die britische Regierung für den Schuldigen an der Fortsetzung des Krieges zu halten und den reaktionären inneren Zustand Englands zu kritisieren, stellten im Frühling fest, daß das Machtstreben der Franzosen eine Gefahr für ganz Europa bedeutete und sie hofften deshalb, daß Großbritannien von der französischen Invasion verschont bleibe.⁸⁴ Als liberaler Herausgeber vertrat Archenholtz einen außergewöhnlich abrupten Wechsel des Blickwinkels. In einem auf den März datierten Artikel bekannte er, daß er seine früheren Invasionshoffnungen aufgegeben habe, weil der Sieg Frankreichs im Licht der kontinentalen Beispiele als ein größeres Unglück erschien als das britische Seemonopol, auch wenn es sich in Zukunft ausweiten würde.⁸⁵ Ab dem Ende desselben Jahres begann er in seiner Zeitschrift Artikel zu veröffentlichen, die, wie auf radikaldemokratischer Seite mit Grund festgehalten wurde, fraglos für eine neue Koalition und für Preußens Eintritt in den Krieg sprachen.⁸⁶

Die Wohlgesonnenheit gegenüber der zähen britischen Kriegsführung wurde in erheblichem Maße durch den Sieg Nelsons über die französische Flotte bei Abukir am 1.8.1798 gestärkt. Dieser Sieg, der faktisch der Regierung von Pitt erheblich half, die zweite Koalition zu bilden, wurde besonders von den konservativen Publizisten begeistert aufgenommen und löste bei ihnen eine Welle der Kriegsbereitschaft und Sympathie für die Briten aus. Wo der Enthusiasmus am ausgeprägtesten war, wie z.B. in den anglophilen Veröffentlichungen *Politisches Journal* und *Revolutions-*

almanach, sah man die Schlacht bei Abukir als eine wichtige Vorentscheidung, die das Ende für das französische Kriegsglück und das Fortschreiten der Weltrevolution bedeutete. Großbritannien wurde so "zum Retter von Europa".⁸⁷

Mit dem Ende des Jahres 1798 war die deutsche Debatte über den englisch-französischen Krieg schon untrennbar mit den Fragen verbunden, wie wahrscheinlich ein neuer kontinentaler Krieg sei und ob sich Deutschland der neuen Koalition anschließen oder nur eine Beobachterposition einnehmen solle. In der Entstehungsphase des zweiten Koalitionskrieges und während der anfänglichen Erfolge für die Koalition gab es in der bürgerlichen Öffentlichkeit zwar viele Sympathien und auch aktive Propaganda für den Krieg, aber ein neuer Krieg und das Bündnis mit Großbritannien hatten auch ihre Gegner. Eine Kampagne gegen den Krieg mit anglophoben Ausgangspunkten führten die Jakobiner Rebmann, Riem und Görres vom linken Rheinufer aus. Die letzte große Kraftanstrengung ihrer ganzen publizistischen Tätigkeit blieb der Versuch, das Kaiserreich vor einem neuen Bündnis mit den Feinden Frankreichs zu warnen.⁸⁸ Aber auch unter den Liberalen gab es Stimmen, die gegen den Jubel über den Sieg bei Abukir und die danach gestiegene Kriegsbereitschaft protestierten.⁸⁹ In der Friedenspropaganda gegen die Koalition mit Großbritannien wiederholten sich die alten Vorwürfe gegen das egoistische britische Ziel der Seeherrschaft und die Unzuverlässigkeit der Briten als Verbündete sowie die von neuem aufbrachten Thesen über den Zusammenbruch der wirtschaftlichen und moralischen Ressourcen der Briten aufgrund der Bankrottgefahr und der inneren Opposition des Landes. Das vielleicht wesentlichste Neue war die - im Hinblick auf den Verlauf des vorangegangenen Krieges auch begründete - Auffassung, daß die auf die See begrenzte Macht Großbritanniens keine entscheidende Hilfe für das Kaiserreich im Kampf gegen die Franzosen bedeuten konnte. Ansichten, nach denen das Bündnis mit Großbritannien nur zur erneuten Vernichtung Deutschlands und im schlimmsten Fall zur "Polonisation" des Reichs führen konnte, tauchten sowohl in jakobinischen als auch in liberalen Schriften gegen den Krieg auf.⁹⁰ Nach den Prophezeiungen von Rebmann und Riem drohte Deutschland auch ein Aufstand der durch den Krieg ermüdeten Bevölkerung, sobald die französischen Truppen ins Land eindringen würden.⁹¹ Eine solche Angstmacherei mit der Revolutionierung und die Besorgnis um den end-

gültigen Zusammenbruch der Selbständigkeit des Reiches, ja sogar seiner politischen Verfassung, läßt sich nicht ohne Vorbehalte nur als eine Taktik der Meinungsbeeinflussung interpretieren, denn viele deutsche Radikaldemokraten waren zu dieser Zeit schon von der reaktionären Entwicklung der Revolution enttäuscht, und trotz ihrer Vorliebe für Frankreich hatten sie ihr Vertrauen in den völkerbefreienden Missionsauftrag des Krieges der Franzosen verloren.⁹² Das vorrangige Ziel der deutschen Jakobiner war die Propagierung der Neutralität, aber in der *Geißel* erhielten die Fürsten Deutschlands Anfang 1799 auch den Rat, sich ihren Thron durch einen Krieg gegen Großbritannien an der Seite Frankreichs zu sichern.⁹³

Die Niederlage im zweiten Koalitionskrieg war von einer ähnlichen Reaktion begleitet wie die Niederlage der ersten Koalition: eine wachsende Feindseligkeit gegen Großbritannien. Die Ursachen für die Anglophobie lagen vor allem in der Ablehnung des offenen Friedensangebots von Napoleon Bonaparte durch London Anfang 1800 und in den wirtschaftlichen Beistandsverträgen, mit denen die Regierung Pitt Österreich, Bayern und Württemberg bewegen konnte, den Krieg auch hier nach weiterzuführen. Obwohl die ungewöhnliche Form der Friedensangebots des ersten Konsuls Zweifel an der Aufrichtigkeit des Angebots entstehen ließ, waren in der deutschen Öffentlichkeit die Auffassungen zahlreich vertreten, daß ein allgemeiner Friede schon Anfang 1800 möglich gewesen wäre und, daß Deutschland dadurch vor weiteren Zerstörungen durch die feindlichen Truppen verschont geblieben wäre.⁹⁴ Auch sah man damit, wie Archenholtz und Häberlin später betonten, günstigere Friedensbedingungen verbunden, als dies in Lunéville der Fall war.⁹⁵ Sogar Veröffentlichungen wie *Neuer Teutscher Merkur* und *London und Paris*, die früher als Fürsprecher Großbritanniens aufgetreten waren, kritisierten jetzt in der Schlußphase des Krieges England wegen seiner verantwortungslosen Kriegs- und Subsidienpolitik. Böttiger selbst beschuldigte im Januar 1801 den "dämonischen" Pitt, "der aus sieben Schalen Gold und Wehe über unser Vaterland ausgießt", den Zustand Süddeutschlands verschuldet zu haben.⁹⁶

Österreich, das ebenfalls auf das Friedensangebot hätte eingehen können, wurde in der Öffentlichkeit viel weniger kritisiert als England. Diese Schweigsamkeit mag zum Teil auf der Einschränkung der Pressefreiheit beruhen, auf die STROH aufmerksam gemacht hat⁹⁷, und even-

tuell auch auf der Selbstzensur in der unsicheren Situation des Reichs, aber im Grunde müssen die einseitigen Vorwürfe gegen England wegen der Ablehnung des Friedensangebots im Lichte der Erfahrungen von Campo Formio und Rastatt gesehen werden. Sie basierten mit anderen Worten auf dem Bewußtsein, daß kein Sonderfriede ausreichen würde, um die Zukunft des im Krieg unterlegenen Reichs zu sichern, sondern, daß dazu ein allgemeineuropäischer Friede und eine aktive britische Einflußnahme bei der Klärung der Gebiets- und Staatsverfassungsfragen des Kontinents notwendig wären. F.J.C. Schepplers anonymes Pamphlet *Prüfung der Äußerung Bonapartes ...* (1800) ist ein Nachweis dafür, daß die Reaktionen gegen Großbritannien durchaus als Stimmungen interpretiert wurden, die die schicksalhafte Abhängigkeit des Reichs von Großbritannien eingestanden. Diese den Krieg verteidigende reichspatriotische Schrift beklagte, daß sogar eine konservative und bei den unteren Volksschichten beliebte Zeitschrift wie *Politische Gespräche der Totden* begonnen hatte, den Kampfwillen der Deutschen dadurch zu schwächen, daß sie den Entschluß des Kaisers, den Krieg weiterzuführen, als einen Beweis dafür interpretierte, daß das Reich in eine Falle geraten sei, in der der Krieg unter Wahrung der Reichsintergrität nicht mehr ohne England beendet werden könne.⁹⁸

Zu der Zeit der Friedensverhandlungen von Lunéville erreichte in Deutschland die Anglophobie, deren langzeitige Basis der Handelskrieg der Briten gegen Frankreich und ihre hart durchgreifende Kontrolle des maritimen Verkehrs war, ihren Höhepunkt. Vom Anfang des Krieges an waren in der Öffentlichkeit die Schäden für das deutsche Wirtschaftsleben durch den See- und Handelskrieg beklagt worden. Sie waren schon 1793 von Büsch mit seinem Werk *Über die durch den jetzigen Kriege veranlaßte Zerrüttung des Seehandels und deren insbesondere für den deutschen Handel zu befürchtende böse Folgen* aufgegriffen worden.⁹⁹ Nach dem Zerfall der ersten Koalition, als das gegen Frankreich allein gebliebene England den Handelskrieg verschärfte, nahmen die Anschuldigungen zur Ruinierung des deutschen Handels und zur Verletzung des Völkerrechts gegenüber neutralen Ländern einen zentralen Rang in der antienglischen Kritik der Deutschen ein.¹⁰⁰ Wenn man den Vorwürfen von Gentz Glauben schenken darf, hatte das "Geschrei" gegen die Handelstyrannie und den Seedespotismus der Briten, schon zu Anfang des Jahres 1799 bewirkt, daß im Lande wie ein "Volksglaube" die Auffassung

herrschte, daß das Interesse aller Kontinentalstaaten Maßnahmen gegen die Briten zur Sicherung der Freiheit zur See forderte.¹⁰¹

Wie die Fürsprecher Englands betonten, war der Handelskrieg für Deutschland nicht ganz so schädlich wie die Kritik behauptete. Die Handelsblockade der Briten gegen die Batavische Republik besiegelte zwar den Zusammenbruch des Rheinhandels, der durch die französische Besetzung begonnen hatte, aber andererseits bedeutete die Unterbrechung im englisch-holländischen Handel eine nie dagewesene Blüte für den Handel Norddeutschlands.¹⁰² Besonders Hamburg profitierte in großem Maße von dieser Situation, wenn es auch wegen seiner Schlüsselposition im Handel mal von der Seite Frankreichs, mal von der Seite Englands starkem Druck ausgesetzt war. In der Stadt selbst scheinen sich die politischen Stimmungen in anglophile und frankophile Lager geteilt zu haben.¹⁰³

Verärgerung über die Briten scheint in Deutschland z.B. durch den kräftigen Preisanstieg der Kolonialprodukte seit dem Jahre 1796 hervorgerufen worden zu sein, aber auch durch die Wirtschaftskrise von Hamburg, die durch den plötzlichen Niedergang derselben Preise im Jahre 1799 entstand und über einhundert Handelshäuser in den Konkurs trieb. Die eigentliche Ursache dieser Krise lag allerdings eher in den überdimensionierten Lagerbeständen der deutschen Händler als in dem britischen Monopolhandel.¹⁰⁴ Der Brotgetreidemangel und der hohe Brotpreis während des zweiten Koalitionskrieges, die in Norddeutschland Hungerrevolten der unteren Bevölkerungsschichten verursachten, wurden teilweise ebenfalls den Briten vorgeworfen, was insofern begründet war, als daß die britische Regierung wegen der Mißernte in England Getreideimporte aus Norddeutschland mit Prämien subventionierte.¹⁰⁵ Die Anschuldigungen zur Skrupellosigkeit der Briten neutralen Schiffen gegenüber ließen sich am besten mit unbestreitbaren Fakten begründen, denn England wandte das Prisenrecht ziemlich gnadenlos gegen neutrale Länder Deutschlands an, um den Transport von Konterbande nach Frankreich zu verhindern, und um die Entwicklung zu stoppen, daß holländische Schiffe seit dem Jahre 1795 unter die Flagge deutscher Länder wechselten.¹⁰⁶

Die Verbitterung gegen den Handelskrieg der Briten und ihre Methoden entlud sich heftig, als Rußland, das eine Annäherung an Frankreich suchte, am Ende des Jahres 1800 zusammen mit Dänemark, Schweden und

Preußen ein bewaffnetes nordisches Neutralitätsbündnis gegen England zur Sicherung der Handelsschiffahrt schloß. Diejenigen Geschehnisse dieses einige Monate dauernden Zwischenfalls, die Deutschland betrafen, nämlich die Besetzung Hamburgs und Lübecks durch Dänemark sowie die Besetzung Hannovers durch Preußen, wagte die Presse sowohl während wie auch nach der Krise nur wenig zu kritisieren,¹⁰⁷ aber heftig reagierte sie hingegen darauf, daß Großbritannien am 2.4.1801 die dänische Flotte vor Kopenhagen vernichtete, um eine Ausweitung des Seekriegs zu verhindern. In den deutschen Fürstentümern Dänemarks waren die Proteste verständlicherweise äußerst aggressiv, wovon u.a. die bitteren Angriffe von Hennings gegen die "Seeräuberei" der Briten im *Genius* zeugen.¹⁰⁸ In Flensburg gründete der Radikaldemokrat G.C.Meyer während der Nordischen Seekonvention ein besonderes Propagandaorgan, *Der Feind Englands*, das noch nach dem Inkrafttreten des Waffenstillstands zwischen Dänemark und England von den Untertanen Dänemarks forderte, sie sollen sich auf einen neuen Krieg gegen die Briten vorbereiten.¹⁰⁹ Aber auch in den anderen Teilen Deutschlands, einschließlich der südlichen Teile des Reichs, folgte auf den Angriff auf Kopenhagen eine Welle des Britenhasses, deren Berechtigung auch die Anglophilen nicht ernsthaft in Abrede stellten. In diesem Zusammenhang wurde wieder die Befreiung der Meere von der Übermacht der Briten gefordert und wiederholt wurden auch die Auffassungen von den Handelsinteressen Großbritanniens als Ursache für die Fortsetzung des Krieges.¹¹⁰

Überhaupt gab es nur wenige Publizisten, die während der Revolutionskriege konsequent und aktiv die Kriegsführung Großbritanniens und die britisch-deutschen Allianzen verteidigten. Unter den langlebigen politischen Zeitschriften läßt sich kaum eine andere finden als Schirachs *Politisches Journal*, die während der ganzen Kriegszeit von 1793-1801, auch während der Niederlagen ihrer pro-englischen Linie treu geblieben ist.¹¹¹ Aufgrund der Personalunion hätte sich aus Hannover unter günstigeren Umständen möglicherweise ein Zentrum der publizistischen Tätigkeit gegen die Anglophobie entwickeln können. Anzeichen für die Entwicklung einer solchen Aktivität waren auch am Anfang des 1. Koalitionskrieges zu beobachten, als dort gegen die Revolutionsideen und die französische Kriegspropaganda kämpfende, volkstümliche *Fliegende Blätter* und *Neue Zeitblätter* veröffentlicht wurden. Der Baseler Friede verunmöglichte jedoch eine ausgedehnte Propaganda zur Verteidigung der

britischen Kriegspolitik im Lande, weil Hannover sich der Neutralität des restlichen Norddeutschland anschloß und, weil bekannt war, daß in Frankreich die Besetzung und die Übergabe des Landes an Preußen erwogen wurde, um so Großbritannien zu demütigen.¹¹² Die Berechtigung der Revolutionskriege wurde in der deutschen Öffentlichkeit wohl zeitweise sogar sehr intensiv verteidigt, aber die Kriegspropaganda konnte sich natürlich wesentlich nur auf die Legitimation der Kriegsführung Deutschlands konzentrieren, nicht die des Verbündeten. Während des zweiten Revolutionskrieges gab es in der konservativen Publizistik jedoch in gewissem Maße Tendenzen, mit antirevolutionären Argumenten die Kriegspolitik Großbritanniens zu rehabilitieren.

Der prominenteste Verteidiger Englands war Friedrich Gentz. Seine Veröffentlichungen aus den Jahren 1799-1801 offenbarten eine nahezu systematische Bestrebung, die Hauptpunkte der anglophoben Kritik zurückzuweisen. Die Bedeutung seiner Tätigkeit war umso größer als er von 1799-1800 in Preußen wirkte, wo die Presse seit 1795 der frankreichfreundlichen Neutralitätspolitik des Landes gefolgt war. Es war offensichtlich die Absicht von Gentz, die in Preußen am Anfang des 2. Koalitionskrieges erstarkte Kriegspartei zu unterstützen, aber seine Schriften waren auch auf ganz Deutschland gerichtete und international orientierte Warnungen vor der Macht Frankreichs. Positive Beachtung fanden sie mit Sicherheit in Großbritannien und trugen dem Verfasser auch finanzielle Unterstützung von dort ein.¹¹³ Neben seiner Bestrebung, Vertrauen in die militärische Standfestigkeit Großbritanniens aufzubauen, verfolgte Gentz auch das Ziel, die in allen konservativen Englandapologien zentrale Ansicht zu verteidigen, daß das einzige Kriegsziel der Briten das mit den Interessen der anderen Koalitionsländer koinzidente Gleichgewicht Europas war und daß die Existenz der Staaten Europas und die Bewahrung der gesellschaftlichen Systeme und des wirtschaftlichen Wohlstandes untrennbar mit den Möglichkeiten Großbritanniens, sich dem Wachsen der Macht Frankreichs zu widersetzen, verbunden seien. Die Geschichte des Seekrieges, die Aktivität der Briten in den Kolonien und ihre Störung des Seehandels durften nach Gentz nicht als Beweis gewertet werden, daß Großbritannien die universale See- und Handelsherrschaft anstrebte. Die Monopolstellung der Briten im Kolonialhandel sei, wie er während der Wirtschaftskrise von Hamburg betonte, nur eine vorübergehende Erscheinung, die mit dem "wirklichen" Frieden verschwinden würde. Sie sei

nicht einmal allenthalben eine Folge des britischen Wirtschaftskrieges gegen Frankreich oder dessen, daß England aus Loyalität dem legalen holländischen Herrscherhaus oder seinen anderen Verbündeten gegenüber die Franzosen daran hinderte, an die holländischen Kolonien zu kommen. Eine große Bedeutung habe schon der Umstand gehabt, daß Frankreich mit der Revolution die Basis seines eigenen Wirtschaftslebens - den Schutz des Eigentums - zerstört und mit seinen Freiheitsideen den Aufstand der Negerklaven auf seinen westindischen Inseln entfacht habe.¹¹⁴

In seiner Broschüre *Von dem politischen Zustande von Europa vor und nach der Französischen Revolution* (1801), dem Gegenstück zu einem Pamphlet des Franzosen d'Hauterive, versuchte Gentz mit geographischen und geschichtlichen Argumenten sowie Darlegungen zur Natur des Handels zu beweisen, daß die Behauptungen, nach denen Großbritanniens Seemacht für Europa gefährlicher sei als die Übermacht Frankreichs auf dem Kontinent, unlogisch seien. Aufgrund seiner insulären Lage und der Schwäche seiner Landstreitkräfte könne England nie zu einer Gefahr für die Unabhängigkeit Frankreichs oder der anderen Kontinentalstaaten werden. Sein Einfluß auf dem Kontinent sei abhängig von Koalitionen und vom Handel, der immer friedliche internationale Beziehungen und Freiwilligkeit auf der Seite des Käufers voraussetze. Die Großmachtstellung der Briten und ihre ganze staatliche Existenz seien abhängig vom Gleichgewicht in Europa und für dieses Gleichgewicht hätten sich die Briten seit dem Frieden von Westfalen konsequent eingesetzt. Gentz verlangte von seinen Landsleuten, die französische Propaganda zu durchschauen, nach der Großbritannien eine kriegerische und expansive Gefahr darstellte und Frankreichs Gebiets- und Interessensphäreneroberungen auf dem Kontinent berechtigte Gegenmaßnahmen zur Wiederherstellung des "Weltgleichgewichts" gegen die übergroße Kolonialmacht der Briten seien: die einzige Bedrohung für das Gleichgewicht Europas und der ganzen Welt sei Frankreich, denn einzig seine geographische Stellung und seine Ressourcen seien dergestalt, daß es in der Lage sei, die Nachbarstaaten militärisch zu unterwerfen und mit der kontinentalen Universalmacht die Seeherrschaft zu verbinden.¹¹⁵

Gentz' sachliche Beteurungen waren eine Variante der Opposition gegen das antienglische Denken. Für die gleiche Sache setzte sich auf wesentlich aggressivere Weise der *Revolutionsalmanach* von 1802 mit

seinem Artikel "Warum stimmen so viele Deutsche in das Geschrey über England?" ein. Diese Protestschrift, die sich zum Teil auf die Ansichten des schweizerischen Konservativen K.L. von Haller aus dem Jahre 1800 stützte, akzeptierte keinen der Gründe für die Verbitterung der Deutschen über die Kriegsführung Großbritanniens: die Kritik der Anglophoben an der Kriegsschuld der Briten und ihrer Absicht, einen ewigen Krieg zur Verarmung des Kontinents zu führen, beruhe auf den Sympathien für die Franzosen, auf dem Neid der Kaufleute, dem hohen Preis von Kaffee und Zucker und vor allem auf dem für die Deutschen typischen Mangel an Patriotismus, der zu einer völligen Gleichgültigkeit gegenüber dem Umstand führe, daß das südliche Deutschland vom Feind unterdrückt und ausgebeutet wurde, sowie auch zum Unvermögen, die Bedeutung Großbritanniens als Gegengewicht zur Macht Frankreichs zu sehen.¹¹⁶

5. Die Enttäuschung von Amiens

Die Anstrengungen der anglophilen Konservativen vermochten die antienglischen Stimmungen in Deutschland wohl kaum in bedeutender Weise zu dämpfen. Noch weniger war dazu in der Lage den Friedensschluß zwischen England und Frankreich, der aus den Verhandlungen von 1801-1802 hervorging. Obwohl die Fortsetzung des Krieges oft mit der Person Pitts gleichgesetzt worden war, vermochte man einen Kompromißfrieden trotz des Regierungswechsels in England nicht mehr für wahrscheinlich zu halten, denn vorausgegangen war eine lange Zeit gescheiterter Friedensverhandlungen und die Situation im Krieg war insofern festgefahren, als daß Frankreich seine absolute Überlegenheit auf Land bewiesen hatte, und Großbritannien zur See.¹¹⁷ Der Prelimnärfriede von London (10.10.1801) und seine Bekräftigung im Vertrag von Amiens (27.3.1802) waren sowohl für die Kritiker als auch die Verteidiger Englands eine unangenehme Überraschung. Die Bedingungen des Friedens, den das Kabinett von Addington vor allem wegen der Kriegsmüdigkeit und wegen der wirtschaftlichen Belastungen einging und der schließlich nur ein Jahr dauerte, waren hinsichtlich des militärischen Erfolges der Briten völlig unerwartet. England willigte ein, Frankreich und seinen Verbündeten mit der Ausnahme Trinidads und Ceylons alle eroberten Kolonien zurückzugeben, während Frankreich sich lediglich

verpflichtete, seine Truppen aus Süd- und Mittelitalien abzuziehen und dem Haus von Oranien den Verlust von Holland irgendwie gutzumachen.¹¹⁸

Die Nachgiebigkeit Englands war für die Deutschen völlig unbegreiflich. Noch nach dem Frieden von Amiens wurden in der Öffentlichkeit Vermutungen über geheime Paragraphen über den Kontinent im Friedensdokument geäußert.¹¹⁹ Von der allgemeinen Verwirrung zeugt auch das bunte Spektrum an Spekulationen darüber, ob der Friede ein politischer Fehler der unerfahrenen britischen Regierung war, oder ob England durch einen der breiten Öffentlichkeit unbekanntem Krisenfaktor zu ihm gezwungen war.¹²⁰ Einerseits entzog er den anglophoben Thesen, nach denen Großbritannien im Krieg die absolute See- und Handelsherrschaft suchte, die Basis, aber andererseits schien er der anglophoben Kritik an der Gleichgültigkeit Englands seinen Verbündeten gegenüber Recht zu geben. Nicht ohne Grund fühlten sich, wie Posselt feststellte, diejenigen Regierungen betrogen, die zu sehr auf die britischen Parolen "Rettung von Europa" und "Erhaltung der alten gesellschaftlichen Ordnung" vertraut hatten.¹²¹

Die öffentliche Diskussion zeigt aber auch deutlich, daß die Höfe und die Konservativen in Deutschland nicht die einzigen waren, die ihre Hoffnungen bezüglich der Zukunft des Reichs auf Großbritannien gebaut hatten. Trotz aller Angriffe gegen den britischen Egoismus hatten auch die Kritiker des Krieges erwartet, daß Großbritannien wegen seiner Gleichgewichtspolitik im Frieden von Frankreich Eingeständnisse zugunsten des Reichs fordern würde. Der Frieden von Lunéville, wie auch andere Friedensschlüsse Frankreichs auf dem Kontinent, war, wie Posselt und Häberlin schon zuzugeben bereit waren, allgemein nur als ein temporärer angesehen worden: man hoffte auf die Zurückgewinnung des Rheinlandes und auch auf die Abschaffung des revolutionären Régimes in Holland um der Sicherheit Deutschlands willen.¹²²

Heftig und sicherlich auch den Einfluß des Publizisten überschätzend reagierte auf den Preliminärfrieden von London Archenholtz, denn er begann in der *Minerva* eine Kampagne, in der er die Höfe Europas davor warnte, sich auf den Friedenswillen Frankreichs zu verlassen, und von England forderte, bei solchen Bedingungen vom Frieden zurückzutreten. Der Preliminärfriede sei nicht nur ein schandhafter Verrat an Deutschland und den anderen ehemaligen Verbündeten Englands, sondern er

bedeute auch den Todesstoß für Großbritanniens politische und wirtschaftliche Macht, denn auch nach dem Frieden sei Frankreich bald in der Lage, mit seinen Verbündeten eine starke Flotte aufzubauen und eine erfolgreiche Invasion in England durchzuführen.¹²³ Am Anfang des Jahres 1802, als ein Friede unter den Londoner Bedingungen schon als fast sicher galt, gab er in seinem Artikel "Über den politischen Macht Englands" als Erklärung für den Frieden den Verfall der britischen Freiheit an: England, hinsichtlich seiner wirklichen Ressourcen nur eine Macht zweiter Klasse, sei nur aufgrund der positiven Gesamtwirkung der britischen Freiheit imstande gewesen, zur Großmacht aufzusteigen. Der Mitte des 18. Jh.s einsetzende Verfall des Volkscharakters, dessen außenpolitische Folge der Mißbrauch der Macht gewesen war, hatte innerhalb eines einzigen Krieges vermocht, das Reich zusammenbrechen zu lassen.¹²⁴ Nach Amiens sprach eine tiefe Resignation aus den Kommentaren von Archenholtz. Nach seiner Meinung konnte keine Koalition und kein Krieg mehr die Übermacht Frankreichs in der Welt verhindern: das europäische Gleichgewicht war für immer zerstört, die Existenz der Staaten und die ganze europäische Kultur vom Untergang bedroht.¹²⁵ Mit seiner mutigen antifranzösischen Linie, die ihm Schwierigkeiten bei der Verbreitung seiner Zeitschrift auf der linken Rheinseite eingebracht haben soll,¹²⁶ und mit seinem Pessimismus vertrat Archenholtz ein Extrem, aber kennzeichnend für die ganze Kritik am Frieden von Amiens waren die Auffassungen, daß England mit seiner Friedensschliessung das europäische Gleichgewicht geopfert hatte und das Kaiserreich der Gnade Frankreichs ausgeliefert hatte.¹²⁷

Die deutsche Debatte von 1793-1802 über die Kriegspolitik Großbritanniens beinhaltete propagandistische Tendenzen, auf die außenpolitischen Entscheidungen der Regierungen Deutschlands einzuwirken. Die Anglophobie hatte in den Schwierigkeiten, die durch die Kriegsführung Englands in Deutschland entstanden waren, einen legitimen Nährboden, aber andererseits ging in den Britenhaß auch viel unberechtigte Bitterkeit über den verlorenen Krieg und die unkluge Politik der eigenen Fürsten mit ein. Alles in allem war das politische Englandbild, ungeachtet ob es sich um Kritiker oder Verteidiger handelte, vorrangig von nationalen Ausgangspunkten bestimmt, mit anderen Worten davon, wie die Wirkung der englischen Kriegspolitik auf die Situation und Zukunft Deutschlands eingeschätzt wurde. Voraussetzungen für eine objek-

tivere Einschätzung der britischen Kriegsführung oder für ein Verständnis für die Probleme, die den Engländer durch die Schwäche der Verbündeten und ihre Sonderfrieden entstanden, waren in der deutschen Wirklichkeit, zu deren Realitäten ein verlorener Krieg auf deutschem Boden und der Zerfallsprozeß des Reiches gehörten, nicht in ausreichendem Maße gegeben.

XI. RÜCKBLICK: DAS ENGLANDBILD UND SEINE POLITISCHEN BEDEUTUNGEN IN DER BÜRGERLICHEN ÖFFENTLICHKEIT DEUTSCHLANDS (ca. 1780-1802)

Die Großbritannienfrage war in Deutschland im späten 18. Jh. und zu Anfang des 19. Jh.s fortwährend aktuell. Die Diskussion zeigt, daß die deutsche Intelligenz die Grundlagen der anglophilen Verfassungstheorie der Aufklärung und die in der britischen Presse geführte politische und ideologische Debatte gut kannte und, daß diese Quellen einen großen Einfluß auf die Vorstellungen der Deutschen von den Verhältnissen in England hatten, wenn auch nicht unbedingt im Sinne einer größeren Objektivität.

Wichtiger ist jedoch, daß die an die Öffentlichkeit gerichteten Englandbilder in der gegebenen Lage Deutschlands ein bedeutendes politisches und propagandistisches Gewicht hatten. Zum einen war England für die Deutschen ein Modell eines bestimmten politischen und sozialen Systems. Dieses aus den britischen Verhältnissen abstrahierte strukturelle Englandbild wurde durch den Begriff "britische Freiheit" zusammengefaßt, und dieser gehörte auch negativ interpretiert zum Instrumentarium der ideologischen Debatte. Die Diskussion um die Struktur der britischen Freiheit war fast immer explizit oder implizit mit der Fragestellung verbunden, inwieweit das britische Modell für die Deutschen praktikabel war. Während der Epoche der Französischen Revolution wurden jedoch die politischen Ereignisse der Zeit, die Reaktion in England und der Krieg gegen Frankreich, zu Faktoren, die das Englandbild bestimmten und auch auf das Verständnis der britischen Freiheit einwirkten. Die Diskussion um die britische Kriegs- und Reaktionspolitik war - wie auch die Debatte über die britische Freiheit - ein Streit über Recht und Unrecht, d.h. eine Debatte über die Legitimation der deutschen und britischen antirevolutionären Politik, aber im Grunde war diese Auseinandersetzung von nationalen, an die deutschen Interessen gebundenen Gesichtspunkten bestimmt. Dabei gingen die Auffassungen darüber auseinander, wie die Kriegs- und Bündnispolitik Großbritanniens auf die Situation des Heiligen Römischen Reiches wirkte und welche Linie die deutschen Länder in der Außenpolitik einschlagen sollten.

Im Englandbild der anglophilen Literatur der achtziger Jahre war das

Land ein Symbol für allgemeingültige Werte, ein Beispiel für einen funktionsfähigen Frei- und Rechtsstaat und für ein Land der weitgehenden politischen und sozialen Gleichheit. Ohne eine substantielle Verankerung in der Realität wäre der Anglophilie kein Erfolg beschieden gewesen: sie stützte sich auf den Umstand, daß Großbritannien die einzige Großmacht mit einer eingeschränkten Monarchie und mit ausgedehnten Bürgerrechten war, und, daß dort die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Modernisierungsprozesse bedeutend weiter fortgeschritten waren als auf dem Kontinent. Die Englandbewunderung nahm jedoch oft unrealistische und "anglomane" Züge an. Generell gesehen war es für die Anglophilen typisch, daß sie die auf dem Kontinent hinreichend bekannten politischen und sozialen Mißstände in England zu ignorieren bestrebt waren und daß ihr Verständnis des englischen politischen Systems eher auf den Lehren Montesquieus und der anderen anglophilen Staatstheoretiker vom Gleichgewichts- und Gewaltenteilungsmechanismus der britischen Konstitution beruhte, als auf direkter Beobachtung der Realität. Dies führte dazu, daß die Bedeutung des Kabinetts und der das Kabinett unterstützenden Parteigruppierungen in den Kammern bei der Koordination der Exekutive und der Legislative und ihrer Interessen noch nicht in der Tragweite gesehen wurde, wie sie schon tatsächlich gegeben war. Aus der Perspektive derselben Lehren sahen die Englandbewunderer, daß sich das Freiheitsprinzip in der britischen Gesellschaft ganzheitlich und mit positiven Ergebnissen verwirklichte, und sie interpretierten die geistige und materielle Blüte des Landes und die "Tugenden" des Volkscharakters oft als eine Folge der "politischen" und/oder "bürgerlichen" Freiheit des Staates.

Hinsichtlich des Englandbildes kann die anglophile politische Theorie als eben solches stereotypes Wissen betrachtet werden, das der Erfahrung vorangeht und an dem die Wirklichkeit gemessen wird, wobei jede Information und Erfahrung mit bekräftigendem Charakter gute Chancen auf Erfolg hat. Was die Gleichgewichts- und Gewaltenteilungslehre als Beschreibung der Praxis der britischen Konstitution betrifft, so war die Theorie dermaßen im Denken der Zeitgenossen verwurzelt, daß sie noch nicht einmal während der Revolutionsphase in Frage gestellt wurde, obwohl schon damals darüber gestritten wurde, ob die britische Verfassung und Gesellschaft Bewunderung verdienen oder nicht. Schon dies macht verständlich, daß die parlamentarische Situation der neun-

ziger Jahre, in der sich aufgrund der ungewöhnlichen Schwäche der Opposition der Widerspruch zwischen der alten Theorie und der Praxis deutlich zeigte, von der Kritik so dramatisch als das Ende der englischen Konstitution oder zumindest als krasse Verfremdung von ihrem "ursprünglichen", d.h. von Montesquieu beschriebenen, Wesen interpretiert wurde. Auch die Tatsache, daß die konservativen Anglophilen die Interpretationen Montesquieus in den neunziger Jahren als zu mechanistisch und ungeschichtlich kritisierten, bedeutete faktisch nichts anderes als eine in der neuen ideologischen Situation zweckmäßige Hinzufügung von Korrekturen, Ergänzungen und neuen Gewichtungen zum alten Theorieganzen.

Die vorrevolutionäre Anglophilie in Deutschland hatte ihre Variationen, aber ein gemeinsamer Nenner war das Bild von England als dem gelobten Land der Mittelklasse und der "Chancengleichheit". Die Grundtendenz dieses Bildes unterstützte die bürgerliche Emanzipationsbewegung, in der in den achtziger Jahren die Forderung nach dem Abbau der großen Ständeunterschiede, nach der Ausweitung des Rechtsschutzes und der Meinungsfreiheit und überhaupt nach einem freieren sozialen und wirtschaftlichen Wettbewerb an zentraler Stelle standen. Gerade auf dem Gebiet dieser bürgerlichen Freiheiten wurden aus den britischen Vorbildern schon einige klare Reformempfehlungen formuliert. Obwohl mit der deutschen Anglophilie keine expliziten Konstitutionalismusforderungen verbunden waren, und die Nachahmung der britischen bürgerlichen Freiheiten auch ohne Abänderung der Regierungsform als möglich angesehen wurde, bedeutete die Anglophilie nicht nur eine Kritik der sozialen, sondern auch der politischen Mißstände in Deutschland, und diese stellte - ungeachtet der Intentionen der Anglophilen - eben auch die Legitimation des Absolutismus in Frage.

Der Ausbruch der Revolution in Frankreich, das für viele aufgeklärte Deutsche das absolutistisch-feudale System mit seinen Mißständen an sich repräsentiert hatte, löste in der deutschen Intelligenz Bewußtseinsbildungsprozesse aus, die einerseits die ideologischen Gegensätze verschärften und die Unterschiede zwischen der Denkweise der Konservativen, Liberalen und Radikaldemokraten in der Öffentlichkeit zuspitzten, die aber andererseits auch die Modelle der britischen und der französischen Freiheit im Bewußtsein der Zeitgenossen in eine Konkurrenzsituation zueinander brachten. Es läßt sich zwar nicht abstreiten,

daß sich in der deutschen politischen Literatur während der Revolutions-epoche Beispiele für die Fortsetzung der alten anglophilen Tradition finden - sogar in einer sehr unkritischen Form - aber als grundlegend muß gelten, daß das Englandbild der Deutschen und ihr Verständnis der britischen Freiheit ab 1789 in Bewegung geraten war. Zum einen verlor die britische Freiheit in Deutschland als Begriff an emanzipatorischer Bedeutung, weil die Erneuerungen der Französischen Revolution die Reformbedürftigkeit und den irrationalen historischen Ballast der britischen Institutionen sichtbar machten, und zum anderen, weil die britische Freiheit zu einem Mittel im Kampf gegen das revolutionäre Gedankengut wurde.

Aus theoriegeschichtlicher Perspektive ist es am bedeutendsten, daß die anglophilen Konservativen, vor allem Rehberg und Gentz, im Geiste Burkes aus der britischen Freiheit einen Gegenbegriff zur französischen Freiheit gemacht haben. In ihrer Auslegung war die britische Freiheit nicht nur ein Produkt der Revolution von 1688, sondern das Ergebnis einer schrittweisen geschichtlichen Entwicklung, und die Überlegenheit der britischen Verfassung beruhte auf den systemerhaltenden Elementen, auf der starken Monarchie, auf dem Zweikammersystem, auf dem Bund von politischen Rechten und Eigentum sowie auf der Interaktion der gesetzgebenden Organe anstelle einer strikten Gewaltenteilung. Ihre Ziele waren die Verteidigung der schrittweisen und traditionsverbundenen Entwicklung der bestehenden Verhältnisse sowie die Opposition gegen die auch in Deutschland beachteten Verfassungsmodelle aus Frankreich und die revolutionären Interpretationen des Gemeinwillens, der Volkssouveränität und des Widerstandsrechts. Nach ihrer eigenen Ansicht verteidigten sie den politischen und sozialen Status quo in Deutschland und schufen Vertrauen in die Reformierbarkeit der eigenen Verhältnisse. Der Grund für die Suche nach Vorbildern im fremden Land lag im Reformismus der anglophilen Konservativen: in Deutschland ließen sich keine Freiheitsmodelle finden, die überzeugend genug waren, um mit den Alternativen der Revolution zu konkurrieren. Das Vorgehen war keineswegs problemlos. Die Individualitätslehre der Staatsformen und die Relativierung des Begriffs der Freiheit und der Würde der Regierungsformen waren die Grundlage, auf der sie Mißverständnissen und Kritik vorzubeugen versuchten, aber ihre Argumentation war nicht immer überzeugend oder konsequent. Sie betonten zwar, daß ein System, das sich langsam unter

den besonderen Bedingungen eines fremden Landes entwickelt hatte, nicht als solches auf ein anderes übertragen ließ, aber andererseits warfen sie den Revolutionären in Frankreich vor, daß diese sich nicht damit begnügt hätten, nur das britische Vorbild nachzuahmen. Für die antiabsolutistischen Hannoveraner war die Regierungsform Englands eine auf gemeingermanischer und feudaler Basis gewachsene Form der Ständegewalt, in deren Richtung sich die deutschen Ständeversfassungen ohne Verletzung der deutschen Traditionen entwickeln ließen. Die Analysen von Gentz, in denen die politische Verfassung Englands eine Organisation der Gesetzgebung darstellte, machte schon durch ihre Ausgangspunkte ein Eingeständnis an die Ansicht, daß es möglich wäre, dieses System auf dem Wege der Gesetzgebung auch anderswo nachzuahmen. Dieses Problem der politischen Unzuverlässigkeit zu einer Zeit, als die Reaktion sich vertiefte und der Kriegszustand herrschte, müssen wohl als Hintergrund dafür gesehen werden, daß die Hannoveraner am Anfang des 1. Koalitionskrieges schwiegen und Gentz sich schließlich auf die Seite des preußischen Absolutismus stellte.

Das Verständnis von Großbritannien als einem Land der vernünftigen Freiheit stieß schon unter den Konservativen auf Widerstand. Ein Teil der Verteidiger des Status quo lehnte alle fremden Vorbilder ab, indem sie an die Überlegenheit der Verhältnisse in Deutschland oder an den Patriotismus appellierten oder sich darauf bezogen, daß es unmöglich oder gefährlich sei, fremde Modelle in Deutschland nachzuahmen. In dieser Kritik wurde die britische Freiheit als Scheinfreiheit oder als Anarchie bezeichnet, oder es wurde betont, daß die wirtschaftliche Macht Großbritanniens oder andere positive Erscheinungen des Engländertums nicht auf der Regierungsform oder auf den bürgerlichen Freiheiten beruhten, sondern auf unübertragbaren Umweltfaktoren. Die katholischen Konservativen scheinen der britischen Freiheit auch aus konfessionellen Gründen mißtraut zu haben.

Die reaktionäre Entwicklung in Großbritannien und den Krieg der Briten gegen Frankreich akzeptierten hingegen auch viele Konservative, die sonst die Vorbilder der britischen Freiheit verwarfen, als Modelle für richtige Werte und richtiges Handeln. Wo eine gewisse Reformbereitschaft gegeben war, wurde England als Beispiel dafür verwendet, wie die Presse- und Vereinsfreiheit die antirevolutionäre öffentliche Meinung bestärken kann, aber für gewöhnlich wurde die in Großbritannien be-

triebene Politik für die Konservativen zu einer Richtschnur dafür, wie die Regierungen Deutschlands die Revolutionsgefahr in ihren Ländern mit hartem Durchgreifen unterbinden können. Die Entwicklung in England war für viele Konservative auch ein Beweis für die tatsächliche Gegebenheit der Revolutionsgefahr in allen Nachbarländern Frankreichs. In der Konspirationspropaganda, die schlußendlich auch alle Friedensanhänger zu Mitgliedern des internationalen revolutionären Geheimbundes zählte, entwickelte sich sogar ein Gedankenaustausch und eine Wechselwirkung zwischen den britischen und den deutschen Reaktionären.

Die Einstellung der deutschen "Jakobiner" zu Großbritannien und seinem System war in den neunziger Jahren durchweg negativ. Besonders für die radikaldemokratische Publizistik, die eine Leserschaft in Norddeutschland, dem traditionellen Gebiet der Englandorientierung, zu erreichen suchte, war es charakteristisch, daß sie die Englandbewunderung in all ihren Formen ablehnte. Betrachtete man die Verfassung Großbritanniens mit H.C. Albrecht aus dem Blickwinkel der revolutionären Lehre über den Gemeinwillen und die Volkssouveränität, war es nur konsequent zu sagen, daß die britische Konstitution schon durch ihr Prinzip der Gewaltenteilung grundfalsch und nicht-reformierbar sei. Für Albrecht, der auch gegen die geschichtlich-organologische Staatsauffassung der anglophilen Konservativen und ihre Lehren über das politische Handeln opponierte, war die britische Freiheit nur eine Variation des Feudal- und Privilegiensystems, ein Egoismus, der sich in politischen und sozialen Strukturen manifestierte und zu dem wesentlich auch die von den Anglophilen oft ignorierten Erscheinungen der politischen Macht der Staatskirche, die Unterdrückung der Andersgläubigen und die neuen Unterdrückungsmechanismen der Industriellen Revolution gehörten. Obwohl einige Radikaldemokraten im Gegensatz zu Albrecht das Eingeständnis machten, daß die Konstitution Englands zur Zeit ihrer Entstehung und in "ursprünglicher" Form ein Fortschritt in der Geschichte der Menschheit gewesen sei, waren auch für sie die Auffassungen von der Scheinfreiheit und der sozialen Ungerechtigkeit in Großbritannien typisch.

Die theoretische Diskussion über die Schwächen der englischen Regierungsform oder die Mängel in den gesellschaftlichen Beziehungen hatten keinen zentralen Rang in der radikaldemokratischen Publizistik. Dies beruht wohl zum Teil darauf, daß sie auch die Bevölkerungsschich-

ten unterhalb des Gelehrtenstandes zu erreichen versuchte, aber vor allem dürfte es darauf zurückgehen, daß aus der Verurteilung der antirevolutionären Innen- und Außenpolitik Großbritanniens während der sich hinziehenden Revolutionskriege das wichtigste Thema der Kritik wurde, und daß der Sieg der Reaktion im Inselreich durch das empirische Material eine viel ergiebigere Grundlage bildete, die deutsche Anglophilie in ein lächerliches oder verachtenswertes Licht zu bringen, als dies mit den Theorien der Fall war.

Auf die innere Entwicklung des Landes verweisend lancierten die Radikaldemokraten ein Bild an die Öffentlichkeit, in dem das Reich als eine Karikatur jeglicher Freiheit und Aufklärung dargestellt wurde, als ein Staat, in dem es dem "Despoten" Pitt mit der Unterstützung der korrumpierten Parlamentarier gelungen war, die alte Konstitution und die bürgerlichen Freiheiten zu vernichten und sowohl das Volk als auch den Herrscher der ministerialen Alleinherrschaft zu unterwerfen. Mit diesen Visionen war für gewöhnlich eine Verachtung derjenigen Briten verbunden, die die Regierung unterstützten. Oft wurde sogar das ganze Volk als eine in die Sklaverei, Barbarei und Lasterhaftigkeit versunkene und geldgierige Masse dargestellt. Manchmal - und besonders, wenn Frankreich ein Sieg über England prophezeit wurde - wurden die Briten aber auch positiver eingeschätzt. Dann wurde behauptet, daß die Mehrheit der Bevölkerung aufgrund der Belastungen der Kriegswirtschaft und der Reaktion kurz vor dem Aufstand stehe und bereit sei, ihre Freiheit zu verteidigen. Der Zweck dieser düsteren Englandbilder lag einerseits in der Verspottung der Strukturen der britischen Freiheit, wie z.B. der eingeschränkten Monarchie, der Ständehierarchie oder des Bundes zwischen Thron und Altar sowie der Reaktionspolitik überhaupt. Andererseits standen die emotional und negativ aufgeladenen Bilder vom inneren Zustand Großbritanniens in zweckdienlicher Beziehung zu dem radikal-demokratischen Denken, in dem die damalige Situation in der Welt und der Krieg als unversöhnlicher Kampf zwischen Freiheit und Despotismus, zwischen Gut und Böse, gesehen wurden. Großbritannien, den Anführer der Koalitionen und erfolgreichsten Gegner Frankreichs, versuchte die radikal-demokratische Propaganda als auch ideologisch extremsten Gegensatz zu Frankreich zu polarisieren: als Hauptland der Reaktion und als Gefahr für die Freiheitsbestrebungen nicht nur des französischen Volkes, sondern auch die aller Völker Europas und der Kolonien. Die un-

mittelbaren Vorbilder dieser Propaganda stammten zweifellos aus Frankreich. Dasselbe gilt für die Tendenzen in der deutsch-jakobinischen Publizistik, Großbritannien, und genauer gesagt Premierminister Pitt, zum Führer und geheimen Förderer aller obskurantistischen Kräfte zu erheben und mit den Pittschen Intrigen und Guineen nicht nur die Fortsetzung des Krieges auf deutschem Boden zu erklären, sondern auch die gewalttätigen Phasen der Französischen Revolution sowie die inneren Schwierigkeiten Frankreichs und des besetzten Rheinlandes. Im Lichte der Tatsachen betrachtet war die Charakterisierung Englands als Hauptland der Reaktion übertrieben, denn in dieser Hinsicht übertrafen die meisten deutschen Länder und die meisten anderen Verbündeten der Briten England klar, aber oft genug wiederholt hatte diese Propaganda, die einen fremden Staat und eine Person zum "Sündenbock" für die Leiden der restlichen Welt machte, in ihrer Emotionalität und extremen Einfachheit zumindest potentiell die Voraussetzungen, ein Mittel abzugeben, um in den Deutschen Gefühle gegen den Krieg zu schüren und die Antipathien gegen die französischen Eindringlinge und Besatzer abzubauen.

In den Einstellungen der Liberalen zu Großbritannien während der Epoche der Revolution lassen sich nicht so klare Konfigurationen und Ziele erkennen wie bei den Radikaldemokraten oder den verschiedenen Gruppierungen der Konservativen, denn in der liberalen Publizistik zeigten sich sowohl Britenhaß und Anglomaniekritik als auch Anglophilie und Großbritannienapologien. Das liberale politische Denken war überhaupt noch sehr heterogen, und nach dem Rückgang des Revolutionsenthusiasmus war das ideologische Profil der Liberalen aufgrund der traditionellen Kompromißbereitschaft, die sich mit der Angst vor einer aus dem Volk kommenden Revolution vereinte, verschwommen, wenn sich auch darin eine deutliche Einigkeit zeigte, daß alle Liberalen die Reaktionspolitik und den ideologischen Krieg gegen Frankreich ablehnten und die Ansicht zu verteidigen suchten, daß eine Reformpolitik der beste Weg war, um die Revolutionsgefahr in Deutschland zu bannen. Anzeichen für eine Renaissance der Anglophilie zeigten sich in der liberalen Publizistik nach der inneren Loslösung der Liberalen von der Revolution. Die Enttäuschung über die Revolution zeigte sich in diesem Zusammenhang oft in der Auffassung, daß die britische Freiheit eine Freiheit sei, die den gesellschaftlichen Frieden sowie Leben und Eigentum der Bürger si-

cherte. Bemerkenswert ist, daß die britischen Vorbilder nicht nur benutzt wurden als es darum ging, das deutsche gesellschaftliche System wegen der mangelnden bürgerlichen Freiheiten zu kritisieren, oder darum, Reformen zu fordern, die die Möglichkeiten zum wirtschaftlichen und sozialen Wettbewerb erweiterten, sondern daß sich unter den liberalen Schriften auch einige Beispiele für mehr oder weniger offene Vorschläge zur Reformierung der Regierungsformen Deutschlands nach dem Modell der britischen Konstitution finden. Aber weder wurden die politischen Institutionen der Briten in dem Maße als Vorbilder für die Deutschen propagiert noch war das Interesse an ihnen so stark, als daß man die Orientierung an den britischen Modellen als Charakteristikum des deutschen Liberalismus der Revolutionsepoche oder als Essenz des liberalen "Reformprogramms" bezeichnen könnte. Die Errungenschaften der liberalen Phase der Revolution, die viele Liberale noch nach der "Verirrung" der Revolution respektierten, hatten den britischen Modellen zweifelsohne einen Teil der Attraktivität geraubt, aber viel wichtiger war, daß die Diskussion um den universellen Wert der britischen oder anderen Vorbilder und ihre Anwendbarkeit in Deutschland weitgehend bedeutungslos waren, weil die Aussicht auf die Durchsetzung der Reformen wegen des Krieges und der Reaktion keineswegs ermutigend waren.

Die Politik der Regierung Großbritanniens war für die Deutschen wegen des Krieges schließlich doch die wichtigste Frage. Der Erfolg der reaktionären Politik in einem Staat, dessen Volk die Liberalen als in seiner Freiheitsliebe unerschütterlich zu sehen gewohnt waren, bedeutete für sie offensichtlich eine große Überraschung, und ihre Stellungnahmen zu dieser politischen Entwicklung waren besonders nach der Repressionsgesetzgebung von 1795/96 von einer zunehmenden Verärgerung geprägt. In der aggressiven Kritik an Pitts Person und seinem "System" und in ihren Auffassungen vom Verfall der Volksvertretung und der bürgerlichen Freiheiten sowie in ihren negativen Einschätzungen der sozialen Entwicklung Englands und seines Volkes kamen viele Liberalen den Stellungnahmen der Radikaldemokraten nahe. Aber die negativen Englandbilder der Liberalen während der Revolutionskriege können nicht als eine Übernahme der Revolutionsideologie oder als eine Sympathie für die französische Kriegsführung angesehen werden. Auch bedeutete ihre Kritik im allgemeinen keine Kritik an den Grundlagen der eingeschränk-

ten Monarchie oder an der sozialen Hierarchie Englands. Die reaktionäre Entwicklung in England führten sie entweder auf die durch den Krieg und die Revolutionsangst geschaffene außergewöhnliche Situation oder auf den moralischen Verfall der führenden Schichten, dem seit Montesquieu in verschiedenen Prophezeiungen die Rolle des Zerstörers der britischen Freiheit zugeteilt worden war, zurück. Besonders im Zusammenhang mit der Kritik an der Außenpolitik Großbritanniens waren manche schon bereit zu behaupten, daß die politische Macht und die Kultur Großbritanniens wegen dieses Verfalls vor dem Untergang stünden. Der Haß der Liberalen auf England beruhte in erster Linie auf der Kriegspolitik des Landes, die sie als für Deutschland schicksalhaft ansahen, und von der sie annahmen, daß diese Politik - wie die britische Kritik gegen den Krieg behauptete - nur unter Pitt und seinem reaktionären "System" fortgesetzt werden könne.

Die Hauptbedeutung der politischen Publizistik der Liberalen während der Revolutionskriege lag darin, daß viele von ihnen wie die Radikaldemokraten in der Öffentlichkeit als Vertreter der Opposition für den Frieden auftraten und wiederholt die ideologische Legitimation des Krieges und seinen realpolitischen Sinn für Deutschland in Frage stellten. Da die Liberalen aufgrund ihrer Zahl und ihres Ansehens in der öffentlichen Diskussion einen größeren Einfluß hatten als die Jakobiner, waren gerade sie in entscheidendem Maße daran beteiligt, daß die Englandfeindlichkeit in der bürgerlichen Öffentlichkeit so deutlich sichtbar wurde, daß sie sogar schon in Großbritannien beachtet wurde. Der einzige Zeitpunkt, zu dem sich unter den Liberalen Tendenzen zu einer freundlicheren Einstellung zur britischen Kriegsführung und sogar zu Eingeständnissen, daß die Kritik zu weit gegangen war, zeigten, war während des Rastatter Kongresses, aber dies ging nicht auf Veränderungen in England zurück, sondern darauf, daß sich der Charakter der Machtpolitik Frankreichs damals so deutlich offenbarte und die Gefahr für die Integrität des Reiches durch Frankreich viele Liberale bewegte, die Briten und die Bedeutung Englands als Einhalt für die Macht Frankreichs positiver zu bewerten.

Ohne das Chaos und die Not, die in Deutschland durch die Revolutionskriege verursacht worden waren, läßt sich der Britenhaß und das Gelangen der negativen Englandbilder an die Öffentlichkeit nicht verstehen. Den Rahmen für das an sich recht eigenartige Phänomen, daß

auch viele unter ihrem eigenen Namen auftretende Schriftsteller und Publizisten in vielen Ländern Deutschlands trotz der geringen Pressefreiheit in der Lage waren, den Koalitionspartner quasi als Feind zu behandeln, schufen die politische Zersplittertheit und der Zerfallsprozeß des Reichs. In der Kritik an der Kriegsführung Großbritanniens wiederholte sich die althergebrachte und auch in der französischen Propaganda fleißig benutzte These, daß England die für die Kontinentalstaaten gefährliche universale See- und Handelsherrschaft anstrebte. Genauso wurden wieder die Beschuldigungen aufgegriffen, daß England den Krieg verlängerte, ihn provozierte, ja ihn sogar begann. Zeitweilig kehrten auch die Behauptungen wieder, daß die Regierung das Land an den Abgrund des Nationalbankrotts und des Volksaufstands getrieben habe.

Diese Stellungnahmen hatten die politische Beeinflussung zum Ziel, d.h. man propagierte je nach der Situation entweder das Ausscheiden der deutschen Länder aus dem Krieg oder man opponierte den Eintritt in den Krieg gegen Frankreich, aber diese feindselige Kritik, die besonders während der Niederlagen weit verbreitet war und alle ideologischen Grenzen überschritt, zeugt auch von tiefen Gefühlen der Bitterkeit und des Ressentiments gegen England. Obwohl sich die Aggressionen und die Tendenzen, England für das Unglück verantwortlich zu machen, das letztendlich die deutschen Regierungen zustande gebracht hatten, nicht restlos mit irgendwelchen sachlichen Gründen erklären lassen, müssen im Hintergrund die tatsächlichen Schwierigkeiten gesehen werden, die den Deutschen durch den skrupellosen See- und Handelskrieg der Briten entstanden, sowie auch die wirtschaftliche Unterstützung der Briten an ihre Verbündeten. Das Ihre trugen dazu auch die evidenten Tatsachen bei: für das auf See überlegene Großbritannien gab es natürlich keine so dringende Notwendigkeit für einen Frieden mit Frankreich, wie für die Verbündeten auf dem Kontinent mit ihren Verlusten, und England vertrat, wie die anderen Koalitionsländer auch, in seiner Kriegs- und Bündnispolitik vorrangig seine eigenen Interessen. Die Verbitterung auf England scheint am Ende des zweiten Koalitionskrieges und danach nur noch durch das Bewußtsein vertieft worden zu sein, daß nur ein allgemeineuropäischer Friede und die aktive Mitwirkung Englands bei den Gebietsregelungen des Kontinents das Reich davor retten könne, der Bestimmungsgewalt Frankreichs unterworfen zu werden. Diese in der traditionellen Gleichgewichtspolitik verankerten Spekulationen wurden

durch den Frieden von Amiens, der zu einer neuen Quelle des Britenhasse in Deutschland wurde, zunichte gemacht. Inwiefern die Englandfeindlichkeit in der Öffentlichkeit ein Ausfluß der Bitterkeit auf die unkluge Politik der Höfe Deutschlands war, ist schwer zu sagen, aber zumindest aus der Kritik an den Subsidien und der Truppenbesoldung durch die Briten geht unbestreitbar ein Haß auf die eigenen Fürsten hervor.

Eine aktive Verteidigung der Außenpolitik Großbritanniens kam in Deutschland vor allem durch die konservative Publizistik an die Öffentlichkeit. In diesen Stellungnahmen lag das Schwergewicht beim gleichgewichtspolitischen "Realismus", der auf die Bedrohung durch die Weltrevolution und die Gefahr einer Universalmacht Frankreichs verwies und England als Vorkämpfer für die überkommene staatliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung in Europa verstand. Obwohl die Verteidiger Englands zweifellos die größere Fähigkeit zeigten, sich in die tatsächlichen Schwierigkeiten Großbritanniens im Krieg einzufühlen als die Kritiker, war ihre Einstellung zum Inselreich von der gleichen, die Objektivität einschränkenden Grundlage, das Vorgehen Englands am Interesse Deutschlands zu messen, bestimmt.

Die Englandbilder der bürgerlichen Öffentlichkeit Deutschlands im späten 18. Jh. und zu Anfang des 19. Jh.s dienten also recht unterschiedlichen politischen und propagandistischen Zielen und fungierten als Mittel der indoktrinierenden Kommunikation und der indirekten - oft auch der direkten - Kritik an den Verhältnissen in Deutschland sowie als Ausfluß der Hoffnungen und Enttäuschungen. Die Periode nach dem Ausbruch der Französischen Revolution war eine Zeit der ideologischen Gärung, der Krisen und der Unsicherheit, in der die Voraussetzungen für abrupte Verlagerungen in den Bildern von einem fremden Land gegeben waren und in der es möglich war, daß aus dem Vorrat an Stereotypen stark negativ aufgeladene Elemente an die Oberfläche kamen und neue Vorurteile geschaffen wurden. Ein herausragendes Merkmal der deutschen Englandfeindlichkeit der Zeit der Revolutionskriege war, daß die Aggressionen, die eigentlich durch die Politik der englischen Regierung hervorgerufen worden waren, die deutliche Tendenz hatten, auf das ganze Volk übertragen zu werden, und daß der Haß auf eine ganze Nation als berechtigt dargestellt werden konnte. Die alten, ebenso stereotypen Auffassungen von den Briten als freiheitsliebende, patriotische

und unternehmungsfreudige Nation wurden beiseite gedrängt oder sie wurden neu interpretiert. Im Vordergrund stand das Bild von den Briten als einem moralisch heruntergekommenen und in seinem Nationalstolz andere Völker verachtenden Volk. Außerdem wurde versucht, das ganze Volk mit den negativen Stereotypen der Kaufleute zu versehen: Geldgier, Skrupellosigkeit und Hinterlistigkeit. Politisch motivierte Agressionen in einer Krisensituation auf das ganze Volk und nicht nur auf die Machthaber ist in der Geschichte nichts einmaliges, und es dürfte sich dabei auch nicht um etwas atypisches für die Entstehung von Bildern von einer fremden Gemeinschaft handeln, aber wenn man die Sache aus dem Blickwinkel der Bildung von nationalen Vorurteilen und der internationalen Entwicklung betrachtet, handelt es sich zweifellos um ein negatives Phänomen.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ADB	=	Allgemeine Deutsche Biographie
AfK	=	Archiv für Kulturgeschichte
BWD	=	Biographisches Wörterbuch zur Deutschen Geschichte
DBF	=	Dictionnaire de Biographie Française
DNB	=	Dictionary of National Biography
EHR	=	English Historical Review
HAik	=	Historiallinen Aikakauskirja
HZ	=	Historische Zeitschrift
MS	=	Maschinenschriftlich
NBG	=	Nouvelle Biographie Générale
NDB	=	Neue Deutsche Biographie
ZfG	=	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft

ANMERKUNGEN

In den Anmerkungen werden Quellen und Literatur nur mit dem Namen des Verfassers oder bei Sachtiteln mit einem Kurztitel, dem Erscheinungsjahr des Werkes, der Bandzahl in römischen und der Seitenzahl in arabischen Ziffern angeführt. Wenn der Name des Autors in eckigen Klammern steht, so ist die Schrift anonym erschienen. Die Auflösung dieser Verkürzungen ist dem Quellen- und Literaturverzeichnis zu entnehmen.

KAPITEL I

1. Vgl. WENGER 1979, 18 ff. u. FÄLT 1982, 9 ff.; bes. zu den stereotypischen Vorstellungen zum Charakter fremder Völker: STANZEL 1974, 63 ff. 74 ff. Vgl. auch HOLLANDER 1969, 308, 317.
2. S. ESKOLA 1978, 149 f.
3. Z.B. VIERHAUS 1967, 175 f.; RITTER 1972, 70 ff.; s. auch unten S. 39 f.

4. Das Englandbild der deutschen Reiseliteratur untersucht: ELSASSER 1917, KELLY 1921, MATHESON 1930, MAYER 1931, PISCHKE 1935, ROBSON-SCOTT 1953 u. wenig ergiebig FRITZ 1952; dasjenige der bekannten deutschsprachigen Schriftsteller: MUNCKER 1918-1925; die Bewunderung der britischen Verfassung in der politologischen Literatur: CHRISTERN 1939, auch RUFF 1934; von der neueren Literatur enthält MC CLELLAND 1971, 3 ff. einen Überblick über die deutsche Anglophilie des 18. Jh.s.
5. ELSASSER 1917, 23 ff.; MAYER 1931, 21 f.; CHRISTERN 1939, 50 ff.
6. ELSASSER 1917, 69 ff.; MAYER 1931, 23 ff.; ROBSON-SCOTT 1953, 201 ff.; FRITZ 1952, 145 f.
7. Vgl. VIERHAUS 1967, 175 f.; SCHLUMBOHM 1975, 48 ff.; zu der entsprechenden Situation noch in der ersten Hälfte des 19. Jh.s: ENGELSING 1973, 162.
8. S. unten S. 29 ff. mit Anm. 38, 39, 40.
9. EPSTEIN 1966, 567 ff.; VOGEL 1972.
10. VALJAVEC 1951, 251.
11. GRAB 1966, 42.
12. Zu den methodologischen Ausgangspunkten dieser begriffsgeschichtlichen Forschung bes.: KOSELLECK 1967, 81 ff.; s. auch SCHLUMBOHM 1975, 12 ff.: KLIPPEL 1976, 16 ff.
13. Zur Bedeutung der Zeitschriften: HAACKE 1970, 59, 157 f., 247 f.; HABERMAS 1974, 93; LINDEMANN 270 f.
14. Vgl. KIRCHNER ²1958, 128 ff.; LINDEMANN 1969, 196 ff., 270 ff.
15. Die "Relevanz" einer Quelle muß natürlich jeweils daran gemessen werden, inwieweit sie zur Klärung des Untersuchungsgegenstandes, des Englandbildes in diesem Falle, beiträgt. Aufgrund bisherigen pressegeschichtlichen Forschung können von den historisch-politischen Zeitschriften, die in dieser Arbeit verwendet worden sind und sich hinsichtlich des Englandbildes als auf eine oder andere Weise ergiebig erwiesen haben, mindestens die folgenden zu den wichtigen politischen Zeitschriften der Epoche gezählt werden: Schlözers aufklärerische *Statsanzeigen* (1782-93); die liberalen Journale *Vaterlandschronik* und *Chronik* (1788-91), *Minerva* (1792-1858), der *Genius der Zeit* (1794-1800), *Europäische Annalen* (1795-1820), *Frankreich* (1795-1805), *London und Paris* (1798-1815), *Geschichte und Politik* (1800-1805); die konservativen Organe, *Wiener Zeitschrift* (1792-93), *Magazin der Kunst und Litteratur* (1793-97), *Neuer Deutscher Monatsschrift* (1795), *Eudämonia* (1795-98), *Historisches Journal* (1799-1800) sowie *Politisches Journal* (1781-1840), aus dem allerdings erst zu Anfang der Revolutionsepoche eine konservative Zeitschrift wurde; die jakobinischen Zeitschriften das *Neue Graue Ungeheuer* (1795-1797), die *Schildwache* (1796-1798),

die *Geißel* (1797-1799), *das Rothe Blatt* (1798); zu diesen Zeitschriften vgl. SALOMON 1900, 224 ff.; SALOMON 1902, 57 ff.; KIRCHNER 1958, 129 ff., 214 ff.; LINDEMANN 1969, 199 ff., 270 ff.; HOCKS/SCHMIDT 1975, 26 ff., 35 ff., 56 ff.

16. SALOMON 1900, 113 ff., 175; SCHNEIDER 1966, 60 ff.; LINDEMANN 1969, 279.
17. Zu den räumlichen Schwerpunkten vgl. TIAINEN 1971, 38 ff.; LINDEMANN 1969, 183 f.; zu den Zensurverhältnissen s. unten S. 26 ff.
18. Vgl. WALLER 1961, 274; DAVISON 1968, 188 ff.; BLUMER 1953, 47 f.; VEHMAS 1970, 37 ff.; NOELLE 1960, 217.
19. Vgl. VEHMAS 1970, 37 ff.; WALLER 1961, 264, 271.

KAPITEL II

1. In der allgemeinen Bedeutung wird hier "Öffentlichkeit" mit SCHNEIDER 1966, 11 f. als Kommunikationsbereich verstanden, der im Gegensatz zum Privaten und Geheimen allen offen zugänglich ist.
2. HABERMAS ⁶1974, 28 ff.
3. Ibid. 112 ff.; PALMER 1959, 243.
4. Vgl. VALJAVEC 1951, 11; EPSTEIN 1966, 32 f., 134; SCHLUMBOHM 1975, 27 ff.; HAFERKORN 1974, 182.
5. Zur deutschen bürgerlichen Intelligenz im allgemeinen: GERTH 1935; HABERMAS ⁶1974, 37 f., 92 ff.; SCHLUMBOHM 1975, 36 ff. - Zu den Hauslehrern und Hofmeistern: GERTH 1935, 80 ff.; HAFERKORN 1974, 229; SCHLUMBOHM 1975, 38. - Zu der Bedeutung der protestantischen Pfarrhäuser als Erzieher des Bildungsbürgertums: GERTH 1935, 17 ff.; REIN 1970, 104 ff.; nach DIPPEL 1978, 232 f. zeugt von der Achtung dieser Gruppe vor der Obrigkeit und dem Gesetz die Tatsache, daß die Hälfte der Schriftsteller, die den Befreiungskrieg der Vereinigten Staaten verurteilten, aus protestantischen Pfarrhäusern stammte. - Zur Wirkung der Stellung des Bürgertums auf die politische Diskussion z.B.: VIERHAUS 1967, 178 f.; HAFERKORN 1974, 183 f.
6. ENGELSING 1973, 139 f.
7. Ibid. 138 ff.
8. SCHLUMBOHM 1975, 18 f.; HAFERKORN 1974, 114.

9. RIEDEL 1972, 681 f.; vgl. auch VIERHAUS 1967, 170 ff.
10. SHEEHAN 1973, 602 f.
11. Vgl. HAFERKORN, 1974, 229; VIERHAUS 1967, 178 f.; SCHLUMBOHM 1975, 13; RUPPERT 1981, 26 ff.
12. SCHLUMBOHM 1975, 38 f.
13. Vgl. *ibid.* 143 f.; VIERHAUS 1967, 192 f.; GERTEIS 1971, 134; DANN 1975, 1019 f.
14. GOLDFRIEDRICH 1909, 248.
15. Vgl. KIRCHNER ²1958, 72, 225, 267.
16. ENGELSING 1973, 138; SCHLUMBOHM 1975, 39.
17. KIRCHNER ²1958, 269 f.
18. HAFERKORN 1974, 202 f.; vgl. auch ENGELSING 1973, 141 f.
19. Zu der Auflage der Zeitschriften: KIRCHNER ²1958, 130, 217, 220.
- Zu der Zahl der Leserorganisationen: PRÜSENER 1972, 412 f.
20. LINDEMANN 1969, 125 f.
21. NICOLAI 1773/1938, 72.
22. S. z.B. EUDÄMONIA 1796 III, 489: "Bauern und gemeine Bürger lesen heutigen Tages, und oft mehr, als ihnen zuträglich ist."; F.C.v.Moser in: NEUES PATRIOTISCHES ARCHIV 1792 I, 519: "... bey der unersättlichen Leselust aller Stände ...".
23. Zu der eng begrenzten sozialen Zusammensetzung der Leserschaft und der geringen politischen Bildung der unteren Klassen vgl. ENGELSING 1973, 155 ff.; SCHLUMBOHM 1975, 40 f.
24. Z.B. der junge Demokrat Joseph Görres in: DAS ROTHE BLATT 10. Germal Jahr 6 (30.3.1798), 163: "Nie darf es [= ein Volk] ... jene Oberaufsicht über seine Beamten und Stellvertreter, die durch die öffentliche Opinion, und das Organ derselben, die Zeitschriftsteller, das Resultat ihrer Erfahrungen und Schlüße darlegt, aufgeben." - Allgemeiner zu den Zielen der radikalen Kommunikationstaktik: GRAB 1973, 14; SEGEBERG 1974, 524 ff.
25. Zum Begriff der "Öffentlichkeit" und den Kommunikationsbestrebungen näher: SCHNEIDER 1966, 144 f.; VIERHAUS 1967, 184; HAACKE 1968, 148; TIAINEN 1971, 17 ff.; LINDEMANN 1969, 278.
26. Z.B. die bekannten konservativen politischen Veröffentlichungen *Eudämonia*, *Revolutionsalmanach* und *Historisches Journal* wurden von den Regierungen unterstützt: GRAB 1966, 251 f.

27. SCHNEIDER 1966, 140 f.; s. auch GROTH 1948, 94 f.
28. Ibid. 129 ff.; LINDEMANN 1969, 114 ff.; TSCHIRCH 1933, 316, 320; TSCHIRCH 1934, 8 f.
29. Die Ineffizienz der Zensur wurde im 18. Jh. oft verspottet. Z.B. war nach dem Pamphletisten A.F. CRANZ 1790, 24 nichts leichter, als verbotene Bücher und Zeitschriften in Holland und der Schweiz drucken zu lassen, falls sich in Deutschland kein geeigneter Platz fand. Dazu auch SCHNEIDER 1966, 111 ff.
30. Vgl. TIAINEN 1971, 26 ff.; TSCHIRCH 1933, 4 ff.
31. Vgl. HAACKE 1970, 149 f.
32. HAACKE 1968, 59 ff.; vgl. SCHNEIDER 1966, 82 f.; SCHLUMBOHM 1975, 164 ff.; DIPPEL 1978, 128. Vgl. L.F. Hubers kritische Anmerkung in: FRIEDENSPRÄLIMINARIEN 1794 VI, 259: "Doch nicht bloß Zeitungsschreiber, auch die Verfasser angesehenener, wenigstens viel gelesener, politischer Journale ... übersetzen auf gut Glück oft die partheiischsten Französischen und Englischen Blätter und Broschüren, oder schreiben sie aus. Der große Haufe kauft und liest natürlich; denn dem großen Haufen ist das Uebertriebenste, das Schauderhafteste, das allen Glauben Uebersteigende immer das Liebste und das, was er am festesten glaubt."
33. Zu der Bedeutung der Vereinigungen in der Politisierung: GERTEIS 1971, 127 ff.; PRÜSENER 1972, 501 ff.; HABERMAS 1974, 93 f.; VALJAVEC 1951, 229 ff.; VIERHAUS 1967, 183 f.; SCHLUMBOHM 1975, 41, 167 f.; ROGALLA VON BIEBERSTEIN 1979, 429 ff. - Zum Kampf gegen die Vereinigungen: VALJAVEC 1951, 273 ff., 317 ff.; GRAB 1966, 86 f.; PRÜSENER 1972, 502 ff.
34. VIERHAUS 1967, 178 f.; CONZE/REINHART 1975, 318 ff.; STUKE 1972, 278 ff. - Von den Zeitgenossen, vgl. z.B. E.TOZE 1779 I, 16: "Staats- oder Religionspartheyen ... gehören zu den Gebrechen und Krankheiten eines gemeinen Wesens."
35. SCHLUMBOHM 1975, 170.
36. VOEGT 1955. - Andere bedeutende Jakobinerforschungen u.a.: SCHEEL 1962; GRAB 1966, 1970, 1973; SEGEBERG 1974; zur Lage der Jakobinismusforschung: REINALTER 1981.
37. GARBER 1974, 180 ff.; SEGEBERG 1974, 509 ff., 553; HOCKS/SCHMIDT 1975, 35.
38. VALJAVEC 1951, 11 f. - Valjavec ist vor allem kritisiert worden, weil er den Konservatismus als eine gegen die Aufklärung gerichtete Bewegung verstand; auch sind divergierende Auffassungen über die Einordnung einiger Schriftsteller in die Skala der politischen Richtungen geäußert worden: z.B. GARBER 1974, 182 f. - Das Forschungsergebnis von Valjavec zur Anwendbarkeit der Einteilung in liberal, radikal und konservativ in der Analyse des deutschen politischen Denkens um die Wende des 18. und 19. Jh.s

- stützen eindeutig EPSTEIN 1966, 4 f. u. passim.; GARBER 1974, 182 f.; GARBER Hg. 1976, Vorwort, S.vii; DIPPEL 1978, 333 ff.; GRAB 1973, 1 ff.; HAFERKORN 1974, 514 ff., 524 ff.; HOCKS/SCHMIDT 1975, 35 ff., 56 ff. und faktisch auch SCHLUMBOHM 1975, 62, 68 f., 147 ff.; KLIPPEL 1976, 18 f., 159 f.
39. Besonders die Anwendung des Begriffs "liberal" auf die Ideenwelt des 18. Jh.s ist auf Widerstand gestoßen. In der Forschung zum Liberalismus des 19. Jh.s ist als Entstehungszeitpunkt des deutschen Frühliberalismus oft die Phase des Rheinbundes, als in Süddeutschland im Zusammenhang mit Napoleons Verwaltungsregelungen eine Art von konstitutionellen Bewegungen entstand (GALL 1975, 325), oder die Epoche des Vormärz gesehen worden: SHEEHAN 1973, 601 f.; BUSSMANN 1958, 527 f. - Die Erforschung des Liberalismus im 18. Jh. "als bürgerliche Reformbewegung" ist zwar in beträchtlichem Maße im Schatten der Jakobinerforschung geblieben (GARBER 1974, 170), aber neben den Ergebnissen von Garber (1974) beweist besonders die Forschung von Klippel zum sog. jüngeren naturrechtlichen Denken die Existenz einer liberalen politischen Theorie im 18. Jh.: KLIPPEL 1976, 204 f., vgl. auch 13 f. - Zur Verwendung anachronistischer Begriffe in der Geschichte, vgl. JUVA 1957, 287 f.; SCHULZE 1977, 55 ff.
40. Der Begriff "politische Aufklärung" zu dem u.a. GALL 1975, 324 ff. im Zusammenhang mit der Fortschrittlichkeit um die Wende des 18. und 19. Jh.s griff, ist aus dem Grunde nicht erhellend, daß sich auch mit dem nicht-progressiven Denken etliche Elemente der Aufklärung verbanden, s. z.B. EPSTEIN 1966, 500 ff., 593. Auch STUKE 1972, 278 ff. hat mit Verweis auf das Selbstverständnis der Zeitgenossen die Art kritisiert, in der Historiker die "Nichtaufklärung" mit der politischen Reaktion der Revolutionszeit und die "Aufklärung" mit der politischen Fortschrittlichkeit (Liberalismus und jakobinisch-demokratische Richtung) in Verbindung gebracht haben: Im Denken der neunziger Jahre des 18. Jh.s verband sich mit der "Aufklärung" immer ein Moment der "Wahrheit", und kein politischer Schriftsteller wollte sich der Aufklärung in den Weg stellen. Disputiert wurde darüber, was "richtige" und was "falsche", d.h. übermäßige, Aufklärung ist. - Vgl. dazu auch die Kritik von KLIPPEL 1976, 29 f. an Schlumbohm, der den Begriff "bürgerliche Emanzipation" verwendete, ohne zwischen den verschiedenen politischen Richtungen zu differenzieren.
41. [BRANDES] 1786, 115. - Zum Radikalismus vor 1789 auch: SCHLUMBOHM 1975, 147 f.; EPSTEIN 1966, 237.
42. STUKE 1972, 278 ff.
43. DER PATRIOTISCHE VOLKSREDNER 1796 St.6, 83 ff.; BERLINISCHE MONATSSCHRIFT 1795 XXV, 461 f.; vgl. MAIER 1972, 854 ff.
44. NEUER TEUTSCHER MERKUR 1790 Dec., 360 ff.; vgl. HOCKS/SCHMIDT 1975, 57; SCHLUMBOHM 1975, 64 f.

45. Vgl. VALJAVEC 1951, 10 f.; GARBER 1974, 183 ff.; GRAB 1973, 11 ff.; SCHLUMBOHM 1975, 167.
46. Vgl. WALDRICH 1973, 9 f.
47. BURKE/GENTZ ²1794, S. ix, xii.
48. Zitat und Interpretation nach HABERMAS ⁶1974, 125 f.
49. Vgl. OPPEL 1971, 53; SCHLENKE 1963, 34 f., 41 ff.; THOMAS 1959, 623 ff.
50. SCHRÖDER 1969, 19, 23 ff.; vgl. OPPEL 1971, 56 f.
51. Vgl. GALLINGER 1900, 56; VALJAVEC 1951, 245; SCHLUMBOHM 1975, 48 f.
52. BRANDES 1786, 103.
53. Vgl. VALJAVEC 1951, 195.
54. SCHLENKE 1963, 343 f.; SCHLENKE 1978, 24 ff.
55. SCHRÖDER 1969, 28.
56. BECHTEL 1952, 60 f.; HAMBURGISCHE DENKWÜRDIGKEITEN 1794, 98, 106, 136, 199 ff.
57. OPPEL 1971, 56 f.
58. TREUE 1951, 101 ff.; zur Universität Göttingen, vgl. auch HAMMERSTEIN 1972, 309 ff.
59. Zu der Anglophilie in Göttingen: SCHRÖDER 1969, 166; vgl. LENK 1969, 280 ff. - Zu Göttingen als der "Hochschule des adligen Berufspolitikers": GERTH 1935, 44 f. - Auf die bemerkenswerte Tätigkeit der ehemaligen Studenten von Göttingen als politische Schriftsteller um die Wende des 18. und 19 Jh.s weisen die Untersuchungen von DARMSTADT 1971, 23 und HOKKANEN 1970, 326 f. hin.
60. DIPPEL 1978, 231 ff.
61. MARSCHALCK 1973, 30; vgl. ENGELSING 1973, 68; DIPPEL 1978, 236 ff.
62. Zu diesen Zeitschriften s. unten bes. S. 60 mit Anm. 5; 141 ff.; 164 mit Anm. 56; 171 f.; 200 mit Anm. 9; 201; 209; 214.
63. NEMNICH 1800, 463.
64. LONDON UND PARIS 1799 III, 206; 1799 IV, 292; 1802 X, 100 ff.
65. Ein anonymes Korrespondent in: LONDON UND PARIS 1799 III, 201 f.: "... wie soll ich meine wichtigen Speditionsgeschäfte verrichten, von denen ich leben muß, wenn jeder an mich Empfohlene verlangt,

daß ich ihn in London herumführen, mit ihm in die Comödie gehen, und ihm wöchentlich etlichemal zu essen geben soll?"

66. Vgl. RIGGERT 1934, 13 ff. - Als Übersetzer und Korrespondenten boten sich die Emigranten auch über Annoncen an, wie aus der in London erschienenen Zeitschrift BRITISCHE COMMERZ-, STAATS-, LITTERATUR- UND KUNSTNACHRICHTEN (z.B. die Annonce auf der Rückseite der Ausgabe vom 10.10.1789) hervorgeht.
67. KROKER 1971, 16 ff., 27 ff.; OPPEL 1971, 67 ff.; DOTZAUER 1977, 14 f.; BRAUN 1980, 241 ff.
68. KOSELLECK 1959/1973, 49 ff.; vgl. EPSTEIN 1966, 84 ff.; SCHNEIDER 1966, 71 f.; RUPPERT 1981, 133 ff.
69. KROKER 1971, 49 ff.
70. OPPEL 1971 55; vgl. Lichtenberg, *Briefe aus England* (1775) in: LICHTENBERG 1801 III, 239 ff.
71. MATHESON 1930, 29.
72. KROKER 1971, 51 ff., 151 ff., 173. - Zum Einfluß der wirtschaftlichen Studienreisen auf die Reiseliteratur, s. auch PISCHKE 1935, 33.
73. ELSASSER 1917.
74. Vgl. PRÜSENER 1972, 441 ff.
75. SEGEBERG 1974, 552; vgl. auch STEWART 1978, 262 ff.
76. Vgl. SALOMON 1900, 100; vgl. auch die Informationen der Bibliographie von Kirchner zu den in Deutschland am Ende des 18. Jh.s veröffentlichten englisch- und deutschsprachigen unterhaltenden Zeitschriften, die sich auf Material aus der britischen Presse stützen: KIRCHNER 1969, Nr. 5298, 5329, 5423, 5441, 5521, 5644, 5761, 5870, 5961.
77. So Brandes in: BERLINISCHE MONATSSCHRIFT 1790 XV, 453.
78. Vgl. die Kritik von [BRANDES] 1786, 103 : "Die Quellen, die man bei uns zur politischen Kenntnis Englands gebraucht, sind Zeitungen oder unsre periodischen statistischen Blätter. Diese schöpfen entweder aus englischen Zeitungen oder, wenns hoch kömmt, aus den unter dem Namen Pamphlets bekannten Pièces du temps. - Diese Schriften, die ... in dem Augenblick der größten Hitze geschrieben werden, um die Nation für oder wider etwas einzunehmen, die dazu wesentlich sind, die uns so unbegreiflich notwendige Gährung zu erhalten und zu verbreiten, sind die Urkunden und Akten, aus welchen in Deutschland das Gouvernement, die Personen, die daran Theil haben, der ganze politische Geist des Volks und dessen Masse von Glück und Unglück beurtheilt werden." - Zum Einfluß der britische Presse auf die deutsche Veröffentlichungstätigkeit, vgl. auch KURRELMMEYER 1923, 869 ff.; KIRCHNER 1969, Nr. 1092.

79. RUOF 1915, 20 f.; d'ESTER 1940, 240.
80. Vgl. unten S. 69 f.
81. GENIUS DER ZEIT 1796 IX, 313. - Zu Lange: HAMBERGER/MEUSEL 1803 X, 172; 1821 XVIII, 479.

KAPITEL III

1. Zu Beat Ludwig von Muralt und seinen deutschen Nachfolgern: ROBSON-SCOTT 1953, 117 ff.
2. Die Theorie der gemischten Monarchie geht auf die Schriften der Antike, auf Aristoteles und Polybios, zurück. Zur Beschreibung des englischen Regierungssystems wurde sie schon von Sir John Fortescue (gest.1476) benutzt, aber der Terminus selbst, "mixed monarchy", und die Theorie entstanden im modernen Sinn erst am Ende des 16. Jh.s und fanden erst dann weitere Verbreitung: WESTON 1960, 426 ff.
3. Zu der Entstehung der französischen und europäischen politischen Anglophilie im allgemeinen: DEDIEU 1909, 35 ff.; RITTER 1972, 72 f. - Zum Einfluß der Hugenotten, s. auch KOSELLECK 1959/1973, 51.
4. MONTESQUIEU 1748/1958, 395.
5. Die Beschreibung der englischen Konstitution: MONTESQUIEU 1748/1958, 396 ff.
6. BONNO 1931, 7 ff., 37 ff., 191 ff.; ACOMB 1950, 12 ff.
7. BONNO 1931, 13 ff.; CHRISTERN 1939, 69 ff.; RITTER 1972, 77 ff.
8. Klopstock, *Fragen* (1752) in: KLOPSTOCK 1854, 84.
9. Vgl. SAUDER 1974, 52 f.; z.B. Herder kritisiert in den *Briefen zur Beförderung der Humanität* (1797) in: HERDER V:2, 469, daß "sich nun, wie offenbar ist, durch diese thörichte Gallicomanie in Deutschland seit einem Jahrhundert her ganze Stände und Volksklassen von einander getrennt haben ...".
10. Zum deutschen "Kulturnationalismus" im 18. Jh.: KEMILÄINEN 1956, 23 ff., 43 ff., 83.
11. Z.B. Wilhelm von Humboldt, *Das achtzehnte Jahrhundert* (1796-97) in: HUMBOLDT 1960, 500 f.: "Der Gallomanie ... folgte bald die Anglomanie nach, und diese beiden Nationen theilten dem übrigen

Europa die Zwietracht mit, welche sie beide unter einander spaltet, bis auf und durch diese endlich die bessere und partheiosere Kultur durchzubrechen begann, ... welche den Deutschen in einem nicht wenig ehrwürdigen Lichte zeigt."

12. Herder, *Briefe zur Beförderung der Humanität* (1797) in: HERDER V:2, 515; Herder, *Von Ähnlichkeit der mittlern englischen und deutschen Dichtkunst* (1773) in: HERDER III:2, 259 f.
13. Z.B. die erste deutsche Übersetzung der *Dissertation sur les Whigs et les Tories* (1717) von Rapin Thoyras erschien schon 1717 und seine *Histoire d'Angleterre* (1724-27) 1755-60. Von Montesquieus *L'esprit de lois* erschienen deutsche Ausgaben 1753, 1782 und 1785-87, die Reisebriefe von Muraltz wurden 1761 ins Deutsche übersetzt und *La Constitution de l'Angleterre* (1771) von De Lolme im Jahre 1776.
14. VIERHAUS 1965; vgl. CHRISTERN 1939, 69.
15. FENSKE 1975, 935 ff.
16. VIERHAUS 1965, 424 ff.
17. Zu der deutschen Anglophilie im allgemeinen: DIPPEL 1978, 207 f.; SCHLUMBOHM 1975, 48 f.; bes. in der Belletristik: MUNCKER 1918, 44 ff., 58 f., 60 ff., 69, 71 f., 80 f.; in der Reiseliteratur: ROBSON-SCOTT 1953, 124 ff., 135 ff.
18. TOZE 1779 I, 373 f., 392 ff.- Zu ihm: ADB 1894 XXXVIII, 487 f.
19. VIERHAUS 1967, 177 f.; SCHLUMBOHM 1975, 48 ff.; vgl. [BRANDES] 1786, 115: "Jedermann weiß, daß es nach dem Jahre 1770 in Deutschland Mode ward, und bei einer zwar sehr kleinen Partei noch ist, ein wildes, dumpfstöhnendes Geschrei von Freiheit! Freiheit! zu erhalten."
20. MONTESQUIEU 1748/1958, 407; zur Bewunderung der urgermanischen Freiheit in Deutschland: HÜLZLE 1925, 112 ff.; VIERHAUS 1965, 420 ff.; zur Bewunderung der Schweiz: ZIEHEN 1922, 33 ff.; SCHLUMBOHM 1975, 148; zu den Vorbildern der Antike: z.B. DIPPEL 1978, 182 ff.
21. Zum Enthusiasmus, den der Unabhängigkeitskrieg der Vereinigten Staaten in Europa entfachte z.B. PALMER 1959, 239 ff.; bes. im französischen Sprachgebiet: BONNO 1931, 133 ff.; in Deutschland: DIPPEL 1972, 1978; GALLINGER 1900; VALJAVEC 1951, 108 f., 147 ff.; EPSTEIN 1966, 293 ff.
22. DIPPEL 1978, 118 ff., 129 f., 217 ff.
23. Vgl. unten S. 49 f. - Über die Zahl der deutschen Radikalen läßt sich keine zuverlässige Schätzung aufstellen, da diese in den achtziger Jahren des 18. Jh.s zumeist nur in Geheimbünden wirkten, vgl. SCHLUMBOHM 1975, 150 f.

24. Vgl. DIPPEL 1972, 123 f., 177 f.; DIPPEL 1978, 151 f.
25. Vgl. DIPPEL 1978, 307.
26. Vgl. DIPPEL 1978, 273, 276 f., 323 ff.
27. ROBSON-SCOTT 1953, 163; STEWART 1978, 260; vgl. RAUMER s.a., 60.
28. [BRANDES] 1786, 102.
29. WENDEBORN 1785, unpag. Vorrede. - Zu ihm: ELSASSER 1917, 24 ff.
30. Moritz, *Reisen eines Deutschen in England im Jahr 1782*, in: ERLER Hg. 1975, 98. - Zu Moritz: ELSASSER 1917, 40 ff.
31. [LA ROCHE] 1788, 233. - Zu ihr: ELSASSER 1917, 56 ff.
32. Vgl. RUOF 1915, 18, 121 f.; BONNO 1931, 175 f.
33. Vgl. ARCHENHOLTZ 1785 I, S. i ff.; ARCHENHOLTZ 1787 III, 309.
34. Zu der These von Italien als Vernachlässiger des Erbes der Antike: ARCHENHOLTZ 1787 V, 215; zu den Gleichsetzungen Großbritanniens mit Staaten der Antike z.B.: *ibid.* I, 33 f., 59, 71, 236; II, 10. - Der namhafteste Gegner der Italienbeschreibung von Archenholtz war GOETHE 1786/1961, 166. - Die Bewunderung Englands in dem Werk rief im deutschen Publikum hingegen keine besonders heftige Gegenreaktion hervor, was auf die große Popularität der Anglophilie in Deutschland zurückgeführt werden muß, vgl. RUOF 1915, 18.
35. ARCHENHOLTZ 1785 I, 597; vgl. MONTESQUIEU 1748/1958, 486: "... où les lois gouvernent plutôt que les hommes"; Archenholtz' Interpretation der englischen Regierungsform nach Montesquieu: ARCHENHOLTZ 1785 I, 560 ff.
36. ARCHENHOLTZ 1787 I, 8; vgl. ACOMB 1950, 4.
37. Vgl. ARCHENHOLTZ 1785 I, 560.
38. ARCHENHOLTZ 1787 I, 46 ff.; vgl. ACOMB 1950, 19 f.
39. ARCHENHOLTZ 1787 I, 26 f., 41 f., 49; zu den Whig-Sympathien von Archenholtz, s. auch MATHESON 1930, 19.
40. ARCHENHOLTZ 1787, I, 10 ff.; vgl. RITTER 1972, 71.
41. ARCHENHOLTZ 1787 II, 43 ff.
42. Seine Auffassung von der Verfassung als Ursache für den Volkscharakter begründet er mit Italien, wo die Sprache, das Klima und die Religion allen gemeinsam waren, der Volkscharakter sich aber von Staat zu Staat verschieden zeigte: ARCHENHOLTZ 1787 IV, 1 f.; s. auch *ibid.* II, 166 f.

43. ARCHENHOLTZ 1787 II, 1 ff.; III, 27 ff., 141 ff.; V, 283 ff.
44. ARCHENHOLTZ 1787 I, 71 f.
45. Sophie von [LA ROCHE] 1788, 247 bedauerte, daß Wendeborn nicht hinreichend bekannt und geschätzt war; in den neunziger Jahren des 18. Jh.s beriefen sich auf seine Autorität u.a. RIEM 1799, 76; MAGAZIN ZUR NÄHERN KENNTNISS ... 1792 I, 369; [VAUGHAN] 1794, Anm.d.Übers. S. 38 f.
46. WENDEBORN 1785, 6, 26 ff., 57 ff.; [WENDEBORN] 1780, 51 ff. - Zu den Bestrebungen von Georg III., den Einfluß der Krone zu vergrößern, vgl. KEIR 1969, 298 f.; PARES 1967, 31 ff.
47. WENDEBORN 1785, 74 ff.; vgl. ELSASSER 1917, 26.
48. WENDEBORN 1785, 36, 44, 156.
49. WENDEBORN 1785, 265, 291.
50. WENDEBORN 1785 unpag. Vorrede; vgl. ELSASSER 1917, 27.
51. [RIESBECK] 1783/1967, 206. - Zu ihm: ibid., 337 ff. (Nachwort von W.Gerlach).
52. [RIESBECK] 1783/1967, 201.
53. [BRANDES] 1786, 230 ff. - Zu Brandes: EPSTEIN 1966, 548 f., 568 ff.
54. [BRANDES] 1786, 108 ff.; vgl. RUFF 1934, 91 ff.
55. [BRANDES] 1786, 236 ff., 293 ff.; vgl. EPSTEIN 1966, 569.
56. [BRANDES] 1786, 218; vgl. DE LOLME 1775, 170 ff.
57. [BRANDES] 1786, 220 f.
58. [BRANDES] 1786, 117 ff., 217, 221 ff.; zu der Schule von Hannover s. unten S. 71 ff.
59. [BRANDES] 1786, 119 ff., 236 f.; vgl. MONTESQUIEU 1748/1958, 247; zu den Amtsprivilegien des Hannoveraner Adels, s. EPSTEIN 1966, 551.
60. [BRANDES] 1786, 238, 293. - Z.B. David Hume war 1742 der Meinung, daß ein gewisser Einfluß der Krone, sogar die Bestechung, "inseparable from the very nature of the constitution, and necessary to the preservation of our mixed government" war: HUME 1882 III, 120 f.; vgl. unten S. 54, 81, 92.
61. [BRANDES] 1786, 125, 241 f. Anm.
62. MONTESQUIEU 1748/1958, 407. - Schon diese Bemerkungen beweisen, daß Montesquieu die englische Verfassung nur als allge-

meines Modell beschrieb. Aus seinen Manuskripten, die dem Publikum um die Wende des 18. und 19. Jh.s noch nicht bekannt waren, geht hervor, daß er sich der Mißstände des englischen Systems durchaus bewußt war, vgl. dazu WEIGAND 1976, 42 ff.

63. Vgl. SCHALK² 1977, 237. - DE LOLME 1775, 410 ff. stellte der Untergangsthese Montesquieus entgegen, daß Rom zum Zeitpunkt des Niedergangs kein Freistaat mehr war und daß seine Vernichtung nicht die Folge des Regierungssystems, sondern der geschichtlichen Situation war; für BLACKSTONE⁸ 1778 III, 379 war es das britische Jurywesen - das die Republiken der Antike nicht kannten-, welches das Aussterben der Freiheit in Großbritannien verhinderte; die Untergangsthese wurde in England auch als Mittel der Meinungsbeflussung verwendet, was z.B. aus dem Namen des Pamphlets von E.W.Montagu - des Förderers nach einer Landmiliz (vgl. MONTAGU 1769, 342 ff.) - hervorgeht: *Reflections on the Rise and Fall of the Ancient Republics, Adapted to the Present State of Great Britain* (1759).
64. Worte von Montesquieu aufgreifend, aber doch optimistisch ist z.B. J.M.F.Schulzes Gedicht "An Britannien" in: SCHULZE 1787 II, 3: "May lux'ry ne'er thy sons invade,/ May never minister, intent/ His private treasures to augment,/ Corrupt thy state. If jealous foes/ Thy rights of commerce dare oppose,/ Shall not thy fleets their rapine awe?/ Who is't prescribes the ocean law?"; "Mißbrauch der schönen Freiheit, des Glücks und der Talente werde ich befürchten, aber nie Untergang", sagte Sophie von [LA ROCHE] 1788, 593; auf die Gefahren des Sittenverfalls und des Überflusses weisen auch WENDEBORN 1785, 70, 294 ff. und ARCHENHOLTZ 1787 III, 320 f. hin, aber für beide waren politische Fehler eine wahrscheinlichere Gefahr für die Freiheit und Großmachtstellung Englands.
65. Über die Stellung der Nationalschuld und der Handelskonkurrenz der Nachbarstaaten als Ursachen für den möglichen Untergang Großbritanniens hatte im "Reisejournal" schon 1769 der junge Herder nachgedacht, aber er vermutete, daß die hohe Kultur, die Freiheit und die Insularität Englands das Land zumindest vor einem raschen Zusammenbruch bewahren würden: HERDER 1953 I, 629; zu der Zeit des Unabhängigkeitskrieges wurden Untergangsvoraussagen u.a. von G.B. von Schirach in: POLITISCHES JOURNAL 1781 I, 16, 23 und W.L. Wekhrlin (GALLINGER 1900, 60 f.) geäußert; den nationalen Konkurs prophezeiten auch ARCHENHOLTZ 1787 III, 322 und WENDEBORN 1785, 213, 294 f., wobei der letztere allerdings diesen wie auch die anderen Mißstände in Großbritannien für beherrschbar hielt.
66. ARCHENHOLTZ 1787 III, 323 ff.
67. WENDEBORN 1785, 156.
68. Vgl. oben Anm. 63, 64, 65.
69. Vgl. WENDE 1978, 337 ff., 342.
70. Diesen Umstand hat als erster ELSASSER 1917, 9 f. festgehalten.

71. Solche Interpretationen sind u.a. deswegen möglich, weil die Idealisierung der "germanischen" und "deutschen" Freiheit in Deutschland nicht alleiniger Besitz der Verteidiger des Status quo war, sondern sie wurde auch von den Fortschrittlichen betrieben, um die Forderung zu verteidigen, daß die Freiheit allen Deutschen ohne Ansehen des Standes oder Territoriums gehöre. Vgl. SCHLUMBOHM 1975, 52 ff. - Diese Germanenbewunderer verspottete [BRANDES] 1786, 115: "... ohne zu denken ... sprachen [sie] in hohen Worten viel von Hermann, Fürstenhaß, freien Deutschen und Vaterlandsliebe."
72. ARCHENHOLTZ 1785 II, 561.
73. Zitiert nach MAYER 1931, 31.
74. Zum naturrechtlichen Denken: KLIPPEL 1976, 135 ff.
75. HENNINGS 1783, 339, 367 f. - Zu Hennings: HILD 1932.
76. HENNINGS 1783, 116, vgl. 98 ff., 114 ff., 173 ff., 225.
77. HENNINGS 1783, 178 ff.; vgl. DE LOLME 1775, 17 ff.
78. Vgl. HENNINGS 1783, 169, 345 ff., 366 f.
79. Vgl. SCHLUMBOHM 1975, 133 ff.; KLIPPEL 1976, 136 ff.
80. So z.B. der Physiokrat J.B.K. von Schönebeck 1787 in seinem Büchlein *Das Gesetzbuch der reinen Vernunft*, in: HANSEN Hg. 1931 I, 195. - Zum Englandbild der Physiokraten, vgl. BONNO 1931, 93 ff.; ACOMB 1950, 42 ff. - Noch 1791 gab der große Revolutionsfreund Georg FORSTER 1791/1958, 119 zu, daß die Briten trotz der Beschränktheit der politischen Freiheit eine "beinahe uneingeschränkte b ü r g e r l i c h e Freiheit" genossen. - Zu Forsters politischen Einstellungen: UHLIG 1965, 151 ff.
81. In: MÖSER 1842, 236 ff. - Zu Möser: EPSTEIN 1966, 297 ff.
82. WENDEBORN 1785, 36 f.
83. Vgl. RITTER 1972, 81 ff., 91 ff.; KEIR ⁹1969, 295 ff., 373; WATSON 1960, 300 ff.
84. Auf dem Kontinent war der offizielle und verborgene Einfluß der britischen Krone u.a. von dem Italiener Caietan Filangieri, dessen Werk *Scienza della Legislazione* (1780) 1788 als 2. deutsche Ausgabe erschien, kritisiert worden, s. FILANGIERI ²1788, 205 ff., 230 ff.; zur Kritik in England z.B.: CANNON 1973, 64, 75 f.
85. Vgl. KEMILÄINEN 1975, 74 ff.
86. BAHRDT 1791, 357, 358. - Hinter dieser strikten Stellungnahme von Bahrtdt läßt sich auch der Einfluß der Französischen Revolution vermuten, die die Bedeutung des dritten Standes betonte. - Zu Bahrtdt: ROBSON-SCOTT 1953, 158 ff.

- 87. ARCHENHOLTZ 1787 V, 283.
- 88. SCHEEL 1970, 164.
- 89. Vgl. ARCHENHOLTZ 1787 V, 290.

KAPITEL IV

- 1. Z.B. VALJAVEC 1951, 150 ff.
- 2. ACOMB 1950, 106 ff.; BONNO 1931, 213 ff., 239.
- 3. Z.B. August Wilhelm Rehberg kritisierte die Deutschen, weil sie die Revolution als Ereignis bewunderten, ohne ihrem Inhalt Beachtung zu schenken: "Die Constitution vom Jahre 1790 hat viele Bewunderer in Deutschland gefunden ... Jede andere Constitution hätte bey ihnen ... den nehmlichen Beyfall gefunden; denn es war nicht diese Constitution, die sie bewunderten: sie freueten sich nur darüber, daß eine gemacht war.": REHBERG 1793 II, 407; vgl. VALJAVEC 1951, 153.
- 4. BÖCKENFÜRDE 1978, 566 f.
- 5. CHRONIK 20.12.1791, 824 f. - Zur politischen Lyrik am Ende des 18. Jh.s: ENGELS Hg. 1971, Nachwort S. 239 f.; SEGEBERG 1974, 540 ff.; JÄGER 1970, 46 ff. - Zu Schubart: MUNCKER 1918, 85 ff.
- 6. DIPPEL 1978, 281 ff.
- 7. ARCHENHOLTZ 1790 II, 142; zu den Franzosen als Nachahmer der Briten auch *ibid.* 133.
- 8. STATSANZEIGEN 1789 XIII, 257 f.; dieselbe Stelle wurde auch vom Antirevolutionär Joseph von Sartori in seiner Zeitschrift zitiert: DEUTSCHE MINISTERIALZEITUNG 19.3.1790, 110.
- 9. Aus der Vorlesung von Hertzberg am 6.10.1791 in der Berliner Akademie der Wissenschaften, die Schlözer veröffentlichte: STATSANZEIGEN 1792 XVII, 50 f.
- 10. BURKE 1790/³1965, 16 ff.; vgl. MACCOBY 1955, 31 ff.
- 11. NATIONALVERSAMMLUNG 1791, die Zitate S. 5 f., 25; die Analogien zwischen England und Frankreich S. 21 ff. - Der eigentliche Zweck des Pamphlets war es, den Klerus der deutschen Bistümer im Elsaß dazu zu bringen, daß er den Diensteid verweigerte, den die verfassungsgebende Nationalversammlung am 27.11.1790 dem Klerus auferlegt hatte.

12. Z.B. L.F. Huber in seinem Gedicht *An Gallien*: "Soll dir ein Cromwell auferstehn?/Willst du die tausend Patrioten/Ein ganzes Volk von Königen?/Wen willst du wieder zum Despoten?": BERLINISCHE MONATSSCHRIFT 1790 IV, 472; s. entsprechende Warnungen über Cromwell an die Franzosen in: STATSANZEIGEN 1790 XIV, 51 f.; NEUER TEUTSCHER MERKUR 1790 Mai, 48; POLITISCHE GESPRÄCHE DER TÖDTEN 1.1.1791, 221.
13. In: NEUER TEUTSCHER MERKUR 1791 Apr., 409.
14. Vgl. MACCOBY 1955, 24.
15. Der kaiserliche Gesandtschaftssekretär von Kornrumpf an den Reichsvizekanzler, Fürst von Colloredo 25.7.1789 in: HANSEN Hg. 1931 I, 393: "Man vermutet die wichtigsten Folgen von dieser Revolution und, daß vielleicht diese Nation sich der englischen, zum größten Nachteil der Republik Holland, der Niederlande und des Deutschen Reichs, nähern dürfte." - Die oben erwähnte Vorlesung von Hertzberg enthielt auch Gedanken über die Auswirkung einer möglichen Annäherung zwischen Frankreich und England auf die Erhaltung des Gleichgewichts in Europa, wenn er auch optimistisch glaubte, daß zu der Freiheit der beiden Staaten der Verzicht auf unnötige Kriege gehörte, s. STATSANZEIGEN 1792 XVII, 46 ff.
16. ARCHENHOLTZ 1790 II, 134, 285; s. die ähnliche Auffassung des Anglophilen Schubart in: VATERLANDSCHRONIK 11.8.1789, 527.
17. CHRONIK 22.3.1791, 190 f.
18. Vgl. z.B. STATSANZEIGEN 1790 XIV, 49 ff.; 1790 XV, 198 f. Anm., 241 ff.; CHRONIK 30.12.1791, 850; NEUER TEUTSCHER MERKUR 1791 Okt., 121, 140 f.; 1791 Nov., 323 ff.; HASSEL 1792, 143, 224 f.; die heftigste Kritik an Frankreichs "Anarchie" übten natürlich die konservativen Publizisten, vor allem der anglophile Schirach, s. z.B. POLITISCHES JOURNAL 1792 I, 8, 172 ff., 276 ff., 370 ff., 525 ff., 628 ff., vgl. 622.
19. MEINERS 1794, 121 f. (die Hervorhebung von S.H.); vgl. unten S. 71 f.; 76 f.; 83; 97 mit Anm. 102; 137.
20. GARBER 1974, 173.
21. Campe, *Huldigung an die Revolution* (1790) in: GARBER Hg. 1974, 21, vgl. 28.
22. ARCHENHOLTZ 1791 IV, 148 ff. (die Gruppierung von S.H.).
23. GODECHOT ²1965, 140 f.
24. ARCHENHOLTZ 1791 IV, 150.
25. [FISCHER] 1792, 96 ff. Die Eröffnung: HOLZMANN/BOHATTA 1961 I, 347.

26. SIEYES 1789/1924, 85. Wegen der feudalen Überbleibsel in der Verfassung waren die Briten auch von FILANGIERI ²1788, 243 kritisiert worden.
27. SCHLESWIGSCHE JOURNAL 1792 I, 36. - Zu dieser liberalen Zeitschrift von August v. Hennings: HOCKS/SCHMIDT 1975, 58 ff.
28. SCHLESWIGSCHE JOURNAL 1792 I, 33 f., 41.

KAPITEL V

1. EPSTEIN 1966, 441 ff.; DIPPEL 1978, 338 ff.
2. Vgl. SEGERBERG 1974, 514; GARBER 1974, 180 ff.; VOGEL 1972, 26; KRAUSS 1963, 331 ff.
3. Vgl. EPSTEIN 1966, 440 f., 459 ff., 461 ff.; VOGEL 1972, 26, 29 ff. - Zu den politischen u. sozialen Unruhen der Revolutionszeit in Deutschland auch: GRAB 1973, 24 u. die Literaturnachweise S. 292, Anm. 59.
4. BRANDES 1792, 59.
5. Zu Burkes Doktrinen: COBBAN ²1960. - Zum Einfluß von Burke auf die Zersplitterung der Whigs: O'GORMAN 1967, 45 ff. - Zu den antiburkeschen Reaktionen in England u. den Gegenmaßnahmen der britischen Regierung: MACCOBY 1955, 31 ff., 48 ff.; CANNON 1973, 119 ff.
6. VOGEL 1972, 98. - Zu der Popularität und der Verbreitung der *Allgemeinen Literaturzeitung*: PRÜSENER 1972, 427; HOCKS/SCHMIDT 1975, 16 f.
7. NEUER TEUTSCHER MERKUR 1791 Nov., 225 ff.
8. REHBERG 1793 II, 369 ff.; BURKE/GENTZ ²1794 II, 208 ff., 287 ff.
9. VOGEL 1972, 311 Anm. 324.
10. Das Werk von Mackintosh, das auch Gentz für die beste der antiburkeschen britischen Schriften hielt, in: BURKE/GENTZ ²1794 II, 208 f., erschien mit dieser "Empfehlung" von Gentz 1793 in Hamburg, s. MACKINTOSH 1793, Vorbericht des Übersetzers [= F.L. Brunn] S. iii f. - Zu den deutschen Übersetzungen von Paines Werken: DIPPEL 1978, 411 f. - Zur deutschen Painerezeption: GRAB 1973, 17.
11. Vgl. PAINE 1791/1951, 106: "God help that country ... be it in England or elsewhere, whose liberties are to be protected by the

German principles of Government, and Princes of Brunswick!"; vgl. *ibid.* 111, 113 f.

12. Zur deutschen Burkerezeption: BRAUNE 1917; VOGEL 1972, 98 ff. u. *passim*. - Zur "empiristischen" Reaktion auf die französische Revolution: DROZ 1955, 22 f. - Für seine 'Verschwörungsentdeckungen' wurde Burke z.B. von Lorenz Leopold von Haschka gepriesen, in: MAGAZIN DER KUNST UND LITTERATUR 1793 II, 78 ff.; 1794 I, 108, 129 ff.; zu den Konspirationsthesen s. unten S. 155 ff.
13. BRAUNE 1917, 85 ff., 123 ff. hält Rehberg und Brandes für offensichtliche Schüler von Burke; eine zurückhaltendere Stellung in dieser Beziehung vertreten EPSTEIN 1966, 559 ff. und VOGEL 1972, 102 ff.; CHRISTERN 1939, 102 f. hat auch den Einfluß der Mounier-Gruppe auf die Hannoveraner betont und REILL 1975, 73 f. hat auf den Einfluß von Pütter und anderen deutschen Aufklärern, die die Bedeutung der Tradition hervorgehoben haben, hingewiesen. Gentz gilt hingegen als recht selbständig in Hinsicht auf Burke, s. BRAUNE 1917, 149 ff., 154 ff.; HASE 1968, 6.
14. SCHLESWIGSCHES JOURNAL 1793 I, 40 ff., die Zitate S. 41, 43.
15. Der Bremener Radikaldemokrat Oberhauptmann von Knigge hatte in einigen Veröffentlichungen scharfe Kritik an den deutschen Fürsten und der Kirche geübt und über deutsche Reaktionäre gespottet. Der Leibarzt Georgs III., Hofrat Johann Georg von Zimmermann aus Hannover beschuldigte Knigge, daß dieser ein Anhänger von Paine und ein Volksaufwiegler sei, in: WIENER ZEITSCHRIFT 1792 II, 317 ff.; 1792 III, 55 ff. Knigge und Paine wurden in den anonymen Broschüren von dem Hamburger Demokraten H.C. Albrecht verteidigt, s. [ALBRECHT] 1792, [ALBRECHT] 1793. Dieser Streit erweckte sogar in Frankreich und England Interesse, vgl. EUDAMONIA 1795 I, 224 ff. Der Schweizer Wissenschaftler und der Vorleser der britischen Königin, Jean André de Luc schrieb eine von Zimmermann übersetzte Flugschrift, in der er heftig Paine und Knigge kritisierte und im Burkeschen Sinn die britische Verfassung für ein "durch den allergrößten aller Meister, die Erfahrung" sanktioniertes Modell pries, s. DE LUC 1792, 37 ff., das Zitat S. 43. Die Hannoverische Regierung forderte Knigge auf, alle seine Schriften der Zensur einzureichen. Als ein Beweis der Unparteilichkeit des Hannoverischen Gerichtswesens ist jedoch anzusehen, daß der Ehrbeleidigungsprozeß, den Knigge gegen Zimmermann anstregte, schließlich 1795 mit dem Sieg von Knigge endete, s. GRAB 1973, 39 ff, 298 Anm. 79; EPSTEIN 1966, 488 f; OBERSCHHELP 1982 II, 305 f.
16. Zitiert nach CHRISTERN 1939, 179.
17. Vgl. CHRISTERN 1939, 103, 186 f.; VOGEL 1972, 33 ff.
18. Zu Schlözers Umkehr zur beschränkten Monarchie nach britischem Muster: CHRISTERN 1939, 117; vgl. auch FÜRST 1928, 143 f.; SCHLUMBOHM 1975, 138; PARRY 1974, 168. - Zu Schlözers Einfluß auf den deutschen Frühliberalismus: GALL 1975, 334; auf den Frühkonservatismus: EPSTEIN 1966, 548.

19. STATSANZEIGEN 1782 II, 270 ff.; 1783 III, 376; 1783 IV, 3 f.; vgl. FÜRST 1928, 88 f.; CHRISTERN 1939, 106 ff.; zu den *Statsanzeigen* auch: KIRCHNER ²1958, 129 f.
20. STATSANZEIGEN 1790 XIV, 49 ff., 56.
21. SCHLÖZER 1793, 143 f., 155, 163 ff.
22. Vgl. VOGEL 1972, 103 f., 142 ff.; EPSTEIN 1966, 547.
23. Spittler, *Entwurf der Geschichte der Europäischen Staaten* (1793), in: SPITTLER 1827 III, 256.
24. Das Zitat: Spittler, *Summarische Entwicklung der Entstehungsgeschichte des englischen Parlaments* (1786), in: SPITTLER 1837 XIV, 135; zu den Gleichsetzungen der "Freiheit" in England und Württemberg: SPITTLER 1828 V (1793), 299, 404, 405 f.; die Beschreibungen der englischen Verfassungsgeschichte: SPITTLER 1827 III (1793), 249 ff.; 1837 XIV (1786), 135 ff. - Zu Spittlers Hintergrund und ständischem Denken: CHRISTERN 1939, 117 ff.
25. Sowohl EPSTEIN 1966, 547 ff. als auch VOGEL 1972, 148 f. betonen nachdrücklich, daß das konservative Denken Rehbergs nur aus den besonderen Verhältnissen seines Heimatterritorioms heraus verstanden werden kann.
26. [Rehberg] in: ALLGEMEINE LITERATURZEITUNG 4.3.1791, 565 f. - Ein Einfluß von Burke auf Rehbergs Englandbild vor dem Erscheinen der "Reflections" ist gut möglich, denn Ernst Brandes, der Freund und Lehrer Rehbergs, hatte Burke in England in den achtziger Jahren persönlich kennengelernt und beide Hannoveraner hatten sich gründlich mit den frühen politischen Schriften von Burke vertraut gemacht, s. VOGEL 1972, 102 f.; BRAUNE 1917, 79 ff., 117 f.
27. Vgl. SCHLÖZER 1793, 144 ff.; ACHENWALL ⁷1790 I, 285 ff.
28. REHBERG 1793 I, 100 ff., 106 ff. - Z.B. MARTIN ³1962, 166 hat die Verfassungstheorie Montesquieus als von der Newtonschen Mechanik inspiriert charakterisiert.
29. Rehberg war zwar selbst nie in England gewesen, aber vor seiner Beamtenschaft war er gezwungen gewesen, als Hauslehrer einiger in Hannover wohnenden Engländer zu arbeiten. Für die englische Konstitution begann er sich vor allem aufgrund des Einflusses von Brandes und Möser zu interessieren, s. EPSTEIN 1966, 556 ff.
30. Das Zitat: REHBERG 1793 I, 53 f. - Zu der an Burke orientierten Auffassung Rehbergs von der Gesellschaft: ALLGEMEINE LITERATURZEITUNG 4.3.1791, 563; REHBERG 1793 I, 51; vgl. BURKE 1790/⁶1965, 177. - Zum Theorie-Praxis -Problem bei Rehberg: VOGEL 1972, 82 ff.
31. REHBERG 1793 II, 57; vgl. RUFF 1934, 50 ff., 76 f.

32. REHBERG 1793 I, 100 f. - Faktisch waren bei Montesquieu in der Beschreibung der englischen Konstitution das Gleichgewichtsdenken und das Verstehen der Gewaltenteilung als Schutz des einzelnen Bürgers vor der Staatsmacht vorherrschend, s. RITTER 1972, 74 Anm. 13; WEIGAND 1976, 42 ff.
33. REHBERG 1793 I, 100 ff., 110 ff. - Zu der englischen Parlaments-tätigkeit im 18. Jh., die sich hauptsächlich auf die Kontrolle der Regierung konzentrierte: RITTER 1972, 113.
34. VOGEL 1972, 42 ff. - Noch 1789 beschuldigte Rehberg die Bischöfe des Oberhauses des Machthungers, weil sie 1773 den Vorschlag des Unterhauses zur Verbesserung der Stellung der Dissenters ab-gelehnt hatten, s. BERLINISCHE MONATSSCHRIFT 1789 XIII, 325 ff. Anm.; zur Sache: PARES 1967, 40.
35. Zu der Verteidigung des Oberhauses und des Zweikammernsystems: REHBERG 1793 II, 40 ff. - Zum Pairsschub von 1712: CLARK 1955, 233.
36. VOGEL 1972, 129, 137 ff., 168 ff. - Zu den Debatten über den Adel auch: SCHLUMBOHM 1975, 91 ff., 135 ff.; GARBER 1974, 195 ff.
37. BRANDES 1792, 133, 135.
38. REHBERG 1803, 196 f.; vgl. VOGEL 1972, 178 ff.
39. REHBERG 1793 I, 64 ff.; II, 41 ff.
40. Zur deutschen Eigentumsdiskussion nach 1789: BIRTSCH 1972, 179 ff.; vgl. GARBER 1974, 172 f.; KLIPPEL 1976, 144 ff.
41. Vgl. REHBERG 1793 II, 25 ff.
42. VOGEL 1972, 160 ff., 179 ff.
43. GARBER Hg. 1976, Vorwort S. xi.
44. REHBERG 1793 II, 45 f., 64 f.
45. Ibid. I, 139; II, 31, 52, 54; vgl. VOGEL 1972, 82 f.
46. REHBERG 1793 II, 411.
47. Ibid. II, 51.
48. Ibid. II, 52.
49. Ibid. I, 141; II, 53, 61 ff.
50. Ibid. II, 31.
51. DE LOLME 1775, 277 ff.; SCHLÖZER 1793, 153 f.
52. Vgl. VOGEL 1972, 150; SCHLUMBOHM 1975, 112 ff.

53. Brandes in: BERLINISCHE MONATSSCHRIFT 1790 XV, 421 ff., das Zitat S. 429 f.
54. Ibid. 438 ff. - Über die britische Öffentlichkeit hieß es in der Artikelserie "Politische Briefe über England" in den vom Göttinger Konservativen Girtanner herausgegebenen POLITISCHEN ANNALEN 1794 VII, 441 f.: "Dieses war auch der Zeitraum [= die Zeit der Revolution 1689], in welchem als eine Folge der übereinstimmenden Gemüthsanlagen der Engländer, der Gemeingeist und die öffentliche Meinung in ihnen entsprang, welche ihn nährt, und das allgewaltige Mittel ist, wodurch sie Belohnung oder Strafe ertheilen. ... Er [= der Gemeingeist] ist es, welcher nicht durch Veränderung, sondern nur durch Verbesserung der alten Konstitution, die Regierung zu dem gemacht hat, was sie ist.", S. 443: "Die Gesetze können, genau untersucht, am weiter nichts, als nur ein negatives Vermögen haben."
55. MEINERS 1794, 111 f., 124 f.; vgl. auch SCHLÖZER 1793, 154.
56. REHBERG 1793 I, 56 (das Zitat); vgl. II, 19 ff. - Nach der Interpretation von CHRISTERN 1939, 188 f. hielt Rehberg die Übertragung der britischen politischen Institutionen auf Frankreich vor dem Ausbruch des Revolutionskrieges für möglich, weil die Revolution nach seinem Verständnis im Lande einen illegalen Zustand geschaffen hatte, d.h. die Tradition war schon unterbrochen worden. - 1793 bestritt Rehberg auch, daß die Regierungsform der Vereinigten Staaten als ein Beispiel für eine geglückte Übertragung einer neuen Regierungsform gelten könne. Er verwies u.a. darauf, daß die Verfassungen der Teilstaaten in etwa unverändert geblieben waren, s. REHBERG 1793 I, 57.
57. Vgl. EPSTEIN 1966, 579 ff., 592 ff.; VOGEL 1972, 108, 236 ff.; VIERHAUS 1965, 417 f.
58. Vgl. REHBERG 1793 II, 410 f.
59. [Rehberg] in: ALLGEMEINE LITERATURZEITUNG 4.3.1791, 566.
60. REHBERG 1793 I, 55 f. - Zur Individualitätslehre von Rehberg: VOGEL 1972, 107 ff., bes. 113 ff.
61. Vgl. VOGEL 1972, 150; EPSTEIN 1966, 567, 571 f.
62. BRANDES 1792, 135; vgl. EPSTEIN 1966, 585.
63. REHBERG 1793 II, 411. Vgl. Meiners' Auffassung in der *Geschichte der Ungleichheit der Stände* (1792) davon, "daß die englische Verfassung die vollkommenste unter allen Regierungsformen für große Völker sei; daß die übrigen Nationen sich nicht eher zu dem Wohlstande der Briten erheben werden als Fürsten, Adel und Gemeine in solche Verhältnisse kommen, als in welcher sie in England gegeneinander stehen; und daß alle europäische Völker sich unaufhaltsam dieser Verfassung um so mehr nähern werden, je mehr sie

an Aufklärung, Betriebsamkeit und innerm Reichtum wachsen werden": zitiert nach LENK 1969, 286.

64. SCHLUMBOHM 1975, 136.
65. VOGEL 1972, 32.
66. Zur Zensur und zum Verboten der *Statsanzeigen*: HAASE 1967, 192 ff., bes. 195, 234 f, 241. - Zur bedrohten politischen Lage Hannovers: BIRO 1957 I, 400 f.; II, 532 f.; SIESKE 1959, 8 ff.
67. Vgl. REVOLUTIONSALMANACH 1794, 323, 326, 330; vgl. auch SCHLUMBOHM 1975, 112, 214 f. Anm. 135.
68. REVOLUTIONSALMANACH 1795, 286 f. - Zu Fischer: ADB 1878 VI, 72; zum konservativen *Revolutionssalmanach*: DROZ 1949, 417 ff.; EPSTEIN 1966, 495 f.
69. Zitiert nach HASE 1968, 85 Anm. 16. - Zu den biographischen Fakten: NDB 1964 VII, 190 ff.; BWD 1974 I, 559 f.
70. BURKE/GENTZ ²1794 I, Einleitung S. vii ff.; vgl. KLIPPEL 1976, 192.
71. HASE 1968, 5.
72. Humboldt, *Ideen über Staatsverfassung, durch die neue französische Constitution veranlaßt* (August 1791), in: HUMBOLDT 1960, 34 f., 36 f.
73. Vgl. HASE 1968, 6 ff.
74. VOGEL 1972, 11, 65 f., 93; EPSTEIN 1966, 592 f.
75. BURKE/GENTZ ²1794 I, Einleitung S. xxxiii.
76. NEUE DEUTSCHE MONATSSCHRIFT 1795 III, 142 f. Anm.
77. BURKE/GENTZ ²1794 II, 263 ff. Gentz behauptete hier S. 265 Anm., daß Wilhelm III. der letzte Herrscher gewesen sei, der das Vetorecht benutzte, aber war es 1708 auch von Anna angewandt worden, s. RITTER 1972, 82.
78. Vgl. BURKE/GENTZ ²1794 II, 232 f.; vgl. VOGEL 1972, 86.
79. BURKE/GENTZ ²1794 I, 68 f. Anm.; II, 143 f., 232 f.
80. Ibid. I, 74 ff. Anm.; 80 Anm.; II, 270 ff.
81. Vgl. ibid. II, 272 f.; WATSON 1960, 360.
82. BURKE/GENTZ ²1794 II, 270 (das Zitat), 271.
83. Ibid. II, 268 f.

84. Ibid. II, 270 f.
85. BURKE 1790/³1965, 111, 112 ff.
86. BURKE/GENTZ ²1794 I, 144 f. Anm.; II, 269.
87. MACCOBY 1955, 34 ff.; vgl. BURKE 1790/³1965, 8 ff.
88. Vgl. KRAMNICK 1977, 13 ff.; vgl. unten S. 127 f., 151, 155 ff.
89. Vgl. SCHLUMBOHM 1975, 69 f.
90. BURKE/GENTZ ²1794 I, 105 ff. Anm.
91. Ibid. I, 40 Anm.
92. Ibid. II, 146, 152 f.
93. Ibid. II, 154 ff. - Später charakterisierte Gentz - ähnlich wie Burke - die amerikanische Revolution als eine "Defensiv-Revolution", die die Freiheiten verteidigte, und er betonte weiterhin, daß sich wohl kaum einer ihrer Gründe als völlig rechtswidrig erweisen ließe, während die französische Revolution seiner Meinung nach eine "Offensiv-Revolution" war, die nahezu nur aus Illegalitäten bestand, s. HISTORISCHES JOURNAL 1800 V, 3 ff., bes. 48, 74, 97 ff; vgl. auch DIPPEL 1972, 257 ff.; HASE 1968, 3.; zu Burke: COBBAN ²1960, 55, 100.
94. BURKE/GENTZ ²1794 II, 152.
95. Vgl. ibid. II, 136 ff., bes. 140 f.
96. Ibid. I, Einleitung S. xviii ff., xxvii.
97. Ibid. II, 128.
98. Vgl. ibid. II, 113, 120 ff.
99. Vgl. ibid. II, 123 f.
100. Ibid. II, 124.
101. Vgl. SCHLUMBOHM 1975, 76.
102. Vgl. BURKE/GENTZ ²1794 II, 128 f.; Gentz sagt in: MALLET DU PAN 1794, 32 f. Anm.: "Es zerreißt das Herz, wenn man hört, daß die Regierungsform, welche nach dem Plan des Marquis de Bouillé zu Montmedy ... vorbereitet werden sollte, keine andre war, als - die für Frankreich umgebildete Constitution von Großbritannien - . In dem Augenblick, da dieser Entwurf scheiterte, eröffnete sich der Abgrund, der das erste Reich von Europa verschlungen hat; denn alles was nachher vorging, hing wie eine Kette an einander, und es erschien zu einer s a n f t e n Revolution keine einzige Gelegenheit mehr."; noch 1795 kritisierte Gentz daran, daß die Franzosen zu stolz gewesen waren, um den Vorbildern der britischen Ver-

- fassung nachzukommen: NEUE DEUTSCHE MONATSSCHRIFT 1795 III, 153.
103. Zur französischen Verfassungsgeschichte von 1795: LEFEBVRE 1963, 457 f.; BONNO 1931, 267 f. - Zu der Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten und der 1795 darauf erfolgten Kritik in England: MACCOBY 1955, 84 ff.; vgl. ANNUAL REGISTER 1795/1800, State Papers S. 143 f., 152 ff. - Zur journalistischen Tätigkeit von Gentz: ANDREEVA 1947; HOCKS/SCHMIDT 1975, 75 ff.
 104. NEUE DEUTSCHE MONATSSCHRIFT 1795 II, 320 ff. Es handelte sich um einen Auszug aus dem Pamphlet *Réflexions sur la guerre, en réponse aux réflexions sur la paix de M^{me} de Stael: adressées à M. Pitt et aux Français* (1795) von François d'Ivernois. - Zu d'Ivernois: NBG 1966 XXVI, 128 ff.
 105. NEUE DEUTSCHE MONATSSCHRIFT 1795 II, 322.
 106. Id.; s. auch ibid. I, 208 f.; III, 154.
 107. Ibid. II, 322 f.; III, 156 f.
 108. Sieyes, "Meinung über die Grundverfassung der Konvention in der Sitzung des 2ten Thermidor (20sten Julius 1795) im dritten Jahr der Republik", in: SIEYES 1796, 376 f., 378.
 109. NEUE DEUTSCHE MONATSSCHRIFT 1795 III, 81 ff., bes. 147 f.
 110. Ibid. 146.
 111. Vgl. DE LOLME 1775, 207 ff.; RITTER 1972, 86.
 112. NEUE DEUTSCHE MONATSSCHRIFT 1795 III, 148 f.; vgl. SIEYES 1796, 378, 380.
 113. HISTORISCHES JOURNAL 1799 I, 492 f.
 114. NEUE DEUTSCHE MONATSSCHRIFT 1795 III, 136, 139.
 115. Ibid. III, 151 f., 154 f., 157. Aus dem Artikel geht nicht hervor, ob Gentz um die in der Mitte der neunziger Jahre stärker werdenden Bestrebungen in den Vereinigten Staaten wußte, das "Supreme Court" zu einem Verfassungsgericht auszubauen, aber einem Vorschlag von Sieyes zur Gründung eines entsprechenden Gerichts in Frankreich widersprach er auf jeden Fall heftig, weil daraus nach ihm leicht ein Mittel des Machtkampfes zwischen der Legislative und Exekutive würde, s. NEUE DEUTSCHE MONATSSCHRIFT 1795 III, 140; zur Sache: WRIGHT 1933, 182 f.; SIEYES 1796, 381, 401 ff.
 116. Vgl. SCHLUMBOHM 1975, 150.
 117. GARBER 1974, 176.
 118. Vgl. BLACKSTONE⁸ 1778, 160 f.; RITTER 1972, 75 f.

119. HISTORISCHES JOURNAL 1799 I, 477 Anm.
120. Ibid. 1800 III, 704.
121. BURKE/GENTZ ²1794 II, 139; vgl. HISTORISCHES JOURNAL 1800 I, 78.
122. Mit dem Verweis auf die englische Konstitution, die kein Widerstandsrecht kannte, hatte Kant 1793 in der *Berlinischen Monatschrift* die Unterbringung des "Rechts der Illegalität" in der Verfassung als für unmöglich erklärt, da das oberste Prinzip der Verfassung die Legalität zu sein hatte, s. KANT 1914, 383 ff. Für Gentz war die Auffassung Kants gleichbedeutend mit der Legalisierung der Despotie: BERLINISCHE MONATSSCHRIFT 1793 XXII, 543, 546. Auch Rehberg lehnte den Gedanken der absoluten Gehorsamkeit, des "passive obedience", in seiner Erwiderung auf Kant ab: BERLINISCHE MONATSSCHRIFT 1794 XXIII, 135 f.
123. HISTORISCHES JOURNAL 1800 III, 705; 1799 I, 478 f. Anm.
124. VOGEL 1972, 204.
125. Vgl. HISTORISCHES JOURNAL 1799 I, 487 ff.
126. Z.B. HISTORISCHES JOURNAL 1799 I, 433 f.; 1800 III, 494 ff.
127. Ibid. 1799 III, 195: "Die bürgerliche Gesellschaft ... ist nicht eine Reihe für sich bestehender, von einander geschiedner Generationen: sie ist ein großes, unvergängliches Ganzes, welches entfernte Jahrhunderte künstlich in einander webt, das Resultat eines Contractes, der für die Ewigkeit (so weit menschliche Begriffe reichen) geschlossen, und auf Ewigkeit berechnet ward."; FENSKE 1975, 943.
128. S. unten S. 139 f.
129. Vgl. BRAUNE 1917, 161 ff.; HASE 1968, 8 ff.
130. Vgl. HASE 1968, 36 ff.; FENSKE 1975, 943 f.

KAPITEL VI

1. MAGAZIN DER KUNST UND LITTERATUR 1796 I, 1 f.; vgl. EUDÄMONIA 1796 II, 277 f. - Zum Kampf gegen fremde Modelle: SCHLUMBOHM 1975, 70 ff. - Zu den Zeichen der Anglomanie s. unten Anm. 18 und Kap. VIII.
2. SCHLÖZER 1793, 143.

3. Zur Verteidigung des Absolutismus: EPSTEIN 1966, 274 f., 492 f.; PARRY 1974, 164 f., 166 ff.; WALDER 1974, 123 ff.; SCHLUMBOHM 1975, 144 ff.; CONRAD 1961; bes. im deutschen Naturrecht: KLIPPEL 1976, 46 ff., 104 f., 183. - Zur Kompromißbereitschaft der Liberalen mit dem aufgeklärten Absolutismus: VALJAVEC 1951, 36 ff., 85 f.; vgl. SCHLUMBOHM 1975, 127 ff. - Zum konservativen Charakter des aufgeklärten Absolutismus als Ideologie im Verhältnis zur bürgerlichen Emanzipationsbewegung: GARBER 1976, Vorwort S. xi; vgl. ARETIN 1974, 21, 30 f., 39, 44.
4. So z.B. der Populärphilosoph Johann August Eberhard aus Halle, in: JAHRBÜCHER DER PREUSSISCHEN MONARCHIE 1798 I, 400: "Es ist ... selbst in England die Monarchie, welcher die Regierung ihre Festigkeit und das Volk seine Ruhe zu danken hat. Die Partheyen in seinem Parlament bleiben Partheyen und werden keine Faktionen, indem die höchste Gewalt des Monarchen die Eine gegen die Gewalttätigkeiten der andern schützt." - Zu Eberhards Konservativismus: EPSTEIN 1966, 492 f.
5. MAGAZIN DER KUNST UND LITTERATUR 1793 IV, 250 f. - Zu dieser Zeitschrift: VALJAVEC 1951, 306.
6. MAGAZIN DER KUNST UND LITTERATUR 1794 II, 134 f., 136 ff.
7. Ibid. 1793 I, 329 ff., die Zitate S. 330.
8. Ibid. 1793 I, 331 f.; vgl. SCHLUMBOHM 1975, 81 f., 107 ff.
9. Zu den Eudämonisten gehörten erwiesenermaßen u.a. der Gießener Regierungs- und Consistorialdirektor L.A.C. von Grolmann, der Darmstädtische Oberhofprediger J.A. Starck, der Weimarische Geheime Kammerrat E.A.A. von Göchhausen u. der Gothaische Legationsrat J.K.P. Riese, s. HOCKS/SCHMIDT 1975, 43 f.; KRÜGER 1931, 467 ff.; EPSTEIN 1966, 535 ff.
10. EUDÄMONIA 1795 I, 435; 1796 III, 300 f.; vgl. ROUSSEAU 1762/1960, 302; SCHLÖZER 1793, 153 u. oben S. 47.
11. Vgl. MAGAZIN DER KUNST UND LITTERATUR 1793 I, 331 ff.; 1796 I, 74 f.; EUDÄMONIA 1796 III, 301.
12. Zum Ende des aufgeklärten Absolutismus und zur Reaktion in Österreich: WANGERMANN 1969, 109 ff., 137 ff.; CONRAD 1961, 34 ff.
13. MAGAZIN ZUR NÄHERN KENNTNISS ... 1792 I, 101, 103 f.
14. Ibid. 1792 I, 100 f.
15. TSCHIRCH 1933, 47 f.; EPSTEIN 1966, 346.
16. Obwohl Brunn die preußische Verfassung fleißig verteidigte, verbot die Zensur diese Zeitschrift, weil Brunn in ihr 'gefährliche' Nachrichten aus Paris und politische Satiren publiziert hatte, s. TSCHIRCH 1933, 49.

17. HISTORISCH-POLITISCHE MONATSSCHRIFT 1794 I, 150 ff., 154. - Zur Leibeigenschaft: BLUM 1978, 227 f., 387.
18. Archenholtz' "England und Italien" ist das Hauptziel der Kritik, in: MAGAZIN ZUR NÄHERN KENNTNISS ... 1792 I, 101 f. Ein Beweis für das fortwährende Angebot an anglomaner Reiseliteratur in Preußen sind z.B. die in der OLLA POTRIDA 1793 St.4, 75 ff. unter der Überschrift "Briefe einer Dame aus London" veröffentlichte acht Reisebriefe, deren tatsächliche Verfasser der von Geburt Schweitzer und in Paris lebende Jakob Heinrich Meister war (s. ROBSON-SCOTT 1953, 189 f.), sowie die ausgedehnte Reihe "Politische Briefe über England von einem Italienischen Reisenden" in: POLITISCHE ANNALEN 1793 II, 310 ff.; 1793 III, 375 ff.; 1793 IV, 198 ff., 515 ff.; 1794 VI, 377 ff.; 1794 VII, 406 ff.
19. MAGAZIN ZUR NÄHERN KENNTNISS ... 1792 I, 87 ff., 350 ff., 515 ff.; 1793 II, 75 ff., 543 ff.; 1793 III, 311 ff.
20. Die Erfahrungen der Brandenburger Verfasser gehen auf die Mitte der achtziger Jahre des 18. Jh.s zurück, denn er gibt an, zu jener Zeit in London gewesen zu sein, als im Parlament über das Handels-
traktat zwischen England und Frankreich (1787) gestritten wurde, s. MAGAZIN ZUR NÄHERN KENNTNISS ... 1793 II, 92, 561. Brunn, der selber England etwa zur gleichen Zeit besucht hatte, gibt dem Leser in seinen Fußnoten zu verstehen, daß er nicht der anonyme Mittelmärker sei, aber seine eigenen Meinungen über die Fehler des politischen Systems in Großbritannien stehen der in der Reiseschilderung geäußerten Kritik sehr nahe, vgl. HISTORISCH-POLITISCHE MONATSSCHRIFT 1794 I, 146, 147, 150 f.
21. MAGAZIN ZUR NÄHERN KENNTNISS ... 1792 I, 101 f.
22. Die Analyse der britischen Wirtschaftsmacht: MAGAZIN ZUR NÄHERN KENNTNISS ... 1793 II, 87 ff., bes. S. 90, 91, 100 ff., 105; vgl. auch 1793 II, 118 f.
23. [RIESBECK] 1783/1967, 206 ff., 211 f.
24. MAGAZIN ZUR NÄHERN KENNTNISS ... 1792 I, 99, 102; 1793 II, 105 ff., 119, 546 ff., 552 f., 562 f.
25. Ibid. 1793 II, 120, vgl. 1792 I, 103, 352, 353; 1793 III, 317 f.
26. Vgl. ibid. 1792 I, 102; 1793 II, 87 f., 104; HISTORISCH-POLITISCHE MONATSSCHRIFT 1794 I, 151; OLLA POTRIDA 1797 St.2, 84 f.; PATRIOTISCHES ARCHIV FÜR DEUTSCHLAND 1801 I, 70 ff.; s. auch RIEM 1799, 95 f., 129 f., 295; NEUER TEUTSCHER MERKUR 1793 Juni, 176 f.
27. Zum Allgemeinen Landrecht und seiner Bedeutung: CONRAD 1961, 23 ff.; KLIPPEL 1976, 157, 169; VIERHAUS 1965, 434; ROSENBERG 1974, 193 f.
28. Die deutsche Übersetzung (von J.W. Volkmann): COLQUHOUN 1800-1802; zu ihm: DNB 1917-1950 IV, 859 ff. - Unter Bezug auf

- Colquhoun relativierte in Österreich der bekannte Rechtsgelehrte und Verteidiger des aufgeklärten Absolutismus Joseph von Sonnenfels die Überlegenheit der britischen Rechtspflege gegenüber der deutschen in: SONNENFELS 1801, 9 Anm.e; s. auch NEUER TEUTSCHER MERKUR 1801 Juli, 212 ff.; zu Sonnenfels: ARETIN 1974, 19 f.; WALDER 1974, 107, 177. Die Autorität Colquhouns findet Verwendung auch in: LONDON UND PARIS 1798 II, 106 Anm.; 1799 III, 47, 304; GEMÄHLDE VON EUROPA 1801, 251; OBSCURANTEN-ALMANACH 1799, 334 f., 336; GENIUS DER ZEIT 1796 IX, 307 f.
29. Vgl. MAGAZIN DER KUNST UND LITTERATUR 1793 I, 341 f.; SCHLUMBOHM 1975, 73.
 30. EUDÄMONIA 1796 III, 277.
 31. Z.B. EUDÄMONIA 1796 III, 299; 1797 V, 107 ff.; WIENER ZEITSCHRIFT 1792 IV, 356. - Näher zur nationalen Relativierung der "Freiheit": SCHLUMBOHM 1975, 69 ff.
 32. [SCHEPPLER] 1800, 40 (das Zitat), 25 f., vgl. 29 ff., 50.
 33. HOCKS/SCHMIDT 1975, 44.
 34. Vgl. SCHLUMBOHM 1975, 73.
 35. HISTORISCH-POLITISCHE MONATSSCHRIFT 1794 I, 153.

KAPITEL VII

1. Zum zeitgenössischen Sprachgebrauch: DER PATRIOTISCHE VOLKSREDNER 1796 St. 6, 83 ff; St. 8, 125 ff.; REINALTER 1981, 17 f. - Über die Berechtigung des Terminus "Jakobiner" ist in der neueren Jakobinismus-Forschung disputiert worden, weil die Gleichsetzung von deutschem und französischem "Jakobinismus" unhaltbar ist, und weil auch der deutsche "Jakobinismus" in den linksrheinischen Gebieten und anderswo im Reich verschiedene Erscheinungsformen umfaßt, s. REINALTER 1981, 18 ff. Den neutraleren Begriff "Radikaldemokraten" wendet Garber an, s. GARBER 1974, 189, vgl. 180 f. - Hier werden die Benennungen "Jakobiner", "revolutionäre Demokraten" und "Radikaldemokraten" als Synonyme betrachtet.
2. Zum vorrevolutionären Radikalismus: SCHLUMBOHM 1975, 147 ff. - Den Umstand, daß der Jakobinismus des Rheinlandes als eine direkte Fortsetzung der alten radikalen Tradition der Region gesehen werden muß, und nicht nur als eine französische Importware, betont besonders JULKU 1969, 223 f. - Der DDR-Forscher SCHEEL 1966, 4 hält fest, daß die deutschen Jakobiner sogar zum unteren Bürgertum kaum Kontakte hatten; s. auch GARBER 1974, 180 f.

3. Zu den Kriterien des deutschen Jakobinismus: GARBER 1974, 181, 183 f.; GRAB 1973, 12, 14 ff.; HAFERKORN 1974, 514 f., 525 ff.; allgemein zu den Schwierigkeiten, den deutschen Jakobinismus exakt zu definieren: REINALTER 1981, 19 ff.; vgl. zu der Radikaldemokratie in Hamburg bes.: GRAB 1966; GRAB 1973; zum Jakobinismus im Rheinlande bes.: JULKU 1969; KUHN Hg. 1978; SCHEEL 1966; GRAB 1970.
4. Die wenigen Erwähnungen der englischen Konstitution in der Jakobinerpresse des Rheinlandes hängen mit der Kritik an der konstitutionellen Monarchie Frankreichs, wie z.B. in Metternichs BÜRGERFREUND 8.3.1793, 86; 19.3.1793, 95 f., oder an der reaktionären Außenpolitik Englands (z.B. die Verse von Lehne in Wedekinds PATRIOT 1793 III B, 27 f.: "Bereitet nicht der König von England trotz der Nullität seiner Gewalt, ganz gegen den Geist und Willen der Britten, Flotten und Heere zum Schutze der sinkenden Despotie?") zusammen. - Die Aufforderung Robespierres zur Untersuchung der Fehler der englischen Konstitution wurde in Schneiders Straßburger Revolutionszeitschrift veröffentlicht, zu deren Verbreitungsgebiet auch das deutsche Rheinland gehörte, s. ARGOS 16. Pluvios (4.2.)1794, 140 ff.; zur Sache: BONNO 1931, 263 f.; zum *Argos*: REINALTER 1981, 49 f., 85 ff. - Zu den Zielen der rheinländischen Jakobinerpresse vgl. die Programmklärungen in: PATRIOT 1792 I D, 4; BÜRGERFREUND 26.10.1792, 2; BRUTUS 1795 Jg. 1 St.1, 3 ff.: DAS ROTHE BLATT 1. Ventose Jahr 6 (19.2.1798), 20 f.; zu hier erwähnten Zeitschriften: HOCKS/SCHMIDT 1975, 41 ff., 53 ff. und ENGELS Hg. 1971, 208, Anm. 67.
5. Zur "Einigkeit und Toleranz": GRAB 1966, 95 ff.; GRAB 1973, 33 ff.
6. Vgl. GRAB 1966, 42 ff.; GRAB 1973, 33 ff.; ELSASSER 1917, 101 ff.
7. SCHÜTZ 1792, 81 f., 174 f., 219, 221.
8. Ibid. 161 ff.; zur Sache: MACCOBY 1955, 497 ff.; ANSTEY 1975, 255 ff.
9. Vgl. SCHÜTZ 1792, 141 ff.
10. Ibid. 203 f.
11. Ibid. 228 f., 252.
12. SCHILDWACHE 1796 St. 2, 153 ff., 160. - Zum Konflikt zwischen Rebmann und Schütz über die Redaktion der Zeitschrift: GRAB 1966, 192 ff.; GRAB 1970, 66 ff.
13. ALBRECHT 1794 I, Vorrede S. x f. - Zu Albrecht: GRAB 1973, 35 ff.
14. Vgl. ALBRECHT 1794 II, 35; Albrechts *Versuch über den Patriotismus* (1793) in: GRAB Hg. 1973, 107. - Zu den Paine-Übersetzungen: GRAB Hg. 1973, 47; DIPPEL 1978, 411 f.

15. ALBRECHT 1794 I, Vorrede S. viii f.
16. Ibid. S. vii; vgl. xiv.
17. Ibid. II, 28 f., 107 f.
18. Ibid. II, 279, 280. - Auch Paine verteidigt die Gleichheit unter Berufung auf die Schöpfungsgeschichte: PAINE 1791/1951, 15, 41 ff. u. passim.
19. ALBRECHT 1794 II, 27, 31. - Zur "Ancient Constitution" - Doktrin im britischen Denken: LOTTES 1979, 281; GOODWIN 1979, 33.
20. Zur Geschichte der britischen Freiheit von der Ankuft der Sachsen bis zum Mittelalter: ALBRECHT 1794 II, 27 ff., bes. 37 ff., 34 f., 45 ff., 55, 75, 81, 86 f., 129 ff., 149; das Zitat in: GRAB Hg. 1973, 141. Zu dem Streit über die Magna Charta in England nach 1789: PALLISTER 1972, 76 ff.; vgl. auch PAINE 1791/1951, 191.
21. Vgl. ALBRECHT 1794 II, 311. - Albrechts einziges Schauspiel "Karl der Erste von England" ist als Spiegelbild für die Französische Revolution und die Hinrichtung von Ludwig XVI. geschrieben, s. GRAB 1973, 46 f. Sein erster Akt wurde in Hennings' GENIUS DER ZEIT 1795 IV, 395 ff. veröffentlicht.
22. Der Kritik an der französischen Republik dienten u.a. folgende Artikel über die Geschichte der Republik in England: "Carl I, Bruchstück aus der Englischen Geschichte sonderlich in gegenwärtigen Zeitläufen lesenswürdig" in: REVOLUTIONSALMANACH 1794, 153 ff.; "Ueber den Charakter der französischen Revolution" in: FRIEDENSPRÄLIMINARIEN 1794 III, 2 ff.; K.L. Woltmanns "Oliver Kromwell" in: GESCHICHTE UND POLITIK 1801 I, 302 ff., vgl. 4. - Auch die deutsche Übersetzung des berühmten Pamphlets *Ueber die Ursachen des Umsturzes der ehemaligen Republik in England, als ein Vorbild deren, welche den Fall der jetzigen Republik in Frankreich nach sich ziehen werden* (Wien 1799) des französischen Republikaners und Volksvertreters Boulay de la Meurthe war mit einem Vorwort des Übersetzers versehen, in dem die Fehler der französischen Republik kritisiert wurde, s. BOULAY 1799, unpag. Vorbericht. - Der konservative Schirach, der Auszüge aus dem Pamphlet veröffentlichte, interpretierte seine Botschaft so um, daß sie einen antirevolutionären Charakter annahm, und behauptete, daß der Verfasser der Abt Sieyes sei, von dem er glaubte, daß dieser als Gesandter in Berlin (1798) völlig von der Überlegenheit der Monarchie im Vergleich zur Republik überzeugt worden war, s. POLITISCHES JOURNAL 1799 II, 679 ff., 785 ff.; zu Boulay: DBF 1954 VI, 1353 f.; NBG 1964 VI, 945. - Zu den Äußerungen, die unter Berufung auf die Geschichte der Republik in England für die Sache Frankreichs und/oder des Friedens Stellung bezogen, s. z.B. folgende Jakobinerzeitschriften: NIEDERSÄCHSISCHER MERKUR 1792 I, 103; GEISSEL 1798 II St.8, 115 ff. und folgende liberale Zeitschriften: NEUER TEUTSCHER MERKUR 1794 Juni, 194; MINERVA 1797 III, 2 ff.; vgl. auch [HENNINGS] 1792, 38: "Als England Könige enthauptete und vertrieb, regte sich kein anderes Volk."

23. Vgl. ALBRECHT 1794 II, 312 ff.
24. Ibid. 23 (das Zitat), 51 ff., 144 f., 162 ff., 166 f., 334 ff.
25. Vgl. GRAB 1973, 43 ff.
26. Albrecht in: GRAB Hg. 1973, 117, 124 ff., 129 ff., 133.
27. ALBRECHT 1794 II, 309 f.
28. Ibid. 19.
29. GARBER 1973, 66 ff.; SCHLUMBOHM 1975, 81, 121.
30. Albrecht in: GRAB Hg. 1973, 142.
31. ALBRECHT 1794 I, 226 ff. - Zur Kritik am Bund von Staat und Kirche bei Paine: PAINE 1791/1951, 66 ff.
32. ALBRECHT 1794 I, 195 ff., bes. 200 ff., 220 ff., 284 ff., 307 ff. - Zur Reformation als Sieg der Freiheitstradition, s. z.B. SCHLESWIGSCHE JOURNAL 1792 II, 173 ff.; NEUMÜLLER 1973, 45 ff.
33. So bes. WIENER ZEITSCHRIFT 1792 IV, 31 ff., 51 ff.; zu dieser Zeitschrift s. unten S. 156 mit Anm. 25 - Zur Sache: KRAMNICK 1977, 13 ff.; GOODWIN 1979, 180 ff.
34. Vgl. BURKE/GENTZ ²1794 I, 128 ff. Anm. - Auch HASSEL 1792, 199 f. steht der Sache ablehnend gegenüber.
35. ALBRECHT 1794 I, 6 ff., bes. 17 f., 31 f., 181. - Zur politischen Radikalismus der Dissenters: GOODWIN 1979, 65 ff.
36. GRAB 1973, 44.
37. ALBRECHT 1794 II, 15.
38. Albrecht in: GRAB Hg. 1973, 118 ff.
39. ALBRECHT 1794 I, 22 ff.; in sprachlich modernisierter Form in: GRAB Hg. 1973, 144 f.
40. Vgl. ein liberaler Pamphletist [C.F.D. Schubart?] in: WETTERLEUCHTEN ÜBER EUROPA 1799, 45: "Auch der schädliche Fabrikenggeist, der aus Engelland stammt, und bloß einzelnen Familien Reichtum und Wohlstand giebt, hat das Elend der Menge vermehren helfen ..."; s. auch SCHLUMBOHM 1975, 158 ff. - Zu dieser Flugschrift s. unten S. 190 mit Anm. 165.
41. GRAB 1973, 43 ff.
42. Zu diesen Utopien: GALL 1975, 329 f., 334 ff.; SHEEHAN 1973, 602 f.; vgl. MOMMSEN 1978, 79 f.; LANGEWIESCHE 1980, 541.
43. Vgl. PAINE 1791/1951, 70 ff.

44. Die Radikaldemokraten kritisierten wohl die Entwicklungstendenzen der britischen Monarchie und sogar die Person Georg III. recht scharf (s. Kap. IX.3.1.), aber der deutsche Ursprung der Dynastie wurde selten hervorgehoben. Schütz und Rebmann wagten es, im Schutze der Anonymität einige giftige Bemerkungen von Paine über den Import des hannoverischen Geschlechts nach England zu veröffentlichen, und Würzer fragte, ob das Herrscherhaus von Hannover, eine durch Wahlen an die Macht gekommene Dynastie, eine größere Berechtigung zur Macht habe als die neuen Machthaber in Frankreich, s. NIEDERSÄCHSISCHER MERKUR 1793 III, 132 f.; DER POLITISCHE THIERKREIS 1796, 514 f.; DER PATRIOTISCHE VOLKSREDNER 1796 St.3, 43 f. - Zu den hier erwähnten Zeitschriften: GRAB 1973, 33 ff., 60 ff.; HOCKS/SCHMIDT 1975, 46.
45. GALL 1975, 329 ff.; MÜHLPFORDT 1980, 733.
46. Vgl. BRUTUS 1795 Jg.2. St.9, 217 ff.; DAS ROTE BLATT Jahr 6 (1798) Floreal, 221, 223 f., 240 f.; DAS NEUE GRAUE UNGEHEUER 1797 St.9, 80; GEISSEL 1799 I St.1, 85 ff.; [OELSNER] 1797, 733. - Zu den hier erwähnten Zeitschriften: REINALTER 1981, 57 f.; HOCKS/SCHMIDT 1975, 45 ff., 50 ff., 53 ff..
47. S. Kap. IX. 3.1.
48. [OELSNER] 1797, 9. - Zum Verfasser: DEINET 1981, 11.
49. [OELSNER] 1797, 85, 86 f.
50. Ibid. 87 f., 89.

KAPITEL VIII

1. Zur liberalen Revolutionsrezeption: VALJAVEC 1951, 146 ff.; GARBER 1974, 178 ff.; HOCKS/SCHMIDT 1975, 56 f.; vgl. VIERHAUS 1967, 192 ff.; SCHLUMBOHM 1975, 143 f.
2. Zum Inhalt des deutschen Frühliberalismus: GRAB 1973, 3 ff.; GARBER 1974, 183 ff, 196 ff.; HOCKS/SCHMIDT 1975, 56 ff.; KLIPPEL 1976, 184 ff.
3. HOCKS/SCHMIDT 1975, 57 f., vgl. 60, 62, 63, 67, 72.
4. SCHLUMBOHM 1975, 131 f.
5. S. oben S. 14.
6. SCHLUMBOHM 1975, 139 ff.
7. ZIMMERMANN 1940, 57, 80; SCHEEL 1962, 291 ff.; TIAINEN 1971, 84 ff., 94 ff., 98; SCHLUMBOHM 1975, 140.

8. ARETIN 1796, 114 f., 118 f.
9. ZIMMERMANN 1940, 58 f.
10. [ARETIN] 1799, 24 f. (die erste Hervorhebung von S.H.); zum Inhalt der gemäßigt-liberalen Reformvorschläge in Württemberg: SCHEEL 1962, 296 ff., 300 ff.; SCHLUMBOHM 1975, 140 f.; in Bayern: ZIMMERMANN 1940, 58 ff., 66 ff., 69, 81 ff.; SCHEEL 1962, 591 ff., 603 ff., 674 f., 681 f.; SCHLUMBOHM 1975, 141 f.; s. auch LENK 1969, 271 ff. - Zu Johann Christoph Frhr. von Aretin: NDB 1953 I, 348.
11. DER TEUTSCHE MERKUR 1789 Sept., 229 ff.; Okt. 32 f.; zur Entwicklung von Wielands Einstellung zur Revolution s. auch: VALJAVEC 1951, 168 f.; STERN 1928, 108 ff.; DROZ 1949, 320 ff.; FINK 1974, 5 ff.
12. NEUER TEUTSCHER MERKUR 1790 Juni, 163 f.; Aug. 392 ff.; 1791 Okt., 121, 140 f.; Nov., 323 ff.; vgl. FINK 1974, 17, 20 f.
13. NEUER TEUTSCHER MERKUR 1793 Jan., 11 ff.
14. Das Zitat: WEYERGRAF 1972, Einleitung S. xii.
15. Vgl. oben S. 69; den von der Komplotthese gefärbten Artikel von E.E.A. Göchhausen in: NEUER TEUTSCHER MERKUR 1793 Okt., 113 ff. - Zu Göchhausen: EPSTEIN 1966, 96 ff., 527, 538 f.
16. S. Wielands Erwidern auf die Lesebriefe - die allerdings zum Teil von ihm selber verfaßt worden waren (WEYERGRAF 1972, 19): NEUER TEUTSCHER MERKUR 1791 Apr., 423 ff.; Okt. 143 ff.; 1792 Jan., 64 ff.; Dec., 372 ff.; 1793 Jan., 88.
17. S. Stellungnahmen für die bürgerliche Emanzipationsbewegung z.B.: NEUER TEUTSCHER MERKUR 1794 März, 289 (Wieland); 1795 Sept., 83 (E.W. Ackermann). - Zur Kritik an extremen Konservativen z.B.: NEUER TEUTSCHER MERKUR 1794 Jan., 139 (Wieland); 1795 Sept., 76 f. (E.W. Ackermann); 1796 Apr., 381, 383 (J.D. Falk); 1799 Jan., 21 f. (Wieland) - Zu den kriegsfeindlichen Einstellungen Wielands: HOKKANEN 1975, 63 f., 138 f.
18. So z.B. Johann Gottfried Dyk, der Leipziger Übersetzer, in: MALLET DU PAN 1799 I, 278 ff.; vgl. auch unten S. 164. - Zu Dyk: ADB 1877 V, 509; HOKKANEN 1975, 208 f.; vgl. auch HOLTZMANN/BOHATTA 1961 III, 108.
19. Zur Verwendung von Dialogen in der deutschen Presse: LINDEMANN 1969, 79, 97, 197, 233 f.
20. NEUER TEUTSCHER MERKUR 1790 Dec., 321 ff., das Zitat S. 344.
21. Ibid. 360, 362, 364.
22. Ibid. 361 f.

23. Zum Inhalt und zur Rezeption der "Gespräche": HOKKANEN 1975, 216 ff.
24. NEUER TEUTSCHER MERKUR 1798 Mai, 39; SCHLÖZER 1793, 115; vgl. PARRY 1974, 168.
25. NEUER TEUTSCHER MERKUR 1798 Mai, 47.
26. Id.; vgl. HOKKANEN 1975, 15, 219; SALOMON 1900, 210 f.
27. NEUER TEUTSCHER MERKUR 1798 Mai, 47 f.
28. WIELAND 1799, 238 f., 340; vgl. KANT 1798, 154 f. Anm.; als unmoralisch wurde das Recht des englischen Monarchen, über Krieg und Frieden zu beschließen, auch in einem am ersten Koalitionskrieg Kritik übenden Artikel in: SCHLESWIGSCHES JOURNAL 1793 I, 504 ff. charakterisiert. Auch Archenholtz kritisiert dieses Recht: MINERVA 1795 II, 553.
29. Zu dieser Zeitschrift und ihrem Herausgeber näher: LINDEMANN 1969, 201 f.; HOCKS/SCHMIDT 1975, 65 f.; ADB 1888 XXVI, 461 ff. - Besonders in den Jahrgängen 1800 und 1801 ist die Dominanz des französischen Materials augenfällig. - In dem Artikel "Remarks on the Present State of the Press in Foreign Countries" wirft das Londoner Organ der Regierungspartei, THE ST. JAMES'S CHRONICLE 7.2. 1799 Nr. 6418 Posselt vor, ein "democratic pedant" zu sein; unter den Historikern wird Posselt z.B. von TSCHIRCH 1933, 283 f., 315 als ein republikanisch-demokratischer Ideologe angesehen.
30. Als liberal stufen ihn auch HOCKS/SCHMIDT 1975, 65 f. ein; zum Württemberger "Konstitutionalismus" vgl. EPSTEIN 1966, 261 ff.; SCHLUMBOHM 1975, 140.
31. SCHEEL 1962, 293 ff.; SCHLUMBOHM 1975, 140 f.
32. EUROPÄISCHE ANNALEN 1796 IV, 3, 19 f.
33. Ibid. 3.
34. Ibid. 15 ff. - Zur Sache: ARETIN 1967, 31; EPSTEIN 1966, 261.
35. EUROPÄISCHE ANNALEN 1796 IV, 23. - Zur Sache: ARETIN 1967, 29.
36. EUROPÄISCHE ANNALEN 1796 IV, 28 f., 34 ff.
37. Ibid. 23, 25.
38. Ibid. 25, 32.
39. Ibid. 32 ff.
40. Ibid. 1796 I, 42.

41. Zur Kritik: EUROPÄISCHE ANNALEN 1798 I, 95 Anm.; 1801 II, 228 f. (F.J. Emerich); 1801 III, 127 ff.
42. Es sei erwähnt, daß F.H. Hatzfeld, der im Dienst von Oranien-Nassau stand, für Holland in den kommenden Friedensverhandlungen eine Verfassung nach britischem Modell und als Herrscher einen deutschen Fürsten vorschlug, s. MAGAZIN DER STAATSWIRTSCHAFT 1797 I, 13 ff.
43. KROKER 1971, 30 f., 34 ff.; BLUM 1978, 250 f.
44. F.A. Klockenbrings Anmerkungen in: YOUNG 1793, Einleitung S. iii ff., 70 ff., 68 f., 131; zu britischen Modellen der Landwirtschaft in Hannover: ULBRICHT 1980.
45. Vgl. z.B. Gentz, der den wirtschaftlichen Liberalismus verteidigt: HISTORISCHES JOURNAL 1799 I, 395 ff.; 1799 III, 407 ff.; GENTZ 1801, 315 ff.; und F.G. Niemeyer, der den traditionellen Merkantilismus verteidigt: NIEMEYER 1800/1810, 20 ff., 68 ff., 101, 125 ff.; s. oben S. 36.
46. S. oben S. 53 f. - Zu Hennings' Liberalismus: GARBER 1974, 197 f.
47. SCHLESWIGSCHE JOURNAL 1792 I, 30 ff.; 1793 I, 346 ff., 361 f.; 1793 III, 265 ff.
48. SCHLESWIGSCHE JOURNAL 1792 II, 21 ff., 38 f., 47; 1792 III, 377 f.
49. GENIUS DER ZEIT 1794 I, 344 f.
50. Ibid. 1794 III, 90.
51. In Großbritannien erfolgte die Arbeitsteilung zwischen der Jury und dem Richter nach dem Prinzip, daß die Jury bei Fällung des Urteils nur von den Fakten ausgehen konnte, während alle Auslegungen des Gesetzes dem Richter überlassen blieben. Die Anwendung dieses Prinzips in den sog. seditious-libel -Fällen, zu denen neben den gegen Privatpersonen, auch die gegen Regierung, das Parlament oder die Konstitution gerichteten Schmähschriften gezählt wurden, verletzte das allgemeine Rechtsempfinden aus dem Grunde, weil die Jury in diesen Fällen nur darüber eine Entscheidung treffen konnte, ob eine Person eine Schrift über die in der Anklage erwähnte Person/Institution veröffentlicht oder verfaßt hatte. Vor dem Erlassen des Libel Act konnte der Richter alleine entscheiden, ob die fragliche Schrift gesetzeswidrig war oder nicht, s. dazu: GENIUS DER ZEIT 1794 II, 433 ff.; auch SCHLENKE 1963, 38 ff.; ASQUITH 1978, 111 f.
52. GENIUS DER ZEIT 1794 II, 432 ff., bes. S. 451 ff., 459, 465 f.
53. Ibid. 1796 VIII, 569 ff., die Zitate S. 581, 601. - Zu Voght: ADB 1896 IL, 161 ff.

54. GENIUS DER ZEIT 1796 VIII, 597 ff., 645, 652 f.
55. Ibid. 601.
56. Vgl. ibid. 601 ff., 637.
57. Ibid. 602 f.
58. Vgl. ibid. 581 f., 635, 636, 638 f., 643, 569.
59. Ibid. 602.
60. Ibid. 1795 V, 337 ff.
61. FRANKREICH 1796 III, 277 ff. - Zu dieser liberalen Zeitschrift von Johann Friedrich Reichardt und Peter Poel: HOCKS/SCHMIDT 1975, 72.
62. KLIO 1796 II, 62 ff. - Die Echtheit der anglophoben Briefe des als anglophil bekannten Helvetius, die P.P. Usteri in der *Klio* herausgab, ist allerdings fragwürdig; sie sind möglicherweise erst während der mit der Einberufung der Generalstände verbundenen Pamphletenflut entstanden, s. ACOMB 1950, 124 ff. - Zu der liberalen politischen Richtung Usteris und seiner Zeitschriften: HOCKS/SCHMIDT 1975, 67, 68 f.
63. KANT 1798, 153 f. - Zum originellen Liberalismus von Kant z.B.: GARBER 1974, 196 f., 202 f.

KAPITEL IX

1. PALMER 1964, 475; CANNON 1973, 116, 118, 123, 137^{Fn. 1}; s. auch GOODWIN 1979, 501 ff., 507 ff.; STEWART Hg. ⁵1965, 198, 199 f.
2. PALMER 1964, 473 ff.; MACCOBY 1955, 152 ff., 168 f.; CANNON 1973, 116 ff., 135 ff.; bes. zum britischen Jakobinismus: LOTTES 1979, 109 ff.; GOODWIN 1979.
3. Zur Sozialstruktur der Reformgesellschaften: WATSON 1960, 357, 362; PALMER 1964, 471 f.; LOTTES 1979, 114 ff.; zu den Friedensforderungen: COOKSON 1982; MACCOBY 1955, 87 f., 111 f.; LOTTES 1979, 125, 303.
4. PALMER 1964, 491 ff.; WATSON 1960, 387 ff.; GOODWIN 1979, 416 ff.
5. CANNON 1973, 134.

6. Zu den Hochverratsprozessen: PALMER 1964, 479 f.; CANNON 1973, 127 ff.; GOODWIN 1979, 307 ff.; zur Suspendierung des Habeas Corpus: KEIR 1961, 397 f.
7. CANNON 1973, 132, 142; COOKSON 1982, 123; GOODWIN 1979, 384 ff.; s. auch WILLIAMS Hg. 1960, 432 ff.
8. WATSON 1960, 362 f.; LOTTES 1979, 132 f.; GOODWIN 1979, 451 ff.
9. CANNON 1973, 129; COOKSON 1982, 152 ff.
10. O'GORMAN 1967, 118 ff., 139 ff., 174 ff.
11. PALMER 1964, 485 ff.; CANNON 1973, 124, 138.
12. MACCOBY 1955, 116 f., 129 f., 131 f., 147 ff., 533 f.
13. So z.B. Schirachs POLITISCHES JOURNAL 1790 II, 833; 1791 I, 221, 246 ff.; 1791 II, 1041, 1280 ff.; 1792 I, 421 ff. und Sartoris DEUTSCHE MINISTERIALZEITUNG 21.9.1790, 423, f.; 24.9.1790, 427 f.; s. auch JULKU 1969, 33 f.; WANGERMAN 1969, 62. - Es ist jedoch nicht völlig ausgeschlossen, daß diese Gerüchte tatsächlich zutrafen, vgl. REINALTER 1981, 198.
14. DEUTSCHE MINISTERIALZEITUNG 9.7.1790, 297. - Zu Sartori als einem Vertreter der Sache Österreichs: TSCHIRCH 1933, 207.
15. POLITISCHE GESPRÄCHE DER TODTEN 1.1.1791, 221; 17.10.1791, 326 f.; 27.10.1791, 346 ff.; 23.4.1792, 125 f.; 11.6.1792, 187 f.; DEUTSCHE MINISTERIALZEITUNG 5.11.1790, 499; 21.1.1791, 29; 8.2.1791, 63; 21.2.1791, 29 ff.; zu französischen Emigranten vgl. ROBERTS 1972, 151 Anm. 8.
16. OLLA POTRIDA 1794 St. 1, 17. - Zu dieser Zeitschrift: KIRCHNER 1958, 181.
17. DEUTSCHE MINISTERIALZEITUNG 13.1.1790, 20; 23.3.1790, 113 ff.; MAGAZIN DER KUNST UND LITTERATUR 1797 II, 78 ff.; 1794 I, 108, 129 ff.; POLITISCHES JOURNAL 1791 II, 777 f.; FLIEGENDE BLÄTTER 1794 II, 603 f.
18. Zur Notwendigkeit der Akten von 1795 und der Suspendierung des Habeas Corpus: POLITISCHES JOURNAL 1794 I, 627 ff.; 1795 II, 1245 ff.; 1796 I, 4; FLIEGENDE BLÄTTER 1794 II, 531; POLITISCHE ANNALEN 1794 VII, 328 ff.; REVOLUTIONSALMANACH 1795, 298; MAGAZIN DER KUNST UND LITTERATUR 1796 I, 57 ff., 76 ff. - Zur Gefährlichkeit der Parlamentsreform und zu den revolutionären Intentionen der für diese Reform arbeitenden Gesellschaften und Personen: WIENER ZEITSCHRIFT 1792 IV, 31 ff., 51; POLITISCHE ANNALEN 1793 I, 372, 410 ff.; 1794 V, 175 ff., 498 ff.; FLIEGENDE BLÄTTER 1794 I, 169 f.; HISTORISCH-POLITISCHE MONATSSCHRIFT 1794 I, 1 ff., 35 ff.; OLLA POTRIDA 1794 St. 2, 19 ff.; REVOLUTIONSALMANACH 1794, 323 ff., 333 ff.; POLITISCHES JOURNAL 1796 II, 1262 f.

19. Dieses gilt besonders für die *Wiener Zeitschrift*, aber beinahe ebenso einseitig ist auch das *Magazin der Kunst und Litteratur*.
20. ROBERTS 1972, 148 ff., 153.
21. VALJAVEC 1951, 271 ff.; EPSTEIN 1966, 96 ff., vgl. 87 ff., 100 ff.; GRASSL 1968, 259 ff., vgl. 173 ff.; ROBERTS 1972, 118 ff., 134 ff. - Zum Illuminatenorden auch: DÜLMEN Hg. 1977; FEHN 1979, 231 ff.; AGETHEN 1979, 121 ff.; SCHINDLER 1979, 203 ff.
22. VALJAVEC 1951, 303 ff.; EPSTEIN 1966, 503 ff.; DÜLMEN Hg. 1977, 94 ff.; GRASSL 1979, 335 ff.
23. EPSTEIN 1966, 94 f.; zur Sache auch: MÜHLPFORDT 1980, 730 ff.
24. Zu diesen "Jakobinerverschwörungen": EPSTEIN 1966, 474 ff.; WANGERMANN 1969; KÖRNER Hg. 1972; RHEINALTER 1981, 61 ff.
25. Näher zu diesen Zeitschriften und ihrer Verschwörungspropaganda: VALJAVEC 1951, 302 ff.; EPSTEIN 1966, 517 ff.; GRASSL 1968, 432 ff.
26. S. unten Anm. 27, 28, 31, 48. - Zu Schirach und seiner Zeitschrift: ADB 1890 XXXI, 307 f.; SALOMON 1900, 241 f.; KIRCHNER 1958, 131; VALJAVEC 1951, 304. - Als Herausgeber der *Fliegenden Blätter* tritt nur "die Gesellschaft" auf: FLIEGENDE BLÄTTER 1794 III, 722. - Nach Rebmann war H.A.O. Reichard einer der Herausgeber der *Fliegenden Blätter* und seines Nachfolgers, der *Neuen Zeitblätter*: OBSCURANTENALMANACH 1798, 55 ff.
27. POLITISCHES JOURNAL 1797 I, ein Schreiben aus London, S. 250, 253; auch die FLIEGENDEN BLÄTTER 1794 II, 344 behauptet, daß die Parlamentsopposition zur "Jakobiner-Minorität" gehöre.
28. MAGAZIN DER KUNST UND LITTERATUR 1796 I, 74 f.; 1797 I, 250 ff.; POLITISCHES JOURNAL 1797 I, 250 ff. (ein Schreiben aus London); 1798 I, 10 f.; 1799 I, 152 ff. - Der Anteil der britischen Jakobiner am Matrosenaufstand ist noch heute umstritten, s. LOTTES 1979, 275 mit Fn. 36; GOODWIN 1979, 408 ff.
29. S. unten S. 178 mit Anm. 117; 179; 203 mit Anm. 20; 212; 214; 217 f.
30. MAGAZIN DER KUNST UND LITTERATUR 1795 IV, 288 ff.
31. Ibid. 1794 I, 218; vgl. die nach den Angaben des Redakteurs englische Schrift "Betrachtungen über den gegenwärtigen Krieg mit den Franzosen und mit den Jakobinern in jedem Lande" in: FLIEGENDE BLÄTTER 1794 II, 617 ff. - Auch Hennings kritisierte den Umstand, daß man in Deutschland versuchte, alle Kriegsgegner als Jakobiner abzustempeln: GENIUS DER ZEIT 1794 II, 102; 1795 IV, 7.
32. MAGAZIN DER KUNST UND LITTERATUR 1796 I, 61, 65.
33. Ibid. 1794 II, 136, 137 f.; vgl. 1794 I, 253 ff.; WIENER ZEITSCHRIFT 1792 IV, 123 ff.

34. Das Zitat ist aus der anonymen Schrift *Eine Rede über den Illuminatenorden, gehalten in einer Freymäurerloge im Dezember 1793, Regensburg 1794*, in: MAGAZIN DER KUNST UND LITTERATUR 1794 II, 94 f. - Die Eröffnung: HOLZMANN/BOHATTA 1961 III, 343. - Zu Grolmann näher: EPSTEIN 1966, 536 ff.
35. In: WIENER ZEITSCHRIFT 1792 III, 57 ff.; s. oben Kap. V, Anm. 15.
36. FLIEGENDE BLÄTTER 1794 II, 556 f., 620.
37. POLITISCHES JOURNAL 1798 I, 11 f.
38. POLITISCHE ANNALEN 1793 I, 218 f., 221. - Zu Girtanner: VALJAVEC 1951, 304; ADB 1879 IX, 189 ff.
39. [SONNENFELS] 1793, 33 ff. Anm. - Sonnenfels verweist hier auf die folgende Stelle im *Du Contrat Social*: "Que s'il y sont des sociétés partielles, il en faut multiplier le nombre et en prévenir l'inégalité, comme firent Solon, Numa, Servius": ROUSSEAU 1762/1960, 253. - Die Eröffnung: HOLZMANN/BOHATTA 1961 I, 215.
40. Z.B. Zimmermanns und Schirachs überschwengliche Meldungen über diese Gesellschaft in: WIENER ZEITSCHRIFT 1792 II, 264 ff.; POLITISCHES JOURNAL 1792 I, 531 f.
41. FLIEGENDE BLÄTTER 1794 II, 529, 530. "Ein edles Vorbild für die Patrioten anderer Länder" war die britische Gesellschaft nach Reichard: REVOLUTIONSALMANACH 1794, 323.
42. Zur reaktionären Politik der Regierungen in Deutschland: VALJAVEC 1951, 317 ff.; EPSTEIN 1966, 459 ff.
43. DAS NEUE GRAUE UNGEHEUER 1796 St. 6, 18 f.; GEISSEL 1799 III St.12, 282 ff.; näher zu Rebmanns Kritik an konservativen Komplottheoretikern: KAWA 1980, 271 ff.; allgemein zu Reaktionen gegen die Geheimbundhysterie in Deutschland: EPSTEIN 1966, 531 ff., 543 f.; vgl. auch Kritik in: BERLINISCHE MONATSSCHRIFT 1790 XV, 360 ff.; 1795 XXVI, 468 ff.
44. NEUER TEUTSCHER MERKUR 1797 Nov., 266 f. - Der Brief verweist auf das Werk *Vie de J.-G. Zimmermann (1797)* des berühmten Schweizer Arztes Simon-André Tissot. - Zu Tissot: NBG 1969 ILVI, 428 ff. - Tissots Auffassungen kritisiert auch GEISSEL 1798 II St.6, 268 ff.
45. NEUER TEUTSCHER MERKUR 1797 Nov., 268.
46. ROBERTS 1972, 188 ff., 208, 221 Fn. 52; GRASSL 1968, 271 f., EPSTEIN 1966, 504 ff.
47. THE ST. JAMES'S CHRONICLE 7.2.1799 Nr. 6418, "Remarks On the Present State of the Press in Foreign Countries": "All these poisoners of the publick mind, from the source of the Danube to Jutland, agree in enforcing the necessity of Peace. They hope, and not without reason, that, with the assistance of their French models

and protectors, Peace will enable them to achieve, with expedition, and without much personal risk, a Revolution that will be productive of much personal profit. ... And this conspiracy is supported by the Governments themselves, which, more afraid of giving displeasure to the Directory, than anxious to preserve the morals of the People, and to encourage sound principles, tolerate the free circulation of seditious news-papers, and every other species of inflammatory publications, ...".

48. POLITISCHES JOURNAL 1799 I, 457 ff. - Archenholtz publizierte eine vollständige Übersetzung von diesem Rapport mit einer kritischen Nachschrift in: MINERVA 1799 IV, 136 ff., 308 ff., 492 ff.
49. Zur Quellenlage: GRAB 1966, 215, 232; zur Philantropischen Gesellschaft: GRAB 1966, 202 ff., 211 ff., 218 ff. - D.V. Voß' KOSMOPOLIT 1798 St.6, 565 ff. (ein Brief aus Hamburg) behauptete, daß es Bourdon nicht gelungen war, einen jakobinischen Klub in der Stadt zu gründen, und daß die Hamburger Beamten sich mit dem "Jakobinerspähen" lächerlich gemacht hatten; als harmlos wurde die Gesellschaft von Archenholtz und Becker betrachtet: MINERVA 1799 IV, 505 u. NATIONALZEITUNG DER TEUTSCHEN 1798 St. 3, 175, vgl. 1798 St. 2, 123; S.C. Wagener zweifelte daran, daß eine revolutionäre Gesellschaft in Deutschland tätig sei: PATRIOTISCHES ARCHIV FÜR DEUTSCHLAND 1799 I, 30. - Zwei politische Reden, die in der Gesellschaft im Jahr 1798 gehalten worden waren, wurden publiziert, in: GEISSEL 1799 I St.2, 186 ff.; 1799 II St.4, 77 ff.
50. GRAB 1966, 230 ff.; RUOF 1915, 87 f.; s. auch WATSON 1960, 396. - Die Frage um die Auslieferung der Irländer verursachte einen heftigen Meinungswechsel in der bürgerlichen Öffentlichkeit: GRAB 1966, 232 f.; s. auch POLITISCHES JOURNAL 1798 II, 1308 ff.; TAGEBUCH 1799 I, 249 ff.; GEISSEL 1799 II St.4, 103; MINERVA 1799 IV, 509 ff.; GEHEIME GESCHICHTE DER RASTADTER FRIEDENSVERHANDLUNGEN 1799 I, 543 f.
51. POLITISCHES JOURNAL 1799 I, 467 f.
52. GENIUS DER ZEIT 1799 XVII, 254 ff., 498 ff., 503 ff.; 1800 XIX, 130 ff.; GENIUS DES 19. JAHRHUNDERTS 1801 II, 290 f.
53. MINERVA 1799 III, 300 ff.; 1799 IV, 501 ff.; ENGLISCHE MISCELLLEN 1800 I St.3, 185 f.; NEUER TEUTSCHER MERKUR 1800 Apr., 320 Anm.; 1801 Sept., 79 f.; 1801 Okt., 109 f. Anm., 153; LONDON UND PARIS 1801 VIII, 16 f.
54. MOUNIER 1801, 155 ff.; MUNCKER 1918, 117 f.; s. auch die entwürstete Erwiderung Wielands in: NEUER TEUTSCHER MERKUR 1800 Apr., 243 ff.; zu Bahrdts Kontakten auch: MÜHLPFORDT 1980, 744. - Zu Mounier: GRASSL 1968, 272 ff.
55. So etwa NEUER TEUTSCHER MERKUR 1801 Okt., 109 f. Anm.; 1801 Juni, 157 f. Anm.; GENIUS DER ZEIT 1799 XVII, 505.
56. Hauptsächlich auf diese Veröffentlichungen stützen sich die Ausführungen über die Einstellungen der Liberalen in diesem Kapitel.

- Die Daten über die Auflagehöhen dieser Veröffentlichungen sind unsicher und lückenhaft. Die Auflage der *Minerva* (1792-1859) von Archenholtz betrug um die Jahrhundertswende 3000-6000 nach RUOF 1915, 129 f. Sie wurde schon 1794 in der *Jenaer Literaturzeitung* als die beste deutsche Zeitschrift neben Schlözers *Statsanzeigen* genannt: d'ESTER 1940, 240 f.; die Auflage der *Europäischen Annalen* (1795-1832) von Posselt lag zeitweise bei 3000 Stück: LINDEMANN 1969, 201 f.; Wielands *Neuer Teutscher Merkur* (1790-1810) hatte 800 Abonnenten 1798: HOCKS/SCHMIDT 1975, 13; die Auflagen von Hennings *Genius*-Zeitschriften (1794-1802) sind unbekannt, aber schon die Tatsache, daß Hennings oft und bitter in der konservativen Publizistik des Reiches kritisiert wurde, zeugt von der führenden Stellung dieser Zeitschriften, vgl. HOCKS/SCHMIDT 1975, 75 f.; HOKKANEN 1975, 112 Anm. 65; TSCHIRCH 1933, 450; HILD 1932, 124; von Archenholtz' *Annalen der britischen Geschichte* (1790-1799) weiß man nur, daß sie 1789 129 Subskribenten hatten: RUOF 1915, 128 f.; als "ein unentbehrliches Werk für die neuere Statistik Englands" wurden die *Annalen* in: LONDON UND PARIS 1799 IV, 14, Anm., gepriesen.
57. GRAB 1966, 163 ff. - Die Altonaer Verlagsgesellschaft publizierte u.a.: *Das Neue Graue Ungeheuer* von Rebmann, den *Kameleon* von Rebmann, *Den Politischen Thierkreis* von Rebmann (und/oder J.F.E. Albrecht), die *Schildwache* von Rebmann und F.W. von Schütz, die *Geißel* von Rebmann sowie Heinrich Würzers *Neue Hyperboreische Briefe* und *Den patriotischen Volksredner* sowie auch J.C.Gretschels *Satirische Blätter*.
58. PATRIOT 1792 I D, 20 ff. - In der Tat war der Verfasser dieser Adresse die "London Corresponding Society". Die "Norwich Revolution Society", die "Manchester Constitutional Society" und die "Manchester Reformation Society" gehörten zu den Unterzeichnern dieses berühmten Schreibens vom 27.9.1792, s. dazu: GOODWIN 1979, 245 f., 501 ff. - Zu den Auffassungen über die revolutionsfreundlichen und kriegsgegnerischen Stimmungen der Briten auch: NIEDERSÄCHSISCHER MERKUR 1793 III St.1, 20 (Auszug eines Schreibens aus Paris 1.11.92), 132 (Schreiben von Paine); vgl. 1792 II, 126 f. (aus London 12.10.1792); ARGOS 13.7.1792, 28.
59. ARGOS 7.5.1793, 382 f.: "Und du, Volk von England, hast du angefangen nachzudenken über die ewige Schande, womit du dich bedeckst, weil du Krieg führst gegen eine Nation, die sich zur Schutzgöttin der Menschenrechte erklärte? Du nanntest dich frei, warst stolz auf deine *m a g n a c h a r t a*, und solltest jetzt alles Gefühl für Philosophie, Ehre und Vernunft verloren haben, da du dem Heuchelsinn eines schädlichen Ministers, einem Pitt und einer gekrönten Memme sklavisch gehorchst? Erhebe dich England und biete Trotz den Tyrannen von St. James. Willst du das nicht, so beuge ferner vor Despoten, spiele die Rolle der niedrigen Sklaven, wir fürchten dich nicht, denn du trägst nicht die Kraft der Freiheit in deinem Busen, du gleichst der feigen Indienhorde, welche du in Bengalen so grausam, so himmelschreiend unterjochtest."; s. auch ARGOS 5.3.1793, 161; 4. Ventos (22.2.)1794, 197; 18. Präreal (6.6.)1794, 536 f.

60. ARGOS 28. Germinal (17.4.)1794, 373; 16. Präreal (4.6.)1794, 524 f.; EUROPÄISCHE ANNALEN 1795 I, 61; BIRO 1957 I, 211. - Über diese "Unkenrufe" spottete FLIEGENDE BLÄTTER 1794 I, 153, 250 f.
61. Zur Kontinuität der Revolutionsspekulationen z.B: ARGOS 28. Germinal (17.4.)1794, 373; DER PATRIOTISCHE VOLKSREDNER 1796 St.8, 123; DAS ROTHE BLATT Jahr 6 (1798) Floreal, 223 f.; RIEM 1799, 341; GEISSEL 1799 I St.1, 75 ff. Besonders der Mathematiker und Cisirhenaner Matthias Metternich in Bingen propagierte die Auffassung, daß die französische Invasion auf Großbritannien wegen der Freiheitsliebe der unterdrückten Engländer und Iren gelingen würde, s. POLITISCHE UNTERHALTUNGEN AM LINKEN RHEINUFER 6.11.1797, 5.12.1797, 12.1.1798, 16.1.1798; NEUE POLITISCHE UNTERHALTUNGEN AM LINKEN RHEINUFER 12.2.1798, 19.4.1798. Zu Metternich: KUHN Hg. 1978, 318 Anm. 13. - Zu den Geldsammlungen: HANSEN Hg. 1938 IV, 497 ff., 714; KUHN Hg. 1978, 32, 193 f.
62. SCHLESWIGSCHE JOURNAL 1792 III, 367 ff.; 1793 I, 346 ff.; 1793 III, 271 f. (eine engl. Satire); GENIUS DER ZEIT 1793 III; 447 ff., 455 Anm., 459 (Auszüge aus d. engl. Pamphleten); vgl. 1798 XIV, 506; MINERVA 1794 III, 174 (aus d. Engl.); FRIEDENSPRÄLIMINARIEN 1794 II, 394 ff. (Fragment eines Briefes aus London 21.2.1794); 1794 IV, 338 (Engl. Briefe). - L.F. Hubers *Friedenspräliminarien*, die auch zahlreiche Übersetzungen aus dem Englischen publizierten, muß politisch am ehesten als liberal betrachtet werden, vgl. HOCKS/SCHMIDT 1975, 61 f.; GRASSL 1979, 343 zählt sie zwar unkritisch zu den jakobinischen Zeitschriften.
63. Besonders Archenholtz verteidigte diese Gesellschaften, s. z.B. ARCHENHOLTZ 1795 XII, 450 f.; 1796 XIII, 44, 62; 1797 XV, 162 ff.; 1799 XVIII, 114 ff., 124; s. auch Dokumente in: MINERVA 1793 III, 293 ff.; 1794 II, 561 ff.; 1796 I, 276 ff.; seine Einstellung zur "jakobinischen" London Corresponding Society war zu Anfang mißtrauisch, s. seine Anmerkungen zu den Akten der Hochverratsprozesse gegen die Führer dieser Gesellschaft in: MINERVA 1794 III, 453 f.; 1794 IV, 544, aber später publizierte er die "Adresse der Londoner Correspondirenden Gesellschaft an die brittische Nation. Eine Widerlegung der von Machthabenden Personen verbreiteten Verläumdungen" in: MINERVA 1795 IV, 361 ff.; zum positiven Verständnis dieser Gesellschaften s. auch Stellungnahmen und/oder Dokumente in: SCHLESWIGSCHE JOURNAL 1792 I, 114 f.; GENIUS DER ZEIT 1794 II, 176 ff.; 1796 VII, 211 ff., 227; EUROPÄISCHE ANNALEN 1796 I, 118 ff.; NEUESTE STAATENKUNDE 1798 I, 542 ff. - Zur traditionellen Bedeutung der britischen politischen Gesellschaften als Bewahrer der Konstitution auch: STATSANZEIGEN 1793 XVIII, 337; ETWAS ÜBER DIE KLUBBS UND KLUBBISTEN IN TEUTSCHLAND 1793, 11. - Zur *Neuesten Staatenkunde* s. unten Anm. 74.
64. So bes. FRANKREICH 1795 III, 117; GENIUS DER ZEIT 1797 XI, 392 f. (ein Auszug der Broschüre von Thomas Erskine); s. auch Auffassungen über den Edinburgher Tumult in: MINERVA 1793 III, 302 f.; über die "Attentate" gegen den König in: EUROPÄISCHE ANNA-

LEN 1795 IV, 349; GEMÄHLDE VON EUROPA 1801, 91 ff. (als Autor dieser liberalen Flugschrift ist Archenholtz angesehen worden, s. TSCHIRCH 1934, 12 ff., aber schon STROH 1914, 18 Anm. 27 hat diese Auffassung mit guten Gründen kritisiert).

65. S. unten Anm. 69.
66. BRUTUS 1795 Jg.2 St.9, 217 ff.
67. GENIUS DER ZEIT 1796 VII, 185 ff.
68. MINERVA 1795 IV, 506 f.
69. GENIUS DER ZEIT 1796 VII, 227; EUROPÄISCHE ANNALEN 1796 II, 4; MINERVA 1795 IV, 506 f.; 1796 I, 1 ff., 510 f.; WILHEM PITTS VERKEHRTE MINISTERSTREICHE 1796 II, Vorrede des deutschen Herausgebers S. x f. - Zum Herausgeber [Wichmann] dieses letztgenannten Werkes: HAMBERGER/MEUSEL 1800 VIII, 487 f.
70. Die zitierten Äußerungen: ARCHENHOLTZ 1797 XV, 209; GENIUS DES 19. JAHRHUNDERTS 1801 II, 292; ARCHENHOLTZ 1799 XIX, 445; PATRIOT 1792 I D, 20; s. entsprechende Thesen z.B. in: RIEM 1799, 41 ff.; GEISSEL 1799 I St.1, 87; NEUESTE STAATSANZEIGEN 1797 II, 117; MINERVA 1796 II, 367 f.; ARCHENHOLTZ 1799 XIX, 445 f.; und andere Feststellungen über den Verlust der bürgerlichen Freiheit z.B. in: ARCHENHOLTZ 1796 XIII, 47; 1799 XVIII, 179 ff., 193; 1799 XIX, 445 f.; GENIUS DER ZEIT 1796 IX, 73 ff.; 1798 XIII, 466 ff.; 1798 XIV, 369 ff., 500 ff.; GEMÄHLDE VON EUROPA 1801, 249; WILHELM PITTS VERKEHRTE MINISTERSTREICHE 1795, Vorrede des deutschen Herausgebers S. xiii f.; DER PATRIOTISCHE VOLKSREDNER 1796 St. 8, 121 f.; 1796 St.11, 170 f.; TAGEBUCH 1799 I, 346 f.; MINERVA 1796 II, 371 ff.; ARCHENHOLTZ 1796 XVIII 179 ff., 193; DAS NEUE GRAUE UNGEHUER 1796 St. 6, 45 ff.
71. Zur Verwirklichung der Prognosen von Hume und Filangieri: SCHILDWACHE 1796 St.1, 126 f.; s. auch Hennings' Ausführungen über das Gedeihen der Bestechung seit Walpole in: GENIUS DER ZEIT 1796 VII, 190 f., 192 f. und Lange-Davisons Kritik unter Berufung auf die Junius-Briefe (1769-1772) in: GENIUS DER ZEIT 1796 IX, 74 ff. - Zu den Junius-Briefen z.B.: WATSON 1960, 145 f.
72. NEUER TEUTSCHER MERKUR 1797 Nov., 272 (Brief aus London); 1798 Jan., 81 (Brief aus London); ARCHENHOLTZ 1797 XV, 81, 176; 1799 XVIII, 235 ff., 257; GENIUS DER ZEIT 1799 XVIII, 482 f.; 1800 XX, 360 f.; LONDON UND PARIS 1800 V, 235 ff.; TAGEBUCH 1799 I, 347 ff. - Zum *Tagebuch* vgl. unten Anm. 76. - Zu Fox z.B.: MACCOBY 1955, 121, 125, 130 f.
73. Die zitierten Äußerungen: GENIUS DER ZEIT 1796 VII, 190, 205; OBSCURANTENALMANACH 1799, 327; zu den Auffassungen über den ministeriellen Staatsstreich in Großbritannien: SCHILDWACHE 1796 St.1, 126 f.; DAS ROTHE BLATT Jahr 6 (1798) Floreal, 221; GEISSEL 1799 I St.1, 87; EUROPÄISCHE ANNALEN 1796 I, 42; 1796

- II, 4; 1797 I, 155; 1797 III, 180; 1801 II, 228; GENIUS DER ZEIT 1798 XIV, 184; 1798 XV, 491; ARCHENHOLTZ 1796 XIII, 82 Anm.; 1799 XVIII, 332; 1799 XIX, 281; GEMÄHLDE VON EUROPA 1801, 26 ff., 179 ff.
74. NEUESTE STAATENKUNDE 1798 I, 435 f.; GENIUS DER ZEIT 1796 VII, 205 (Anm. von Hennings). Zur Kritik an der Kronrede s. auch: GEISSEL 1797 I St.1, 79; KAMELEON 1798 St.1, 130 f.; DES POLITISCHEN THIERKREISES 1798, 268 f. Anm.; NEUESTE STAATENKUNDE 1798 I, 436; zur Sache z.B.: PARES 1967, 150. - Die *Neueste Staatenkunde* (1798) wurde von Lange-Davison anonym herausgegeben und sie vertrat radikal-liberales Gedankengut, vgl. z.B.: NEUESTE STAATENKUNDE 1798 I, 7 ff., 175 ff., 202 ff., 167 ff., 427 ff., 473 f. Diese kurzlebige Zeitschrift, die heftig den Revolutionskrieg und die reaktionäre Politik der europäischen Höfe kritisierte, scheint auch unter den Radikaldemokraten Sympathien gewonnen zu haben, denn das erste Heft wurde von Rebmann sehr positiv rezensiert: GEISSEL 1798 II St.7, 105 ff.
75. DER POLITISCHE THIERKREIS 1796, 381 f.; NEUESTE STAATENKUNDE 1798 I, 436 f.
76. Riems TAGEBUCH 1799 I, 348 f. - Zu Riem: ELSASSER 1917, 72 f.; TSCHIRCH 1933, 127 ff.; ADB 1889 XXIX, 756 f.
77. RIEM 1799, 11 f., vgl. 6 f., 10, 147.
78. Vgl. SEGEBERG 1974, 538 ff., 545 f.; zu derselben Methode der "jakobinischen" Publizistik in England: LOTTES 1979, 152 ff., 169 ff.
79. Vgl. HOCKS/SCHMIDT 1975, 46. - Der größte Teil von Rebmans Satiren und Allegorien war allerdings nicht an das gemeine Volk gerichtet, denn sie setzten beim Leser eine beträchtliche Bildung voraus, vgl. KAWA 1980, 225 f. - Zu der führenden Stellung Rebmans unter den deutschen Radikaldemokraten z.B.: VALJAVEC 1951, 218; GRAB 1966, 163.
80. DER PATRIOTISCHE VOLKSREDNER 1796 St. 8, 122; SCHILDWACHE 1796 St.1, 42; SATIRISCHE BLÄTTER 1799, 22.
81. KAMELEON 1799 St. 2, 55 f.
82. DES POLITISCHEN THIERKREISES 1798, 46 ff., 250 f.; vgl. SCHILDWACHE 1796 St.1, 111 f.; GEISSEL 1798 II St.5, 116 f.; 1799 I St.1, 87.
83. Vom Interesse an dem Aufstand in Irland zeugt z.B. die Tatsache, daß Hennings, der die Irlandpolitik der britischen Regierung verurteilte, im Juli 1798 im *Genius der Zeit* eine eigene Sparte, "Der Genius von Irland", ins Leben rief, in der er ein halbes Jahr lang genau die Entwicklung der Situation in Irland verfolgte. - Pitts Irlandpolitik kritisierten auch: MINERVA 1798 II, 193 ff., 216 ff., 520 ff.; EUROPÄISCHE ANNALEN 1798 IV, 97 ff. - Der deutlich für die Aufständischen Partei ergreifende, ausführliche Artikel "Ur-

- sachen der irländischen Empörung" erschien in den *Neuesten Staatsanzeigen*, die T.F. Ehrmann in Hamburg anonym herausgab: NEUESTE STAATSANZEIGEN 1798 V, 252 ff., 508 ff.; 1799 VI, 596 ff. - Die Aufständischen verteidigte auch die Schrift "Zur Geschichte der Beschwörung in Irland" in: NEUESTE STAATENKUNDE 1798 I, 501 ff. - Die Union, die die Kritiker als Kolonisation Irlands auffaßten, erregte ebenfalls Proteste: z.B. TAGEBUCH 1799 I, 306 ff., 360 ff.; EUROPÄISCHE ANNALEN 1799 I, 266 ff.; GENIUS DER ZEIT 1799 XVII, 388 ff.; 1800 XX, 361 f.; GENIUS DES 19. JAHRHUNDERTS 1801 II, 73. - Als Fürsprecher der Union traten vor allem Gentz und Schirach auf: HISTORISCHES JOURNAL 1800 IV, 499 ff., 615 ff.; POLITISCHES JOURNAL 1799 I, 264 ff.; 1801 I, 265 ff.; 1801 II, 433 ff. - Die Union wurde auch von den als Übersetzung erschienenen Briefen von COOPER 1801 verteidigt.
84. OBSCURANTENALMANACH 1799, 331 ff., 336, 338 ff.; 1800, 307 ff. - Rebmann weist hier auf die Parlamentsdebatten über die Slave Carrying Bill (1799) hin, die die Zahl der in den Sklavenschiffen transportierten Negern drastisch beschränkte, dazu: ANSTEY 1975, 330 f.
85. RIEM 1799, 132 ff., vgl. 93 ff., 131.
86. OBSCURANTENALMANACH 1799, 347.
87. GEISSEL 1798 I St.3, 229 ff., das Zitat S. 229 f.; s. auch *ibid.* 1798 II St.5, 255 ff. (eine Satire aus dem. Engl.); 1798 II St.7, 16 ff.; OBSCURANTENALMANACH 1799, 336 ff. - Zu den Buß- und Bettagen: COOKSON 1982, 134 ff.
88. ARCHENHOLTZ 1799 XIX, 448 ff.; vgl. RIEM 1799, 6 f., 10, 147.
89. EUROPÄISCHE ANNALEN 1801 III, 127 ff. - Zum französischen Verfasser: BARBIER 1963 I, 191.
90. Vgl. ARCHENHOLTZ 1794 X, 155, 291; 1796 XVI, 47 f.; 1799 XIX, 457 f.; MINERVA 1795 IV, 116 f.; GENIUS DER ZEIT 1795 V, 273; EUROPÄISCHE ANNALEN 1796 I, 43 ff.; FRIEDENSPRÄLIMINARIEN 1795 VII, 387; NEUER TEUTSCHER MERKUR 1796 Okt., 210 f.; 1797 Apr., 388 f.
91. FRIEDENSPRÄLIMINARIEN 1795 VII, 388; GENIUS DER ZEIT 1796 VII, 189; EUROPÄISCHE ANNALEN 1795 I, 161; vgl. NEUER TEUTSCHER MERKUR 1797 Okt., 171; ARCHENHOLTZ 1799 XVIII, 158 f.
92. S. oben Anm. 69.
93. ARCHENHOLTZ 1799 XIX, 455 ff.; EUROPÄISCHE ANNALEN 1797 III, 182; FRIEDENSPRÄLIMINARIEN 1795 VII, 389; WILHELM PITTS VERKEHRTE MINISTERSTREICHE 1795, Vorrede des deutschen Herausgebers S. 3 f.
94. ARCHENHOLTZ 1799 XVIII, 178.

95. DAS NEUE GRAUE UNGEHEUER 1795 St.1, 10 f; 1796 St.5, 78 ff.; OBSCURANTENALMANACH 1799, 329; vgl. ARCHENHOLTZ 1795 XI, 48; 1797 XV, 190 ff.; EUROPÄISCHE ANNALEN 1795 III, 29.
96. POLITISCHE UNTERHALTUNGEN AM LINKEN RHEINUFER 11.10. 1797; NEUESTE STAATENKUNDE 1798 I, 60; WILHELM PITTS VERKEHRTE MINISTERSTREICHE 1795, Vorrede des deutschen Herausgebers, S. 5; s. unten Anm. 99. - In der Jakobinerpresse wurden auch "Sündenlisten" von Pitt herausgegeben. Z.B. nach der SCHILDWACHE 1796 St.1, 69 ff. war Pitt Mordbrenner, Hochverräter und Meineidiger, Meuchelmörder und Anstifter falscher Zeugen, Falschmünzer und Verfertiger falscher Assignaten, Seelenverkäufer und Menschenhändler im schlimmsten Sinne, Verletzer des Völkerrechts, Betrüger als Kaufmann, Gotteslästerer, Anstifter von Bürgerkriegen, Mörder durch Fanatismus, durch Bestechung etc.; s. auch GRAB 1966, 182.
97. WATSON 1960, 363, 367 f., 373 ff; AYLING 1966, 364 ff.
98. ARCHENHOLTZ 1796 XVI, 70 ff.; WILHELM PITTS VERKEHRTE MINISTERSTREICHE 1797, Vorrede des deutschen Herausgebers, S. vii f.; MINERVA 1795 IV, 576; NEUESTE STAATENKUNDE 1798 I, 170; DER POLITISCHE THIERKREIS 1796, 533 f.; OBSCURANTENALMANACH 1799, 331; vgl. SCHILDWACHE 1797 St.2, 6 f. - Zur Sache: WATSON 1960, 360; DERRY 1962, 56 ff.; CANNON 1973, 129.
99. Die zitierten Äußerungen: SCHILDWACHE 1796 St.1, 40, 42; s. auch DAS NEUE GRAUE UNGEHEUER 1796 St.5, 94 ff.; GEISSEL 1797 I St.4, 99.
100. Vgl. ROBERTS 1972, 151.
101. Ein gutes Beispiel für diese Propaganda enthält eine gedruckte Rede des Juristen und Exilluminaten Maximilian Blumhofer, die er im Kölner konstitutionellen Zirkel 28.2.1798 gehalten hatte, in KUHN Hg. 1978, 222: "In Pitts höllischem Plane lag es, den Haß aller Nationen gegen Frankreich zu erregen, den ganzen Handel dieses Landes an sich zu reißen, die Marine desselben zu zerstören, die Leidenschaften der Republikaner gegeneinander zum Brande anzufachen, damit sie sich selbst einander erwürgten, die Jakobiner zu verderben, den Republikaner Robespierre durch einen berüchtigten Exjesuiten und durch erdichtete Verschwörungsplane in einen blutdürstigen Tiger zu verwandeln, Frankreich seiner fähigsten und besten Köpfe zu berauben, fanatische Priester und die eben so fanatischen Verfechter des Royalismus mit der Fackel des bürgerlichen Krieges zu bewaffnen, die Finanzen der Republik durch Überschwemmung falsche Münzen in völlige Zerrüttung zu bringen ... In Pitts höllischem Plane lag es, den Meuchelmord durch ganz Frankreich zu organisieren, Dolch-, Jesus- und Sonnenritter zu besolden, und zu verteilen, die Departementer zu chouanisieren, Straßenräuber anzuwerben, um alle Kuriere der französischen Regierung aufzufangen, um ihre Depeschen zu plündern, um dadurch eine allgemeine Desorganisation oder Stockung in den Geschäften zu bewirken. In Pitts ungeheurem Plan lag es, die Mora-

- lität und den republikanischen Gemeingeist zu verderben ..."; s. auch die Argumentation des Radikaldemokraten Johann Baptist Geich in der *Bonner Dekadenschrift* (1795) über die Zusammenhörigkeit der Guineen von Pitt und des willkürlichen Benehmens der französischen Besatzer im Rheinland, in: KUHN Hg. 1978, 52; vgl. ARGOS 28.3.1793, 241 ff.
102. Z.B. GRAB 1973, 16.
103. GEISSEL 1797 I St.2, 142 ff.; die Zitate: *ibid.* II St.5, 14 u. St.7, 20.
104. REVOLUTIONSALMANACH 1795, 289.
105. PATRIOT 1792 II A, 23 f., 25 f. - Auch F.W. von Schütz in Hamburg veröffentlichte diese Schrift von Paine, aber er übte so viel Selbstzensur, daß er u.a. die Stellen wegließ, in denen Paine behauptete, daß die Herrscher von Österreich und Preußen ihre Untertanen auf das Schlachtfeld zerrten "gleich dem unvernünftigen Vieh zur Schlachtbank", s. NIEDERSÄCHSISCHER MERKUR 1793 III St. 9, 131 ff.; vgl. PATRIOT 1792 II A, 24.
106. SATIRISCHE BLÄTTER 1799, 20 ff.; unten Anm. 107, 108, 109. - Zu Gretschel: GRAB 1966, 131, 166.
107. OBSCURANTENALMANACH 1798, 285 f. - Zur Freiheitsdiskussion: SCHLUMBOHM 1975, 73 ff.
108. GEISSEL 1799 I St.3, 329 ff.
109. KAMELEON 1799 St.3, 158.
110. Vgl. GEISSEL 1797 I St.2, 184 (über die Folgen einer möglichen "Konterrevolution"): "Die Könige und die Priester würden sich verbinden, Inquisition und Hierarchie würden wieder eingeführt, alle Bücher verbrannt, und die Drukkerpressen zerstört werden. Europa würde zu einem weiten Kirchhof werden, und die Ruhe der Pest darinn herrschen. Dieß ist der Plan der Verderber, der Wille Pitts und das Würken Arimans ..."; vgl. auch OBSCURANTENALMANACH 1799, 327: "Was sollte aus den übrigen Nationen werden, wenn Pitts System und Flotten, wenn die ostindischen Kompaniekrämer siegen?"
111. SATIRISCHE BLÄTTER 1799, 29.
112. DAS NEUE GRAUE UNGEHEUER 1797 St.7, 58. - Zur Sache: OBERSCHELP 1982 II, 300 ff.
113. S. oben S. 137 ff., 141 ff., 147 ff.
114. [KUTTNER] 1796, 1, 11, 14.
115. Die politische Linie von *London und Paris* ist aus dem Grunde etwas unklar, daß die Zeitschrift als unpolitische Unterhaltungszeitschrift gedacht war. Dieses Ziel verwirklichte sich schon deshalb nicht,

weil die Zeitschrift regelmäßig englische politische Karikaturen veröffentlicht wurden, vor allem Produktionen des begabten James Gillray, in denen für gewöhnlich Partei für die Regierung von Pitt ergriffen wurde. Als konservativ kann diese Veröffentlichung jedoch nicht gelten, denn sie verwarf in entschlossener Weise die konservative Konspirationshysterie, stellte die britische Gesellschaft von frühliberalen Ansätzen ausgehend dar und kritisierte zeitweise auch die Kriegspolitik der Regierung von Pitt, s. oben S. 163 u. unten S. 192 f., 221. - Eine vernichtende Kritik an der Zeitschrift aufgrund ihres kommerziellen Charakters, ihrer politischen Parteilichkeit und ihrer Anglomanie lieferte Rebmann in: OBSCURANTEN-ALMANACH 1800, 153 ff. - Zum Anteil der Politik in der Zeitschrift auch: SALOMON 1902, 59 ff.; RIGGERT 1934, 12 f.; HOCKS/SCHMIDT 1975, 27.

116. LONDON UND PARIS 1799 III, 208; s. auch *ibid.* 1798 II, 105 f.
117. Die Zuverlässigkeit des *Morning Chronicle* wird in: FRIEDENS-PRÄLIMINARIEN 1794 IV, 316; GENIUS DES 19. JAHRHUNDERTS 1801 I, 17; vgl. OBSCURANTENALMANACH 1799, 333 gelobt. - Als Quelle wird sie z.B. verwendet in: NEUESTE STAATENKUNDE 1798 I, 542 ff.; ALBRECHT 1794 I, 69; GENIUS DER ZEIT 1796 VIII, 980 ff.; 1798 XIII, 350 ff.; 1799 XVI, 177 ff.; 1799 XVII, 389; 1800 XXI, 793 ff.; GENIUS DES 19. JAHRHUNDERTS 1801 I, 36; 1801 III, 241; 1802 II, 241 ff.; 1802 VI, 130 ff. - Hennings verwendet als Quelle auch den *Courier*: GENIUS DER ZEIT 1799 XVII, 358 ff.; 1800 XIX, 312; GENIUS DES 19. JAHRHUNDERTS 1801 III, 223 f. - Zum *Morning Chronicle* und seinem Herausgeber: DNB 1917-1950 XV, 918 ff.; HANDBUCH DER WELTPRESSE 1970, 185 f.; zum *Courier*: LOTTES 1979, 230.
118. MARSH 1799, die Zitate S. 600; NEUER TEUTSCHER MERKUR 1798 März, 323 ff.; 1798 Juli, 271 ff. - Zu Marsh: COOKSON 1982, 145.
119. Vgl. oben Anm. 72, 90, 91.
120. NEUER TEUTSCHER MERKUR 1798 März, 323 f. Anm. - Zu Böttiger: HOCKS/SCHMIDT 1975, 14.
121. Gentz und Schirach rezensierten das Werk von Marsh sehr positiv: HISTORISCHES JOURNAL 1799 II, 92 ff.; POLITISCHES JOURNAL 1799 II, 704 ff. So auch Böttiger: NEUER TEUTSCHER MERKUR 1799 März, 286 ff.; s. auch LONDON UND PARIS 1801 VII, 344.
122. S. z.B. die schwedische Übersetzung der *Annalen* des Jahres 1792: ARCHENHOLTZ 1792/1795, unpag. Vorrede des Übersetzers.
123. MINERVA 1798 II, 190; 1798 III, 287 ff.; 1799 III, 503 ff.
124. Vgl. KOSMOPOLIT 1798 St.6, Vorbericht des Herausgebers [Christian Daniel Voß] S. 466 f.: "Wehe Europa, wenn Pitt's [reaktionäre] Maasregeln gelingen! Dann werden in allen Winkeln Nachahmer aufstehen. Wehe Europa, wenn die Opposition wirklich den Franzosen in die Hände arbeitet, und s i e g t ! Dann giebt es in allen Winkeln Republiken und noch mehr Despotismus, und es

leugne, wer will! - viel unerträglicher!" - Zu Voß: TSCHIRCH 1933, 190; HOKKANEN 1975, 127.

125. Vgl. SCHLUMBOHM 1975, 73 ff., 168 f.
126. Hokkanen analysiert die Friedensanhängerschaft zwar nicht aus den Blickwinkel der politischen Richtungen, aber die zentrale Bedeutung der Liberalen und Jakobiner in der publizistischen Opposition für den Frieden geht aus diesem Werk hervor, vgl. HOKKANEN 1975, 46 ff., 98 ff., 123 ff., 167 ff., 226 ff.; zum Kampf gegen den Koalitionskrieg im Jakobinismus auch: REINALTER 1981, 101.
127. LONDON UND PARIS 1798 II, 105 f.
128. MINERVA 1798 III, 287 ff.
129. GENIUS DER ZEIT 1798 XIV, 479. Hennings kritisiert hier vor allem einen anonymen Mitarbeiter der *Allgemeinen Literaturzeitung*, der "auf keine Weise in den jetzt Mode werdenden, und in den beliebtesten Zeitblättern herrschenden Ton schnöder Herabwürdigung des wahrhaft großen Britischen Verdienstes und Edelmuthes einstimmen, und auch nur ein Spänchen zu dem Brande beytragen möchte, der nicht nur alle Verfassungen, sondern auch alle Musenkünste in Schutt und Graus zu verwandeln droht.": ALLGEMEINE LITERATURZEITUNG, Intelligenzblatt 17.3.1798, 402.
130. Vgl. z.B. ARCHENHOLTZ 1797 XV, 189 ff., 199; DER PATRIOTISCHE VOLKSREDNER 1796 St.8, 116, 122 f.; GENIUS DER ZEIT 1796 VII, 189. - Die Kritik am Krieg und an den Kriegsstrapazen verband sich oft mit den Bemerkungen der Liberalen zur Notwendigkeit der Parlamentsreform. Der Londoner Korrespondent des *Neuen Deutschen Merkur* behauptete schon 1797, daß die Parlamentsreform das einzige Mittel sei, den Krieg zu beenden und die Überreste der britischen Freiheit zu retten: NEUER TEUTSCHER MERKUR 1797 Nov., 272; s. auch EUROPÄISCHE ANNALEN 1801 II, 228 f.; GENIUS DES 19. JAHRHUNDERTS 1801 I, 445; GEMÄHLDE VON EUROPA 1801, 186; vgl. MINERVA 1796 I, 3. - Zur Diskussion über Englands Rolle im Krieg, s. Kap. X.
131. Die Wende Pitts gegen sein eigenes Reformprogramm, der zunehmende Autoritarismus der Regierung, die Verwendung des Krieges als innenpolitische Waffe und die Behauptungen, die Regierung ließe die Massen mit Hilfe des Krieges und der Besteuerung absichtlich verarmen und fördere so die Konzentration des Wohlstandes und der Privilegien auf eine schmale Oberschicht, waren sehr zentrale Anschuldigungen in der britischen Kritik am Krieg und an der Regierung: COOKSON 1982, 147.
132. DERRY 1962, 102.
133. LOTTES 1979, 151.
134. Näher unten S. 206 mit. Anm. 32, 34.

135. So z.B. GENIUS DES 19. JAHRHUNDERTS 1801 II, 299; 1801 III, 380 f.; CORRESPONDENZ 1802 St.6, 413 f. Anm. - Die liberale Einstellung der zuletzt erwähnten Zeitschrift, die 1802 von anonymen, wahrscheinlich Hamburger Redakteuren herausgegeben wurde, geht aus dem Inhalt hervor, vgl. z.B.: CORRESPONDENZ 1802 St.1, unpag. Vorrede, S. 1 ff.; St. 2, 74 ff.; St.4, 209 ff.; St.5, 300 ff. - Zu den Gründen für Pitts Rücktritt: DERRY 1962, 134 f.; PARES 1967, 137 ff., 155 f.
136. Zum Ende der deutschen Jakobinerbewegung; GRAB 1966, 234 f.; REINALTER 1981, 104 f.
137. SCHILDWACHE 1796 St.2, 92 f.
138. Vgl. MONTESQUIEU 1748/1958, 558 ff.
139. KELLY 1921, 84 f.; s. Hume, "Essay XXI. - Of National Characters" (1748), in: HUME 1882, 251 f.
140. KEMILÄINEN 1964, 64 ff.; s. auch OLLA POTRIDA 1793 II, 71 ff.
141. KEMILÄINEN 1964, 72 ff.
142. [LA ROCHE] 1788, 591, 593 f.
143. KANT 1798/1869, 243 f.
144. ZWICKEL 1972, 7 ff.; OMASREITER 1982, 170 f.; vgl. MONTESQUIEU 1748/1958, 474 ff., 558, 565; HUME 1882, 244 ff.; zur Klimalehre und ihren Inkonssequenzen im *De l'esprit des lois*: WEIGAND 1976, 59 ff., 66 f.; zur zeitgenössischen Diskussion über die Haltbarkeit dieser Erklärungsmodelle z.B.: COOPER 1801, 255 ff.; KANT 1798/1869, 239; vgl. Lichtenberg, "Urtheile und Bemerkungen über den Character verschiedener Völker", in: LICHTENBERG 1801 II, 380 f.; LONDON UND PARIS 1802 IX, 98 f. - Nach 1789 war dieses Thema vor allem aus dem Grunde aktuell, daß Zeitgenossen verschiedene Meinungen davon hatten, ob die Revolution den französischen Volkscharakter verbessert hatte, s. z.B.: MEINERS 1794, 137 f.; REVOLUTIONSALMANACH 1794, 17 ff.; SCHILDWACHE 1796 St.1, 117; MAGAZIN DER STAATSWIRTSCHAFT 1797 I, 9 f.
145. So z.B. ACHENWALL ⁷1790, 275.
146. BLAICHER 1968, 276 ff.
147. ARCHENHOLTZ 1787 III, 127 ff.; SCHUTZ 1792, 171; DECKEN 1802, 139 f.
148. Vgl. oben S. 43, 45, 47, 48, 110, 114, 147 ff.
149. ARCHENHOLTZ 1793 VII, 151 f.; s. Kap. III, Anm. 42.
150. NEUESTE STAATENKUNDE 1798 I, 429.

151. NEUER TEUTSCHER MERKUR 1797 Nov., 272.
152. MINERVA 1795 IV, 506 f.
153. S. oben S. 51.
154. So z.B. DAS ROTHE BLATT Jahr 6 (1798) Fruktidor, 243 f., wo ein anonym Dichter in der "Ode auf Buonaparte" nach den Ursachen der Leiden der Inder fragte: "Warum? weil niederträchtiger Kaufmannsgeist/Ein Volk beselet, welches sich Britten nennt,/Ein Volk, das bey gehäuften Schätzen,/Tantalus gleich, in dem Wasser durstet;/Das geizend, nach der Herrschaft des Ozeans,/In seinen Häfen der beyden Indien/Tribute häufend, nun despotisch/Über Europa zu herrschen wünschet./Fluch Dir ver-ruchtes Albion! Fluch und Haß/Der ganzen Menschheit ist dein verdientes Loos ..."; zum Kaufmannsgeist auch: DAS ROTHE BLATT Jahr 6 (1798) 20. Germinal, 176; Floreal, 221; OBSCURANTENALMANACH 1799, 327, 329 f.; vgl. DAS NEUE GRAUE UNGEHEUER 1796 St.5, 110: "Auch Albion vergißt die Freiheits-vollen Jahre/und der Satrap, dem es fröhnt/Verkauft mit feiler Hand dem Thron und Tiare,/Ein Volk, von Sidneys Geist ent-wöhnt."
155. OBSCURANTENALMANACH 1799, 328, 329, 337; vgl. DIE NEUE SCHILDWACHE 1798 St.1, 67 f.
156. RIEM 1799, 6 f., 17 ff., 131, 358 ff.
157. Ibid. 9 (das Zitat), 13 ff., 19 f., 23 ff., 87 ff., 97 ff.
158. Ibid. 147 f., 260. - Riem zitierte hier Burke, der das gemeine Volk eine "swinish multitude" geschimpft hatte. Diese Äußerung von Burke erregte in England großes Aufsehen und sie wurde von den britischen Jakobinern zu einem Ehrentitel umfunktioniert, s. LOTTES 1979, 183.
159. RIEM 1799, 147 f. (das Zitat), 12.
160. Z.B. ARCHENHOLTZ 1790 II, 357; 1795 XI, 340; 1799 XVIII, 155 f.; 1799 XIX, 444.
161. MINERVA 1798 I, 533 ff., vgl. 527. - Zu Pappenheimer: GRAB 1966, 149 f., 208, 214, 220.
162. MINERVA 1799 IV, 14.
163. ARCHENHOLTZ 1793 VII, 152 f.
164. GENIUS DER ZEIT 1799 XVI, 177 ff.; 1799 XVIII, 213; GENIUS DES 19. JAHRHUNDERTS 1801 I, 19 ff., 195 ff., 451 f.; 1801 III, 220 ff., 379 ; 1802 VI, 138.
165. WETTERLEUCHTEN ÜBER EUROPA 1799, 23. - Zum Verfasser: HOLZMANN/BOHATTA 1961 IV, 393. - Vgl. unten S. 229 mit Anm. 124.

166. GENIUS DES 19. JAHRHUNDERTS 1801 II, 20 ff.; GENIUS DER ZEIT 1796 IX, 92 ff.
167. GENIUS DES 19. JAHRHUNDERTS 1801 II, 22 f.
168. KELLY 1921, 75 ff., 87, 92 ff.; MUNCKER 1918, 34 f., 45, 57 f., 61, 76, 87 f.; ROBSON-SCOTT 1953, 76, 105 ff.
169. Zur Kritik der Konservativen s. z.B. oben S. 110, 114; zur Kritik der Briten in der Belletristik und der Kunstkritik: MUNCKER 1918, 90 ff., 111 f., 113 f., 120 f., 123 ff., 129 ff., 140, 144, 157 ff.; vgl. das Sprichwort aus dem späten 18. Jh.s: "Der Engländer läßt seine Moral am Kap der Guten Hoffnung, aber wenn er heimgekehrt ist, wird er wieder ein frommer Mann.": SCHOEPS 1973, 385.
170. Z.B. LONDON UND PARIS 1798 I, 127; 1799 III, 298 f.
171. Ibid. 1802 X, 186 ff.
172. Ibid. 1799 IV, 293 f.
173. Ibid. 1798 II, 38 ff.; 1799 III, 207; 1800 V, 90, 92.
174. SHEEHAN 1973, 597 f.; GALL 1975, 329 f., 334, 344 ff.; aber vgl. auch MOMMSEN 1978, 79 ff.; LANGEWIESCHE 1980, 541.
175. LONDON UND PARIS 1800 V, 89 ff.
176. Ibid. 1799 III, 298 ff.
177. Ibid. 1798 II, 105 ff.; 1800 V, 121 f.; 1801 VIII, 13 ff.; 1802 X, 107 f., 185 ff. - Zu den Auffassungen über den Franzosenhaß der Briten in der älteren Literatur z.B.: KING/KÖNIG 1748, 354; TOZE 1779 I, 374; ARCHENHOLTZ 1787 III, 119; SCHAEFFER 1794, 71 f.
178. LONDON UND PARIS 1802 IX, 98 f.; vgl. 1798 II, 41.
179. Ibid. 1802 X, 111 ff. - Zu von der Decken: NDB 1957 III, 544 f.
180. DECKEN 1802, 6 ff., 44 ff., 58.
181. Ibid. 43 f.
182. Ibid. 22 ff., 58 f.
183. Ibid. 34 ff.
184. Ibid. 143 f.
185. [BENZEL-STERNAU] 1795, 120, vgl. 73 f., 122 f. - Die Eröffnung: HOLZMANN/BOHATTA 1961 I, 267.
186. "Emilie von Berlepsch an eine Freundin", Anhang zur deutschen Übersetzung von: MALLET DU PAN 1799 II, 367, 368 f., 442. Vgl.

REVOLUTIONSALMANACH 1799, 252: "Im ganzen Revolutionskrieg war England die einzige Nation, die als N a t i o n handelte, darum steht sie auch noch ungeschwächt, hoch und glänzend da, ein Muster für Zeitgenossen und Nachwelt an National-Würde, National-Glorie und National-Blüte."

KAPITEL X

1. ARETIN 1967, 262 ff., 286 ff., 318 ff., 333 ff. s. auch ARETIN 1980, 71 ff., 77 ff.; GAGLIARDO 1980, 141 ff.
2. ARETIN 1967, 345 ff., 361 f.; s. auch ARETIN 1980, 86 ff., 90 ff.; GAGLIARDO 1980, 187 ff.
3. Zur Diskussion über den Krieg im allgemeinen: TSCHIRCH 1933-34; HOKKANEN 1975; s. oben S. 180 ff.
4. Zur britischen Diskussion über den Krieg: COOKSON 1982; MAC-COBY 1955, 63 ff., 81 ff., 99 ff., 116 ff., 134 ff., 150 ff.; LOTTES 1979, 125, 237 f., 276 f., 303.
5. MONTESQUIEU 1748/1958, 590; MANICAS 1981, 345 ff.; vgl. z.B. ARCHENHOLTZ 1787 II, 43; WENDEBORN 1785, 172 f.
6. Vgl. MONTESQUIEU 1748/1958, 371, 585 ff.; MANICAS 1981, 340 ff., 346 f.; JANSSEN 1982, 592.
7. HORN 1967, 161 ff.; s. z.B. die Kritik von Schubart in: VATERLANDSCHRONIK 24.2.1789, 126 f.; CHRONIK 30.4.1790, 300 f.; und die von A.W. von Leipziger in: MAGAZIN DER NEUESTEN UND MERKWÜRDIGSTEN KRIEGSBEGEBENHEITEN 1795 IV, 300.
8. HORN 1967, 172 f.; DERRY 1962, 86 ff.; ARETIN 1980, 23 ff.
9. DEUTSCHE MINISTERIALZEITUNG 26.10.1790, 482; 21.12.1790, 577; 21.1.1791, 29 ff.; 8.2.1791, 63; 19.4.1791, 190; 3.5.1791, 207; 27.5.1791, 246 ff.; 31.5.1791, 254 f.; 28.10.1791, 509 f.; zu Sartori: TSCHIRCH 1933, 207 f.; ADB 1890 XXX, 378; POLITISCHE GESPRÄCHE DER TODTEN 6.1.1791, 22 f.; 18.1.1791, 20 f.; 25.1.1791, 25 ff.; 10.3.1791, 93 f.; 3.6.1791, 174; zu dieser Zeitschrift: d'ESTER 1936; HANSEN Hg. 1931 I, 33 f.
10. CHRONIK 5.2.1790, 82 (das Zitat); VATERLANDSCHRONIK 8.12.1789, 848; CHRONIK 30.4.1790, 300 f.; 22.10.1790, 722 f.; 1.3.1791, 142; 28.6.1791, 419 f.
11. Zum Schweigen der jakobinischen Presse: HOCKS/SCHMIDT 1975, 47.
12. Vgl. oben S. 154 mit Anm. 15.

13. Zur Sache: MACCOBY 1955, 65 f.; zu den Gerüchten über einen Sonderfrieden Englands: POLITISCHES JOURNAL 1793 I, 630; HISTORISCH-POLITISCHES MAGAZIN 1794 XV, 165 Anm.
14. POLITISCHES JOURNAL 1793 I, 87; SCHLESWIGSCHES JOURNAL 1793 I, 346 ff., 480 ff.; ARCHENHOLTZ 1794 X, 281; OLLA POTRIDA 1794 St.1, 18; GIRTANNER 1796 XII, 132 ff.; MAGAZIN DER EUROPÄISCHEN STAATENVERHÄLTNISSE 1797 I, 74 ff.; GESCHICHTE UND POLITIK 1801 I, 97 ff.; zur Sache: COOKSON 1982, 126.
15. Vgl. ARCHENHOLTZ 1794 X, 281 ff.; 1795 XI, 37 ff.; 1795 XII, 14, 434; und die Anmerkungen des Hamburger Liberalen Albrecht Wittenberg zu Brissots Kriegsrede gegen England in: HISTORISCH-POLITISCHES MAGAZIN 1793 XIII, 146 f., 161, 220. - Zu Wittenbergs politischen Ansichten: HAIKALA 1977, 221. Diese zeitlich sehr beschränkte Wohlgesonnenheit einiger Liberalen gegenüber der Kriegsführung der Engländer scheint Grab in die Irre geführt zu haben, denn nach seinen Ausführungen war die Einstellung zur Kriegspolitik Großbritanniens in der Revolutionsepoche "ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal" zwischen jakobinischen und liberalen Schriftstellern, d.h. er behauptet, daß die Liberalen genauso wie die Konservativen den Krieg Englands gegen Frankreich unterstützten, s. GRAB Hg. 1973, 292 Anm. 60.
16. Zur Kriegsmüdigkeit: ARETIN 1967, 320 f.
17. Vgl. FLIEGENDE BLÄTTER 1794 IV, 1005 ff.; MAGAZIN DER KUNST UND LITTERATUR 1794 I, 218 ff.; OLLA POTRIDA 1794 St.1, 16 ff.; REVOLUTIONSALMANACH 1795, S. iii ff. - Zu den gegenrevolutionären Zügen der britischen Politik s. oben S. 172 f.
18. NEUER TEUTSCHER MERKUR 1794 Juni, 193 ff.; FRIEDENSPRÄLIMINARIEN 1794 IV, 326; GENIUS DER ZEIT 1794 III, 84 ff.; EUROPÄISCHE ANNALEN 1795 I, 155 f.; MAGAZIN DER NEUESTEN UND MERKWÜRDIGSTEN KRIEGSBEBEGENHEITEN 1795 V, 220 f.
19. Zur Sache: COOKSON 1982, 149; zu dieser Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit vgl. z.B.: GENIUS DER ZEIT 1794 III, 449 f.; 1795 V, 410 ff.; 1799 XVIII, 479 ff.; 1800 XX, 152; HISTORISCH-POLITISCHES MAGAZIN 1794 XV, 450 ff.; EUROPÄISCHE ANNALEN 1795 I, 155 f.; 1795 III, 33 f.; 1796 I, 28 f.; 1796 III, 125 f.; MINERVA 1800 II, 183; 1800 III, 364; NEUES JOURNAL FÜR STAATENKUNDE 1796 St. 2, 163; ARCHENHOLTZ 1798 XVII, 317 f.; GEISSEL 1798 I St.1, 75.
20. Zum Verfasser der Flugschrift: HALKETT/LAING 1928 III, 338; zur britischen Kritik: COOKSON 1982, 121 f. - Die Veröffentlichung dieser Kritik der britischen Opposition wäre anscheinend ein gewagtes Unterfangen gewesen, denn Wittenberg zensierte selbst eine Rede von Fox, die neben einem Angriff auf die Koalitionspolitik der britischen Regierung auch einen solchen gegen Preußen wegen der Polenteilung enthielt, s. HISTORISCH-POLITISCHES MAGAZIN 1793 XIV, 30 ff., 36 Anm.

21. Vorrede des Übersetzers (7.4.1794) und seine Anmerkungen in: [VAUGHAN] 1794, S. xv ff., 393 f., 432.
22. MINERVA 1794 I, 453 ff., 460 ff.
23. [KNESEBECK] 1794, 30 ff.; s. auch TSCHIRCH 1933, 71 ff.; ADLER-BRESSE 1977, S. xxxii ff.
24. SENDSCHREIBEN DES ALTEN WELTBÜRGERS SYRACH 1795, 40 ff., 59 ff.; zum Verfasser: TSCHIRCH 1933, 76 ff.
25. Vgl. GOLLWITZER ²1964, 120 ff.; GOLLWITZER 1972, 313 ff.
26. Z.B. PATRIOT 1792 II A, 15 ff.; ARGOS 1.10.1793, 318; DAS NEUE GRAUE UNGEHEUER 1797 St.7, 19; POLITISCHE UNTERHALTUNGEN AM LINKEN RHEINUFER 16.1.1798; NEUE POLITISCHE UNTERHALTUNGEN AM LINKEN RHEINUFER 28.2.1798; DAS ROTHE BLATT Jahr 7 (1798) Floreal, 223 f.; RUBEZAHN Jahr 7 (1798) Brumaire, 320 f.; Nivose, 405 f.; GEISSEL 1798 III St.12, 265 ff.; RIEM 1799, 218; TAGEBUCH 1799 I, 34 ff.
27. Zu Boissy d'Anglas: EUROPÄISCHE ANNALEN 1795 III, 34 ff.; FRIEDENSPRÄLIMINARIEN 1795 VII, 344 f.; NEUE ZEITBLÄTTER 1795 I, 32 f.; EUDÄMONIA 1795 I, 167 ff.; vgl. TSCHIRCH 1933, 75 f. - Zu Théremin: FRANKREICH, 1795 III, 156 ff.; vgl. TSCHIRCH 1933, 26 f.; GOLLWITZER ²1964, 120. - Zu Arnould: MINERVA 1797 II, 101 ff.; EUROPÄISCHE ANNALEN 1798 III, 221 f.; HISTORISCHES JOURNAL 1799 III, 55; s. auch [DOMINIKUS] 1798; vgl. DBF 1939 III, 988 ff. - Zu d'Hauterive: EUROPÄISCHE ANNALEN 1800 IV, 99 ff., 199 f.; FRANKREICH 1801 I, 57 ff., 177 ff.; GENTZ 1801; s. unten S. 226.
28. Kant, *Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf* (1795), in: KANT 1914, 436; Görres, *Der Allgemeine Frieden, ein Ideal* (1798), in: GÖRRES 1928, 58.
29. Vgl. JULKU 1969, 7 f., 57, 94 f., 117 ff.
30. Vgl. Schirachs Proteste gegen dieses Vorgehen des Direktoriums: POLITISCHES JOURNAL 1796 II, 1136 f.; s. auch Dokumente in: EUROPÄISCHE ANNALEN 1796 IV, 65 ff., 129 ff., 281 ff.
31. In der Presse zitierte man u.a. den *Redacteur*, das offizielle Organ des Direktoriums, s. z.B.: NEUE KLIO 1796 III, 413 ff.; FRANKREICH 1797 III, 177 ff.: die Auffassungen von Eschassériaux dem Älteren, einem Mitglied des Rates der 500: EUROPÄISCHE ANNALEN 1797 I, 70 ff.; und auch die Schriften einiger Journalisten der gemäßigten Opposition, in denen neben einer vehementen Englandkritik auch zu bis einem gewissen Grade Widerspruch gegen die Eroberungspolitik des Direktoriums auf dem Kontinent stand: FRANKREICH 1796 III, 182 ff., 230 ff. (Lacretelle); MINERVA 1797 I, 139 ff., 283 ff. (Suard). - Zu den letztgenannten französischen Journalisten: POPKIN 1980, 32 ff., 153 ff., bes. 158 ff.
32. Vgl. FURET 1980, 80 ff.; FEHRENBACH 1981, 38 f., 41 f.

33. Z.B. EUROPÄISCHE ANNALEN 1796 IV, 129, 137; FRANKREICH 1796 III, 182 f.; ARCHENHOLTZ 1798 XVII, 401 ff.
34. Vgl. GENIUS DER ZEIT 1795 V, 273; MINERVA 1795 IV, 116 f.; FRIEDENSPRÄLIMINARIEN 1795 VII, 27 f., 387; FRANKREICH 1796 III, 230 f.; NEUER TEUTSCHER MERKUR 1796 Sept., 93 f.; Okt., 210 f.; GEISSEL 1797 I St.1, 50 ff.: 1797 I St.2, 177; SCHILDWACHE 1797 St.3, 1 f., 40 f., 127 ff.; DIE NEUE SCHILDWACHE 1798 St.3, 73 ff.; NEUESTE STAATENKUNDE 1798 I, 25, 31 ff., 167 ff. - Zu den britischen Initiativen z.B.: COOKSON 1982, 149.
35. DAS NEUE GRAUE UNGEHEUER 1797 St.9, 126 ff.; 1797 St.10, 106 ff.; POLITISCHES JOURNAL 1798 I, 329 ff.; vgl. EUROPÄISCHE ANNALEN 1795 I, 280 ff.; STROH 1914, 66 Anm.1.
36. Vgl. MAGAZIN DER NEUESTEN UND MERKWÜRDIGSTEN KRIEGS-BEGEBENHEITEN 1795 V, 231; EUROPÄISCHE ANNALEN 1795 I, 153; 1795 III, 24; ARCHENHOLTZ 1795 XII, 375; 1796 XIII, 19; MINERVA 1795 IV, 116 ff.; GEMÄHLDE VON EUROPA 1801, 232; GENIUS DES 19. JAHRHUNDERTS 1801 I, 184 f.; DAS NEUE GRAUE UNGEHEUER 1796 St.4, 66 ff.; DER POLITISCHE THIERKREIS 1796, 327 ff.; NEUE HYPERBOREISCHE BRIEFE 1796, 44 ff.; GEISSEL 1797 I St.4, 99; POLITISCHE UNTERHALTUNGEN AM LINKEN RHEINUFER 11.10.1797; KAMELEON 1800 St.4, 103.
37. HISTORISCHES JOURNAL 1799 I, 416 ff.; GEHEIME GESCHICHTE DER RASTADTER FRIEDENSVERHANDLUNGEN 1799 I, 35. - Der Verfasser dieser letztgenannten konservativen Broschüre ist wahrscheinlich C.U.D. Frhr. von Eggers, der als Legationsrat die dänische Gesandtschaft am Rastatter Kongreß 1797 begleitete, vgl. HOKKANEN 1975, 203; PFISTER 1975, 32 f.
38. Zu dieser proenglischen Argumentation, s. z.B. POLITISCHES JOURNAL 1795 II, 1179; 1796 II, 1134 ff.; 1797 I, 38 ff.; 1797 II, 921; REVOLUTIONSALMANACH 1796, 164 ff. (H.L. Fischer); MAGAZIN DER STAATSWIRTSCHAFT 1797 I, 16 (Hatzfeld); MAGAZIN DER EUROPÄISCHEN STAATENVERHÄLTNISSE 1797 I, 74 ff; POLITISCHE GESPRÄCHE DER TODTEN 26.4.1797 unpag. Beilage; 9.5.1797, 299 ff.
39. FRAGMENTE UBER DEUTSCHLANDS FRIEDE ... 1795, 21. - Nach dem Frieden von Campo Formio vertrat z.B. Trenck von Tonder die Auffassung, daß Frankreich das Rheinland nur behalten wolle, um England zu einem Frieden zu zwingen, und er forderte deshalb die Beteiligung Englands an den Friedensverhandlungen von Rastatt zur Rettung des Kaiserreichs: POLITISCHE GESPRÄCHE DER TODTEN 12.12.1797, 802; 15.12.1797, 810. Der Cistrhenaner Metternich widersprach dieser Auffassung von Trenck in: POLITISCHE UNTERHALTUNGEN AM LINKEN RHEINUFER 22.3.1798.
40. Vgl. FRAGMENTE UBER DEUTSCHLANDS FRIEDEN ... 1795, 20 ff.; [KNESEBECK] 1794, 26 f.: s. auch ARGOS 14.2.1793, 101 f.
41. Nachdem die Briten das holländische Kapland erobert hatten, war nach dem preußischen Offizier, A.W. von Leipziger, schon die

- Gefahr, "daß die Deutschen auf ihrem eigenen Boden Krieg führten, damit England in Ost- und Westindien desto leichter neue Acquisitionen machen könne" sehr nahe: MAGAZIN DER NEUESTEN UND MERKWÜRDIGSTEN KRIEGSBEGEBENHEITEN 1795 V, 300; vgl. 221; s. auch Kritik in: EUROPÄISCHE ANNALEN 1795 I, 61 ff.; 1795 III, 24 ff.; 1796 I, 31 f.; 1796 III, 120 ff.; NEUER TEUTSCHER MERKUR 1797 Nov. 271; MAGAZIN DER EUROPÄISCHEN STAATENVERHÄLTNISSE 1797 I, 290; NEUES JOURNAL FÜR STAATSKUNDE 1796 St.2, 154, 155 ff. - Zu Leipziger: TSCHIRCH 1933, 226 f.
42. S. oben Anm. 38 und MAGAZIN DER EUROPÄISCHEN STAATENVERHÄLTNISSE 1797 II, 309, 328 ff.; POLITISCHE GESPRÄCHE DER TODTEN 13.5.1797 unpag. Beilage; 21.10.1797 unpag. Beilage; vgl. 31.10.1797, 703 f.; 1.11.1797 unpag. Beilage; 5.12.1797, 787 f.; 13.12.1797 unpag. Beilage.
43. So Böttiger in: NEUER TEUTSCHER MERKUR 1798 März, 323 ff.; Gentz in: HISTORISCHES JOURNAL 1799 I, 62; Reichard in: REVOLUTIONSALMANACH 1799, 252 f.; vgl. auch die Darstellung des Historikers Jakob Dominikus zu den Meinungsverschiedenheiten über die Invasion: [DOMINIKUS] 1798, 1 ff. - Nur die Radikaldemokraten zeigten offen ihre Freude über das Vorhaben Frankreichs, s. z.B. GEISSEL 1797 III St. 12, 233; NEUE POLITISCHE UNTERHALTUNGEN AM LINKEN RHEINUFER 28.2.1798; 26.3.1798. In der übrigen Presse zeigte sich die "Sympathie" als Erfolgsprophezeiungen für das französische Vorhaben, oder als Schadenfreude über die schwierige Situation Großbritanniens oder als Zitate aus französischen und anderen Schriften, in denen behauptet wurde, daß Frankreich für die Freiheit der Meere und einen allgemeinen Frieden kämpfe, s. EUROPÄISCHE ANNALEN 1798 I, 46 ff.; 1798 III, 46 ff.; JAHRBÜCHER DER PREUSSISCHEN MONARCHIE 1798 I, 29 f.; MINERVA 1798 I, 147 ff. (aus dem *Redacteur*); 176 ff. (aus dem *Redacteur*); 193 ff., bes. 235 f. (von Paine).
44. HISTORISCHES JOURNAL 1799 I, 62, vgl. 395 f.; NEUER TEUTSCHER MERKUR 1798 März, 325.
45. [STRASSER] 1797, 11 f., 20 ff., 58 f., 63 ff., 66 (das Zitat), 67 ff. - Die Eröffnung: HOLTZMANN/BOHATTA 1961 III, 117.
46. Vgl. DER DEUTSCHE REDAKTEUR Sartoris 29.5.1798, 469 f.; 27.7.1798, 764; TSCHIRCH 1933, 347 ff.
47. Zu diesen Gerüchten: SCHILDWACHE 1797 St.3, 130 ff.; POLITISCHE GESPRÄCHE DER TODTEN 12.12.1797, 802; NEUE POLITISCHE UNTERHALTUNGEN AM LINKEN RHEINUFER 21.2.1798; KOSMOPOLIT 1798 St.6, 565 ff.
48. Die besten Beispiele hierfür finden sich in der jakobinischen Literatur: z.B. SCHILDWACHE 1796 St.1, unpag. Einleitung: "Der Süden [von Deutschland] ist schon unterjocht. Da ziehn Weiber den Pflug und die Männer bluten für Pitt ..."; eine in Straßburg gedruckte Propagandaschrift, DER FRANZÖSISCHE SOLDAT AN DEN DEUTSCHEN BAUERSMANN 1800, 22 f.; "Die Fürsten wurden besonders von England bezahlt, damit sie ihre Bauern verkaufen, und

- so streiten deutsche Soldaten gegen ihr eigenes Vaterland: und der Baier, der abgesagte Feind Österreichs, blutet nur für das österreichische und englische Interesse, damit sein Land, oder doch ein bestes Theil desselben g e w i ß an Österreich käme, und England noch ferner der Alleinkrämer von Europa bleibe ..."; ähnliche Angriffe: DER POLITISCHE THIERKREIS 1796, 172 ff.; SCHILDWACHE 1796 St.1, 49; 1796 St.2, 71, 94; DAS NEUE GRAUE UNGEHEUER 1795 St.2, 60 f.; GEISSEL 1797 II St.5, 14 f.; POLITISCHE UNTERHALTUNGEN AM LINKEN RHEINUFER 11.10.1797. S. auch vorsichtiger Kritik: EUROPÄISCHE ANNALEN 1795 I, 153 f.; 1795 IV, 161 f.; 1796 II, 102 f.; MAGAZIN DER NEUESTEN UND MERKWÜRDIGSTEN KRIEGSBEBEHNHEITEN 1795 V, 221; WILHELM PITTS VERKEHRTE MINISTERSTREICHE 1795, Vorrede des deutschen Herausgebers S. 9, 10; MINERVA 1798 II, 11 f., 148 f.; 1800 III, 289; NEUESTE STAATENKUNDE 1798 I, 31, 39, 185 ff., 189 f., 193 f.
49. Z.B. WETTERLEUCHTEN UBER EUROPA 1799, 30 f.: "Man denke nur ... an das Verkaufen d e u t s c h e r T r u p p e n für Engelland und Amerika. Müssen die Deutschen nicht für die ganze Welt Soldaten geben und den Despotismus überall fortpflanzen helfen? Kein Wunder, daß uns die Engländer mit dem Unnamen, S o l d k n e c h t e oder M i e t h l i n g e belegen."; s. auch SCHLESWIGSCHES JOURNAL 1793 II, 464 ff.; SENDSCHREIBEN DES ALTEN WELTBÜRGERS SYRACH 1795, 49; NEUER TEUTSCHER MERKUR 1796 Apr., 380 (J.D.Falk).
50. NEUESTE STAATENKUNDE 1798 I, 189 f.; OBSCURANTENALMANACH 1799, 334; SATIRISCHE BLÄTTER 1799, 238 ff.; LONDON UND PARIS 1801 VIII, 19; s. auch Proteste eines anonymen hessischen Offiziers gegen solche Gleichsetzungen in: POLITISCHE ANNALEN 1793 II, 223 f.
51. SUBSIDIENTRAKTAT ... 1800, 6; BRUTUS 1795 Jg.1, St.2, 40 f.; GEISSEL 1798 I St.1, 111; RIEM 1799, 223 f.; vgl. NIEMEYER 1800/1810, 215.
52. Posselts "Beiträge zur Geschichte der deutschen Sitten für fremde Staaten zu streiten" in: EUROPÄISCHE ANNALEN 1800 III, 232 ff.; Archenholtz in: MINERVA 1798 IV, 160: "Zwar hat sich der Deutsche - ich will es ihm nicht zur Ehre anrechnen, ob es gleich nur seinen Fürsten Schande macht - Zwar hat sich der Deutsche verkaufen lassen; aber einmal wird man ihm wohl nur haben verkaufen dürfen."; vgl. MINERVA 1798 II, 11 f.
53. EUROPÄISCHE ANNALEN 1795 IV, 162.
54. DAS NEUE GRAUE UNGEHEUER 1797 St.10, 75: "Als ein wahrer Vater seiner Unterthanen nahm er [= Friedrich Wilhelm von Preußen] Guineen, und gab dafür nichts, als - Menschenblut."; KAMELEON 1799 St.3, 52, eine Inschrift "Franz dem zweyten ... der für Brittisches Gold - deutsches Blut verschwendete"; DER SCHULMEISTER IM WESTRICH 1798, 34:"... der Kaiser in diesem Krieg, erkauft mit englischem Golde, [war] weiter nichts, als die Schildwache von Pitt in London war, ..."; Angriffe gegen deutsche

- Fürsten auch: DER PATRIOTISCHE VOLKSREDNER 1796 St.9, 143 f.; DER POLITISCHE THIERKREIS 1796, 527; SCHILDWACHE 1796 St.1, 49; GEISSEL 1797 I St.4, 95 ff.; DAS ROTHE BLATT 1. Germinal Jahr 6 (21.3.1798), 121 ff.; ENGELS Hg. 1971, 30, 33, 40, 109, 110, 142, 155 und Anm. S. 193, 194 f., 207, 212, 215; vgl. VOEGLT 1955, 103 ff.
55. GENTZ 1801, 180 f.; REVOLUTIONSALMANACH 1802, 68.
 56. [SCHEPPLER] 1800, 18 f.; vgl. POLITISCHE GESPRÄCHE DER TOTTEN 8.12.1797, 792 ff.
 57. SUBSIDIENTRAKTAT ... 1800, 9 ff, 24 f., 29 ff., 38 f.; MINERVA 1800 III, 285 ff.
 58. COOKSON 1982, 55 f.; LOTTES 1979, 64. - Zu dieser Diskussion in Deutschland vor den Revolutionskriegen s. oben S. 51 mit Anm. 65 und z.B. POLITISCHES JOURNAL 1786 I, 347 ff.; DEUTSCHE MINISTERIALZEITUNG 9.2.1790, 54; 12.11.1790, 513.
 59. COOKSON 1982, 56 ff.; LOTTES 1979, 277 f. - Eine der ersten britischen Flugschriften, die die Ruinierung der englischen Handelsmacht wegen des Koalitionskrieges prophezeiten, war "Jasper Wilsons" alias Dr. James Curries "A Letter ... to the Right Hon. William Pitt" (1793), s. COOKSON 1982, 17, 64, 77. Hennings publizierte Auszüge aus dieser Schrift in: GENIUS DER ZEIT 1794 III, 442 ff.
 60. In: KANT 1914, 429 f.
 61. [KÜTTNER] 1796, 1, 14 f., 26 ff.; zu Küttner: ELSASSER 1917, 75 ff.; zur positiven Rezeption seines Werkes: POLITISCHES JOURNAL 1796 II, 1259 ff.; PATJE 1797, 25. - Zu der Diskussion über die Staatsschulden und die wirtschaftlichen Mittel Englands seit dem Beginn des ersten Koalitionskrieges z.B. : NEUES GÖTTINGISCHES HISTORISCHES MAGAZIN 1793 II, 385 ff.; ARCHENHOLTZ 1794 X, 373 ff.; FRIEDENSPRÄLIMINARIEN 1794 II, 395; POLITISCHES JOURNAL 1794 I, 561 ff.; 1796 II, 684 ff.; DAS NEUE GRAUE UNGEHEUER 1795 St.2, 60 f.; EUDÄMONIA 1795 I, 229; EUROPÄISCHE ANNALEN 1795 III, 22 ff.; NEUE DEUTSCHE MONATSSCHRIFT 1795 III, 312 ff.; NEUES JOURNAL FÜR STAATSKUNDE 1796 St.2, 158 f., 165 f.; MAGAZIN DER KUNST UND LITTERATUR 1796 I, 73 f.; NEUE HYPERBOREISCHE BRIEFE 1796, 9 f.; MINERVA 1796 IV, 367 ff., 378.
 62. Zur Sache: MACCOBY 1955, 110; ASHTON 1972, 198 f.; COOKSON 1982, 143, 158.
 63. PATJE 1797, 3 ff., 25 ff., 44 f., 76 ff., 82 f. Zu einer ähnlichen Argumentation z.B.: POLITISCHE ANNALEN 1794 VII, 425 ff.; POLITISCHES JOURNAL 1796 II, 1260 ff.; NIEMEYER 1800/1810, 227 ff.
 64. PATJE 1797, 50 ff., 57 ff.

65. BÜSCH 1797, 3 (das Zitat), 23 f., 31 ff., 34, 35 ff., 39, 46. - Zu Büsch: ROBSON-SCOTT 1953, 202 ff.; GOLLWITZER 1964, 120 f.
66. Zur Sache: MACCOBY 1955, 107 f.; s. auch POLITISCHES JOURNAL 1797 I, 253 f.; MINERVA 1797 IV, 391 (aus einer Rede von Fox); HISTORISCHES JOURNAL 1799 III, 349.
67. EUROPÄISCHE ANNALEN 1796 II, 3 ff., 102 f., 104 ff. (Morgan); 1796 III, 1 ff. (Paine); 1797 II, 34 ff., 109 ff., 247, 313; 1797 III, 178 f., 181 f., 185 ff.; vgl. HOKKANEN 1975, 98 ff. - Zu Morgan: COOKSON 1982, 57 f.
68. MAGAZIN DER EUROPÄISCHEN STAATENVERHÄLTNISSE 1797 II, 309 ff., 333 f.; s. oben S. 209.
69. Zur "Rettung" des Kredits der Bank: EUROPÄISCHE ANNALEN 1798 I, 42; MINERVA 1798 II, 253 f.; TAGEBUCH 1799 I, 48, 265; Zum Weiterleben der Bankrottspekulationen: EUROPÄISCHE ANNALEN 1798 I, 41 ff.; 1801 IV, 90 ff.; MINERVA 1798 I, 223 ff., 229 f., 233 (Paine); 1798 II, 12 ff. (Archenholtz), 131 ff., 160 (Pappenheimer); GENIUS DER ZEIT 1798 XIII, 475; 1799 XVIII, 223 f.; STAATSARCHIV 1799 IV, 6 f.; GEMÄHLDE VON EUROPA 1801, 249; NEUE POLITISCHE UNTERHALTUNGEN AM LINKEN RHEINUFER 28.2.1798; DAS ROTHE BLATT Jahr 6 (1798) Floreal, 223; vgl. GEISSEL 1797 III St.9, 297 und unten Anm. 70, 71. - Die britische Staatsschuld war i.J. 1793 248 Mill. Pf. St., i.J. 1798 428 Mill. Pf. St. und i.J. 1802 538 Mill. Pf. St., s. ENGLISH HISTORICAL DOCUMENTS 1959 XI, 578. Die Höhe der Schuld wurde in den Kriegsjahren nicht bekanntgemacht. Die deutschen Schätzungen um das Jahr 1798 variierten zwischen 400 und 500 Mill., s. z.B. EUROPÄISCHE ANNALEN 1798 I, 43; MINERVA 1798 II, 138; HISTORISCHES JOURNAL 1799 III, 13. Die Schätzungen der Jakobiner lagen wesentlich höher. Z.B. nach den Quellen von Metternich belief sich die Schuld auf 600 - 700 Mill.: NEUE POLITISCHE UNTERHALTUNGEN AM LINKEN RHEINUFER 28.2.1798.
70. GEISSEL 1799 I St.1, 75 ff., 101; 1799 II St.6, 234 ff.; RIEM 1799, 178 ff., 184 f., 196 ff., 226 f., 354 f.; TAGEBUCH 1799 I, 48 ff., 254, 261; KAMELEON 1800 St.4, 133.
71. GEISSEL 1799 II St.6, 234.
72. HISTORISCHES JOURNAL 1799 I, 177-190; 1799 III, 3-107, 143-246, 313-381; 1800 III, 408-498. - Neben Gentz führte auch Schirach eine aktive Opposition gegen die Konkursthesen und die Auffassungen von der Knappheit der wirtschaftlichen Ressourcen der Briten im Vergleich mit denen der Franzosen, s. z.B.: POLITISCHES JOURNAL 1799 I, 216 ff.; 1799 II, 1121 ff.; 1800 I, 309, 369 ff., 377; 1800 II, 659 ff., 888 f.; 1801 I, 8 ff.
73. HISTORISCHES JOURNAL 1799 III, 352 ff., 369 ff., 377; 1800 III, 460 ff.
74. Ibid. 1800 III, 465; COOKSON 1982, 59 f., 62.

75. Vgl. die Kritik von Girtanner und Gentz: POLITISCHE ANNALEN 1793 I, 203 ff.; GIRTANNER 1796 XII, 145, 160 ff.; HISTORISCHES JOURNAL 1799 II, 97 ff.; s. auch eine von Görres publizierte Satire über das Pillnitzerdokument: DAS ROTHE BLATT 1. Germinal Jahr 6 (21.3.1798), 131 f. - Die französischen Behauptungen über die Beteiligung Großbritanniens am sog. Traktat von Pavia waren in England noch im Jahre 1800 Gegenstand eines Streites zwischen der Regierung und Opposition, vgl. dazu: MINERVA 1800 I, 1 ff.; 1800 III, 193 ff.; BEN-ISRAEL 1968, 30 f.
76. MINERVA 1797 II, 192 ff., 385 ff.; 1797 III, 29 ff.; EUROPÄISCHE ANNALEN 1797 I, 153 ff.; 1797 II, 73 ff.; 1797 III, 133 ff., 231 ff.; GENIUS DER ZEIT 1797 XI, 388 ff. Erskines Schrift zitierte auch DES POLITISCHEN THIERKREISES 1798, 260 ff. Anm. Zur Sache: COOKSON 1982, 91, 147 ff., 163 ff.
77. MINERVA 1797 II, 22 ff.; 487 ff.; 1797 III, 255 ff. - Zu dieser Flugschrift: COOKSON 1982, 147, 149.
78. BESSER SPÄT ALS GAR NICHT [1797] I, 54 ff. - Zu den Anschuldigungen von Brissot: PATRIOT 1793 IV D, 4, 22.
79. Vgl. MINERVA 1797 II, 255 f., 407 f., 488, 516; 1797 III, 268 ff.; BESSER SPÄT ALS GAR NICHT [1797] II, 20 ff., 66, 94 f.
80. NEUER TEUTSCHER MERKUR 1798 März, 323 ff.; Juli, 271 ff.; MINERVA 1798 III, 287 ff., 293; 1799 III, 503 ff.
81. MARSH 1799, 4 ff., 555 ff.; s. oben Kap. IX, Anm. 121; GESCHICHTE UND POLITIK 1801 II, 391 ff.; s. auch BEN-ISRAEL 1968, 27 ff.
82. Zur Kriegsbereitschaft: HOKKANEN 1975, 144 ff., 147 ff.
83. NEUER TEUTSCHER MERKUR 1798 März, 323 ff.
84. GENIUS DER ZEIT 1798 XIII, 458, 460 f.; 1798 XIV, 195; s. Anm. 85.
85. MINERVA 1798 II, 1 ff., bes. 21 ff., vgl. 83 ff. (Dumouriez), bes. 98 f.
86. Vgl. MINERVA 1798 IV, 137 ff.; 531 ff.; 1799 I, 532 ff.; 1799 II, 385 ff., 339 f., 461 f.; 1799 III, 276 ff., 518 ff.; 1799 IV, 77 ff.; vgl. HOKKANEN 1975, 200 f.; zur Kritik: GEISSEL 1799 I St.4, 98 ff.; 1799 II St.5, 115 ff.; TAGEBUCH 1799 I, 185 f.
87. POLITISCHES JOURNAL 1798 II, 977 ff., 1013 ff., 1022, 1140 ff., 1215 ff., 1240; 1799 I, 3 ff.; REVOLUTIONSALMANACH 1799, 2 ff., 251 ff.; zur Freude der Konservativen über diesen Sieg s. auch: DER DEUTSCHE REDAKTEUR 5.10.1798, 1076 ff.; HISTORISCHES JOURNAL 1799 I, 62 ff., 176 f. - Zur politischen Bedeutung des Seesieges von Abukir z.B.: ARETIN 1980, 85; WATSON 1960, 378 ff. - Vgl. Rebmanns Kritik im OBSCURANTENALMANACH 1800, 1 f.: "Die abgelebte Koalitions-Phönix von Pillnitz ist aus

seiner Asche zu A b u k i r jezt so neu und herrlich aufgestanden, daß man den Vogel schon von weitem an seinen Federn erkennt. Seine Flüge sind nur W i e d e r h o l u n g e n . Dasselbe Benehmen, dieselben Zwecke und Schritte, dieselben Machtgebote und Justizhandlungen werden in dieser A b u k i r i a d e Statt finden und haben zum Theil schon Statt gefunden. Die ganze Emigrantenwelt hüpfet jezt so freudig empor, die Priester und die Begünstigten, die Kammerdienerschaft der Grossen, blasen von neuem in die tuba magna ihrer verjüngten Hoffnungen, als wenn es durchaus nicht mehr fehlschlagen könnte."

88. GEISSEL 1798 III St.12, 260 ff., 270 ff.; 1799 I St.1, 76 ff., 101 f.; 1799 II St.5, 128 ff.; TAGEBUCH 1799 I, 42 f., 71 ff., 271 ff.; DAS RÖTHE BLATT Jahr 6 (1798) Fruktidor, 242 ff.; RÜBEZAHL Jahr 6 (1798/1799) Brumaire, 318 ff.
89. NEUESTE STAATENKUNDE 1798 I, 327 f., 453 ff., 544 ff.; GENIUS DER ZEIT 1799 XVI, 150 ff., 156; vgl. 476 ff.; zur Kritik von Hennings an dem neuen Krieg s. auch TSCHRIRCH 1933, 421 ff. Auch Posselt schätzte die Bedeutung des Sieges von Nelson als gering ein, aber seine Einstellung zum neuen Krieg war nicht völlig negativ: EUROPÄISCHE ANNALEN 1798 IV, 133 ff.; 1799 I, 35 ff.; vgl. HOKKANEN 1975, 211 ff.
90. Z.B. RÜBEZAHL Jahr 7 (1798/1799) Brumaire, 404 f.; TAGEBUCH 1799 I, 207 f., 287, 289 ff., 338 f., vgl. 20; GEISSEL 1799 II St. 5, 128 ff.; NEUESTE STAATENKUNDE 1798 I, 453, 456 ff., 461, 545; STAATSARCHIV 1799 IV, 8; WETTERLEUCHTEN ÜBER EUROPA 1799, 5 ff., 21 f., 25 f., 30 ff., 53 ff.; zu den Bankrottprophezeiungen vgl. oben Anm. 69, 70, 71.
91. GEISSEL 1798 III St.12, 275 f., 277; 1799 I St.1, 81 ff.; TAGEBUCH 1799 I, 291 ff.
92. Vgl. GRAB 1972, 29; KAWA 1980, 335 ff., 340 ff., 375 ff., 383 f.; GARBER 1974, 201.
93. GEISSEL 1799 I St.1, 102.
94. EUROPÄISCHE ANNALEN 1800 I, 41 f.; GENIUS DER ZEIT 1800 I, 308 ff.; GESCHICHTE UND POLITIK 1800 I, 302 ff.; MINERVA 1800 III, 181 ff., 284 ff., 359 ff.; Görres, *Resultate meiner Sendung nach Paris* (1800) in: GÖRRES 1928, 600 f.; SUBSIDIENTRAKTAT ... 1800, 4 ff.; vgl. FRANKREICH 1800 I, 134 ff., 244 ff.; STROH 1914, 15 ff. - Zur Sache z.B.: MACCOBY 1955, 138 f.
95. MINERVA 1800 III, 183 f.; STAATSARCHIV 1801 V, 90.
96. NEUER TEUTSCHER MERKUR 1801 Jan., 5, vgl. 33; LONDON UND PARIS 1800 V, 235 ff., 242 ff.
97. STROH 1914, 21.
98. [SCHEPPLER] 1800, 6 ff., 13 ff., 18 f. - Die Eröffnung: HOLTZMANN/BOHATTA 1961 III, 315.

99. BÜSCH 1793, bes. 180 ff.; s. auch BÜSCH 1794, 101 f., 123 ff., 144.
100. Z.B. NEUESTE STAATSANZEIGEN 1797 I St.1, 61 f., 65 ff.; St.3, 85 ff.; 1797 II St.2, 232 ff.; MAGAZIN DER STAATSWIRTSCHAFT 1797 I, 15 f.; 1797 II, 374; FRANKREICH 1798 I, 350 f.; NEUESTE STAATENKUNDE 1798 I, 472, 544; [DOMINIKUS] 1798, S. iii ff.; vgl. RIEM 1799, 203 ff., 214 ff., 229 ff.
101. HISTORISCHES JOURNAL 1799 I, 405 f. - Das "Geschrei" gegen das britische Handelsmonopol kritisierten auch die NATIONALZEITUNG DER TEUTSCHEN 1798 St.1, 16 ff.; die GESCHICHTS- UND STAATSBLÄTTER 1798 St. 1, 21 Anm. und MARSH 1799, 601 f.
102. KELLENBENZ 1964, 21 ff., 51; s. auch FELDENKIRCHEN 1975, 200. Vgl. REVOLUTIONSALMANACH 1802, 68; HISTORISCHES JOURNAL 1799 I, 413, 416.
103. Vgl. GRAB 1966, 203 ff., 230 ff.; BIRO 1957 I, 248 ff.; II, 817 ff.; zur Kritik an den Hamburger "Anglomanen" z.B.: TAGEBUCH 1799 I, 257 f.; GEMÄHLDE VON EUROPA 1800, 362 f.; und an der Franzosenfreundlichkeit der Hansestädte: GEHEIME GESCHICHTE DER RASTADTER FRIEDENSVERHANDLUNGEN 1799 I, 378 f.
104. Zur Sache: TOOKE/NEWMARCH 1858, 100 f., 111 ff.; GRAB 1966, 231. - Der Kaffee- und Zuckerpreis waren nach der beißenden Kritik des *Revolutionsalmanach* ein wichtiger Grund für die Anglophobie in Deutschland: REVOLUTIONSALMANACH 1799, 252; 1802, 70. Dasselbe behauptete später E.M. Arndt im *Geist der Zeit* (1806), in: ARNDT s.a., 152 ff. - Zur Verbitterung durch die Wirtschaftskrise von Hamburg z.B.: GENIUS DER ZEIT 1799 XVII, 280 f.; MINERVA 1799 IV, 508 f. Auch der konservative Trenck von Tonder gab den Briten in heftiger Weise die Schuld an den Schwierigkeiten des deutschen Wirtschaftslebens: POLITISCHE GESPRÄCHE DER TODTEN 15.2.1799, 113 ff.; 10.5.1799, 305 ff.; 22.10.1799, 689 ff.; 8.11.1799, 729 ff.; vgl. d'ESTER 1936, 221 f.
105. GENIUS DES 19. JAHRHUNDERTS 1801 I, 188 f.; NATIONALZEITUNG DER TEUTSCHEN 1801, St.2, 105 ff. Zur Sache: TOOKE/NEWMARCH 1858, 108 f.
106. S. KELLENBENZ 1964, 22, 25.
107. Zum Neutralitätsbündnis z.B.: JONES 1980, 271 f.; ARETIN 1980, 92; GRAB 1973, 64 f., 71 f.; FORD 1903, 192 ff., 236 ff. - Nach der Krise traute man sich bis zu einem gewissen Grade, auch die Geschehnisse in Deutschland zu kommentieren. Die vorsichtigen Kommentare der Zeitschriften sprechen u.a. für die Auffassung, dass Preußen Hannover nur besetzt habe, um den Einzug der Franzosen in Hannover zu verhindern: NATIONALZEITUNG DER TEUTSCHEN 1801 St.6, 485 ff.; POLITISCHES JOURNAL 1802 I, 14; CORRESPONDENZ 1802 St.1, 26; vgl. SIESKE 1959, 27 ff., bes. 33; OBERSCHELP 1982 I, 18.
108. GENIUS DES 19. JAHRHUNDERTS 1801 I, 452 ff.; 1801 II, 65 ff.; 1801 III, 30 ff., 36, 129 ff.; vgl. 1801 I, 18 ff., 165 ff.

109. FEIND ENGLANDS 1801 St.1, 3 ff.; 1801 St.3, 38; 1801 St.5, 70 ff.
- Zu Meyer: GRAB 1966, 184 ff.
110. Z.B. NATIONALZEITUNG DER TEUTSCHEN 1801 St.2, 126 f., 179 ff.; 1801 St.4, 313 ff.; 1801 St.6, 488; MINERVA 1801 I, 527 ff.; 1803 II, 274 ff., 410 f.; CORRESPONDENZ 1802 St. 1, 12 f.; vgl. EUROPÄISCHE ANNALEN 1801 I, 95 ff., 215 ff.; JAHRBÜCHER DER PREUSSISCHEN MONARCHIE 1801 I, 231 f.; STROH 1914, 3 ff., 11 Anm. 18. - Auch der dänische Etatsrat Schirach verurteilte den Angriff der Briten auf Dänemark scharf, obwohl er sonst dem Neutralitätsbündnis, das die Machtpolitik Frankreichs förderte, negativ gegenüberstand: POLITISCHES JOURNAL 1801 I, 9, 10 f., 76 f., 102 f., 329 ff., 365, 634 f.; 1802 I, 6 f., 12.
111. Zur proenglischen politischen Richtung von Schirach: HAIKALA 1977, 291 ff., 226 f., 235, 244, 251 f., 259, 266; STROH 1914, 9 Anm. 15.
112. Zur politischen Lage Hannovers: FORD 1903, 86 ff.; oben Kap. V, Anm. 66. - Die Möglichkeit der Loslösung Hannovers von England wurde in der Presse u.a. im Zusammenhang mit den Friedensspekulationen der Jahre 1797-98 diskutiert, s. POLITISCHE GESPRÄCHE DER TOTTEN 9.5.1797, 301 f.; KAMELEON 1798 St.1, 45, 47 f.; MINERVA 1798 I, 224 ff.; dazu auch TSCHIRCH 1933, 340; FORD 1903, 187 Anm. 1. - Der Friede von Basel scheint bei der Einstellung des Erscheinens der *Neuen Zeitblätter* mitgewirkt zu haben, denn im Mai 1795 stellte der Herausgeber in der vorletzten Ausgabe fest, daß alles politische Schreiben wegen der Friedensgerüchte äußerst schwierig geworden war: NEUE ZEITBLÄTTER 1795 St.2, 148. - Zu den Behindernissen der öffentlichen Diskussion in Hannover im Zeitalter der französischen Revolution: HAASE 1967, 192 ff.
113. Vgl. HASE 1968, 9 ff., 69; HASE 1980/81, 279 f.; HOCKS/SCHMIDT 1975, 76; STROH 1914, 22 ff.; TSCHIRCH 1933, 416 ff., bes. 427 ff.; HOKKANEN 1975, 187 ff., bes. 195 ff.
114. HISTORISCHES JOURNAL 1799 I, 395 ff., bes. 406 ff., 431 ff.; GENTZ 1801, 178 ff.; zu dem gleichgewichtspolitischen Denken: HASE 1968, 57 ff.; HASE 1980/81, 277; GOLLWITZER 1964, 140; GOLLWITZER 1972, 329 ff.
115. GENTZ 1801, 154 ff.; zu dieser Schrift auch: HASE 1968, 10; HASE 1980/81, 278 ff.; GOLLWITZER 1972, 329 ff. - Die Broschüre *De l'état de la France à la fin de l'an VIII* des Grafen A.-M. d'Hauterive (1800), die großes Aufsehen auch in Deutschland erregte, war eine halboffizielle Stellungnahme der französischen Regierung in dem Sinne, daß die Schrift von der Veranlassung des Ministers Talleyrand geschrieben worden war, vgl. HASE 1980/81, 278; oben Anm. 27.
116. REVOLUTIONSALMANACH 1802, 66 ff. - Zu Hallers Schrift *Was ist besser, Krieg oder Frieden mit den Franzosen* (1800) s. PFISTER 1975, 56 ff.

117. Z.B. MINERVA 1801 I, 370; 1801 II, 424 f., 544 ff.; EUROPÄISCHE ANNALEN 1801 II, 140; 1801 III, 3 ff.; POLITISCHES JOURNAL 1801 II, 631 ff.; LONDON UND PARIS 1801 VIII, 73; STROH 1914, 52 ff.
118. WATSON 1960, 409 ff.; JONES 1980, 272 ff.
119. CORRESPONDENZ 1802 St.4, 230; 1802 St. 5, 322 f.; POLITISCHES JOURNAL 1802 I, 331; STROH 1914, 137 ff.
120. Z.B. nach FRANKREICH 1802 I, 305 f. hatte die Gefahr des Negeraufstandes in Westindien einen Einfluß auf die Friedensschließung gehabt; nach Schirach waren es wiederum u.a. das Trachten der Regierung von Addington nach der Volksgunst und Napoleonbewunderung des Kroprinzen: POLITISCHES JOURNAL 1802 I, 327 ff., 449. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die Staatsschuld der Briten wurden auch als Erklärungen für den Frieden gesehen, s. z.B. CORRESPONDENZ 1802 St.1, 38 ff.
121. EUROPÄISCHE ANNALEN 1802 I, 214.
122. Ibid. 1802 I, 213; STAATSARCHIV 1802 VII, 341; vgl. RHEINISCHE STAATSANZEIGEN 1802 St.1, 1; CORRESPONDENZ 1802 St.1, 33, s. auch STROH 1914, 116 ff.
123. MINERVA 1801 IV, 169 ff., 362 ff., 536 ff.; vgl. Gleims Gedicht "An das brittische Volk, als es aus seinem Friedens-Taumel zu sich selbst gekommen war", in: MINERVA 1802 I, 191 f.: "An Karthago sollst du denken/An Karthago Tag und Nacht".
124. MINERVA 1802 I, 193 ff. - Auf ähnliche Art prophezeite E.M. Arndt Großbritannien den Einbruch seiner Größe aufgrund der Kriegspolitik und des moralischen Zerfalls: ARNDT 1803, 223 ff.
125. MINERVA 1802 II, 1 ff., bes 9, 14 ff. - Dieser Artikel "Ueber die Italienische Republik und das politische Gleichgewicht" erregte großes Aufsehen in der deutschen Öffentlichkeit, s. STROH 1914, 156, Anm. 24.
126. RUOF 1915, 92; STROH 1914, 158 ff.
127. Z.B. STAATSARCHIV 1801 VI, 90; EUROPÄISCHE ANNALEN 1802 I, 213 ff.; CORRESPONDENZ 1802 St.1, 34 f., 37 f., vgl. 72 ff.; 1802 St.4, 225 f., 230 f.; POLITISCHES JOURNAL 1801 II, 1098, 1291 ff.; vgl. 1802 I, 109; dazu auch: STROH 1914, 95 ff., 114 ff., 136 ff., vgl. 188 ff. - In den Kommentaren der anglophilen Veröffentlichungen, *Politisches Journal* und *London und Paris* zum Frieden zeigte sich deshalb eine gewisse Inkonsequenz, weil die beiden Zeitschriften, obwohl sie den Frieden schließlich als schädlich für Europa und England ansahen, sich nicht den Interpretationen anschließen wollten, nach denen der Friede ein Beweis für die Schwäche Englands und für seine Unfähigkeit, sich gegen Frankreich zu verteidigen, war, vgl. LONDON UND PARIS 1801 VIII, 73 ff., 156 ff., 200, 205, 252 ff.; 1802 IX, 380, 451 f.; 1802 X, 106, 293 f., 330; POLITISCHES JOURNAL 1801 II, 1051 ff., 1291 ff.;

1802 I, 8 ff., 326 ff., vgl. STROH 1914, 123 ff., 141 ff. - Aus der Zeitschrift von Schirach ging schon im Laufe des Jahres 1802 eine tiefe Zufriedenheit über die zunehmende Kritik in England am Frieden von Amiens und über die Anzeichen für einen neuen Krieg hervor: POLITISCHES JOURNAL 1802 I, 481 ff., 492 ff.; 1802 II, 1041 f., 1242 ff. .

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

I. QUELLEN

1. Periodica

ALLGEMEINE LITERATURZEITUNG [hg. Christian Gottfried Schütz, Gottlieb Hufeland, Friedrich Justin Bertuch u.a.] Jg. 6, 7, 14, Jena 1790-91, 1798.

The ANNUAL REGISTER for the year 1795, London 1800.

ARCHENHOLTZ 1790-1799: Annalen der Brittischen Geschichte, 1788-1795. Als eine Fortsetzung des Werkes England und Italien, hg. Johann Wilhelm von Archenholtz, Bd. 1-20, Hamburg, Mannheim 1790, Hamburg 1791-95, Tübingen 1795-99.

ARCHENHOLTZ 1792/1795: Johann Wilhelm von Archenholtz, Historia om Stor-Britannien för Året 1792, Öfversättning ifrån tyskan (Carl C. Sjørwell), Stockholm 1795.

ARGOS, oder der Mann mit hundert Augen, hg. Eulogius Schneider, ab 1. Halbjahr 1794 Friedrich Buteschön, Straßburg 1792-94.

BERLINISCHE MONATSSCHRIFT, hg. Friedrich Gedike und Johann Erich Biester, ab. Bd. 17, 1791: Johann Erich Biester, Bd. 13-28, Berlin 1789-96.

BRITISCHE COMMERZ-, STAATS-, LITTERATUR- UND KUNSTNACHRICHTEN, London 10.10.1789.

BRUTUS oder der Tyrannenfeind, eine Zehntags-Schrift um Licht und Patriotism zu verbreiten, hg. Franz Theodor Biergans, Jg. 1-2, Köln Jahr 3-4 (1795)/Kraus Reprint, Nendeln 1972.

Der BÜRGERFREUND [hg. Matthias Metternich] St. 1-19, Mainz 1792-93 /Kraus Reprint, Nendeln 1976.

CHRONIK von (Christian Friedrich Daniel) Schubart, Jg. 1-2, Stuttgart 1790-91.

CORRESPONDENZ über die merkwürdigsten Begebenheiten des Zeitalters, St. 1-6, Leipzig 1802.

DEUTSCHE MINISTERIALZEITUNG [hg. Joseph von Sartori] Jg. 1-2, Nürnberg 1790-91.

DER DEUTSCHE REDAKTEUR für das Jahr 1798 [hg. Joseph von Sartori] Nürnberg 1798.

- ENGLISCHE MISCELLEN, hg. Johann Christian Hüttner, Bd. 1-9, Tübingen 1800-02.
- EUDÄMONIA oder deutsches Volksglück, ein Journal von Wahrheit und Recht [hg. Ernst August Anton von Göchhausen?, Ludwig Adolf Christian von Grolmann u. Johann August Starck] Bd. 1-6. Leipzig 1795, Frankfurt/M 1796-98, (ab Bd. 6 St. 3:) Nürnberg 1798.
- EUROPÄISCHE ANNALEN von Ernst Ludwig Posselt, Jg. 1-8, pro Jahr 4 Bde, Tübingen 1795-1802.
- Der FEIND ENGLANDS. Ein patriotisches Blatt vom Herausgeber des Neuen Menschen [= Georg Conrad Meyer] St.1-5, Flensburg 1801.
- FLIEGENDE BLÄTTER. Dem französischen Krieg und dem Revolutionswesen unserer Zeit gewidmet, Bd. 1-4, [Hannover] 1794.
- FRANKREICH im Jahre 1795-1802. Aus den Briefen Deutscher Männer in Paris [hg. Johann Friedrich Reichardt u. Peter Poel] pro Jahr 3 Bde, Altona 1795-1802.
- FRIEDENSPRÄLIMINARIEN, hg. von dem Verfasser des heimlichen Gerichts [= Ludwig Ferdinand Huber] Bd. 1-10, Berlin 1793-96.
- Die GEISSEL, hg. von Freunden der Menschheit [= Andreas Georg Friedrich Rebmann, ab Jg. 2 St.7: A.G.F. Rebmann u. Gottfried Vollmer, Jg.3, St.12: Reith] Jg.1-3, pro Jahr 12 Ste., Upsala [= Altona] 1797, Paris [= Altona, ab Jg.2 St. 7: Mainz] 1798-99/Kraus Reprint, Nendeln 1972.
- Der GENIUS DER ZEIT. Ein Journal hg. August Hennings, Bd. 1-21, Altona 1794-1800.
- Der GENIUS DES 19. JAHRHUNDERTS. Fortsetzung des Genius der Zeit, hg. August Hennings, Bd. 1-6, Altona 1801-02.
- GESCHICHTE UND POLITIK. Eine Zeitschrift, hg. K.L. Woltmann, Jg. 1-3, pro Jahr 2 Bde, Berlin 1800-02.
- GESCHICHTS- UND STAATSBLÄTTER der gegenwärtigen Zeitläufe, St. 1, Deutschland [= Leipzig] 1798.
- GIRTANNER 1791-1797: Christoph Girtanner, Historische Nachrichten und politische Betrachtungen über die Französische Revolution, Bd. 1-13, Berlin 1791-97.
- HISTORISCHES JOURNAL, hg. Friedrich Gentz, Jg. 1-2, pro Jahr 3 Bde, Berlin 1799-1800.
- HISTORISCH-POLITISCHE MONATSSCHRIFT zum Behuf der neuesten Zeitgeschichte [hg. Friedrich Leopold Brunn] St.1-3, Berlin 1794.
- HISTORISCH-POLITISCHES MAGAZIN nebst litterarischen Nachrichten, hg. Albrecht Wittenberg, Bd. 13-16, Hamburg 1793-94.

- JAHRBÜCHER DER PREUSSISCHEN MONARCHIE unter der Regierung Friedrich Wilhelm des Dritten [hg. Friedrich Eberhard Rambach] Jg. 1-3, Berlin 1798-1801.
- KAMELEON oder das Thier mit allen Farben. Eine Zeitschrift für Fürstentugend und Volksglück [hg. Andreas Georg Friedrich Rebmann] St.1-6, Kölln [= Altona] 1798-1801.
- KLIO. Eine Monatsschrift für die französische Zeitgeschichte [hg. Peter Paul Usteri] Jg. 1-2, 5 Bde, [Leipzig] 1795-96.
- Der KOSMOPOLIT, eine Monatsschrift zur Beförderung wahrer und allgemeiner Humanität [hg. Christian Daniel Voß] Bd.3, Halle 1798.
- LONDON UND PARIS [hg. Friedrich Justin Bertuch] Bd. 1-10, Weimar 1798-1802.
- MAGAZIN DER EUROPÄISCHEN STAATENVERHÄLTNISSE [hg. Joseph von Sartori] Bd. 1-2, Frankfurt u. Leipzig 1797.
- MAGAZIN DER KUNST UND LITTERATUR [hg. ab Jg. 2 Felix Franz Hofstätter] Jg. 1-5, pro Jahr 4 Bde, Wien 1793-97.
- MAGAZIN DER NEUESTEN UND MERKWÜRDIGSTEN KRIEGSBEGEBENHEITEN mit Beispielen aus der älteren Geschichte [hg. August Wilhelm von Leipziger] Bd. 1-7, Frankfurt 1794-96.
- MAGAZIN DER STAATSWIRTSCHAFT und Statistik, hg. J.D.A. Höck, Bd. 1-2, Weimar 1797.
- MAGAZIN ZUR NÄHERN KENNTNISS des physischen und politischen Zustandes von Europa und dessen auswärtigen Kolonien, hg. Friedrich Leopold Brunn, Bd. 1-3, Berlin 1792-93.
- MINERVA, ein Journal historischen und politischen Inhalts, hg. Johann Wilhelm von Archenholtz, Jg. 1-12, pro Jahr 4 Bde, Berlin 1792, ab. Jg. 1792 Bd.3: Hamburg 1792-1803.
- NATIONALZEITUNG DER TEUTSCHEN [hg. Rudolf Zacharias Becker] Jg. 1798, St. 1-3; 1801, St.1-12, Gotha 1798, 1801.
- NEUE DEUTSCHE MONATSSCHRIFT, hg. Friedrich Gentz, Bd.1-3, Berlin 1795.
- DAS NEUE GRAUE UNGEHEUER, hg. von einem Freund der Menschheit [= Andreas Georg Friedrich Rebmann] St.1 (2. Aufl. 1795), St. 2-10, Altona, Upsala [= Altona] 1795-97/ Kraus Reprint, Nendeln 1972.
- NEUE HYPERBOREISCHE BRIEFE oder politische Träumereien, Einfälle und Erzählungen aus meines Veters Brieftasche, hg. Misocolax Schmeichlerfeind [= Heinrich Würzer] St.1, Altona 1796/ Kraus Reprint, Nendeln 1976.
- NEUE KLIO. Eine Monatsschrift für die französische Zeitgeschichte, hg. Ludwig Ferdinand Huber, Jg. 1-2, 4 Bde, Leipzig 1796-97.

- NEUE POLITISCHE UNTERHALTUNGEN AM LINKEN RHEINUFER [hg. Matthias Metternich] St.1-45, Mainz 1798 / Kraus Reprint, Nendeln 1972.
- NEUER TEUTSCHER MERKUR, hg. C.M. Wieland, Jg. 1-13, pro Jahr 12 Ste, Weimar und Leipzig 1790-1802.
- DIE NEUE SCHILDWACHE, hg. [Andreas] Georg Friedrich Rebmann, Bändchen 1-3, Paris [= Altona] 1798.
- NEUES GÜTTINGISCHES HISTORISCHES MAGAZIN von C. Meiners u. L.T. Spittler, Bd. 2-3, Hannover 1793-94.
- NEUES JOURNAL FÜR STAATSKUNDE, Politik und Kameralistik, hg. Helwig Bernhard Jaup u. August Friedrich Wilhelm Crome, St. 1-2, Gießen 1793, 1796.
- NEUES PATRIOTISCHES ARCHIV für Deutschland [hg. Friedrich Carl Freiherr von Moser] Bd. 1, Mannheim u. Leipzig 1792.
- NEUESTE STAATENKUNDE. Ein Journal für Regenten und Völker [hg. Karl Julius Lange] Bd.1, Germanien [= Hof] 1798.
- NEUESTE STAATSANZEIGEN. Gesammelt und hg. von Freunden der Publizität und der Staatskunde [= Theophilus Friedrich Ehrmann] Bd.1-6, Germanien [= Hamburg] 1797-1800.
- NEUE ZEITBLÄTTER, St.1-3, Göttingen 1795.
- NIEDERSÄCHSISCHER MERKUR sehr vermischten Inhalts [hg. Frierich Wilhelm von Schütz] Bd. 1-4, Altona [= Hamburg?] 1792-93 / Kraus Reprint, Nendeln 1973.
- OBSCURANTENALMANACH auf das Jahr 1798-1800 [hg. Andreas Georg Friedrich Rebmann] Paris [= Altona] 1798-1800/ Kraus Reprint, Nendeln 1976.
- OLLA POTRIDA. Eine Vierteljahrsschrift, hg. H.A.O. Reichard, Berlin 1793-1797.
- Der PATRIOT [hg. Georg Christian Gottlob Wedekind] St.1-12, Mainz 1792-93.
- PATRIOTISCHES ARCHIV FÜR DEUTSCHLAND. Der Gottheit, den Fürsten, dem Vaterlande gewidmet von Sam. Chr. Wagener, Bd. 1-4, Berlin 1799-1802.
- DER PATRIOTISCHE VOLKSREDNER von Heinrich Würzer, Bd.1, Altona 1796/Kraus Reprint, Nendeln 1972.
- POLITISCHE ANNALEN, hg. Christoph Girtanner, Jg. 1-2, 8 Bde, Berlin 1793-94.
- POLITISCHE GESPRÄCHE DER TODTEN [hg. Moritz Flavius Trenck von Tonder] Jg.6, 7, 12, 14, [Neuwied] 1791-92, [Hamburg] 1797, 1799.

- POLITISCHES JOURNAL nebst Anzeige von gelehrten und andern Sachen, hg. von einer Gesellschaft von Gelehrten [= Gottlob Benedikt von Schirach] Jg. 1-22, pro Jahr 2 Bde, Hamburg 1781-1802.
- DES POLITISCHEN THIERKREISES oder der Zeichen unserer Zeit zweyter Theil. Fortgesetzt von Monarchomachus [= Andreas Georg Friedrich Rebmann und/oder Johann Friedrich Ernst Albrecht] Maynz J. 6 (1798).
- DER POLITISCHE THIERKREIS oder die Zeichen unserer Zeit von Huer-gelmer [= Andreas Georg Friedrich Rebmann] Strasburg [1796].
- POLITISCHE UNTERHALTUNGEN AM LINKEN RHEINUFER [hg. Matthias Metternich] St. 1-68, Bingen 1797-98/ Kraus Reprint, Nendeln 1972.
- REVOLUTIONSALMANACH von 1794-1802 [hg. Heinrich August Ottokar Reichard] Göttingen 1794-1802.
- RHEINISCHE STAATSANZEIGEN, St.1-2, Straßburg, Frankfurt, Leipzig u. Nürnberg [= Nürnberg] 1802.
- DAS ROTHE BLATT, eine Dekadenschrift (ab 1. Trim. Praireal: Monathsschrift), hg. Joseph Görres, Koblenz Jahr 6 (1798).
- Der RUBEZAHN, eine Monatsschrift, hg. Joseph Görres, Koblenz Jahr 7 (1798-99), in: Joseph Görres, Gesammelte Schriften, hg. Wilhelm Schellberg, Bd.1, Köln 1928, S. 283-548.
- SATIRISCHE BLÄTTER, hg. Janus Eremita [= Johann Christoph Gretschel] Bd. 2, Hohnstadt [= Altona] 1799.
- Die SCHILDWACHE, hg. Georg Friedrich Rebmann [ab St.3 1797; Friedrich Wilhelm von Schütz] St.1-4, Paris [= Altona] 1796-97.
- SCHLESWIGSCHES ehemals Braunschweigisches JOURNAL, hg. August von Hennings, Jg. 1-2, 6 Bde, Altona [ab 1793 Bd.1:] Flensburg 1792-93.
- STAATSARCHIV. Aufgelegt u. geordnet v. (Karl Friedrich) Häberlin, Bd. 1-8, Helmstedt u. Leipzig 1796-1802.
- STATSANZEIGEN gesammelt u. zum Druck befördert v. August Ludwig Schlözer, Bd.1-18, Göttingen 1782-93.
- THE ST. JAMES'S CHRONICLE, or the British Evening-Post 7.2.1799.
- TAGEBUCH der merkwürdigsten Weltbegebenheiten; nebst einem Commentar über die wichtigen Zeitungsartikel v. A. Riem, Bd.1, Frankenthal Jahr 7 (1799).
- DER TEUTSCHE MERKUR vom Jahre 1789, hg. C.M. Wieland, St.1-12, Weimar 1789.
- VATERLANDSCHRONIK, hg. Christian Friedrich Daniel Schubart, Stuttgart 1788-89.

WIENER ZEITSCHRIFT, hg. Leopold Alois Hoffmann, Jg.1-2, Bd. 1-6, Wien 1792-93.

2. Einzelschriften und Werkausgaben einzelner Autoren

ACHENWALL ⁷ 1790: Gottfried Achenwall, Staatsverfassung der heutigen vornehmsten Europäischen Reiche und Völker im Grundrisse, 7. verm. Ausg., Bd.1, Göttingen 1790.

[ALBRECHT] 1792: [Heinrich Christoph Albrecht] Rettung der Ehre Adolphs Freyherrn Knigge, welchen der Herr Hofrath und Ritter von Zimmermann in Hannover als deutschen Revolutionsprediger und Demokraten darzustellen versucht hat, Hamburg 1792.

[ALBRECHT] 1793: [Heinrich Christoph Albrecht] Erläuterungen über die Rechte des Menschen. Für Deutsche. Veranlaßt durch die Schrift: De Lüc in Windsor an Zimmermann in Hannover, Hamburg 1793.

ALBRECHT 1794: Heinrich Christoph Albrecht, Untersuchungen über die englische Staatsverfassung. Nach den neuesten Veranlassungen der Geschichte des Landes, T. 1-2, Lübeck, Leipzig 1794.

ARCHENHOLTZ 1785: Johann Wilhelm von Archenholtz, England und Italien, Bd. 1-2, Leipzig 1785.

ARCHENHOLTZ 1787: Johann Wilhelm von Archenholtz, England und Italien, Bd. 1-5, 2. erw. Ausg., Leipzig 1787.

[ARETIN] 1799: [Johann Christoph Freiherr von Aretin] Ein neuer Landtag, die wichtigste Angelegenheit für Baiern, [München] 1799.

ARNDT 1803: Ernst Moritz Arndt, Germanien und Europa (1803). Kulturpolitische Schriftenreihe, H.1, hg. Ernst Anrich, Stuttgart s.a.

ARNDT s.a.: Ernst Moritz Arndt, Werke, hg. Wilhelm Steffens, Bd.6, Berlin s.a.

BAHRDT 1791: Carl Friedrich Bahrdt, Geschichte seines Lebens, seiner Meinungen und Schicksale. Von ihm selbst geschrieben, T.3, Berlin 1791.

[BENZEL-STERNAU] 1795: [Carl Christian Ernst Graf von Benzel-Sternau] Briefe über den Frieden, Erfurt [Frankfurt/M?] 1795.

BESSER SPÄT ALS GAR NICHT. Unpartheyische Musterung von Wilhelm Pitt's des jüngern brittischer Staatsadministration während des Krieges wider Frankreich, nach Gründen der Verantwortlichkeit; nebst flüchtigen Bemerkungen über die zween ersten Feldzüge der Britten; zur vollständigen Erläuterung von Herrn Pitt's neuer Methode, stufenweise zu erobern, T. 1-2, s.l. [1797].

BLACKSTONE ⁸ 1778: William Blackstone, Commentaries on the Laws of England, 8th. edn, vol.3, Oxford 1778.

- BOULAY 1799: [Antoine-Jacques-Claude] Boulay de la Meurthe, Ueber die Ursachen des Umsturzes der ehemaligen Republik in England, als ein Vorbild derer, welche den Fall der jetzigen Republik in Frankreich nach sich ziehen werden, Paris [Wien] im VII Jahre der Republik 1799.
- [BRANDES] 1786: [Ernst Brandes] Ueber den politischen Geist Englands, in: Berlinische Monatsschrift 1786, Bd. 7, S. 101-126, 217-241, 293-323.
- BRANDES 1792: Ernst Brandes, Ueber einige bisherige Folgen der Französischen Revolution in Rücksicht auf Deutschland, Hannover 1792.
- BUSCH 1793: Johann Georg Büsch, Über die durch den jetzigen Krieg veranlaßte Zerrüttung des Seehandels und deren insbesondere für den deutschen Handel zu befürchtende böse Folgen, Hamburg 1793.
- BUSCH 1794: Johann Georg Büsch, Nachtrag zu seiner Abhandlung über die durch den jetzigen Krieg veranlaßte Zerrüttung des Seehandels und deren insbesondere für den deutschen Seehandel zu befürchtende böse Folgen, Hamburg 1794.
- BUSCH 1797: Johann Georg Büsch, John Bull der jüngere, oder: über die neuesten Vorfälle mit der Londoner Bank, und die daraus entstandenen Besorgnisse in Ansehung der britischen Finanzen, Hamburg 1797.
- BURKE 1790/³1965: Edmund Burke, Reflections on the revolution in France and on the proceedings in certain societies in London relative to that event (1790), ed. by William B. Todd, 3rd. edn, New York/London 1965.
- BURKE/GENTZ ²1794: Edmund Burke, Betrachtungen über die Französische Revolution. Nach dem Englischen des Herrn Burke neubearbeitet mit einer Einleitung, Anmerkungen, politischen Abhandlungen und einem critischen Verzeichniß der in England über diese Revolution erschienenen Schriften von Friedrich Gentz, T. 1-2, Neue Aufl., Berlin 1794.
- COLQUHOUN 1800-1802: P. Colquhoun, Ueber Londons Polizey, besonders in Bezug auf Verbesserungen und Verhütungsmittel der Verbrechen. Nebst einem Anhang ähnlichen Inhalts im Auszüge aus Briefen. Aus dem Englischen übersetzt und mit einigen Erläuterungen versehen von J.W. Volkmann, Bd. 1-2, Leipzig 1800-1802.
- COOPER 1801: Georg Cooper, Briefe über den neuesten Zustand von Irland nebst einer Apologetischen Schilderung des Catholicismus in England. Zur Beurteilung der nothwendigen Emancipation und politischen Gleichstellung der Katholiken in dem unierten Königreich. Aus dem Englischen hg. H.E.G. Paulus, Jena 1801.
- CRANZ 1790: [August Friedrich] Cranz, Ein Wort zur Beherzigung den Fürsten und Herren Deutschlands gewidmet von Cranz, Germania 1790.

- DECKEN 1802: F. von der Decken, Versuch über den Englischen Nationalcharacter, Hannover 1802.
- DE LOLME 1775: J.L. De Lolme, The Constitution of England or an account of the English Government; In which it is compared with the Republican Form of Government, and occasionally with the other Monarchies in Europe, London 1775.
- DE LÜC 1792: [Jean André De Luc] De Lüc in Windsor an Zimmermann in Hannover. Aus dem Französischen übersetzt [J.G. von Zimmermann], Leipzig 1792.
- [DOMINIKUS] 1798: [Jakob Dominikus] Landung der Franzosen in England!! oder Frage: Was wird Frankreich ohne Beihülfe der europäischen Hauptseemächte wider England vermögen? Beantwortet aus dem Geschichte und den wechselseitigen See- und politischen Verhältnissen dieser Staaten. Ein Auszug aus Systeme maritime et politique des Européens pendant le dixhuitieme siècle par Arnould, Erfurt 1798.
- ETWAS ÜBER DIE KLUBBS UND KLUBBISTEN IN TEUTSCHLAND, und was dabei Rechtens ist, s.l. 1793.
- FILANGIERI ²1788: Caietan Filangieri, System der Gesetzgebung, Bd.1, Aus dem Italienischen des Ritters C.- F.-, 2. verb. Aufl., Ansbach 1788.
- [FISCHER] 1792: [Christian August Fischer] Die Constitutionen, oder Frankreich und England in Parallele. Ein historisches Fragment, Leipzig 1792.
- FORSTER 1791/1958: Georg Forster, Ansichten vom Niederrhein, von Brabant, Flandern, Holland, England und Frankreich im April, Mai und Junius 1790 (1791). Georg Forsters Werke, hg. von der Deutschen Akademie zu Berlin, Bd.9, Berlin 1958.
- FRAGMENTE ÜBER DEUTSCHLANDS FRIEDE mit Frankreich. Aus dem Portefeuille eines nach Basel im November 1794 durch Frankfurt reisenden Ministers verloren. Mit einigen Anmerkungen und einer Vorrede des Herausgebers, Frankfurt und Leipzig im September 1795.
- DER FRANZÖSISCHE SOLDAT AN DEN DEUTSCHEN BAUERSMANN, Straßburg 1800.
- GEHEIME GESCHICHTE DER RASTADTER FRIEDENSVERHANDLUNGEN in Verbindung mit den Staathändeln dieser Zeit. Von einem Schweitzer [C.U.D. von Eggers] T.1, Germanien [Zürich] 1799.
- GEMÄHLDE VON EUROPA. Im letzten Jahre des 18. Jahrhunderts entworfen von Hippolytus a Lapide dem Jüngern, Bd. 1-2, Berlin, Leipzig, Gera 1801.

- GENTZ 1801: Friedrich Gentz, Von dem politischen Zustande von Europa vor und nach der Französischen Revoluzion. Eine Prüfung des Buches: De l'état de la France à la fin de l'an VIII, H.I,2, Berlin 1801.
- GÖRRES 1928: Joseph Görres, Gesammelte Schriften, hg. Wilhelm Schellberg, Bd.1, Köln 1928.
- GOETHE 1786/1961: Johann Wolfgang Goethe, Italienische Reise (1786). Mit einem Nachwort von Hans Mayer, Berlin 1961.
- HASSEL 1792: F.W. von Hassel, Briefe aus England, Hannover 1792.
- HAMBURGISCHE DENKWÜRDIGKEITEN. Ein topographisch-politisch-historisches Handbuch für Einheimische und Fremde, Hamburg 1794.
- HENNINGS 1783: August Hennings, Philosophische und statistische Geschichte des Ursprungs und des Fortgangs der Freiheit in England. Nach Hume, Blackstone und andern bewährten Quellen gearbeitet, Kopenhagen 1783.
- [HENNING] 1792: [August Hennings] Ein Wort der Mässigung an Europa, s.l. 1792.
- HERDER 1953: Johann Gottfried Herder, Werke in zwei Bänden, hg. Karl-Gustav Gerold, Bd.1, München 1953.
- HERDER III:2, V:2: Johann Gottfried Herder, Werke, hg. Joseph Kürschner, Bd.3, Abt.2, Bd. 5, Abt. 2, Stuttgart s.a.
- HUMBOLDT 1960: Wilhelm von Humboldt, Werke in fünf Bänden, hg. Andreas Flitner u. Klaus Giel, Bd.1, Darmstadt 1960.
- HUME 1882: David Hume, The Philosophical Works, ed. by Thomas Hill Green and Thomas Hodge Grose in four volumes, vol.3, Reprint of the new edition, London 1882/Darmstadt 1964.
- KANT 1798: Immanuel Kant, Der Streit der Facultäten in drey Abschnitten, Königsberg 1798.
- KANT 1798/1869: Immanuel Kant, Anthropologie in pragmatischer Hinsicht (1798), hg. J.H. von Kirchmann, Berlin 1869.
- KANT 1914: Immanuel Kant, Werke, hg. Ernst Cassirer, Bd.4, Berlin 1914.
- KING/KÖNIG ⁵1748: John King (= Johann König), the true English Guide for the Germans. First published by J.K. But now reprinted the fifth Time, with many useful Additions and Corrections, Leipzig 1748.
- KLOPSTOCK 1854: Friedrich Gottlieb Klopstock, Sämmtliche Werke, Bd.4, Leipzig 1854.

- [KNESEBECK] 1794: [Karl Friedrich Freiherr von Knesebeck] Europa in Bezug auf den Frieden, eine Rede des Abts Sieyes, London im December Frankfurt 1794.
- [KÜTTNER] 1796: [Karl Gottlob Küttner] Ueber den ökonomischen und politischen Zustand von Großbritannien zu Anfange des Jahres 1796. Von dem Verfasser der Beyträge zur nähern Kenntniß besonders des Innern von England, Leipzig [1796].
- [LA ROCHE] 1788: [Sophie von La Roche] Tagebuch einer Reise durch Holland und England von der Verfasserin von Rosaliens Briefen, Offenbach am Main 1788.
- LICHTENBERG 1801: Georg Christoph Lichtenberg, Vermischte Schriften, hg. Ludwig Christian Lichtenberg u. Friedrich Kries, Bd. 2, 3, Göttingen 1801.
- MACKINTOSH 1793: Jakob (= James) Mackintosh, Vertheidigung der französischen Revolution und ihrer Bewunderer in England gegen die Anschuldigungen des Herrn Burke; nebst abgerissenen Bemerkungen über das letzte Werk des Herrn von Calonne. Nach dem zweyten Auflage aus dem Englischen übersetzt [von F.L. Brunn], Hamburg 1793.
- MALLET DU PAN 1794: J. Mallet du Pan, Ueber die französische Revolution und die Ursachen ihrer Dauer. Uebersetzt mit einer Vorrede und Anmerkungen von Friedrich Gentz, Berlin 1794.
- MALLET DU PAN 1799: J. Mallet du Pan, Zerstörung des Schweitzer-Bundes und der Schweitzer-Freyheit; ein historisches Versuch. Aus dem Französischen (übersetzt von J.G. Dyk), Bd. 1-2, Leipzig 1799.
- MARSH 1799: Herbert Marsh, Historische Uebersicht der Politik Englands und Frankreichs von der Zeit der Conferenz zu Pillnitz bis zur Kriegserklärung gegen England durchaus auf authentischen Actenstücken, welche sorgfältig angeführt sind, begründet von Herbert Marsh. Nebst einigen Bemerkungen über die Fortsetzung des Kriegs, Leipzig 1799.
- MEINERS 1794: C. Meiners, Ueber wahre, unzeitige und falsche Aufklärung und deren Wirkungen, Hannover 1794.
- MÖSER 1842: Justus Möser, Sämmtliche Werke, Neu geordnet B.R. Abeken, T.5, Berlin 1842.
- MONTAGU 1769: E.W., Montagu, Betraktelser Öfwer Fordna Fria Samhälens Upkomst och Fall, Lämpade til Englands närwarande tilstånd. Ifrån Engelskan öfversatte. Stockholm 1769.
- MONTESQUIEU 1748/1958: [Charles de Secondat, Baron de la Brede et de] Montesquieu, De l'esprit des lois (1748), Oeuvres complètes, T.2, Texte présenté et annoté par Roger Caillois, Paris 1958.

- MOUNIER 1801: J.J. Mounier, Ueber den vorgeblichen Einfluß der Philosophen, Freymaurer und Illuminaten auf die französische Revolution. Aus dem französischen Handschrift übersetzt und mit erläuternden Anmerkungen des Uebersetzers begleitet, Tübingen 1801.
- NATIONALVERSAMMLUNG 1791: Der von der sogenannten Nationalversammlung der französischen Geistlichkeit vorgeschriebene Eid nach seinen innern und äußerlichen Gründen betrachtet von einem Freund der Wahrheit, Augsburg 1791.
- NEMNICH 1800: P.A. Nemnich, Beschreibung einer im Sommer 1799 von Hamburg nach und durch England geschehenen Reise, Tübingen 1800.
- NICOLAI 1773/1938: Friedrich Nicolai, Das Leben und die Meinungen des Herrn Magister Sebalduß Nothanker (1773), hg. Fritz Brüggemann, Deutsche Literatur ... in Entwicklungsreihen, Reihe 14, Bd.15, Leipzig 1938.
- NIEMEYER 1800/1810: F.G. Niemeyer, Ueber die Ursachen des Englischen Nationalreichthums und über die Aussichten, dieser Reichthum zu behaupten (1800), 2. verb. Aufl., Berlin 1810.
- [OELSNER] 1797: [Konrad Engelbert Oelsner] Luzifer oder gereinigte Beiträge zur Geschichte der französischen Revolution, Bd.1 [Leipzig] 1797.
- PAINE 1791/1951: Thomas Paine, The Rights of Man (1791), Introduction by Georg Jakob Holyoake, Clinton Mass. 1951.
- PATJE 1797: [Christian Ludwig Albrecht] Patje, Ueber den Englischen Nationalcredit. Ein Wort für den gegenwärtigen Augenblick, Von dem Cammermeister und Commerzrath Patje im März 1797, Hannover.
- REHBERG 1793: August Wilhelm Rehberg, Untersuchungen über die Französische Revolution nebst kritischen Nachrichten von den merkwürdigen Schriften, welche darüber in Frankreich erschienen sind, T. 1-2, Hannover, Osnabrück 1793.
- REHBERG 1803: August Wilhelm Rehberg, Ueber den deutschen Adel, Göttingen 1803.
- RIEM 1799: Andreas Riem, Reisen durch Deutschland, Holland, Frankreich und England in verschiedener, besonders politischer Hinsicht in den Jahren 1785, 1795, 1796 und 1797, Bd.5, Deutschland [Leipzig] 1799.
- [RIESBECK] 1783/1967: [Johann Kaspar Riesbeck] Briefe eines reisenden Franzosen über Deutschland an seinen Bruder zu Paris, Zürich 1783, hg. u. bearb. von Wolfgang Gerlach, Stuttgart 1967.
- ROUSSEAU 1762/1960: J.-J. Rousseau, Du contrat social ou principes du droit politique (1762), Editions Garnier Frères, Paris 1960.

- SCHAEFFER 1794: Jacob Christian Gottlieb Schaeffer, Briefe auf einer Reise durch Frankreich, England, Holland und Italien in den Jahren 1787 und 1788 geschrieben, Bd.2, Regensburg 1794.
- [SCHEPPLER] 1800: [Franz Jos. Carl Scheppler] Prüfung der Äußerung Bonaparte's über die aufgeklärtesten Nationen in Europa, Von einem teutschen Patriotén, Teutschland [Frankfurt] 1800.
- SCHLÜZER 1793: August Ludwig Schlözer, Allgemeines Statsrecht und Statsverfassungslere, Göttingen 1793.
- SCHÜTZ 1792: Friedrich Wilhelm von Schütz, Briefe über London. Ein Gegenstück zu des Herrn von Archenholtz England und Italien, Hamburg 1792.
- DER SCHULMEISTER IM WESTRICH. Das Gegenstück von dem Aufruf an die Kurpfälzischen Bewohner des linken Rheinufer, Germanien [Straßburg] 1798, Im 6. Jahre der einen und unzertheilbaren Frankenrepublik.
- SCHULZE 1787: J.M.F. Schulze, England nebst dessen ostindischen Besitzungen. Ein englisch-geographisches Lesebuch... T.2, Halle 1787.
- SENDSCHREIBEN DES ALTEN WELTBÜRGERS SYRACH an Frankreichs Nationalconvent enthaltend eine Prüfung der Rede, welche Boissy d'Anglas in der Conventsitzung vom 30. Jan. 1795 über das wahre Intresse der Coalisirten Mächte und über die Grundlinien eines dauerhaften Friedens gehalten hat. Aus dem Französischen übersetzt [geschr. v. Karl Georg Gottfried Glave?], Sarmatien [Frankfurt] 1795.
- SIEYES 1789/1924: Emmanuel Sieyès, Was ist der dritte Stand? (1789), übers. u. eingel. v. Otto Brandt, Berlin 1924.
- SIEYES 1796: Emmanuel Sieyes, Politische Schriften vollständig gesammelt von dem deutschen Uebersetzer nebst zwei Vorreden über Sieyes' Lebensgeschichte, seine politische Rolle, seinen Charakter, seine Sitten etc., Bd.2, [Leipzig] 1796.
- [SONNENFELS] 1793: [Joseph von Sonnenfels] Betrachtungen eines österreichischen Staatsbürgers an seinen Freund. Veranlaßt durch das Schreiben des Hrn v. M⁺ an Hrn Abbé Sabatier über die französische Republik, Wien 1793.
- SONNENFELS 1801: Joseph von Sonnenfels, Ueber die Stimmenmehrheit bey Kriminalurtheilen, Wien 1801.
- SPITTLER 1827, 1828, 1837: Ludwig Timotheus Freiherr von Spittler, Sämmtliche Werke, hg. Karl Wächter, Bd. 3,5,14, Stuttgart, Tübingen 1827, 1828, 1837.
- [STRASSER] 1797: [E.A.C. Strasser] Franzosen! packt in Deutschland ein, und geht nach London! oder werdet Spartaner! Germanien [Hildburghausen] 1797.

SUBSIDIENTRAKTAT ... 1800: Bemerkungen über die Subsidentraktat Baierns mit England, Germanien [= Lübeck] 1800.

TOZE 1779: E. Toze, Einleitung zur allgemeinen und besondern europäischen Staatskunde, T. 1-2, Bützow, Wismar 1779.

[VAUGHAN] 1794: [Benjamin Vaughan] Briefe über das Fürstenbündniß zur Theilung von Pohlen und Frankreich. Von einem stillen Beobachter. Aus dem Englischen übersetzt, mit Anmerkungen zur Erläuterung und Berichtigung, Cölln [Zürich], bey seel. Peter Hammers Erben, 1794.

[WENDEBORN] 1780: [Gebhard Friedrich August Wendeborn], Beyträge zur Kenntniß Großbritanniens vom Jahr 1779. Aus der Handschrift eines Ungenannten hg. Georg Forster, Lemgo 1780.

WENDEBORN 1785: Gebhard Friedrich August Wendeborn, der Zustand des Staats, der Religion, der Gelehrsamkeit und der Kunst in Großbritannien gegen Ende des 18. Jahrhunderts, T.1, Berlin 1785.

Das WETTERLEUCHTEN UBER EUROPA am Ende des Jahrhunderts gesehen im Jahr 1788. Aus des Papieren eines verstorbenen Geistesehers [Christian Friedrich Schubart]. Mit beyläufigen Anmerkungen und Zusätzen, Maltha u. Cairo [Düsseldorf] 1799.

WIELAND 1799: C.M. Wieland, Gespräche unter vier Augen (1799). Sämmtliche Werke, Bd. 31, Leipzig 1799.

WILHELM PITTS des jüngern VERKEHRTE MINISTERSTREICHE, Bd.1-3, [übers. v. Christian August Wichmann] Cölln [Zürich] bey sel. Peter Hammers Erben, 1795-1797.

YOUNG 1793: Arthur Young, Ueber Großbritanniens Staatswirtschaft, Policy und Handlung. Aus dem Englischen übersetzt und mit einer Einleitung, auch einigen Anmerkungen, Sr. Großbrit. Maj. Deutsche Staaten betreffend; vermehret von Friedrich Arnold Klockenbring, Gotha 1793.

3. Quellensammlungen

DÜLMEN Hg. ²1977: Der Geheimbund der Illuminaten, hg. Richard van Dülmen, 2. Aufl., Stuttgart-Bad Cannstatt 1977.

ENGELS Hg. 1971: Gedichte und Lieder deutscher Jakobiner, hg. Hans-Werner Engels, Stuttgart 1971.

ENGLISH HISTORICAL DOCUMENTS, ed. by A. Aspinall and E. Anthony Smith, vol. 11, London 1959.

ERLER Hg. 1975: Wanderschaften und Schicksale, Reisebilder von Goethe bis Chamisso, hg. Gotthard Erler, Rostock 1975.

- GARBER Hg. 1974: Revolutionäre Vernunft. Texte zur jakobinischen und liberalen Revolutionsrezeption in Deutschland 1789-1810, hg. Jörn Garber, Regensburg 1974.
- GARBER Hg. 1976: Kritik der Revolution, Theorien des deutschen Frühkonservatismus 1790-1810, hg. Jörn Garber, Bd.1: Dokumentation, Darmstadt 1976.
- GRAB Hg. 1973: Leben und Werke norddeutscher Jakobiner, hg. Walter Grab, Stuttgart 1973.
- HANSEN Hg. 1931-38: Quellen zur Geschichte des Rheinlandes im Zeitalter der Französischen Revolution 1780-1801, hg. Joseph Hansen, Bd. 1-4, Bonn 1931-1938.
- KÖRNER Hg. 1972: Wiener Jakobiner, hg. Alfred Körner, Stuttgart 1972.
- KUHN Hg. 1978: Linksrheinische deutsche Jakobiner. Aufrufe, Reden, Protokolle, Briefe und Schriften 1794-1801, hg. Axel Kuhn, Stuttgart 1978.
- STEWART Hg. ⁵1965: A Documentary Survey of the French Revolution (1951), ed. by Johan Hall Stewart, 5th pr., New York 1965.
- WILLIAMS Hg. 1960: The Eighteenth-Century Constitution, 1688-1815, Documents and Commentary, ed. by E. Neville Williams, Cambridge 1960.

II. HILFSMITTEL UND DARSTELLUNGEN

1. Hilfsmittel

- ADB 1875-1912: Allgemeine Deutsche Biographie, redigiert v. R.v. Liliencron und F.X.v. Wegele, Bd. 1-56, Leipzig 1875-1912.
- BARBIER 1963: Ant.-Alex. Barbier, Dictionnaire des Ouvrages Anonymes, 3. éd., revue et augmentée par Olivier Barbier et Paul Billard, Tome 1-4, Paris 1872-1879/Nachdruck Hildesheim 1963.
- BWD 1974-1975: Biographisches Wörterbuch zur Deutschen Geschichte, bearb. von Karl Bosl, Günther Franz, Hanns Hubert Hofmann, 2. Aufl., Bd. 1-3, München 1974-1975.
- DBF 1933- : Dictionnaire de Biographie Française, sous la direction de J. Balteau, M. Barroux et M. Prevost, tome 1- , Paris 1933-.
- DNB 1917-1950: The Dictionary of National Biography. Founded in 1882 by Georg Smith, vol. 1-22, Oxford 1917-1950.

- HALKETT/LAING 1926-1962: Dictionary of Anonymous and Pseudonymous English Literature (Samuel Halkett and John Laing), new and enlarged ed. by James Kennedy, W.A. Smith and A.F. Johnson, vol. 1-9, Edinburgh 1926-1962.
- HAMBERGER/MEUSEL 1795-1834: Georg Christoph Hamberger, Das gelehrte Teutschland oder Lexikon der jetzt lebenden teutschen Schriftsteller. Fortgesetzt von Johan Georg Meusel, Bd. 1-24, 4. und 5. Ausgabe, Lemgo 1795-1834.
- HOLZMANN/BOHATTA 1961: Michael Holzmann und Hanns Bohatta, Deutsches Anonymen-Lexikon 1501-1926, Bd.1-7, Nachdruck der Ausgabe Weimar 1902-28, Hildesheim 1961.
- KIRCHNER 1969: Bibliographie der Zeitschriften des deutschen Sprachgebietes bis 1900, bearbeitet v. Joachim Kirchner, Bd.1, Stuttgart 1969.
- NBG 1963-1969: Nouvelle Biographie Générale depuis les temps les plus reculés jusqu'à 1850-60, publiée par Firmin Didot Frères, tome 1-46, Paris 1857-1866, Reprint Copenhague 1963-1969.
- NDB 1953- : Neue Deutsche Biographie, hg. von der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 1-, Berlin 1953-.
- WELLER 1864: Emil Weller, Die falschen und fingirten Druckorte, Bd.1-2, 2. Aufl., Leipzig 1864.

2. Darstellungen

- ACOMB 1950: Francis Acomb, Anglofobia in France 1793-1789. An Essay in the History of Constitutionalism and Nationalism, Durnham 1950.
- ADLER-BRESSE 1977: Marcelle Adler-Bresse, Sieyes et le monde allemande, vol.1, Lille/Paris 1977.
- AGETHEN 1979: Manfred Agethen, Mittelalterlicher Sektentypus und Illuminatenideologie. Ein Versuch zur geistesgeschichtlich-soziologischen Einordnung des Illuminatenbundes, in: Geheime Gesellschaften, hg. Peter Christian Ludz, Heidelberg 1979, S. 121-150.
- ANDREEVA 1947: Violetta Andreeva, Friedrich von Gentz, Herausgeber und Mitarbeiter von Zeitungen und Zeitschriften, Diss., Wien 1947. (MS)
- ANSTEY 1975: Roger Anstey, The Atlantic Slave Trade and British Abolition 1760-1810, London 1975.
- ARETIN 1967: Karl Otmar Frhr. von Aretin, Heiliges Römisches Reich 1766-1806. Reichsverfassung und Staatssouveränität, Bd.1, Wiesbaden 1967.
- ARETIN 1974: Karl Otmar Frhr. von Aretin, Einleitung zu: Der Aufgeklärte Absolutismus, hg. v. dems., Köln 1974, S. 11-51.

- ARETIN 1976: Karl Otmar Frhr. von Aretin, Bayerns Weg zum souveränen Staat. Landstände und konstitutionelle Monarchie 1714-1818, München 1976.
- ARETIN 1980: Karl Otmar Frhr. von Aretin, Vom Deutschen Reich zum Deutschen Bund, Göttingen 1980.
- ASQUITH 1978: Ivon Asquith, The structure, ownership and control of the press, 1780-1855, in: Newspaper History from the seventeenth century to the present day, ed. by George Boyce, James Curran, Pauline Wingate, London 1978, S. 98-116.
- ASHTON 1972: T.S. Ashton, An Economic History of England: The 18th Century, London 1972.
- AYLING 1966: S.E. Ayling, The Georgian Century 1714-1837, Bristol 1966.
- BECHTEL 1952: Heinrich Bechtel, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Vom Beginn des 16. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, München 1952.
- BEN-ISRAEL 1968: Hedva Ben-Israel, English Historians on the French Revolution, Cambridge 1968.
- BIRO 1957: Sydney Seymour Biro, The German Policy of Revolutionary France. A Study in French Diplomacy during the War of the First Coalition 1792-1797, Bd.1-2, Cambridge Mass., 1957.
- BIRTSCH 1972: Günther Birtsch, Freiheit und Eigentum. Zur Erörterung von Verfassungsfragen in der deutschen Publizistik im Zeichen der Französischen Revolution, in: Eigentum und Verfassung. Zur Eigentumsdiskussion im ausgehenden 18. Jahrhundert, hg. Rudolf Vierhaus, Göttingen 1972, S. 179-192.
- BLAICHER 1968: Günther Blaicher, England als das 'klassische Land des Selbstmords' im 18. Jahrhundert, in: AfK, Bd.50, 1968, S. 276-288.
- BLUM 1978: Jerome Blum, The End of the Old Order in Rural Europe, Princeton, N.J. 1978.
- BLUMER 1953: Herbert Blumer, The Mass, the Public and Public Opinion, in: Reader in Public Opinion and Communication. Ed. by Bernard Berelson, Morris Janowitz. Enlarged edition, Glencoe 1953, S. 43-49.
- BÜCKENFÜRDE 1978: Ernst-Wolfgang Böckenförde, Der Übergang von der Corpus-/Mechanismusvorstellung zu Organisation und Organismus, in: Geschichtliche Grundbegriffe, hg. Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck, Bd.4, Stuttgart 1978, S. 561-587.
- BONNO 1931: Gabriel Bonno, La Constitution Britannique devant l'opinion Française de Montesquieu à Bonaparte, Paris 1931.

- BRAUN 1980: Hans-Joachim Braun, Die Sozietäten in Leipzig und Karlsruhe als Vermittler englischer ökonomisch-technischer Innovationen, in: Deutsche patriotische und gemeinnützige Gesellschaften, hg. Rudolf Vierhaus, München 1980, S. 241-254.
- BRAUNE 1917: Frieda Braune, Edmund Burke in Deutschland. Ein Beitrag zur Geschichte des historisch-politischen Denkens, Heidelberg 1917.
- BUSSMANN 1958: Walter Bussmann, Zur Geschichte des Deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert, in: HZ, Bd.186, 1958, S. 527-557.
- CANNON 1973: John Cannon, Parliamentary Reform 1640-1832, Cambridge 1973.
- CHRISTERN 1939: Hermann Christern, Deutscher Ständestaat und Englischer Parlamentarismus am Ende des 18. Jahrhunderts, München 1939.
- CLARK ²1955: Georg Clark, The Later Stuarts 1660-1714, 2nd edn, Oxford 1955.
- COBBAN ²1960: Alfred Cobban, Edmund Burke and the Revolt against the Eighteenth Century. A Study of the Political and Social Thinking of Burke, Wordsworth, Coleridge and Southey, 2nd edn, London 1960.
- CONRAD 1961: Hermann Conrad, Rechtsstaatliche Bestrebungen im Absolutismus Preußens und Österreichs am Ende des 18. Jahrhunderts, Köln/Opladen 1961.
- CONZE/REINHART 1975: Werner Conze - Helga Reinhart, Fanatismus, in: Geschichtliche Grundbegriffe, hg. Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck, Bd.2, Stuttgart 1975, S. 303-327.
- COOKSON 1982: J.E. Cookson, The Friends of Peace. Anti-war Liberalism in England 1793-1815, Bristol 1982.
- DANN 1975: Otto Dann, Gleichheit, in: Geschichtliche Grundbegriffe, hg. Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck, Bd.2, Stuttgart 1975, S. 997-1046.
- DARMSTADT 1971: Rolf Darmstadt, Der deutsche Bund in der zeitgenössischen Publizistik, Frankfurt/M 1971.
- DAVISON 1968: W. Phillips Davison, Public Opinion, Introduction, in: International Encyclopedia of the Social Sciences, ed. by David L. Sills, vol. 13, s.l. 1968, S. 188-196.
- DEDIEU 1909: Joseph Dedieu, Montesquieu et la tradition politique anglaise en France, Paris 1909.
- DEINET 1981: Klaus Deinet, Konrad Engelbert Oelsner und die Französische Revolution. Geschichtserfahrung und Geschichtsdeutung eines deutschen Girondisten, München 1981.

- DERRY 1962: John W. Derry, William Pitt, London 1962.
- d'ESTER 1936: Karl d'Ester, Das politische Elysium oder die Gespräche der Todten am Rhein, Neuwied am Rhein 1936.
- d'ESTER 1940: Karl d'Ester, Archenholz, Johann Wilhelm von, in: Handbuch der Zeitungswissenschaft, hg. Walther Heide, Bd.1, Leipzig 1940, S. 239-241.
- DIPPEL 1972: Horst Dippel, Deutschland und die Amerikanische Revolution. Sozialgeschichtliche Untersuchung zum politischen Bewußtsein im ausgehenden 18. Jahrhunderts, Köln 1972.
- DIPPEL 1978: Horst Dippel, Germany and the American Revolution 1770-1800. A Sociohistorical Investigation of Late Eighteenth-Century Political Thinking. Translated by B.A. Uhlenhof, Wiesbaden 1978.
- DOTZAUER 1977: Winfried Dotzauer, Freimaurergesellschaften am Rhein. Aufgeklärte Sozietäten auf dem linken Rheinufer vom Ausgang des Ancien Régime bis zum Ende der napoleonischen Herrschaft, Wiesbaden 1977.
- DROZ 1949: Jacques Droz, L'Allemagne et la Révolution française, Paris 1949.
- DROZ 1955: Jacques Droz, Deutschland und die Französische Revolution, Wiesbaden 1955.
- ELSASSER 1917: Robert Elsasser, Über die politischen Bildungsreisen der Deutschen nach England (vom 18. Jahrhundert bis 1815), Heidelberg 1917.
- ENGELSING 1973: Rolf Engelsing, Zur Sozialgeschichte deutscher Mittel- und Unterschichten, Göttingen 1973.
- EPSTEIN 1966: Klaus Epstein, The Genesis of German Conservatism, Princeton, N.J. 1966.
- ESKOLA 1978: Seikko Eskola, Suomi välikappaleena ulkomaisessa lehdistödebatissa 1900-luvulla, (in:) Historiallinen Arkisto 71, (hg. von:) Suomen Historiallinen Seura, Forssa 1978, S. 149-160.
- FÄLT 1982: Olavi K. Fält, Eksotismista realismiin. Perinteinen Japanin -kuva Suomessa 1930-luvun murroksessa, Rovaniemi 1982.
- FEHN 1979: Ernst-Otto Fehn, Zur Wiederentdeckung des Illuminatenordens. Ergänzende Bemerkungen zu Richard van Dülmens Buch, in: Geheime Gesellschaften, hg. Peter Christian Ludz, Heidelberg 1979, S. 231-264.
- FEHRENBACH 1981: Elisabeth Fehrenbach, Vom Ancien Régime zum Wiener Kongreß, München/Wien 1981.
- FELDENKIRCHEN 1975: W.P. Feldenkirchen, Der Handel der Stadt Köln im 18. Jahrhundert (1700-1814), Inaugural-Diss., Bonn 1975.

- FENSKE 1975: Hans Fenske, Gewaltenteilung, in: Geschichtliche Grundbegriffe, hg. Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck, Bd.2, Stuttgart 1975, S. 923-958.
- FINK 1974: Gonthier-Louis Fink, Wieland und die Französische Revolution, in: Deutsche Literatur und Französische Revolution. Sieben Studien von Richard Brinkmann ..., Göttingen 1974, S. 5-38.
- FORD 1903: Guy Stanton Ford, Hanover and Prussia 1795-1803. A Study in Neutrality, New York/London 1903.
- FRITZ 1952: Wolfgang Fritz, England zu Beginn der Französischen Revolution in der Schilderung Deutscher Reisenden, Diss., Halle 1952. (MS)
- FURET 1980: François Furet, 1789 - Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft. Übers. v. Tamara Schoenbaum-Holtermann in Zusammenarbeit mit Dieter Groh, Frankfurt (Main)/Berlin/Wien 1980.
- FÜRST 1928: Friederike Fürst, August Ludwig von Schlözer, ein deutscher Aufklärer im 18. Jahrhundert, Heidelberg 1928.
- GAGLIARDO 1980: John G. Gagliardo, Reich and Nation. The Holy Roman Empire as Idea and Reality, 1763-1806, Bloomington/London 1980.
- GALL 1975: Lothar Gall, Liberalismus und "bürgerliche Gesellschaft". Zu Charakter und Entwicklung der liberalen Bewegung in Deutschland, in: HZ Bd. 220, 1975, S. 324-356.
- GALLINGER 1900: Herbert P. Gallinger, Die Haltung der deutschen Publizistik zu dem amerikanischen Unabhängigkeitskriege 1775-1783, Leipzig 1900.
- GARBER 1974: Jörn Garber, Ideologische Konstellationen der jakobinischen und liberalen Revolutionsrezeption in Deutschland (1790-1810), Nachwort zu: Revolutionäre Vernunft. Texte zur jakobinischen und liberalen Revolutionsrezeption in Deutschland 1789-1810, hg. von dems., Regensburg 1974, S. 170-236.
- GERTEIS 1971: Klaus Gerteis, Bildung und Revolution. Die deutschen Lesegesellschaften am Ende des 18. Jahrhunderts, in: AfK, Bd.53, 1971, S. 127-139.
- GERTH 1935: Hans Gerth, Die sozialgeschichtliche Lage der bürgerlichen Intelligenz um die Wende des 18. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Soziologie des deutschen Frühliberalismus, Frankfurt/M 1935.
- GODECHOT ²1965: Jacques Godechot, Les révolutions (1770-1799) 2^e éd., Paris 1965.
- GOLDFRIEDRICH 1909: Johann Goldfriedrich, Geschichte des Deutschen Buchhandels vom Beginn der klassischen Litteraturperiode bis zum Beginn der Fremdherrschaft (1740-1804), Leipzig 1909.

- GOLLWITZER ²1964: Heinz Gollwitzer, Europabild und Europagedanke. Beiträge zur deutschen Geistesgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, 2. Aufl., München 1964.
- GOLLWITZER 1972: Heinz Gollwitzer, Geschichte des weltpolitischen Denkens, Bd. 1, Göttingen 1972.
- GOODWIN 1979: Albert Goodwin, The Friends of Liberty. The English democratic movement in the age of the French revolution, London 1979.
- GRAB 1966: Walter Grab, Demokratische Strömungen in Hamburg und Schleswig-Holstein zur Zeit der ersten französischen Republik, Hamburg 1966.
- GRAB 1970: Walter Grab, Eroberung oder Befreiung? Deutsche Jakobiner und die Franzosenherrschaft im Rheinland 1792-1799, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 10, 1970, S. 7-94.
- GRAB 1973: Walter Grab, Die deutschen Jakobiner, in: Leben und Werke norddeutscher Jakobiner, hg. von dems., Stuttgart 1973, S. 1-72.
- GRASSL 1968: Hans Graßl, Aufbruch zur Romantik. Bayerns Beitrag zur deutschen Geistesgeschichte 1765-1785, München 1968.
- GRASSL 1979: Hans Graßl, Tragende Ideen der illuminatisch-jakobinischen Propaganda und ihre Nachwirkungen in der deutschen Literatur, in: Geheime Gesellschaften, hg. Peter Christian Ludz, Heidelberg 1979, S. 335-366.
- GROTH 1948: Otto Groth, Die Geschichte der deutschen Zeitungswissenschaft. Probleme und Methoden, München 1948.
- HAACKE 1968: Wilmont Haacke, Die politische Zeitschrift 1665-1965, Bd. 1, Stuttgart 1968.
- HAACKE 1970: Wilmont Haacke, Publizistik und Gesellschaft, Stuttgart 1970.
- HAASE 1967: Carl Haase, Obrigkeit und öffentliche Meinung in Kurhannover 1789-1803, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Bd. 39, 1967, S. 192-294.
- HABERMAS ⁶1974: Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, 6. Aufl., Neuwied/Berlin 1974.
- HAFERKORN 1974: Hans J. Haferkorn, Zur Entstehung der bürgerlich-literarischen Intelligenz und des Schriftstellers in Deutschland zwischen 1750 und 1800, in: Literaturwissenschaft und Sozialwissenschaften 3, Stuttgart 1974, S. 113-275.
- HAIKALA 1977: Sisko Haikala, Saksan poliittisen aikakauslehdistön asennoitumisen Isoon-Britanniaan vuosina 1793-1802. Yleisen historian lisensiaatintyö, Jyväskylän yliopisto 1977. (MS)

- HAMMERSTEIN 1972: Notker Hammerstein, Jus und Historie. Ein Beitrag zur Geschichte des historischen Denkens an deutschen Universitäten im späten 17. und im 18. Jahrhundert, Göttingen 1972.
- HANDBUCH DER WELTPRESSE 1970: Handbuch der Weltpresse, Bd.1, hg. vom Institut der Publizistik der Universität Münster, Köln/Opladen 1970.
- HASE 1968: Alexander v. Hase, Friedrich (von) Gentz: "Von dem politischen Zustande von Europa vor und nach der Französischen Revolution (1801)." Analyse und Interpretation, s.l. 1968.
- HASE 1980/1981: Alexander von Hase, Im Zeichen wachsender Gefahr. Friedrich (v.) Gentz als Verteidiger der alten Mächte und Kritiker ihres Systems (1801-1805), in: AfK Bd. 63/63, 1980/1981, S. 271-300.
- HILD 1932: Jochim Hild, August Hennings. Ein schleswig-holsteinischer Publizist um die Wende des 18. Jahrhunderts, Erlangen 1932.
- HOCKS/SCHMIDT 1975: Paul Hocks/Peter Schmidt, Literarische und politische Zeitschriften 1789-1805, Stuttgart 1975.
- HÖLZLE 1925: Erwin Hölzle, Die Idee einer altgermanischen Freiheit vom 16. - 18. Jahrhundert, München/Berlin 1925.
- HOKKANEN 1970: Kari Hokkanen, Rauhankysymys Saksan päivänpoliittisessa kirjallisuudessa Baselin ja Lunévilien rauhantekeiden välisenä aikana v. 1795-1801. Yleisen historian lisensiaatintyö, Jyväskylän yliopisto 1970. (MS)
- HOKKANEN 1975: Kari Hokkanen, Krieg und Frieden in der politischen Tagesliteratur zwischen Baseler und Lunéviller Frieden (1795-1801), Jyväskylä 1975.
- HOLLANDER ³1969: Edwin P. Hollander, Principles and Methods of Social Psychology, 3rd edn, New York 1969.
- HORN 1967: David Bayne Horn, Great Britain and Europe in the 18th Century, Oxford 1967.
- JÄGER 1970: Hans-Wolf Jäger, Politische Kategorien in Poetik und Rhetorik der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, Stuttgart 1970.
- JANSSEN 1982: Wilhelm Janssen, Krieg, in: Geschichtliche Grundbegriffe, hg. Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck, Bd.3, Stuttgart 1982, S. 567-615.
- JONES 1980: J.R. Jones, Britain and the World 1649-1815, Suffolk 1980.
- JULKU 1965-1969: Kyösti Julku, Die revolutionäre Bewegung im Rheinland am Ende des 18. Jahrhunderts, Bd. 1-2, Helsinki 1965-1969.
- JUVA 1957: Mikko Juva, Aatehistorian tavoitteista ja menetelmistä, in: HAik 1957/4, S. 285-295.

- KAWA 1980: Rainer Kawa, Georg Friedrich Rebmann (1768-1824). Studien zu Leben und Werke eines deutschen Jakobiners, Bonn 1980.
- KEIR ⁶1961: David Lindsay Keir, The Constitutional History of Modern Britain since 1485, 6th edn, London 1969.
- KELLENBENZ 1964: Hermann Kellenbenz, Der deutsche Außenhandel gegen Ausgang des 18. Jahrhunderts, in: Die wirtschaftliche Situation in Deutschland und Österreich um die Wende von 18. zum 19. Jahrhundert, hg. F. Lütge, Stuttgart 1964, S. 4-60.
- KELLY 1921: John Alexander Kelly, England and the Englishman in German Literature of the Eighteenth Century, New York 1921.
- KEMILÄINEN 1956: Aira Kemiläinen, Auffassungen über die Sendung des deutschen Volkes um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts, Helsinki 1956.
- KEMILÄINEN 1975: Aira Kemiläinen, Patriotismi käsitteenä ja asenteena saksalaisessa ajattelussa valistuksesta romantiikkaan, (in:) Historiallinen Arkisto 70, (hg. von:) Suomen Historiallinen Seura, Helsinki 1975, S. 61-84.
- KIRCHNER ²1958-1962: Joachim Kirchner, Das deutsche Zeitschriftenwesen. Seine Geschichte und seine Probleme, Bd.1, 2.Aufl., Bd.2, Wiesbaden 1958-1962.
- KLIPPEL 1976: Diethelm Klippel, Politische Freiheit und Freiheitsrechte im deutschen Naturrecht des 18. Jahrhunderts, Paderborn 1976.
- KOSELLECK 1959/1973: Reinhart Koselleck, Kritik und Krise. Eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt (1959), Baden-Baden 1973.
- KOSELLECK 1967: Reinhart Koselleck, Richtlinien für das "Lexikon politisch-sozialer Begriffe der Neuzeit", in: Archiv für Begriffsgeschichte, Bd. 11, 1967, S. 81-99.
- KRAMNICK 1977: Isaac Kramnick, The Rage of Edmund Burke. Portrait of an Ambivalent Conservative, New York 1977.
- KRAUSS 1963: Werner Krauss, Studien zur deutschen und französischen Aufklärung, Berlin 1963.
- KROKER 1971: Werner Kroker, Wege zur Verbreitung technologischer Kenntnisse zwischen England und Deutschland in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, Berlin 1971.
- KRÜGER 1931: Gustav Krüger, Die Eudämonisten. Ein Beitrag zur Publizistik des ausgehenden 18. Jahrhunderts, in: HZ, Bd.143, 1931, S. 467-500.
- KURRELMAYER 1923: W. Kurrelmeyer, Wieland's Teutscher Merkur and Contemporary English Journals, in: Publications of the Modern Language Association of America, vol. 38, 1923, S. 869-886.

- LANGEWIESCHE 1980: Dieter Langewiesche, Republik, konstitutionelle Monarchie und "soziale Frage". Grundprobleme der deutschen Revolution von 1848/49, in: HZ, Bd. 230, 1980, S. 529-548.
- LEFEBVRE ³1963: Georges Lefebvre, La Révolution Française, 3^e éd., Paris 1963.
- LENK 1969: Leonhard Lenk, Das Modell England in der bayerischen Verfassungsdiskussion zwischen 1770 und 1818, in: Gesellschaft und Herrschaft. Forschungen zu sozial- und landesgeschichtlichen Problemen vornehmlich in Bayern. Eine Festgabe für Karl Bosl zum 60. Geburtstag, München 1969, S. 271-299.
- LINDEMANN 1969: Margot Lindemann, Deutsche Presse bis 1815, Berlin 1969.
- LOTTE 1979: Günther Lottes, Politische Aufklärung und plebejisches Publikum. Zur Theorie und Praxis des englischen Radikalismus im späten 18. Jahrhunderts, München/Wien 1979.
- MACCOBY 1955: S. Maccoby, English Radicalism 1786-1832. From Paine to Cobbet, London 1955.
- MAIER 1972: Hans Maier, Demokratie, in: Geschichtliche Grundbegriffe, hg. Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck, Bd.1, Stuttgart 1972, S. 854-873.
- MANICAS 1981: Peter T. Manicas, Montesquieu and the Eighteenth Century Vision of the State, in: History of Political Thought, vol. II, No. 2, June 1981, S. 313-347.
- MARSCHALCK 1973: Peter Marschalk, Deutsche Überseewanderung im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1973.
- MARTIN ³1962: Kinsley Martin, French Liberal Thought in the Eighteenth Century. A Study of Political Ideas from Bayle to Condorcet, 3rd edn, London 1962.
- MATHESON 1930: P.E. Matheson, German Visitors to England 1770-1795 and their Impressions, Oxford 1930.
- MAYER 1931: Annelise Mayer, England als politisches Vorbild und sein Einfluß auf die politische Entwicklung in Deutschland bis 1830, Endingen 1931.
- MC CLELLAND 1971: Charles E. Mc Clelland, The German Historians and England. A Study in Nineteenth-Century Views, Cambridge 1971.
- MOMMSEN 1978: Wolfgang J. Mommsen, Der deutsche Liberalismus zwischen "klassenloser Bürgergesellschaft" und "organisiertem Kapitalismus", zu einigen neueren Liberalismusinterpretationen, in: Geschichte und Gesellschaft 1978/1, S. 77-90.

- MÜHLPFORDT 1980: Günther Mühlpfordt, Lesegesellschaften und bürgerliche Umgestaltung. Ein Organisationsversuch des deutschen Aufklärers Bahrdt vor der Französischen Revolution, in: ZfG 1980/8, S. 730-751.
- MUNCKER 1918-1925: Franz Muncker, Anschauungen vom englischer Staat und Volk in der deutschen Literatur der letzten vier Jahrhunderte, Bd. 1: Von Erasmus bis zu Goethe und den Romantikern, München 1918, Bd. 2: Von Pückler-Muskau bis zu den Jungdeutschen, München 1918-1925.
- NEUMÜLLER 1973: Michael Neumüller, Liberalismus und Revolution. Das Problem der Revolution in der deutschen liberalen Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts, Düsseldorf 1973.
- NOELLE 1960: Elisabeth Noelle, Die Wirkung der Massenmedien, in: Publizistik Jg.5, 1960, S. 212-222.
- OBERSCHELP 1982: Reinhard Oberschelp, Niedersachsen 1760-1820. Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur im Land Hannover und Nachbargebieten, Bd. 1-2, Hildesheim 1982.
- O'GORMAN 1967: F. O'Gorman, The Whig Party and the French Revolution, Glasgow 1967.
- OMASREITER 1982: Ria Omasreiter, Travels through the British Isles. Die Funktion des Reiseberichts im 18. Jahrhundert, Heidelberg 1982.
- OPPEL 1971: Horst Oppel, Englisch-deutsche Literaturbeziehungen, Bd. 1, Berlin 1971.
- PALLISTER ²1972: Anne Pallister, Magna Carta. The Heritage of Liberty, 2 edn., Oxford 1972.
- PALMER 1959-1964: R.R. Palmer, The Age of Democratic Revolution. A Political History of Europe and America, 1760-1800, vol. 1-2, Princeton, N.J. 1959-1964.
- PARES 1967: Richard Pares, King George III and the Politicians, London 1967.
- PARRY 1974: Geraint Parry, Aufgeklärte Regierung und ihre Kritiker im Deutschland des 18. Jahrhunderts, in: Der Aufgeklärte Absolutismus, hg. K.O. Frhr. von Aretin, Köln 1974, S. 163-179.
- PFISTER 1975: Christoph Pfister, Die Publizistik Karl Ludwig von Hallers in der Frühzeit 1791-1815, Frankfurt/M 1975.
- PISCHKE 1935: Hildegard Pischke, Die englische Industrierevolution im Spiegel der deutschen Reisebeschreibungen 1780-1825, Inaugural Diss., Breslau 1935.
- POPKIN 1980: Jeremy D. Popkin, The Right-Wing Press in France, 1792-1800, Chapel Hill 1980.

- PRÜSENER 1972: Marlies Prüsener, Lesegesellschaften im 18. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Lesergeschichte, Frankfurt/M 1972.
- RAUMER s.a.: Kurt von Raumer, Deutschland um 1800. Krise und Neugestaltung 1789-1800. Handbuch der deutschen Geschichte, Bd 3:1, Konstanz s.a.
- REILL 1975: Peter Hans Reill, The German Enlightenment and the Rise of Historicism, Berkeley 1975.
- REIN 1970: Gustav Adolf Rein, Der Deutsche und die Politik. Betrachtungen zur Geschichte der Deutschen Bewegung bis 1848, Göttingen 1970.
- REINALTER 1981: Helmut Reinalter, Der Jakobinismus in Mitteleuropa. Eine Einführung, Stuttgart 1981.
- RIEDEL 1972: Manfred Riedel, Bürger, in: Geschichtliche Grundbegriffe, hg. Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck, Bd.1, Stuttgart 1972, S. 672-725.
- RIGGERT 1934: Ellen Riggert, Die Zeitschrift "London und Paris" als Quelle englischer Zeitverhältnisse um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts, Göttingen 1934.
- RITTER 1972: Gerhard A. Ritter, Parlament und Demokratie in Großbritannien, Göttingen 1972.
- ROBERTS 1972: J.M. Roberts, The Mythology of the Secret Societies, Suffolk 1972.
- ROBSON-SCOTT 1953: W.D. Robson-Scott, German Travellers in England 1400-1800, Oxford 1953.
- ROGALLA VON BIEBERSTEIN 1979: Johannes Rogalla von Bieberstein, Geheime Gesellschaften als Vorläufer politischer Parteien, in: Geheime Gesellschaften, hg. Peter Christian Ludz, Heidelberg 1979, S. 429-460.
- ROSENBERG 1974: Hans Rosenberg, Die Überwindung der monarchischen Autokratie (Preußen), in: Der Aufgeklärte Absolutismus, hg. K.O. Frhr. von Aretin, Köln 1974, S. 182-204.
- RUFF 1934: Edith Ruff, Jean Louis De Lolme und sein Werk über die Verfassung Englands, Berlin 1934.
- RUOF 1915: Friedrich Ruof, Johann Wilhelm von Archenholtz. Ein deutscher Schriftsteller zur Zeit der französischen Revolution und Napoleons (1741-1812), Berlin 1915.
- RUPPERT 1981: Wolfgang Ruppert, Bürgerlicher Wandel. Studien zur Herausbildung einer nationalen Deutschen Kultur im 18. Jahrhundert, Frankfurt/M 1981.

- SALOMON 1900-1902: Ludvig Salomon, Geschichte des Deutschen Zeitungswesens von den ersten Anfängen bis zur Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches, Bd.1-2, Oldenburg/Leipzig 1900-1902.
- SAUDER 1974: Gerhard Sauder, Empfindsamkeit, Bd.1: Voraussetzungen und Elemente, Stuttgart 1974.
- SCHALK ²1977: Fritz Schalk, Studien zur französischen Aufklärung, 2. Aufl., Frankfurt/M 1977.
- SCHEEL 1962: Heinrich Scheel, Süddeutsche Jakobiner. Klassenkämpfe und republikanische Bestrebungen im deutschen Süden Ende des 18. Jahrhunderts, Berlin 1962.
- SCHEEL 1966: Heinrich Scheel, Deutscher Jakobinismus und deutsche Nation. Ein Beitrag zur nationalen Frage im Zeitalter der Großen Französischen Revolution, Berlin 1966.
- SCHEEL 1970: Heinrich Scheel, Probleme der deutsch-französischen Beziehungen 1789-1830, in: ZfG 1970/2, S. 163-177.
- SCHINDLER 1979: Norbert Schindler, Aufklärung und Geheimnis im Illuminatenorden, in: Geheime Gesellschaften, hg. Peter Christian Ludz, Heidelberg 1979, S. 203-229.
- SCHLENKE 1963: Manfred Schlenke, England und das friderizianische Preußen 1740-1763. Ein Beitrag zum Verhältnis von Politik und öffentlicher Meinung in England des 18. Jahrhunderts, Freiburg 1963.
- SCHLENKE 1978: Manfred Schlenke, England blickt nach Europa: Das konfessionelle Argument in der englischen Politik um die Mitte des 18. Jahrhunderts, in: Aspekte der deutsch-britischen Beziehungen im Laufe der Jahrhunderte, hg. P. Kluge, P. Alter, Stuttgart 1978, S. 24-25.
- SCHLUMBOHM 1975: Jürgen Schlumbohm, Freiheit. Die Anfänge der bürgerlichen Emanzipationsbewegung in Deutschland im Spiegel ihres Leitwortes (ca. 1760 - ca. 1800), Düsseldorf 1975.
- SCHNEIDER 1966: Franz Schneider, Pressefreiheit und politische Öffentlichkeit. Studien zur politischen Geschichte Deutschlands bis 1848, Neuwied/Berlin 1966.
- SCHOEPS 1973: Hans-Joachim Schoeps, Völkerpsychologie im Sprichwort, in: Publizistik als Gesellschaftswissenschaft. Internationale Beiträge, hg. H. Koschwitz, G. Pötter, Konstanz 1973, S. 383-389.
- SCHRÖDER 1969: Konrad Schröder, Die Entwicklung des englischen Unterrichts an deutschsprachigen Universitäten bis zum Jahre 1850. Mit einer Analyse zu Verbreitung und Stellung des Englischen als Schulfach an den deutschen höheren Schulen im Zeitalter des Neuhumanismus, Ratingen 1969.

- SCHULZE 1977: Winfried Schulze, Theoretische Probleme bei der Untersuchung vorrevolutionärer Gesellschaften, in: Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 3, 1977, S. 55-74.
- SEGEBERG 1974: Harro Segeberg, Literarischer Jakobinismus in Deutschland. Theoretische und methodische Überlegungen zur Erforschung der radikalen Spätaufklärung, in: Literaturwissenschaft und Sozialwissenschaften 3, Stuttgart 1974, S. 509-568.
- SHEEHAN 1973: James J. Sheehan, Liberalism and Society in Germany 1815-48, in: Journal of Modern History, vol. 45, 1973, S. 583-604.
- SIESKE 1959: Günter Sieske, Preußen im Urteil Hannovers 1795-1806. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Publizistik in Niedersachsen, Hildesheim 1959.
- STANZEL 1974: Franz Karl Stanzel, Der literarische Aspekt unserer Vorstellungen vom Charakter fremder Völker, in: Anzeiger der österreichischen Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-Historische Klasse, 1974/4, S. 63-82.
- STERN 1928: Alfred Stern, Der Einfluß der Französischen Revolution auf das deutsche Geistesleben, 1 u. 2. Aufl., Stuttgart/Berlin 1928.
- STEWART 1978: William E. Stewart, Die Reisebeschreibung und ihre Theorie im Deutschland des 18. Jahrhunderts, Bonn 1978.
- STROH 1914: Wilhelm Stroh, Das Verhältnis zwischen Frankreich und England in den Jahren 1801-1803 im Urteil der politischen Literatur Deutschlands, Berlin 1914.
- STUKE 1972: Horst Stuke, Aufklärung, in: Geschichtliche Grundbegriffe, hg. Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck, Bd.1, Stuttgart 1972, S. 243-342.
- THOMAS 1959: Peter D.G. Thomas, The Beginning of Parliamentary Reporting in Newspapers, 1768-1774, in: EHR, vol. 74, 1959, S. 623-636.
- TIAINEN 1971: Jorma Tiainen, Napoleon und das napoleonische Frankreich in der öffentlichen Diskussion des 'dritten Deutschland' 1797-1806, Jyväskylä 1971.
- TOOKE/NEWMARCH 1858: Th. Tooke - W. Newmarch, Die Geschichte und Bestimmung der Preise während der Jahre 1793-1857. Deutsch und mit Zusätzen versehen von C.W. Asher, Bd.1, Dresden 1858.
- TREUE 1951: Wilhelm Treue, Adam Smith in Deutschland. Zum Problem des "Politischen Professors" zwischen 1776 und 1810, in: Deutschland und Europa. Festschrift für Hans Rothfels, Düsseldorf 1951, S. 101-133.
- TSCHIRCH 1933-1934: Otto Tschirch, Geschichte der öffentlichen Meinung in Preußen vom Baseler Frieden bis zum Zusammenbruch des Staates 1795-1806, Bd. 1-2, Weimar 1933-1934.

- UHLIG 1965: Ludvig Uhlig, Georg Forster, Einheit und Mannigfaltigkeit in seiner geistigen Welt, Tübingen 1965.
- ULBRICHT 1980: Otto Ulbricht, Englische Landwirtschaft in Kurhannover in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, Berlin 1980.
- VALJAVEC 1951: Fritz Valjavec, Die Entstehung der politischen Strömungen in Deutschland 1770-1815, München 1951.
- VEHMAS 1970: Raino Vehmas, Lehdistööppi, Porvoo 1970.
- VIERHAUS 1965: Rudolf Vierhaus, Montesquieu in Deutschland. Zur Geschichte seiner Wirkung als politischer Schriftsteller im 18. Jahrhundert, in: Collegium Philosophicum, Studien Joachim Ritter zum 60. Geburtstag, Basel/Stuttgart 1965, S. 403-437.
- VIERHAUS 1967: Rudolf Vierhaus, Politisches Bewußtsein in Deutschland vor 1789, in: Der Staat, Bd.6, 1967, S. 175-196.
- VOEGT 1955: Hedwig Voegt, Die deutsche jakobinische Literatur und Publizistik 1789-1800, Berlin 1955.
- VOGEL 1972: Ursula Vogel, Konservative Kritik an der bürgerlichen Revolution. August Wilhelm Rehberg, Darmstadt 1972.
- WALDER 1974: Ernst Walder, Aufgeklärter Absolutismus und Staat. Zum Staatsbegriff der aufgeklärten Despoten, in: Der Aufgeklärte Absolutismus, hg. K.O. Frhr. von Aretin, Köln 1974, S. 123-136.
- WALDRICH 1973: Hans-Peter Waldrich, Der Staat. Das deutsche Staatsdenken seit dem 18. Jahrhundert, München 1973.
- WALLER 1961: Sture M. Waller, Historisk opinionsundersökning och tidningsforskning, in: Historisk Tidsskrift, vol. 81, 1961, S. 249-288.
- WANGERMANN ²1969: Ernst Wangermann, From Joseph II to the Jacobin Trials. Government Policy and Public Opinion in the Habsburg Dominions in the Period of the French Revolution, 2nd edn, Oxford 1969.
- WATSON 1960: J. Steven Watson, The Reign of Georg III 1760-1815, Oxford 1960.
- WEIGAND 1976: Kurt Weigand, Einleitung, in: Montesquieu, Vom Geist der Gesetze, eingeleitet, ausgewählt u. übersetzt von dems., Stuttgart 1976, S. 3-85.
- WENDE 1978: Peter Wende, Vernunft und Tradition in der englischen Staatslehre der frühen Neuzeit, in: HZ, Bd. 226, 1978, S. 317-348.
- WENGER 1979: Klaus Rudolf Wenger, Preußen in der öffentlichen Meinung Frankreichs 1815-1870, Politische Aspekte des französischen Preußenbildes; ein Beitrag zur historischen Analyse nationaler Urteilsklischees, Göttingen/Frankfurt (Main)/Zürich 1979.

- WESTON 1960: Corinne Comstock Weston, The Theory of Mixed Monarchy under Charles I and After, in: EHR, vol. 75, 1960, S. 426-443.
- WEYERGRAF 1972: Bernd Weyergraf, Der skeptische Bürger. Wielands Schriften zur Französischen Revolution, Stuttgart 1972.
- WRIGHT 1933: Benjamin F. Wright, Jr., The Origins of the Separation of Powers in America, in: Economica, vol.13, 1933, S. 169-185.
- ZIEHEN 1922: Eduard Ziehen, Die deutsche Schweizerbegeisterung in den Jahren 1750-1815, Frankfurt/M 1922.
- ZIMMERMANN 1940: Fritz Zimmermann, Bayerische Verfassungsgeschichte vom Ausgang der Landschaft bis zur Verfassungsurkunde von 1818. Ein Beitrag zur Auseinandersetzung Deutschlands mit den Ideen der französischen Revolution und Restauration, Bd.1, München 1940.
- ZWICKEL 1972: Brigitte Zwickel, Der europäische Nationalcharakter in den moralischen Wochenschriften des frühen 18. Jahrhunderts, Inaugural Diss., Graz 1972. (MS)

PERSONENREGISTER

Den Namen der deutschen Autoren sind knappe Erläuterungen beigegeben, soweit sie in den allgemein zugänglichen Hilfsmitteln (insbesondere Hamberger/Meusel, ADB, NDB) zu ermitteln waren.

- Achenwall, Gottfried, 1719-72, Prof. der Politik in Göttingen, 74.
- Ackermann, Ernst Wilhelm, 1761-1835, Jurist, weimar. Beamter, 276.
- Addington, Henry, 227, 308.
- Albrecht, Heinrich Christoph, 1763-1800, Lehrer, radikaldem. Publizist in Hamburg, 120, 121-131, 236, 261.
- Albrecht, Johann Friedrich Ernst, 1752-1814, Arzt, radikaldem. Publizist in Altona, 284.
- Alfred der Große, König von England, 123.
- Anne, Königin von Großbritannien, 77, 265.
- Antonius, Marcus, 45.
- Archenholtz, Johann Wilhelm von, 1743-1812, preuß. Offizier, später liber. Publizist in Hamburg, Hg. der *Minerva* u. der *Annalen der Britischen Geschichte*, 37, 46-47, 48, 51, 52, 58, 60-61, 62, 64-65, 92, 111, 120, 163, 164, 167, 171, 179, 181, 185, 186, 188, 189, 211, 217, 218, 219, 221, 228-229, 256, 270, 277, 283, 284, 285, 286, 303.
- Arétin, Johann Christoph von, 1773-1824, bayer. Historiker und Publizist, 276.
- Aristoteles, 252.
- Arndt, Ernst Moritz, 1769-1860, Dichter und Historiker, 306, 308.
- Arnould, Ambroise-Marie, 205.
- Aspasia, 138.
- Bacon, Francis, 41.
- Bahrdt, Karl Friedrich, 1741-1792, Theologe, radikal. Schriftsteller in Halle, 57, 156, 164, 257.
- Ball, John, 122.
- Barruel, Augustin, 161, 164.
- Bechtold, Friedrich, 165.
- Becker, Rudolf Zacharias, 1752-1822, Buchhändler in Gotha, konservat. Hg. der *Nationalzeitung der Deutschen*, 283.
- Benzel-Sternau, Karl Christian Ernst von, 1767-1849, kurmainz. Regierungsrat, Pamphletist, 194.
- Berlepsch, Emilie von, 1757-1831, Schriftstellerin, 194.
- Bertuch, Friedrich Justin, 1747-1822, liberal. Verleger in Weimar, Hg. von *London und Paris*, 35, 164, 178.
- Biergans, Franz Theodor Matthias, 1768-1848, Priester, jakobin. Hg. des *Brutus* in Köln, 167.
- Blackstone, William, 40, 102, 215, 256.
- Blumhofer, Maximilian, 1759-1835, Lehrer, jakobin. Publizist im Rheinlande, 289.
- Böttiger, Karl August, 1769-1835, Pädagoge in Weimar, liberal. Mithg. von *Neuem Teutschem*

- Merkur u. London und Paris*, 164, 178, 179, 219, 221, 291, 300.
- Boissy d'Anglas, François Antoine, 98, 205.
- Bonaparte, Napoleon, 27, 221, 222.
- Boulay de la Meurthe, Antoine-Jacques-Claude, 273.
- Bourdon, Leonhard, 162, 283.
- Brandes, Ernst, 1758-1810, hannover. Beamter, konservat. Publizist, 33, 37, 45, 49-50, 52, 68, 73, 75, 77, 78, 82-83, 86, 87, 251, 253, 257, 262.
- Brissot, Jean Pierre, 217.
- Brunn, Friedrich Leopold, geb. 1758, Berliner Lehrer, konservat. Hg. des *Magazin zur nähern Kenntniß des physischen und politischen Zustandes von Europa u. der Historisch-politischen Monatsschrift zum Behuf der neuesten Zeitgeschichte*, 112-113, 118, 260, 269, 270.
- Büsch, Johann Georg, 1728-1800, Volkswirt in Hamburg, liberal. Publizist, 214, 222.
- Burke, Edmund, 37, 61, 67, 68-69, 70-71, 74, 77, 80, 81, 84, 85, 86, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 97, 103, 108, 110, 122, 123, 125, 126, 131, 154, 173, 175, 188, 234, 262, 294.
- Bute, John Stuart, 200.
- Caesar, Julius, 45.
- Campe, Joachim Heinrich, 1746-1818, Pädagoge, liberal. Schriftsteller in Braunschweig, 64, 65.
- Chatham, William Pitt, Earl of, 172.
- Chauvelin, Marquis de, 217.
- Colloredo, Rudolf Joseph von, 259.
- Colquhoun, Patrick, 116.
- Cooper, Georg, 288.
- Cranz, August Friedrich, 1737-1801, Berliner Publizist, 248.
- Cromwell, Oliver, 62, 124, 259, 273.
- Currie, James, 302.
- Decken, Friedrich von der, 1769-1840, hannover. Offizier, 185, 193-194.
- De Lolme, Jean Louis, 40, 45, 49, 54, 61, 75, 82, 99, 100, 253, 256.
- De Luc, Jean André, 261.
- Dominikus, Jakob, 1762-1819, Prof. der Geschichte in Erfurt, 300.
- Dumouriez, Charles François, 304.
- Dyk, Johann Gottfried, 1750-1815, Leipziger Buchhändler, konservat. Publizist, 276.
- Eberhard, Johann August, 1739-1809, Prof. der Philosophie in Halle, konservat. Publizist, 269.
- Eggers, Christian Ulrich Detlev von, 1758-1813, Staatsmann in dän. Diensten, konservat. Publizist, 299.
- Ehrmann, Theophilus Friedrich, 1762-1811, geograph. Schriftsteller in Stuttgart, liberal. Hg. der *Neuesten Staatsanzeigen*, 288.
- Elisabeth I., Königin von England, 138-139, 199.
- Emerich, F.J., 278.
- Erskine, Thomas, 217, 218, 285.
- Eschassériaux, 298.
- Falk, Johannes Daniel, 1768-1826, Pädagoge, Schriftsteller in Weimar, 276, 301.
- Filangieri, Gaetano (Caietan), 150, 168, 257, 260.

- Fischer, Christian August, freier Schriftsteller in Leipzig, 65.
- Fischer, Heinrich Ludwig, gest. 1820, hannov. Lehrer, konservat. Schriftsteller, 88, 299.
- Forster, Georg, 1754-94, Südseeforscher, Schriftsteller, Mainzer Jakobin, 31, 70, 257.
- Fortescue, John, 252.
- Fox, Charles James, 147, 168, 178, 179, 297, 303.
- Franz II., röm.-deutsch. Kaiser, 112, 201.
- Friedrich II., König von Preußen, 116, 200.
- Friedrich Wilhelm II., König von Preußen, 112, 301.
- Friedrich Wilhelm III., König von Preußen, 27, 106, 140.
- Geich, Johann Baptist, 1767-1824, Priester, jakobin. Publizist im Rheinlande, 290.
- Gentz, Friedrich, 1764-1832, preuß. Beamter, konservat. Publizist, Hg. der *Neuen Deutschen Monatsschrift* u. des *Historischen Journals*, 31, 69, 70, 88-97, 98-107, 112, 126, 128, 175, 215-216, 222, 225-226, 234, 235, 260, 278, 288, 291, 304.
- Georg III., König von Großbritannien, 47, 145, 166, 169, 173, 189, 261, 275.
- Gillray, James, 291.
- Girtanner, Christoph, 1760-1800, Arzt, konservat. Publizist in Göttingen, Hg. der *Politischen Annalen*, 159, 175, 264, 304.
- Glave (-Kobielski), Karl Georg Gottfried, geb. 1752, Jurist, Publizist, 204.
- Gleim, Johann Wilhelm, 1719-1803, Dichter, 308.
- Göchhausen, Ernst August Anton, 1740-1824, geheim., Kammerrat in Sachsen-Eisenach, Eudämonist, 269, 276.
- Görres, Joseph, 1776-1848, Koblenzer Jakobin, Hg. des *Rothen Blatts* u. des *Rübezahl*, 205, 220, 247, 304.
- Goethe, Johann Wolfgang, 1749-1832, Schriftsteller, Hofrat in Weimar, 254.
- Grenville, Lord, 217.
- Gretschel, Johann Christoph, gest. 1810?, Leipziger Autodidakt, jakobin. Hg. der *Satirischen Blätter*, 175, 284.
- Grolmann, Ludwig Adolf Christian von, 1741-1809, Regierungsrat in Gießen, Eudämonist, 158, 269.
- Häberlin, Karl Friedrich, 1756-1808, Prof. der Jurisprudenz in Helmstedt, liberal. Hg. des *Staatsarchiv*, 221, 228.
- Haller, Karl Ludwig von, 227.
- Hardenberg, Karl August von, 34.
- Haschka, Lorenz Leopold von, 1749-1827, Exjesuit, Lyriker, konservat. Publizist in Wien, 261.
- Hassel, Friedrich Wilhelm von, hannov. Offizier, Reiseschilderer, 274.
- Hastings, Warren, 121.
- Hatzfeld, Friedrich Heinrich, geb. 1768, Sekretär bei der fürstl. Oranien-Nassauischen Rentkammer zu Dillenburg, 278, 299.
- d'Hauterive, Alexandre Maurice, 205, 226.
- Helvetius, Claude Adrien, 150, 279.
- Herder, Johann Gottfried, 1744-1803, Schriftsteller, Hofprediger in Weimar, 41, 184, 252, 256.

- Hennings, August von, 1746-1826, dän. Kammerherr, liberal. Hg. des *Schleswigschen Journals* u. des *Genius der Zeit*, 37, 53-54, 71, 146, 147, 163, 167, 178, 181, 190, 217, 224, 260, 273, 281, 284, 287, 291, 302, 305.
- Hertzberg, Ewald Friedrich von, 1725-95, preuß. Minister, 61, 258, 259.
- Hoffmann, Leopold Alois, gest. 1806, Prof. in Wien, konservat. Hg. der *Wiener Zeitschrift*, 156, 175.
- Hofstätter, Felix Franz, 1741-1814, Exjesuit, konservat. Hg. des *Magazin der Kunst und Litteratur*, 109, 157.
- Homer, 147.
- Horstig, Gottlieb, Korrespondent von *London und Paris*, 35.
- Huber, Ludwig Ferdinand, 1764-1804, Schriftsteller, liberal. Hg., der *Friedenspräliminarien* u. der *Neuen Klüo*, 167, 248, 259, 285.
- Hüttner, Johann Christian, 1766-1847, Reisebeschreiber, Korrespondent von *London und Paris*, Hg. der *Englischen Miscellen*, 35, 163.
- Humboldt, Wilhelm von, 1767-1835, Gelehrter, Staatsmann in Preußen, 88-89, 252-253.
- Hume, David, 40, 168, 183, 184, 186, 215, 255.
- d'Ivernois, François, 89, 98.
- Jenisch, Daniel, geb. 1762, Magister der Phil., Prediger in Berlin, 62.
- Josef II., röm.-deutsch. Kaiser, 27, 112.
- Kant, Immanuel, 1724-1804, Philosoph, Prof. in Königsberg, 88, 103, 140, 150, 184, 205, 212.
- Karl I., König von Großbritannien, 62, 124, 273.
- Kerner, Georg, 162.
- Klockenbring, Friedrich Arnold, 1742-95, Kanzleisekretär, Publizist in Hannover, 145.
- Klopstock, Friedrich Gottlieb, 1724-1803, Schriftsteller, 41.
- Kolumbus, Kristoffer, 60.
- Kornrumpf, von, 259.
- Knesebeck, Karl Friedrich von d., 1768-1848, preuß. Offizier, Pamphletist, 204.
- Knigge, Adolf Franz, 71, 158, 261.
- Küttner, Karl Gottlob, 1755-1805, Magister, Reiseschriftsteller, 177-178, 213.
- Lacretelle, Charles, 298.
- Lally-Tollendahl, Trophime Gérard, Marquis de, 71.
- Lange, Karl Julius (Davison, Alexander), 1755-1813, freier Schriftsteller, liberal. Hg. der *Neuesten Staatenkunde*, 38, 186, 190, 286, 287.
- La Roche, Sophie von, 1730-1807, Schriftstellerin, 45, 184, 255, 256.
- Lehne, Johann Friedrich Franz, 1771-1836, Mainzer Jakobin, Dichter, 272.
- Leipziger, August Wilhelm von, 1764-1829, preuß. Offizier, Hg. des *Magazin der neuesten und merkwürdigsten Kriegsbegebenheiten*, 296, 299.
- Leopold II., röm.-deutsch. Kaiser, 27.
- Lichtenberg, Georg Christoph, 1742-99, Prof. der Mathematik in Göttingen, Schriftsteller, 36.

- Locke, John, 39, 101, 102.
- Ludwig XVI, König von Frankreich, 62, 76, 124, 159, 174, 201, 273.
- Ludwig Eugen, Herzog von Württemberg, 141.
- Lykurg, 140.
- Mackintosh, James, 69, 70, 89, 92, 99.
- Mallet du Pan, Jacques, 89.
- Maria Theresia, Königin von Österreich, 33.
- Marsh, Herbert, 178-179, 218.
- Meiners, Christoph, 1747-1810, Historiker in Göttingen, Schriftsteller, 63, 83, 264-265.
- Meister, Jakob Heinrich, 270.
- Metternich, Klemens Lothar Wenzel von, 107.
- Metternich, Matthias, 1758-1825, Mathematiker, jakobin. Hg. des *Bürgerfreund* u. der *Politischen Unterhaltungen am linken Rheinufer*, 272, 285, 299, 303.
- Meyer, Georg Conrad, 1774-1816, Kandidat der Rechte, jakobin. Publizist in Flensburg, Hg. des *Feind Englands*, 224.
- Milton, John, 41.
- Mirabeau, Honoré Gabriel de Riquetti de, 150.
- Möser, Justus, 1720-94, Osnabrücker Beamter, konservat. Publizist, 55, 262.
- Montagu, E. W., 256.
- Montesquieu, Charles de Secondat, Baron de la Brede et de, 12, 39-40, 41-42, 43, 45, 46, 47, 50, 51, 52, 55, 74, 75, 84, 90, 98, 101, 110, 121, 142, 144, 150, 168, 183, 184, 199, 200, 232, 233, 240, 253, 254, 255-256, 269, 263.
- Morgan, William, 214, 215.
- Moritz, Karl Philipp, 1757-93, Berliner Lehrer, Reiseschilderer, 45.
- Moser, Friedrich Carl von, 1723-98, Beamter, Publizist, 247.
- Mounier, Jean Joseph, 71, 164, 261.
- Muralt, Beat Ludwig von, 39, 253.
- Nelson, Horatio, 219, 305.
- Nemnich, Philipp Andreas, 1764-1822, Licentiat der Rechte, Reiseschilderer, 35.
- Nicolai, Friedrich, 1737-1811, preuß. Verleger, liberal. Publizist, 25.
- Niemeyer, F.G., ehem. Zollbeamter in Verden, später freier Schriftsteller in Celle, 278.
- O'Bryan, Denis, 217.
- Oelsner, Konrad Engelbert, 1764-1828, revolutionär. Publizist, 131-132.
- Paine, Thomas, 37, 69, 70, 122, 123, 126, 130, 151, 158, 174, 214, 215, 261, 273, 275, 284, 300, 303.
- Pappenheimer, Chajim (Heymann) Salomon, geb. 1770, deutsch-jüd. freier Schriftsteller, Mitarbeiter der *Minerva*, 189, 303.
- Patje, Christian Ludwig Albrecht, 1748-1817, Kammermeister zu Hannover, Pamphletist, 213-214.
- Pitt (der Jüngere), William, 51, 55, 81, 92, 98, 152, 153, 158, 159, 160, 166, 167, 168, 169, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 178, 179, 181, 182, 183, 186, 188, 189, 200, 201, 202, 203, 204, 206, 211, 212, 216, 217, 218, 219, 221, 227, 237, 238, 239, 240, 267, 284, 287, 289, 290, 291, 292, 300, 301.

- Poel, Peter, 1760-1837, Großhändler in Hamburg, liberal. Hg. des *Frankreich*, 279.
- Polybios, 253.
- Pope, Alexander, 139.
- Portland, William Henry Cavendish Bentinck, Herzog von, 153, 173.
- Posselt, Ernst Ludwig, 1763-1804, Badener Historiker, liberal. Hg. der *Europäischen Annalen*, 35, 37, 141-144, 167, 171, 211, 214, 217, 228, 277, 284, 305.
- Price, Richard, 127, 215.
- Priestley, Joseph, 127-128.
- Pütter, Johann Stephan, 261.
- Rapin Thoyras, 39, 46, 253.
- Rebmann, Andreas Georg Friedrich, 1768-1824, jakobin. Publizist, seit 1798 Richter in Mainz, Hg. von dem *Neuen Grauen Ungeheur*, der *Schildwache*, dem *Politischen Thierkreis*, dem *Kameleon*, der *Geißel*, dem *Obskurantenalmanach*, 121, 160, 165, 170, 171, 174, 175, 183, 187, 220, 275, 281, 284, 287, 291, 304.
- Rehberg, August Wilhelm, 1757-1836, hannover. Beamter, konservat. Publizist, 69, 73-77, 78-82, 83-87, 88, 89, 90, 91, 93, 95, 99, 103, 126, 175, 234, 258, 262, 263, 264.
- Reichard, Heinrich August Ottokar, 1751-1852, Bibliothekar in Gotha, konservat. Hg. der *Olla Potrida* u. des *Revolutionsalmanach*, 88, 154, 174, 281, 300.
- Reichardt, Johann Friedrich, 1752-1814, preuß. Komponist, liberal. Hg. des *Frankreich*, 279.
- Reinhard, K.F., 162.
- Riem, Andreas, 1749-1807, zuerst Priester in Berlin, später jakob. Publizist im Rheinlande, Hg. des *Tagebuch*, 169, 171, 187-188, 215, 220, 287.
- Riesbeck, Johann Kaspar, 1754-86, freier Schriftsteller, Reiseschilderer, 48-49, 114.
- Riese, Johann Karl Philipp, gothaisch. Legationsrat, Eudämonist, 269.
- Robespierre, Maximilian de, 97, 120, 172, 174, 202, 289.
- Robison, John, 161, 164.
- Rousseau, Jean-Jacques, 40, 44, 49, 80, 88, 90, 105, 111, 119, 125, 131, 160.
- Saladin, Ch., 172.
- Sartori, Joseph von, 1740-1812, Bibliothekar in Erlangen, später in Wien, konservat. Hg. der *Deutschen Ministerialzeitung*, des *Magazin der Europäischen Staatenverhältnisse*, des *Deutschen Redakteur*, 154, 200, 209, 214, 258, 280, 300.
- Schaeffer, Jacob Christian Gottlieb, 1752-1826, Arzt, Reiseschilderer, 295.
- Scheppler, Franz Jos. Carl, Pamphletist, 222.
- Schirach, Gottlob Benedikt von, 1743-1804, Historiker, konservat. Publizist in Hamburg u. Altona, Hg. des *Politischen Journals*, 37, 156, 159, 162, 163, 175, 224, 256, 259, 273, 280, 282, 288, 291, 298, 303, 307, 308, 309.
- Schlözer, August Ludwig, 1735-1809, Prof. der Geschichte u. Politik in Göttingen, Hg. der *Statsanzeigen*, 61, 72, 74, 82, 87, 109, 111, 139, 142, 245, 258, 284.
- Schneider, Eulogius (Johann Georg), 1757-94, Prof. in Bonn, später in Straßburg, jakobin. Hg. des *Argos*, 272.

- Schönebeck, Johann Bernhard Konstantin von, 1760-1835, Arzt, Bonner Journalist, 257.
- Schubart, Christian Friedrich Daniel, 1739-91, württemb. Dichter, liberal. Hg. der *Vaterlandschronik* u. *Chronik*, 35, 60, 190, 200-201, 259, 274, 296.
- Schütz, Friedrich Wilhelm von, 1756-1834, Jurist, freier Schriftsteller in Hamburg, jakobin. Hg. des *Niedersächsischen Merkur*, 120-121, 185, 275, 284, 290.
- Schulze, Johann Michael Friedrich, geb. 1753, Magister der Phil., Lehrer in Dessau, 256.
- Shakespeare, William, 41.
- Sieveking, Georg Heinrich, 147.
- Sieyes, Emmanuel, 66, 98, 99-100, 267, 273.
- Smith, Adam, 34, 88, 145, 215.
- Sonnenfels, Joseph von, 1732-1817, Prof. in Wien, konservat. Publizist, 160, 271.
- Spittler, Ludwig Timotheus, 1752-1810, württemb. Historiker, Prof. in Göttingen, 71, 73, 142.
- Starck, Johann August, 1714-1816, Hofprediger in Darmstadt, Eudämonist, 269.
- Stein, Heinrich Friedrich Karl vom, 34.
- Strasser, Ernst August Christian, geb. 1736, Hof- und Konsistorialrat zu Hildburghausen, Pamphletist, 209.
- Suard, J.B.A., 298.
- Tacitus, 43.
- Talleyrand, Charles Maurice de, 307.
- Tandy, James Napper, 163.
- Théremin, Karl, 205.
- Tissot, Simon-André, 161, 282.
- Toze, Eobald, 1715-89, Prof. der Geschichte in Bützow, 43, 248.
- Trenck von Tonder, Moritz Flavius, 1746-1810, ehemal. Offizier in Neuwied, konservat. Hg. der *Politischen Gespräche der Todten*, 35, 200, 209, 299, 306.
- Usteri, Peter Paul, 1768-1831, Schweizer Arzt, liberal. Verleger in Leipzig, Hg. der *Klio*, 279.
- Vaughan, Benjamin, 203.
- Voght, Caspar von, 1752-1839, Kaufmann, Philanthrop, liberal. Publizist in Hamburg, 147-149.
- Volkmann, Johann W., 1732-1803, Schriftsteller in Göttingen, 270.
- Vollmer, Gottfried Leberecht, 1768-1815 jakobin. Verleger u. Publizist, 165.
- Voß, Christian Daniel, 1761-1821, Lehrer in Halle, liberal. Hg. des *Kosmopolit*, 283, 291.
- Wagener, Samuel Christoph, geb. 1762, preuß. Prediger, Hg. des *Patriotischen Archiv für Deutschland*, 283.
- Walpole, Robert, 172, 286.
- Wedekind, Georg Christian Gottlob, 1761-1831, Arzt, Mainzer Jakobin, Hg. des *Patriot*, 165, 272.
- Wekhrlin, Wilhelm Ludwig, 256.
- Wendeborn, Gebhard Friedrich August, 1742-1811, Prediger in London, liberal. Schriftsteller, 35, 45, 47-48, 51, 53, 55, 256.
- Weishaupt, Adam, 156.
- Wichmann, Christian August, 1735-1807, Magister der Phil. zu Leipzig, liberal. Publizist, 167, 172, 286.

- Wieland, Christian Martin, 1733-1813, Schriftsteller in Weimar, liber. Hg. des *Teutschen Merkur* u. des *Neuen Teutschen Merkur*, 69, 106, 137-141, 164, 179, 276, 283, 284.
- Wilberforce, William, 121.
- Wilhelm, König von Großbritannien, 265.
- Wittenberg, Albrecht, 1728-1807, Jurist, liberal. Journalist, Hg. des *Historisch-politischen Magazin*, 297.
- Wöllner, Johann Christoph, 27.
- Woltmann, Karl Ludwig von, 1770-1817, Historiker in Preußen, liberal. Hg. von *Geschichte und Politik*, 273.
- Würzer, Heinrich, 1751-1835, Lehrer in Hamburg, jakobin. Hg. der *Neuen Hyperboreischen Briefe u. des Patriotischen Volksredner*, 275, 284.
- York, Herzog von, 203.
- Young, Arthur, 83, 145.
- Zimmermann, Johann Georg, 1728-95, Schweitzer Arzt in Hannover, konservat. Publizist, 158, 161, 261, 282.